Jahrbuch der Weltgeschichte

Dreizehnter Jahrg. 1913

KARL PROCHASKAS ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Von Albin Geyer

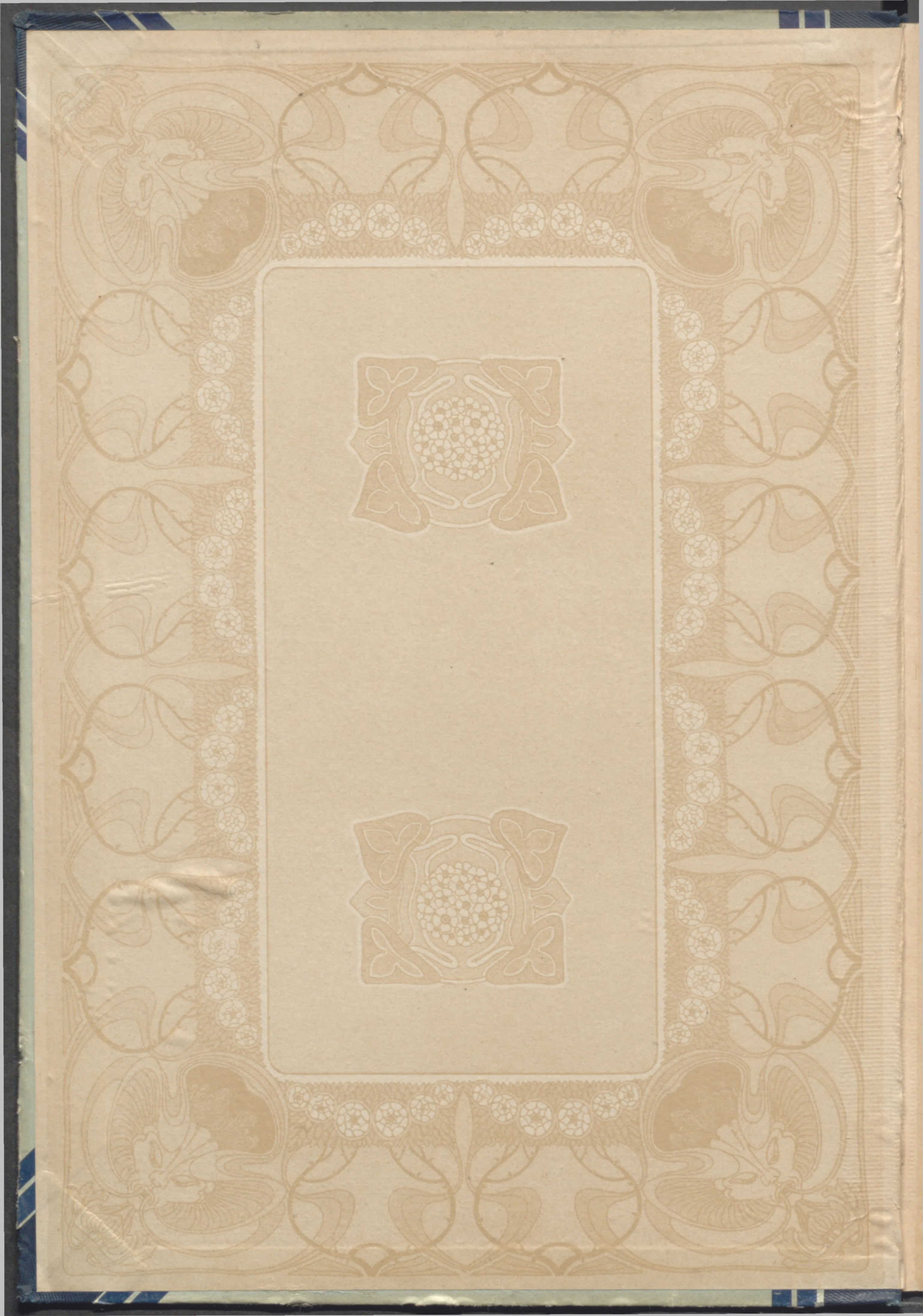
Das Jahr 1912





VERLAG UND DRUCK VON KARL PROCHASKA ▵ LEIPZIG ▵ WIEN ▵ TESCHEN

Preis 1 Mk. 50 = 1 K 80



PROCHASKA'S
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Fortsetzung am Schlusse des Buches.

Illustriertes Jahrbuch

der Weltgeschichte

Das Jahr 1912.





(Hofphot. Fr. Müller, München.)

Prinz Ludwig, der neue Regent von Bayern mit seiner Gemahlin,
Prinzessin Maria Theresia, geborenen Erzherzogin von Österreich-Este.

Prochaskas Illustrierte Jahrbücher

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Dreizehnter Jahrgang Von Albin Geyer

Das Jahr 1912





Leipzig
Königstraße 9/11.

Karl Prochaska in Teschen

Wien
Seilerstätte 5.

Inhalt.





Vorbemerkung. Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist es, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen.

Vom Jahre 1912.

Das Jahr 1912 hat schon, sozusagen noch bei Lebzeiten, stark an übler Nachrede gelitten und bei seinem Abscheiden ist es nicht besser geworden. Man hat es mit gutem Grunde ein Blutjahr genannt, denn es hat zwei Kriege gebracht. Alle zwölf Monate hindurch war die gesamte Alte Welt von Kriegsgeschrei erfüllt, dessen bedenkliche Seite in der Gefahr lag, daß ein großer europäischer Krieg in drohende Nähe gerückt zu sein schien. Die Zeitungspolitik, soweit sie nach der Schablone von vorgestern zu arbeiten pflegt, glaubte fest daran und beutete diesen Standpunkt sensationell aus. Die Börsenspekulation, die ohne Sensationen nicht existieren würde, benützte diesen Umstand wiederholt zu einigen erfolgreichen Fischzügen nach den in die Netze der Kurstreiberei verstrickten Privatvermögen, Spargroschen und Defraudationsgeldern ungetreuer Beamter. Diese Verlust haben größere Schäden in dem sonst gesunden wirtschaftlichen Leben hervorgerufen und es in eine ernstere Unruhe versetzt, als die kriegerischen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel es vermocht hätten. Das verdient hier ebenso hervorgehoben und betont zu werden, wie die auf manchen Seiten als seltsam empfundene Tatsache, daß das Gemetzel auf dem Balkan sogar Nützliches für den Frieden getan hat. Es ist schon in früheren Jahrgängen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Balkanhändel zu Nebensachen geworden sind, seitdem die Umstände die Mächte genötigt haben, von der Europapolitik zur Weltpolitik überzugehen. Es ist in der Tat auch ganz und gar gleichgültig, ob der Türke oder der Bulgare in Adrianopel usw. Herr ist. Selbst in Österreich-Ungarn, das den Balkanstaaten am nächsten liegt und darum mehr wie andere Mächte von den Umwandlungsschlägen durchzittert wird, dürfte man bald darüber beruhigt sein, sobald wieder Ruhe eingetreten und die neue Ordnung gefestigt sein wird.

Die anderen Mächte stehen den Veränderungen mit kühler Gleichgültigkeit gegenüber, auch der berufene Panslavismus hat seine Wirksamkeit eingebüßt. Die Mächte verzichten darauf, wegen des Balkanwinkels ihre Streitkräfte abzunützen, die sie vielleicht unerwartet bald zur Entscheidung von Weltfragen notwendig brauchen werden. Denn auch das abgelaufene Jahr hat wieder gezeigt, wie leicht politische Entscheidungen mit unerwarteter Schnelligkeit hereinbrechen können. Aufwerfen der Streitfrage, Mobilisierung, Kriegserklärung und Kriegsbeginn folgten aufeinander in so raschem Tempo, daß selbst die Kriegsentwicklung von 1870 davon übertroffen wurde. Das wird von nun an auf dem ganzen Erdenrund auch wohl niemals anders sein, und wer klug ist, sieht sich darum rechtzeitig vor und opfert vor allen Dingen nicht einen Teil seiner Streitkräfte für Angelegenheiten, die nicht seine Lebensinteressen berühren. Diese Klugheit hat bisher schon an allen jenen Ländern als politische Richtschnur gegolten, in denen die allgemeine Wehrpflicht besteht, und darum sind die Kriege so selten geworden. England und die nordamerikanische Union besitzen die allgemeine Wehrpflicht nicht, und daraus erklärt sich überzeugender wie aus anderen Gründen, warum die britische Politik in neuerer Zeit wieder am sichtbarsten krieghetzend aufgetreten ist, und daß die Vereinigten Staaten — natürlich einen schwächeren Gegner — Spanien seiner Kolonien beraubten. Wer im gegebenen Falle sein ganzes „Volk in Waffen" hätte einsetzen müssen, treibt solche Politik nicht, die bloß bei Werbetruppen möglich ist. Rußland und Japan haben den Ernst des Krieges mit Heeren der allgemeinen Wehrpflicht bereits kennen gelernt, Bulgarien und Serbien haben soeben ihre Erfahrungen damit gemacht. Man darf daraus mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß die vielfach geäußerte Befürchtung, die Kleinstaaten der Balkanhalbinsel würden sich wegen der Bevölkerungsmischung in Mazedonien in Zukunft noch öfter bekriegen und einen dauernden Herd der Beunruhigung bilden, sich nicht verwirklichen wird. Wenn

die Mächte für eine einigermaßen vernünftige Verteilung des eroberten türkischen Gebiets sorgen, werden gerade Bulgarien und Serbien sich mit dem Erreichten begnügen und neue kriegerische Experimente vermeiden. Dann wird auch auf dem Balkan die allgemeine Wehrpflicht ihre den Frieden fördernde Wirkung getan haben.

Es ist von vielen Seiten hervorgehoben worden, daß im abgelaufenen Jahre der Friedenspreis — aus Zufall oder mit Absicht — seit seinem Bestehen zum erstenmal nicht zur Verteilung gekommen ist. Jedenfalls mußten die Vollstrecker des Nobelschen Testaments der notwendigen Einsicht Raum geben, daß sich mit guten Gründen in diesem Jahre der Friedenspreis unmöglich auszahlen ließ, denn Krieg und Kriegeslärm erfüllten es als fortzeugendes Vermächtnis der voraufgegangenen Jahre von Anfang bis zu Ende. Der Einverleibung Marokkos war die Eroberung Lybiens und schließlich die Beraubung der Türkei um den größten Teil ihrer letzten europäischen Besitzungen gefolgt. Wer geschichtlichen Sinn besitzt, dem wird der logische Zusammenhang in dieser jüngsten Phase der Weltgeschichte nicht entgehen. Während aber auf der einen Seite die friedenfördernde Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht unter den Großmächten klar hervortritt, zeigt die Kehrseite in den eben erwähnten kriegerischen Vorgängen genau das gleiche Bild. Nachdem Frankreich nicht ohne Opfer an England, Deutschland, Italien und Spanien die Mit- oder Gegenwirkung anderer Mächte ausgeschaltet hatte, setzte es sich in den Besitz des militärohnmächtigen Marokko. Italien benützte den Umstand, daß die Türkei keine nennenswerte Flotte besaß, zur Festsetzung an der tripolitanischen Küste; und als die Balkanstaaten merkten, wie sehr die jungtürkische Herrschaft, statt in erster Linie das Heer nach der von deutschen Instruktoren gegebenen Anleitung in die Höhe zu bringen, sich in Parlaments- und Parteistreitigkeiten verloren hatte, die Volk und Heer zerrütteten, da schlugen sie los. Ein gleich günstiger Moment wäre kaum wieder gekommen. Alle diejenigen, die nicht in unklaren Schwärmereien für den Frieden aufgehen, sondern ernstlich an seine Förderung denken, sollten doch aus den Tatsachen der letzten Jahre erkennen, daß der Islam in Marokko und Stambul noch heute im sicheren Genuß seiner Besitzungen wäre, wenn er rechtzeitig seine kriegerisch veranlagte Bevölkerung nach dem Muster der europäischen Heere der allgemeinen Wehrpflicht zusammengefaßt hätte. Mit Flammenschrift predigen die Ereignisse der letzten Zeit: Wer nicht sein Verteidigungswesen in bester Ordnung hat, der wird beraubt. Si vis pacem, para bellum.

Das verflossene Jahr hat die Einsicht in diesen unumstößlichen Lehrsatz der Geschichte auch bei den breiten Volksschichten auffällig gefördert. Das Staatsgefühl hat sich angesichts der unleugbaren Gefahren überall vertieft, man ist entschlossen, für die Sicherung des Vaterlandes die größten Opfer zu bringen, und die angeblich kriegsfeindliche Agitation der sich international gebärdenden Sozialdemokratie hat merklich an Zugkraft eingebüßt. Groß- und Kleinstaaten bemühen sich eifrig, die Lücken ihrer Wehrrüstung auszufüllen, aber nur Doktrinäre erblicken darin eine Steigerung der Kriegsgefahr. Das Gegenteil ist richtig. Wenn jeder Staat, jede Nation einsieht, daß der Nachbar sein Verteidigungswesen auf eine Höhe gebracht hat, die jeden Angriff zu einem höchst riskanten Unternehmen macht, so werden selbst ernstere Interessengegensätze nicht mehr zum Kriege, sondern in kürzerer oder längerer Frist zu einem billigen Ausgleich führen. Das zeigt deutlich die Entspannung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England im abgelaufenen Jahre. Die vielgerühmten Schiedsgerichte erfüllen diesen Zweck nicht in gleichem Maße. Sie mögen in Nebenfragen zur Entlastung der Diplomatie dienen, in Hauptsachen müssen sie stets versagen und werden auch gar nicht angerufen werden. Schon im bürgerlichen Leben ist nur in den seltensten Fällen der unterliegende Teil mit dem Richterspruch zufrieden, Völker und Staaten werden sich nie einem Schiedsspruch fügen, den sie als gegen ihre Lebensinteressen gerichtet empfinden. Bei gegenseitiger starker Rüstung werden sie aber einen Ausgleich ohne ein Schiedsgericht selbst finden, dem nichtgerüsteten Teile wird es aber mit oder ohne Schiedsgericht ebenso ergehen wie letzthin Marokko und der Türkei. Je mehr die Völker zunehmen, die Welt enger wird und die Interessen näher aufeinander treffen, um so schärfer wird sich dieser unausweichliche politische Gegensatz herausarbeiten und um so notwendiger wird es für jeden Staat sein, sich in der Lage zu erhalten, um seine Interessen mit Nachdruck vertreten zu können. Dann erst wird Friede sein und bleiben.

Die Verhältnisse in Europa neigen schon diesem Zustande zu. Die Großmächte haben ihre Landesverteidigung bereits zu einer Vollkommenheit entwickelt, die trotz mancher, namentlich unter englischen Einflüssen hervorgerufenen Spannung jeden Krieg untereinander ausschließt. Frankreich ist schon an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt, die abweichenden Verhältnisse in England sind wegen seiner insularen Lage für das Land selbst ungefährlich, aber seiner Geltung in Europa nicht zuträglich gewesen. Die Wiedererstarkung Rußlands wird durch die weitere Ausfüllung der Lücken in der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reiche und in Österreich-Ungarn ausgeglichen. Dadurch bleibt der Zustand stationär. Die große politische Neuerung Bismarcks, ein Friedensbündnis zu schaffen, hat sich nicht nur über ein Menschenalter bewährt, sondern beginnt bereits einen neuen Fruchtzweig zu treiben. Der in kritischer Zeit nicht ohne demonstrative Absicht vorzeitig erneuerte Dreibund hat alle Prüfungen bestanden und sogar zweimal: in der bosnischen und in der marokkanischen Frage die Bestrebungen der in einem gewissen Gegensatz zu ihm entstandenen Tripelentente vereitelt. Es ist auch hier ein stationärer Zustand eingetreten, der jede kriegerische Auseinandersetzung ausschließt und zur Verständigung drängt. Die Frucht davon hat der neue Balkankrieg gezeitigt, von dem die traditionelle politische Weisheit ein Aufeinanderprallen der beiden europäischen Bündnisgruppen vorausgesagt hatte. Das Gegen-

teil ist eingetreten, man hat sich nach einigen aus vergangenen Zeiten herstammenden Schwierigkeiten gefunden und zu einer gemeinsamen europäischen Politik zusammengetan. Der erste Schritt ist immer schwierig und unsicher, aber es werden weitere folgen, sobald die fernere Entwicklung der Weltfragen an Europa herantritt. Noch sind die Verhältnisse in Asien nur im langsamen Fortschreiten begriffen, aber auch dort sind plötzliche Wandlungen möglich. Die bevorstehende Eröffnung des Panamakanals wird die Völker einander wieder näher bringen und neue Interessengegensätze schaffen. Da wie dort werden sich gemeinsame europäische Fragen herausbilden, die eine gemeinsame Vertretung verlangen.

Wie auf dem Felde der internationalen Politik, so auch auf dem Gebiete der inneren Politik wird der Zeitabschnitt des verflossenen Jahres denkwürdig bleiben, wenn auch in mancher Hinsicht für die Völker nur denkwürdig als Mahnung zur Selbstprüfung. Es ist hier dringend nötig, auf die Zunahme nichtigen Parteitreibens und den weiteren Verfall des Parlamentarismus hinzuweisen. Daß Persien und die Türkei an dem aus Europa eingeschleppten, bereits verseuchten Parlamentarismus zu Grunde gegangen sind, ist eine unbestreitbare Tatsache; auch Japan beginnt bereits darunter zu leiden. Leider verbreiten sich in politisch unreifen Völkern politische Unarten rascher wie Tugenden, gerade wie bei der schulpflichtigen Jugend Ungezogenheiten leichter übertragen werden als gute häusliche Sitten. Wie den Chinesen der Parlamentarismus bekommen wird, kann erst die Zukunft lehren. Übrigens liegt uns der europäische Parlamentarismus näher, der leider in keinem Lande Anzeigen von einer Hebung gegeben hat. Dagegen haben sich die Beispiele unzweideutigen Rückganges und gänzlichen Verfalles augenfällig vermehrt. In einigen Staaten kann man von einer Erfüllung der parlamentarischen Pflichten schon gar nicht mehr reden, in allen anderen werden die Arbeiten der beratenden Körper mit einer zum Himmel schreienden Zeitvergeudung betrieben. Und gerade in diesem Falle bedeutet Zeit auch Geld, denn die Herren Abgeordneten beziehen — neuerdings selbst im liberalen England — ganz ansehnliche Gelder, einerlei wieviel geleistet wird. Darum ist das Abgeordnetenmandat nicht mehr ein Ehrenamt, sondern ein Gewerbe geworden, um das sich Leute reißen, denen das Mandat samt Gehalt über das Wohl des Staates geht und die sich höchstens mit dem Parteiwohl brüsten können. Die Verwilderung der parlamentarischen Sitten greift um sich in geradezu beängstigender Weise selbst in Deutschland und England, wo doch immer noch auf Takt und Sitte gehalten wurde. Schon hat in Budapest der Revolver geknallt. Die vielfach von ihrer Würde sehr eingenommenen Parlamentarier scheinen gar nicht zu merken, daß sich als Folge des immer mehr der Würde entbehrenden Verhaltens der Durchschnittsabgeordneten in allen Völkern ein weitgehendes Mißtrauen gegen alle parlamentarischen Vertretungen überhaupt verbreitet.

Deutsches Reich.

Stimmung zu Neujahr und Reichstagswahl.

Die ersten Wochen des Jahres wurden von den heftigen Kämpfen durchzittert, die der Wahlschlacht am 12. Januar vorausliefen. Eine offizielle Wahlparole lag nicht vor, ebenso keine durch vorzeitige Auflösung gegebene Richtschnur für eine Entscheidung. Das deutsche Volk sah sich also wieder einmal der rücksichtslosen Parteiagitation preisgegeben, und es war darum zu erwarten, daß es bei der Wahl abermals eine politische Dummheit begehen werde. Die tiefe nationale Erregung, die bei den Wahlen vor fünf Jahren die Sozialdemokraten auf die Hälfte reduziert hatte, wäre für die Wahlagitation leicht wieder wachzurufen gewesen, denn die ernste Stimmung wegen des Verhaltens Englands und wegen der Kriegsgefahren im verflossenen Sommer war im Volke noch lebendig und hätte, wenn sie angeschlagen worden wäre, einen sicheren Wahlausfall im nationalen Sinne verbürgt. Aber daran lag der großen Wahlagitation, die ihre Hauptstütze in den massenhaften städtisch-liberalen Zeitungen hatte, diesmal nichts. Bei der vorigen Reichstagswahl hatte der fortschrittliche Liberalismus unter der nationalen Flagge erhebliche Wahlerfolge errungen und war darob dem Wahne verfallen, die ihm zahlreich gewandten nationalen Stimmen bedeuteten einen Aufschwung des Liberalismus. Es ist hier gleich von vornherein auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht worden, aber er hat die letzten Jahre hindurch weiterbestanden und trägt auch die Schuld an dem jetzigen beschämenden Wahlausfall und an den unerquicklichen Parteizuständen im Reichstage und im gesamten Reiche. „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend neues Böses muß gebären.“ Diesmal war die böse Tat wohl nur ein politischer Irrtum, aber er hat eine verderbliche Folge nach der anderen nach sich gezogen. Die Enttäuschung darüber, daß nach dem vermeintlichen liberalen Aufschwung nicht ausschließlich liberal regiert wurde, führte bei der Reichsfinanzreform zur Sprengung des sogenannten Bülowblocks und zur Gründung des Hansabundes, der unter Auffrischung des althergebrachten Gegensatzes zwischen Stadt und Land alle liberalen Elemente zum Kampfe gegen die „Agrarier“, worunter die Konservativen verstanden wurden, zusammenfassen sollte.

Alle Warnungen, daß diese Spaltung der bürgerlichen Parteien nur zur Stärkung der Sozialdemokratie, selbst unter Benachteiligung des Liberalismus, führen müsse, blieben ungehört. Auch die Nachwahlen während der ganzen Reichstagswahlperiode, die diese Voraussage bestätigten, wur-

den nicht beachtet. Die neue Wahlperiode hieß: „Sturz des schwarzblauen Blocks", womit man das durch die Umstände gebotene Zusammenarbeiten der Konservativen und des Zentrums bezeichnete. Eigentlich war es dabei auf einen großen Erfolg des Liberalismus abgesehen, wobei die Unterstützung der Sozialdemokratie vorausgesehen wurde. „Der Feind steht rechts," erklärten sogar die Nationalliberalen. Die Reichsregierung tat wie gewöhnlich nichts für den Wahlkampf, wenn man von einer Auslassung der offiziösen „Nordd. Allg. Ztg." absehen will, deren Ausführungen in der Parole: „Front gegen den Umsturz gipfelten!". Die Konservativen und das Zentrum hatten darum den heftigen Ansturm, der sich bei der Masse der liberalen Zeitungen schier gewaltig ausnahm, allein auszuhalten. Der Ausfall der Wahl am 12. Januar brachte viel Neues, aber nichts Überraschendes für jeden, der sich nicht einseitig aus den liberalen Blättern unterrichtet hatte. Die Selbstzerfleischung der bürgerlichen Parteien hatte den Sozialdemokraten im ersten Wahlgang schon 66 Mandate zugeführt, darunter alle, die von ihnen bei den nationalen Wahlen von 1907 für die Fortschrittler erkämpft worden waren; die Fortschrittler selbst hatten, genau so wie im Jahre 1903, kein einziges Mandat aus eigener Kraft errungen. Die Nationalliberalen hatten in vier Wahlkreisen gesiegt; das war der ganze Erfolg des Liberalismus. Dagegen waren 88 Mitglieder des Zentrums und 38 Konservative gewählt worden, mit der Vernichtung der „Schwarzblauen" war es also nichts. Allem Anschein nach ließ sich von den 183 Stichwahlen eine Zusammensetzung des Reichstags wie die vom Jahre 1903 erwarten, zu dem die Wahl auch ohne nationale Parole erfolgt war. Es kam aber anders, weil die Fortschrittler ein noch geheim gehaltenes Wahlabkommen mit den Sozialdemokraten getroffen hatten.

Die Geheimhaltung war ein fein ersonnenes Manöver, das den Fortschrittlern für die Stichwahlen gleicherweise die Unterstützung der Rechten gegen die Sozialdemokraten und umgekehrt verschaffen sollte. Die davon ununterrichtete Öffentlichkeit nahm allgemein an, daß die bürgerlichen Parteien wie 1907 gegen die Sozialdemokraten zusammenhalten würden und war über die Maßen erstaunt, als schon bei den ersten Stichwahlen die Fortschrittler mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machten. Die Erbitterung darüber war groß. In mehreren Wahlkreisen verzichteten die nationalen Wähler darauf, die Fortschrittler gegen die Sozialdemokraten herauszureißen, in einem Wahlkreis unterstützten sogar die Antisemiten den jüdischen Sozialdemokraten, bloß um den Fortschrittlerführer nicht durchkommen zu lassen. Der Erfolg von allem war natürlich ein überraschender Sieg der Sozialdemokraten, der noch größer geworden wäre, wenn die fortschrittlichen Wähler alle der Parole ihrer Führer gefolgt wären. Aber in mehreren Wahlkreisen, auch in Süddeutschland, hielt ein Teil an dem Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien fest und brachte den Sozialdemokraten zu Fall. Das Gesamtresultat der Wahlen ergab 110 Sozialdemokraten, 100 Zentrum, 56 Konservative, 48 Nationalliberalen, 43 Fortschrittspartei, 18 Polen, 24 fraktionslos. Unter letzteren befanden sich 14 Mitglieder der Reichspartei, die nicht mehr die geschäftsordnungsmäßige Zahl für die Bildung einer Fraktion erreicht hatte. Gewonnen hatten bei den Wahlen allein die Sozialdemokraten (57 Mandate), alle übrigen Parteien hatten verloren, am meisten die zur Rechten zählenden Mittelparteien: die Reichspartei (Freikonservativen) und die Wirtschaftliche Vereinigung, die beide keine Fraktion mehr bilden konnten; aber auch die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei hatten je sieben Wahlsitze eingebüßt, das Zentrum zehn. Erfreulicherweise waren den Polen durch das einmütige Zusammenhalten der Deutschen zwei Wahlsitze entrissen worden. Von einem wirklichen Erfolg des großen liberalen Feldzuges gegen den „schwarzblauen Block" konnte füglich nicht gut geredet werden, da sie selbst den siebenten Teil ihres Bestandes verloren hatten.

Es war also die Parole: „Front gegen rechts!" siegreich gewesen, aber auch zum Schaden der Liberalen. Da man aber durchaus gesiegt haben wollte, mußte der unfreiwillig erzielte Erfolg der Sozialdemokratie mit in den Sieg einbezogen werden, der nun unter der Formel „Sturz der schwarzblauen Mehrheit" in allen Tonarten von der liberalen Presse variiert und breitgetreten wurde. In der Tat konnte man, wenn man alle sozialdemokratischen und liberalen Abgeordneten zusammenzählte, 200 herausbekommen, also eine Stimme über die absolute Mehrheit. Man übersah bei dem erkünstelten Siegesjubel, daß eine solche Mehrheit notwendigerweise allerhand Lächerlichkeiten zur Folge haben müsse. Echt und berechtigt war die Freude bei den sozialdemokratischen Führern, die selbst ihre renommistischen Hoffnungen fast nahezu erfüllt sahen. In allen bürgerlichen Kreisen rief dagegen das Anwachsen der Sozialdemokraten im Reichstage eine ziemliche Bestürzung hervor und erweckte Reuegefühle darüber, daß man sich wieder einmal von der Milieupresse hatte auseinandertreiben und verhetzen lassen. Die günstige Wirkung davon zeigte sich im laufenden Jahre bei zahlreichen politischen und kommunalen Wahlen. Vielfach hegte man wegen der 110 Sozialdemokraten Befürchtungen für die Tätigkeit des Reichstags. Man vergaß dabei, daß eine alles negierende Partei immer politisch impotent bleiben muß, einerlei ob sie mit fünf oder 110 Mandaten Diäten bezieht. Auch der Hansabund ließ seinen Sieg anpreisen. Leider war das von ihm angekündigte Ziel, der Industrie eine vermehrte Vertretung zu verschaffen, von der gleichen Verlusterscheinung begleitet, wie der Erfolg des Liberalismus. Einsichtige Leute ließen sich auch darüber durch das erkünstelte Geschrei über die Zertrümmerung der schwarzblauen Mehrheit nicht täuschen. In der siegreichen Milieupresse gab sich eine nicht geringe Schadenfreude kund über die Schwierigkeiten, die der Reichsregierung, speziell dem ständig angefeindeten Reichskanzler, aus der Zusammensetzung des Reichstags angeblich erwachsen müßten. Sie zerbrachen sich umsonst Herrn v. Bethmann Hollwegs Kopf. Gott, in allen Parlamenten wird viel Wind gemacht. Sache des Staatsmannes ist es, die Segel

des Staatsschiffes so zu setzen, daß es mit diesem parlamentarischen Winde dahin fährt, wohin er will.

Politische Ereignisse im ersten Halbjahr.

Von dem widerlichen Dunst, der aus der nationalen Versumpfung des Wahlkrieges aufstieg, blieben das stolze Reichsschiff und sein kaiserlicher Steuermann gänzlich unberührt. Am 21. Januar wurde das Könungs- und Ordensfest in gewohnter Weise begangen, am 23. begann die mehrtägige Feier des 200. Geburtstages Friedrich des Großen. Seine historische Bedeutung für die Größe des heutigen Preußens und des Deutschen Reiches bedarf hier keiner besonderen Ausführung. Am 23., mittags, wurde in der Akademie der Künste zu Berlin unter Anwesenheit des Kaiserpaares und der in der Hauptstadt weilenden Prinzen und Prinzessinnen die Ausstellung „Friedrich der Große in der Kunst" eröffnet, abends fand in der Kriegsakademie eine Gedächtnisfeier statt, der Kaiser Wilhelm mit den Prinzen beiwohnte. Generalmajor Freiherr v. Freytag-Loringhoven hielt den Festvortrag über „König Friedrich als Kriegsherr und Heerführer". Am eigentlichen Festtage hatten Berlin und Potsdam Flaggenschmuck angelegt, an den mit Lorbeer und Blumen geschmückten Denkmälern des großen Königs in beiden Residenzen hatte der Kaiser Kränze niederlegen lassen. In der Garnisonkirche in Potsdam, die das Grab Friedrichs II. umschließt, fand im Beisein des Kaiserpaares und der Mitglieder des königlichen Hauses ein Festgottesdienst statt. Der vom Kaiser ausgewählte Predigttext lautete bezeichnenderweise: „Wenn sie gleich alle zusammenträten, müssen sie dennoch sich fürchten und zu Schanden werden." Nach der Parade der Potsdamer Garnison begab sich Kaiser Wilhelm nach Berlin, wo nachmittags im königlichen Schlosse eine Festsitzung der von Friedrich dem Großen erneuerten Akademie der Wissenschaften stattfand. Außer den Mitgliedern der Akademie nahmen der Kaiser und die Kaiserin, die Prinzen und die Prinzessinnen, der Reichskanzler und die Minister, die Generäle der preußischen Armeekorps, Vertreter von Universitäten und Hochschulen teil. Kaiser Wilhelm feierte in einer Ansprache die Bedeutung des Tages und teilte der Akademie mit, daß er ihr als neuen Stoff für ihre Forscherarbeiten die reiche Sammlung des amtlichen und persönlichen Schriftwechsels zwischen Friedrich dem Großen und dem Generalfeldmarschall v. Möllendorff zur Verfügung stelle, die ihm von den Erben des Feldmarschalls soeben überreicht worden war. Die Festrede hielt der Biograph des großen Königs, Professor Koser. Die Feierlichkeiten schlossen abends mit einer Festvorstellung im Opernhause, bei der die dramatische Dichtung „Der große König" von Josef Lauffs zur Aufführung kam. Der Kaiser hatte dem Bildhauer Professor Dr. Tuaillon, dem Generaldirektor des Staatsarchivs Geh. Rat Koser und dem Professor Dr. Wilhelm Wundt in Leipzig den Orden pour le mérite verliehen, das Regiment Gardes du Corps erhielt ein Brustschild mit dem Namenszuge Friedrichs des Großen für die Parade. Der Festtag wurde in ganz Preußen begangen, die unter dem großen König in den Feldzügen beteiligt gewesenen Regimenter hielten besondere militärische Feiern ab.

Sonntag den 28. Januar fand im kronprinzlichen Palais zu Berlin die Taufe des vierten Sohnes des Kronprinzen statt. Hiezu war auch der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ge-



König Friedrich der Große.

gen 11 Uhr vormittags auf dem Anhalter Bahnhofe eingetroffen und vom Kaiser Wilhelm, dem Kronprinzen und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szögyeni-Marich empfangen worden. Er nahm Wohnung im königlichen Schlosse, wo um 1 Uhr ein Taufmahl stattfand, an dem außer den Mitgliedern der königlichen Familie und dem Erzherzog auch König Friedrich August von Sachsen, der Graf von Turin, der Großherzog und der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin teilnahmen. Nachmittags stattete Erzherzog Franz Ferdinand Besuche ab und nahm um 5 Uhr beim italienischen Botschafter den Tee, wobei auf seinen Wunsch auch der Reichskanzler und Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter anwesend waren. Um 7 Uhr fand im Kronprinzenpalais die Tauffeierlichkeit statt. Der neugeborene Prinz erhielt die Namen: Friedrich Georg Wilhelm Christian. Um 8 Uhr war Festtafel im Palais. Kurz nach Mitternacht reiste Erz-



herzog Franz Ferdinand nach Wien zurück; der Graf von Turin blieb noch in Berlin.

Vorher hatte der Staatssekretär des Äußern v. Kiderlen-Wächter in Rom einen offiziellen Besuch gemacht, war am 20. dort eingetroffen, vom König Viktor Emanuel empfangen und zur Hoftafel zugezogen worden. Die Blätter begrüßten ihn als Gast Italiens, wenn sein Besuch auch keinen politischen Charakter habe, für die Erneuerung des Dreibundes sei die Zeit noch nicht gekommen. Am folgenden Tage fand in der deutschen Botschaft ein Frühstück statt, an dem u. a. Ministerpräsident Giolitti, der Minister des Äußern Marchese di San Giuliano und Fürst Bülow teilnahmen. Vorher hatte Herr v. Kiderlen-Wächter dem Kardinal Staatssekretär Merry del Val einen Besuch gemacht und begab sich nachmittags zur Königinwitwe in die Villa Margherita, wo er eine halbe Stunde verblieb. Mit Marchese di San Giuliano hatte er mehrere Besprechungen, der König hatte ihm das Großkreuz des Mauritius- und Lazarusordens verliehen. Er reiste abends wieder nach Deutschland ab. Da die Reise bloß den Zweck gehabt hatte, die persönliche Bekanntschaft mit dem Marchese di San Giuliano zu machen, so hatten die Vermutungen der politischen Gerüchtefabrikanten wegen des Dreibundes, des Friedens mit der Türkei usw. keinen Halt. Der Besuch konnte nur als ein Beweis für die Fortdauer des Bündnisverhältnisses zwischen den beiden Staaten gelten.

Ein freundliches Streiflicht auf die politische Lage durfte Anfang Februar auch ein Handschreiben des Kaisers Nikolaus an den langjährigen russischen Botschafter in Berlin, Grafen Osten-Sacken, zu dessen 60jährigen Dienstjubiläum werfen. In dem Schreiben wurde ganz besonders seine Tätigkeit „zur ständigen Unterstützung und zur fortwährenden Festigung der alten engen Bande, die Rußland und das uns befreundete Deutsche Reich verbinden", hervorgehoben. Um diese Zeit erschien auch Lord Haldane wieder in Berlin und die Presse aller Länder erging sich in Vermutungen über den Zweck seiner Anwesenheit. Seit dem Mißerfolg der englischen Kriegstreibereien im Vorjahre hatte sich das Verhältnis zwischen Deutschland und England unzweifelhaft gebessert. Sir Edward Grey hatte schon versichert, daß England keineswegs darauf ausgehe, der Ausdehnung des deutschen Einflusses in der Welt Hemmnisse zu bereiten, Lord Lonsdale hatte der Friedensliebe Kaiser Wilhelms große Komplimente gemacht, der „Standard" wollte wissen, der deutsche Kronprinz habe sich als Freund Englands bekannt. Jetzt war der britische Kriegsminister wieder in Berlin, angeblich als Privatmann, um deutsche Universitätsverhältnisse zu studieren usw. Die französische Presse wurde schon unruhig über die offenkundigen Fortschritte der Annäherung zwischen Deutschland und England, und die Sensationspresse erfand allerlei interessante Mitteilungen. Daß Lord Haldane, der auch mit dem Reichskanzler auf der englischen Botschaft schon zusammengetroffen war, nicht ausschließlich als Privatmann in Berlin weilte, lag auf der Hand, aber für eventuelle Verhandlungen stand die Sache so, daß Deutschland nur unter den wiederholt bekanntgegebenen Bedingungen in bezug auf seine Ehre und seine Interessen die Hand zur Herbeiführung eines besseren Verhältnisses mit England bieten werde und könne. Daran konnte nichts ändern, daß Lord Haldane auch Gast beim Kaiser und beim Reichskanzler war. Inzwischen hatte der Marineminister Churchill, eines der beiden enfants terribles des liberalen britischen Kabinetts, in einer Rede in Glasgow den denkwürdigen Ausspruch getan, für England sei die Flotte eine Notwendigkeit, für Deutschland dagegen ein Luxus. Wenn ein bornierter englischer Philister, der nur sein Land und seine engsten Interessen kennt, einen solchen Ausspruch tut, so mag er ja von seinem Standpunkt aus Recht haben, aber ein Minister! — Daß unter solchen Verhältnissen in Berlin auch keine private Verhandlung über Flottenfragen von Erfolg hätte sein können, ist selbstverständlich. Als Lord Haldane am 12. Februar nach London zurückgekehrt war, stattete er sofort den Ministern Besuche ab und es fand auch sogleich ein Ministerrat statt, am folgenden Tage berichtete er dem König und offiziös meldete die Presse, Haldane habe nur privatim unternommen gehabt, gewisse Fragen bei seinem Besuche in Berlin zur Sprache zu bringen. Nun, er wird sich ja wohl ein Bild von der Stimmung in Deutschland haben machen können und dabei auch gefunden haben, daß die Flotte für Deutschland kein Luxus ist. In Frankreich war man im innersten Herzen ziemlich froh über den Ausgang. Im allgemeinen sind ja die Franzosen sehr für die Beschränkung der deutschen Rüstung, aber bei der Armee, nicht bei der Flotte. Wenn durch die Verhandlung mit England die deutsche Flotte beschränkt worden wäre, so konnte Geld frei und für die längst als Notwendigkeit erkannte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland verwendet werden. Aber gerade das fürchten die Franzosen. Daß nichts abgemacht worden war, bestätigte auch der Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 15. Februar im Reichstage, indem er sagte: „Die Aussprache, die von uns lebhaft begrüßt worden ist, hat in mehrfachen eingehenden und offenen Unterhaltungen stattgefunden und wird fortgesetzt werden." Man durfte sich also mit Geduld wappnen.

Es verlautete, daß Kaiser Wilhelm auf seiner Reise nach Korfu dem Kaiser Franz Josef wieder einen Besuch abstatten, im Sommer eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Nikolaus haben und an den Schweizer Manövern teilnehmen werde; auch der Besuch des Königs Georg von England in Berlin wurde in Aussicht gestellt. Die Öffentlichkeit wurde von der Presse vielfach mit Gerüchten und Mitteilungen über die bevorstehende Heeresvorlage samt Deckungsfrage beschäftigt, seitdem der Reichskanzler zu Anfang des Monats mit führenden Parlamentariern aller bürgerlichen Parteien eine Besprechung gehabt hatte. In alldeutschen Blättern tauchte die vollkommen unbegründete Behauptung auf, infolge des Besuchs Lord Haldanes solle die Flottenvorlage beschnitten werden. Am 1. März waren

sechs Jahre verflossen, seitdem der unter schweren Kämpfen zustandene gekommene Zolltarif in Kraft getreten war. Die segensreichen Folgen desselben für das Wirtschaftsleben wurden in der bürgerlichen Presse vielfach hervorgehoben und selbst der württembergische sozialdemokratische Abg. Keil sagte seinen Wählern, die Abschaffung der Getreidezölle sei unsinnig und unmöglich. Tatsächlich sind die Getreidepreise in freihändlerischen Zeiten höher gewesen als nach der Einführung der Zölle und haben auch trotz der allgemeinen Preissteigerung die damalige Höhe noch nicht wieder erreicht. Am 12. März wurden die Ratifikationsurkunden über das am 4. November 1911 abgeschlossene deutsch-französische Abkommen über Marokko und Äquatorialafrika ausgetauscht. Wegen Meinungsverschiedenheiten über die Deckung für die Kosten der Wehrvorlagen trat am 16. März der verdienstvolle Reichsschatzsekretär Wermuth zurück und erhielt in dem bisherigen Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Dr. Kühn einen Nachfolger. Die Milieupresse, die den Zurückgetretenen noch während der Wahlagitation bitter befehdet hatte, trat jetzt lebhaft für ihn ein und tadelte besonders lebhaft, daß die Entlassung ohne besondere Auszeichnung erfolgt sei. Er hatte aber schon am letzten Krönungs- und Ordensfeste, trotz seiner nur kurzen Dienstzeit, den Roten Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub erhalten. An der Börse tauchten ganz unbegründete Gerüchte über eine Verschlimmerung des Verhältnisses zu England wegen einer neuerlichen Entgleisung Churchills auf. Man soll doch englische Minister schwatzen lassen! —

Mittlerweile hatte der Kaiser am 4. März dem Großherzog von Oldenburg einen kurzen Besuch gemacht, in Wilhelmshaven die Rekruten für die Flotte vereidigt und Besichtigungen der Marineeinrichtungen in der Nordsee vorgenommen. Er traf am 8. in Bremen ein und machte im Verwaltungsgebäude des Norddeutschen Lloyd sowie im Ratskeller einen Besuch. Am 13. traf der österreichisch-ungarische Generalstabschef FML. Schemua in Berlin ein, meldete sich am folgenden Tage beim Kaiser Wilhelm und nahm am Frühstück beim Kaiserpaar teil. Abends gab der Generalstabschef General v. Moltke ein Diner, am Donnerstag fand eine vollständig kriegsmäßige militärische Übung in Döberitz statt und am 15. gab das Kaiser Franz-Garderegiment dem Gaste ein Diner. Am 19. entsprach der Kaiser der Einladung des Botschafters Cambon in die französische Botschaft und machte am 22. auf der italienischen Botschaft einen längeren Besuch. Die Abreise nach Korfu war um einige Tage verschoben worden, und daran knüpften die Alleswisser die beunruhigendsten Gerüchte, die von Tag zu Tag schwärzer wurden. Nicht nur Herr v. Kiderlen-Wächter, sondern auch Staatssekretär Delbrück und selbst der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sollten ihre Entlassung gegeben haben. Für letzteren war auch schon ein Ersatz gefunden in Großadmiral v. Tirpitz, denn diesem habe der Kaiser einen Frühbesuch gemacht — nämlich zu dessen Geburtstag. Man muß sich billig hinterher wundern, mit was für Albernheiten auf gänzlich mißverstandene Anzeichen hin die Blätter ihre Leser zu unterhalten versuchen. Darf man erstaunt sein, wenn von all solchem aufregenden Unsinn nachher doch ein gewisses Gefühl der Beunruhigung zurückbleibt? Auch der Streik im Ruhrrevier war doch kaum ernst genug, um größere Besorgnisse aufsteigen zu lassen.

Am 22. März, abends 1/2 7 Uhr, reiste Kaiser Wilhelm mit dem Prinzen und der Prinzessin August Wilhelm und der Prinzessin Viktoria Luise nach Wien ab. Beide Prinzesinnen sollten dem Kaiser Franz Josef vorgestellt werden. Der Besuch im Schlosse zu Schönbrunn vollzog sich fast genau so wie in früheren Jahren. Nur empfing diesmal Erzherzog Leopold Salvator in Vertretung des Kaisers die Berliner Gäste und geleitete sie nach Schönbrunn, wo die Hofwagen um 11 1/4 Uhr eintrafen. Auf der sogenannten blauen Stiege begrüßten die beiden Monarchen einander wiederholt mit Händedrücken und Küssen. Kaiser Franz Josef begrüßte auch den Prinzen August Wilhelm und die Prinzessinnen in überaus herzlicher Weise. Nach der Begrüßung der Erzherzoge und Erzherzoginnen blieben die beiden Kaiser in intimem Gespräch beieinander. Um 12 1/4 Uhr fand Familiendiner im engsten Kreise statt. Trotz des ausgesucht schlechten Wetters hatten sich doch bei der Ankunft des Kaisers Wilhelm dichte Menschenmassen angesammelt, um den Gästen ihren Willkommgruß zu bieten. Die Bahnhöfe waren reichgeschmückt, alle angrenzenden Häuser hatten geflaggt, die Blätter die wärmsten Begrüßungsartikel gebracht. Kaiser Wilhelm empfing den Grafen Berchtold in einstündiger Audienz und fuhr nachmittags in die deutsche Botschaft zum Tee. In der Kapuzinergruft ließ er an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf Kränze niederlegen. Obgleich die Bevölkerung wegen des strömenden Regens nur geschlossene Hofwagen sah, harrte sie doch auf den Straßen aus. Diese stille Huldigung unter so erschwerenden Umständen war wahrhaftig höher anzuschlagen als stürmische Jubelrufe bei schönem Wetter. Abends fand in Schönbrunn große Hoftafel statt, an der außer den Erzherzogen und Erzherzoginnen die Mitglieder der deutschen Botschaft und der deutschen Gesandtschaften, die gemeinsamen Minister und die beiden Ministerpräsidenten teilnahmen. Die beiden Monarchen tranken einander zu, Toaste wurden nicht ausgebracht. Um 9 Uhr verabschiedete sich Kaiser Wilhelm in der herzlichsten Weise und wurde vom Erzherzog Leopold Salvator zur Bahn begleitet.

Am 24. mittags traf Kaiser Wilhelm bei herrlichem Wetter in Venedig ein, wurde vom Botschafter v. Jagow, dem deutschen Konsul und Vertretern der deutschen Kolonie empfangen und von der Bevölkerung mit südlicher Lebhaftigkeit begrüßt. Auf der Fahrt zur „Hohenzollern" wurde er von geschmückten Gondeln der Rudervereine begleitet, Vereine bildeten Spalier, und alle wetteiferten in Kundgebungen. Nachmittags machte der Kaiser mit seinen Kindern Besuche. Am folgenden Vormittag traf König Viktor Ema-

nuel in Venedig ein, wurde von den Behörden empfangen und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Um 10½ Uhr kam er unter Salut auf der „Hohenzollern" an. Die Monarchen tauschten wiederholt Kuß und Händedruck aus, worauf König Viktor Emanuel die Prinzessinnen und den Prinzen August Wilhelm begrüßte. Nach der Vorstellung der Gefolge und Schiffskommandanten verweilten der Kaiser und der König auf Deck in anderthalbstündigem Gespräch, zu dem auch Botschafter v. Jagow zugezogen wurde. Um 12 Uhr verließ König Viktor Emanuel das Kaiserschiff, gleich darauf begab sich Kaiser Wilhelm mit dem Prinzen und den Prinzessinnen in den königlichen Palast zur Frühstückstafel, die nur kurze Zeit dauerte. Danach erschien der König mit seinen Gästen unter dem Jubel des sich zu Tausenden auf dem Markusplatze drängenden Volkes auf dem Balkon. Später wurde ein gemeinsamer Ausflug nach Torcello zum Besuch der antiken Basilika und des Museums unternommen. Abends war Bankett auf der „Hohenzollern", gleichzeitig Illumination auf dem Markusplatze und Serenade auf dem Canale Grande. Zahlreiche Boote umringten die Kaiserjacht, ein gemischter Chor und ein Orchester auf einem geschmückten und illuminierten Prahm brachte eine Serenade. Nach herzlichem Abschied verließ König Viktor Emanuel um ½11 Uhr die „Hohenzollern" und reiste nach Rom ab. Nach der gewissen Kühle, die die franzosenfreundliche Presse wegen der angeblichen Türkenfreundschaft Deutschlands geschaffen hatte, wurde der Besuch Kaiser Wilhelms jetzt hoch aufgenommen. Er hätte ja auf kürzerem Wege nach Korfu reisen können. Man erkannte die absichtliche Höflichkeit und wußte sie zu schätzen. Politisch wertvoll war unstreitig, daß Kaiser Wilhelm vom Kaiser Franz Josef zum König Viktor Emanuel kam.

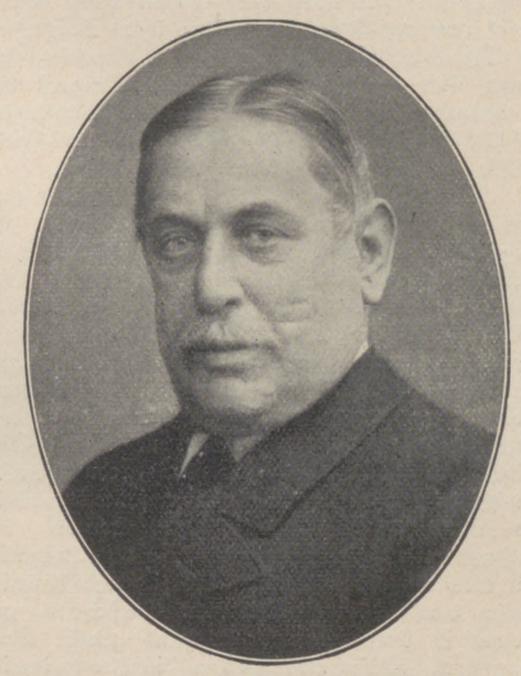
Am 26. März, früh 7 Uhr, fuhr die „Hohenzollern" mit dem Kaiser Wilhelm, gefolgt vom Kreuzer „Kolberg" von Venedig ab und hielt auf die Inseln Brioni zu. Beim vorjährigen Kaiserbesuch in Wien hatte der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand seinen Aufenthalt auf der Insel unterbrochen, um in Schönbrunn anwesend zu sein. Diesmal machte ihm und seiner Gemahlin Kaiser Wilhelm in Brioni einen Besuch. Erzherzog Franz Ferdinand bevorzugt diesen herrlichen Fleck Erde in der blauen Adria seit Jahren, seitdem die vor 30 Jahren noch unbewohnte Inselgruppe zu einem hervorragenden Kurort umgestaltet und durch den berühmten Dr. Koch von der Malaria befreit worden ist. Zedern und Dattelpalmen, mächtige Agaven und unzählige Arten blühender Sträucher beleben das von aussichtsreichen Höhenkuppen durchsetzte Gelände. Das österreichisch-ungarische Geschwader feuerte Salut, als Kaiser Wilhelm mittags eintraf. Erzherzog Franz Ferdinand kam an Bord der „Hohenzollern" und geleitete den Kaiser mit dem Prinzen August Wilhelm und den Prinzessinnen an das Land, wo sie von der Herzogin von Hohenberg, der Gemahlin des Erzherzogs, begrüßt wurden. Die zahlreichen Kurgäste kargten nicht mit lebhaften Kundgebungen. Um 1 Uhr fand beim Erzherzog ein Frühstück statt, dann wurde in Automobilen eine Rundfahrt unternommen zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten und der Befestigungsanlagen. Nach herzlichem Abschied vom Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Familie ging Kaiser Wilhelm mit seinen Begleitern um 5½ Uhr wieder an Bord der „Hohenzollern", die sich unter dem Geschützsalut der vereinigten Geschwader nach Korfu in Bewegung setzte. Die Ankunft erfolgte dort am 27., nachmittags 5 Uhr, bei schönem Wetter unter der jubelnden Begrüßung der Bevölkerung. Der Kaiser ging erst am nächsten Tage an Land und verweilte im Achilleion bis zum 8. Mai. Der Aufenthalt verlief ähnlich wie in früheren Jahren. Der Kaiser nahm auch am griechischen Osterfest teil, obgleich der König der Hellenen noch durch politische Geschäfte in Athen zurückgehalten war und erst am 17. April mit dem Kronprinzen Konstantin eintraf. Vorher, während der Osterfeiertage, hatte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf besondere Einladung im Achilleion geweilt; der Kaiser hatte ihn selbst vom Hafen nach dem Schlosse abgeholt. Am 2. Mai traf der griechische Ministerpräsident Weniselos ein, wurde vom Kaiser empfangen und durch Verleihung des Großkreuzes des Roten Adler-Ordens ausgezeichnet. Auf seiner Rückreise aus dem Süden kam am 30. April auch der Kronprinz Georg von Sachsen nach Korfu und machte dem Kaiser einen Besuch.

Am Mittag des 8. Mai ging nach herzlicher Verabschiedung von der griechischen Königsfamilie Kaiser Wilhelm mit seiner Begleitung unter lebhaften Kundgebungen der Bevölkerung an Bord der „Hohenzollern" zur Abfahrt nach Genua, wo die Ankunft am folgenden Tage gegen 2 Uhr nachmittags erfolgte. Botschafter v. Jagow, der Generalkonsul v. Herff, der Präfekt, der Bürgermeister und der Hafenkapitän, die Generale Cadorna und Tommasi sowie die Vertreter der deutschen Kolonie begaben sich zur Begrüßung an Bord, die Schiffe im Hafen hatten geflaggt. ½6 Uhr ging der Kaiser an Land und trat unter den lauten Kundgebungen der deutschen Kolonie und des italienischen Publikums die Fahrt nach Karlsruhe an. Auf der Durchreise wurde er in Mailand im Auftrage des Königs Viktor Emanuel vom Grafen von Turin begrüßt. Am 11. Mai um 10½ Uhr vormittags traf der Kaiser in Karlsruhe ein, wohin vorher schon Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter und der Botschafter Frhr. Marschall v. Bieberstein aus Berlin gekommen waren. Der Großherzog von Baden war mit Gemahlin und den Prinzen auf dem Bahnhofe erschienen. Sie fuhren durch die festlich geschmückten Straßen unter lebhaften Begrüßungen der Bevölkerung nach dem Residenzschloß, wo die Großherzoginwitwe Luise den Kaiser begrüßte. Der Besuch in Karlsruhe war wie immer vorwiegend ein Familienbesuch, der nur durch die Berichte des Reichskanzlers und des Staatssekretärs v. Kiderlen-Wächter unterbrochen wurde. Diesmal erfolgte die Ernennung des Botschafters Frhr.

Marschall v. Bieberstein für London. Die Abreise des Kaisers und seiner Tochter nach Straßburg fand am 13. Mai vormittags statt. Die Einfahrt in Straßburg geschah unter Glockengeläute und den lebhaften Kundgebungen des Publikums. Die Straßen und Häuser waren festlich geschmückt. Der Kaiser nahm im Kaiserpalast Wohnung und fuhr nach einem Frühstück beim Staatssekretär Frhrn. Zorn v. Bulach mit den Prinzen August Wilhelm, Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise und Begleitung in Automobilen nach der Hohkönigsburg. Nach der Rückkehr war Diner beim Statthalter Grafen Wedel. Am 14. nahm der Kaiser vormittags vor dem Kaiserpalaste den Vorbeimarsch der Garnison ab und nahm dann am Frühstück beim kommandierenden General v. Fabeck teil. Nachmittags begab sich Prinz August Wilhelm nach Berlin, die Prinzessin Viktoria Luise nach Homburg zu ihrer Mutter, die sich inzwischen einer erfolgreichen Kur in Bad Nauheim unterzogen hatte.

Großes Aufsehen und wochenlange Erörterungen und Feststellungen in den Blättern rief eine Äußerung des Kaisers hervor, die er nach dem Frühstück beim Staatssekretär Zorn v. Bulach dem Bürgermeister von Straßburg Dr. Schwander gegenüber getan hatte. Er soll in Beziehung auf die unerhörten Vorgänge in der elsaß-lothringenschen Kammer geäußert haben, das könne so nicht weitergehen. Wenn die Dinge so weitergingen, dann würde einfach die Verfassung aufgehoben und das Reichsland in Preußen einverleibt werden. Bezeichnenderweise stand die erste indiskrete Veröffentlichung im Pariser „Matin". Der Zeitungsstreit über den Urheber der Indiskretion tut hier nichts zur Sache. Wenn sich aber der Kaiser so oder ähnlich geäußert hat, so hat er nur ausgesprochen, was alle ernsthaften politischen Kreise in Deutschland denken. Wenn die Elsaß-Lothringer keinen vernünftigen Gebrauch von der ihnen verliehenen Verfassung zu machen verstehen, so wird eben im Interesse des Reiches der Agitationsherd dort verstopft werden, und sie brauchen sich nicht darüber zu verwundern, daß die Selbständigkeit aufhört. Sie werden sich dann auch davon überzeugen, daß das Revanchegeschrei der französischen Blätter ebenso geringen Wert hat wie während der letzten 40 Jahre. — Kaiser Wilhelm reiste am 14. Mai nachmittags im Automobil nach Metz ab, besichtigte unterwegs in Vic die Münze und mehrere Forts um Metz und traf nach 7 Uhr im Gebäude des Generalkommandos ein. Am folgenden Tage fand eine große Truppenübung des 16. Armeekorps und der 8. bayrischen Infanteriebrigade bei Mörchingen statt. Nach dem Vorbeimarsch der Truppen besichtigte der Kaiser Befestigungen bei Amanweiler und speiste abends bei seinem Regiment (Nr. 145) in Montigny. Nachts begab er sich nach Homburg. Wegen des Ablebens des Königs von Dänemark nahm er nicht an den Festspielen in Wiesbaden teil. Am 21. Mai verunglückte auf seiner Automobilfahrt nach Kopenhagen zum Begräbnis in der Nähe von Nakel der älteste Sohn des Herzogs von Cumberland, Prinz Georg Wilhelm. Er war sofort tot. Prinz Eitel Friedrich, Prinz August Wilhelm und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin erschienen am anderen Tage auf der Unglücksstätte. Der durch unvorhergesehenes Mißgeschick verursachte Unfall erregte in den weitesten Kreisen tief Teilnahme.

Während die Kaiserin nach Potsdam zurückkehrte, begab sich Kaiser Wilhelm am 23. Mai von Bad Homburg nach Hamburg, um dem Stapellauf des von der Hamburg—Amerika-Linie erbauten Dampfers „Imperator", des größten Schiffes der Welt, beizuwohnen. Er traf nach 8 Uhr auf dem Dammtorbahnhof ein und begab sich nach dem Empfang, erst im Automobil, dann auf einem



Freiherr Marschall von Bieberstein.

Hamburger Staatsdampfer, unter den lebhaften Begrüßungen der Bevölkerung nach der Vulkanwerft, wo er mit dem ebenfalls erschienenen Herzog Albrecht v. Württemberg zusammentraf. Der Festplatz und die ganze Werft waren reich mit Flaggen und Girlanden geschmückt. Nach einer kurzen, würdigen Ansprache des Bürgermeisters Dr. Burchard taufte der Kaiser das Riesenschiff, das um 9 Uhr 47 Minuten sicher vom Stapel lief. Mittags fand beim Bürgermeister Dr. Burchard eine Frühstückstafel für die hervorragendsten Festteilnehmer statt, nach der der Kaiser nach Potsdam abreiste. Am nächsten Tage traf der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Graf Berchtold, zu seinem Antrittsbesuch in Berlin ein. Er durfte nicht bloß in amtlichen Kreisen, sondern auch in allen Schichten der Bevölkerung des wärmsten Empfanges sicher sein, denn das Bündnis mit der Donaumonarchie ist selbst allen unpolitischen Deutschen Herzenssache. Die Reise hatte keinen besonderen politischen Zweck, sondern war bloß ein neues Glied in der Kette der fortlaufenden Begegnungen der politischen Leiter des Dreibundes. Graf Berchtold machte nach seiner Ankunft dem Reichs-

kanzler einen Besuch, den dieser erwiderte. Mittags fand beim Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter ein Frühstück, abends beim Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine Tafel statt. Die leitenden Staatsmänner hatten mehrfache Besprechungen miteinander. Am 25. wurde Graf Berchtold in Potsdam vom Kaiser Wilhelm in besonderer Audienz empfangen und durch Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens ausgezeichnet. Er wurde zur Frühstückstafel geladen. Die äußere Ehrung, die dem Vertreter Österreich-Ungarns zu teil wurde, ist ein beredtes Zeugnis für die starken und innigen Bundesbeziehungen, an deren Erhaltung beiden Teilen viel gelegen ist. — Kaiser Wilhelm hatte der Herzogin von Cumberland aus Anlaß des Todes ihres Sohnes ein herzliches Beileidstelegramm nach Gmunden gesandt. Am 30. traf Prinz Ernst August von Cumberland in Berlin ein, um im Namen der Familie dem Kaiser Wilhelm für seine und seiner Söhne Teilnahme den Dank auszusprechen.

Am 2. Juni kam König Friedrich August von Sachsen mit dem Kronprinzen Georg zum Besuch nach Potsdam, wurde vom Kaiser im Neuen Palais empfangen und nahm an der Frühstückstafel teil. Nach einer Besichtigung der sächsischen Mannschaften des Lehrinfanterie-Bataillons kehrte der König über Berlin nach Dresden zurück. In diesen Tagen beschäftigten sich die Zeitungen viel mit angeblichen Verstimmungen und Personaländerungen in hohen Staatsstellen. Der Kriegsminister v. Heeringen und der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer sollten wackeln. Es stellte sich alles als erfunden heraus. Am 7. Juni trafen König Ferdinand von Bulgarien mit Gemahlin, den Prinzen Boris und Kyrill sowie dem Ministerpräsidenten Geschow zum Besuch in Potsdam ein. Es fand großer Empfang statt. Kaiser Wilhelm, die Kronprinzessin in Vertretung der noch leidenden Kaiserin, die Prinzen und Prinzessinnen, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter waren zum Empfang auf dem Bahnhofe erschienen. Die Begrüßung war sehr herzlich, König Ferdinand begrüßte auch den Reichskanzler lebhaft. Die Fahrt nach dem Neuen Palais erfolgte durch ein Truppenspalier, das Publikum grüßte mit lauten Hochrufen. Im Neuen Palais fand Frühstückstafel statt, an der auch die Kaiserin teilnahm. Offiziös wurde das besondere Verdienst des Königs Ferdinand hervorgehoben, der so große Erfolge für Bulgarien zu erringen verstanden habe, ohne die Sicherheit des Landes und den Frieden Europas zu gefährden. Nachmittags nahm Kaiser Wilhelm mit seinen Gästen und den Prinzen und Prinzessinnen an dem großen Wettrennen im Grunewald teil. Abends war Galatafel im Marmorsaale des Neuen Palais, bei der der Kaiser und der König Trinksprüche ausbrachten, in denen der erstere die Verdienste des Königs um das rastlos emporstrebende Bulgarenvolk hervorhob, während letzterer die aufrichtige Pflege guter Beziehungen zu Deutschland versicherte, dem ein großer Teil der bulgarischen Jugend seine Bildung verdankt. Besonders dankte er für die Verleihung des 4. Thüring. Inf.-Reg. Nr. 72, da die unvergleichliche deutsche Armee für sein Heer vorbildlich gewesen sei. Am folgenden Tage fand die Vorstellung des in Potsdam eingetroffenen Offizierskorps des genannten Regiments, dann die Besichtigung und eine Gefechtsübung des Lehrinfanteriebataillons, später Familienfrühstück im Neuen Palais statt.

Vom 10. bis zum 13. Juni nahm Kaiser Wilhelm an den Übungen der Gardekavallerie-Division in Döberitz teil. Zu gleicher Zeit begannen die jährlichen Wettfahrten an der Unterelbe, wohin sich der Kaiser am 16. über Hamburg begab. Am folgenden Tage beteiligte er sich mit seiner Jacht „Meteor" an der Wettfahrt. Beim Diner auf dem Dampfer „Viktoria Luise" der Hamburg—Amerika-Linie hielt er auf die patriotische Ansprache des Bürgermeisters Dr. Burchard eine Rede, die überall, auch im Auslande, wegen ihrer politischen Bedeutung gewürdigt wurde. Sie bot eine Vereinigung von frischer, freudiger Unternehmungslust, kraftbewußter Bereitschaft zum Festhalten und maßvoller Besonnenheit in der Wahl der Ziele. Charakteristisch war die Hervorhebung des alten Hanseatenspruchs vom Rathause zu Lübeck: „Das Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren wieder herunterzuholen", und das Gelöbnis an die deutsche Reederei: „Da, wo Sie vorangehen, da wird meine Flagge Ihnen folgen." Auch im Auslande ist die Rede gleicherweise als Zeugnis für den unbeirrbaren nationalen Fortschritt wie als großartige Friedenskundgebung angesehen worden. Der Kaiser traf am 19. in Kiel ein und blieb da bis zum Ende des Monats. Am 25. wurde ihm für den Sieg seines „Meteor" vom englischen Royal Thames Jachtklub der Cumberland-Pokal feierlich überreicht. In seiner Erwiderung betonte Kaiser Wilhelm: „Möge der Cumberland-Cup hier stehen als ein sichtbares Band der für Großbritannien und Deutschland so natürlichen und wertvollen Freundschaft."

In England hatte man um diese Zeit gerade viele schöne Worte für Deutschland. Man fühlte sich in beiden Parteilagern durch die Ernennung des in London eingetroffenen Botschafters Frhrn. Marschall v. Bieberstein, der als bedeutendster deutscher Diplomat galt, angenehm berührt. Eine dauernde Besserung der deutsch-englischen Beziehungen wird aber doch nur dann möglich sein, wenn man sich jenseit des Kanals von der Vorstellung befreit, daß Deutschland nach der Vorherrschaft in Europa strebe, die man drüben für sich in Anspruch nimmt. Mit scheelen Augen sah man wieder zu der angekündigten Begegnung der Kaiser Wilhelm und Nikolaus, denn in England verstimmt schon jede Annäherung zwischen Deutschland und Rußland. Daran änderte auch nichts, daß Lord Haldane wieder einmal privatim auf deutschem Boden weilte. — Für den im Mai verstorbenen Botschafter Grafen Osten-Sacken wurde der bisherige russische Gesandte in Athen Sergius Nikolajewitsch Swerbejew zum russischen Botschafter in Berlin ernannt. Er gilt als Vertrauensmann des Ministers des Äußern

Ssasanow und sollte bei der bevorstehenden Kaiserbegegnung zum erstenmal in seiner neuen Eigenschaft auftreten.

Der neue Reichstag.

Der Reichstag wurde am 7. Februar unter den gewöhnlichen Feierlichkeiten vom Kaiser Wilhelm mit einer Thronrede eröffnet, die wie die meisten früheren rein sachlich und geschäftsmäßig gehalten war. Auf die durch die Wahlen bewirkten Änderungen ging sie selbstverständlich nicht ein und drückte bloß die Hoffnung aus, daß die neugewählten Abgeordneten ihre besten Kräfte an die gemeinsamen Arbeiten setzen würden. Die pflichtbewußten und zur Pflicht mahnenden Worte der Thronrede beweisen aber, daß die Reichsregierung unbeirrt durch die Erfolge der Wahlagitation und ihre Verherrlichung in der Milieupresse ihre Pflicht für das Wohl des Reiches weiter zu erfüllen beabsichtigte. Die Aufzählung der neuen Vorlagen unterließ die Thronrede und begnügte sich mit dem Hinweis auf die Kräftigung des Reiches. Eine Wehrvorlage wurde angekündigt ohne Angabe über den Inhalt und die notwendige Deckung, auch von einer Begründung durch die allgemeine Weltlage oder die Rüstungen anderer wurde abgesehen. Die auswärtige Politik soll gütlich-friedlich betrieben werden, soweit es mit der Würde und Ehre des Reiches verträglich ist. Der Marokkovertrag habe dafür den Beweis geliefert. Der Dreibund und freundliche Beziehungen zu allen Mächten „auf der Basis gegenseitiger Achtung und guten Willens" wurde betont, die Beibehaltung der bisherigen Wirtschafts- und Zollpolitik ausdrücklich angekündigt. „Im Vertrauen auf die gesunde Kraft des deutschen Volkes blicke ich mit Zuversicht und auf Gottes gnädigen Beistand bauend über die Kämpfe des Tages hinweg in die Zukunft des Reiches." Das Ganze war eine ernste Mahnung zur Arbeit. Es mußte sich nun bald zeigen, wie weit die krampfhafte Selbstsuggestion der „Sieger" im Wahlkampf dieser Mahnung nachzukommen vermochte, oder ob der Einfluß der politischen Schreier weiter gelten sollte. Der Reichstag besaß keine „schwarzblaue" Mehrheit mehr, dagegen eine knappe Mehrheit der gesamten Linken, von Bassermann bis Bebel. Außerdem konnte eine Arbeitsmehrheit der bürgerlichen Parteien gebildet werden, über allem schwebte aber auch eine starke schwarzrote Mehrheit des Zentrums mit den Sozialdemokraten. Tatsächlich war die Lage vor der Reichstagsauflösung von 1906 wieder hergestellt. Es war zwar nicht anzunehmen, daß das durch die Erfahrungen von damals gewitzigte Zentrum von dieser Mehrheit Gebrauch machen, aber sonst seine ausschlaggebende Stellung ausnützen werde.

Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Albert Träger fand nachmittags eine Sitzung statt, in der die Beschlußfähigkeit festgestellt und die Wahl des Präsidiums auf den folgenden Tag bestimmt wurde. Sie kam aber nicht zu stande, weil die Parteien sich nicht einigen konnten. Die Konservativen erklärten, sie würden an keinem Präsidium teilnehmen, in dem ein Sozialdemokrat sitze, die Milieupresse verlangte dagegen ein Präsidium, das den Wahlsieg zum Ausdruck bringe. Abg. Bassermann beantragte die Vertagung, die unter großer Heiterkeit einstimmig beschlossen wurde. Am 9. wurde endlich in einem dritten Wahlgange Abg. Dr. Spahn (Zentrum) mit 196 gegen Bebel mit 175 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Er nahm die Wahl an. Als erster Vizepräsident wurde Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat) mit 188 gegen 177 Stimmen, als zweiter Vizepräsident Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.) mit 274 Stimmen gewählt. Es wurde vielfach bemerkt, daß namhafte Nationalliberale für Bebel und Scheidemann gestimmt hatten. Die Konservativen hatten, nachdem Scheidemann gewählt worden war, weiße Zettel abgegeben. Das Haus vertagte sich bis zum 13. Der Abg. Dr. Spahn legte das Präsidium nieder, da er nicht neben einem Sozialdemokraten amtieren wollte, auch die Nationalliberalen



Präsident des Reichstags Dr. Kämpf. Vizepräsident des Reichstags Dove.

beschlossen, nicht im Präsidium vertreten sein zu wollen und Abg. Dr. Paasche trat nach einigem Zögern ebenfalls zurück. Bei der Ablehnung der drei stärksten bürgerlichen Parteien konnte nur noch die fortschrittliche Volkspartei in Frage kommen, und nachdem am 13. die Wahl wieder hatte vertagt werden müssen, wurden am 14. die dieser Partei angehörigen Abg. Dr. Kämpf zum Präsidenten und Dove zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Die oben erwähnten Parteien hatten meist weiße Stimmzettel abgegeben. Nachdem das Haus so formell konstituiert war, konnte Schatzsekretär Wermuth die erste Lesung des Etats mit einer längeren Darlegung der Finanzlage einleiten. Die allgemeine Etatsdebatte brachte in den ersten Tagen lebhafte Auseinandersetzungen der Parteien über die Wahlvorgänge, am 15. machte der Reichskanzler unter Zustimmung aus dem Hause die bereits erwähnten Mitteilungen über die unverbindlichen Verhandlungen mit Lord Haldane.

Am 15. griff der Reichskanzler nochmals in die Debatte ein und nahm in einer längeren, gedankenreichen Rede Stellung zu dem Wahlergebnis und der dadurch geschaffenen Lage. Er wendete sich zunächst gegen gewisse Legenden über die Steuerreform. Er habe wohl die Notwendig-

keit der Reform verteidigt, nicht aber die Art und Weise, mit der die Konservativen und Zentrum die Erbanfallsteuer zu Fall gebracht haben. Wenn ein Zentrumsabgeordneter die Wiedereinbringung dieser Steuer als eine Brüskierung der Finanzreformparteien bezeichnet habe, so verberge sich dahinter ein Machtanspruch, den er nicht anerkenne. Die Folgen jener Politik zeigen sich jetzt in dem Erfolg der Sozialdemokraten. Er habe immer die bürgerlichen Parteien ermahnt, sich nicht zu zerfleischen. Der Ruf zum Zusammenhalten werde bald aus dem Volke selbst ertönen. Er wies auf den Widerspruch hin, daß die Liberalen 1907 bei der Niederkämpfung der Sozialdemokraten gejubelt haben und nach dem jetzigen Wahlausfall wieder jubeln. Die Sozialdemokratie habe sich doch nicht geändert. „Den Entschluß des Fortschritts, Großblockpolitik zu treiben, und die Krisen in der nationalliberalen Partei, deren Zeugen wir in den letzten Tagen waren, kann ich nicht auf eine grundsätzliche Wandlung der Sozialdemokratie zurückführen. Was sich gewandelt hat, das ist der Liberalismus. (Sehr richtig! rechts.) Er ist weiter nach links geglitten.“ . . . „Nun meinen Sie, ich sollte wegen des Ausfalles der Wahlen die Regierungspolitik völlig neu orientieren. Wie sollte ich dazu kommen?“ . . . „Sollten wir etwa aus Angst vor den 110 sozialdemokratischen Mandaten die Regierungspolitik neu orientieren?“ . . . „In dem Stimmzettelhaufen, auf den Sie so stolz sind, steckt sehr viel Glaube an die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie.“ (Heiterkeit.) „Für die Regierung gibt es kein Wanken und Schwanken.“ . . . Zu einer ferneren Demokratisierung des Wahlrechts werde er nicht die Hand bieten. Deutschland bedürfe einer straffen Organisation, namentlich im Interesse des Friedens. Die dem Reichstage vorliegenden wichtigen Aufgaben für die Zukunft können nicht gelöst werden, wenn die bürgerlichen Parteien ihren Hader nicht vergessen. „In früheren Epochen unserer Geschichte mag Zeit gewesen sein für querelle allemande, heute nicht mehr. Ein Staat, der seine Tüchtigkeit durch Uneinigkeit lähmt, den wird die Weltgeschichte erbarmungslos zu Boden treten.“ (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) — Die Milieupresse war von der gegebenen Charakterisierung des Liberalismus wenig erbaut.

Bisher pflegte das ganze Reichstagspräsidium vom Kaiser empfangen zu werden. Herr Scheidemann mochte aber nicht „zu Hofe“ gehen, darum wurde bloß wegen Empfangs der Herren Dr. Kämpf und Dove angefragt. Der Kaiser ließ aber bestens danken. Am 19. verwahrte sich Herr v. Bethmann Hollweg in einer kurzen Rede gegen den Vorwurf des Abg. Gothein (Fortschr.), daß er sich neulich durch seine Bemerkungen über die Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten in die inneren Angelegenheiten des Reichstags eingemischt habe. „Ich habe nur die Haltung der beiden liberalen Fraktionen zum Gegenstand meiner Bemerkungen gemacht und ausgeführt, daß nach meiner Überzeugung sich die liberalen Parteien nach links entwickelt haben. Es ist keine Anmaßung, das zu sagen, und das ist kein Übergriff. Es handelt sich dabei um Akte, welche in unserer gesamten politischen Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt haben, und daran soll der Reichskanzler stillschweigend vorübergehen? Nein, meine Herren, ich denke gar nicht daran, ich werde darüber diejenigen Bemerkungen machen, die ich von meinem Standpunkte aus für richtig halte.“ (Zustimmung rechts, Lachen links.) In bezug auf die Erbschaftssteuer mahnte der Reichskanzler die Parteien, die Einbringung der Vorlage abzuwarten; die verbündeten Regierungen müßten sich jedenfalls freie Hand in der Deckungsfrage wahren. Endlich sprach Herr v. Bethmann Hollweg noch über die Linksentwicklung der Nationalliberalen, die sogar schon Gnade vor den Augen des „Berliner Tageblattes“ gefunden haben. (Stürmische Heiterkeit.) . . . „Ich nehme schon heute dankbar von der Erklärung des Abg. Dr. Paasche Akt, daß seine Partei nicht daran denke, sich weiter nach links zu entwickeln.“ (Stürmische Heiterkeit.) Er schloß mit der Hoffnung, daß die gegenwärtige Linksentwicklung der Partei wieder rückgängig gemacht würde. Am Schluß der Sitzung stellte sich heraus, daß die Nationalliberalen über das Verhalten der Sozialdemokraten zu den sogenannten „höfischen Verpflichtungen“ im Irrtum gewesen waren. Abg. Bebel bestritt dem Abg. Dr. Paasche gegenüber bestimmt, daß er oder andere seiner Partei sich zu solchen Verpflichtungen bereit erklärt hätten. Es hat sich aber hinterher herausgestellt, daß in diesem Punkte den Abg. Bebel das Gedächtnis im Stich gelassen hatte. Am 20. ging die erste Etatsdebatte zu Ende, das Haus verwendete dann zwei Sitzungen auf die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Interpellationen wegen zeitweiliger Aufhebung der Zölle auf Futtergerste, Mais und Kartoffeln. Staatssekretär Wermuth stellte nur zollfreie Kartoffeleinfuhr bis zum 15. Februar in Aussicht.

Das Reichstagspräsidium wird immer zunächst bloß auf vier Wochen gewählt, dann erst folgt die definitive Wahl. Obgleich man zur ersten Wahl die Zeit vom 7. bis 14. Februar gebraucht hatte, wurde die definitive Wahl schon auf den 8. März anberaumt. In den bürgerlichen Parteien (ausgenommen die durch ihre geheime Abmachung mit den Sozialdemokraten gebundene Fortschrittspartei) fühlte man das Bedürfnis, Herrn Scheidemann wieder loszuwerden. Die Stimmung im Lande hatte speziell die Nationalliberalen belehrt, doch blieb ihre Haltung noch unsicher. Konservative und Zentrum hielten an ihrem bisherigen Standpunkte fest, eine Einigung unter den Parteien war nicht erzielt worden, das in allen Teilen überfüllte Haus war in voller Spannung. Zum Präsidenten wurde mit 192 gegen 189 Stimmen Dr. Kämpf als Kandidat der siegreichen Linken wiedergewählt, Dr. Spahn hatte 187 Stimmen erhalten. Mit Hilfe der Konservativen und des Zentrums wurde der Nationalliberale Dr. Paasche gegen Scheidemann zum ersten und mit derselben Hilfe der fortschrittliche Abg. Dove zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Bei beiden letzten Wahlen hatte die fortschrittliche Volkspartei für den Sozialdemokraten, selbst auch gegen ihr Parteimitglied Dove

gestimmt. Die Sozialdemokraten erlaubten dagegen Herrn Dove die Annahme. Damit war endlich die Präsidiumskomödie erledigt. Fortschrittliche Blätter begeisterten sich trotz des sehr knappen Sieges der Herren Kämpf und Dove darüber, daß nun über dem Reichstage das liberale Banner wehe. Zentrum und Konservative hatten ihre Ansprüche auf die Vizepräsidentenposten doch gar nicht geltend gemacht, sondern die beiden Liberalen gegen den Sozialdemokraten als das kleinere Übel durchgesetzt, weil sie keinen „Genossen" im Präsidium haben wollten. Das neue Präsidium wurde am 21. vom Kaiser empfangen, der mit den Herren eine längere anregende Unterredung hatte, ohne Beziehung auf die Parteiverhältnisse.

Als der Reichstag am 28. März bis zum 16. April in die Osterferien ging, hatte er zwar noch nicht viel geleistet, aber neben den Lächerlichkeiten der Präsidentenwahl durchaus nicht gezeigt, daß die 110 Genossen eine größere politische Wertschätzung besäßen als die 83, die schon 1903 bis 1906 im Hause saßen. Freilich war noch nicht einmal der Etat beraten, doch ließ sich das durch den späten Beginn der Verhandlungen erklären, sonst waren nur vier kleinere Sachen handelspolitischer Natur erledigt, die erste Lesung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vollendet und die Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung an eine Kommission verwiesen worden. Natürlich war namentlich beim Etat des Reichsamtes des Innern wieder viel kostbare Zeit durch sachlich überflüssige, nur auf die Wirkung „zum Fenster hinaus" berechnete Reden vergeudet worden. Es ließ sich auch eine Verschärfung des sozialdemokratischen Tons beobachten, doch konnte die Milieupresse nicht mit Unrecht rühmen, daß sich der demokratische Reichstag unter liberaler Leitung ganz leidlich halte. Dagegen machte sich in der letzten Sitzung vor Ostern das Zentrum mit seiner ausschlaggebenden Stellung breit, indem es mit Sozialdemokraten und Polen die Ostmarkenzulage für die Post- und Telegraphenbeamten ablehnte, die doch kein Kampfmittel gegen die Polen, sondern nur eine Vergütung für das Ausharren in schwierigen Verhältnissen ist. Bei den dreitägigen Debatten vom 14. bis 16. März über den Bergarbeiterstreik hatten sich Sozialdemokratie und Zentrum arg in den Haaren gelegen, aber sobald letzteres den nationalen Boden verlassen will, wird es jene immer an seiner Seite finden. Dazu, aber nicht zur positiven parlamentarischen Arbeit, sind die „Genossen" immer zu haben.

Nach der Osterpause tagte der Reichstag nur noch bis Pfingsten. Man muß anerkennen, daß er in dieser kurzen angestrengten und ungewöhnlich bewegten Tagung Leistungen vollbracht hat, die sich mit früheren sehr fruchtbaren Sessionen messen können. Was schon der Reichskanzler kurz nach Übernahme seines Amtes prophetisch voraussagte, die Arbeit werde die Parteien einander näher bringen, hat sich auch diesmal bestätigt. Die bürgerlichen Parteien haben in nationalen Dingen mit geradezu überraschender Einmütigkeit zusammengearbeitet und es machte einen fast komischen Eindruck, daß hinterher in der Parteipresse und in Versammlungen der Parteistreit in der bisherigen Weise mit ungeschwächtem Eifer weitergeführt wurde. Der Stimmungsumschlag nach den drastischen Vorgängen bei der Präsidentenwahl ist unstreitig der schnellen Erledigung der großen Aufgaben ungünstig gewesen. Der gar nicht übermäßig laute Widerspruch der Sozialdemokraten und der reichsfeindlichen Splitterparteien ist gegenüber der großartigen Kundgebung des Reichstags bei den Wehrvorlagen im In- und Ausland nicht ohne tiefen Eindruck geblieben. In Sicherheits- und Ehrenfragen des Reiches muß sich der Volksstimmung gegenüber auch die Sozialdemokratie mäßigen, will sie nicht den besten Teil ihrer Anhänger und alle Mitläufer verlieren. Sie versuchte sich dafür noch in den letzten Sitzungen, durch maßlose Angriffe auf die Monarchie und auf Preußen zu entschädigen; dergleichen schadet ihnen bei ihren Anhängern nichts. Als sich der Reichstag am 22. Mai bis zum 26. November vertagte, hatte er alle wichtigen Aufgaben gelöst, wozu freilich mehrere Dauersitzungen nötig waren. Die Behauptungen der Sozialdemokraten, einzelne Vorlagen seien durchgepeitscht worden, ist unrichtig. An eingehender Durchberatung hat es bei keiner gemangelt, wenn auch nicht alle Redebedürfnisse der „stärksten Fraktion" des Hauses befriedigt werden konnten. In den wirtschaftlichen Fragen fand sich eine erhebliche Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Schutzzollpolitik zusammen. Nur bei den Ostmarkenzulagen versagte das Haus, indem es sie auch in der zweiten Lesung des Etats ablehnte, aber es machte doch diesen Fehler teilweise wieder gut, indem es sie bis zum Jahresschluß bewilligte. Außer dem Etat wurden die Rüstungs- und Deckungsvorlagen, die neue Brüsseler Zuckerkonvention, die kleine Strafgesetznovelle, das Gesetz gegen den Mädchenhandel, das Schutztruppengesetz und einige kleinere Vorlagen erledigt.

Die Wehrvorlagen gingen dem Hause am 15. April zu. Sie brachten keine Überraschung, höchstens wegen ihres geringen Umfanges. Sie forderte die Bildung zweier neuer Armeekorps aus bereits vorhandenen Divisionen, 17 dritte Bataillone für die noch unvollständigen Regimenter, ein neues Kavallerieregiment, 41 Batterien, 6 Pionier- und Verkehrstruppenbataillone und 106 Maschinengewehrkompagnien. Die Friedenspräsenz steigt von 515327 auf 544211 Mann. Die Flottenvorlage stellt die allmähliche Bildung (1912 bis 1917) eines dritten aktiven Geschwaders in Aussicht. Als Deckung wurde neben gewissen Etatsüberschüssen die Aufhebung des Branntweinsteuerkontingents (der sogenannten „Liebesgabe") vorgeschlagen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten wurden die Vorlagen zustimmend aufgenommen, von vielen Seiten wurde sogar mehr verlangt. Die Ausstreuung, daß die Heeresverwaltung ursprünglich noch größere Forderungen gestellt habe, wurde aber kategorisch dementiert. Wie schon erwähnt, hatte Schatzsekretär Wermuth wegen abweichender Ansicht über die Deckungsfrage demissioniert. Die erste Lesung begann am 22. April. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gab eine kurze Erläuterung der Gesichtspunkte für die Einbringung der Vorlage. Keine politische Gefahr, sondern die allgemeine Ver-

schiebung der politischen Verhältnisse seit dem Vorjahre und die Rüstungen anderer Staaten hätten sie veranlaßt. „Tun wir das nicht, so sind unsere Aufwendungen für Wehrzwecke überhaupt am letzten Ende zwecklos. (Zustimmung.) . . . Deutschland ist kriegsbereit, wenn ein Krieg ihm aufgezwungen wird, aber Händel sucht es nicht. (Beifall.) . . . Wir brauchen eine starke Rüstung nicht allein zur Abwehr gegen einen möglichen Angriff, sondern auch zur Wahrung unserer Stellung im Frieden, zur Sicherung unserer Wohlfahrt zu jeder Zeit. (Sehr richtig.) . . . Nach unserer Wehrkraft bemißt man unseren Wert als Freund und Bundesgenossen (lebhafte Zustimmung), unsere Bedeutung als eventueller Gegner, das Gewicht unseres Wortes in den internationalen Fragen, die uns berühren die Rücksicht, die andere auf unsere Interessen nehmen." Über die Deckung der Kosten setzte er auseinander, daß an dem Grundsatz des bisherigen Schatzkanzlers: keine Ausgabe ohne Deckung festgehalten werde. Die Wiedereinbringung der Erbschaftssteuer würde nur den Parteihader angefacht haben. Rechnungen des Auslandes auf den deutschen Parteihader würden zu schanden werden. „Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß bei den Entschließungen über die Ihnen gemachten Vorlagen der Einheitsgedanke und die einsichtsvolle Vaterlandsliebe, die die Nation beseelt, das entscheidende Wort sprechen wird." (Lebhaftes Bravo.) Kriegsminister v. Heeringen und Staatssekretär v. Tirpitz gaben nun eingehende Aufschlüsse über die Heeres- und die Flottenvorlage, die finanzielle Seite erläuterte Schatzsekretär Kühn. In der viertägigen ersten Lesung erklärten sich alle bürgerlichen Parteien für die Vorlage und verwiesen sie an die Budgetkommission, die Deckungsvorlage aber an eine besondere Kommission. Zwischen dem Abg. Erzberger und dem Kriegsminister v. Heeringen kam es über die von dem Zentrumsabgeordneten ganz unnötigerweise aufgeworfene Duellfrage zu einem harten Zusammenstoß. Von einem Duellunwesen kann man wahrhaftig in der deutschen Armee nicht reden. Über allen prinzipiellen Ansichten in der Duellfrage steht doch der praktische Gesichtspunkt, daß ein Offizier, der aus irgend einem Grunde ein Duell ausgeschlagen hat, vor der Front vor jungen Männern in den ersten zwanziger Jahren schlechthin unmöglich ist.

Die Befürchtung, daß sich aus dem Vorgang Schwierigkeiten im Zentrum bei der Wehrvorlage ergeben würden, bestätigten sich nicht. Am 10. Mai machte der Reichstag eine für das gesamte Ausland, Freund und Feind, verständliche Kundgebung, indem er die Heeresvorlage in zweiter Lesung außerordentlich rasch annahm. Allerdings wurde der Antrag Erzberger, die aus drei Teilen bestehende Vorlage samt dem Ergänzungsetat en bloc anzunehmen, durch den Einspruch eines Sozialdemokraten vereitelt, die Annahme ging aber trotzdem sehr schnell von statten. Die Redner der bürgerlichen Parteien hatten vorher nur kurze, zustimmende Erklärungen abgegeben, dagegen hatte nur der Sozialdemokrat Gradnauer und der Pole Seyda gesprochen. Der Reichskanzler war in der Sitzung zugegen. Kriegsminister v. Heeringen betonte, daß die Einigkeit zwischen Regierung und Reichstag eine besondere nationale Bedeutung für das Wohl des Vaterlandes habe. Am 14. wurde auch die Flottenvorlage nach kurzer Beratung in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Elsässer und Welfen angenommen. Nicht so günstig standen die Dinge in der von der „liberalen" Mehrheit mit zwei Stimmen über die Majorität durchgesetzten besonderen Deckungskommission. Der Hansabund hatte schon Anfang März die berüchtigte Erbanfallsteuer angeregt, und in der Kommission war Neigung genug vorhanden, den alten Parteienstreit wieder anzufachen. Zunächst wurde das Branntweinsteuergesetz so weit zerpflückt, daß sein Erträgnis für die Deckung der Wehrvorlagen vollkommen ungenügend wurde. Es mußte also weitere Deckung, und zwar in einer Besitzsteuer gesucht werden. Gewisse Leute waren auch gleich bereit, mit der Erbschaftssteuer wieder einen Feuerbrand unter die Parteien zu werfen, und die Milieupresse freute sich schon darauf. Die ernstere Stimmung, die mit den Wehrvorlagen verknüpf war, bewog indessen die Abg. Bassermann und Erzberger, einen Weg zur Verständigung zu suchen, indem sie die Fortdauer der Zuckersteuer bis nach der Einführung einer neuen Besitzsteuer beantragten. Damit wurde die neue Besitzsteuer dem Hader der Parteien entrückt und zunächst der Regierung zugeschoben. Die Regierung ging darauf ein. So konnten endlich am 21. Mai in zwei Sitzungen vom Reichstage die Branntweinsteuervorlage, die Anträge der Budgetkommission über die Besitzsteuer und die gesamten Wehrvorlagen in dritter Lesung angenommen werden. Die bürgerlichen Parteien begrüßten die Annahme mit lebhaftem Beifall, die Sozialdemokraten zischten. Der Kaiser verlieh dem Reichskanzler, dem Kriegsminister v. Heeringen und den Staatssekretären v. Tirpitz und Kühn hohe Ordensauszeichnungen.

Der Reichstag hätte nach dieser patriotischen Leistung mit ungetrübtem Glanz in die Ferien gehen können, aber den Sozialdemokraten paßte das nicht. Sie wollten noch einmal zeigen, daß doch sie allein als Sieger in den Reichstag eingezogen wären, der sich jetzt so gebärdete, als wären sie gar nicht da. Schon am 17. hatte der kurzfristige Vizepräsident Scheidemann in Anknüpfung an die Straßburger Äußerung des Kaisers heftige Angriffe gegen den Monarchen und unerhörte Schmähungen gegen Preußen gerichtet. Da der Präsident nicht dagegen eingriff, verließ der Reichskanzler mit den Bundesratsmitgliedern den Saal. Erst nachdem Dr. Kämpf die Ordnungsrufe nachgeholt hatte, erschienen die Herren wieder. Der Reichskanzler wies die Beschimpfungen gegen Preußen kurz zurück und erklärte die Äußerung des Kaisers als eine Mahnung an die Elsaß-Lothringer zur Besinnung. In der Schlußsitzung des Reichstags machte der Sozialdemokrat Ledebour einen neuen Vorstoß. Er kam wieder auf die Angelegenheit zurück und schmähte den Kaiser in sehr durchsichtigen Redewendungen, wofür er zwei Ordnungsrufe erhielt. Nach dem Sprecher der Rechten, Abg. Schultz, der begeistert für den Kaiser

eintrat, erhob sich der Reichskanzler zu einer kurzen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Erklärung. Er kenne keine Schwierigkeiten, für seinen Kaiser einzutreten. Von einem sozialdemokratischen Regiment will das deutsche Volk, das zum Kaiser hält, nichts wissen. „Das deutsche Volk wird Ihnen — der Tag wird noch kommen — die Antwort geben auf diese Angriffe gegen Kaiser und Reich.“ Abg. Dr. Südekum (Sozialdem.) suchte die Angriffe Ledebours zu rechtfertigen, aber Herr v. Bethmann Hollweg entgegnete in einer zweiten kurzen Rede: nach dem Auftreten der Sozialdemokraten sei ihnen an einer friedlichen und gesetzmäßigen Entwicklung gar nichts gelegen. „Und was im übrigen von Ihnen auf Parteitagen und in Ihrer Presse gesagt worden ist über die Form, wie Sie die Ziele erreichen wollen, denen Sie nachstreben, da ist von Verfassungsmäßigkeit keine Rede mehr. Darüber sollten sich die Herren klar sein, wenn sie anderen Leuten den Vorwurf machen, daß sie nicht für die bestehende Verfassung einträten.“ (Lebhafter Beifall.) Da es den Sozialdemokraten nur darauf ankam, mit einem Knalleffekt für ihre Leute draußen abzuschließen, so machten sie sich aus den vernichtenden Abfertigungen nichts. Nachdem noch die letzten dritten Lesungen und einige Resolutionen erledigt worden waren, sprach Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in einer kurzen Schlußrede den Dank des Kaisers und der verbündeten Regierungen aus dafür, daß das Haus durch feste Einmütigkeit nach innen und außen Zeugnis für den Willen der Nation abgelegt habe, unsere Wehrkraft als Friedensgewähr zu verstärken.

Politisches im zweiten Halbjahre.

Kaiser Wilhelm traf am 2. Juli von Kiel in Danzig ein und nahm einige Besichtigungen vor. Der Reichskanzler kam nachmittags an und am 3. früh setzte sich die „Hohenzollern“, mit dem Kaiser und dem Reichskanzler an Bord, begleitet von dem Panzerkreuzer „Moltke“ und dem Depeschenboot „Sleipner“, zur Begegnung mit dem Kaiser Nikolaus nach Baltischport in Fahrt. Obgleich die Zusammenkunft keinem besonderen politischen Zwecke diente, wurde sie doch als sichtbarer Beweis für die Fortdauer der Potsdamer Übereinkunft und als neue Friedensgarantie von der dreibundfreundlichen Presse mit großer Wärme besprochen, dagegen besonders in Frankreich mit nur schlecht verhehltem Mißtrauen angesehen, obgleich oder vielleicht weil nächstens der Ministerpräsident Poincaré auch nach Petersburg reisen sollte. Am ruhigsten war man in Deutschland, wo man an dem freundschaftlichen Verhältnis zur offiziellen russischen Politik festhält, damit zufrieden ist und die gewohnheitsmäßige Feindseligkeit der russischen Presse nicht hoch bewertet. Man weiß, daß Rußland wohl keine weitere Demütigung Frankreichs, woran kein Mensch in Deutschland denkt, zulassen würde, sonst aber für französische Revanchegelüste nicht zu haben ist. Mehr verlangt Deutschland von Rußland nicht und hat ihm dafür schon manchen Freundschaftsdienst erwiesen.

Das kleine Städtchen Baltischport, der Vorhafen von Reval, an der Westküste von Estland, war in freudiger Aufregung. Halb 11 Uhr vormittags kam an Bord der Kaiserjacht „Standart“, begleitet vom Kreuzer „Polarstern“ und fünf Minenschiffen, die gesamte kaiserliche Familie auf der Reede an. Die eintreffenden Staatsmänner usw. wohnten entweder auf den Schiffen oder im Eisenbahnsalonwagen, denn das Städtchen hat keine Hotels, doch prangte es reich in deutschen und russischen Flaggen. Auf der Reede lagen noch zwei russische Linienschiffe und sechs Torpedoboote. Die russischen Blätter äußerten sich im allgemeinen sehr zustimmend zu dem Ereignis, viele erinnerten an die historische Freundschaft der beiden Nachbarmächte und wünschten ihre Fortdauer. Gewisse fortschrittliche und panslawistische Zeitungen betonten freilich, die Begegnung dürfe nicht Frankreich und England enttäuschen, auch nicht bewirken, daß Österreich bei dem bevorstehenden Friedensschlusse zwischen Italien und der Türkei große Vorteile einheimse.

Am Morgen des 4. lagen sämtliche russische Schiffe in Flaggengala, die deutsche Flagge am Großmast. Bei sonnigem Wetter traf die „Hohenzollern“ gegen 10 Uhr unter dem Salut der russischen Schiffe, den „Moltke“ erwiderte, und dem Hurra der paradierenden Matrosen ein und ging zwischen „Standart“ und „Polarstern“ vor Anker. Kaiser Nikolaus begab sich unter dem Salut der deutschen Schiffe sofort an Bord der „Hohenzollern“, wo ihn Kaiser Wilhelm am Fallreep empfing. Sie begrüßten sich herzlich mit Kuß und Handschlag, dann begrüßte Kaiser Nikolaus den Prinzen Adalbert und den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Bis 11 Uhr blieben beide Monarchen im Gespräch an Deck, dann kehrte Kaiser Nikolaus zur „Standart“ zurück. Gleich darauf folgten ihm Kaiser Wilhelm, Prinz Adalbert und der Reichskanzler dahin zum Besuch der Zarin. Dann fand ein Frühstück zu 50 Gedecken statt, an dem auch die Zarin mit ihren vier Töchtern teilnahmen. Kaiser Nikolaus saß zwischen dem Reichskanzler und dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès, seine Gemahlin zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Prinzen Adalbert. Um 3 Uhr machte der Reichskanzler dem Ministerpräsidenten Kokowzew und dem Minister des Äußeren Ssasanow auf dem „Polarstern“ einen anderthalbstündigen Besuch, den beide später erwiderten. Halb 5 Uhr hatte der Zar den Kaiser Wilhelm und den Prinzen Adalbert zur Besichtigung des Linienschiffes „Imperator Pawel Pjerwy“ abgeholt. Abends war Galatafel an Bord der „Standart“; Reden wurden nicht gehalten, die Monarchen tranken einander mit herzlichen Worten zu. Am folgenden Morgen traf der Oberstkommandierende, Großfürst Nikolaus Nikolojewitsch ein. Gegen 10 Uhr holte der Zar den Kaiser Wilhelm und den Prinzen Adalbert von der „Hohenzollern“ ab, sie begaben sich zur Besichtigung des Regiments des Kaisers Wilhelm, des 82. Inf.-Rgts. Wyborg, an Land. Im Hafen bildeten 1500 weißgekleidete Mädchen Spalier, die Majestäten gingen zu Fuß nach dem

Paradeplatz. Kaiser Wilhelm war vom Verlauf der Besichtigung sehr befriedigt. Beide Kaiser ließen sich mit dem Regiment photographieren. Danach fand Frühstück auf der „Standart" statt. Nachmittags besichtigten beide Monarchen eingehend den „Moltke", um 7 Uhr empfing Kaiser Wilhelm die Vertreter der deutschen Kolonie von Reval, um 8 Uhr war Tafel auf der „Hohenzollern", bei der die gesamte Zarenfamilie anwesend war. Nachher fanden kinematographische Aufführungen von Szenen aus der Nordlands- und Mittelmeerreise des Kaisers Wilhelm statt. Am nächsten Morgen empfing Kaiser Wilhelm auf der „Hohenzollern" das Offizierskorps des Regiments Wyborg. Nach der Abschiedsfrühstückstafel auf der „Standart" kehrte Kaiser Wilhelm mit Begleitung nach dem herzlichsten Abschied zur „Hohenzollern" zurück, die unter Salut in See ging.

Die Zusammenkunft hatte einen so herzlichen Charakter getragen, daß der Eindruck davon nirgends verborgen bleiben konnte. Der intime Verkehr der beiden Monarchen und ihrer Familienmitglieder, ihre Unterhaltungen mit den leitenden Ministern des Nachbarstaates, die mehrfachen offenen und vertrauensvollen Aussprachen dieser Staatsmänner untereinander waren Tatsache, Kaiser Wilhelm hatte dem Ministerpräsidenten Kokowzew den Schwarzen Adler-Orden, Kaiser Nikolaus dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg seine Büste verliehen. So handeln Leute nicht, die eventuell morgen Feinde sein könnten. Das empfanden auch alle Anhänger einer streitbaren Tripelallianz mit mehr oder weniger schlecht verhehltem Kummer. Eine gleichlautende deutsche und russische offiziöse Auslassung ließ aber auch keinen Zweifel, denn sie bestätigte den Entschluß, „die zwischen beiden Ländern bestehenden altehrwürdigen Traditionen hochzuhalten" und stellte als Ergebnis der Begegnung fest: „Während sie einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland bezeugt, bedeutet sie anderseits auch den beredten Ausdruck der friedlichen Grundrichtungen, welche die Politik beider Reiche bestimmen." Reichskanzler v. Bethmann Hollweg begab sich zu dreitägigem Aufenthalt nach Petersburg, wo er wiederholt Gelegenheit hatte, mit dem Ministerpräsidenten Kokowzew und dem Minister des Äußeren Ssasanow zu verkehren. Nach einem Besuch in Moskau kehrte er von dort am 13. nach Berlin zurück. Kaiser Wilhelm hatte nach dem Wiedereintreffen in Swinemünde noch seiner Gemahlin vor ihrer Abreise nach Wilhelmshöhe in Potsdam einen kurzen Besuch gemacht und trat dann am 10. früh von Swinemünde aus die gewohnte Nordlandsfahrt an. Sie führte am folgenden Tage nach Bergen, am 13. nach Molde und am 17. nach Balholmen im Sognefjord, wo längerer Aufenthalt genommen wurde. Dort sollen bekanntlich die Helden der Fridtjoffsage, Fridtjoff und König Bele, vom Kaiser durch Kolossalstatuen verewigt werden. Das Wetter war meistens günstig. Am 31. Juli wurde die Rückreise angetreten und am 3. August nachmittags Swinemünde erreicht. Am 5. traf der Reichskanzler zur Berichterstattung ein und am nächsten Tage reiste der Kaiser nach Wilhelmshöhe ab und nahm am 8. an der Jahrhundertfeier der Firma Krupp in Essen teil.

Der Bruder des Kaisers, Großadmiral Prinz Heinrich, beging am 14. August die Feier seines fünfzigsten Geburtstages, seinem schlichten Wesen entsprechend im engsten Familienkreise auf seinem bescheidenen Landsitze Hemmelmark bei Kiel. Die gesamte deutsche Nation nahm aber herzlichen Anteil, denn sie erkennt freudigen Herzens die Verdienste an, die sich in mehr als dreißigjähriger Dienstzeit der Prinzadmiral um die Schlagfertigkeit der Flotte und um das Ansehen Deutschlands in Ostasien und Nordamerika erworben hat. Auch jetzt wieder begab er sich, unmittelbar nach der Geburtstagsfeier, als Vertreter seines Bruders zum Begräbnis des japanischen Herrschers nach Tokio. Bekannt ist der Einfluß, den seine nordamerikanische Reise vor einem Jahrzehnt auf die Belebung des Deutschamerikanertums ausgeübt hat, das sich seit dieser Zeit in zahlreiche Verbände zur Pflege deutschen Wesens zusammengeschlossen hat. Gerade in diesen Tagen befanden sich gegen 400 Mitglieder des nationalen deutschamerikanischen Lehrerbundes auf einer Rundreise im alten Mutterlande und erfreuten sich in Bremen, Hamburg, Berlin, Breslau, Dresden usw. überall der wärmsten Aufnahme. In Wilhelmshöhe wurde wie alljährlich am 18. August der Geburtstag des Kaisers Franz Josef mit einer Festtafel gefeiert, bei der Kaiser Wilhelm auf seinen „lieben Verbündeten und Waffenbruder, dem Vorbild und dem verkörperten Pflichtgefühl in der Arbeit für sein Volk und sein Land" toastete. Am folgenden Tage traf er in Frankfurt a. M. zur Besichtigung des neuen Osthafens ein und nahm dann an einem Frühstück im alten Kaisersaal des Römer teil. Alle Kreise der Bevölkerung bereiteten ihm einen jubelnden Empfang. Das Gleiche war am 21. in Mainz der Fall, als sich der Kaiser mit dem Großherzog von Hessen nach der Parade über die Garnison zum Schlosse begab.

Das größte Interesse erregte aber der Besuch des Kaisers in der Schweiz zu den Manövern. Es war bekannt, daß er mehrfach den Wunsch geäußert hatte, einmal die Schweizer Armee in Tätigkeit zu sehen, und seit dem Frühjahr schon waren die Vereinbarungen darüber getroffen. In der Schweiz freute man sich darauf, weil man wußte, man werde vor dem Soldatenauge des Kaisers mit Ehren bestehen. Der Bundesrat traf umfassende Vorbereitungen. Außer den Manövern sollte der Besuch den Hauptstädten Bern und Zürich gelten, und daran sollte sich ein Ausflug in das Berner Oberland anschließen. Die Schweizer wissen den Wert guter Beziehungen zu den benachbarten Großmächten wohl zu schätzen und haben das schon gezeigt, als König Viktor Emanuel bei der Eröffnung des Simplontunnels, Kaiser Franz Josef auf seiner Bodenseerundfahrt und Präsident Fallières im Vorjahre bei seinem offiziellen Besuche auf Schweizer Boden weilten. Daß Kaiser Wilhelm ihre Truppen im Felde, bei der soldatischen Arbeit sehen wollte, daß er seine Freude daran hatte, war unstreitig eine be-

sondere Ehrung. Dabei erkennen die Schweizer aller Richtungen offen an, daß der Kaiser trotz seiner militärischen Begabung und großen Heeresmacht ein Friedensfürst geblieben ist und dadurch den wirtschaftlichen Aufschwung seines Landes mächtig gefördert und zugleich geschützt hat. Die republikanischen Schweizer achten die Persönlichkeit des Kaisers Wilhelm hoch, und es machte sich von selbst, daß sie ihre diesjährigen Manöver auch „Kaisermanöver" nannten. Unangenehm überraschten in dieser Stimmung die Nachrichten aus Wilhelmshöhe, nach denen der Kaiser infolge einer starken Erkältung in Mainz die Teilnahme an den Paraden bei Merseburg und Zeithain abgesagt hatte. Doch konnte er schon am 30. nach Berlin abreisen, an den folgenden Tagen die Parade des dritten und die des Gardekorps abnehmen und am Abend des 2. September programmgemäß die Reise nach Zürich antreten. Die Schweizer Blätter brachten dem Kaiser in sympathischer Weise und mit anerkennenswerter landechten Offenheit ihren Willkommgruß dar. Vernünftige Bewohner des Landes haben ja schon längst darauf verzichtet, sich durch deutschfeindliche Hetzereien über gewalttätige Absichten Deutschlands aufregen zu lassen, aber es machte doch einen gewinnenden Eindruck, in welch anmutenden Formen die republikanische Tagespresse dem kaiserlichen Gaste in seiner europäischen Bedeutung gerecht wurde.

Am 3. September nachmittags traf Kaiser Wilhelm auf Schweizer Boden unter Kanonendonner ein und wurde auf dem Bahnhof in Basel offiziell begrüßt. Die Ankunft in Zürich erfolgte um 5 Uhr 20 Minuten. Der Kaiser wurde vom Bundespräsidenten Forrer und den Bundesräten auf dem Bahnhofe äußerst warm begrüßt. Er trug die der Schweizer Uniform ähnliche Uniform des Gardejägerbataillons. Nach kurzem Aufenthalt fuhr er mit dem Bundespräsidenten nach der Villa Rietberg, bekannt durch den langjährigen Aufenthalt Richard Wagners in der Familie des damaligen Besitzers Wesendonk. Abends war Festdiner im Hotel Baur, Züricher Männergesangvereine brachten ein Ständchen. Der Kaiser empfing die Dirigenten Andreae und Faßbänder und die Vorstände Lincke und Thommen, denen gegenüber er seinen Dank und seine bekannte Wertschätzung des deutschen Männergesanges aussprach. Dem Bundespräsidenten und anderen Festteilnehmern drückte er seine Befriedigung über den warmen Empfang in Zürich, wo er nur einmal in jungen Jahren geweilt hatte, und über die herrliche Lage seines Quartiers aus. Er suchte es schon um 10 Uhr auf, denn die Manöver, denen die beiden folgenden Tage gewidmet waren, begannen früh. Sie spielten sich zwischen der fünften und sechsten Division im Voralpengebiet an der mittleren Thur ab. Das Gelände ist wegen tiefer Taleinschnitte und zahlreicher Waldstücke wenig übersichtlich. Das Ausland hatte mehr als 2000 Offiziere zur Teilnahme angemeldet. Die Oberleitung hatte der Oberstkommandant Ulrich Wille, dessen Gemahlin eine geborene v. Bismarck, aus dem süddeutschen Zweige des Hauses, ist. Kaiser Wilhelm war mit dem Bundespräsidenten und Begleitung schon vor 8 Uhr über Wil auf dem Gefechtsfelde angekommen und hielt sich meist auf den Höhen bei Kirchberg auf, machte aber auch eine Automobilfahrt zur Besichtigung der Stellungen beider Gegner und der Anmärsche der Truppen. Das zahlreiche Publikum begrüßte ihn überall lebhaft und war erstaunt über seine Schlichtheit und Leutseligkeit, sowie über die Genauigkeit, mit der er auch die kleinsten militärischen Vorgänge beobachtete. Gegen 2 Uhr war Frühstück in der historischen Karthause Ittingen, einem ehemaligen Kloster. Nach 4 Uhr traf der Kaiser wieder in Zürich ein, wo ihn eine große Volksmenge noch lebhafter begrüßte als bei seiner Ankunft. Dem Bundesrat hatte er ein prachtvolles Geschenk gewidmet, eine Standuhr im Rokokostil, ein Meisterwerk der Berliner Porzellanfabrik. Sie hat im Bundeshause in Bern Aufstellung gefunden.

Abends war großes Nachtfest auf dem Züricher See. Kaiser Wilhelm war mit dem Bundespräsidenten und zahlreichen Ehrengästen bei Einbruch der Dämmerung auf dem Dampfer der Stadt Zürich bis zur Höhe des Sees gefahren. Hunderte von meist prächtig beleuchteten Booten belebten das Wasser. Um halb 8 Uhr begann die Ufer- und Höhenbeleuchtung, ein Bild von wunderbarer Pracht. Eine Stunde später wurde unter dem Beifallsrufen der Menge ein großartiges Feuerwerk abgebrannt, das gegen 9 Uhr mit einem Riesenbukett aus 3000 Raketen, Bomben und anderen Leuchtkörpern schloß. Die Stimmung war enthusiastisch. Am anderen Morgen fuhr der Kaiser schon um halb 5 Uhr ins Manövergelände. Im Gegensatz zum vorigen Tage war das Wetter unfreundlich, der in der Nacht eingetretene Regen hielt an. Aber die Bevölkerung hatte sich nicht abschrecken lassen und begrüßte den Kaiser mit Hochrufen, als er um halb 6 Uhr auf dem Ölberg bei Wil erschien. Nach 12 Uhr war das Gefecht zu Ende und der Kaiser kehrte mit dem Bundespräsidenten nach Zürich zurück. Vorher hatte auf dem Hofberg in einem besonders errichteten Zelt ein von der (sozialistischen) Regierung des Kantons St. Gallen gegebenes Frühstück stattgefunden, bei dem 22 „Töchter von Wil" in den Trachten der verschiedenen Kantone bedienten. Nachmittags empfing der Kaiser in der Villa Rietberg u. a. auch die Vertreter der zwölf deutschen Vereine in Zürich. Nach der Abendtafel in der Villa trug der deutsche Männergesangverein mehrere Lieder vor, wofür der Kaiser dem Dirigenten Pfirstinger freundlich dankte. Nicht uninteressant ist folgender Vorgang. In der Stadt Zürich weilte in diesen Tagen auch Prinz Adalbert, in der Fremdenliste als Graf Hohenheim eingetragen. Auf dem Alpenkai hatte ihn der Kaiser unter den Zuschauern erkannt, ihm freundlich zugenickt und dem Bundespräsidenten erläuternd mitgeteilt: „Das ist mein Sohn Prinz Adalbert." Am folgenden Tage machte Kaiser Wilhelm u. a. noch dem Landesmuseum einen einstündigen Besuch und begab sich dann unter den jubelnden Rufen der Volksmenge zu Fuß nach dem Bahnhof zur Fahrt nach Bern, wo die Ankunft unter Kanonensalut um halb 3 Uhr nach-

mittags erfolgte. Die alte, ehrwürdige Bundeshauptstadt hatte reichen Flaggenschmuck angelegt, die weitere reiche Dekoration bestand meist aus Blumen. Die Feststraße vom Bahnhofe zum Bundeshause machte einen großartigen Eindruck, am Anfang und am Ende der Bundesgasse wehte die Kaiserstandarte von hohen Masten. Zum Empfang auf dem Bahnhofe war Bundespräsident Forrer mit den Bundesräten und den übrigen Spitzen der Eidgenossenschaft erschienen. Unter lebhaften Zurufen fuhr der Kaiser mit dem Bundespräsidenten nach dem Bundeshause.

Nach der Besichtigung des Audienzsaales sowie der Sitzungssäle des National- und des Ständerates wurde unter lauten Kundgebungen einer ungeheuren Volksmenge eine Rundfahrt durch die Stadt gemacht. Der Besuch des Münsters geschah unter Glockengeläut, während des halbstündigen Aufenthaltes wurden dem Kaiser vom Komitee die Entwürfe für das Reformationsdenkmal in Genf vorgeführt. Auf der Weiterfahrt wurde auch der historische Bärengraben besichtigt, wo der Kaiser ausstieg und die Wappentiere der Stadt fütterte, was beim Publikum großen Jubel hervorrief. Die Herren vom Bundesrat begleiteten den Kaiser noch bis zum „Berner Hof", seinem Absteigequartier. Bald darauf erschien er auf der deutschen Gesandtschaft und empfing die Vertreter der deutschen Kolonie. Die deutschen Kriegervereine zogen mit Musik im Gesandtschaftsgarten auf, der Kaiser schritt ihre Reihen ab und redete viele alte Krieger an. Abends fand ein offizielles Diner im „Berner Hof" statt. Bundespräsident Forrer betonte in seinem Trinkspruch, daß der Besuch für die Schweiz eigentlich eine Feier bedeute. Das Land habe unter allen befreundeten Nachbarstaaten zu Deutschland die größten Beziehungen. Er dankte dem Kaiser für seine freundliche Gesinnung, insbesondere für sein sympathisches Interesse an dem Schweizer Wehrwesen, das den Zweck habe, die Neutralität des Landes gegen jedermann zu wahren. Kaiser Wilhelm antwortete in längerer Rede. Er dankte zunächst für die Einladung zu den Manövern. Die Eidgenossen seien zu Ausgang des Mittelalters die Schöpfer der Landsknechte, des ersten deutschen Fußvolkes, gewesen; daß sie dieser ruhmreichen Geschichte eingedenk geblieben seien, hätten ihn die beiden Manövertage erkennen lassen. Er dankte weiter für den herzlichen Empfang in Zürich und Bern und bedauerte, laut ärztlichem Rats auf den Besuch der Jungfrau und des Vierwaldstätter Sees verzichten zu müssen. Er führte in längerer Darstellung die geistige und literarische Gemeinschaft zwischen Deutschland und der Schweiz aus, der er wie seit 25 Jahren immer ein guter Freund sein werde. Nach dem Diner fuhr der Kaiser nach 9 Uhr vom „Berner Hof" unter den Hochrufen einer großen Volksmenge durch die festlich beleuchteten Straßen nach dem Bahnhofe. Die Verabschiedung vom Bundespräsidenten Forrer und den Bundesräten war ungemein herzlich. Der Kaiser grüßte noch vom Salonwagen aus, als sich der Zug nach halb 10 Uhr unter Kanonenschüssen in Bewegung setzte.

Kaiser Wilhelm war von seinem Aufenthalt in der Schweiz von Anfang bis zu Ende in hohem Maße befriedigt. Neben den festlichen Veranstaltungen hatten insbesondere die Manöver und die musterhafte Haltung der Bevölkerung sein lebhaftes Interesse erregt. Auch die Schweizer haben von seiner gewinnenden Persönlichkeit einen dauernden Eindruck empfangen. Das wurde, abgleich die Reise nicht den geringsten politischen Zweck verfolgte, auch im Auslande viel bemerkt, am bittersten aber in Frankreich empfunden, wo die Presse die „benachbarte Republik" warnte, man könne „allzu starken Staaten nicht aufs Wort glauben". Die französische Republik hat ja freilich selbst mit ihren „Verbündeten" ähnliche Erfahrungen gemacht und daran glauben müssen. Von Schaffhausen aus sandte Kaiser Wilhelm noch ein herzliches Abschieds- und Danktelegramm an den Bundespräsidenten Forrer, der es mit dem lebhaften Danke für die Anerkennung der Schweizer Armee erwiderte und versicherte, der Besuch werde dem gesamten Schweizervolk unvergeßlich sein. Offiziös bemerkte die „Nordd. Allg. Ztg.": „Der Bundespräsident hat in Bern die Entschlossenheit der Schweiz betont, ihre Neutralität gegen jeden Angriff zu wahren. Die Interessen des Deutschen Reiches stimmen auch in diesem Punkte völlig mit denen der Schweiz überein." Der Kaiser machte in den nächsten Tagen dem Großherzog von Baden und der Großherzoginwitwe Luise auf der Insel Mainau und dem König von Württemberg in Friedrichshafen einen Besuch und traf am 9. zu den Kaisermanövern an der mittleren Elbe ein. Um diese Zeit wurde viel vom Abschluß einer französisch-russischen Flottenkonvention in den Blättern geschrieben. Damit sollte offenbar dem Eindruck der Begegnung von Baltischport entgegengearbeitet werden. Man mußte sich doch billig wundern, warum eine solche Konvention bei dem „Bündnis" zwischen Rußland und Frankreich erst nötig sein sollte. Unter solchen Umständen versteht sich dergleichen doch von selbst. Zu Ankündigungen der Art war übrigens die Gelegenheit auch schlecht gewählt zu einer Zeit, wo Rußland eben erst die Grundlagen für seine neue Flotte legt und Frankreich kein brauchbares Pulver für seine Kriegsschiffe besitzt. Die Nachrichten wurden mit der Anwesenheit des Fürsten Lieven, des Chefs des russischen Marinestabes, in Paris in Verbindung gebracht. Von seinen Besprechungen war übrigens die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt worden und Fürst Lieven erklärte hinterher selbst, von einer Konvention sei nicht die Rede gewesen.

Am 10. August war Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zum Kurgebrauch nach Bad-Gastein gegangen, wo er am 18. auf Einladung der Gemeindevertretung an der Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Josef teilnahm. Nach Beendigung der Kur machte er dem Grafen Berchtold auf dessen Schlosse Buchlau einen freundschaftlichen Gegenbesuch. Am 3. September erhielt er in Berchtesgaden den Besuch des Königs Albert von Belgien und war abends zum Diner beim belgischen Königspaar geladen. Am 5. Oktober traf er auf Einladung des Prinzregenten Luitpold in Schloß Linderhof ein und nahm

dort an Hochwildjagden teil. Am 8. kam der russische Minister des Äußern Ssasanow in Berlin an, hatte Beratungen mit dem russischen Botschafter in Wien v. Giers, dem russischen Botschafter in Berlin Swerbejew, dem griechischen Geschäftsträger Theodokis und dem italienischen Botschafter Pansa. Später besuchte er den Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter und den Reichskanzler. Abend fand ein Essen beim Staatssekretär statt, worauf Herr Ssasanow nach Petersburg zurückreiste. Am 19. Oktober war Kaiser Wilhelm bei der Einweihungsfeier der wiedererstandenen Michaeliskirche in Hamburg anwesend und besuchte das Kolonialinstitut. Nachmittags fuhr er nach Wilhelmshaven zur Enthüllung des von ihm der Flotte gewidmeten Denkmals, seines Ahnen, des Admirals Coligny, den er in einer Rede als tapferen Kriegsmann und Glaubenshelden pries, der in der Bartolomäusnacht, die ein Schandfleck des Christentums bleibe, ermordet worden sei. Er sei ein nachahmenswertes Beispiel der Glaubens- und Königstreue, wie der Tapferkeit gewesen. Die Milieupresse knüpfte daran allerhand Denkmalswitze und Glossen über die Auffassung des Kaisers. Als wenn die der Flotte etwas schaden würde, selbst wenn sie irrig wäre! — Am 23. Oktober nahm der Kaiser an der Einweihung des Kaiser Wilhelm-Instituts für Chemie, physikalische Chemie und Elektrotechnik in Dahlem bei Berlin teil. Er wies in seiner Rede besonders auf prophylaktische Maßregeln zur Vermeidung von Grubenexplosionen hin. Danach fand unter Vorsitz des Professors Harnack eine Sitzung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft statt. Am 31. nahm der Kaiser mit Gemahlin an den Antrittsvorlesungen der amerikanischen Austauschprofessoren Minot und Sloane in der Berliner Universität teil.

Am 4. November machte der italienische Minister des Äußern, Marchese di San Giuliano, in Berlin wieder einen Besuch, der, obgleich nur ein Gegenbesuch, nach Ausbruch des Balkankrieges doch allgemeine Beachtung fand als Zeugnis für den Dreibund. An Stoff zur politischen Aussprache war sicher kein Mangel. Der italienische Gast machte dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter seinen Besuch. Abends war Diner beim Staatssekretär. Am 5. wurde er in Potsdam vom Kaiser Wilhelm empfangen und zur Hoftafel gezogen und erhielt den Schwarzen Adler-Orden; am 6. war Diner beim Reichskanzler und am 7. gab die italienische Kolonie ein Festmahl. Dazwischen ergab sich also reichlich Raum für politische Besprechungen. Gegenüber einer Deputation von 30 deutschen, österreichischen, englischen und französischen Journalisten lehnte di San Giuliano jedes Interview ab. Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szögyeni-Marich verkehrte mehrfach mit dem italienischen Staatsmanne. Offiziös wurde bekanntgegeben, daß die Besprechungen „zu einer völligen Klärung über das gemeinschaftliche Verhalten Deutschlands und Italiens namentlich angesichts der gegenwärtigen Lage im Orient geführt und volle Übereinstimmung zwischen den verbündeten Regierungen ergeben haben." Das war nötig, denn den ganzen Sommer hindurch hatte die dreibundfeindliche Presse ihrer Arbeit eifrig obgelegen; in Italien war gerade die öffentliche Meinung für die Balkanstaaten ungemein begeistert und überzeugt, daß sich Österreich-Ungarn und Italien über die Balkanfragen nicht verständigen könnten. Der Umstand, daß Marchese di San Giuliano dem Kaiser Wilhelm ein eigenhändiges Schreiben des Königs Viktor Emanuel überbracht hatte, sowie die wiederholte Teilnahme des Grafen Szögyeni-Marich an den Besprechungen des italienischen Ministers des Äußern mit den leitenden deutschen Staatsmännern entkräftete diese Auffassung ebenso wie die Ausstreuungen über den Dreibund. In vier Wochen erfuhr die staunende Welt, wie die Dinge in Wirklichkeit standen. — Es war übrigens in diesen Tagen gerade 20 Jahre, daß Graf Szögyeni-Marich österreichisch-ungarischer Botschafter beim Deutschen Reiche war. Dagegen schied Ende des Monats der italienische Botschafter in Berlin Pansa wegen vorgerückten Alters aus seiner Stellung, in der er sich um die Pflege des Dreibundes große Verdienste erworben hatte. Sein Nachfolger wurde der einflußreichste Mitarbeiter des italienischen Minister des Äußern, der Generalsekretär Riccardo Bollati. Für die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zeugte auch ein Telegramm, das Staatssekretär v. Tirpitz am 12. dem italienischen Marineminister zur Revue der siegreich heimgekehrten Flotte sandte.

Am 16. November nahm Kaiser Wilhelm an der Einweihung der größten Talsperre Deutschlands, der Talsperre bei Mauer im Bobertal oberhalb von Hirschberg in Schlesien teil. Am 22. empfing er seinen Freund, den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, der, wie in den Vorjahren, zu den Hofjagden geladen war. Der Kaiser holte ihm vom Anhalter Bahnhofe nach dem Schlosse ab, wo der Erzherzog später mit der Kaiserin der Vereidigung der Rekruten des Gardekorps im Lustgarten vom Fenster aus zusah. Nach dem Familienfrühstück erfolgte die Abfahrt nach Jagdschloß Springe. Zu den Jagdgästen gehörten auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter und der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szögyeni-Marich. Am Samstag fanden bei günstigem Wetter zwei Jagden mit glücklichem Erfolg statt. Nach dem Jagdessen wurde nachmittags die Rückfahrt nach Station Wildpark angetreten, von wo nach herzlichstem Abschied vom Kaiser Erzherzog Franz Ferdinand über Berlin nach Wien zurückkehrte. Es war klar, daß in so ereignisvoller, von der Sensationspresse noch verwirrter dargestellter Zeit die Zusammenkunft nicht ohne politische Besprechungen verlaufen war, um so mehr da die Anwesenheit politischer Leiter und Vertrauensmänner die Gelegenheit begünstigte. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." hatte auch ausdrücklich bestätigt, daß „unter den gegenwärtigen Umständen der persönliche Gedankenaustausch zwischen dem Erzherzog und Sr. Majestät von besonderem Werte ist und nur gute Früchte tragen kann."

Gewiß war das Zusammensein des tatkräftigen Erzherzogs mit dem Kaiser ein Zeichen für die politische Welt, das weder unbeachtet noch mißverstanden bleiben konnte. Zu gleicher Zeit, aber ganz unabhängig vom Besuch des Thronfolgers, war auch der österreichisch-ungarische Generalstabschef FML. Schemua zum Besuch des Generalstabschefs v. Moltke in Berlin angekommen. Derartige Besuche sind in den letzten Jahren nichts Seltenes gewesen und pflegen davon abzuhängen, ob und wann die Herren Zeit dazu haben. FML. Schemua hat in Berlin außer dem Generalstabschef keine einzige amtliche Persönlichkeit, auch nicht den Kaiser und den Erzherzog, gesehen. Die Presse, die nur nach äußeren Symptomen urteilt, nutzte das Zusammentreffen zu allerhand Sensationen aus, der Krieg gegen Rußland, Dreibund gegen Dreiverband usw. mußten doch nach solchen sinnfälligen Anzeichen unmittelbar vor der Tür stehen.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hätte man aber gerade aus solchen Beweisen des Zusammensstehens der beiden Zentralmächte auf das Gegenteil schließen müssen. Die Sensationspresse schließt freilich nicht so, und das dadurch längst mißleitete Publikum wünscht auch seine tägliche Sensation. Der Trunk schmeckt hinterher besser, wenn man sich vorher ein wenig aus der Ferne gegrault hat. Auch läßt sich dabei leicht auf die Schwäche, das Schwanken oder gar die Dummheit der Regierung schimpfen. Verantwortlich für etwaige Folgen ist man ja auf der Bierbank ebenso wenig wie am Redaktionstisch. Aber durch solches Treiben entstehen dann die angstvollen Stimmungen vor gar nicht vorhandenen Gefahren. Es deuchte vielen gar zu wahrscheinlich, daß sich die Mächte wegen der Balkanhändel gegenseitig in die Haare fahren müßten, um so mehr als die europäische Türkei doch nicht mehr zu retten war. Herr v. Bethmann Hollweg hatte wohl schon auf einen Glückwunsch zu seinem Geburtstag (29. November) geantwortet: „Ich denke, wir sind über den Berg." Aber die Sensationspresse nahm davon wenig Notiz, sie wußte es besser. Da wurde plötzlich am 7. Dezember gleichzeitig in Berlin, Wien und Rom bekannt gegeben: „Der zwischen den Souveränen und Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens bestehende Bundesvertrag ist ohne jede Änderung erneuert worden." — Unverändert? Da muß der Dreibund sehr gut gewesen sein! Und wie war er die letzte Zeit bezweifelt, gelästert und begeifert worden! Daß seine Erneuerung vor dem Ablaufe erfolgte und gerade jetzt veröffentlicht wurde, hatte seinen guten Zweck. In dem etwas schwankend gewordenen Europa zeigte sich da ein fester Fels, der schon einigemal seine Dauerhaftigkeit bewährt hatte und jetzt andere zur Anlehnung einlud. Der friedliche Zweck wurde auch in der Presse der Dreierentente, wenn auch hie und da mit sauersüßer Miene, anerkannt. Der Zusammenschluß Europas, zunächst für die Balkanangelegenheiten, wofür sich schon manche Anzeichen hatten erkennen lassen, war angebahnt. Da Österreich-Ungarn bei der Neugestaltung der Balkanfragen gewisssermaßen in vorderster Reihe beteiligt war, dürfte es kaum ohne Bedeutung gewesen sein, daß die Unterzeichnung des erneuerten Vertrages diesmal gerade in Wien erfolgte. Den in der Presse immer von neuem auftauchenden Kriegsgerüchten gegenüber, bei denen Rußland immer in erster Linie genannt wurde, mußten als beruhigende Momente erscheinen, daß der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès und der russische Sondergesandte in Berlin Generalmajor Tatschitschew im Dezember einen längeren Urlaub antraten, während der russische Kriegsminister für Ende des Monats seine Anwesenheit bei der Einweihung der russischen Gedächtniskirche auf dem Schlachtfelde von Leipzig angekündigt hatte und dann an die Riviera gehen wollte. Leider starb zu Ende des Jahres unerwartet der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, der für die allgemeine Wendung zum Frieden soviel beigetragen hatte.

Von kleineren politischen Ereignissen gegen das Jahresende sind noch folgende aufzuzählen: Am 26. November nahm Kaiser Wilhelm in Donaueschingen an der Hochzeit der Prinzessin Lotti v. Fürstenberg mit dem Fürsten Hugo Vinzenz v. Windischgrätz teil, am 5. Dezember erwiderte er in Bückeburg den Besuch des Fürsten Adolf von Schaumburg-Lippe. Am 3. war Kronprinz Ferdinand von Rumänien in Berlin zum Besuch eingetroffen und reiste am 5. nach Wien ab. Der auf der Durchreise in Berlin anwesende frühere König Manuel von Portugal wurde am 9. und 11. im königlichen Schlosse empfangen. Der russische Kriegsminister Ssuchomlimow, der am 28. zur Einweihungsfeier in Leipzig gewesen und am folgenden Tage in Dresden vom König Friedrich August empfangen worden war, traf am 30. in Berlin ein, wurde vom Kaiser empfangen und zur Tafel geladen. Die Franzosen empfanden das peinlich und versuchten vergeblich, allerlei törichte Gerüchte damit in Verbindung zu bringen. An demselben Tage fand bei Tauroggen auf russischem Boden unter zahlreicher Teilnahme deutscher und russischer Notabilitäten die Einweihung eines Denksteines an die vor hundert Jahren dort abgeschlossene Konvention zwischen den Generälen York v. Wartenburg und Diebitsch statt.

Wintersession des Reichstags.

Als der Reichstag am 26. November nach langer Pause wieder zusammentrat, hatte sich innerhalb und außerhalb des Reiches mancherlei von nicht unerheblicher Tragweite ereignet. Die Balkanstaaten hatten sich über die durch parlamentarische Unfähigkeit und Parteimißwirtschaft unterhöhlte Türkei hergemacht und ihr den größten Teil des europäischen Besitzes abgenommen. Einen so vollkommenen Zusammenbruch hatte kein Mensch vorausgesehen, und die Abwicklung der Besitzveränderungen ließ wegen der unmittelbaren Beteiligung des verbündeten Österreich-Ungarns auch eine noch undeutliche Gefahr für Deutschland am Horizont erscheinen. Die noch nach der vorjährigen Schablone — Dreibund gegen Dreiverband — ar-

beitende Presse malte sie auch mit der bei ihr üblichen Deutlichkeit aus und ließ durchblicken, daß eigentlich die Unfähigkeit des Reichskanzlers an der ganzen Geschichte schuld sei, die er hätte voraussehen und abwenden müssen. Ähnlich urteilte auch die deutschfeindliche Presse des Auslandes, nur hatte sie keinen besonderen Parteihaß gegen Herrn v. Bethmann Hollweg, sondern tadelte und verdächtigte schlechthin Deutschland. Es gehört gewissermaßen in Deutschland schon zum guten Ton, die eigene Diplomatie herabzusetzen, sich über sie zu entrüsten und — hinterher — klug zu tun. Daß von unerwarteten Ereignissen andere Diplomaten und auch die wegen besonderer Klugheit gepriesenen Bank- und Börsenkreise womöglich noch weniger gewußt haben, wird von der Weisheit der Siebengescheidten gar nicht beachtet. Man hat ja diese Weisheit aus der liberalen — also jetzt selbstverständlich oppositionellen — Zeitung geschöpft. Nun scheint aber doch um Bethmann herum etwas mehr Kenntnis geherrscht zu haben, als bei den Besserwissern und den Verfertigern der täglichen oppositionellen Neuigkeiten. Es darf hier doch daran erinnert werden, daß im Vorjahre in der Budgetkommission des Reichstags gerade von einem der Allestadler gefordert worden ist, Deutschland solle ein Bündnis mit der Türkei eingehen. Wo wäre da heute Deutschland! Herr v. Kiderlen-Wächter hat das aber damals so entschieden abgelehnt, daß diese aus den Zeitungen gesogene politische Weisheit glatt unter den Tisch gefallen ist. Er muß also doch wohl etwas mehr gewußt und durchschaut haben wie seine Tadler. Von solchen Entgleisungen der Parlamentarier erfährt das Publikum in der Regel nichts. Für diejenigen, die wissen, wie die öffentliche Meinung gemacht wird, war es darum kein Wunder, daß im allgemeinen eine ziemlich unzufriedene Stimmung mit der Leitung der Reichspolitik erzeugt worden war.

Da nun auch im Innern die siegreiche Sozialdemokratie ihr Geschrei nach dem allgemeinen Wahlrecht für Preußen mächtig ertönen ließ, und die demokratische und Milieupresse es geschickt fertig gebracht hatte, die allgemeine Teuerung aller Erzeugnisse bloß noch als „Fleischnot" erscheinen zu lassen, was sich gegen die Agrarier ausnützen ließ, so ließ sich eine bewegte Session erwarten. Es hatte sich schon manche Stimme vernehmen lassen, man werde mit der Reichsregierung scharf ins Gericht gehen. Zunächst mußte der Reichstag erst sein Präsidium in Ordnung bringen. Dr. Kämpf hatte vor der unzweifelhaften Ungültigerklärung der Wahl sein Mandat niedergelegt, war aber wiedergewählt worden. Obgleich auf der Rechten größere Unzufriedenheit wegen seiner Geschäftsführung, namentlich den Sozialdemokraten gegenüber, herrschte, wurde aus taktischen Gründen doch kein ernster Widerspruch erhoben und am 27. November Dr. Kämpf bei Abgabe von 117 unbeschriebenen Zetteln mit 190 gegen 64 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärte sich bereit, die Interpellationen über die äußere politische Lage in der nächsten Woche, die über die Fleischteuerung sofort zu beantworten. Nach der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation durch den Abg. Scheidemann führte der Reichskanzler in halbstündiger Rede aus, an die Aufhebung der geltenden Wirtschaftspolitik sei schon wegen der Parteiverhältnisse im Reichstage nicht zu denken, ebensowenig daran, die Lebensmittelzölle herauszunehmen. Es gelte entweder, Deutschlands Fleischversorgung durch die eigene Produktion zu decken, oder durch unbedingte Zulassung von Gefrierfleisch vom Auslande abhängig zu werden. Die deutsche Landwirtschaft habe bewiesen, daß sie auch bei den gestiegenen Anforderungen ihre Leistungsfähigkeit noch zu steigern vermöge, und daran müsse man im Interesse der Unabhängigkeit und Kriegsbereitschaft des Reiches festhalten. Die bedauerlichen Teuerungsverhältnisse sind nur vorübergehend, trotzdem habe die Regierung bei der außerordentlichen Lage alle Erleichterungen gewährt, die mit der Aufrechterhaltung der Wirtschaftspolitik verträglich sind. Die dankenswerte Mitwirkung der Kommunen zur Beseitigung der Schwierigkeiten werde hoffentlich mit Erfolg fortgesetzt werden. Die Sozialdemokraten lärmten und unterbrachen wiederholt. Herr v. Bethmann Hollweg rief ihnen aber u. a. zu: „Die Herren von der Sozialdemokratie haben es sich angewöhnt, sich immer als die alleinigen Vertreter des deutschen Volkes zu bezeichnen. Das sollten sie sein lassen. Wir gehören alle zum Volke. . . . Mit diesen Geschichten, bitte, kommen Sie mir nicht." (Lebhafter Beifall.)

Die dreitägige Debatte über die Teuerung und Verwandtes verlief ohne das von der Sozialdemokratie angekündigte Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler. Ein solches erhielt er auch nicht, als er sich am 2. Dezember in einer knappen und vorsichtigen Rede über die auswärtige Lage äußerte. Während er sonst frei spricht, las er diesmal genau vom Papier ab. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sagte er doch in der Kürze genug, um die allgemeine Lage überblicken zu können. Zunächst besprach er die Vorgeschichte des Balkankrieges. „Insbesondere mußten wir auf eine gewaltsame Lösung der Frage gefaßt sein, seitdem uns im Beginn des Sommers bekannt geworden war, daß sich die Balkanstaaten zu einem Bunde zusammengeschlossen hatten. Als wir den Kampf als unvermeidlich ansahen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, ihn zu lokalisieren." Weiter erwähnte er, daß bei den Neuordnungen nach dem Kriege auch Deutschland ein Wort in die Wagschale zu werfen haben werde. Der Gedankenaustausch darüber werde in entgegenkommender Weise geführt und biete Aussicht auf Erfolg. Sollte wider Erwarten keine Einigung erzielt und Deutschlands Bundesgenossen angegriffen werden, dann würde es seinen Bundesverpflichtungen nachkommen. „Dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung der Sicherheit und Zukunft unseres eigenen Landes fechten. Ich bin fest überzeugt, daß wir bei einer solchen Politik das ganze Volk hinter uns haben werden." (Beifall.) Deutschland habe während des türkisch-italienischen Krie-

ges sowohl die Interessen seines Verbündeten wie die der befreundeten Türkei wahrzunehmen verstanden und werde auch im stande sein, im Verein mit den anderen Großmächten die Erhaltung einer ökonomisch und politisch lebensfähigen Türkei wie gute Beziehungen zu den erstarkenden Balkanstaaten in die Wege zu leiten. Dieses gemeinsame Bestreben widerspreche schon an sich den vielfach in der Presse den Großmächten unterstellten Absichten auf Landerwerb auf Kosten der Türkei. — Das wie gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten stark gefüllte Haus kam bei diesen sorgsam abgewogenen Sätzen nicht auf seine Rechnung, soweit es sich auf sensationelle Eröffnungen über Krieg und Frieden gefaßt gemacht hatte. Im Ausland fand der feste Ton dieser Friedensrede allgemeine Zustimmung, und die bestimmte Erklärung des so ruhigen Bethmann, daß Deutschland für seine Verbündeten „fechten" werde, die gebührende Beachtung.

Die sich an die Rede anknüpfende Debatte förderte auf Seite der Abgeordneten wenig Bemerkenswertes zu Tage. Interessant war in gewisser Beziehung die sonst sehr lange und langweilige Rede des sozialdemokratischen Abg. Ledebour, der die Fabel von der Frieden erhaltenden Tätigkeit der „Sozialdemokratie der ganzen Welt" breit trat. Er gab dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter Gelegenheit, einmal unter dem Beifall des Hauses die bei Sozialdemokraten geläufigen Angriffe gegen den Kaiser von Rußland energisch zurückzuweisen, und zum zweiten, auf den Vorwurf, die Regierung nähre den Zwist mit England, zu erklären, „daß während der letzten Krisis unsere Beziehungen speziell zu England besonders vertrauensvoll waren. (Hört, hört! und Beifall.)... Ich kann die bestimmte Erwartung aussprechen, daß sie dies auch weiter tun werden." (Beifall.) Im übrigen erledigte der Reichstag nur einen Nachtragsetat für 1912 und einige kleinere Gesetzentwürfe vollständig. Die erste Lesung des Etats dauerte nur kurze Zeit und beschäftigte sich fast allein, wie erwähnt, mit der Balkanfrage und mit der Jesuitenfrage. Von den dem Hause zugegangenen neuen Gesetzentwürfen wurde nur das Postscheckgesetz in der Kommission durchberaten.

Ein Erlaß des neuen bayrischen Ministeriums Hertling über die Auslegung des Jesuitengesetzes hatte schon im Frühjahr heftige Erörterungen in der liberalen Presse hervorgerufen, wobei indessen nicht allein das sachliche Interesse, sondern vielmehr der Parteistandpunkt bestimmend gewesen war. Nun liegt es ja auf der Hand, daß eine einzelne Bundesregierung nicht berechtigt sein kann, Reichsgesetze auszulegen, sondern daß dafür allein der Bundesrat zuständig ist. Es bestand tatsächlich auch eine Verschiedenheit zwischen dem bayrischen Erlaß und der bisherigen Auffassung des Bundesrates. Diese Angelegenheit war schon am 26. April im Reichstage durch eine Interpellation von nationalliberaler Seite zur Sprache gebracht worden. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte damals kurz erwidert, er habe sich um Auskunft an die bayrische Regierung gewandt. Diese habe mitgeteilt, sie werde beim Bundesrat um eine authentische Auslegung nachsuchen, und habe diese Absicht auch bereits ausgeführt. Bis dahin solle auch in Bayern die bisherige Auslegung gelten. Seitdem hatte sich der Bundesrat mit dem Ersuchen der bayrischen Regierung befaßt und am 28. November eine Ausführung des Jesuitengesetzes beschlossen, die den bayrischen Erlaß im wesentlichen aufhob. Damit war das Zentrum, das ja überhaupt auf der Aufhebung des Jesuitengesetzes besteht, durchaus nicht zufrieden und brachte die Angelegenheit bei der Etatsdebatte am 4. Dezember zur Sprache. Abg. Dr. Spahn bezeichnete den bundesrätlichen Beschluß für eine schwere Beeinträchtigung und Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Katholiken und verlas eine Erklärung, nach der das Jesuitengesetz ein Angriff gegen die katholische Kirche und die staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Katholiken sei, daß sie nach der Auslegung des Bundesrates zu ihm kein Vertrauen auf eine gerechte Behandlung mehr haben und ihr Verhalten dementsprechend einrichten würden. Das klang sehr kriegerisch und entsprach vollkommen dem Machtgefühl des Zentrums im neuen Reichstag, in dem es jetzt wieder mit den Sozialdemokraten und allen in nationalen Fragen minder zuverlässigen Elementen eine starke Mehrheit gegen die Regierung zu bilden im stande ist.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg trat der oben ausgeführten Auffassung des Bundesratsbeschlusses in einer kurzen, ersichtlich von innerer Bewegung eingegebenen Rede entgegen. Er wies darauf hin, daß im deutschen Volke die religiösen Fragen von jeher mit Leidenschaftlichkeit behandelt würden und daß man sich darum bei Beurteilung des Tatsächlichen von der Erregung der Gemüter möglichst frei halten müsse. Die Auslegung des Bundesrates von 1872 habe 40 Jahre bestanden und sei im Interesse des konfessionellen Friedens immer milder gehandhabt worden. Durch den bayrischen Erlaß sei die Sache von neuem vor den Bundesrat gekommen. Der neue Beschluß hält sich genau an die bisher geübte Praxis. Gegenüber der neuerlichen Erregung in katholischen Kreisen sei doch die Tatsache zu betonen, daß bei uns 24 Millionen Katholiken mit 40 Millionen Protestanten, beides Söhne eines Volkes, „auf Gedeih und Verderb" verbunden sind. „Eine geschichtliche Tatsache ist es, daß sich das evangelische Volksempfinden von jeher gegen die Tätigkeit der Jesuiten heftig gekehrt hat." (Zustimmung.) Diese hat den Orden auch in katholischen Ländern wiederholt mit der Staatsregierung, ja selbst mit der römischen Kirche in Widerspruch gebracht. Man könne sich nicht wundern, wenn in evangelischen Kreisen, vielleicht unbewußt, die Erinnerung an die Zeiten fanatischen Glaubenshasses nachzittert. Man möge durch Behandlung des Bundesratsbeschlusses als Einleitung eines neuen Kulturkampfes nicht eine schwere Verantwortung auf sich laden. „Diejenigen, die das tun, laden eine schwere und verhängnisvolle Verantwortung auf sich (Sehr richtig!), die sie weder mit dem Inhalt des Bundesratsbeschlusses, noch mit dem Hergang, der zu seiner Fassung führte, vertreten können." (Lebhafter Beifall.)

Am 12. Dezember vertagte sich der Reichstag — einen Tag früher, als beabsichtigt war — sofort nach der Eröffnung, nachdem der Präsident Dr. Kämpf in einer kurzen Ansprache des dahingeschiedenen Prinzregenten Luitpold von Bayern gedacht hatte.

Hier sei noch einer Neuerung im Reichstage gedacht. Schon seit den berüchtigten Kaiserdebatten im November 1907 war das Bestreben nach gewisser Machterweiterung des Reichstags auf liberaler Seite hervorgetreten. Man hegte damals große Pläne und eine Geschäftsordnungskommission bearbeitete alle dahingehenden Anträge. Am 3. Mai kamen die Vorschläge der Kommission im Hause zur Beratung. Es handelte sich um die Einführung von kurzen Anfragen und von Anträgen zu Interpellationen. Staatssekretär Dr. Delbrück gab die Erklärung ab, daß der Bundesrat keine Änderung der Kompetenzen von Reichstag und Reichskanzler zugeben, daß jedoch der Reichskanzler, aber ohne Verpflichtung, einzelne kurze Anfragen beantworten oder beantworten lassen werde. Der Reichstag nahm die Beschlüsse der Kommission an und seitdem sind verschiedene „kleine Anfragen" gestellt worden. Solche Anfragen können bei verständiger Handhabung ganz zweckmäßig sein. Aber daß wöchentlich zwei „Sprechstunden" dafür angesetzt worden sind, läßt mißbräuchliche Anwendung nicht unmöglich erscheinen. Durch die Anträge zu den Interpellationen soll das in Ländern mit parlamentarischer Regierung übliche Mißtrauensvotum auf einem Umwege in Deutschland eingeführt werden. Der Reichstag will durch Mehrheitsbeschluß kundgeben, wenn er mit dem Reichskanzler zufrieden ist. Einen praktischen Zweck kann dergleichen nicht haben, da der Reichskanzler vom Kaiser ernannt wird und nicht von parlamentarischen Mehrheitszufälligkeiten abhängig ist. Es ist darum auch gar nicht zu erwarten, daß dieses neue „Machtmittel" das Ansehen des Reichstags zu erhöhen im stande sein werde. Die bisherigen Erfahrungen haben doch mehrfach gezeigt, daß derartige parlamentarische Demonstrationen bei der Bevölkerung stets wenig Beifall gefunden haben. Wenn es sich der Aufregung lohnt: eine Auflösung — und es kommt immer ein ganz anderer Reichstag.

Aus dem Parteileben.

Das Jahr begann mit dem denkwürdigen Ausgang der Reichstagswahlen, nach denen die Sozialdemokratie als stärkste Partei im Parlament saß. Das war nur möglich gewesen durch den erbitterten Kampf unter den bürgerlichen Parteien, durch die indirekte Unterstützung, die ihr die liberale Agitation leistete, und durch direkte Unterstützung nicht unbeträchtlicher Teile der fortschrittlichen Volkspartei. Die Schuld dafür trifft in erster Linie den Liberalismus, der die Wahlparole von 1907 schlechthin verleugnete und in dem bedauerlichen Irrtum über das damalige Wahlergebnis sich einen liberalen Wahlsieg suggeriert hatte, infolgdessen mit den Konservativen zerfallen war und auch jedes Wahlbündnis gegen die Sozialdemokratie abgelehnt hatte. Der Liberalismus hatte sich vorgenommen, über den gar nicht existierenden „schwarzblauen Block" einen großen Sieg zu erringen und dann das liberale Regiment im Reiche zu errichten. So stand es in allen Blättern, so wurde es in den Wahlreden angekündigt. Man vergaß nur die alte Erfahrung, daß für jedes der Rechten durch liberale Agitation abgewonnene Resultat auf der Linken zwei Sozialdemokraten herauskommen. Das hatten doch auch schon die letzten Nachwahlen gezeigt, bei denen nur die Sozialdemokraten gewonnen, die Liberalen aber verloren hatten. Genau die gleiche Erscheinung ergab sich nun jetzt wieder bei den Hauptwahlen. Der Großliberalismus siegte nicht, sondern verlor noch, aber die Sozialdemokratie nahm den bürgerlichen Parteien über 50 Mandate ab. Seitdem der Liberalismus den Anhang der großen Massen an die Sozialdemokratie verloren hat, ist es mit seiner trotzdem ständig angekündigten Herrschaft für alle Zukunft aus. Er hilft sich darum mit Suggestionen. Dabei muß er mit der Gunst der großen Massen rechnen, denn sonst verliert er jeden Anteil und Einfluß im Parlament. Eine gewisse Volkstümlichkeit sucht er nun auf Kosten des eigenen Zusammenhalts zu gewinnen. Gerade für die Nationalliberalen, soweit sie noch eine Mittelpartei sein wollen, bedeutet das eine Einbuße an innerer Festigkeit. Der Linksliberalismus steuert auf den Großblock los, indem er sich suggeriert, daß die Sozialdemokratie bündnisfähig, in gewissem Sinne sogar eine liberale Vormacht sei, mit der man eine gute Strecke den gleichen Weg gehen könne.

Alle diese Erscheinungen waren bei der Reichstagswahl und auch nachher recht deutlich in die Erscheinung getreten. Die Erfahrungen von 1907, nach denen der nationale wie der fortschrittliche Liberalismus nur durch klare Betonung des nationalen Gedankens wieder wachsen kann, waren nicht nur nicht beherzigt, sondern geradezu ins Gegenteil umgedeutet worden. Statt sich in der Richtung der alten nationalliberalen Partei zu entwickeln, hatte man direkt den Weg zur Demokratie eingeschlagen. Der Erfolg davon war nun der gewaltige Sieg der Sozialdemokraten. Man war taktisch und materiell geschlagen, während man doch auf einen großen liberalen Sieg gerechnet hatte. Als magerer Trost blieb, daß die Verluste der Rechten und des Zentrums noch größer waren. Und damit wurde eine neue Suggestion begründet: Der große Sieg über den „schwarz-blauen Block", der tatsächlich niemals bestanden hat, denn während der letzten Wahlperiode hatten oft genug Konservative gegen Zentrum, und die Liberalen mit dem Zentrum oder mit den Konservativen, ja auch mit beiden gestimmt. Man muß sich da doch fragen, ob nicht wenigstens die einsichtsvolleren liberalen Führer die Unhaltbarkeit dieser neuen Suggestion erkannt haben. Es schien nicht so. Das Unglück der liberalen Parteien und zugleich das Glück der Sozialdemokraten ist, daß als Überbleibsel vergangener Zeiten 90% der Zeitungen in Deutschland im liberalen Sinne geleitet werden. Das verleitet zu einem Machtgefühl, das in der wirklichen Volksstimmung nicht begründet ist, denn trotz aller Agitation und der Unterstützung aller dieser Zei-

tungen hat der gesamte Liberalismus von 397 Reichstagswahlsitzen nur vier nationalliberale aus eigener Kraft im ersten Wahlgange erobert. Alles andere ist Stichwahlerwerb. Da kann doch von Macht nicht groß die Rede sein. Aber nun trat die liberale Presse mit ihrem lärmenden Tamtam vom Sieg des Großliberalismus über den schwarzblauen Block hervor, man hörte und las fast nichts anderes als diese Suggestion, die über den alleinigen Sieg der Sozialdemokraten hinwegtäuschen sollte, und schließlich schienen auch die Führer daran zu glauben. In dieser Richtung liegt aber der zukünftige Sieg des Liberalismus nicht. Der Traum vom großen liberalen Erfolg, über den die Demokratie die segnende Hand hält, hat im letzten Herbst auch in Württemberg zu einem derben Mißerfolg geführt. Wollten doch die liberalen Führer daraus lernen, denn einen gesunden Liberalismus hat Deutschland nötig.

Merkwürdigerweise trat die Wirkung der neuen Suggestion am deutlichsten bei den Nationalliberalen hervor. Wer sich übrigens noch der großen Täuschung der Liberalen über den Wahlausfall von 1907 erinnert, wird darüber nicht erstaunt sein. Wie weit die politische Verwirrung um sich gegriffen hatte, zeigte bedauerlichen Angedenkens die Präsidentenwahl im Reichstage, bei der wohl die Hälfte der Nationalliberalen einen Sozialdemokraten, der vor- und nachher sich als der heftigste Verleumder von Kaiser und Reich gezeigt hat, zum ersten Vizepräsidenten wählte. Im Sinne des vermeintlichen Großblocksieges war das ganz richtig, aber den Nationalliberalen im Lande ging es doch über den Spahn. Es mußte eingelenkt werden, doch die demokratischen Neigungen des einen Flügels blieben bestehen. Der Gegensatz der Jungliberalen und Altnationalliberalen ist das ganze Jahr hindurch wiederholt hervorgetreten und hat der Beredtsamkeit des Führers Bassermann Gelegenheit geboten, mit nicht zu leugnender Geschicklichkeit jeden direkten Bruch in der Partei hintanzuhalten. Er selbst mit deutlichen süddeutsch-demokratischen Anklängen steht den Jungliberalen nahe und seine badische Großblocksidee, die der Partei dort auch keinen Nutzen gebracht hat, dürfte wohl der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß sich die Partei nicht zu einer ausnahmslosen Absage an die Sozialdemokraten aufschwingen konnte. Der Tag, an dem die nationalliberale Partei ihre jetzigen, zur Demokratie führenden Wege endgültig verlassen würde, wird von allen Freunden des Reiches mit ungeteilter Freude begrüßt werden. Vorläufig denkt die Führung noch nicht daran, möglich, daß weitere unvermeidliche Verluste noch lehrreich wirken. Bezeichnend für die Parteileitung und den inneren Zustand der Partei ist wohl die Tatsache, daß von Partei wegen des zehnjährigen Todestages Bennigsens mit keiner Silbe gedacht wurde, und nur der altnationalliberale Reichsverband einen Kranz an seinem Denkmal hatte niederlegen lassen.

Die fortschrittliche Volkspartei ist noch weiter links gegangen und hat sich, zunächst für die Wahlen, der Sozialdemokratie vollkommen verschrieben. Das ist ein starkes Stück nach der unmißverständlichen Äußerung des Volkswillens in den Wahlen von 1907. Es wird den Fortschrittlern schwer werden, die Geister, die sie riefen, wieder loszuwerden. Das gefährliche Wahlbündnis war zunächst aus begreiflichen Gründen der Öffentlichkeit vorenthalten worden, wurde aber von den damit unzufriedenen radikalen Sozialdemokraten ans Licht gezogen. Das Erstaunen darüber war allgemein, berechtigt auch die Entrüstung der Parteien über die Heuchelei, mit der die Fortschrittspartei unter diesen Umständen noch die Stichwahlunterstützung gegen sozialdemokratische Kandidaten begehrt hatte. Selbst Rosa Luxemburg nannte dies eine „unehrliche Spekulation der Fortschrittler auf die Gunst der reaktionären Wähler." In 16 Wahlkreisen, in denen sozialdemokratische Kandidaten mit fortschrittlichen vor der Stichwahl standen, hatte die Sozialdemokratie zugestanden, den Wahlkampf zu „dämpfen", um den eigenen Sieg zu verhindern. Der Ärger der radikalen Sozialdemokraten über die verschenkten Wahlsitze war begreiflich, aber die Parteileitung wußte, was sie getan hatte. In den Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien, der sich 1907 so verderbenbringend für die Sozialdemokratie erwiesen hatte, war ein schwer wieder zu beseitigender Keil getrieben worden. In wieviel Kreisen die fortschrittliche Volkspartei zur „Dämpfung" zu Gunsten der Sozialdemokratie verpflichtet war, ist nicht bekannt geworden. Für den gegenwärtigen Reichstag ist es aber bezeichnend, daß eine Partei, die kaum auf solchem Wege die Stärke der fünften Partei zu erreichen vermochte, den Präsidenten und einen Vizepräsidenten stellt. Die fortschrittlichen Blätter erklärten das aber auch für einen liberalen Sieg und taten fortan alles, um das von keiner Seite gelobte Wahlabkommen aus der Erörterung verschwinden zu lassen, was bei ihrer großen Überzahl auch gelang. Das wird freilich nicht verhindern, daß die national gesinnte Bürgerschaft mit dieser Partei, wenn sie nicht einen grundsätzlichen Wandel vollzieht, in Zukunft nicht wieder gemeinsame Sache machen kann. Als am 4. August in dem Eugen Richter-Turm bei Hagen ein Gedächtniszimmer für den einstigen Parteiführer eingeweiht wurde, erklang das Lob der Partei in mächtiger Rede, aber mit keiner Silbe wurde erwähnt, daß Eugen Richter stets die Sozialdemokratie nachdrücklich mit Wort und Schrift bekämpft hat, wenn er auch nie eingesehen hatte, daß die Art seiner politischen Agitation nach Bismarcks Zeugnis die beste „Vorfrucht der Sozialdemokratie" war. Seine Nachfolger haben sich bereits „auf Gedeih und Verderb" der Sozialdemokratie verschrieben. Ein erfreuliches Zeichen für die Möglichkeit einer Sinnesänderung der Partei ergab am 6. Oktober der Mannheimer Parteitag, auf dem sich eine entschiedene Abwendung von dem bisher hartnäckig festgehaltenen Freihandel herausstellte. Die Sozialdemokraten sind natürlich höchst unzufrieden damit. Daß seit dem Offenkundigwerden des Wahlbündnisses mit der Sozialdemokratie die Anhängerschaft in bürgerlichen Kreisen zugenommen hätte, behauptet auch die fortschrittliche Presse nicht. Bei zahlreichen Städtewahlen zeigte sich ein merklicher Rückgang der Stimmen,

der bei der Reichstagsnachwahl in Stolp-Lauenburg im Dezember sogar über 2000 Stimmen (25%) gegenüber der Hauptwahl im Januar betrug.

Sehr zufrieden konnten die Sozialdemokraten sein, denn auf einen so großen Wahlerfolg hatten sie im Ernst nicht rechnen können. Hier soll die Bedeutung ihres Wahlsieges nicht herabgesetzt werden, aber sie haben eben von jeher von den Fehlern ihrer Gegner gelebt, nicht von der zwingenden Gewalt ihres politischen Programms. Die 110 Sozialdemokraten im Reichstage, mehr als das Doppelte der bisherigen Mandate, sind unter allen Umständen ein bedauerliches Armutszeugnis für das Maß der politischen Besonnenheit in Deutschland. Vor fünf Jahren 43, diesmal 110 Sozialdemokraten! Was ist da Volksmeinung? Hatte Kaiser Wilhelm nicht recht, als er vor zwei Jahren in Königsberg gelobte, er werde „unbeirrt von Volksmeinungen" seines hohen Amtes walten? Es ist trotz allem nicht begründet, in dem zufälligen Anschwellen der Sozialdemokratie im Reichstage eine Gefahr sehen zu wollen. Was könnten sie gefährden? Sie können viel herabsetzen, hemmen, vereiteln, aber zu schaffen vermögen sie nichts. Trotz ihrer Anwesenheit hat der Reichstag fast über Erwarten seine Schuldigkeit getan, ihre Gegnerschaft hat die verfeindeten bürgerlichen Parteien zur gemeinsamen Arbeit genötigt, selbst die von ihrer zukünftigen Gunst abhängigen Fortschrittler haben nicht immer mit ihnen gestimmt. Sie sind höchstens ein williges Hilfsmittel für Demonstrationen des Zentrums gewesen, das ihnen nicht einmal dankbar dafür ist. Darauf kommt es auch den Führern gar nicht an, ihre ganze Taktik ist zum Fenster hinaus auf die Betörung der Massen gerichtet, die in dem Wahne erhalten werden müssen, daß sie eine Macht darstellen. Dann bleiben sie bei der Partei und zahlen für sie. Keine Partei erhebt so hohe Beiträge wie die Sozialdemokratie, und kein agitatorischer oder taktischer Schritt entbehrt des leicht durchsichtigen Zweckes, zahlende Parteimitglieder zu gewinnen. Und es ist rührend, welche enormen Summen die Armen im Geiste — denn durchschnittlich leben sie besser wie je und sind keineswegs arm — für den Bestand der Partei aufbringen. Denn sie zu erhalten kostet viel.

In Berlin allein beträgt die Anzahl der von der Partei besoldeten Agitatoren usw. gegen 800, die Zahl der für den Parteidienst in der Presse, in Konsumvereinen usw. bezahlten Personen geht im Reiche in die Zehntausende. Diese von der Parteikasse durchaus abhängigen Genossen halten dafür die Partei zusammen, denn sie haben das größte Interesse daran, daß sie in den erworbenen Bourgeoisexistenzen bleiben, womöglich aufsteigen, selbst auch Reichstagsabgeordneter mit 6000 Mark Diäten werden können und nur um Gotteswillen nicht wieder Arbeiter sein müssen. So hat die Partei den zahlreichsten, sichersten und automatenhaft für den Weiterbestand arbeitenden Beamtenstand. Das kann keine andere Partei nachmachen und darin liegt die wirksamste Ursache für das Wachstum der Partei. Die linksliberale „Frankfurter Zeitung" schrieb sehr zutreffend, als sie die sozialdemokratischen Kandidaten — nicht für den Reichstag — sondern für die Stadtvertretung bekämpfte: „Zwei Drittel der sozialdemokratischen Kandidaten stehen im Brote der Partei. Es ist eine Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteifunktionäre in einem besonderen Maße von ihrem Brotgeber abhängig sind. Der Zudrang zu den festbezahlten Parteistellen ist ein großer, ‚der Kampf um die Futterkrippe' dementsprechend rücksichtslos. Wer ein Amt oder ein Ämtchen will, der muß sich durch Betonung seines Radikalismus in den Vordergrund drängen." Diese glücklichen Ämterbesitzer halten die Partei zusammen, die „prinzipiellen" Auseinandersetzungen und persönlichen Streitereien auf den Parteitagen sind ihnen höchst gleichgültig, ihr Interesse liegt im reichlichen Zufluß der Parteigelder, aus denen ihre Gehälter gezahlt werden. Und die Parteibeträge sind nicht gering; in den sozialdemokratischen Gewerkschaften schwanken sie zwischen 39 (Metallarbeiter) und 78 Mark jährlich, dazu kommen noch andere ordentliche und außerordentliche Beiträge. Wegen Besoldung der zahlreichen Agitatoren sind die Verwaltungskosten ungeheuer hoch, so betrugen sie im Jahre 1910 bei der Gewerkschaft der Metallarbeiter 8·90 Mark, der Holzarbeiter 9·57 Mark und der Maurer 9·63 Mark auf den Kopf. Die von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gewährten Unterstützungen betrugen in demselben Jahre allerdings 11·3 Millionen, aber diese Summe machte doch nur den fünften Teil der Gesamteinnahmen aus, die Verwaltungskosten waren also höher. Die Ausgaben aus der Parteikasse für die Agitation bei der Reichstagswahl beliefen sich auf 1¾ Millionen, außerdem haben nach Angabe des Parteisekretärs Pfannkuch die einzelnen Bezirke noch fast ebensoviel aufgebracht.

Eine weitere starke Belastung erleiden die Genossen durch die von der Parteileitung verursachten Streiks. Es muß selbstverständlich den Arbeitern unbenommen sein, ihnen unerträglich gewordene Arbeitsverhältnisse durch ordnungsmäßig erfolgende gemeinsame Arbeitsniederlegung zu ändern zu suchen; denn der einzelne kann sich wohl leicht eine andere Arbeitsstelle suchen, nicht aber eine größere Arbeiterschaft. Wie heutzutage die Verhältnisse liegen, so führen derartige Bewegungen meist noch vor ihrem Ausbruch zu einem billigen Ausgleich. Die meisten Streiks in unserer Zeit gehen aber gar nicht von den Arbeitern aus, sondern werden oft gegen den Willen aller ruhigen Elemente von den Führern inszeniert. Der eigentliche Zweck dabei ist, neue Genossen unter den Arbeitern für die Parteikasse anzuwerben und sie zum Eintritt zu nötigen dadurch, daß während des Streiks nur an Parteimitglieder Unterstützungen gezahlt werden. Vor einem Streik erfolgen darum aus Furcht immer zahlreiche Eintritte. Den Streik selbst ins Werk zu setzen, ist nicht schwer, denn namentlich durch die jungen und sonstigen radaulustigen Elemente wird leicht eine Mehrheit in der ewig aufgehetzten und zu einem falschen Machtgefühl erzogenen Arbeiterschaft dafür erzeugt. Die während des Streiks gezahlten Unterstützungen reichen nun kaum für Unverheiratete notdürftig aus,

Familien aber setzen ihre Ersparnisse und ihr bißchen Wohlstand zu. Wird dann vielleicht eine geringe Lohnerhöhung erzielt, so reicht diese doch Jahre hindurch nicht aus, den wirtschaftlichen Verfall wieder auszugleichen. Die Arbeiter, die wirtschaftlich zu rechnen gelernt haben, sind darum auch solchen Streiks abgeneigt. Den Führern liegt an solchen „Bourgeois" nicht viel, ihnen sind nichtsbesitzende und deshalb zur Unzufriedenheit neigende lieber. Seitdem die Arbeitgeber solchen Streiks mit gemeinsamen Aussperrungen geantwortet haben, sind sie seltener geworden. An ausgedehnten Streiks liegt übrigens den Führern auch nichts, weil diese die Kasse zu sehr angreifen und überhaupt beweisen, daß trotz alles Großsprechens und alles gegen Arbeitgeber und Arbeitswillige geübten Terrorismus die faktische Ohnmacht der Viermillionenpartei dabei aller Welt klar wird. Um die Parteikasse zu schonen und zur Wahrung des Ansehens der Parteileitung durch Verlängerung der Streiks werden dann außerordentliche Sammlungen ausgeschrieben, aber neuerdings haben diese merkwürdig wenig ergeben. Die sozialdemokratischen Arbeiter scheinen es müde geworden zu sein, für Streiks unausgesetzt in die Tasche greifen zu müssen.

Auch sonst scheinen sie manche Parteimätzchen schon herzlich satt zu haben. Der 1. Mai, den man der „Bourgeoisie" als Weltfeiertag aufzudrängen gedachte, hat von Jahr zu Jahr geringere Beteiligung gefunden. Dieses Jahr handelte es sich um die 25. Maifeier, man lockte mit silbernen Nelken und Maifeier-Wunschzetteln für die Kinder — aber es war wieder nichts, von größerer Beteiligung der „vier Millionen" gar nicht die Rede. So war es auch mit den Demonstrationsversammlungen im September wegen der Fleischteuerung und im November gegen den Krieg. Für letztere hatte man als Lockmittel nach Berlin fremde Sozialdemokraten verschrieben, den Franzosen Jaurès und den Engländer O'Grady, denen aber der Polizeipräsident v. Jagow auf Grund des Vereinsgesetzes das Reden in fremden Zungen verbot. Trotz aller aufgebauschten Berichte über beide Gruppen von Versammlungen ließ sich doch gar nicht verhehlen, daß außer den unter direkter Kontrolle stehenden Genossen kaum eine Beteiligung stattgefunden hat. Die Leute sind nach und nach der hohlen Demonstration überdrüssig geworden. In der Provinz sind die mit großen Worten angekündigten Protestversammlungen an vielen Orten gänzlich unterblieben, so u. a. selbst in dem arbeiterreichen Dortmund, weil die Arbeiter von den blöden „Friedensdemonstrationen" der Führer nichts wissen wollten. Sollte wirklich ein Krieg kommen, so ist den Führern bloß zu raten, dergleichen zu unterlassen. Es könnten sonst Zustände eintreten, ähnlich wie in München im August 1870; während die Kammer über den Kriegskredit beriet, baten die dagegen opponierenden Klerikalen, man möge doch die Sitzung nicht bis in die Dunkelheit ausdehnen, weil sie sonst auf dem Heimwege Keile bekämen. Der Unmut der mit Zwangsbeiträgen zur Parteikasse übermäßig gequälten Genossen wagt nur selten einen offenen Protest. Ein solcher Fall kam aber doch schon in Düsseldorf vor, wo in der offiziellen sozialdemokratischen Kreiskonferenz nicht nur die Gründung eines besonderen Wahlfonds abgelehnt, sondern den Führern ganz ungeschminkt gesagt wurde, die alles Maß überschreitende Beitragsschrauberei werde schließlich zum Massenaustritt führen. Die Streiks verschlingen ungeheure Summen, von den noch höheren wirtschaftlichen Nachteilen für die Feiernden ganz abgesehen. In den letzten 20 Jahren haben die sozialdemokratischen Zentralverbände nicht weniger als 108,695.581 Mark dafür ausgegeben, das Jahr 1910 mit 19½ Millionen war bisher das teuerste.

Wie bereits angedeutet, haben in neuerer Zeit die großen Streiks nur selten Erfolg, weil die Arbeitgeber in der Regel geschlossenen Widerstand leisten. Als Beispiel sei nur der Ausstand der Gehilfen im Steindruckereigewerbe erwähnt, der nach 18 Wochen zur Wiederaufnahme der Arbeit genau zu den früheren Bedingungen führte. Der Kostenaufwand betrug gegen 1½ Millionen, der entgangene Lohn 2·4 Millionen. Selbstverständlich reichten die geringen Streikunterstützungen für den Lebensunterhalt nicht aus. Und solch ruinierende Experimente wurden in der Zeit der „Fleischnot" gemacht! Die Ursache liegt in dem durch die Jahrzehnte hindurch betriebene Agitation gesteigerten übertriebenen Machtgefühl. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will," lautet ja das Leitmotiv der sozialdemokratischen Agitation. Ja, die Räder sind wohl bald zum Stillstehen gebracht, aber dann gibt's auch keine Löhne, und die kärglichen Unterstützungsgelder sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auf diesem Wege ist das Wohlbefinden der Arbeiter nicht zu erzielen. Jahrelang mochte es wohl so scheinen, solange man nur einzelne Unternehmer vor sich hatte. Aber nachdem diese sich nach dem Muster der Arbeiter auch zusammengeschlossen haben, ist die Methode nicht mehr verwendbar. Das künstlich erzeugte Machtgefühl führt indessen sogar zu direkten Auflehnungen gegen die Zentralleitung, wie sich im verflossenen Jahre, und zwar durch zahlreiche Streiks im Baugewerbe, gezeigt hat. Ein Beispiel eines regelrecht von der Zentralleitung betriebenen Streiks war der der Bergarbeiter im Ruhrrevier, der nach zehn Tagen mit einem Lohnverlust von 12 Millionen gänzlich scheiterte. In seinen Beweggründen ist der Streik auf den weit überschätzten Sieg der 110 für den Reichstag zurückzuführen und den besonderen Anstoß gab der große Streik in England, den man nachahmen wollte. Der Widerstand der besonnenen Arbeiter und der christlichen und nationalen Arbeiterverbände wurde niedergeschrien, und der sozialdemokratische Verband beschloß den Streik, dem sich auch der fortschrittliche Hirsch-Dunckersche Verband anschloß. Die Grubenverwaltungen ließen mit den Arbeitswilligen weiterarbeiten, aber diese wurden von den Genossen bald so arg beschimpft, bedroht und mißhandelt, daß die zahlreichen Gendarmen nicht ausreichten und Militär herbeigerufen wurde, worauf ohne Anwendung der Waffe der Streik zusammenfiel. Verhaftungen und gegen 2000 Anklagen wegen Bedrohung, Beschimpfung und Gewalt-

tätigkeit waren die Folge. Dabei waren bei dem sorgsam vorbereiteten Streik ein großer Teil der Missetäter von fernher eingetroffene Leute, die den Beleidigten gänzlich unbekannt waren, so daß ihre Feststellung nicht erfolgen konnte.

Alle Kundigen waren nicht im Zweifel darüber, daß der Streik den Zweck verfolgte, Rache an den christlichen und nationalen Arbeiterverbänden zu nehmen und sie um ihre Mitglieder zu bringen, weil sie nicht mit den Sozialdemokraten gewählt hatten. Man glaubte nämlich, bei einem allgemeinen Streik Christliche und Nationale mürbe zu machen, da sie ohne Lohn sein würden, während die Genossen Streikunterstützung bekämen. Die Sache kam aber umgekehrt: Die Arbeitswilligen behielten ihren Lohn, und die Genossen hatten nur die unzulängliche Unterstützung, darum mußte der Erfolg der sorgfältig eingefädelten Aktion ausbleiben. Die Streikleitung suchte alles auf das Eingreifen des Militärs zu schieben, aber das verfing bei den einsichtigeren, von der Parteikasse nicht direkt abhängigen Arbeitern nicht mehr. Sie hatten den Fehlschlag vor Augen, und das Erscheinen des Militärs war für sie ein willkommener Anlaß, zur Arbeit zurückkehren zu können. Die Erbitterung gegen die Verbandsleitung war allgemein, zahlreiche Austritte aus dem Verbande erfolgten, am meisten wurden davon die Hirsch-Dunckerschen Verbände betroffen, den Vorteil hatten der christliche und der nationale Verband, die auch bei den folgenden Ausschußwahlen große Erfolge erzielten. Die Einsicht nimmt zu, daß die Streikorganisationen für die Bergarbeiter nicht nur völlig wertlos, sondern sogar schädlich sind. Diesen Standpunkt vertreten die christlichen und nationalen Verbände schon längst. Die nationalen — in der Milieupresse gewöhnlich „gelben" genannt — Verbände verwerfen den Streik außer im Notfall und sind im übrigen für den Verständigungsversuch; ihre Hauptstärke haben sie unter den Kruppschen Arbeitern. Die christlichen Verbände sind, wie die sozialdemokratischen, auf dem Mißtrauen gegen die Unternehmer aufgebaut, wenn sie auch den Streik als Kampfmittel weit in den Hintergrund schieben. Wie leicht sie aber auch davon Gebrauch machen, zeigte der drohende Streik im Saarrevier in der zweiten Hälfte des Dezember. Er ist schließlich durch Entgegenkommen von beiden Seiten noch vor dem Ausbruch geschlichtet worden. So könnte es auch überall sein, wenn die Sozialdemokraten nicht immer mit ihren Machtansprüchen und ihren sozialistisch-kommunistischen wirtschaftlichen Ansichten, die doch in der Gegenwart nirgends und auch wahrscheinlich in der Zukunft nicht zu verwirklichen sind, die Verhandlungen auch mit den wohlmeinendsten Unternehmern erschwerten und dadurch schließlich doch nur die Arbeiter wirtschaftlich schädigen.

Die einsichtigen Parteiführer sind nicht im Zweifel darüber, daß Wahlerfolge allein die zahlenden Parteimitglieder nicht auf die Dauer zusammenhalten können, daß vielmehr die Parteisteuerschraube und die zunehmende Aussichtslosigkeit der Streikorganisationen zum Massenaustritt führen werden. Für die Wahlen wäre das vielleicht von geringerem Belang, weil das Klassenbewußtsein schon hinreichend entwickelt ist. Aber die Aufrechterhaltung des kostspieligen Parteiapparats würde infolgedessen unmöglich werden. Man ist darum auf ein neues Zugmittel verfallen, das die Leute fester an die Partei ketten soll. Es soll eine Volksversicherung geschaffen und zu einem politischen Kampfmittel ausgebildet werden. Ende des Jahres ist bereits in Hamburg die sogenannte „Volksfürsorge", das Versicherungsunternehmen der sozialdemokratischen Genossenschaften und „freien" Gewerkschaften, mit einem Kapital von einer Million Mark als Versicherungsaktiengesellschaft begründet worden. Als Gegengewicht hat sich bereits eine Vereinigung von Versicherungsgesellschaften und provinzialen Verbänden zusammengeschlossen, die eine politisch neutrale und gemeinnützig organisierte Volksversicherung bieten will. Man darf die weitere Entwicklung abwarten. Trotz aller durch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien verursachten Wahlüberraschungen wird die Sozialdemokratie nicht zum Zukunftsstaate heranwachsen. Das hat sich schon mehrfach wieder bei den Wahlen gezeigt. Bei allen politischen Wahlen seit der Reichstagswahl haben die sozialdemokratischen Stimmen vielfach in geradezu überraschendem Umfange abgenommen, die Mitläufer bei der Reichstagswahl scheinen sich ihres Irrtums bewußt zu werden. In den Gemeindevertretungen haben die Sozialdemokraten ihre Vertreter nirgends vermehrt, in einer größeren Anzahl von Städten wurden sie bei den Wahlen aufs Haupt geschlagen und aus den Stadtverwaltungen wieder verdrängt. Auch die Zahl der Landgemeinden, in denen sozialdemokratische Vertreter vorkamen, hat sich nicht vermehrt, einzelne Wahlerfolge sind durch Verluste an anderen Orten reichlich ausgeglichen worden. Die bürgerlichen Parteien haben es also noch immer in der Hand, durch Zusammenhalten jede sozialdemokratische Herrschaft abzuwehren. Der Parteitag in Chemnitz in der zweiten Hälfte des September verlief auch, nach dem großen Erfolg bei der Reichstagswahl über Erwarten harmlos. Man hatte durchaus nicht den Mut, offen gegen sich selbst zu sein und dadurch das Bürgertum weiter zu beunruhigen. Man will den Eindruck des unerwarteten Wahlsieges durch Heraufbeschwörung künftiger Niederlagen nicht gefährden. Die bürgerlichen Parteien mögen aber deshalb ja nicht meinen, daß aus einem Wolf im Schafskleid auch wirklich ein Lamm wird.

Nächst der Sozialdemokratie konnte das Zentrum mit der gegenwärtigen Lage am zufriedensten sein. Es hatte zwar zehn Mandate eingebüßt, war aber durch den Wahlumschwung trotzdem zur ausschlaggebenden Partei geworden, denn die 110 Sozialdemokraten sind trotz ihrer Ziffer bedeutungslos, außer wenn sie als Hilfstruppe des Zentrums die Regierung und die nationalen Parteien ärgern wollen. Auch die Auseinandersetzungen im Innern der Partei, die sich während des ganzen Jahres abgespielt und unter dem Schlagwort: Kölner und Berliner Richtung in den Blättern figuriert haben, sind ohne besondere Wirkung geblieben; von dem auf gewissen Seiten erwar-

teten Bruche war keine Rede. In den Städtewahlen und bei den Landtagswahlen in Württemberg hat die Partei gegenüber den Liberalen unzweifelhafte Erfolge errungen. Der Katholikentag fand Mitte August in Aachen statt; politische Fragen wurden milde behandelt und polemisch-konfessionelle kaum berührt. Mit großem Jubel wurde einstimmig beschlossen, das Jesuitengesetz sei ein gehässiges Ausnahmegesetz, dessen Aufhebung im Reichstage beantragt werden solle. Man rechnete also auf die bekannte Mehrheit, die Zentrum und Sozialdemokraten bilden können. Im allgemeinen hat sich das Zentrum in allen Angelegenheiten des Reiches in positivem Sinne bewährt mit der einzigen Ausnahme der Polenfrage, in der es bei seiner bisherigen Haltung beharrt.

Die Konservativen nehmen seit den Wahlverlusten eine Stellung ruhiger Sammlung ein. Außer vielfach wandelbaren Wahlkreisen, die bei einer anderen Woge der Volksstimmung wiedergewonnen werden können, haben sie nichts verloren, dagegen die beiden ostpreußischen Wahlkreise, die ihnen im Vorjahre durch eine gewandte Wahltechnik zum Jubel der Milieupresse entrissen worden waren, von den Liberalen zurückerobert. Im Reichstage wie im preußischen Landtage ist von ihnen der konservative Standpunkt mehrfach schärfer betont worden wie in früheren Jahren, wo ihnen das freundschaftliche Verhältnis zu den Nationalliberalen Rücksichten auferlegte, die jetzt weggefallen sind. Das hat sie aber nicht abgehalten, ebenso wie mit dem Zentrum so auch mit den Nationalliberalen in allen nationalen Fragen zusammenzuarbeiten.

Polen, Dänen, Welfen.

Die Polenfrage ist, soweit sie polnische Zukunftsträume und deutschfeindliche Agitationen betrifft, im Jahre 1912 unverändert geblieben, und zwar in allen „drei Teilen" des an seiner politischen Unfähigkeit zu Grunde gegangenen Polenreiches. Kenner bezweifeln, daß das Agitationsfieber, das die polnischen Köpfe erhitzt, jemals staatenbildende Kraft entwickeln wird, der Fieberkranke pflegt in der Regel seine Kräfte zu überschätzen. Es ist aber eine fieberkranke Phantasie, die drei mächtigsten Monarchien des Weltteiles um die von ihnen einst erworbenen Provinzen wieder berauben zu wollen, aus denen man das Polenreich der Zukunft aufbauen will. Und daß man dergleichen glaubt, ist aus allen polnischen Veröffentlichungen herauszuhören. So sagte u. a. letzthin der „Wiek Nowy" in seiner Weihnachtsbetrachtung: „Ohne eine reelle Tat werden wir nichts erbauen können. Wollen wir einst um unsere Freiheit kämpfen, so müssen wir dazu entsprechend vorbereitet sein. Indem wir also in Schmerz und Begeisterung die Solidarität der gesamten polnischen Nationalität empfinden, den Gedanken der Befreiung in unserer Seele hegen, müssen wir zu einer unbegrenzten Opferfähigkeit für die Ziele des polnischen Vaterlandes, die Bedürfnisse der polnischen Gemeinschaft bereit sein, die Tat wünschend, die endlich nach den ersehnten Toren der Freiheit führt." — Polnische Freiheit! — Man frage einmal einen Deutschen oder Ruthenen in Galizien nach der polnischen Freiheit; die kennen sie. Gott gnade allen Deutschen in unseren Ostprovinzen, wenn sich gegen alle Wahrscheinlichkeit der polnische Machttraum verwirklichen sollte. Sie würden bald blutige Tränen über die polnische Freiheit weinen müssen! — Aber in diesem Sinne schrieben und schreiben doch alle polnischen Blätter. „Dziennik Bydgoski" wurde noch dreister und schrieb: „Es wird nicht eher Frieden auf Erden werden, solange Gott das Preußentum nicht demütigt." — Und das darf man in Preußen ungestraft schreiben! Unter polnischer Freiheit dürfte man es sicher nicht. Von Dankbarkeit für das, was preußische Staatsordnung und Schulung aus den elenden und verkommenen völkischen Überresten des an politischer Unsittlichkeit zu Grunde gegangenen polnischen Nationalstaates gemacht hat, findet sich bei diesem auf deutsche Kosten — denn sie besaßen nichts — wieder üppig gewordenen Geschlecht keine Spur. Und auf so bedenklicher Grundlage glauben sie, einen neuen Staat errichten zu können! Wenn es die Nationalität allein täte, so hätte doch auch ihr früherer Bestand haben müssen.

Alles läuft auf nationale Reizung und Überreizung hinaus und erinnert, seitdem die demokratische Richtung mehr und mehr die Führung an sich gerissen hat, recht lebhaft an das Treiben der Geschäftspolitiker in den Parteien der westlichen europäischen Länder. Viel Tamtam, Phrasenschwall mit donnerndem Beifall, Straßendemonstrationen (in Uniform sind sie schöner) und im übrigen Zeitungsreklame und gutes Leben für die Führer. Man muß immer dabei an die sogenannte deutsche Bewegung der letzten Sechzigerjahre denken. Da handelte es sich nicht einmal um die Gründung eines neuen Reiches aus Eroberungsstücken von mächtigen Reichen, sondern bloß um die Reform des vom Wiener Kongreß in der lächerlichsten Weise verpfuschten Deutschen Bundes. Aber sonst ging es auch da meistens recht modern polnisch zu. Bärtige Männer, die von den realen Machtverhältnissen keine Ahnung hatten, sprachen unter tosendem Jubel von der Macht des zukünftigen Vaterlandes, über dessen Umfang, innere Gestaltung und Staatsform jeder eine andere Ansicht hatte, aber ein bißchen Republik schien doch die allgemeine Meinung zu sein. Es wurde viel dafür festiert, gesungen, getrunken, in Aufzügen demonstriert und selbst auch exerziert. Als aber die beteiligten Mächte, Österreich und Preußen — die Mittel- und Kleinstaaten kamen wegen ihrer damaligen Machtmittel gar nicht in Betracht — die Sache in die Hand nahmen, da waren auf einmal diese demonstrativen Erscheinungen verschwunden, selbst die vernünftigste von ihnen, der Nationalverein, versagte auch in der entscheidenden Stunde, weil er im Strome der Agitation zu weit in das demokratische Fahrwasser geraten war. Der Verfasser hat jene Zeit als schon erwachsener Mann miterlebt und fühlt sich durch die jetzige Entwicklung der polnischen Vorgänge lebhaft daran

erinnert. Die gleiche Verkennung der Machtverhältnisse, dieselbe Unklarheit über den Umfang des „Reiches", Brusttöne vaterländischer Begeisterung, Festzüge, Turnerexerzitien, Singen und Trinken usw., gerade so wie damals, nur jetzt in polnischer, statt in deutscher Sprache. Und hinter der ganzen, immer demokratischer werdenden Agitation lugt schon ganz deutlich das Gesicht einer polnischen Republik hervor, nicht das der früheren Adelsrepublik, sondern eine der Intellektuellen, hauptsächlich der Advokaten, wie drüben im geliebten Paris. Von einem polnischen König ist kaum noch die Rede. Eine polnische Republik, alle zwei Monate mit einem neuen Ministerium! Das könnte Europa gerade noch brauchen.

Es verlohnt sich nicht, die politische Phantasterei der Polen noch weiter zu verfolgen. Daraus kann nichts werden, solange der Weltteil Europa einigermaßen vernünftig bleibt, woran niemand zweifelt. Die Sache hat auch bloß insoweit Interesse, als sie den Staaten und anderen Nationen lästig wird. Die Zeiten, in denen die Polen als idealisierte Insurgenten in ganz Europa gefeiert wurden, sind vorüber, seitdem der von der heiligen Allianz herstammende Russenhaß verschwunden und aus anderen Gründen nur noch bei der Sozialdemokratie zu finden ist. In den beteiligten Staaten tritt man dem Treiben der Polen je nach Verfassung und politischer Lage entgegen, weil es auch mehr lästig als wirklich staatsgefährlich ist, denn sie getrauen sich nicht, sich zu einem ernsten Schritt zu entschließen, bevor nicht der betreffende Staat von anderer Seite in eine gefährliche Lage gebracht worden ist. Die Balkanvorgänge haben auf sie wohl appetiterregend gewirkt, aber es gibt in Europa nur eine Türkei. Nun soll das ganze Jahr 1913 hindurch die Erinnerungsfeier der letzten, vor 50 Jahren verunglückten polnischen Revolution begangen werden. Es ist dazu zu bemerken, daß es auch eine Adelsrevolution war, die durch die Quertreibereien der Demokraten unter dem ewigen Rückwärtssieger M i e r o s l a w s k i schon von vornherein schwer geschädigt wurde und sich klug hütete, die Revolution nach Galizien und Posen auszudehnen. Wenn die demokratischen Allpolen gegenwärtig diese Adelsrevolution feiern, so tun sie es nur, um daraus ein neues nationales Reizmittel zu machen. Daran wird es ihnen auch in Zukunft nicht fehlen. In nächster Zeit wird die neue Königsburg auf dem Wawel in Krakau darankommen usw. An Aufreizungen zur gewaltsamen Erhebung für ein „großes und unabhängiges Polen" wird es demnach auch in Zukunft nicht fehlen; die Wirkung muß man natürlich abwarten, aber viel wird die heutige Leitung, die nach Demokratenart ununterbrochen im inneren Kampfe liegt, nicht erzielen. „Ein großer Rächer, Held, Genius, der die Nation zu einem neuen, aber siegreichen Kampfe führen könnte, hat sich bis jetzt unter uns nicht gefunden," klagte im Dezember das Lemberger allpolnische Blatt „Slowo Polskie". Er wird sich auch nicht finden, denn selbst wenn er erstünde, würde die Eifersucht der anderen ihn nicht aufkommen lassen. Das war schon in der aristokratischen Zeit schwierig, das heutige demokratische Polentum wird hierin die Demokraten anderer Länder nicht übertreffen.

„Unseren Standesherren der alten Epoche hat es niemals geträumt, daß wir fähig wären zur Entfaltung einer so blühenden Industrie, wie sie sich heute immer günstiger ausbreitet, dank der polnischen Intelligenz und Arbeitsamkeit", schrieb nach Neujahr „Wiarus Polski" in Bochum. Als die polnischen Reste an Preußen kamen, war die polnische Intelligenz unterdrückt, Arbeitsamkeit gar nicht vorhanden, beide Eigenschaften haben sich erst unter der preußischen Herrschaft entfaltet, und wo die Polen kulturell emporgekommen sind, ist dies auf deutschen Einfluß, auf deutsches Lehngut zurückzuführen. Das steht historisch fest, wenn es auch die Polen nicht gern hören und abzuleugnen versuchen. Trotzdem schrieb das Graudenzer Polenblatt: „Es wird heute sicher keine polnische Familie geben, welche ein Bildnis des Kaisers oder seiner Familie besäße." Und da wundern sich diese Leute, die doch alle verfassungsmäßigen Rechte besitzen und ausüben, aber trotzdem behaupten, sie würden unterdrückt, daß man sie nicht als Freunde des Staates ansieht und auch nicht so behandeln kann. So wie oben drücken sich doch höchstens noch die Sozialdemokraten aus. Wären die Polen in Frankreich, würde man ihnen ebenso rasch die Staatssprache beigebracht haben, wie den Italienern in Nizza. Die Verfassung in Preußen und im Reich gestattet leider keine Anwendung von Zwangsmaßregeln, und die Beamtenschaft hat leider zu lange mehr als billige Rücksichten walten lassen. Man kann den Polen nur durch verfassungsmäßige Mittel beikommen, der billige Zwangsweg hat durch die teuere Ansiedlungspolitik ersetzt werden müssen. Aber der politische Widersinn muß aufhören, daß im deutschen Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhause gegen 20 Abgeordnete einer undankbaren Nation sitzen, die offensichtlich auf gewaltsame Abtrennung preußischer, mit vielen Kosten und Mühen mit deutscher Kultur erfüllter Provinzen für ein Polenreich hinarbeitet. Man hat dazu den Weg der Ansiedlungspolitik, die nur ein Teil der inneren Kolonisation ist, eingeschlagen. Die Notwendigkeit, Deutschland in der Nahrungsmittelerzeugung unabhängig vom Ausland zu machen, was mit der heutigen Wirtschaftspolitik erreicht werden kann, nötigt zur intensiveren Ausnützung des vorhandenen und zur Erschließung neuen Kulturbodens. Ein großer Teil des Überschusses der Landbevölkerung, der heute häufig zu seinem Nachteil in die Städte wandert, kann dabei nützlichere Verwendung finden, in den polnischen Bezirken dient er zugleich dazu, die bisherige polnische Mehrheit durch eine deutsche zu ersetzen.

In letzterer Beziehung ist trotz des wohlorganisierten Widerstandes der Polen schon vieles erreicht worden, wie die Wahlen beweisen, es ist auch im Jahre 1912 zum erstenmal mehr polnisches Land in deutsche Hände übergegangen als umgekehrt. Wegen der Gegenaktion der Polen hat allerdings die Ansiedlungskommission in den letzten Jahren fast ausschließlich deutsche Besitzungen für ihre Kolonisationszwecke erwerben müssen, was aber keineswegs nachteilig ist, solange der notwendige

Bestand an deutschem Großgrundbesitz erhalten bleibt. Infolge der zahlreichen Güterankäufe von deutscher und polnischer Seite waren aber die Preis- und Erwerbsverhältnisse in den Ostmarken derart gestiegen, daß es kaum noch angängig war, jetzt auf längere Jahre hinaus Landvorrat anzukaufen. Darum schien die Ansiedlungspolitik zurückzugehen, und die Heißsporne und unzufriedenen Allesbesserwisser fingen schon an, trotz aller Versicherungen der maßgebenden Persönlichkeiten, die Regierung der Schwäche und Abwendung von der bisherigen Politik zu beschuldigen. Wie immer berief man sich dabei auch auf Bismarck. Fürst Bülow hat einmal im Reichstage gesagt, wir litten an einem „mißverstandenen Bismarck". Für die Ansiedlungspolitik ist das unzweifelhaft der Fall. Zu Bismarcks Zeiten lag die ganze polnische Agitation in den Händen des polnischen Adels. Diesen wollte er auskaufen und damit die ganze Agitation der Führerschaft berauben. Er hätte dieses Ziel wohl auch erreicht, wenn er nicht erst 1886, wo es schon reichlich spät war, damit begonnen hätte. Die Versöhnungspolitik seines Nachfolgers brachte die Aktion zum Stillstand. Heute liegen nun die Verhältnisse ganz anders. Die Agitation beruht nicht mehr auf dem Großgrundbesitz, die Führer gehören den intellektuellen Kreisen an und sind nicht auszukaufen. Die viel schwieriger gewordene Aufgabe geht, wie schon oben bemerkt wurde, nun dahin, durch innere Kolonisation deutsche Mehrheiten anzusiedeln. Das ist etwas ganz anderes und stimmt mit Bismarcks Plan nur äußerlich im Gütererwerb überein. Die Führer sind heute nicht mehr zu expropriieren, denn sie sitzen in den Städten und auf den Pfarreien. Durch die Ansiedlungspolitik ist sogar ihre Zahl vermehrt worden, indem die polnischen Gutsbesitzer mit dem reichlichen Verkaufserlös in deutschem Gelde in die Städte zogen und sich dort der Agitation widmeten. In gewissen Kreisen ist dieser Umstand sogar dahin ausgelegt worden, daß die ganze Ansiedlungstätigkeit ein Mißgriff gewesen sei. Das ist natürlich nicht der Fall, aber die ungestümen Dränger mögen hieraus und aus anderem ersehen, welche Schwierigkeiten den Leitern der Ansiedlungspolitik erwachsen.

Es gibt in allen Ländern Unverantwortliche, die sich im Gefühl des Besserwissens über die Verantwortlichen erheben. In Deutschland ist ihre Zahl auffällig groß. In Ländern mit parlamentarischer Regierung hat das noch einen Sinn, denn dort müssen zuweilen angesehene Parteiführer in Ämtern untergebracht werden, von denen sie nichts verstehen. Wir erinnern nur an den unvergeßlichen Marineminister Pelletan in Frankreich. Aber in Deutschland kommt doch wahrhaftig niemand zu einem höheren Amte, der nicht für seine Befähigung Proben abgelegt hat. Ob er gewissen parlamentarischen Parteien paßt, ist für das große Ganze herzlich gleichgültig. Dieser Verwaltungsmethode gegenüber wäre wirklich einiges Vertrauen geboten, um so mehr als das ewige Mißtrauen auf der oder jener Seite nur der Sozialdemokratie zu gute kommt, die ohne das Unzufriedenmachen in bürgerlichen Kreisen mit ihrem dürftigen Programm längst abgewirtschaftet hätte. Gewiß durfte es auffällig erscheinen, daß von der vor vier Jahren gesetzlich festgelegten Enteignung noch immer kein Gebrauch gemacht wurde. Den bestimmten Erklärungen der leitenden Männer, daß an der Ostmarkenpolitik festgehalten würde, brauchte trotzdem kein Mißtrauen entgegengesetzt zu werden, denn es ist ihr Recht, den Zeitpunkt der Anwendung zu bestimmen, sie allein überblicken die ganze Sachlage und sie tragen die Verantwortung. Als Anfang Oktober die Regierung sich entschloß, zur Anwendung der Enteignung zu greifen, war das ein Beweis, daß der Zeitpunkt gekommen war, in dem sie nach dem Worte des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer als ultima ratio, als letztes, unabweisbares Mittel anzusehen sei. Über die besonderen Gründe, warum gerade in diesem Augenblick der erste Schritt zu tun war, ob inner- oder außerpolitische Umstände maßgebend waren, verlautete von verantwortlicher Seite nichts. Obgleich die Polen längst auf diese Wendung gefaßt sein mußten, führten sie doch sofort das bekannte Entrüstungstheater auf. Da sie seit Jahren angekündigt haben, sie würden die Deutschen von der „polnischen Erde" vertreiben, so haben sie wahrlich kein Recht, sich darüber zu wundern, wenn der Spieß umgedreht wird. Übrigens handelte es sich bei den in Aussicht genommenen vier Gütern nicht um alte Heimstätten, sondern um Objekte, die sämtlich vor nicht langer Zeit den Besitzer gewechselt hatten. Die jetzigen Besitzer erhoben den gesetzlich zulässigen Einspruch, der aber nicht für ausreichend begründet gefunden wurde. Wenn auch in Zukunft freiwillige Gutsverkäufe durch den polnischen Terrorismus verhindert werden, dürften noch weitere Enteignungen erfolgen.

Es war Zeit, daß den Polen einmal Ernst gezeigt wurde, denn sie trieben es mit dem Boykott aller Deutschen schon zu arg; eine Steigerung ist gar nicht mehr möglich. Der in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis befindliche W. v. Taczanowski, der seine Güter an den Großherzog von Weimar verkauft hat, wurde von den Verwandten ausgestoßen und von der ganzen Nation geächtet. „Verflucht sei er für immer," schrieb der „Dziennik Kujawski". Warum hat man ihm nicht lieber rechtzeitig geholfen? Freilich, das war nicht mehr so leicht, denn durch die wahnsinnige Preistreiberei, um Deutsche nicht in polnischen Besitz gelangen zu lassen, sind schon zahlreiche opferwillige Polen zu Gütern gekommen, die nicht rentieren und darum nicht behauptet werden können. In diesem Kampfe werden die Polen nicht Sieger sein. Auch ihr Boykott wird keinen dauernden Erfolg haben. Der Regierungspräsident Krahmer in Posen hat die Deutschen bereits an ihre „nationale Ehrenpflicht" gemahnt, ihren Landsleuten „in dem aufgedrungenen Existenzkampfe vorbehaltlos und mit allen Kräften beizustehen." Mit verschwindenden Ausnahmen halten auch die Deutschen in der Ostmark treu zusammen, konfessionelle und Meinungsunterschiede treten bei ihnen zurück. Auch die deutschen Katholiken halten zu ihren Landsleuten und lassen sich von der schwer begreiflichen Haltung der Zentrumspresse nicht beeinflussen. Sie wissen, der polnische

katholische Geistliche ist ihr gefährlichster nationaler Feind. Dazu sehen sie, wie bitter ihre wenigen deutschen Priester von den Polen angefeindet und beschimpft werden. Der schon erwähnte „Wiarus Polski" schrieb im Februar: „Nicht darum strömen die polnischen Schäflein in den Schafstall Christi, daß die ihnen zugeteilten Seelenhirten Zentrumswölfe auf sie loslassen." Dergleichen Schimpf läßt sich das Zentrum von den Polen bieten. In Oberschlesien hat die polnische Feindschaft gegen das Deutschtum bereits zu dem lange vorausgesehenen Bruche mit dem im geheimen von den Polen schon lange bekämpften Zentrum geführt. In Mittel- und Niederschlesien macht das Polentum noch Fortschritte. Hoffentlich wird das neue Besitzbefestigungsgesetz dem entgegenwirken. In der Kaschubei und in Masuren stoßen die polnischen Agitationsversuche auf ernsten Widerstand. Die neukaschubische Bewegung, die sich gegen die Polonisierung richtet, bereitet den Großpolen schon ziemlich viel Sorge. In Ortelsburg hat man wohl bereits einen polnischen landwirtschaftlichen Verein und eine Bank begründet, zugleich ist aber in Johannisburg eine „masurische gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft zur Stärkung des Deutschtums" entstanden.

Die Dänen setzen in Nordschleswig ihre auf die Dauer aussichtslosen Bestrebungen fort. Sie behaupten, sie handelten nach dem Völkerrecht und meinen damit, jeder Däne könne selbst darüber bestimmen, ob er bei Deutschland oder bei Dänemark bleiben will. Wünscht er letzteres, so kann er ja nach Dänemark ziehen, in Deutschland hat er sich aber deutschen Einrichtungen zu fügen oder man wird schließlich einmal mit ihm deutsch reden. Die Dänen setzen nach polnischem Muster den Ankauf deutscher Besitzungen fort und sind dabei vorläufig noch im Vorteil, auch die dänischen Vereine haben zugenommen. Zum nicht geringen Teile ist das eine Folge des unglückseligen, 1907 vom Fürsten Bülow gegen die Ansicht der Provinzbehörden mit Dänemark abgeschlossenen Vertrages über die Aufnahme der Optantenkinder, die nun die dänischen Reihen verstärken. Besondere Gegenmaßregeln sind noch nicht für notwendig erachtet worden. Gegen einen Pfarrer, der auf der Kanzel bedauert hatte, daß er Kinder konfirmieren müsse, die deutschen Religionsunterricht erhalten hätten, wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Rührigkeit der Deutschen, aus eigener Kraft den Danisierungsbestrebungen entgegenzuarbeiten, ist weiter im Wachsen begriffen und findet bei den Behörden in jedem Falle Förderung.

Die Welfen sind in Deutschland nur noch ein Anachronismus. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß sie bei den letzten Reichstagswahlen wieder von einem auf fünf Abgeordnete angewachsen sind. Bei dem erbitterten Wahlkampfe, der, mit Ausnahme der Ostmark, mit ausdrücklicher Vernachlässigung aller nationalen Gesichtspunkte geführt wurde. kann neben 110 Sozialdemokraten diese Erscheinung gar nicht auffallen. Nach der infolge verwandtschaftlicher Verhältnisse eingetretenen unzweifelhaften Annäherung der Familien Hohenzollern und Cumberland wird die hannoversche Frage nahezu gegenstandslos*) und dann wird das ohnehin aussichtslose Beharren auf dem welfischen Standpunkt einfach zur Verbohrtheit. Der an anderer Stelle bereits erwähnte plötzliche Tod des Prinzen Georg Wilhelm von Cumberland hat nun Anlaß gegeben sowohl zur weiteren Annäherung der beiden Fürstenfamilien wie zur abermaligen Erörterung der Welfenfrage. So viel ist sicher, daß dem jetzt einzigen Erben des Hauses Cumberland, dem Prinzen Ernst August, die Nachfolge im Herzogtum Braunschweig offensteht, sobald die Anerkennung der Reichsverfassung und damit der Verzicht auf Hannover in verbindlicher Form ausgesprochen worden ist, aber auch nicht früher. Prinz Ernst August hat durch seinen Eintritt in die deutsche (zunächst bayrische) Armee zu erkennen gegeben, daß er sich gewissermaßen auf diesen Fall vorbereitet. Es ist auch nichts darüber bekannt geworden, daß sein Vater nach dem Tode des Prinzen Georg Wilhelm jetzt den letzten Sohn mit den Ansprüchen auf Hannover belasten wollte. Dagegen spricht der Dankesbesuch, den Prinz Ernst August im Namen der Familie am Berliner Hofe abstattete, sowie einige spätere Begegnungen der freundschaftlichsten Art zwischen dem Kaiser und ihm. Die Entscheidung kann sich freilich noch lange hinziehen, wenn die Behauptung richtig ist, daß feierliche Gelöbnisse dem Herzog von Cumberland den Verzicht auf Hannover verwehren. Dann müssen sich eben die künftigen Hoflieferanten in Braunschweig noch ein wenig gedulden, und die übrigen Welfen können mit ihrem Blatt, der „Deutschen Volkszeitung" in Hannover „weiterkämpfen auf der uns vorgezeichneten Bahn." Dieser immer harmloser werdende Kampf wird aber keine Herzen in Deutschland erschüttern, außer denen der unentwegt „Kämpfenden".

Heer und Flotte.

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß sich die deutsche Bevölkerung, die sich so leicht in politischen und wirtschaftlichen Fragen durch die Milieupresse und die mündliche Agitation mißleiten läßt, in allen Fragen der Landesverteidigung ein ungemein feines Gefühl und eine starke Entschlußfähigkeit besitzt. Dem gegenüber haben schon längst die alten Oppositionsparteien, Zentrum und Fortschrittspartei, eine entschiedene Schwenkung vornehmen müssen, und selbst die Sozialdemokratie mäßigt die üblichen großen Worte, wenn sie „aus Prinzip" gegen eine Heeresvorlage Stellung nimmt. So haben wir mit Freude erlebt, daß die neue Heeresvorlage im Reichstage rasch und fast unverkürzt erledigt wurde. Es sind im Reichstage auch Stimmen laut geworden, die mehr verlangten, und außer dem Hause machen sich in diesem Sinne agitatorische Bewegungen geltend. Soweit sie die Bevölkerung auf den zukünftigen Ausbau der Armee vorbereiten wollen, mögen sie zulässig sein, obwohl sie kaum nötig sind, da bisher jedem Rufe des Kaisers und der Armeeleitung begeistert ent-

*) Am 9. Februar 1913 hat sich Prinz Ernst August mit der Tochter des Kaisers, Prinzessin Viktoria Luise, verlobt.

sprochen worden ist und da unbedingtes Zutrauen in diesen Dingen besteht. Aber man wartet den Ruf des Kaisers ab, der es wissen muß. Für militärische Experimente und darüber hinaus läßt man sich nicht verlocken und auch nicht durch von anscheinend sachverständiger Seite kommende Andeutungen über angebliche Unterlassungen bei den verantwortlichen Stellen im Vertrauen auf den obersten Kriegsherrn und seine militärischen Ratgeber stören. Mit Recht sagt das gesunde, auf Erfahrung gestützte Volksempfinden: Die verstehen es besser als irgend jemand, der nie den vollen Überblick über das Ganze gehabt hat, wenn er auch in seinen dienstlichen Stellungen Hervorragendes leistete. Glücklicherweise schaden die angeblichen Enthüllungen über die Mängel nichts, denn die leitenden Militärs des Auslandes kennen sie längst und brauchen nicht erst von „sachverständiger Seite" darauf aufmerksam gemacht zu werden, aber sie respektieren, wie die politischen Krisen der letzten Jahre gezeigt haben, diese Armee mit ihren „Mängeln" und werden es auch in Zukunft tun, denn sie wissen, die Schüler Moltkes haben stets rechtzeitig dafür gesorgt, daß alle Mängel an Zahl, Organisation und Ausrüstung beseitigt wurden, sobald es nötig wurde.

Die Armeevorlage brachte die Errichtung des 20. und 21. Armeekorps aus überzähligen Divisionen und Brigaden. Damit im Zusammenhang stand die Schaffung einer 7. Armeeinspektion. Die Reihe der neu errichteten dritten Bataillone vervollständigt namentlich Regimenter an der Grenze, das 12. (sächsische) Armeekorps erhält ein neues Regiment Nr. 182. Über die Vervollständigung der Maschinengewehrabteilungen, Artillerie und technischen Truppen ist schon im Vorjahre das Nötige berichtet worden. Obleich der Rotstift der Budgetkommission manches gestrichen hatte, ist doch eine große Zahl neuer Etatstellen für Offiziere geschaffen worden, die sowohl für die Ausbildung der Jahrgänge des Beurlaubtenstandes wie für etwaige Reserveformationen im Kriegsfalle in Betracht kommen. Die streichenden Herren in der Budgetkommission scheinen nicht genügend beachtet zu haben, wie weit Frankreich in dieser Beziehung — hoffentlich nur auf dem Papier — Deutschland voraus ist. Nach dem neuen Etat betrug am 1. Oktober die deutsche Armee 655.914 Mann (412.346 Preußen, 39.834 Sachsen, 20.244 Württemberger und 58.580 Bayern). Die Zahl der Offiziere beläuft sich auf 27.037 (413 Generäle, 695 Regimentskommandeure), die der Unteroffiziere auf 92.347. Die Zahl der Dienstpferde beträgt 126.480. Infolge der Zunahme der städtisch-industriellen Bevölkerung geht die Militärtauglichkeit zurück. Von den im Jahre 1911 Ausgehobenen waren auf dem Lande 138.722, in der Stadt nur 75.203 geboren. Im Jahre 1909 stellte z. B. Brandenburg (mit Berlin) jeden 183., Ostpreußen, Westpreußen und Pommern schon jeden 70. Mann zum Militär. Die „Blutsteuer" der Demokraten und Pazifizisten wird also in Deutschland in der Hauptsache von den Dörfern und kleinen Städten getragen.

Die Kaisermanöver waren in diesem Jahre von besonderer Wichtigkeit. Beteiligt waren: das 3. und 4. (preußisch), 12. und 19. (sächsisch) Armeekorps, eine Brigade des 5. Armeekorps und eine bayrische Kavalleriedivision, die bis Naumburg a. S. mit der Bahn transportiert worden war. Die beiden Gegner waren als Teile größerer Armeen gedacht, die schwächere (blaue) Abteilung war zugleich von Osten und von Süden bedroht. Die Besetzung der Elbeübergänge durch eine schwache Abteilung (ein Reserveregiment) vermochte den Übergang des (roten) Gegners nicht zu verhindern. Dieser überschritt die Elbe bei Riesa zuerst mit Kavallerie und warf auch die feindliche Reiterei zurück mit Hilfe eines auf Automobilen herbeigeführten Jägerbataillons (Franzosen und Italiener verwenden zu diesem Zwecke Radfahrerkompagnien). Die Kavallerie spielte überhaupt eine hervorragende Rolle, wie es ja bei Kriegsbeginn natürlich ist. Im übrigen entschied die zahlenmäßige Überlegenheit, die Rot eine Umgehung des Gegners ermöglichte. Die fehlerlose Führung des Gegners gab Blau (Generaloberst v. Hausen) keine Gelegenheit, durch Ausnützung eines feindlichen Versehens den Erfolg zu erraffen. Die Leistungen der Infanterie im Marschieren (namentlich 4. und 12. Armeekorps), ebenso die Terrainbenutzung ließen nichts zu wünschen übrig. Die Ansicht, daß sich die Reiterwaffe überlebt habe, ist ein großer Irrtum, selbst für die Erkundung kann sie nie völlig durch die Luftschiffahrt ersetzt werden. Ohne die Gefechtserfolge der roten Reiterei wäre der Elbübergang nur mit großen Schwierigkeiten zu bewerkstelligen gewesen. Das Zusammenwirken der Flugzeuge mit den Kavalleriedivisionen hat sich vortrefflich bewährt. Die Luftschiffer sind ebenfalls auf beiden Seiten mit Erfolg in Tätigkeit getreten, die Artillerie war sehr beweglich, hervorragendes Lob gebührt den Pionieren, die die Kriegsbrücken über die Elbe mit imponierender Schnelligkeit und Exaktheit fertigstellten. Im Interesse des kriegsmäßigen Verlaufes wurde die früher übliche Information der Berichterstatter unterlassen, dagegen soll die zusammenfassende Darstellung des Generalstabes, die seit fünf Jahren an die Kommandobehörden ausgegeben wurde, jetzt auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Am Manöver nahmen eine große Anzahl von Fürstlichkeiten teil: außer dem Kaiser und dem König Friedrich August von Sachsen die Großherzoge von Baden, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Weimar, die Prinzen Ludwig und Leopold von Bayern, der Herzog von Sachsen-Koburg, der Kronprinz Boris und Prinz Kyrill von Bulgarien. Am 11. September ernannte Kaiser Wilhelm den König Friedrich August zum Generalfeldmarschall.

Noch immer ist die Flotte das Lieblingskind des deutschen Volkes und zugleich der Ärger der Briten. Der italienisch-türkische Krieg hat aller Welt die Hilflosigkeit des zur See Schwachen gezeigt, dagegen sah sich Deutschland zum erstenmal seit seinem Bestehen einer sehr starken Koalition von Land- und Seemächten gegenüber. In dieser immerhin ernsten Lage hat sich die Daseinsberechtigung der Flotte bewiesen. Die Form, in der die Wehrvorlagen angenommen wurden, hat aller Welt dargetan, daß auch in bezug auf die Flotte die

schon früher bestandene Überzeugung von den neuen und größeren Aufgaben Deutschlands gegen alle inneren und äußeren Anfechtungen standgehalten hat. Der Ausbau der Flotte hat sich ohne bemerkenswerte Ereignisse planmäßig vollzogen, die ersten Turbinenlinienschiffe gehen ihrer Vollendung entgegen. Die neue Flottenvorlage brachte ein drittes Geschwader und die Organisation von 72 Unterseebooten, sowie eine wesentliche Verbesserung der Bereitschaft der Seestreitkräfte. Die Erweiterungen haben auch die Errichtung neuer Behörden und Marineteile nötig gemacht. So wurde die Sektion für Torpedowesen in eine Abteilung für Torpedowesen und Funkentelegraphie umgewandelt, neue Kompagnien der Matrosenartillerie wurden in Lehe und Kuxhafen errichtet, die Funkentelegraphenstation in Neumünster in Betrieb gesetzt usw. Die Flotte erhielt fünf neue Schiffe: die Linienschiffe „Prinzregent Luitpold" und „König Albert", den Panzerkreuzer „Seidlitz" und die kleinen Kreuzer „Karlsruhe" und „Rostock". Von den acht Schiffen, die im abgelaufenen Jahre Probefahrten abgelegt haben, erzielte der Panzerkreuzer „Göben" 28·6 Knoten, der kleine Kreuzer „Straßburg" 28·28 Knoten. „Göben" ist somit das schnellste Großschiff der deutschen Flotte und dürfte auch in den fremden Marinen keine überlegenen Gegner haben. Die ersten Turbinenlinienschiffe „Kaiser" und „Friedrich der Große" legten 23·6 Knoten zurück. Die Hochseeflotte stand auch in diesem Jahre noch unter dem Befehle des Admirals v. Holtzendorff, den großen Herbstmanövern wohnte Kaiser Wilhelm wieder bei, sie wurden in der Nordsee abgehalten. Das erste Linienschiffgeschwader in Wilhelmshaven besteht jetzt aus lauter Dreadnoughts über 18.000 Tonnen. Für das neuzubildende dritte Geschwader ist zunächst die fünfte Division gebildet worden, der die beiden Turbinenlinienschiffe „Kaiser" und „Friedrich der Große" zugeteilt wurden, außerdem die kleineren Linienschiffe „Elsaß" und „Deutschland", die bald durch neue Dreadnoughts ersetzt werden. Mit Vervollständigung des dritten Geschwaders wird sich die aktive Schlachtflotte aus 25 Linienschiffen, acht großen und 18 kleinen Kreuzern zusammensetzen.

Gegenwärtig besitzt Deutschland zehn fertige Dreadnoughts mit 220.000 Tonnen, England 15 mit 338.000 Tonnen, die Vereinigten Staaten acht mit etwa 183.000 Tonnen, Frankreich sechs mit etwa 110.000 Tonnen, Japan vier mit 82.000 Tonnen, Österreich-Ungarn und Italien je einen mit 21.000 Tonnen. An großen Kreuzern besitzt England zehn, Deutschland drei, die übrigen Mächte keinen. Die englische Flotte hat einen Gesamtpersonalstand von 136.000 Mann, Deutschland 64.000, Frankreich und die Union 60.000, Japan 48.000, Rußland 46.000, Italien 31.000, Österreich-Ungarn 17.000 Mann. An Reserven besitzt England 40.000 Mann, die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht veröffentlichen keine besonderen Angaben, doch ist sicher, daß die Zahl der deutschen Marinereservisten größer ist als die englische. Von den 72 Unterseebooten erhalten 54 volle aktive Besatzung, jährlich werden sechs neue gebaut, die Verbände der Unterseeboote erhalten eine ähnliche Organisation wie die der Torpedoboote. Auf dem Gebiete der Luftschiffahrt zur See hat die Flotte große Fortschritte gemacht. Das erste deutsche Marineluftschiff „L 1" hat sich auf zahlreichen Fahrten über Land und Meer bewährt, ein zweiter Zeppelin ist im Bau und eine besondere Luftfahrerabteilung ist im Entstehen. Fliegerstation ist Putzig. Trotz scharfen Dienstes sind nur zwei ernstere Unglücksfälle vorgekommen. Die Torpedoboote „G 110" und „G 171" gingen zu Grunde mit einem Verlust von zusammen zehn Mann. Die seit Jahren betriebenen Verstärkungen der Küstenbefestigungen werden fortgesetzt. Die Wichtigkeit Helgolands als Stützpunkt der Flotte wird durch neue Forderungen im Etat anerkannt. Jetzt wird auch die Insel Wangeroog in den Kreis der Befestigungen einbezogen.

Deutschland baut seine Flotte ausschließlich zum Schutze seines Handels, also in politisch defensiver Absicht, und beschränkt sich strategisch auf die Sicherung seiner Stellung in der Nord- und Ostsee und auf die Offenhaltung der in den Ozean führenden Verkehrsstraßen. Daran hält aber auch die ganze Nation in allen Schichten, oben und unten, fest. In diesem Sinne sagte Prinz Ludwig von Bayern (jetzt Prinzregent) am 17. Februar bei der Taufe des Linienschiffes „Prinzregent Luitpold" in Kiel: „Sei es im Frieden, den uns Gott recht lange erhalten möge, sei es im Kriege, den wir nicht fürchten."

Kolonien.

Die deutschen Kolonien gehören neben Heer und Flotte als drittes Glied zu den politischen Lieblingskindern des deutschen Volkes. Im verflossenen Jahre konnte der deutsche Kolonialverein auch bereits das dreißigste, die deutsche Kolonialgesellschaft das fünfundzwanzigste Jubiläum begehen. Am 3. Juni wurde in Hamburg eine große Kolonialausstellung eröffnet. Dazu waren u. a. erschienen: Der Vorsitzende der Kolonialgesellschaft Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg mit Gemahlin, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Prinz Konrad von Bayern und Bürgermeister Dr. Oswald. Der neue Kolonialsekretär Dr. Solf hat sich sehr gut eingeführt und alle Bedenken zerstreut, die sich an seine Eingeborenenpolitik in Samoa knüpften. Er hat gezeigt, daß er gelernt hat und weiter lernen will. Zu diesem Zwecke unternahm er zum Studium der Diamantenfrage Ende Januar eine Reise nach London, später nach Amsterdam und Antwerpen und besichtigte auch die Steinschleifereien in Hanau und Idar. Im Juni trat er eine große Kolonialreise an, auf der er die Diamantenfelder bei Lüderitzbucht und dann die Hauptorte der Kolonie besuchte. Zustimmung fand seine scharfe Verurteilung der Mischehen zwischen Weißen und Farbigen. In Windhuk sprach er sein volles Vertrauen in die Entwicklung des Landes aus, sicherte die Erweiterung der Rechte des Landesrates und die Errichtung eines Bodenkreditinstituts zu und erklärte sich gegen jede weitere Verminderung der Schutztruppe. Von Swakopmund begab er sich über Kapstadt, Johannesburg und Prätoria, überall von den Behörden der Kap-

kolonie mit Auszeichnung empfangen, nach Lourenzo Marquez und Deutschostafrika, wo er am 12. August in Dar-es-Salam landete. Er bereiste u. a. das Nordbahngebiet, fuhr durch das britische Ostafrika mit der Bahn von Mombassa nach dem Viktoriasee zu den deutschen Ansiedlungen und trat am 12. September die Rückreise an. Bei dem Abschiedsabend in Tanga forderte er für die Regierung, die helfen wolle und werde, Vertrauen. Über die vom früheren Gouverneur v. Rechenberg vor den europäischen Pflanzungen begünstigten Eingeborenenkulturen nahm er einen vermittelnden Standpunkt ein. Es gelte, für das Parallelogramm der widerstreitenden Kräfte zwischen Weiß und Schwarz die richtige Diagonale zu finden. Dafür besitze der neue Gouverneur Dr. Schnee den Willen und die Fähigkeit.



Geheimrat Oberregierungsrat Karl Ebermeier, Gouverneur von Kamerun.

Die Zahl der weißen Bevölkerung in sämtlichen deutschen Kolonien ist am 1. Januar 1912 mit 23.342 Personen, gegen 21.667 im Vorjahre, festgestellt worden. Die Hauptzunahme fällt auf Südwest- und Ostafrika. Südwestafrika dürfte heute 15.000, Ostafrika 5000 Europäer zählen, Kamerun hat das erste Tausend noch nicht erreicht, Togo nach Beendigung des Bahnbaues sogar eine Verminderung um 18 Weiße erfahren. Überall zeigt sich eine erhebliche Zunahme der Frauen und Kinder, was im Interesse des Deutschtums ganz besonders zu begrüßen ist. Auch sonst zeigt sich ein bemerkenswerter Fortschritt, namentlich nehmen in Ostafrika die europäische Plantagenwirtschaft und in Südwestafrika die Farmwirtschaft zu. Günstig entwickelt sich in Ostafrika besonders die Kautschuk- und Kaffeegewinnung, in Südwestafrika nehmen Viehzucht (namentlich Wollschafe), Getreide, Tabak, Obst- und Weinbau, meist unter Anwendung künstlicher Bewässerung, lebhaft zu. Der Handel hat überall große Fortschritte gemacht, wenn auch über den Binnenhandel begreiflicherweise keine Zahlen vorliegen. Im Außenhandel ist der Anteil Deutschlands in erfreulicher Weise gestiegen. Infolge des wirtschaftlichen Fortschrittes sind die eigenen Einnahmen der Kolonien nicht unbeträchtlich in die Höhe gegangen, doch hat sich in Südwestafrika der Ausfuhrzoll auf Diamanten gemindert, auch ist bei fast allen Kolonien ein gelegentlicher Rückgang infolge großer Dürre keineswegs ausgeschlossen.

In Südwestafrika bilden die Farbigen, die sich der deutschen Herrschaft zu entziehen wissen und im Busch sitzen, immer noch eine Gefahr. Trotzdem ist die Schutztruppe nach früheren Bestimmungen am 1. April um 200 Mann verringert worden und beträgt für das ausgedehnte Gebiet nur noch 1961 Personen. Was die Mischehen betrifft, so haben jetzt sämtliche christliche Missionen sich dagegen erklärt. Anfang Oktober waren aus britischem Gebiet wieder Leute des berüchtigten Häuptlings Simon Kopper von Osten her in die Kolonie eingebrochen, worüber von den Zeitungen übertriebene Schilderungen gebracht wurden. Zwei Kompagnien der Schutztruppe machten mit ihnen rasch ein Ende und fingen elf Hottentotten, von denen drei hingerichtet wurden. Das Farmerwesen entwickelt sich auf gesunder Grundlage, fängt an, sich genossenschaftlich zu betätigen, fördert die Lehrfarmtätigkeit, die neuerdings auch von Frauenvereinen des Mutterlandes unterstützt wird, und will unter dem Vorsitz des Gouverneurs einen Landwirtschaftsrat gründen. Die Nord-Südbahn Windhuk—Keetmanshoop (507 Kilometer) ist am 3. März eröffnet worden, in Swakopmund und Lüderitzbucht wurden Funkentelegraphenstationen hergestellt. Der neue Gouverneur Dr. Seitz hat sich durch seine Amtsführung volles Vertrauen erworben. Die Diamantenangelegenheit hat durch kaiserliche Verordnung vom 30. Dezember eine den Wünschen der Produzenten über die Besteuerung mehr Rechnung tragende Änderung erfahren.

Kamerun hat Ende Januar für den krankheitshalber zurückgetretenen Gouverneur Dr. Gleim im Geheimrat des Reichskolonialamtes Ebermeier einen Nachfolger erhalten. Er hat im Sommer eine sechsmonatliche Reise durch die Kolonie angetreten. Diese erhält infolge des Marokkoabkommens mit Frankreich eine erhebliche Vergrößerung. Die deutsch-französische Grenzkommission tagte vom 15. Juni bis zum 19. Juli in Bern und erledigte die Grenzfestsetzung in der freundschaftlichsten Weise. Die Übergabe der bisherigen Teile der französischen Kongokolonie begann am 7. Oktober in Wesso am Zusammenfluß des Dscha mit dem Sanga und war am Ende des Jahres noch nicht beendet. Es wird sich, gegenüber dem Tadel der Allesbesserwisser, in nicht ferner Zeit zeigen, daß Herr v. Kiderlen-Wächter der Lösung des mittelafrikanischen Verkehrsproblems im Interesse Deutschlands hier eine breite Tür aufgetan hat. Duala hat eine Funkentelegraphenstation erhalten und wird im nächsten Jahre

von Monrovia aus an das deutsch-südamerikanische Kabel angeschlossen. Der Gouverneur hat die durch englische Firmen bewerkstelligte Einführung englischen Silbergeldes verboten.

Für Togo wurde Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg als neuer Gouverneur ernannt.



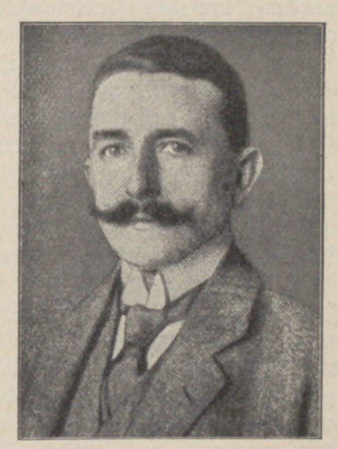
Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin, Gouverneur von Togo.

Es ist ein überwältigender Beweis für den deutschen Kolonialgeist, daß sich ein deutscher Fürst (wie in Heer und Flotte) dem praktischen Dienst widmet und bescheiden bei der kleinsten Kolonie beginnt. Er ist am 9. August nach Lome abgereist. Dort hat der Betrieb der am 17. Mai 1911 zum größten Teile zerstörten Landungsbrücke am 1. November wieder aufgenommen werden können, die Legung des deutschen Kabels von Monrovia nach Togo hat begonnen. Die seit fünf Jahren begonnenen Aufforstungen gedeihen vortrefflich.

In Deutschostafrika ist am 1. Juli die Zentralbahn bis Tabora, 848 Kilometer von Dar-es-Salam, eröffnet worden, in Muansa und Bukoba am Viktoriasee bestehen Funkenstationen, Dar-es-Salam erhält eine solche im Jahre 1913. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Versuchsstationen ist um zwei vermehrt worden. Der neue Gouverneur Dr. Schnee hat sich für die Förderung der deutschen Siedlungen erklärt, die Meldepflicht für alle Nichteingeborenen eingeführt und die Einwanderungsordnung für Farbige und Nichteingeborene verschärft. Gegen die Weiterverbreitung der eingeschleppten Rinderpest wurde energisch vorgegangen.

Zum Gouverneur von Samoa ist der Oberrichter Dr. Schultz ernannt worden. Die wirtschaftliche Entwicklung befindet sich im Zustande gesunden Fortschritts, nur macht die Beschaffung von Arbeitern Schwierigkeiten. Die Heiraten zwischen Weißen und Eingeborenen sind für die Zukunft verboten worden. Die deutsche Südseegesellschaft für drahtlose Telegraphie errichtet in den nächsten zwei Jahren Telefunkenstationen auf der Insel Yap (Westkarolinen), Kouta (Marschallsinseln), Apia (Samoa) und Naura (Neu-Guinea). Im Bezirk Friedrich Wilhelmshafen auf Neu-Guinea hat sich eine Verschwörung der Eingeborenen gezeigt, deren Ausbruch durch rechtzeitiges Eingreifen verhindert wurde. Zur weiteren Erforschung dieses Landes ist eine Expedition nach dem mittleren Laufe des Kaiserin Augustaflusses abgegangen.

Die Marinekolonie Tsingtau schreitet in ihrer Entwicklung rüstig fort, die Unruhen in China haben ihr fast mehr genützt als geschadet. Zahlreiche Chinesen aus den höheren Schichten haben sich angekauft. Ein wichtiges Ereignis für das Schutzgebiet war der doppelte Besuch des Prinzen Heinrich, der ja seinerzeit den Anstoß zur Entstehung der Kolonie gegeben hat. Er traf auf seiner Reise nach Tokio am 4. September in Tsingtau ein und wurde ebenso feierlich wie herzlich begrüßt. Nach seiner Rückkehr von Japan am 26. widmete er sich im Auftrage seines Bruders eingehenden Besichtigungen aller militärischen und wirtschaftlichen Einrichtungen an Ort und Stelle. Besonders interessierte er sich für die Gründung eines Eisen- und Stahlwerkes, das die Eisenerzlager des Schutzgebietes ausnützen soll. Der bekannte Agitator des modernen China, Dr. Sunjantsen, kam auch nach Tsingtau und stellte sich dem Prinzen vor. Auch die ansässigen chinesischen Notabeln empfingen den fürstlichen Gast mit offener Freude. Die fast zwei Wochen währenden Besichtigungen verliefen zur vollsten Befriedigung des Prinzen Heinrich und gaben ihm vielfach Anlaß, den Schöpfern und Leitern die wärmste Anerkennung auszusprechen.



Dr. Heinrich Schnee, Gouverneur von Deutschostafrika.

Das wirtschaftliche Jahr.

Die Lage und Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie und Handel waren durchaus befriedigend und übertrafen im allgemeinen die Ergebnisse des Vorjahres, trotz mancher Schwierigkeiten und Schattenseiten. Auch im verflossenen Jahre zeigte sich der in den letzten 40 Jahren ungehemmte Lauf der Entwicklung. Kaum ein Gebiet der Volkswirtschaft, auf dem nicht Deutschland in dieser Zeit seine Rivalen, England und Frankreich, weit hinter sich gelassen hat. Diese Entwicklung ist aber keineswegs lediglich der Industrie zu verdanken, sondern in ganz hervorragendem Maße auch der Landwirtschaft. Seit den Achtzigerjahren ist der Ernteertrag für den Hektar bei allen

Kulturgewächsen um mehr als die Hälfte gewachsen, bei Roggen sogar um 73, bei Kartoffeln um 61, bei Hafer um 80%. Das ist die Folge des intensiven Ackerbaubetriebes, der nur bei der heutigen Zoll- und Wirtschaftspolitik möglich ist. Es fängt auch schon in jenen Köpfen, die vor gar nicht langer Zeit noch auf Cobden und den Freihandel schwuren, langsam die Erkenntnis an zu dämmern, daß Deutschland trotz seines über alles Erwarten gestiegenen industriellen Aufschwungs immer noch zu den Hauptackerbauländern gehört und daß gerade darauf seine wirtschaftliche Stärke beruht, daß es darum im stande ist, allen Ländern zuvorzukommen. In denkenden industriellen Kreisen hat man das längst gewußt, in Handelskreisen überzeugt man sich aber auch mehr und mehr von der Richtigkeit dieses Zusammenhanges, nur die Milieupresse begreift ihn nicht und will ihn nicht begreifen, weil es bequemer ist, durch Verhetzung von Stadt und Land, durch unbegründetes Schimpfen auf die Agrarier alle ebensowenig weitsichtigen Köpfe um sich zu sammeln oder — der Sozialdemokratie zuzuführen. Darum stand auch mehr als in den Vorjahren die Teuerung im Mittelpunkt der Erörterungen, oder wurden vielmehr dahin geschoben, ohne Rücksicht auf sachliche Begründung und auf die handelstechnische und politische Wirkung der Übertreibungen und falschen Darstellungen auf diesem Gebiete. Man wollte sogar die politische Wirkung um des Parteizweckes willen. Dazu gehörte auch das Genörgel über die „tatenlose Politik", die bei den Umwälzungen in Ostasien, auf der Balkanhalbinsel 2c. nicht beutegierig zupacke. Aber keiner hat angegeben, wie das ohne schwere Gefährdung des Reiches anzufangen sei, ganz abgesehen von dem empfindlichen wirtschaftlichen Rückschlage, den ein großer Krieg heutzutage bringen muß. Japan krankt noch heute an seinem „Siege", Bulgarien und Serbien siegen sich dem gleichen Schicksal erst entgegen.

Das Jahr 1912 brachte eine Getreideernte, die alle Ergebnisse der Vorjahre seit 1902 übertraf. Am reichsten fiel der Menge nach die Weizenernte aus, aber gerade diese litt stark unter der ungünstigen Erntewitterung und büßte an Güte erheblich ein. Trotzdem verstand der Handel, die Preise, die nur kurz nach der Ernte auf das Niveau des vorigen Jahres fielen und dann wieder stiegen, hochzuhalten. Bei dem allgemeinen berechtigten und unberechtigten Teuerungsgeschrei fiel das nicht auf. Da indessen die Hoffnungen, mit denen alle wirtschaftlichen Interessenten das neue Jahr begonnen hatten, in geradezu überraschender Weise erfüllt worden waren und zu der steigenden Beschäftigung der Industrie und des Handels auch die im Vorjahre vermißte Erhöhung der Preise eingetreten war, so stellte sich die Lage recht günstig. Die Gewerbetreibenden waren im stande, die erhöhten Löhne zu zahlen, von denen wieder die Kaufkraft ganzer Schichten der Bevölkerung gestärkt wurde, so daß trotz der Teuerung der Lebensmittel in der Volkswirtschaft selbst ein gewisser Ausgleich zu stande kam. Das gesunde deutsche Erwerbsleben hat sich auch durch politische Sorgen wegen des türkisch-italienischen und des Balkankrieges nicht in seiner gedeihlichen Entwicklung behindern lassen, nur auf der Spekulationsbörse gab es in Berlin, wie in einigen anderen Hauptstädten Europas, einen durch wirkliche wirtschaftliche Gefahren nicht begründeten Krach, bei dem eine Menge jener Leichtgläubigen, die immer noch glauben, auf der Spekulationsbörse und in Monte Carlo wohne das Glück, beträchtliche Summen eigenen und fremden Geldes verloren. Aber weder die Kriege, noch der Börsenkrach, ja selbst nicht einmal die sich immer steigernde Versteifung des Geldmarktes vermochte die Kraft des Aufstiegs dauernd zu behindern. Bei hohen Preisen vermag eben das Gewerbe viel auszuhalten, außerdem nahm man sie ja nur den Agrariern übel, was natürlich andere Gewerbegruppen nicht hinderte, bei ihrer Preissteigerung die Grenzen der Bescheidenheit zu überschreiten. Die „Konjunktur ausnützen" gilt ja als höchste gewerbliche Weisheit. Die Knappheit des Geldmarktes und die damit zusammenhängende Höhe des Zinsfußes machte sich aber namentlich auf dem spekulativen Grundstückmarkte und bei dem Baugewerbe bemerklich, indem ein ziemlicher Stillstand und der Zusammenbruch schwächerer Geschäfte eintrat. Die dadurch bewirkte Verschlechterung des Arbeitsmarktes hielt jedoch nicht an, denn es gab überall Arbeit genug.

Besonders hemmende Einflüsse auf die gewerbliche Tätigkeit haben sich weder von politischer noch von sozialer Seite geltend gemacht. Die Befürchtung eines großen europäischen Krieges, die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten 2c. sind nicht ganz ohne Wirkung geblieben, aber diese Sorgen gingen rasch vorüber und haben höchstens mittelbar zur Verschärfung des internationalen Geldmarktes beigetragen. Neben dem erhöhten Bedarf des inländischen Marktes hat aber auch die Steigerung der Ausfuhr, wobei wieder die großen Streiks in England von günstigem Einfluß waren, den industriellen Aufschwung gefördert. Eisenindustrie und Kohlenbergbau haben erheblichen Vorteil daraus gezogen. Die Gesamtausfuhr in den ersten elf Monaten des Jahres hat sich im Vergleiche zum Vorjahr von 7335 auf 8023 Millionen Mark gehoben. Die Einfuhr ist in demselben Zeitraum von 8774 auf 9408 Millionen gestiegen. Diese hohen Ziffern drücken die allgemeine Belebung des deutschen Verkehres mit den Auslandmärkten aus. Die Handelsbilanz erscheint, wie bei allen Kulturstaaten, passiv; da dabei die deutsche Volkswirtschaft auf ihre eigene Geld- und Kapitalskraft angewiesen war infolge englischer und französischer Hetzereien, so ist der günstige Abschluß als triftiger Beweis dafür anzusehen, wie sehr die deutsche Kapitalskraft in den letzten Jahren erstarkt ist. In den letzten Monaten hatte die durch Sensationsmacherei hervorgerufene übertriebene Besorgnis vor kriegerischen Verwicklungen unter den Großmächten wohl zur Zurückziehung von Barbeträgen und Sparkassegeldern geführt, doch blieb dieser immerhin bedenkliche Vorgang ohne weitere nachteilige Wirkung. Wegen der übertriebenen Preis- und Kurssteigerungen hatte die Reichsbankleitung schon im Frühjahr wiederholte Hinweise zur Vorsicht und Zurückhaltung in der Kreditgewährung gegeben. Diese Maßregel, anfangs stark getadelt und bekrittelt, hat

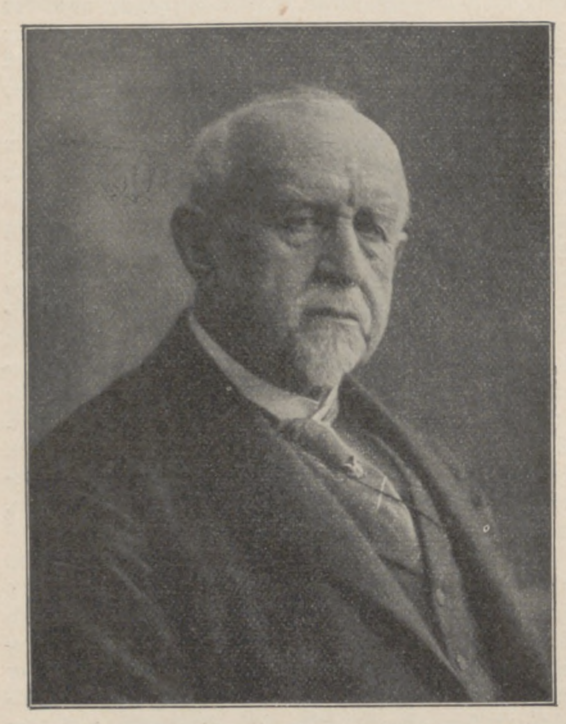
sich hinterher doch als recht weitsichtig und nützlich erwiesen. Eine solche Haltung der Reichsbank dürfte auch in Zukunft von nöten sein, damit nicht unvorsichtige Übertreibung den gesunden Auftrieb der wirtschaftlichen Bewegung zum Überschlagen und zur Krise führt. Bisher hat sich noch kein Mißverhältnis zwischen dem gewaltig vergrößerten Apparat der Gütererzeugung, den ihm zur Verfügung stehenden Kräften und dem Verbrauche gezeigt. Solange dieses Verhältnis besteht, darf man auf weiteren Aufschwung hoffen. Aber eine Störung — durch stürmische Überproduktion oder starke Verbrauchsabnahme infolge ungünstiger Ernte — würde unausbleiblich zur Krise führen.

Größere wirtschaftliche Lebhaftigkeit spiegelt sich auf dem Arbeitsmarkt wieder und bringt auch den sonst immer nur in der Stille geführten Kampf um den Lohn in Streiks und Aussperrungen an die Öffentlichkeit. Diese sind immer ein Beweis für eine aufsteigende Geschäftsentwicklung gewesen. Die größte Bewegung dieser Art, der Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier, ist schon an anderer Stelle nach seiner politischen Seite behandelt worden. Wirtschaftlich unbesonnen angefangen, hat er ein höchst unrühmliches Ende für die Veranstalter genommen, ohne den Arbeitern irgend welchen Erfolg gebracht zu haben. Die Steigerung der Löhne, die inzwischen infolge günstigen Geschäftsganges eingetreten ist, hätten die Arbeiter auch ohne die schweren wirtschaftlichen Verluste durch den Streik haben können. Das wissen ja die Arbeiter auch selbst, und es würde bei fast allen Streiks viel mehr Arbeitswillige geben, wenn sie eines sicheren Schutzes vor dem Terrorismus der Genossen gewiß wären. Auch die älteren und einsichtsvolleren Arbeiter sind, trotz aller schiefen Darstellungen der Agitatoren, gar nicht im Zweifel darüber, daß sich unter dem deutschen Wirtschaftssystem die Einkommens- und Lebenshaltungsverhältnisse der Arbeiter viel befriedigender entwickelt haben als in England unter der Herrschaft des Freihandels.

Einige Worte müssen auch noch an dieser Stelle über die sogenannte Fleischnot gesagt werden. Daß eine solche nicht bestand, sondern daß es sich nur um eine auf sehr verschiedenartigen Ursachen beruhende Fleischteuerung handelte, ist von vielen kompetenten, an dem politischen und wirtschaftlichen Kampfe der Parteien und Interessenten persönlich gar nicht beteiligten Seiten ausgesprochen worden. Wer ohne Vorurteil selbst beobachtete, konnte sich auch von der Richtigkeit überzeugen. Die hohen Fleischpreise waren für die Verhetzungspresse ein gefundenes Fressen. Die sozialdemokratischen Blätter verschärften die allgemeine Unzufriedenheit noch durch die unwahre Behauptung, eine solche Teuerung läge im Interesse der wohlhabenderen Klassen, insbesondere der „Agrarier". Dem pflichtete auch, weil es sich im Kampfe gegen die Konservativen verwenden ließ, die Milieupresse bei und fand damit Glauben, denn weder Redakteure noch Leser solcher Zeitungen pflegen die geringste Einsicht in die landwirtschaftliche Produktionsweise zu haben, die sie überhaupt von ihrem „höheren" städtischen Standpunkte aus als eine untergeordnete Sache ansehen. Dabei wurde gänzlich verschwiegen, daß auch alle anderen Waren teurer geworden waren, die Teuerung also eine ganz allgemeine war; ferner daß die Fleischpreise in der ganzen Welt außerordentlich gestiegen sind und in Nordamerika, das man gewohnheitsmäßig noch als unerschöpfliche Fleischkammer betrachtet hatte, ebenso hoch oder noch höher waren als in Deutschland. „Die Landwirtschaft ist nicht im stande, den wachsenden Fleischverbrauch einer zunehmenden Bevölkerung zu decken; also Öffnung der Grenzen, weg mit den Zollschranken!" — schallte es aus den Redaktionsstuben und in den Agitationsversammlungen. Damit konnte man wohl unverständige Massen aufhetzen, aber der Allgemeinheit hat es keinen Nutzen, sondern nur Schaden gebracht. Die Preise stiegen gerade darum weiter, denn jeder, der seinen Vorteil davon hatte, konnte sich zu seiner Rechtfertigung auf die Zeitung berufen. Auch hier wurde zuweilen der minder schuldige Teil, die Fleischer, beschuldigt, die doch längst, namentlich in den größeren Städten, abhängig — meist sogar schon finanziell — von den Viehhändlern sind. Die Sache liegt doch aber so: Maul- und Klauenseuche in den letzten Jahren, noch mehr der dürre Sommer 1911 hatten den Viehstand stark vermindert, und es ist hier schon in den beiden letzten Jahrgängen rechtzeitig darauf hingewiesen worden, daß davon weite Bevölkerungsschichten in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Einsichtige Landwirte, bis zum König von Sachsen hinauf, haben damals dringend gemahnt, im Interesse der Gesamtheit den Viehstand, selbst mit Opfern, trotz der starken Futternot zu erhalten.

Es ist notorisch, daß die Landwirtschaft meistens dieses Opfer gebracht hat. Kaufmännisch war das freilich nicht, denn es lohnt nicht, ein Stück Vieh über seinen Wert hinaus durchzufüttern. Auch verhungert ja der Landmann keineswegs, wenn er wegen teueren Futters ein Rind weniger hält. Tatsächlich hat aber die deutsche Viehzucht trotz der elementaren Schäden der letzten Jahre standgehalten, doch die jetzt nur wenig höhere Preislage hat noch keineswegs ihre Verluste während jener Zeit ausgeglichen. Wenn weitere Volksschichten davon in Mitleidenschaft gezogen worden sind, so liegt darin ein neuer Beweis für die immer weiteres Verständnis findende Tatsache, daß schwere Schädigungen der Landwirtschaft zugleich eine Schädigung der gesamten Volkswirtschaft bedeuten. Auf dem Fleischmarkte haben aber, wie schon angedeutet, neben diesem wirtschaftlichen Moment noch ganz andere Einflüsse zur Verschärfung der Tendenz mitgewirkt. Die wirklich vorhandene und in natürlichen Ursachen begründete Preissteigerung wurde sensationell übertrieben und politisch ausgebeutet. Der dadurch erzeugte förmliche Teuerungswahn wurde dann gerade auf dem Lebensmittelmarkte ergiebig ausgenützt. Wer durfte sich denn über die hohen Preise nur noch wundern, wenn jeden Tag „im Blatte" stand, daran seien die Regierung, die Getreide- und Viehzölle, die Agrarier schuld; man brauche bloß die Grenzen gegen das Ausland aufzumachen, wo die gebratenen Tauben nur so herumfliegen. In Wirklichkeit war die Fleischteuerung in Österreich eher noch größer als in Deutschland, in Rußland war nicht viel zu haben,

dafür drohte die Gefahr der Seucheneinschleppung. Der geringe Überschuß an Vieh in den Niederlanden und Dänemark konnte für die Millionen des Deutschen Reiches auch nicht von ausschlaggebender Wirkung sein. Das billigste Fleisch ist und bleibt das einheimische. Und großer Mangel daran war auch gar nicht vorhanden, der Berliner Viehmarkt hatte oft genug einen unverkäuflichen Überschuß, was die nichtagrarischen Zeitungen ausnahmslos ihren Lesern verschwiegen, ebenso die Tatsache, daß außer in Dänemark und Rußland die Fleischpreise überall fast noch höher waren als in Deutschland. Die



(Hofphot. Weidener, Berlin.)
Wilhelm von Wedel-Piesdorf,
Präsident des preußischen Herrenhauses.

Schürer des Teuerungsfanatismus — auch in Österreich — schrien nach der Zulassung von argentinischem Gefrierfleisch. Nachdem Nordamerika aufgehört hat, bildet Argentinien das einzige noch ergiebige Fleischreservoir. Was soll aber, sobald bei dem allseitigen Verlangen auch dieses bald erschöpft sein wird, aus den europäischen Staaten werden, wenn sie bis dahin die eigene Viehproduktion nicht gefördert haben?

Die Regierungen hatten sich Ende September über einige Einfuhrerleichterungen geeinigt, die namentlich den großen Städten, wo die Fleischteuerung empfindlich wurde, zu gute kommen sollten, wenn sie die Fleischbeschaffung selbst in die Hand nehmen wollten. Die meisten Städte haben es auch getan und in der Mehrzahl, trotz des keineswegs gänzlich unberechtigten Widerstandes der Fleischer, eine geringe Herabdrückung des Preises erzielt. Gegen Ende des Jahres haben die Preise von selbst etwas nachgelassen, und infolge der reichen Futterernte ist auch für das nächste Jahr eine Vermehrung des Viehstandes und darum keine besondere Fleischteuerung zu erwarten, um so mehr, da in allen einsichtsvollen landwirtschaftlichen Kreisen energisch darauf hingearbeitet wird, die Viehproduktion so rasch als möglich bis zur vollen Befriedigung des Bedarfes zu steigern. Wer den ganzen Vorgang dieser Fleischnot nicht bloß oberflächlich betrachtet, der kommt zu dem Schlusse, daß sie nichts gegen den Zollschutz der landwirtschaftlichen Arbeit beweist, sondern vielmehr der beste Beweis für die segensreiche Wirkung der Schutzzollpolitik ist. Was hätte wohl das Deutsche Reich mit seinen 66 Millionen bei einer so weitverbreiteten Fleischknappheit anfangen wollen, wenn es durch mangelnden Zollschutz seine Landwirtschaft ebenso hätte verfallen lassen wie England, das zu fünf Siebenteln vom Ausland lebt? Politisch wäre dann Deutschland bei der Überlegenheit der britischen Flotte für seine Nahrungsmittelversorgung ganz von der Gnade Englands abhängig. Heute liegt die Sache noch so, daß England davor zittert, eine starke Flotte — gegenwärtig käme bloß die deutsche in Betracht — könnte ihm die Zufuhren abschneiden und das Land in sechs Wochen aushungern. Um Deutschland vor einer ähnlichen Gefahr zu bewahren, gibt es nur ein Mittel: die weitere Förderung der landwirtschaftlichen Produktion bis zur Deckung des vollen Bedarfes der deutschen Bevölkerung.

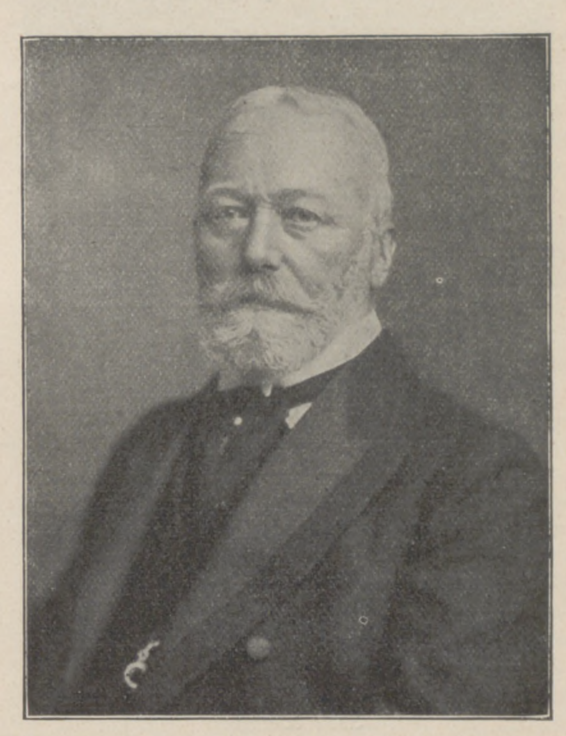
Preußen.

Der **Landtag** wurde am 15. Januar im Weißen Saale des Königsschlosses vom Ministerpräsidenten v. **Bethmann Hollweg** mit Verlesung einer Thronrede eröffnet, die ungewöhnlich viele Aufgaben enthielt: die neue Steuergesetzgebung, das Wassergesetz, die Durchführung vermehrter Jugendfürsorge, Einführung der Zwangsarbeit in die Armenpflege, Ausdehnung der Schutzgesetze für das Deutschtum in Westpreußen und Posen auf andere Landesteile, innere Kolonisation, Elektrisierung der Berliner Stadtbahn 2c. Trotz des reichen Inhalts war die Thronrede von der bekannten sachlichen Kürze, Beifall ertönte bei Erwähnung der Gesetzentwürfe über Anwendung des Arbeitszwanges und über die ländlichen Fortbildungsschulen. Das Abgeordnetenhaus trat unter Vorsitz des bisherigen Präsidenten v. **Kröcher** sofort zu einer Sitzung zusammen, in der Finanzminister Dr. v. **Lentze** den Etat mit einer längeren Darstellung einbrachte. Die Finanzlage ist durchaus günstig, dem Ausgleichsfonds werden 110 Millionen zufließen. In einer zweiten Sitzung wurde Frhr. v. **Erffa** (kons.) zum Präsidenten, Dr. **Porsch** (Zentrum) zum ersten und Dr. **Krause** (nat.-lib.) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Wegen der Reichstagswahlen vertagte sich der Landtag bis zum 30. Januar. Das Herrenhaus hatte zum Präsidenten den Hausminister v. **Wedel-Piesdorf** neu und Oberbürgermeister Dr. **Becker** und Frhrn. v. **Landsberg-Steinfurt** zu Vizepräsidenten wiedergewählt. Am 30. Januar begann das Abgeordnetenhaus mit der ersten Lesung des Etats, wobei auch der Ausfall der Reichstagswahl je nach dem Parteistandpunkt zur Erörterung kam. Die erste Lesung war am 1. Februar zu Ende. Bemerkens-

wert waren die Erklärungen des Ministers des Innern v. Dallwitz, daß an der Polenpolitik festgehalten werde und daß bei der Verschärfung der Parteigegensätze kein Anlaß für eine besondere Wahlrechtsvorlage gegeben sei. Sehr energisch betonte er auch, die Betätigung eines Beamten für die Sozialdemokratie sei mit dem Amtseid unvereinbar. Die Parteien waren mit großer Schärfe aufeinandergestoßen, und insbesondere ließen die Sozialdemokraten merken, wie sehr ihnen der Kamm nach der Reichstagswahl geschwollen war. Der Wunsch nach einem ihnen ebenso günstigen Wahlrecht für Preußen wurde ebenso glühend ausgesprochen, wie die Durchsetzung drohend angekündigt. Schon Bebel hat Preußen für das widerstandsfähigste Hindernis angesehen; ist Preußen einmal von den Sozialdemokraten erobert worden, dann werden ihrer Herrschaft die süddeutschen Demokraten und Klerikalen nicht mehr den geringsten Widerstand zu leisten im stande sein.

Am 5. und 6. Februar wurde die erste Lesung der Steuervorlage erledigt und der Entwurf an eine besondere Kommission verwiesen. Am 9. wurde die zweite Lesung des Etats begonnen. Von nationalliberaler Seite wurde das päpstliche Motu proprio zur Sprache gebracht. Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter erklärte, es hätten darüber nur mündliche Besprechungen mit der Kurie stattgefunden. Die Bestimmungen seien für Deutschland nicht gültig. Mit Ausnahme des Zentrums und der Polen bedauerten alle Parteien die abermalige Störung des kirchlichen Friedens. Bis zu den Osterferien war die gesetzgeberische Ausbeute der Beratungen des Abgeordnetenhauses gering. Neben dem Etat wurde nur noch das Wassergesetz in erster Lesung erledigt und an eine Kommission verwiesen, der Lotterievertrag mit den süddeutschen Staaten und einige kleinere Vorlagen wurden verabschiedet. Viel fleißiger arbeitete das Herrenhaus, das eine ganze Reihe größerer und kleinerer Vorlagen schon vor Ostern durchberaten hatte. Am 12. März nahm es einstimmig einen Antrag an, der die Regierung auffordert, alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch auf dem Wege der Gesetzgebung, zum Schutze der Arbeitswilligen vor Vergewaltigung und Bedrückung zu treffen. Der Beschluß des Hauses war durch die Vorgänge beim Streik im Ruhrrevier veranlaßt worden, die auch am 18. im Abgeordnetenhause zur Sprache kamen. Handelsminister Sydow und Minister des Innern v. Dallwitz erteilten Aufschlüsse über den vom sozialdemokratischen „alten Verband" heraufbeschworenen Streik und über die Maßregeln der Regierung. Die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten gaben der Debatte durch außerordentlich grobe Zwischenrufe einen überaus lärmenden Charakter und bezweckten mit diesem Tumult offenbar, durch den Schein übergroßer Arbeiterfreundlichkeit die dem Zusammenbruch des Streiks entgegengehenden Bergleute über den Eindruck hinüberzutäuschen, wie sehr sie durch die sozialdemokratische Streikleitung geschädigt worden sind. Der Abg. Leinert (Soz.), der am folgenden Tage sich in Verfolgung dieses Zweckes in den heftigsten Angriffen gegen Regierung, Zechenverwaltung und christliche Gewerkschaften verging, wurde wiederholt zur Ordnung gerufen. Es lag auf der Hand, daß sich das Haus derartige Vorgänge, die früher nie vorgekommen waren und bei denen die Absicht der Provokation nur allzu deutlich erkennbar war, nicht mehr lange gefallen lassen würde.

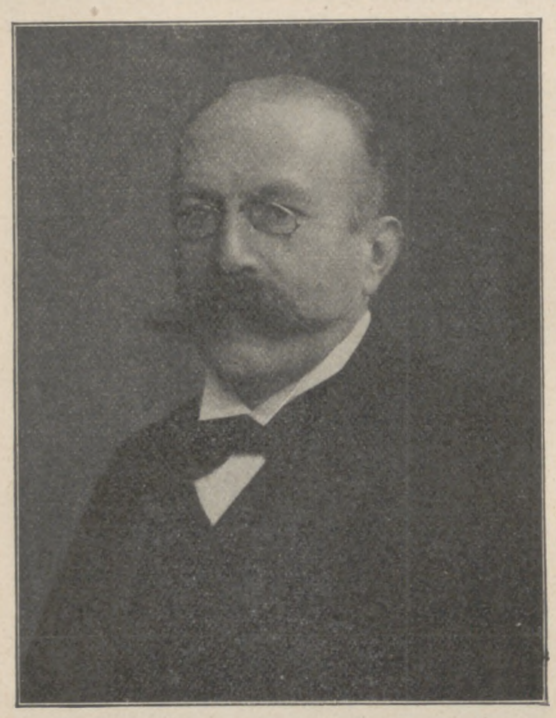
Als das Abgeordnetenhaus am 16. April seine Sitzungen fortsetzte, war noch nicht einmal der Etat durchberaten, und da schon vor Pfingsten Schluß gemacht werden sollte, so konnten nur noch die vom Herrenhause bereits beratenen und noch einige kleinere Gesetzentwürfe erledigt werden. Steuer-



(Phot. Sandau-Sellin, Berlin.)
Dr. Hermann Freiherr von Erffa-Wernburg,
Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses.

vorlage und Wassergesetz sollten dann in einer Herbstsession durchberaten werden. Für erstere empfahl sich die Verschiebung bis nach den Beschlüssen des Reichstags über die Deckungsvorlage für die Heeresforderungen. Allerdings war dazu eine Verlängerung der am 26. Mai ablaufenden bisherigen Steuernovelle nötig. Unter den erledigten Vorlagen verdienen besondere Erwähnung der Gesetzentwurf über die Besitzfestigung und über die ländliche Unfallversicherung. Wie im Reichstage zeigte sich auch im Abgeordnetenhause der gute Wille der bürgerlichen Parteien, positiv zusammenzuarbeiten, wenn auch schon hie und da eine unverkennbare Abhängigkeit der Fortschrittspartei von ihren Reichstagswahlbundesgenossen zu bemerken war. Das mußte um so mehr auffallen, als sich die Sozialdemokraten geradezu als direkte Feinde der parlamentarischen Tätigkeit erwiesen. Abg. Dr. Liebknecht gab auch am 23. April selbst zu, er halte seine Reden nicht für das Parlament, sondern für „die große Öffentlichkeit", d. h. zum Fenster hinaus. Außer der fortschrittlichen Volks-

partei waren sämtliche bürgerliche Parteien darüber einig, daß durch die Reform der Geschäftsordnung den skandalösen Mißbräuchen ein Ende gemacht werden müsse. Von einzelnen wichtigen Vorgängen während der Session ist noch zu erwähnen, daß am 25. April der Minister des Innern v. Dallwitz dem Abg. Dr. Pachnicke (fortschr.) erklärte, die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen sei nach wie vor ausgeschlossen. Das Treiben der sechs Sozialdemokraten setzte sich bis



(Hofphot. E. Bieber, Berlin.)
Adolf Wermuth,
Oberbürgermeister von Berlin.

zum Schlusse der Etatsdebatte fort, die erst am 2. Mai zu Ende kam. Am 9. Mai trat die längst befürchtete Katastrophe ein. Der Abg. Borchardt hatte sich fortwährend den Aufforderungen des Präsidenten Frhrn. v. Erffa, Zwischenrufe nur von seinem Platze aus zu machen, widersetzt, worauf er nach wiederholtem Ordnungsrufen von der Sitzung ausgeschlossen wurde. Da er sich mehrfach weigerte, den Saal zu verlassen, so erschien auf Requisition des Präsidenten ein Polizeioffizier, dem Abg. Borchardt aber auch nicht Folge leistete. Danach wurde er von Polizisten mit Gewalt aus dem Saale entfernt und zugleich auch der Abg. Leinert mit, der ihn unterstützt hatte. Die widerliche Szene wiederholte sich, weil Abg. Borchardt nochmals in den Saal zurückkehrte. In einem deutschen Parlament war ein solcher Fall noch niemals vorgekommen.

Das suchte die Sozialdemokratie auch zu ihren Gunsten auszulegen, fand aber nicht einmal in den eigenen Reihen volle Zustimmung. Einzelne fortschrittliche und selbst nationalliberale Stimmen gingen in ihrem Parteihaß gegen die Konservativen wohl bis zur Behauptung, der Präsident habe zu rasch gehandelt, aber selbst der Versuch sozialdemokratischer Zeitungen, durch sensationelle Extrablätter Teilnahme oder Aufregung in der Bevölkerung hervorzurufen, konnte nicht gegen die allgemeine gesunde Empfindung aufkommen: den beiden sei ganz recht geschehen. Erheiternd mußte die Behauptung der Sozialdemokraten wirken, der Vorgang verstoße gegen den § 7 der Reichsverfassung, der von Verhaftungen von Abgeordneten spricht. Hier handelte es sich aber gar nicht um eine Verhaftung, sondern um die Aufrechterhaltung der Geschäftsordnung eines Parlaments, wofür nur dieses zuständig ist. Sonst ist die Demokratie aller Schattierungen doch immer von der Souveränität und Unfehlbarkeit der Parlamente eingenommen, warum auf einmal in diesem Falle nicht? Übrigens lehnte am 13. das Abgeordnetenhaus den Einspruch des Abg. Borchardt gegen seine Entfernung in namentlicher Abstimmung ab gegen die Stimmen der sechs Sozialdemokraten und der zwei Dänen, während sich nur die Polen und zwei Mitglieder der Fortschrittspartei der Stimme enthielten. Der Anklageversuch der Abg. Borchardt und Leinert auf Grund des § 7 wurde vom Gericht abgelehnt, dagegen das Strafverfahren gegen beide wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt von Amts wegen eingeleitet. Die erste Strafkammer des Landesgerichtes I Berlin verurteilte am 28. September den Abg. Borchardt wegen beider Vergehen zu 100 Mark, den Abg. Leinert wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 50 Mark Geldstrafe. Am 20. Mai waren die fortschrittlichen und nationalliberalen Anträge auf Abänderung des preußischen Wahlrechtes abgelehnt worden. Die Regierung war während der Debatte nicht vertreten, und ein Antrag der Sozialdemokraten, der das Erscheinen der Minister forderte, wurde abgelehnt. Bei der dritten Lesung des Besitzfestigungsgesetzes griff Abg. Marx den Landwirtschaftsminister mit Beziehung auf dessen Vater unter lautem Beifall des Zentrums heftig an. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer entgegnete mit tiefer Erregung, daß die Berücksichtigung der Staatsnotwendigkeiten in erster Linie stehe, und in der Behauptung, die Katholiken unterlägen leichter dem polnischen Einfluß, liege keine Beleidigung für sie. Sein Vater sei aber als schlechter Katholik bezeichnet worden, weil er 1893 für die Heeresvorlage gestimmt hatte.

Nach diesem von stürmischen Szenen begleiteten peinlichen Zwischenfall vertagte sich das Abgeordnetenhaus bis zum 7. Juni, worauf nach Annahme der aus dem Herrenhause herübergekommenen Vorlagen am folgenden Tage beide Kammern vertagt wurden. — Inzwischen war der im Vorjahre geschaffene Großberliner Zweckverband in Kraft getreten und wählte am 27. Februar den bisherigen Berliner Stadtkämmerer Dr. Steiniger zum Direktor. Am 15. Mai wählte die Berliner Stadtverordnetenversammlung für den zurückgetretenen Oberbürgermeister Dr. Kirschner den früheren Staatssekretär Wermuth als Nachfolger. In der Mark Brandenburg hatten schon im Vorjahre einige Feiern zur Erinnerung an die vor 500 Jahren erfolgte Festsetzung der Hohenzollern

im Lande stattgefunden. Am 30. Mai beging die alte Kur- und Hauptstadt Brandenburg die Erinnerungsfeier an den ersten Einzug des Burggrafen Friedrich VI. am 13. Juni 1412 in die Stadt. Der Kaiser traf mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und den Ministern unter stürmischen Kundgebungen der Bevölkerung ein, nahm an der Einweihung der 1401 erbauten und jetzt erneuerten Katharinenkirche und dann an der Enthüllung des von Professor Manzel geschaffenen Brunnendenkmals teil. Hierauf betrat er das alte Rathaus und wurde im Festsaale mit Fanfaren begrüßt. Er zeichnete sich in das goldene Buch ein, nahm einen Festtrunk entgegen und betonte in einer Rede, daß das Deutsche Reich und das deutsche Kaisertum auf brandenburgischer Grundlage und auf preußischem Unterbau beruhe. Wo wäre freilich die deutsche Einigkeit, wie gäbe es ein Deutsches Reich, wenn es nicht auf der alten brandenburgischen Grundlage durch preußische Führung zu stande gekommen wäre! Die heutigen Bewohner des Deutschen Reiches lassen nur zu oft aus den Augen, daß es gerade die vielgeschmähte preußische Eigenart gewesen ist, die das große Ziel zum Besten des deutschen Vaterlandes erreichen half. Ohne sie würden die auf ihr echtes deutsches Volkstum so stolzen Süddeutschen längst französisch parlieren gelernt haben. Gerade in den letzten Wochen hatte das preußische Volk viel Unbill und Beschimpfung über sich ergehen lassen müssen. Der weit verbreiteten Gegnerschaft gegen das „Preußentum" hatte erst vor wenigen Jahren Bebel mit den Worten Ausdruck gegeben: „Wenn wir erst den preußischen Staat haben, so haben wir alles." Das hat seiner Partei manchen Preußengegner, besonders in Süddeutschland, als Mitläufer zugeführt, und alle Zugeständnisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, die Preußen den Bundesstaaten im Verlaufe der Jahre gemacht hat, haben die hergebrachten Feindseligkeiten dort nicht erstickt.

Der Gipfel dieser Preußenfeindschaft war in der Reichstagssitzung vom 17. Mai erstiegen worden, in der der vorübergehend gewesene Vizepräsident Scheidemann unter dem lebhaften Beifall seiner Fraktion die unverschämtesten Angriffe gegen Preußen richtete, den preußischen Staat mit einem Zuchthause und seine Bürger mit Soldaten zweiter Klasse verglich, sowie wiederholte Vorwürfe der Eidbrüchigkeit gegen das Hohenzollernhaus richtete. Das war freilich nur der in die sozialdemokratische Sprechweise vergröberte Extrakt der hergebrachten Angriffe der Demokratie des In- und Auslandes gegen das durch die Vorzüge seines Staates und seiner Bevölkerung mächtig gewordene Preußen, es war aber doch von wohltuender Wirkung, daß aus dem Hause ein Süddeutscher, der Nationalliberale v. Calker, den häßlichen Verunglimpfungen des sozialdemokratischen Redners entgegentrat und in begeisterten Worten ausführte, welcher tiefe Sinn dem Liede „Ich bin ein Preuße" innewohnt. Der Reichskanzler, der mit den Mitgliedern des Bundesrates während der vom Präsidenten ungehinderten Rede des Abg. Scheidemann den Saal verlassen hatte, konnte sich danach auf eine kurze, der Würde des von ihm vertretenen Staates angemessene Erklärung beschränken: „Auf die Vorgänge, die mich und die Mitglieder des Bundesrates veranlaßt haben, eine Zeitlang den Saal zu verlassen, gehe ich selbstverständlich nicht ein, nachdem von dem Präsidium ein Ordnungsruf wegen der Äußerungen gefallen ist, die der erste Herr Vorredner gebraucht hatte. Meine Herren! Ein Mann, der von seinem Lande so spricht, wie es geschehen ist, verurteilt sich selbst. (Lebhafter Beifall, Unruhe und Zurufe der Sozialdemokraten.) Ihre Zwischenrufe, meine Herren, machen mich nicht irre in meinen Gefühlen als Preuße und als guter Deutscher, der weiß, was Deutschland Preußen verdankt." (Lebhafter Beifall, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch dieser widerliche Vorgang wohl nur der Absicht der Sozialdemokraten entsprang, nach der notwendigen Zurückhaltung bei der Beratung der Wehrvorlagen vor den Augen ihrer unentwegten Genossen wieder einen neuen Trumpf auszuspielen, so war doch die Beschimpfung so arg gewesen, daß die Wirkung davon noch lange nachzittern mußte. Es gewährte darum in vielen Kreisen innere Genugtuung, daß der Kaiser in Brandenburg die Gelegenheit ergriff, das grundlegende Verhältnis des preußischen Staates zum Deutschen Reiche wieder in das rechte Licht zu setzen.

Der Landtag trat am 25. Oktober wieder zusammen. In der Zwischenzeit war der Präsident des Abgeordnetenhauses, Frhr. v. Erffa, ganz unerwartet gestorben, und die Fleischteuerungsfrage hatte sich zum allgemeinen Gesprächs- und Agitationsstoff herangebildet. Beide Ereignisse nahmen zunächst die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses in Anspruch. Zum Präsidenten wurde durch Zuruf der frühere Reichstagspräsident Graf Schwerin-Löwitz gewählt. Gegen die Teuerung und namentlich die große, keineswegs berechtigte Erhöhung der Fleischpreise hatte die Regierung zur Milderung getan, was in ihren Kräften stand. Das Haus beschäftigte sich mit den darüber eingebrachten Interpellationen zwei Sitzungen hindurch. Die unstreitig infolge des übertriebenen Teuerungsgeschreies der Presse herbeigezogenen zahlreichen Tribünenbesucher sahen sich aber in jeder Erwartung auf sensationelle Debatten enttäuscht. Selbst der Fortschrittsführer Dr. Wiemer gab zu, daß die Fleischversorgung des deutschen Volkes grundsätzlich durch die deutsche Landwirtschaft erfolgen müsse. Der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg hatte es nicht schwer, die Interpellationen zu beantworten, die Maßregeln der Regierung zu rechtfertigen und das Festhalten an der bisherigen Wirtschaftspolitik zu betonen. Besonderen Eindruck machte seine Ankündigung kräftiger Förderung der inneren Kolonisation im Interesse vermehrter Viehhaltung und Fleischerzeugung. Es ist bemerkenswert, wie lebhaft sich der Wille zur eifrigen Mitarbeit bei der Lösung dieser wichtigen Fragen auf allen Seiten des Hauses bekundete, sowie daß sich eine überwältigende Mehrheit gegen jede Zerbröckelung des bisherigen Wirtschaftssystems, wie sie in der Milieupresse empfohlen worden war, herausstellte. Zwei Tage wurden auf die polnischen Interpellationen wegen der Enteignung verwendet.

Die Polen fanden wohl die Unterstützung des Zentrums, der Fortschrittspartei, der Sozialdemokraten und Dänen, bei ihren lärmenden Demonstrationen aber nur die Beihilfe der Sozialdemokraten. Der Präsident gab ihnen den wohlmeinenden Rat, nur ein ruhiges und leidenschaftsloses Auftreten könne ihrer Sache nützen. Selbstverständlich verlief die Debatte gegenüber der Mehrheit der Konservativen und Nationalliberalen und den sachlichen Ausführungen der Minister Frhr. v. Schorlemer und v. Dallwitz ohne Ergebnis. Im übrigen nahm das Haus das Sparkassengesetz in allen drei Lesungen an und beendete die zweite Lesung des Wassergesetzes.

Ein fast tragikomisches Ereignis brachte die Sitzung vom 4. Dezember. Die Mehrheit des Hauses beschloß nämlich, den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister auf Grund der Verfassung vor das Haus zu zitieren. Der Anlaß war kaum würdig einer so großen Aktion. Das Abgeordnetenhaus wünscht schon lange einen Garten, wie ihn das Herrenhaus besitzt. Nun hatte die Militärverwaltung über ein diesen Zweck ermöglichendes, an das Abgeordnetenhaus anstoßendes Grundstück Umtauschverhandlungen angeknüpft, die den Plan vereitelt hätten. Deswegen hatte Abg. v. Kröcher einen Antrag auf Berücksichtigung der Wünsche des Hauses gestellt. In der Debatte darüber erhitzte man sich, es kam zu scharfen Auseinandersetzungen, und schließlich beschloß das Haus, die Beratung zu vertagen und für die weitere Verhandlung die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers zu verlangen. Was ersteren betrifft, so war der Beschluß verfassungswidrig, denn in Preußen ist der Ministerpräsident nicht verantwortlich für die Handlungen der einzelnen Minister. Herr v. Bethmann Hollweg nahm auch nicht an der zweiten Verhandlung teil, die übrigens viel weniger hitzig verlief als die erste. Dazu mag wohl die Befremdung mitgewirkt haben, die in weiten Kreisen darüber herrschte, daß das Abgeordnetenhaus in seiner rein privaten Angelegenheit zu einer politischen Maßregel gegriffen hatte, die man in nicht konfliktslüsterner Zeit höchstens bei wichtigen Staatsfragen anwenden würde.

Der am Jahresende veröffentlichte Überblick über den preußischen Etat für 1913 wies in Einnahme und Ausgabe 4.595,933.827 Mark aus. Aus Anlaß der Fleischteuerung sind 1,450.000 Mark eingestellt, für den gleichen Zweck ist eine Anleihe von 25 Millionen in Aussicht genommen, außerdem 291 Millionen für Bahnen.

Aus den Bundesstaaten.

Auf dem Gebiete des deutschen Eisenbahnwesens ist die Durchführung des elektrischen Bahnbetriebes auf der preußischen Staatsbahn von Magdeburg nach Leipzig und Halle zu erwähnen. Es ist der größte elektrische Fernbahnbetrieb auf der Welt. Nachdem der Versuchsbetrieb auf der Strecke Dessau—Bitterfeld günstige Resultate ergeben hatte, wurden die Arbeiten für die Elektrisierung der ganzen Strecke vergeben und waren am Jahresschluß nahezu vollendet. Der Betrieb erfolgt mit elektrischen Lokomotiven. Als nächste Strecke ist eine Gebirgsbahn: Dittersbach—Königszelt in Aussicht genommen. Über die Vereinheitlichung der Dienstzeiten des Eisenbahnpersonals aller deutschen Eisenbahnen von Neujahr 1913 ab ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden. Zwischen den Staatseisenbahnverwaltungen der drei süddeutschen Staaten ist ein neues Übereinkommen über die gemeinschaftliche Besorgung des Fahrdienstes getroffen worden. Der Gedanke eines allgemeinen Reichseisenbahnverbandes hat keine Förderung erfahren. Preußen hat kein Interesse mehr daran, und in der bayrischen zweiten Kammer erklärten sich am 13. September außer den Liberalen alle Parteien und der Verkehrsminister v. Seidlein dagegen.

Das Schiffahrtsgesetz ist am 1. Mai für das Gebiet der Weser in Kraft getreten. Für die anderen Flußgebiete sind Verhandlungen mit Österreich und den Niederlanden nötig. Der holländischen Regierung ist das Schiffahrtsgesetz mit dem Ersuchen um Gegenäußerung mitgeteilt worden. Bei hartnäckigem Widerstand von dieser Seite dürfte die preußische Regierung mit dem auch sonst gewünschten Baue eines Schiffahrtskanals von Wesel nach Emden vorgehen.

Der preußisch-süddeutsche Lotterievertrag ist mit einigen Schwierigkeiten zu stande gekommen. Württemberg und Baden hatten schon im vorigen Jahre zugestimmt, die bayrische zweite Kammer aber sowohl im Finanzausschuß wie im Plenum mit für Preußen wenig liebenswürdigen Begründungen abgelehnt. Die Kammer der Reichsräte genehmigte aber den Vertrag am 9. September mit allen gegen drei Stimmen. Da der Plan einer eigenen Landeslotterie nicht die gewünschte Sicherheit bot und weil ohne den von Preußen auf fünf Jahre garantierten Anteil von 2,115.000 Mark das Defizit drohte, nahm die zweite Kammer am 26. den Vertrag auch an. Bei etwas weniger partikularischer Verranntheit hätte sie sich die mit dem Vorgang unleugbar verknüpfte Bloßstellung ersparen können. Nun bestehen nur noch Sonderlotterien in Sachsen und in Hamburg.

Bayern. Das bayrische Königshaus hat im verflossenen Jahre schwere Heimsuchungen erlitten. Das Befinden des Königs Otto ist stationär geblieben, aber am 12. Dezember hat Prinzregent Luitpold sein reich gesegnetes Dasein beschlossen, tiefbetrauert weit über die bayrische Landesgrenze hinaus. Wohl hatte sich schon Anfang Februar das Gerücht verbreitet, er denke an seinen Rücktritt; aber wer das glaubte, kannte nicht die Stärke seines Pflichtgefühles. Sein Geburtstag am 12. März war nicht nur für sein Land ein Feiertag, ganz Deutschland nahm daran herzlichen Anteil. Er stiftete u. a. aus der Luitpold-Jubiläumsspende 80.000 Mark für die Jugendfürsorge. Aus Anlaß des Stapellaufes des seinen Namen tragenden Linienschiffes verlieh er allen in Bayern geborenen Angehörigen der deutschen Flotte die Prinzregent Luitpold-Medaille. Am 14. September ordnete er die Aufstellung einer Marmorbüste Richard Wagners in der Walhalle an. Im übrigen widmete er sich mit gewohnter Pflichttreue den Regierungsgeschäften.

Am 23. verschieden in Madrid die Infantin Maria Theresia, Gemahlin des Prinzen Ferdinand von Bayern und Infanten von Spanien, und in München Herzog Franz Josef in Bayern, der Bruder der Königin von Belgien. Seine ältere Schwester Marie Gabriele, Gemahlin des Prinzen Rupprecht, des Enkels des Prinzregenten, starb am 24. Oktober in Sorrent, wo sie vergeblich Erholung gesucht hatte. Sie wurde am 31. in München beigesetzt, wobei Prinz Ludwig den Prinzregenten, Prinz Eitel Friedrich den Kaiser Wilhelm, Erzherzog Franz Salvator den Kaiser Franz Josef vertrat. Prinzregent Luitpold errichtete zu ihrem Andenken eine Prinzessin Rupprecht-Stiftung für Säuglingsfürsorge. Er kehrte noch Anfang November von Berchtesgaden nach München zurück, die Beschwerden des Alters hatten ihn wohl genötigt, sich mehr Schonung aufzuerlegen, doch war er geistig noch ungemein frisch. An sein nahes Ende dachte niemand und Prinz Ludwig hatte sich wie alljährlich in der ersten Dezemberwoche zur Jagd nach Ungarn begeben. Eine leichte Lungenentzündung, zu der sich bald Herzschwäche gesellte, brachte am 12. in kurzer Zeit dem Dasein des fast 92 Jahre alten Recken ein Ende, bevor noch der in Eile zurückberufene Prinz Ludwig die Heimat erreichen konnte. Die Todesnachricht kam überall überraschend und erweckte tiefe Gefühle wahrer Trauer. Mit dem Prinzregenten hatte Bayern seinen vom Volke gleich einem Vater verehrten Herrscher, das Deutsche Reich einen seiner volkstümlichsten und verehrtesten Bundesfürsten verloren. Prinzregent Luitpold war der älteste lebende Regent.

Es verstand sich, über alle Etikette- und Rangverhältnisse hinaus, von selbst, daß Kaiser Wilhelm persönlich bei der Beisetzung anwesend sein werde. Die Trauer in Deutschland war so tief und allgemein, daß nur er, kein Geringerer, sie vertreten konnte, und er hatte auch einen der treuesten Freunde verloren. Die Beisetzung fand am 19. statt. Kaiser Wilhelm traf vormittags gegen 11 Uhr in München ein, wurde vom nunmehrigen Prinzregenten Ludwig persönlich empfangen und auf dem Wege zur Residenz von der trauernden Bevölkerung mit stiller Ehrfurcht begrüßt. Aus ganz Bayern, namentlich aus den Bergen, waren Tausende über Tausende gekommen nach der in reichen, düsteren Trauerschmuck gekleideten Hauptstadt. Fast alle deutschen Bundesfürsten waren eingetroffen, ebenso König Albert von Belgien, ferner als Vertreter ihrer Monarchen Erzherzog Franz Ferdinand, Großfürst Boris, der Herzog von Genua und der Infant Don Carlos, dazu unzählige Abgesandte und Vertreter, darunter der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mit Vertretern des Bundesrates und des Reichstages. Es war eine Beisetzungsfeier von ungewöhnlich großer Teilnahme und tiefer Empfindung, und als der Sarg in die Gruft der St. Kajetans-Kirche zur letzten Rast getragen wurde, waren alle die Tausende aus allen Ständen tief ergriffen eines Sinnes: Hier hat ein reiches und wohlausgefülltes Leben, eine gesegnete Herrscherlaufbahn und ein schlichtes deutsches Heldenleben seinen Abschluß gefunden.

Nachfolger wurde sein bereits 68jähriger Sohn Prinz Ludwig, der der Öffentlichkeit längst wohlbekannt war. Darum verstand es sich von selbst, daß er genau die Bahnen seines Vaters wandeln werde. Das in den Verhältnissen begründete Abschiedsgesuch des Ministeriums lehnte er ab, und schon der mehrfache Depeschenwechsel mit dem Kaiser Wilhelm infolge der Ereignisse ergab die unverändert treue Haltung Bayerns zu Kaiser und Reich. Dies zu betonen ist nötig, denn die schiefe Auslegung einzelner Vorgänge in der Vergangenheit hatte unbegründete gegenteilige Vermutungen erregt. Der neue Herrscher Bayerns wird die Bevölkerung seines Landes, bei aller Wahrung ihrer Eigenart, dem Reiche innig anschließen. Das Schimpfen über Preußen in Bayern ist überhaupt nur eine hergebrachte üble Gewohnheit, die von gewissen Kreisen noch gefördert wird, damit alle Unzufriedenheit sich gegen Preußen entlade und die heimischen Zustände verschone. Im Hause Wittelsbach denkt man darüber ganz anders, findet die Sicherheit von Krone und Land im Reiche vollkommen gewährleistet und ist darum bereit, die entsprechenden Pflichten gegen Kaiser und Reich auf sich zu nehmen. Dabei ist Prinzregent Ludwig vor allem Bayer, aber ein in jeder Beziehung moderner Mensch, namentlich für alle Angelegenheiten der Reichsverteidigung und alle Fragen nationalwirtschaftlicher Art tätig und auf dem Gebiete des Ackerbaues eine anerkannte Autorität. Zum Unterschied von seinem Vater ist er vollkommen des Wortes mächtig und scheut sich ebenso wenig wie Kaiser Wilhelm, seinen oft sehr bestimmten Ansichten Ausdruck zu verleihen. Vermählt mit der Erzherzogin Maria Theresia gleicht er auch als musterhaftes Familienoberhaupt dem Kaiser, übertrifft ihn aber in einer Beziehung, denn er besitzt drei Söhne und sechs Töchter. Obgleich ebenso kirchlich gesinnt wie sein Vater, ist doch von ihm ebenso wenig ein klerikales Regiment zu befürchten, dazu ist er zu selbständig, und im übrigen gilt sein Wort, das er dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf dessen Beileidsdepesche antwortete: „Das Beispiel meines Vaters in seiner Stellung zu Kaiser und Reich wird mir ein leuchtendes Beispiel sein.“

Verfassungsmäßig waren beide Kammern für den 21. Dezember zur Teilnahme an der Ablegung des Regentschaftseides einberufen worden. Die feierliche Staatshandlung ging im Thronsaale der Residenz in Gegenwart der königlichen Prinzen, des Ministeriums, der Mitglieder beider Kammern (auch der Sozialdemokraten), der obersten Hofchargen und Abordnungen der Militär- und Zivilbehörden und der Geistlichkeit vor sich. Nach Verlesung der Eidesformel erklärte der Prinzregent unter Erhebung der rechten Hand: „Ich schwöre!“ Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch des Grafen Fugger auf den Prinzregenten schloß die Feier. Schon Anfang Oktober war das Gerücht aufgetaucht, nach dem Ableben des Prinzregenten Luitpold solle eine Verfassungsänderung in dem Sinne vorgenommen werden, daß Prinz Ludwig sogleich König werden sollte. Es erfolgte damals ein Dementi, aber jetzt wurde der Gegenstand dringlich. Prinz-

regent Ludwig hatte seine Zustimmung von der einmütigen Annahme in beiden Kammern abhängig gemacht. Da diese Einstimmigkeit — wie es heißt infolge ungeschickten Vorgehens des Ministeriums — nicht zu erreichen war, erklärte der Prinzregent am 22. in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten seinen bestimmten Wunsch, daß von irgend welchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentschaft abgesehen werde. Die bisher bestandene Geheimkanzlei wurde aufgehoben, und ähnlich wie in Preußen wurden die militärischen Angelegenheiten der Generaladjutantur, die übrigen Angelegenheiten dem Zivilkabinett übertragen. Zur Charakterisierung des Prinzregenten seien noch folgende Sätze aus seiner Rede vom 20. Oktober bei der Einweihung des Refektoriums im Kapuzinerkloster Altötting erwähnt: „Wir leben in einem paritätischen Lande. Damit ich nicht wieder mißverstanden werde, wie mir dies schon manchmal passiert ist: es ist eine selbstverständliche Sache, daß ich katholisch bin. Das bin ich durch die Taufe und auch aus Überzeugung... In Bayern erfreuen sich alle Konfessionen der denkbar größten Freiheit, und es wäre denn doch merkwürdig, wenn ein Mitglied des königlichen Hauses nicht dieselbe Freiheit hätte wie jeder Untertan. Das lasse ich mir nicht nehmen.... Ich wünsche, daß der Friede der Konfessionen gewahrt bleibt, und daß keine von ihnen Berechtigung zur Klage habe."

Das innere politische Jahr wurde von dem Ausfall der Landtagswahlen am 5. Februar beherrscht. Sie fanden infolge der Auflösung der vorigen zweiten Kammer statt, in der die Mehrheit des Zentrums das Ministerium Podewils schikaniert hatte. Infolge dieser Sachlage waren die Liberalen gemeinsam mit den Sozialdemokraten vorgegangen. Die Wahl brachte dem Zentrum erhebliche Verluste, aber es behielt eine ausreichende Majorität. Von den 163 Kammersitzen hatte es 87 behauptet und nur 11 verloren. Die Konservativen und der Bund der Landwirte, die sich gegen das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten erklärt hatten, waren von 17 Mandaten auf 7 zurückgegangen, aber auch am erbittertsten bekämpft worden. Die Liberalen eroberten 12, die Sozialdemokraten 9 Sitze. Noch während der Wahl hatte das Ministerium Podewils seine Entlassung gegeben, wie es heißt, wegen innerer Unstimmigkeiten. Am 9. wurde die Entlassung angenommen und der bekannte Zentrumsführer Frhr. v. Hertling mit der Kabinettsbildung betraut. Graf Podewils wurde besonders gnädig entlassen. Die Berufung eines Zentrumsführers wurde von der liberalen Presse innerhalb wie außerhalb des Landes mit großem Gezeter aufgenommen. Nachdem die Landtagswahlen abermals ergeben hatten, daß die neue Wahlordnung auf Jahrzehnte hinaus eine Zentrumsmehrheit sichert, könnte es doch gerade den Liberalen nur recht sein, wenn die regierende Partei, und nicht ein neutrales Ministerium, auch die Verantwortung trägt. Unbefangenen Leuten erscheint das billig, und es konnte sich nur darum handeln, ob die richtigen Persönlichkeiten gewählt worden sind. Der neue Landtag wurde am 27. Februar vom Prinzregenten Luitpold mit einer Thronrede eröffnet, die u. a. Gesetzentwürfe über den Lotterievertrag, die Reichsversicherungsordnung, die Kirchenordnung, die Heimat- und Armengesetzgebung ankündigte und die Förderung der Lokalbahnen, der Industrie und Landwirtschaft versprach. Bei der Einbringung des vom früheren Ministerium übernommenen Etats wies Finanzminister v. Breuning auf die günstige Einwirkung der Reichsfinanzreform hin. Am 5. März erklärte Frhr. v. Hertling, das Ministerium sei kein parlamentarisches, das Programm der Regierung sei ein Programm des Friedens, werde aber gegen Bestrebungen auf Erschütterung der staatlichen Ordnung auf das schärfste vorgehen. Die Verhandlungen zogen sich mit der üblichen Weitschweifigkeit hin und zeigten häufig genug von der durch den Wahlkampf gesteigerten Feindschaft der Parteien.

Am 11. Mai beschäftigte man sich mit den neu erschlossenen und viel versprechenden Eisenerzlagern in den Verwerfungsspalten des fränkischen Jura zwischen Nürnberg, Bamberg, Bayreuth und Amberg. Das Zentrum wünscht die Ausbeutung durch den Staat. Die Etatsberatung kam am 29. zu Ende. Bei dieser Gelegenheit betonte der Ministerpräsident der von liberaler Seite vertretenen Auffassung: Beamten könnten aus praktischen Gründen auch sozialdemokratisch wählen — gegenüber, der Staat müsse das Recht haben, alle diejenigen vom Staatsdienste auszuschließen, die offen für die Sozialdemokratie auftreten. Er verwahrte sich auch wiederholt gegen die ihm von liberaler Seite zugeschriebene Dreibundgegnerschaft. Ein besonderes Streitobjekt bildete der bereits früher erwähnte, angeblich vom früheren Kultusminister v. Wehner übernommene Jesuitenerlaß, von dem Prinzregent Luitpold vorher nichts gewußt hat, und der, nicht bloß nach liberaler Ansicht, gegenüber den reichsgesetzlichen Bestimmungen eine Begünstigung der Jesuiten bedeutet. Die Angelegenheit erregte selbst außerhalb des Landes großes Aufsehen und kam am 16. April auch in der Kammer der Reichsräte durch den Grafen Törring, den Schwager des Prinzen Rupprecht, zur Sprache. Der Minister des Innern Frhr. v. Soden, der wieder betonte, das Ministerium seine keine Parteiregierung, erklärte, daß der Jesuitenerlaß auf einem einmütigen Beschlusse des Ministeriums (Justizminister v. Thelemann und Kriegsminister Frhr. v. Kreß sind Protestanten) beruhe. Gleichlautend äußerte sich Frhr. v. Hertling am folgenden Tage in der zweiten Kammer. Liberale und Sozialdemokraten brachten die Angelegenheit am 25. wieder vor, und es kam zu einem ungeheuren Lärm, als der Sozialdemokrat Timm von einer Schleichpolitik der Regierung sprach. Der Ministerpräsident stellte weitere Mitteilungen nach der Verhandlung des Reichstags über den Gegenstand in Aussicht. Er gab sie am 1. Mai und fügte hinzu, er habe den Bundesrat um eine authentische Erklärung des Begriffes „Ordenstätigkeit" ersucht. Am Schlusse gab es wieder erregte Auftritte, weil die Linke Vertagung verlangte und sie auch durch unausgesetzten Lärm erreichte. Die Debatte ging am nächsten Tage ohne Resultat zu Ende. Das weitere

Schicksal des Jesuitenerlasses ist schon an anderer Stelle erwähnt worden. Am 17. Mai teilte Justizminister v. Thelemann mit, nach Verhandlungen mit der Kurie habe das motu proprio für Bayern keine Geltung.

Am 26. und 28. Juni kam es wegen Nichtbestätigung sozialdemokratischer Gemeindebeamten zu wüsten Schimpfereien und Lärmszenen gegen den Minister des Innern, der aber vier Wochen danach in einer Kommission des Landtags erklärte, die Regierung befinde sich mit der Nichtbestätigung in erfreulicher Übereinstimmung mit der preußischen Regierung. Bei der Beratung des Militäretats Ende August trat große patriotische Wärme zu Tage, selbst Abg. v. Vollmar meinte, wenn es den Sozialdemokraten (!) nicht gelänge, den Krieg aufzuhalten, würden sie die besten Verteidiger das Vaterlandes sein. Als aber der Kriegsminister Frhr. Kreß v. Kressenstein nachdrücklichst erklärte, er werde die heeresfeindliche Sozialdemokratie von der Armee fernhalten, entstand der übliche Radau. Am 3. September interpellierten die Sozialdemokraten auch wegen der Fleischteuerung. Minister v. Soden betonte das Festhalten an der bisherigen Zollpolitik, die an der Teuerung nicht schuld sei. Am 6. September wurde der Abänderungsentwurf der Heimat- und Armengesetzgebung mit großer Mehrheit angenommen, wodurch der Unterstützungswohnsitz eingeführt wird. Für die Mainkanalisierung von Hanau bis Aschaffenburg wurden als erste Rate drei Millionen bewilligt. In der Reichsratskammer erfolgte die Annahme einstimmig, nachdem am 28. Oktober Prinz Ludwig dafür sowie für weitere Kanalbauten energisch eingetreten war. An demselben Tage genehmigte die zweite Kammer das Gesetz über den Kriegszustand, das für Bayern die gleichen Verhältnisse wie im Reiche schafft, mit allen außer den sozialdemokratischen Stimmen. Am 29. wurde das Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung auch in der ersten Kammer endgültig erledigt. Man kann nicht umhin, das Gesamtergebnis der Kammerverhandlungen als sehr reichhaltig zu erklären. Freilich, etwas mehr Geschwindigkeit und weniger Lärm wäre noch besser gewesen. — Noch einige Kleinigkeiten seien hier angefügt. Ende Dezember erhob sich ein ungeheures Konkurrenzgeschrei der Blätter über die Absicht des Ministeriums, eine „Bayrische Staatszeitung" zu gründen. Warum soll denn Bayern nicht auch haben, was selbst kleinere Staaten schon längst besitzen? — Ein echtes süddeutsches Demokratenstückchen ereignete sich am 28. August bei der Einweihung des Münchener liberalen Parteiheimes: Auf Veranlassung des Professors Quidde wurden die Bilder des Kaisers, Bismarcks und Moltkes entfernt, die vorher mit Zustimmung des Genannten angeschafft worden waren! —

Sachsen. Das Land leidet, wahrscheinlich noch auf lange Zeit, unter den verfahrenen Parteiverhältnissen, die von dem Bruche der Nationalliberalen mit den Konservativen datieren. Wiederanknüpfungsversuche sind ohne Erfolg geblieben, wobei jede Partei der anderen die Schuld zuschiebt. Obgleich dieser Streit nur den Sozialdemokraten zu gute kommen muß, haben diese doch bei der Reichstagswahl nicht wieder den gleichen Erfolg erzielt wie 1903. Damals waren ihnen alle Wahlkreise bis auf einen zugefallen, diesmal brachten sie es bloß auf 19, und vier blieben den bürgerlichen Parteien erhalten. Den Kammern war noch ein Entwurf zur Neuordnung des Kirchen- und Schulsteuerwesens zugegangen, ihr Hauptberatungsgegenstand war aber das Volksschulgesetz, für das bei der Vertagung der Session am 23. Mai die Aussichten sehr ungünstig standen. Am 11. März hatte Kronprinz Georg nach Ablegung des Abiturientenexamens eine Reise nach Triest, Korfu, Griechenland, Montenegro und Dalmatien angetreten, von der er am 23. Mai zurückkehrte. In Leipzig war am 1. Mai die westliche (preußische) Hälfte des Hauptbahnhofes eröffnet und am 13. der Schlußstein zum Völkerschlachtdenkmal gelegt worden. König Friedrich August betätigte seine Herrscherpflichten wieder durch ausgedehnte Reisen im Lande und war u. a. am 15. März bei der Einweihung des Lehrerseminars in Zwickau, am 1. Mai bei der Eröffnung der großen Kunstausstellung, am 11. Oktober beim Festakt zur 50jährigen Feier der Gewerbekammer in Dresden, am 28. bei der Weihe des renovierten Domes und der Enthüllung des König Albert-Denkmals in Meissen und am 5. Dezember beim Festakt zur 50jährigen Feier der Handelskammern in Dresden anwesend. Am 26. Juli starb der Vorsitzende des Staatsministeriums, Justizminister Dr. v. Otto. Er war ein hervorragender Jurist und hatte sich um die Organisation und Vereinfachung des Justizwesens große Verdienste erworben. Sein Nachfolger wurde Reichsanwalt Dr. Nagel, der Vorsitz ging auf das älteste Mitglied des Ministeriums, den Kriegsminister Frhrn. v. Hausen über. Der Landtag trat am 11. November wieder zusammen und tagte bis zum 19. Dezember. Die Volksschulreform kam nicht zu stande, weil die erste Kammer gegenüber den von der liberal-sozialdemokratischen Mehrheit der zweiten Kammer gefaßten weitgehenden Beschlüssen in der Hauptsache die Regierungsvorlage wieder hergestellt hatte. Die zweite Kammer hatte u. a. konfessionslosen Religionsunterricht, Abschaffung des Schulgeldes, Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht 2c. verlangt. Da die Parteien sich vor der Öffentlichkeit zu fest auf ihren Standpunkt verbissen hatten, blieb das Vereinigungsverfahren ohne Erfolg. In der Thronrede beim Schlusse des Landtags am 20. sprach auch der König sein Bedauern über das Scheitern des Gesetzes aus. Von den verabschiedeten Gesetzentwürfen verdienen Erwähnung das Gemeindesteuer-, Kirchensteuer- und Schulsteuergesetz.

Württemberg. Am 11. April starb die Herzogin Vera Konstantinowna, Großfürstin von Rußland und Witwe des 1877 verstorbenen Herzog Eugen von Württemberg. — Die zweite Kammer nahm am 16. April ihre Sitzungen wieder auf und beschäftigte sich in der Hauptsache mit der von der Regierung vorgeschlagenen Vereinfachung der Staatsverwaltung. Der Finanzausschuß hatte die Verminderung der Oberamtsbezirke abgelehnt, was in dem historischen Lande der „Schreiber" nicht zu verwundern ist. Mitte Juni wurden die Bera-

lungen zum Abschluß gebracht. Die von der Regierung angestrebte Ersparung von 2,578.000 Mark wurde um 378.000 Mark verringert, weil die 64 Oberämter sämtlich bestehen bleiben. Der am 19. Mai vom Sozialdemokraten Keil gestellte Antrag auf Aufhebung der Gesandtschaften an den deutschen Häfen wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, dagegen wurde die Aufhebung der tierärztlichen Hochschule in Stuttgart beschlossen. Ein Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung wurde angenommen und am 28. Juni der Landtag bis zum Oktober vertagt, wo die offizielle Schließung vor der Neuwahl erfolgte. Der Reichstagswahlerfolg hatte die Sozialdemokraten im Lande ziemlich dreist gemacht. So versuchten am 15. Mai einige tausend Genossen wegen der polizeilichen Entfernung der Abgeordneten Borchardt und Leinert aus dem Abgeordnetenhause in Berlin vor der preußischen Gesandtschaft in Stuttgart eine Demonstration, wurden aber von der Polizei verjagt, und die Stadtvertretung ließ ihr Bedauern über den Vorgang aussprechen. Auch sonst vermochten die Sozialdemokraten nur wenig Sympathie zu erringen, woran häßliche Parteivorgänge (z. B. in Göppingen) schuld waren. Unter diesen Verhältnissen war für die Landtagswahl von einem „liberalen Großblock" wie in Baden keine Rede. Nach einer Fleischteuerungsdebatte am 4. Oktober wurde der Landtag am folgenden Tage geschlossen, wobei die Sozialdemokraten wieder nicht vor dem Hoch auf den König ausrissen, was die üblichen tiefsinnigen Betrachtungen in den Blättern aller Parteien zur Folge hatte. Als ob die ungehörige Demonstration eine andere wäre, wenn die Sozialdemokraten nicht einmal für nötig halten, davonzulaufen! — Bei den Landtagswahlen gingen die Nationalliberalen nicht wie früher mit den Konservativen, sondern mit der Volkspartei zusammen, was eine Annäherung des Zentrums und des Bauernbundes an die Konservativen zur Folge hatte. Das etwas verwickelte und von dem anderer Länder abweichende Wahlverfahren ergab den Sturz der bisherigen volksparteilich-sozialdemokratischen Mehrheit, indem die Rechte (Bund der Landwirte 20, Zentrum 26) ebenso viele Sitze wie die Linke (Volkspartei 19, Sozialdemokraten 17, Nationalliberale 10) besaßen. Die Volkspartei, die jedes Zusammengehen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie vereitelt hatte, verlor vier, die Nationalliberalen zwei Mandate, Zentrum und Sozialdemokratie eroberten je einen Sitz, den Haupterfolg hatten der Bund der Landwirte und die Konservativen. Am 21. Dezember trat der Minister des Innern Dr. v. Pischek zurück, wie liberale Zeitungen zu verbreiten suchten, infolge des Wahlausfalles; er ist 70 Jahre alt. Sein Nachfolger wurde der bisherige Kultusminister Dr. v. Fleischhauer, an dessen Stelle der Präsident des evangelischen Konsistoriums Dr. Habermaas trat.

Baden. Es wird niemand behaupten wollen, daß die Kraft der Nationalliberalen unter dem Großblock gewachsen ist, auch die Großblockminister können ein Liedlein singen über diese Entwicklung und werden manches politische Experiment nicht wiederholen. Trotz des noch taufrischen Reichstagswahlergebnisses hielt Ministerpräsident Freiherr v. Dusch am 30. Januar bei der Finanzdebatte in der zweiten Kammer eine scharfe Abrechnung mit den Sozialdemokraten. Er habe jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit ihnen fallen lassen; wegen ihres Verhaltens in nationalen Fragen sei auch ein Zusammengehen anderer Parteien mit ihnen nicht mehr möglich. Wenn die Sozialdemokratie den Ministern empfehle, dem Monarchen einen modus vivendi mit ihr anzuraten, so liege darin geradezu eine Beleidigung der Regierung. Der vielgenannte Minister des Innern Frhr. v. Bodmann erklärte sich am anderen Tage vollständig damit einverstanden und führte aus, mit seiner viel mißdeuteten Äußerung über die „großartige Bewegung" habe er die Arbeiterbewegung und nicht die Sozialdemokratie gemeint. Die Sozialdemokraten blieben infolgedessen dem üblichen Bierabend beim Ministerpräsidenten fern. Bei der Abstimmung über das Kultusbudget stimmten die Nationalliberalen mit der Rechten, aber der Antrag, die Gesandtschaft in München zu streichen, wurde mit allen Stimmen des Großblocks angenommen; dieser lehnte u. a. auch die für die Ausbildung von Vorturnern des badischen (20.) Turnkreises im Budget eingestellten Mittel ab, weil Kultusminister Dr. Böhm Lehrern verboten hatte, in sozialdemokratischen Vereinen den Gesang zu dirigieren. Am 13. Juli stimmten die Sozialdemokraten, im Gegensatz zu früheren Jahren, gegen das Budget, was den beiden anderen Blockparteien sehr unangenehm war. Während der Landtagspause geriet die Presse der drei Großblockparteien untereinander in heftiges Zanken über diese Vorgänge, was übrigens der seit dem Vorjahre im stillen arbeitenden reichsparteilichen Richtung zu gute kam. — Am 20. Oktober fand in Badenweiler die Enthüllung des von Professor Möst geschaffenen Standbildes des Großherzogs Friedrich I. statt. In der Herbstsession nahm die erste Kammer am 19. und die zweite am 20. Oktober den Gesetzentwurf über die Murgtalsperre einstimmig an, die zur Errichtung eines großen Kraftwerkes dienen soll. Nach einigen Interpellationen über Fleischnot und ähnliches wurde der Landtag ohne Thronrede und ohne den sonst üblichen Dank des Landesherrn am 21. geschlossen. Die amtliche „Karlsruher Zeitung" erklärte den ungewöhnlichen Vorgang mit „Zweckmäßigkeitsgründen". Die liberale Presse war einigermaßen verdutzt und meinte, das werde der Sozialdemokratie von Nutzen sein. Es kann aber auch anders kommen, wenn erst offenkundiger wird, daß man den Großblock herzlich satt hat. Die vom Block gestrichenen Gesandtschaftsposten blieben übrigens bestehen, weil der Großherzog die Kosten dafür vorläufig selbst übernommen hat. Einen bemerkenswerten Erfolg erzielte die Regierung mit dem sogenannten Generalpardon für Steuerhinterziehungen, der aber nur für diejenigen gilt, die jetzt freiwillig die bisher nicht genügende Einbekennung ihres Vermögens und Einkommens selbst anzeigen. Es gab ganz überraschende Neuanmeldungen. Aufsehen erregte das ministerielle Verbot von Jesuitenvorträgen, das über die neuen Bestimmungen des Bundesrates hinausging.

Elsaß-Lothringen. Die bedenklichen Vorgänge in der zweiten Kammer haben bereits vielfach Äußerungen hervorgerufen, daß die Verleihung der Verfassung verfehlt oder mindestens verfrüht sei. Man soll aber auch in diesem Falle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, am wenigsten sollte die Milieupresse hinterher klüger tun wollen, als sie vorher gewesen ist, denn sie hat seinerzeit die Warnungen von konservativer Seite lächerlich gemacht. Tatsächlich haben sich die großen Erwartungen, die die Anhänger der Verfassungsverleihung auf diese gesetzt hatten: Stärkung des nationalen Bewußtseins der Bevölkerung, politische Erziehung der Wählerschaft 2c. nicht nur nicht erfüllt, sondern sind in vielen Punkten in das direkte Gegenteil verkehrt worden. Die Beschlüsse auf Streichung des kaiserlichen Gnadenfonds, auf Herabminderung der Repräsentationsgelder des Statthalters und die Ablehnung der sogenannten Kaiserjagd bei Oberhaslach sind weder ein Beweis von politischer Einsicht, noch sind sie frei von einer gewissen französelnden Absicht. Wie weit dies bloß auf die üblichen Kinderkrankheiten des noch sehr jungen Parlamentarismus der Reichslande hinausläuft, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Trotz allem braucht man die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß die Bevölkerung schließlich doch zu der Erkenntnis kommt, daß die in der neuen Verfassung ruhenden Zukunftswerte dem Lande erst dann zufallen können, wenn die zweite Kammer und die bürgerlichen Parteien das französelnde Gebaren und die demokratische Selbstüberschätzung vollständig abgelegt haben. Sie sind schon ernsthaft gewarnt worden. Der Kaiser hat es selbst getan und damit auch im Reiche die Befürchtung behoben, als könne in den Reichslanden mit einer verfehlten Methode auf unbestimmte Zeit fortgewurstelt werden. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sagte u. a. am 17. Mai im Reichstag: „In seiner ganzen Vergangenheit hat sich das Reichsland keiner Selbständigkeit zu erfreuen gehabt, wie die ist, die ihm jetzt gegeben ist.... Meine Herren, niemand kann die Augen davor schließen, daß deutschfeindliche Bestrebungen im Lande vorhanden sind, welche aus dem Lande ein der Verbindung mit dem Reiche widerstreitendes Grenzland machen möchten. Gegen diese Bestrebungen muß alles, was deutsch ist, zusammenstehen. Dann werden sie überwunden werden. (Sehr richtig.) Das, meine Herren, und die Sorge für die Zukunft des Reichslandes ist Kern und Inhalt der ernsten Mahnungen des Kaisers gewesen..... Elsaß-Lothringen ist ein Land, das zu uns gehört wie jeder andere Teil des deutschen Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo.) Sollten — ich glaube es nicht — Treibereien die Oberhand gewinnen, welche diese Tatsache auch nur entfernt in Zweifel ziehen könnten, dann allerdings würde es Pflicht des Bundesrates und des Reichstags sein, nach Mitteln auszuschauen, um diese Treibereien zu schanden zu machen. Und das bin ich gewiß, diese Pflicht würde dann erfüllt werden, denn es wäre eine Pflicht der deutschen Ehre." (Anhaltender lebhafter Beifall, Zischen der Sozialdemokraten.) Hoffentlich werden künftig in den Reichslanden diese ernsten Mahnungen von maßgebender Seite beachtet.

Hessen. Infolge der reichen Erträge der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft hat sich die Finanzlage entschieden gebessert. Finanzminister Braun gab hierüber am 23. Februar in dem tags vorher zusammengetretenen neugewählten Landtage erfreuliche Aufschlüsse. Auch die Reichsfinanzreform hätte, wenn auch der ursprüngliche Vorschlag der Bundesregierungen besser gewesen wäre, den Bundesstaaten einen großen Dienst erwiesen. Eine gedeihliche Finanzpolitik des Landes sei ohne eine gesunde Lage der Reichsfinanzen nicht möglich. Bei so günstiger Finanzlage hatten sich die Parteien beeilt, die Anträge auf Übernahme aller Volksschullasten auf den Staat wieder einzubringen. Nach den Erhebungen im Jahre 1900 würde das eine Belastung von 14 bis 16 Millionen, also ungefähr die Verdoppelung der direkten Steuern, bedeuten. Einstweilen hatten die Kammern ihre Not mit der Beamtenbesoldung, die allein $2^1/_2$ Millionen erforderte, ohne daß die Gehaltssätze anderer Bundesstaaten erreicht werden. Die erste Kammer hatte noch Abstriche gemacht, und es konnte erst nach langen Verhandlungen am 12. Juli eine Vereinbarung erzielt werden, nach der die Lehrergehälter auf der Höhe der Regierungsvorlage geblieben sind, während bei den übrigen Beamten 10% gestrichen wurden. Die Regelung gilt übrigens bloß für das laufende Jahr, und die endgültige Festsetzung blieb der am 10. Dezember eröffneten Wintersession des Landtags vorbehalten. Auch in der hessischen zweiten Kammer markierten die Sozialdemokraten den Reichstagswahlsieg. Der Abg. Dr. Fulda beleidigte den Minister des Innern v. Hombergk zu Vach so schwer, daß sämtliche Regierungsvertreter das Haus verließen, da der Vorsitzende Korell keinen Ordnungsruf erteilte. Nach langer Verhandlung mit den bürgerlichen Parteien erschienen die Regierungsvertreter wieder, worauf der Präsident nachträglich zwei Ordnungsrufe erließ und ebenso wie die Führer der bürgerlichen Parteien den Vorfall scharf verurteilten. Der Minister des Innern erklärte trotzdem, daß es ihm unmöglich sei, ferner mit dem Abg. Fulda parlamentarisch zu verkehren. — Erfreulich ist, daß die Regierung jetzt gegen die Güterschlächterei energisch vorgeht.

Mecklenburg. Die Verfassungsfrage ist in diesem Jahre abermals gescheitert. Im Oktober hatte der Großherzog von Schwerin dem engeren Ausschuß der Ritterschaft und Landschaft einen neuen Verfassungsentwurf zugehen lassen. Er wurde aber am 14. November abgelehnt, ohne daß es zu einer Beratung gekommen war. Die Ritterschaft beantragte eine Verfassungsänderung ohne Bruch mit der Vergangenheit, was die Landschaft ablehnte. Der Großherzog wies den Antrag der Ritterschaft, als nicht dem Ernste der Lage entsprechend, zurück und erklärte, er halte die Vorlage aufrecht. Ein Eingreifen des Reiches, wie es wieder die Liberalen in Rostock beschlossen hatten, ist nach der Reichsverfassung ausgeschlossen. — Ende April hatte Prinz Ludwig von Bayern als Vertreter seines Vaters dem großherzoglichen Hofe in Schwerin einen Erwiderungsbesuch gemacht, ebenda weilte, vom 14. bis 21. Juni, die Königin Wilhelmine und

Prinz Heinrich der Niederlande. Am großherzoglichen Hofe in Strelitz hielt sich die Königin Mary von England mit ihrer Tochter Mary vom 15. bis 23. August zum Besuche bei ihrer Tante, der Großherzoginwitwe, auf.

Sachsen-Weimar. Eine seit Jahren erörterte Gebietsausgleichung mit dem Herzogtum Sachsen-Meiningen ist durch Staatsvertrag vom 8. Januar und Genehmigung des Landtags zu stande gekommen. Das Großherzogtum tritt seinen Anteil an Kranichfeld und Stedten sowie das Dorf Köstitz (zusammen 1577 Einwohner) ab und erhält dafür das bekannte Lichtenhain bei Jena, Mosen und den meiningischen Anteil von Hohenfelden (1985 Einwohner). Meiningen erhält zum Ausgleich noch verschiedene Forstparzellen. — Am 27. Juli wurde die Großherzogin Feodora in Schloß Wilhelmsthal bei Eisenach von einem Prinzen entbunden, wodurch die direkte Erbfolge gesichert wird. Die Taufe des Erbprinzen fand am 25. Oktober unter großen Festlichkeiten statt. Das Kaiserpaar, König Friedrich August, die Großherzogin und Prinz Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, die Mitglieder der Fürstenhäuser Sachsen-Meiningen, Lippe und Reuß j. L. waren zur Taufe eingetroffen, in der der Prinz die Rufnamen Karl August erhielt. Der Kaiser sagte in seiner Rede bei der Galatafel: „Möge der junge Herr, der in dem Lande geboren, aus dem die Wartburg grüßt, vorbildlich sein in ritterlicher Tugend, wie seine Vorfahren und Ahnen, und sein Schwert bereit halten für des Reiches Herrlichkeit. Möge er eine Säule unserer evangelischen Kirche sein; möge er, vom Geiste der großen Dichterzeit Weimars umflossen, auch einst ein Schützer und Förderer deutscher Wissenschaft und Dichtung sein." Der Großherzog machte eine Wohltätigkeitsstiftung von 100.000 Mark. Das Großherzogtum hat, Dank vorzüglicher Finanzwirtschaft, als erster deutscher Staat die Grundsteuer aufgehoben.

Sachsen-Koburg-Gotha. Der gemeinschaftliche Landtag hat einstimmig den Staatsvertrag mit dem Großherzogtum Sachsen-Weimar auf Errichtung eines gemeinsamen Oberversicherungsamtes in Gotha und den Beitritt zum Oberverwaltungsgericht in Jena angenommen. Der Landtag für Gotha hat die Erhebung von Chausseegeldern für Automobile beschlossen. (In Gotha bezahlen Geschirre auch noch Chausseegeld.) Bei den Neuwahlen für den Landtag, wofür keine Einigung der rechtsstehenden Parteien mit der Linken erzielt worden war, verloren die Liberalen drei Mandate, von denen eines an die Rechte, zwei an die Sozialdemokraten fielen. Der Landtag von Koburg beschloß, die juristische Fakultät in München als Schiedsgericht darüber anzurufen, ob nicht Gotha allein zur Unterhaltung der gemeinsamen Universität Jena beizutragen habe. Bei der Landtagswahl ergab sich ein auffälliger Rückgang der Sozialdemokraten; sie verloren nicht nur zahlreiche Stimmen, sondern auch den einzigen besessenen Wahlkreis.

Sachsen-Altenburg. Der Landtag beschloß einstimmig den Anschluß an das thüringische Oberverwaltungsgericht in Jena. Zu einem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechtes erklärte Staatsminister v. Borries, die Regierung werde sich unter keinen Umständen auf eine so einschneidende Verfassungsänderung einlassen. Wegen Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten der Hausministerialverwaltung gab er seine Entlassung und erhielt am 1. Oktober als Nachfolger den bisherigen deutschen Gesandten in Abessinien Dr. v. Scheller-Steinwarz.

Schwarzburg. Der Rudolstädter Landtag besitzt eine sozialdemokratische Mehrheit. Diese wählte am 23. Februar zum Präsidenten und zu Vizepräsidenten Parteigenossen. Eine Reihe von Forderungen wurden als Vorbedingung für die Bewilligung des Budgets aufgestellt. Die Regierung brachte eine Abänderung des Wahlgesetzes ein, die für den Großgrundbesitz eine Mandatvermehrung bezweckte. Das lehnten die Sozialdemokraten am 3. März kurzerhand ab, worauf der Landtag aufgelöst wurde. Die Neuwahlen am 7. Juni ergaben das bisherige Resultat. Zwei bürgerliche Abgeordnete legten das Mandat nieder. Der am 4. September wieder einberufene Landtag wurde am 17. auf unbestimmte Zeit vertagt, da weder über das Budget noch über die Teuerungszulage eine Einigung möglich erschien. Im Fürstentum Sondershausen nahm der Landtag eine Abänderung des Wahlgesetzes an, das für die Wahl der sechs durch allgemeine Wahl zu berufenden Abgeordneten die geheime Abstimmung einführt.

Lippe. Der Landtag nahm am 13. Juni die Domanialvorlage an, nach der das Land aus dem fürstlichen Dominium 140.000 Mark und der Fürst 500.000 Mark als feste Rente bezieht. Der Überschuß wird zu gleichen Teilen geteilt.

Reuß. Am 13. Mai starb auf Schloß Oberstein der älteste Sohn des Erbprinzen und Regenten beider Fürstentümer, Prinz Heinrich XLIII. Das Fürstentum ä. L. ist noch immer der einzige schuldenfreie Bundesstaat. Bei der Landtagswahl im März behaupteten sich die bürgerlichen Parteien in den Städten, während aus zwei Landkreisen die ersten Sozialdemokraten in den Landtag kamen. Im Landtag j. L. erzielten die fünf Sozialdemokraten die Beschlußunfähigkeit, weil der Fürst von Reuß-Köstritz seinen erblichen Sitz nicht einnehmen konnte, da er noch nicht 25 Jahre alt ist. Die Regierung beantragte eine Verfassungsänderung, die einen Stellvertreter ermöglicht. Da die Sozialdemokraten auch dagegen obstruierten, wurde auf Grund geltenden Rechts Prinz Heinrich XXXIX. j. L. als Vertreter der Reuß-Köstritzer Herrschaft berufen. Die Regierung hat die Wahl von zwei sozialdemokratischen Stadträten für Gera zum viertenmal nicht bestätigt.

Hamburg. Am 6. September verschied der Bürgermeister und Senatspräsident Dr. Burchard, der sich um die Hauptstadt wie auch um das Reich die größten Verdienste erworben hat. Die Trauer und Teilnahme war allgemein. Bekannt ist seine Beteiligung an der Huldigung der deutschen Fürsten zum 80. Geburtstag des Kaisers Franz Josef.

Verschiedenes.

Auch im Deutschen Reiche macht sich der in allen Kulturstaaten auftretende Rückgang der Geburten bemerklich. Von gewissen Seiten sind bereits Versuche zu sensationellen Folgerungen daraus gemacht worden, die der Begründung entbehren. Bemerkenswert ist der statistisch nachgewiesene Zusammenhang der Verbreitung der Sozialdemokratie und des Geburtenrückganges. Übrigens ergab sich für das Jahr 1911 in Preußen allein ein Geburtenüberschuß von 489.648 und für Frankreich eine Abnahme von 34.869.

Das Jahr 1912 brachte für das Deutsche Reich drei große industrielle Jubelfeiern: Krupp, Borsig, Schichau. Bemerkenswert ist, daß alle drei Industrieunternehmen aus kleinen Anfängen und durch Männer entstanden sind, die sich aus dem Handwerkerstande emporgearbeitet haben. Aus dem handwerksmäßigen Betriebe einer bescheidenen Schmiede hat der vor 100 Jahren geborene Alfred Krupp die Grundlagen zu dem schon zu Lebzeiten seines Sohnes Friedrich weltbeherrschenden Unternehmen geschaffen. Wie eng die Firma Krupp durch ihre Kanonen mit der deutschen Armee und ihren Siegen, durch ihre Panzerplatten mit der deutschen Flotte verknüpft ist, steht schon in den Tafeln der Geschichte verzeichnet. Es lag in der Natur der Sache, daß der Kaiser persönlich an dem Hauptjubiläumstag, am 8. August, in Essen teilnahm, um so mehr da die Firma auch auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge für alle Welt vorbildlich dasteht. Auch der Reichskanzler und die Spitzen aller Reichs- und Staatsbehörden waren anwesend. Kaiser Wilhelm betonte in seiner Rede, „die in Krieg und Frieden dem Vaterlande geleisteten Dienste haben für dieses Werk eine besondere Stellung in meinem Staate geschaffen“. Alfred Krupp ist es eigentlich gewesen, der Deutschland zum erfolgreichen Nebenbuhler Englands gemacht, seinen Landsleuten das Beispiel und den Mut dazu gegeben hat. Leider wurde das glänzende Fest des Friedens und der Humanität durch die Trauerkunde von der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Lothringen“ bei Bochum unterbrochen, die über hundert braven Bergleuten das Leben kostete. — Nach Krupp kam Borsig. Die Firma A. Borsig, die ihren Weltruf mit der Verdrängung der englischen Lokomotiven aus Deutschland durch ein besseres Erzeugnis begründet hat, feierte ihr fünfundsiebzigjähriges Bestehen am 14. September in Berlin und Tegel. Handelsminister Dr. Sydow und Eisenbahnminister v. Breitenbach nahmen an der Feier teil. Das Vorgehen Borsigs hat Deutschlands Metall- und Maschinenindustrie vom fremden Lehrmeister, das deutsche Volk von dem Riesentribut an das Ausland befreit. — Am 4. Oktober feierte die Schiffswerft und Maschinenfabrik von Friedrich Schichau in Elbing ebenfalls ihr fünfundsiebzigjähriges Bestehen. Ihre Leistungen im Bau von Torpedobooten, Unterseebooten, Turbinen 2c. haben ihren Weltruf begründet und Deutschland auch auf diesem Gebiete neben und vor England gestellt. Es soll hier nicht unterlassen werden zu erwähnen, daß alle drei Firmen auch bei dieser Gelegenheit großartige Stiftungen und Wohlfahrtseinrichtungen für ihre Angestellten und Arbeiter begründet haben.

An dieser Stelle muß auch der deutschen Luftschiffahrt ein Wort gewidmet werden. Graf Zeppelin ist natürlich Meister geblieben und sein System hat sich als das vernünftigste behauptet. Auf vielen Hunderten von Fahrten hat sich die unvergleichliche Sicherheit seiner Fahrzeuge auch in diesem Jahre wieder bewiesen. Bewährt hat sich auch der verwandte Ballon Schütte-Lanz, der eine eigene Holzkonstruktion statt Aluminium für das Gerippe besitzt. Die Parsevalwerke haben mit vortrefflichen Erzeugnissen mit dazu beigetragen, daß Deutschland mit seinen Lenkballons an der Spitze steht, während England geradezu versagt und sich vor fremden Ballons fürchtet. Auch das Flugzeugwesen hat erhebliche Fortschritte gemacht und steht namentlich beim Militär nicht hinter anderen Ländern zurück. Neulich meldeten freilich die Blätter, es habe bereits fünfzig deutschen Offizieren das Leben gekostet. Das ist ein bißchen viel, wenn auch jeder deutsche Offizier im Frieden wie im Kriege jederzeit bereit ist, sein Leben im Dienste des Vaterlandes zu opfern. Die überaus zahlreichen Menschenopfer haben bereits die Fliegerbegeisterung merklich abgekühlt und in weiteren Kreisen Bedenken über diese mörderische Pariser Mode angeregt. Denn es ist eine der französischen Moden, erfunden, weil man mit den Lenkballons nicht mehr weiter kam und schließlich von Zeppelin gänzlich überholt wurde. Nun sollte die „Aviatik“ die militärische Überlegenheit über Deutschland herstellen und wurde mit dem üblichen Tamtam und der sicheren Rechnung auf die gewohnte Nachahmungssucht des Auslands ins Werk gesetzt. Und richtig! Die Flugzeugfabrikanten hatten gut spekuliert: alle Welt flog, die Franzosen natürlich voran. Das Flugzeug ist aber gar keine Lösung des Flugproblems, sondern bloß eine Nachahmung des Sprunges der Fliegefische und gewisser Insekten, z. B. der Grashüpfer. Diese schnellen sich in die Höhe und erhalten sich durch Schwebehäute so lange in der Luft, als die Kraft reicht; dann fallen sie nieder. Aus dem schweren Grashüpfer wird aber nie ein leichter Schmetterling und aus dem fliegenden Fisch kein Vogel; darum mag auch die Fliegerkunst sich wohl zu einer feinen, oft geradezu entzückenden menschlichen Leistung — ähnlich dem Seiltanzen — ausbilden, aber niemals das Flugproblem lösen oder sich zu einer sicheren Verkehrseinrichtung für Menschen entwickeln können. Je mehr sich diese Auffassung Raum verschafft, um so rascher werden die ewigen Halsbrechereien nach der neuesten Pariser Mode abnehmen.

Mitte Juli fand in Frankfurt a. M. das 17. deutsche Schützenfest, zugleich Jubiläum des ersten deutschen Schützenfestes in derselben Stadt im Jahre 1862, statt. Welch ein Unterschied zwischen damals und heute! Der deutschvaterländische Sinn war damals gleich echt wie heute, aber damals umsummte ein unklarer Traum von Kaiser und Reich die Köpfe und Herzen, keiner wußte die Mittel zur Verwirklichung, nur die Gesinnung brachte er mit. An der Spitze des Festzuges ritt der

„Schützenherzog", Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, und gar mancher dachte sich den Kleinstaatfürsten als zukünftigen Deutschen Kaiser, war er doch der einzige, der sich offen zu ihrem Ideal bekannte. Und diesmal war als Protektor des Festes Prinz Heinrich anwesend, der Bruder des dritten Deutschen Kaisers des mächtigen Deutschen Reiches. Und darum war das Fest diesmal noch reicher und großartiger, und der vaterländische Sinn, auch der Deutschen aus dem Ausland, hatte ein bestimmtes Ziel, auf das er sich richten konnte. Als Prinz Heinrich in seiner Rede in der Festhalle sagte: „Wer heutzutage in Deutschland sich nicht zu Kaiser und Reich bekennen will, der gehört nicht unter uns," erschallte lebhafter Beifall. Die demokratische Presse mäkelte hinterher daran, daß Prinz Heinrich auch vom „Gehorsam" gesprochen hatte. An der Beziehung, in der dieser Ausdruck gebraucht worden war, können nur Leute Anstoß nehmen, die selber niemand gehorchen, sondern anderen ihre Herrschaft auflegen wollen. Zwei Wochen später fand in Nürnberg, ebenfalls als fünfzigjähriges Jubiläum des deutschen Sängerbundes, das 8. deutsche Sängerbundesfest statt. Prinz Alfons als Vertreter des Prinzregenten und Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha waren anwesend. Das Fest verlief ebenso großartig, harmonisch und vaterländischer Gesinnung voll wie das Frankfurter.

Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp beging am 21. Oktober in Breslau die Feier seines fünfzigjährigen Priester- und seines fünfundzwanzigjährigen Bischofjubiläums. Aus Berlin war der Kultusminister v. Trott zu Solz erschienen, Kaiser Franz Josef hatte mit einem Handschreiben die Brillanten zum Großkreuz des Stephansordens gesand, die Stadt Breslau ernannte den Kardinal zum Ehrenbürger. Der festliche Tag rief auch außerhalb der Diözese Breslau warme Segenswünsche für den bedeutenden Mann wach, der gleicherzeit persona grata in Berlin, Wien und Rom, in allen Fällen für den Frieden gewirkt hat.

Sein jüngerer Amtsbruder, Kardinal und Erzbischof von Köln Dr. Fischer, war am 30. Juli in Bad Neuenahr gestorben. Er hat sich in allen Stellungen, als Gymnasiallehrer, als Weihbischof und als Erzbischof als ein Mann von einfachem, schlichtem Wesen, gewinnender Liebenswürdigkeit im Verkehre, vaterländischer Gesinnung und großer Rechtlichkeit erwiesen, in kirchlichen Fragen war er tolerant, in seinem gesamten Wirken vorbildlich. Als sein Nachfolger wurde der Bischof von Münster Dr. v. Hartmann gewählt.

Die Reihe der bedeutenden Verstorbenen des Jahres eröffnete am 3. Januar Felix Dahn, der kernhaft deutsche Mann, dessen Kraft dem deutschen Volkstum, der deutschen Rechtsentwicklung und der deutschen Dichtkunst mit alles fortreißender Begeisterung gewidmet war. Er starb in München an den Folgen einer Lungenentzündung im fast vollendetem 77. Lebensjahre. Seine Werke füllen eine stattliche Anzahl Bände, und immer hatte er noch Zeit übrig für alles, was mit der Ehre und Größe des deutschen Namens zusammenhing. Er war ein Führer auf allen Gebieten des deutschen Volkstums, für die Jugend und alle, die ihr Herz jugendlich erhalten haben.

Am 15. Januar verschied im 73. Lebensjahre in Berlin der ehemalige deutsche Botschafter in Konstantinopel und Madrid Josef v. Radowitz. Er war ein Sohn des bekannten Vertrauten des Königs Friedrich Wilhelm IV., war noch unter dem Fürsten Bismarck Botschafter geworden und hat seinem Vaterlande, namentlich im Orient, unschätzbare Dienste geleistet.

In Berlin schied am 8. Februar ein treuer Diener des Kaisers, Generalfeldmarschall Wilhelm v. Hahnke im 79. Jahre aus dem Leben. Nach einer glänzenden Generalstabskarriere wurde er von 1888 bis 1901 Chef des Militärkabinetts und dann bis 1909 Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin. Kaiser Wilhelm ehrte die treuen Dienste und rastlose Arbeit durch Teilnahme am Begräbnisse.

Am 26. März starb in Berlin der vielgenannte fortschrittliche Abg. Albert Träger im 82. Lebensjahre, vor der Gründung des Reiches gefeiert als Verfasser einer Reihe klangschöner Gedichte. In späterer Zeit galt er nur noch als Parteibarde. Er war eine überaus liebenswürdige und witzige Persönlichkeit und zuletzt Alterspräsident des Reichstags.

Der Erzbischof von Bamberg, Friedrich Philipp v. Abert, verschied am 23. April im fast vollendeten 60. Lebensjahre. Er gehörte zu den friedfertigen Dienern der Kirche, deren Interessen er wohl entschieden, aber stets in der mildesten Form wahrnahm.

Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Frhr. Hermann v. Erffa, starb am 10. Juni unerwartet auf Schloß Werneburg bei Pößneck an den Folgen eines Schlaganfalles. Er war ein feingebildeter Mann und wegen seiner Verdienste um die Landwirtschaft zum Ehrendoktor der Universität Halle ernannt worden. Vor der Öffentlichkeit trat er zuletzt hervor, als ihn die Pflicht nötigte, den Ausschreitungen der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause ein Ende zu machen, ein Vorgang, der seinem Feingefühl sicher näher ging als den betreffenden Abgeordneten.

Eine politische Größe der Vergangenheit, der frühere liberale Abgeordnete, Oberbürgermeister von Breslau und Berlin, auch zeitweiliger preußischer Finanzminister, Artur Hobrecht, schied am 7. Juli in Berlin-Lichterfelde im Alter von 88 Jahren aus dem Leben. Er war Ehrenbürger von Berlin und Breslau und hatte sich in der letzten Zeit vom politischen Leben zurückgezogen.

Ein schwerer Verlust für das Reich war der Tod des erst vor kurzem als Botschafter von Konstantinopel nach London versetzten Frhrn. Marschall v. Bieberstein, der unerwartet in Badenweiler am 24. September, 70 Jahre alt, verschied. Er galt als einer der erfolgreichsten deutschen Staatsmänner und hatte das besonders ein halbes Menschenalter hindurch in seiner Stellung in Stambul bewiesen. Diese Anerkennung zollten ihm jetzt auch alle, die ihn seinerzeit als Nachfolger des Staatssekretärs Herbert Bismarck nicht genug mit Herabsetzungen und Schmähungen verfolgen konnten.

Graf Friedrich Wilhelm zu Limburg-Stirum, früher Gesandter und später Führer der konservativen Partei, starb am 27. September auf Groß-Peterwitz im 77. Lebensjahre. Nach fünfzigjähriger Wirksamkeit im öffentlichen Leben hatte er sich zurückgezogen. Seinen Standpunkt kennzeichnen seine Worte: „Trotz des Parlamentarismus glaube ich an eine großartige Entwicklung des Deutschen Reiches."

Der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Arnold Nieberding verschied am 10. Oktober in Berlin im Alter von 74 Jahren. Mit dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches ist sein Name unauflöslich verbunden. Er war 1909 wegen Augenleidens zurückgetreten.

Der Vorsitzende der konservativen Partei, Oberstleutnant a. D. v. Normann starb am 17. Oktober auf Schloß Barkow im 68. Lebensjahre. Als Offizier war er durch seinen erfolgreichen Ordonnanzritt vor Königgrätz bekannt geworden, widmete sich seit 1883 der Bewirtschaftung seiner Güter und gehörte seit 1890 dem Reichstage an.

Wieder an die Bismarcksche Zeit mahnte der Tod des früheren Ministers des Innern und Ministerpräsidenten Grafen Botho zu Eulenburg, der am 5. November, 81 Jahre alt, in Berlin starb. Seine Wirksamkeit hat namentlich in der inneren Entwicklung Preußens dauernde Spuren hinterlassen, und in kritischen Lagen hatte sowohl Bismarck als Caprivi auf seine Person zurückgegriffen.

Vor der Zeit hat der Tod den Staatssekretär des Auswärtigen Alfred v. Kiderlen-Wächter auf seiner erfolgreichen Laufbahn abberufen. Er war erst 60 Jahre alt, als er am 30. Dezember in Stuttgart unerwartet am Herzschlage verschied. „Sein vorzeitiges Scheiden hinterläßt eine tiefe Lücke und bedeutet einen schweren Verlust für Kaiser und Reich," schrieb der „Reichsanzeiger", und alle stimmten dem zu. Meistens war das Bedauern ehrlich, aber es waren auch Leute dabei beteiligt, die bei dem ersten Auftreten des Staatssekretärs in der Nähe des Kaisers des Hohnes und Spottes nicht genug hatten aufbringen können, und wieder andere, die sich im Preisen des Herrn v. Kiderlen-Wächter gerade darum überboten, damit der der Milieupresse verhaßte Reichskanzler so recht in den Hintergrund gedrückt erscheinen sollte.

Es ist eine ansehnliche Verlustziffer an bedeutenden Männern, die gerade das Jahr 1912 dem Deutschen Reiche gebracht hat. Es bleibt nur der Trost, daß es ihm bisher nie an reichlichem und gesundem Nachwuchs gemangelt hat.

Österreich-Ungarn.

Wer aus dem Lärm der Parteien, Nationen und wirtschaftlichen Interessenten das Wesentliche von dem aufdringlichen Aufputz und der auf Irreführung berechneten Übertreibung auszuscheiden vermag, der wird zu der Überzeugung kommen, daß die Doppelmonarchie trotz eines anscheinend unlösbaren Wirrsals im verflossenen Jahre doch wieder einen bedeutenden Fortschritt gemacht und auch auf dem Wege der inneren Festigung vorwärts gekommen ist. Man muß freilich ein „gelernter" Österreicher sein, um das herauszufinden. Dem Ausland aber, das nur den, Bedeutendes wie Unbedeutendes mit gleicher Sensation täglich darstellenden, Zeitungsberichten folgt, mag daraus manches als Anhalt dienen, um die alte Fabel vom Zerfall Österreichs wieder aufzuwärmen. Das ist purer Unsinn. Nur Deutschland könnte, wenn es durch eine feindselige Politik Österreich-Ungarns dazu gezwungen würde, mit einigem Nutzen unter Zustimmung Rußlands zur Auflösung des dualistischen Staates schreiten können. Aber diese Kombination ist doch wohl für alle Zeiten ausgeschlossen. Rußland kann dagegen an eine Zerstörung seines Nachbarn im Südosten gar nicht denken, denn dann müßte es doch in erster Linie Galizien nehmen, und es hat bereits schon viel mehr Polen, als es für seinen Bedarf brauchen kann. So liegen doch im Ernst die Sachen, und die panslawistischen Sympathien hinüber und herüber samt allen politischen Phantasien unverantwortlicher Zeitungs- und Gelegenheitspolitiker ändern daran nichts, sondern sind daneben nur politische Kinderstubengeschichten und Ammenmärchen, wie sie auf dem faulen Boden des unfruchtbaren Deutschenhasses aufwuchern. Ob die Volksgenossen des Herrn Kramarsch und der ganze buntscheckige Chor der Südslawen sich in Schwärmereien für Rußland ergehen, um ihre deutschen Staatsgenossen zu ärgern, ist im Grunde doch herzlich gleichgültig, denn der Zar ist weit, und sie fühlen sich auch ganz wohl in Österreich und denken nur daran, sich da auszudehnen. Man würde auch wenig Notiz von ihnen nehmen, wenn nicht der leidige Parlamentarismus dazu drängte, der mit all seinen Mängeln und Anzeichen von Verfall so hingenommen und ertragen werden muß, wie er eben ist. Solange die Völker ihr Wahlrecht nicht verständiger auszuüben gelernt haben, solange selbst in jedem deutschen Wahlprogramm die oppositionelle Note als Grundton nicht fehlen darf, wird es auch nicht besser werden. Die Parlamente sind aber nicht zum Opponieren da, sondern ihre eigentliche Aufgabe ist, untereinander und mit der Regierung zu beraten, zu vereinbaren und zu beschließen.

Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es darum unzweifelhaft richtig, daß Österreich-Ungarn im letzten Jahre im Innern einen Fortschritt erlebt hat. Selbst das österreichische Abgeordnetenhaus hat mit Ach und Krach seine Arbeitsfähigkeit behauptet. Die gesamte innere Politik wurde durch die Aufgabe der Regierungen beider Reichshälften bestimmt, das neue Wehrgesetz, das ein dringendes

Bedürfnis der Armee ist, in den Parlamenten zur Annahme zu bringen. Alles, was die letzten Regierungen wie auch die des Grafen Stürgkh, auf dem inneren Gebiete taten und zugestanden, diente ausschließlich dem Zwecke, dem zerstückelten Abgeordnetenhause eine Mehrheit dafür abzuringen, und muß auch danach, nicht mit der nationalen Brille, beurteilt werden. Es handelte sich um die Machtstellung und damit zugleich um die Bündnisfähigkeit der Monarchie. Österreich-Ungarn kann doch nicht verlangen, wie das revanchelustige Frankreich, daß ihm seine Verbündeten die fehlenden Bataillone stellen. In Ungarn ist zugleich dem Treiben einer obstruktionistischen Minderheit ein Ende gemacht worden. Um die Regierung der Krone gegenüber um ihre Stellung zu bringen, hatte die verhältnismäßig schwache Minorität sich ausgeklügelt, eine ihr genehme Wahlreform vor dem Wehrgesetz zu erzwingen. Da alle Verhandlungen fruchtlos blieben, übernahm Graf Tisza das Präsidium des Abgeordnetenhauses, ließ die Geschäftsordnung ändern und brachte das Wehrgesetz in einer echt magyarischen parlamentarischen Attacke durch. Wenn der ungarische Parlamentarismus dabei ein wenig gelitten haben dürfte, so will das neben dem großen Vorteil für die Gesamtmonarchie wenig bedeuten. Denn nun ist das Werkzeug der Armee in den unbedingt Achtung gebietenden Zustand versetzt worden, der Österreich-Ungarn befähigt, wieder seine Stimme gleichberechtigt im Rate der Großmächte geltend zu machen und weiter zu wirken zum Schutze des Weltfriedens wie bisher, zusammen mit seinen Verbündeten, die ihm auch in den letzten politisch bedrängten Jahren treu zur Seite gestanden und das Treubündnis mit ihm erneuert haben, gerade als sich ihm neue politische Schwierigkeiten auftaten.

Denn das ganze Jahr, an dessen Ende die Monarchie vor die schwere Frage gestellt wurde, ob sie ihre Lebensinteressen an der Südostgrenze nicht schließlich doch mit den Waffen zu schützen haben werde, stand unter dem Zeichen des Kriegsgottes. Die Balkankrise hat nun eine hoffentlich nicht bald wieder vorübergehende Annäherung zwischen Deutschen und Magyaren zur Folge gehabt. Es läßt sich nicht verkennen, daß ein ehrlicher Friedensschluß zwischen diesen beiden am meisten staatsbildungsfähigen Nationen für die Festigung der inneren Verhältnisse der Monarchie von der größten Tragweite sein würde. Dann wäre der Dualismus seines ärgsten Nachteils entkleidet. In die gespannte Lage infolge des Balkankrieges spielte auch das althergebrachte Verhältnis zu Rußland eine Rolle. Wie schwer es ist, aus dem Gefühlsleben der Staaten und Völker Erinnerungen auszumerzen und veraltete Anschauungen zu berichtigen, zeigte sich dabei wieder in beiden Reichen, und eine geschäftige Presse hüben wie drüben war geflissentlich bemüht, vergessenen Zorn wieder wachzurufen. Nun bestehen aber seit Jahren keine Gegensätze mehr zwischen beiden Reichen über die Lösung der Balkanfrage, Rußland sucht da nichts mehr und hat bloß noch das Interesse, Serbien ebenso als Rückendeckung gegen Österreich-Ungarn zu erhalten, wie auf der anderen Seite Frankreich gegen Deutschland, ohne aber offensive Absichten dieser Staaten zu begünstigen. Gegen eine solche Politik Rußlands ist kaum etwas einzuwenden, und das Deutsche Reich hat auch darin nichts Arges gefunden und läßt sich dabei von seiner demokratischen Presse nicht beeinflussen. Es dürfte doch der österreichisch-ungarischen Politik nicht schwer fallen, das offizielle Rußland — nicht die Panslawisten — davon zu überzeugen, daß ihr jede offensive Absicht gegen Serbien fernliegt, und dann würde sich zwischen Wien und Petersburg sofort ein ebenso freundliches Verhältnis herstellen, wie es zwischen Berlin und Petersburg besteht.

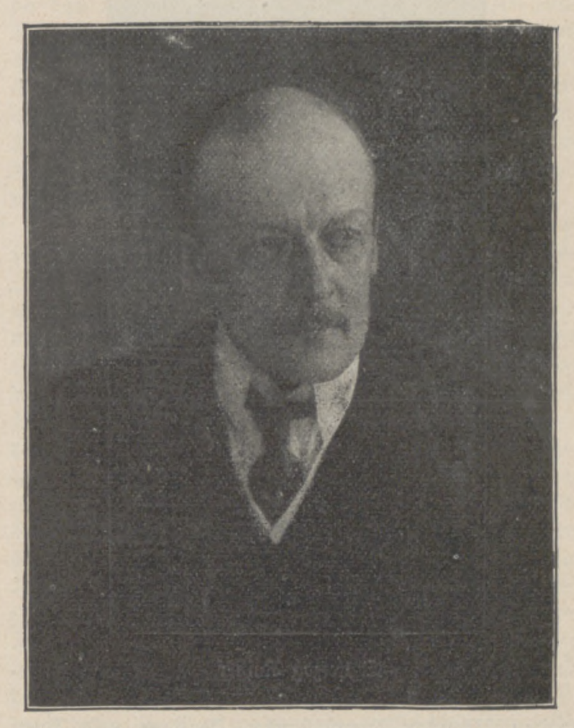
Politisches im ersten Halbjahr.

Nach Neujahr gab sich im Innern noch mehr als gewöhnlich die übliche Unruhe und Zerfahrenheit kund. Die große Parlamentsmühle stand zwar still, aber selbst in den wenigen Landtagen, die überhaupt arbeitsfähig waren, gab es in Lemberg Skandal, in Linz Obstruktion. Die krasseste Parteipolitik überall, nirgends die geringste Rücksicht auf das Ganze und das Gemeinwohl. Selbst im Deutschen Nationalverband trat das deutlich hervor, indem der Abg. Wolf wieder einmal eine seiner Attacken gegen die schwächliche Haltung der Verbandsleitung begann, um womöglich bei einer Neuwahl seine Gruppe um einige Mandate zu vermehren. Nun ist freilich über die Leistung des so verschiedene Richtungen vereinenden Verbandes nicht gerade viel Rühmliches zu vermelden, wie dies ja in seiner Zusammensetzung begründet ist, aber die Hauptsache ist doch eben, daß er besteht und wenigstens die „freiheitlichen" Deutschen locker verbindet, weil gerade die „völkischen" Mannen um Wolf herum kein Verständnis dafür besitzen, daß es auch noch andere Deutsche gibt, die ebenso gut ihre Ansicht und Überzeugung haben dürfen wie er selbst. Auch die deutsch-tschechischen Verhandlungen rückten trotz der Bemühungen des Fürsten Thun nicht vorwärts, und in Ungarn herrschte trotz der starken Arbeitsmehrheit die größte Verwirrung und Aussicht auf Ministerveränderungen. Am 15. Januar beauftragte Kaiser Franz Josef den Erzherzog Leopold Salvator, dem italienischen Botschafter die Versicherung zu überbringen, daß Österreich-Ungarn unverbrüchlich am Bündnis mit Italien festhalte. Da ergab sich auf einmal in dem allgemeinen Schwanken ein fester Punkt — der Dreibund, denn auch Erzherzog Franz Ferdinand begab sich Ende des Monats nach Berlin, um Taufpate beim Kronprinzen zu sein. Diese Betonung des Dreibundes war um so zweckmäßiger, als seit Wochen gegen den Grafen Aehrenthal allerhand Angriffe gerichtet wurden, daß er gegen Italien zu wenig energisch sei, Deutschland in der Marokkofrage nicht kräftig genug unterstützt habe 2c. Graf Aehrenthal war erkrankt, klebte aber keineswegs an seinem Amte und hatte auch seine Entlassung schon angeboten, die aber der Kaiser entschieden ablehnte. Die bekannten Alleswisser tischten ihren Lesern bereits die übliche Intrige auf, hinter der der Thronfolger stecke und den Rücktritt des Generalstabschefs Conrad v. Höt-

zendorf rächen wolle. Das ekelhafte Zeitungsgerede nahm erst ein Ende, als Graf Aehrenthal am 17. Februar seinem Leiden erlag. Die letzten Wochen hatte der Botschafter in Konstantinopel Markgraf Pallavicini in Vertretung die Geschäfte des Auswärtigen Amtes geleitet.

In den letzten Tagen des Januar hatten in Wien Besprechungen der beiden Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Khuen-Hedervary mit dem Kriegsminister v. Auffenberg über die Wappen- und Emblemfrage, die seit sieben Jahren geruht hatte, und über die Einberufung der Delegationen stattgefunden. Am 6. Februar traf auf der Rückreise von Sofia Großfürst Andreas Wladimirowitsch in Wien ein und wurde in Schönbrunn vom Kaiser empfangen. Abends war ihm zu Ehren Festtafel, an der alle in Wien anwesenden Erzherzoge und Erzherzoginnen und die Mitglieder der russischen Botschaft teilnahmen. Den erkrankten Grafen Aehrenthal vertrat der erste Sektionschef Frhr. Müller v. Szentyorczy. Am nächsten Tage fand ein Frühstück beim Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand statt, und der Großfürst, dem es in Wien wohlgefiel, blieb noch einen Tag, um an einem Frühstück beim Grafen Berchtold, dem früheren Botschafter in Petersburg, teilzunehmen. Mit Rücksicht darauf, daß zwischen den Höfen von Wien und Petersburg in den letzten Jahren eine unzweifelhafte Spannung bestand und Kaiser Nikolaus auf Iswolskis Veranlassung seinerzeit während der Reise nach Racconigi österreichischen Boden vermieden hatte, wurde der Besuch des Großfürsten in Wien sehr sympathisch aufgenommen; er war unstreitig nicht ohne politische Bedeutung, was auch aus der Verleihung des Stephansordens an den Großfürsten hervorging. Am 8. traf ebenfalls auf der Rückkehr von Sofia Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der unterwegs sein Regiment in Kronstadt besucht hatte, in Wien ein und wurde in Schönbrunn vom Kaiser in Privataudienz empfangen. Am 10. fand daselbst die Vermählung der Erzherzogin Isabella Maria (Tochter des Erzherzogs Friedrich) mit dem Prinzen Georg von Bayern statt. (Die Ehe ist bereits wieder getrennt worden.) Da der Zustand des Grafen Aehrenthal hoffnungslos geworden war, wurde der ehemalige Botschafter in Petersburg, Graf Leopold Berchtold, am 17. zum Minister des Äußern ernannt und am 19. vereidigt. Bestimmend für diese Wahl ist unstreitig außer seiner persönlichen Eignung und seinem intimen Verhältnis zum Grafen Aehrenthal auch seine letzte diplomatische Vergangenheit gewesen. Bei der offenkundigen Annäherung Rußlands an die beiden Kaisermächte war seine Beliebtheit in Petersburg vorzüglich geeignet, bessere Beziehungen zur russischen Politik herzustellen, als sie in den letzten Jahren infolge der Haltung Iswolskis in der bosnischen Annexionsfrage und namentlich wegen des darüber entstandenen Zeitungskrieges zwischen den leitenden Persönlichkeiten der beiden Reiche bestanden hatten.

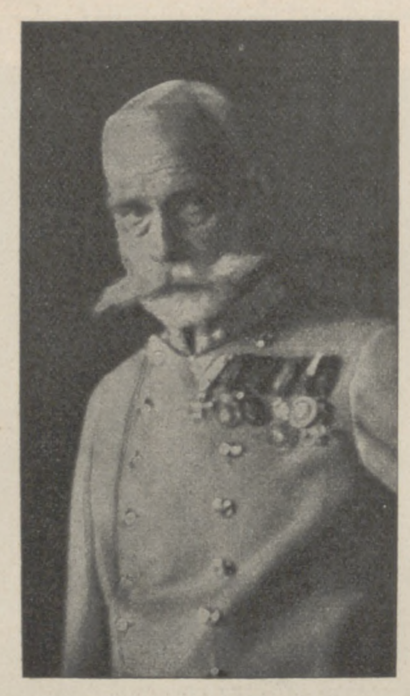
Das Quartett Iswolski, Ssasanow, Aehrenthal, Berchtold ist ein lehrreiches Schulbeispiel für die Nützlichkeit guter persönlicher Beziehungen unter den Diplomaten. Die durch die Erfolge Bismarcks verletzte Eitelkeit Gortschakows hat einst zur Lösung des engen Verhältnisses zwischen Berlin und Petersburg und schließlich zum Dreibund geführt. Der im letzten Viertel des Jahres ausgebrochene Balkankrieg löste in Rußland plötzlich Strömungen aus, die es einem Diplomaten ohne die Beziehungen des Grafen Berchtold sicher sehr schwer gemacht haben würden, das noch neue bessere Verhältnis zu Rußland aufrecht zu erhalten. Graf Aehrenthal konnte die Befriedigung mit ins Grab nehmen, durch Aufopferung seiner Kräfte



Leopold Graf Berchtold von und zu Ungerschütz, Minister des Äußern.

mit Erfolg das Ansehen des Reiches wiederhergestellt zu haben, und die im Herbst erfolgte unveränderte Erneuerung des Dreibundes wirft auch ein helles Licht auf den von ihm geführten und ihm viel verdachten Kampf gegen einen politisierenden General. Jetzt, an seinem Grabe wich der Klatsch und Neid der lauten Anerkennung, die ihm Kaiser Franz Josef und — das sei hier ausdrücklich betont — der Thronfolger stets bewiesen haben, denn sie sahen weiter wie die Klatschverfertiger, die trotz der bereitwilligen Unterstützung der Sensationspresse auf weitere Kreise keinen Eindruck hervorzubringen vermocht hatten. Graf Aehrenthal hatte die Bevölkerung größer und freier über den Staat denken und den unfruchtbaren inneren Hader geringer schätzen gelehrt; die Nachwirkung davon ist noch immer zu merken. Der Kaiser entsprach durchaus dem allgemeinen Empfinden, als er in dem überaus anerkennungsvollen Entlassungsschreiben das ungeschmälerte Vertrauen in die Person wie in die Politik des Scheidenden aussprach. Die Todesnachricht rief im In- und Ausland die

ungekünsteltsten Äußerungen tiefster Teilnahme und lauter Anerkennung hervor, namentlich in den Dreibundländern, Kaiser Wilhelm sandte persönlich ein Beileidstelegramm und ließ am Sarge einen prachtvollen Kranz niederlegen. An der feierlichen Einsegnung am 22. nahm Erzherzog Franz Ferdinand als Vertreter des Kaisers, außerdem alle in Wien anwesenden Erzherzoge teil. Die Beisetzung fand am folgenden Tage an der Familiengruft in Doxan (Böhmen) statt. Graf Berchtold hatte unmittelbar nach seinem Dienstantritt an die leitenden Minister Deutschlands, Italiens und Rußlands Telegramme gerichtet, aus denen wie aus den Antworten hervorging, daß das Bündnis mit Deutschland und Italien in ungeschwächter Kraft fort- und im Verhältnis zu Rußland keine Trübung besteht.



Erzherzog Rainer.

Infolge der Ernennung des Grafen Berchtold, der ungarischer Staatsangehöriger ist, hatte nach der bestehenden Tradition für die gemeinsamen Minister der Reichsfinanzminister Freiherr v. Burian seine Demission gegeben, die vom Kaiser in wärmster Anerkennung der namentlich in der Verwaltung Bosniens erworbenen Verdienste angenommen wurde. Nachfolger wurde der frühere Finanzminister Dr. v. Bilinski. Am 21. Februar begingen der Erzherzog Rainer und seine Gemahlin Erzherzogin Maria die Feier der diamantenen Hochzeit und bildeten in diesen Tagen den Gegenstand der lebhaftesten Kundgebungen aus allen Kreisen. An der Feier nahm auch Kaiser Franz Josef teil, der dazu seit Monaten zum erstenmal Schönbrunn verließ. Zahlreiche Glückwünsche gingen dem Jubelpaare aus dem In- und Ausland zu. Inzwischen hatte sich wieder einmal die Armeefrage zu einem Konflikt mit Ungarn zugespitzt. Graf Khuen hatte die Wehrreformvorlage trotz seiner Arbeitsmehrheit nicht gefördert, seit Monaten ließ er die Minorität dagegen obstruieren und hatte sogar bei der Heeresverwaltung die Verschiebung der Rekruteneinstellung bis auf den Herbst durchgesetzt. Wer die Herren Magyaren kennt, der wußte, daß sich dahinter wieder ein neuer Versuch auf Machterweiterung über die „ungarische Armee" gegenüber der Krone verbarg. Und man hatte richtig wieder ein Hintertürchen gefunden. Unter dem Vorwande der Verhandlung mit der Opposition hatte man sich wieder in die beliebten staatsrechtlichen Tüfteleien eingelassen, und Graf Khuen war — sagen wir — so unvorsichtig gewesen, sich für die Forderung der Kossuthisten zu verpflichten, die das Kronrecht auf Einberufung der Reservisten in Friedenszeiten beseitigen sollte. Natürlich fand er damit in Wien kein Gehör, und es entwickelte sich daraus die übliche Ministerkrise. Graf Khuen suchte wohl damit einen Druck auszuüben und fuhr wiederholt zu Verhandlungen nach Wien, ohne jedoch etwas auszurichten. Die Zeitungen brachten darüber allerlei sensationell gefärbte, aber der Natur der Sache nach nicht auf Tatsachen gegründete Mitteilungen, denn über Verhandlungen mit dem Monarchen erfährt man nur, was er zur Veröffentlichung bestimmt. Ungarnfreundliche Blätter mischten wie üblich auch den Thronfolger mit hinein. Am 21. März hatte der Kaiser in Schönbrunn den König Friedrich August von Sachsen empfangen und am 1. April den Fürsten Albert von Monaco, der am folgenden Tage einen Vortrag in der geographischen Gesellschaft hielt.

In den Osterfeiertagen fand auf Schloß Wallsee in Gegenwart des Kaisers Franz Josef die Verlobung seiner Enkelin, der Erzherzogin Ella, Tochter des Erzherzogs Franz Salvator und der Erzherzogin Valerie, mit dem Oberleutnant Grafen Georg Waldburg statt. Am 15. reichte endlich Graf Khuen-Hedervary, angeblich wegen Meinungsverschiedenheiten über die Vorlagen für die Delegationen, sein Entlassungsgesuch ein, und der Vertrauensmann des Monarchen, Dr. v. Lukacs, wurde sein Nachfolger, von dem man gegenüber der Opposition eine festere Hand erwartete. Am 7. Mai empfing Kaiser Franz Josef den von einer Balkanreise zurückkehrenden französischen Abgeordneten Deschanel, der samt dem mit ihm reisenden Senator Doumer auch mit dem Grafen Berchtold und dem gemeinsamen Finanzminister Dr. v. Bilinski Besprechungen hatten. Die Blätter ergingen sich in den kühnsten Erfinfindungen über die politischen Zwecke dieser Herren, insbesondere Deschanels. Aus Paris wurde aber gemeldet, es handle sich wohl bloß um die Gewinnung eines gewissen Reliefs für die nächstjährige Präsidentenwahl. Der Kaiser schenkte in diesen Tagen der Armee das ihm gehörige Badeschloß in Bad Gastein für ein zu errichtendes Militärkurhaus. Am 17. betraute der Kaiser den Minister des Innern Frhrn. v. Heinold mit der Stellvertretung des an einem Augenleiden erkrankten Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, der am 21. auch sein Rücktrittsgesuch einreichte, das aber nicht genehmigt wurde. Am 29. traf eine Abordnung

der Berliner Stadtvertretung mit dem Oberbürgermeister Kirschner in Wien ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Bürgermeister Dr. Neumayer und den Gemeinderäten begrüßt. Die Blätter brachten Willkommensartikel. Der Kaiser empfing den Oberbürgermeister Kirschner am 30. in Schönbrunn. Die Berliner Gäste nahmen eine größere Anzahl von städtischen Einrichtungen in Augenschein und an mehreren ihnen zu Ehren veranstalteten Festlichkeiten und Rundfahrten, so u. a. an einem Frühstück in der deutschen Botschaft und an einem Festmahl im Rathause teil. Die Reden und die gesamte Stimmung war wohl von dem Gedanken des deutschösterreichischen Bündnisses und der Freundschaft der beiden Reichshauptstädte auf das wärmste durchdrungen, aber weder Kirschner noch Dr. Neumayer waren die Männer danach, der Begegnung einen größeren Schwung und Zug zu verleihen, wie es wohl Dr. Lueger fertiggebracht hätte. Auf ein Begrüßungstelegramm an den Kaiser Wilhelm sprach dieser in seiner Antwort an den Bürgermeister Dr. Neumayer seine Freude aus, daß das deutsch-österreichische Bundes- und Freundschaftsverhältnis auch in dem guten Einvernehmen der kommunalen Körperschaften so warmen Ausdruck finde.

Größeren Eindruck machte der Besuch der neuen Balkankönige. König Ferdinand mit der Königin Eleonore und den Prinzen Boris und Kyrill trafen am 1. Juni in Wien ein und wurden auf dem Bahnhofe vom Kaiser Franz Josef, den Erzherzogen, der Erzherzogin Maria Annunziata und den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden empfangen. Die Begrüßung war sehr herzlich, und auf der Fahrt nach der Hofburg drückte die Bevölkerung durch lebhafte Zurufe ihre Sympathien aus. Abends war Familiendiner in Schönbrunn. Am folgenden Tage machten die Gäste Besuche bei den Mitgliedern der kaiserlichen Familie, am Denkmal der Kaiserin Elisabeth legte das Königspaar einen Kranz nieder. Mittags fand in der Hofburg ein Frühstück beim Erzherzog Franz Ferdinand statt und am Abend war Galatafel in Schönbrunn. In seinem Trinkspruch hob Kaiser Franz Josef die erfolgreiche Wirksamkeit des Königs für das Gedeihen Bulgariens und für die Erhaltung des Friedens hervor. König Ferdinand sprach seine besondere ehrfurchtsvolle Bewunderung für die Person des Kaisers aus, in der er ein Unterpfand für die guten Beziehungen seines Landes zum Kaiserreiche erblicke. Die bulgarische Königsfamilie verabschiedete sich nach dem Cercle von den Mitgliedern des Kaiserhauses und begab sich am nächsten Vormittag nach Schloß Ebenthal. Nach zweijähriger Pause nahm Kaiser Franz Josef bei vorzüglichster Gesundheit an der Fronleichnamsprozession teil. Er wurde von den vielen Tausenden mit Jubel begrüßt, als er am Altar vor der Michaelerkirche erschien, wo die Prozession mit den Erzherzogen an der Spitze vorüberzog und später das Militär defilierte. Der Kaiser befand sich über Erwarten wohl und rüstig und ritt täglich spazieren. Am 8. traf König Nikolaus von Montenegro in Wien ein, wurde mit großen Ehren empfangen und auch vom Publikum sympathisch begrüßt. Seine Persönlichkeit ist ja von größerer Bedeutung wie sein Land. Von großem Interesse für ihn war sicher seine Teilnahme an der Parade der freiwilligen Automobil- und Motorradfahrer und die Auszeichnung durch Verleihung eines Regiments. Bei dem Galamahl ihm zu Ehren in Schönbrunn waren alle Mitglieder des Kaiserhauses anwesend. In seinem Trinkspruch gedachte Kaiser Franz Josef mit Anerkennung der mehr als fünfzigjährigen Regierung des Königs, dessen Anwesenheit in Wien die gute Nachbarschaft und Freundschaft beider Staaten noch fester gestalten werde. In längerer Rede erwiderte König Nikolaus mit lebhaftem Danke an den Kaiser und für die guten Beziehungen zum Kaiserreiche. „Die Wohlfahrt meines Volkes und die Aufrechterhaltung des Friedens bilden das höchste Ziel meiner Bestrebungen.“ (Vier Monate darauf erklärte der friedliebende König als Erster der Türkei den Krieg.) Er verabschiedete sich später vom Kaiser und den kaiserlichen Familienmitgliedern und verließ am anderen Tage Wien.

Inzwischen hatten sich auch die parlamentarischen Verhältnisse auf das kläglichste gestaltet. Die Wehrvorlage rückte nicht vorwärts, und zwar diesmal wegen der Obstruktion der Ruthenen, die zwar nicht unbegründeter war als alle anderen früheren Obstruktionen, aber wie sie jeden parlamentarischen Schritt hemmte. Als Mittler zwischen Polen und Ruthenen war es dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Frhrn. v. Heinold am 15. Juni gelungen, die Ruthenen zum Nachgeben zu bestimmen, wofür sie aber eine ernste Zusicherung verlangten. Diese sollte durch zwei kaiserliche Kundgebungen an die Ruthenen und an die Polen geschehen. Die Ruthenen waren damit zufrieden, aber nicht die Polen, die behaupteten, ihr Landsmannminister Dlugosz hätte gefragt werden müssen. Dieser gab seine Demission, und da sich der Polenklub demonstrativ für ihn erklärte, so reichte am 18. auch Frhr. v. Heinold seinen Abschied ein. Ob er mit seinem selbständigen Vermittlungsversuch recht getan hatte oder nicht, mag dahingestellt sein, jedenfalls wollten ihn die Polen deswegen zur Strafe aus dem Amte drängen. Der noch kranke Graf Stürgkh erklärte aber, er werde seinen Stellvertreter decken und eventuell mit dem ganzen Kabinett demissionieren. Das paßte aber den Polen mit Rücksicht auf den Kaiser nicht. Dieser lehnte das Demissionsgesuch des galizischen Ministers Dlugosz ab und verlangte einen Verständigungsversuch. Der erste blieb zwar ergebnislos, da aber der Polenklub mit seiner aus galizischen Vorkommnissen stammenden Feindschaft gegen den Minister des Innern vollständig allein stand, beschloß er einzulenken und stellte sich furchtbar gerührt über die doch selbstverständliche, dem Minister Dlugosz gegenüber getane Äußerung des Kaisers, daß er an der Loyalität der Polen nicht zweifle und daß die nationalen Fragen in Galizien nicht einseitig entschieden werden sollten. Damit war die vom Zaune gebrochene Ministerkrise zu Ende. Kaiser Franz Josef empfing am 28. Juni den rumänischen Minister Äußern Majorescu und am 29. den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, der sich bedankte für den Besuch, den ihm der Monarch vor zwei

Tagen gemacht hatte. Nachdem der Kaiser noch den Minister des Innern Frhrn. v. Heinold mit der Leitung des durch Todesfall erledigten Ackerbauministeriums betraut hatte, begab er sich am 4. Juli im besten Wohlbefinden nach Ischl zum gewohnten Sommeraufenthalte.

Die Tagung des Reichsrates.

Es hat sich wohl wiederholt gezeigt, daß die Völker Österreichs und auch ihre Vertreter doch das Gefühl der Gemeinsamkeit kräftig hervortreten lassen, sobald es not tut. Wenn sie freilich nach und zwischen den Gefahren des Reiches nur ein wenig wieder Atem schöpfen können, so kehren sie sofort zu ihren nationalen Faustkämpfen zurück, und die Amtssprache des Nachtwächters von Leitomischl wird wieder zur Staatsfrage ersten Ranges. Davon sind auch die Parlamentsverhandlungen erfüllt, in denen Dringlichkeitsanträge und Interpellationen obigen Inhalts größeres Interesse finden, als die eigentlichen Beratungsgegenstände. Diese werden meistens in den Ausschüssen sehr gründlich durchberaten, sind infolgedessen aber wohlbekannt, und darum werden die durchweg sehr fleißigen Ausschußberichte vor leeren Bänken gehalten. Die Debatten sind ebenfalls bloß noch eine leere Form, und die Reden werden bloß noch für die Zeitungen und die Wähler „zum Fenster hinaus" gehalten. Die Parteien wissen schon längst, wie sie stimmen oder was sie von der Regierung für ihre Stimmabgabe erpressen wollen. Von einer wirklichen Beratung im Plenum ist keine Rede mehr, obgleich der äußere Schein beibehalten wird um der Wähler und auch des Gesetzes willen. So ist es heutzutage in allen Parlamenten, in Österreich ist das Spiel hinter den Kulissen noch vielseitiger als anderswo, der Kuhhandel mit der Regierung aber die Hauptsache und die Plenarverhandlung eine Komödie wie überall. Abgesehen von einigen kleinen Entgleisungen ist aber der regelmäßige Gang der Verhandlungen in dieser Tagung niemals unterbrochen worden, überhaupt schien das Abgeordnetenhaus einen Schritt vorwärts gekommen zu sein. Es hat außer einigen wichtigen Gesetzentwürfen die großen militärischen Reformvorlagen verabschiedet, von denen die eine den Ausbau der Armee auf zwölf Jahre sicherstellt, während die andere an die Stelle des gänzlich veralteten Militärstrafverfahrens eine den modernen Anforderungen entsprechende Militärstrafrechtspflege setzt. Das meiste ist freilich erst in den letzten Wochen geleistet worden, auch sind nicht wenige Vorlagen unerledigt geblieben. Doch durfte das Ministerium Stürgkh mit dem Ergebnis der Tagung zufrieden sein, wenn auch die Erkrankung des Ministerpräsidenten einige Unsicherheit hervorgerufen hatte. Das eigentliche Verdienst gebührt indessen dem Kaiser, dem keine der bürgerlichen Parteien, allerdings aus sehr verschiedenartigen Beweggründen, die Wehrvorlage abzuschlagen getraute.

Das Abgeordnetenhaus trat am 5. März zusammen und machte am 29. Osterferien. Die ersten Sitzungen wurden mit den vom Vorjahre herübergenommenen Anträgen des Teuerungsausschusses, mit Anträgen über Richterernennungen in Böhmen, Begünstigung der Waffenfabrik-Aktiengesellschaft 2c. verbracht und erst am 14. die erste Lesung der Wehrvorlagen begonnen. Ministerpräsident Graf Stürgkh hielt eine längere einleitende Rede, in der er die Notwendigkeit und auch die Erleichterungen der Wehrreform hervorhob. Die ungarische Ministerkrisis bedeute keine Krise der Wehrvorlagen. Der Landesverteidigungsminister Frhr. v. Georgi betonte unter anderem, daß der Entwurf in Anbetracht von Dienstpflichterleichterungen von keinem Wehrgesetz der anderen Großmächte übertroffen werde. Die neue Militärstraßprozeßordnung entspreche den neuzeitlichen Grundsätzen. In der Debatte sprachen sich die Deutschen entschieden für die Vorlage ohne Rücksichtnahme auf Ungarn aus. Graf Barbo bekannte sich als warmer Anhänger des Dreibunds. Abg. Dr. Sommer ließ in seiner Rede erkennen, wie tief die Erkenntnis in die Deutschösterreicher eingedrungen ist, daß ihre Interessen eine positive Politik verlangen und nicht mehr im Gegensatze zum Staate wahrzunehmen sind. Es wäre freilich ein Wunder gewesen, wenn das Abgeordnetenhaus in den 26 Sitzungen vor Ostern seinen Charakter geändert hätte und zu einer raschen gesetzgeberischen Tätigkeit übergegangen wäre. Ein großer Teil der Zeit wurde, wie schon erwähnt, mit den gänzlich unfruchtbaren Anträgen zur Bekämpfung der Teuerung verbracht, die freilich den Zweck erfüllten, den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Nur einige kleinere Vorlagen und die Brüsseler Zuckerkonvention wurden erledigt, außerdem die erste Lesung der Wehrvorlagen und der neuen Wasserstraßenvorlage. Die Polen versprechen sich davon große Vorteile für Galizien, was die ihnen feindlichen Ruthenen zu einem Obstruktionsversuch veranlaßte. Die Verweisung dieser großen und einiger kleineren Vorlagen an die Ausschüsse bedeutete nicht viel mehr als die Verlegung des Kampfes aller gegen alle in diese. Die Tätigkeit der Ausschüsse stockte aber, weil die Italiener auf der Erledigung der italienischen Rechtsfakultät bestanden, den Deutschen die Steuervorlagen zu unpopulär erschienen, und die Ausgleichsverhandlungen in Böhmen ohne Resultat hin und her schwankten.

Da wegen der Vorgänge in Ungarn das Wiener Abgeordnetenhaus nicht zur raschen Erledigung der Wehr- und Steuervorlagen gedrängt wurde, kamen die parlamentarischen Parteien auf allerlei politisch unfruchtbare Gedanken. Die Ruthenen hatten Obstruktionsgelüste, Polen und Tschechen arbeiteten im geheimen für ein parlamentarisches Ministerium, was die Deutschen erbitterte, und im Deutschen Nationalverband machte der Abg. Wolf wieder einen radikalen Vorstoß, weil ihm die Haltung des Verbandes in der Wasserstraßenfrage und nach der Beantwortung der Interpellation über die sogen. lex Kolisko für Niederösterreich zu schwächlich dünkte. Er trat am 20. März demonstrativ aus, erklärte aber am folgenden Tage, er habe nur den Austritt aus dem Vorstand gemeint. Am 27. trat auch der deutschradikale Abg. Pacher aus dem Vorstand aus. Beide wurden indessen am folgenden Tage einstimmig wieder in den Vorstand

gewählt. In den beiden letzten Sitzungen kam es zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen zu heftigen Auseinandersetzungen und Lärmszenen, die zur zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen führten. Die letzte Sitzung am 29. dauerte über zwölf Stunden, da die aus acht Punkten bestehende Tagesordnung erledigt werden sollte. Dann vertagte sich das Haus bis zum 18. April. Die Polen hatten die erste Lesung des Wasserstraßengesetzes, das ausschließlich dem reinpolnischen Westgalizien Vorteile bringt, durchgesetzt. Die Ruthenen hatten sich dabei den Deutschen genähert.

Bei Beginn der nachösterlichen Sitzung hatte sich die Lage in Ungarn geändert. Vom Nachfolger des Grafen Khuen war eine rasche Förderung der Wehrvorlagen zu erwarten, und infolgedessen mußte nun das Ministerium Stürgkh ernstlich an die Sicherung einer Zweidrittelmehrheit dafür denken. Zunächst machten die Kroaten Schwierigkeiten, indem sie lärmend wegen der Aufhebung der verfassungsmäßigen Zustände in Kroatien interpellierten. Graf Stürgkh antwortete sehr richtig, daß es sich wohl eigentlich um eine innere Frage Ungarns handle, das österreichische Interesse erfordere aber, daß die südslawische Frage nicht einseitig von Budapest aus behandelt werde. In Ungarn war man darüber wütend und vergaß vor verletzter Eitelkeit ganz, welche Interessengemeinschaft zwischen Deutschen und Magyaren in den südslawischen Fragen besteht. Am 23. begann der Wehrausschuß die Beratung der Wehrvorlagen. In seiner einleitenden Rede sagte Graf Stürgkh, daß zwar keine äußere Gefahr drohe, daß aber die friedliche Entwicklung von außen her nicht bedroht werden dürfe und darum eine gesunde Entwicklung der Wehrkraft notwendig sei. Der Landesverteidigungsminister begründete am 25. die einzelnen Bestimmungen überzeugend, häufig mit dem Hinweis auf Deutschland, und schloß: „Die Armee hat Raum für alle Völker des Reiches... Üben Sie Gegenseitigkeit und halten auch Sie die Politik der Armee fern; schalten Sie diesen trennenden Faktor aus bei der Beratung über die Wehrverfassung des Reiches." Die Kroaten begannen trotzdem zu obstruieren, auch die Tschechen schickten sich an, Bedingungen zu stellen. Doch lagen die Verhältnisse im Hause noch immer so, daß die Vorlagen in kurzer Zeit durchgebracht werden konnten und für den in Ungarn aufgetauchten Vorschlag eines Provisoriums mit einjähriger Rekrutenbewilligung keine Stimmung vorhanden war. Das Haus beschäftigte sich inzwischen mit den beliebten Dringlichkeitsanträgen u. dgl. Zwischen den Deutschnationalen und den Christlichsozialen machte sich eine erfreuliche Annäherung bemerklich. Am 7. Mai kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen, und der Mißbilligungsausschuß hatte Mühe, die Sache beizulegen. Zu dem geschäftigen Nichtstun des Hauses kam leider auch noch die sicher nicht förderliche Erkrankung des Ministerpräsidenten. Und doch hätte die Notwendigkeit eines neuen Budgetprovisoriums das Haus daran erinnern müssen, wie fahrlässig es sich seinen Hauptaufgaben gegenüber benimmt.

Das Abgeordnetenhaus hatte sich seit dem 21. Mai hauptsächlich mit dem Gesetze über die Dienstpragmatik beschäftigt. Da nun in Ungarn das Wehrgesetz bereits durchgepeitscht worden war, mußte vor den Sommerferien noch das Budgetprovisorium, die „kleine" Finanzreform, das Rekrutenprovisorium und die Wehrvorlage durchgebracht werden. Die auf ein parlamentarisches Ministerium hinarbeitenden Polen und Tschechen machten jetzt Stimmung für die Verschiebung der Wehrvorlage bis zum Herbst, aber dagegen traten die deutschen Parteien energisch auf. Denselben Standpunkt nahm auch der Minister des Innern Frhr. v. Heinold im Namen des Ministerpräsidenten am 10. Juni in einer Obmännerkonferenz ein, in der die Sozialdemokraten und Ruthenen die Beratung des Budgetprovisoriums vor der Wehrvorlage verlangten. Die Regierung stellte eine Frist für die Annahme der Wehrreform bis zum 25. Die Mehrheitsparteien hatten nichts dagegen, selbst die Sozialdemokraten erhoben keinen ernstlichen Einwand, nur die Ruthenen erklärten, sie würden obstruieren, bevor nicht die ruthenische Universitätsfrage in ihrem Sinne entschieden worden sei. Die Ruthenen wollen die Universität nach Lemberg haben, wogegen aber die Polen protestierten mit der historisch falschen Behauptung, daß Lemberg eine polnische Universität sei. Die Ruthenen begannen im Wehr- und Budgetausschuß zu obstruieren, das Haus hatte kein Mittel dagegen. Vor einigen Tagen hatte es über die ernste Mahnung der Regierung erhaben gemurrt, jetzt rief es sie an, sie solle gegen die Ruthenen helfen. In welcher Weise dies geschah, und wie daraus durch Einmischung der Polen eine Ministerkrise wurde, ist bereits erzählt worden. Am 18. waren endlich alle Hindernisse für die rechtzeitige Erledigung der Wehrvorlagen und des Budgetprovisoriums — sowie auch für die Weiterzahlung der Diäten, die bei erzwungener Anwendung des § 14 weggefallen wären — beseitigt. Nun wurde im Galopp gearbeitet, am 19. das Gesetz über die Dienstpragmatik endgültig angenommen, am 20. die Generaldebatte über die Wehrvorlagen beendet und am 21. in namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 95 Stimmen das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen. (Der deutsche Reichstagsabgeordnete Bebel befand sich auf der Tribüne.) Am 27. war die in vier Gruppen geteilte zweite und dritte Lesung beendet, und am 28. nahm auch das Herrenhaus die Vorlagen an, wobei Frhr. v. Georgi die unbedingte Notwendigkeit der deutschen Dienstsprache betonte. Dienstsprache und Kommandosprache seien nicht voneinander zu trennen. So war die seit zwanzig Jahren notwendige Armeereform auf zwölf Jahre gesichert.

Das als schwächlich und krank hingestellte Ministerium Stürgkh hatte sich dabei durchaus geschickt benommen. Die Annahme in Ungarn hatte die obstruktionslustigen Parteien des Reichsrates in eine unbehagliche Lage versetzt. Die Regierung konnte nun andeuten, daß sie die Wehrvorlagen mit Anwendung des § 14 in Kraft setzen werde, wogegen sich im Lande keine Hand gerührt hätte. Der Notparagraph gilt aber bloß beim Schlusse des Hauses, und dann wären die Diäten weggefallen.

Darum suchten die davon bedrohten Abgeordneten ihren verborgenen Patriotismus hervor, und die Zweidrittelmehrheit kam reichlich zusammen. Daß dabei durch den Austritt der Radikalen der Tschechenklub in Brüche ging, war als Nebengewinn auch nicht zu verachten. Am 2. Juli war das Budgetprovisorium bis zum Jahresschluß, am folgenden Tage auch im Herrenhause die Militärstrafprozeßordnung, am 4. Juli im Abgeordnetenhause die Vorlagen über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung angenommen worden. Nachdem die Hauptarbeit, nicht von allen aus eigenem Trieb, getan worden war, riß der gewohnte Wirrwarr wieder ein, im Deutschen Nationalverband kriselte es abermals, bei den Christlichsozialen traten sieben Mitglieder aus, die Polen kündigten an, daß sie einen Regierungswechsel anstreben rc. Am 5. Juli wurden in einer förmlichen Ramschsitzung noch eine Reihe dritter Lesungen und 38 Wahlproteste erledigt. Selbstverständlich mußte alles mit der größten Schnelligkeit durchgepeitscht werden, und die Sozialdemokraten benutzten die schöne Gelegenheit, ungehindert die anderen Parteien mit den gröbsten Beschimpfungen zu bedenken. Dann vertagte sich das Haus bis zum Herbst.

Das Intermezzo der Delegationen.

Die Delegationen hatten am Ende des Jahres 1911 ein viermonatliches Budgetprovisorium beschlossen, das Ende April ablief. Es mußte demnach bis dahin etwas geschehen, um die Kontinuität der Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten zu sichern. Die Krone und die österreichische Regierung waren für eine ausgiebige Delegationssession, aber in einem gemeinsamen Ministerrat am 14. April erklärte sich Graf Khuen-Hedervary dagegen, weil er angeblich Erörterungen über die Suspendierung der kroatischen Verfassung nicht wünschte. Der Hauptgrund dürfte aber wohl die Absicht gewesen sein, vor der definitiven Delegationssitzung den in Ungarn unbeliebten Kriegsminister Frhrn. v. Auffenberg zu beseitigen. Graf Khuen reichte wegen der Meinungsverschiedenheiten seine Demission ein. Weil die Delegationen in Wien tagten, mußten die Beratungen des ungarischen Abgeordnetenhauses unterbrochen werden. Wegen der in beiden Parlamenten in der Schwebe befindlichen Wehrvorlagen wurde vorläufig nur eine kurze Delegationssitzung in Aussicht genommen, bei der das Hauptinteresse dem Auftreten des neuen Ministers des Äußern Grafen Berchtold zugewendet sein mußte. Die beiden Delegationen traten am 30. April zusammen. In der österreichischen widmete der Präsident Dobernig, in der ungarischen der Vizepräsident Graf Zichy dem Grafen Aehrenthal einen tief empfundenen Nachruf. Graf Berchtold legte ein sechsmonatliches Budgetprovisorium vor. Im ungarischen Viererausschuß gab er dann sein Exposé über die auswärtige Lage, das, in sehr warmer und überzeugender Tonart gehalten, ein volles Bekenntnis zur Politik seines Vorgängers war. Dennoch war die Rede reich an Wendungen, die Aufmerksamkeit verdienten und Beachtung fanden. Hatte vor wenigen Tagen Ssasanow in der Duma aufgefordert, den umlaufenden Kriegsgerüchten keinen Glauben zu schenken, da dem Frieden unter den Völkern in nächster Zeit keine Gefahr drohe, so bezeichnete Graf Berchtold die äußere Lage zwar auch nicht als ungünstig, wies aber doch auf gewisse Reibungsflächen hin, welche infolge der neuen Gruppierung der Mächte neue Interessenkreise und dadurch eine gewisse Unruhe erzeugt haben. Die übrigen Ausführungen waren indessen geeignet, das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens zu stärken. Man erhielt durchaus den Eindruck, daß Graf Berchtold ausspricht, was ist, und da er zum erstenmal von dieser Stelle sprach, betonte er manches, was Graf Aehrenthal nicht in jeder Rede zu wiederholen brauchte.

Das gilt besonders von der Darstellung des Verhältnisses zu den anderen Dreibundmächten, namentlich zu Deutschland. „Innerhalb des Dreibundes steht unser Verhältnis zum Deutschen Reiche unentwegt im Zeichen des innigsten Einvernehmens. Im Laufe jahrzehntelangen Zusammengehens zur Ausdrucksform eines innigen Solidaritätsbewußtseins geworden, besitzt dasselbe in dem unverbrüchlichen Freundschaftsverhältnisse der beiden Monarchen seine höchste Weihe. Die kürzliche Anwesenheit Sr. Majestät des Kaiser Wilhelms in Schönbrunn hat diese glückliche Tatsache wiederum in Erscheinung treten lassen und den verbündeten Herrschern Gelegenheit gegeben, das auf tiefgewurzelten Traditionen und nach übereinstimmenden Endzielen eingestellte Wirken der zwei Zentralmächte neuerdings zu bestätigen und zu bekräftigen." Mit großer Wärme sprach er sich auch über das Verhältnis zu Italien aus, indem er besonders hervorhob, daß die herzliche Beileidskundgebung des Marchese di San Giuliano beim Ableben des Grafen Aehrenthal „Zeugnis gab von dem hohen Werte, den man in Rom den loyalen Bestrebungen des Grafen beilegte, das Verhältnis der Alliierten möglichst vertrauensvoll zu gestalten", und er versicherte, daß „mit dem Personenwechsel keine Änderung unserer Politik eingetreten sei". Das verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil die Stellung Österreich-Ungarns zwischen dem verbündeten Italien und der befreundeten Türkei wegen seiner großen Balkaninteressen überaus heikel ist und die Einhaltung eines Weges erfordert, der den eigenen Interessen dient, ohne den italienischen Bundesgenossen und den türkischen Freund zu verletzen. Sehr bemerkenswert ist der Passus, der sich auf Rußland bezieht. Während Ssasanow wohl mit Rücksicht auf die nationalistische Dumamehrheit nur in sachlicher Weise von der Anbahnung freundlicher Beziehungen zur Donaumonarchie gesprochen hatte, war Graf Berchtold viel wärmer. Er kennt die Russen aus eigener Erfahrung und weiß, daß man sie durch Entgegenkommen gewinnt. Er erinnert an den Depeschenwechsel mit Ssasanow bei seinem Amtsantritt, in dem die Absicht auf beiden Seiten, im Dienste des Friedens zu wirken, ausgesprochen worden sei, und versichert, die letzten Erklärungen Ssasanows seien ein „wertvolles Unterpfand für die weitere freundschaftliche Ausgestaltung des wechselseitigen Verhältnisses", das

noch im Anfangsstadium stände. Ferner sprach er von den „ausnehmend guten Beziehungen, welche wir mit Frankreich unterhalten", und schließlich von dem „ehrlichen Streben" Österreich-Ungarns, auch „mit England die traditionell guten Beziehungen zu pflegen".

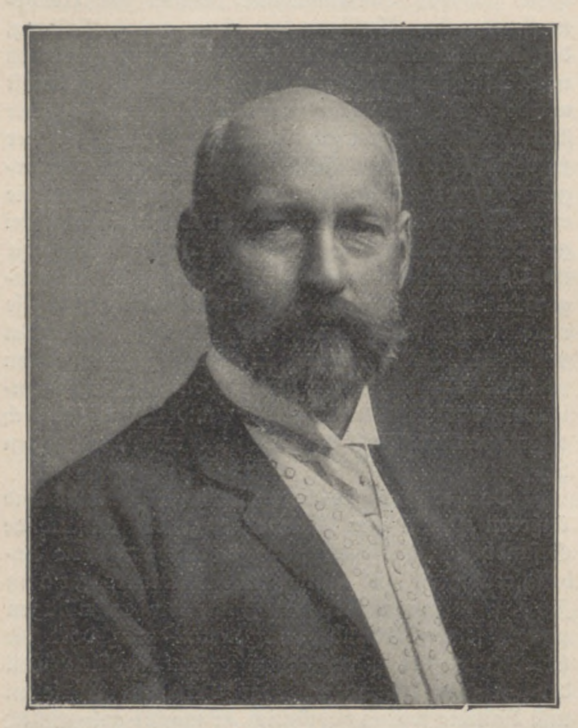
Die feine Abstufung in der Färbung der Beziehung zu den Mächten war ein treffliches Stück diplomatischer Arbeit. Ebenso interessant wie überzeugend klangen die Ausführungen über die Balkanländer. Österreich-Ungarn ist eben kein Balkanräuber, sondern mit Rußland darauf bedacht, die jetzigen Zustände dort zu befestigen. Zum Schlusse gedachte der Minister noch der wirtschaftlichen Interessen der Monarchie in Marokko und China und endete mit einem warmen Appell an den Patriotismus der Delegierten, die für die Wehrmacht notwendigen Opfer zu bringen, die der Monarchie wie dem Dreibund zu statten kommen und die Friedensgarantien vergrößern würden. Die Ausführungen des Ministers des Äußern fanden in beiden Delegationen fast ungeteilte Zustimmung bis tief in die tschechischen Reihen hinein. Damit war der Höhepunkt der Session erreicht. Nach dem beifällig aufgenommenen Exposé des Reichsfinanzministers Dr. v. Bilinski wurde das Budgetprovisorium angenommen. In der österreichischen Delegation wurden von den Südslawen die Vorgänge in Kroatien und Bosnien in ihrem Sinne breitgetreten, natürlich ohne praktisches Ergebnis. Dasselbe war auch der Fall mit der von den Polen hereingezogenen Frage der Enteignung und der Behandlung slawischer Auswanderer in Preußen. Die Delegationen schlossen ihre Verhandlungen nach konstatierter Übereinstimmung der Beschlüsse am 3. Mai.

Politische Vorgänge im zweiten Halbjahr.

Großes Aufsehen erregte der vom Kaiser auf wiederholtes, durch ein hartnäckiges Leiden begründetes Ansuchen genehmigte Rücktritt des beliebten Erzherzogs Eugen vom aktiven Dienste. An seine Stelle als Armeeinspektor trat der frühere Generalstabschef Frhr. Conrad v. Hötzendorf. An die am 9. Juli beendete gemeinsame Ministerkonferenz zur Beratung des Reichsbudgets knüpfte die Börsenpresse allerlei Gerüchte über die Neubewaffnung der Artillerie. Es sollte wohl wieder einmal eine Hausse in den Aktien der Skodawerke hervorgerufen werden. Die Feldartillerie entspricht aber, auch in betreff des Rohrmaterials, allen zeitgemäßen Anforderungen. Es kann sich in Zukunft nur um neue Positionsgeschütze und Haubitzen handeln. Die Meutereien türkischer Truppen hatten das Vertrauen in die Behauptung der Türkei stark erschüttert, und es regten sich Stimmen, die deswegen eine aktivere Politik am Ballplatze in Wien verlangten. Das Herrenhausmitglied Graf Kuefstein regte an, Österreich-Ungarn müsse einen direkten Schienenweg nach Saloniki mit Anschluß nach Griechenland fordern, Frhr. v. Chlumetzky behauptete, Österreich-Ungarn könne nicht so gleichmütig wie Deutschland der Machtverschiebung im Mittelmeer zu Gunsten Italiens zusehen und werde unter Umständen unabhängig vom Dreibund auf Kompensationen dringen müssen. Diese Forderungen unverantwortlicher Politiker machten zwar selbst im Ausland Aufsehen, das der Monarchie nicht günstig war, hatten aber sonst keinen Zweck. Daß die Verhältnisse auf dem Balkan vom Grafen Berchtold mit Aufmerksamkeit verfolgt wurden, ging wohl daraus hervor, daß er seinen Kuraufenthalt in Karlsbad unterbrach und Ende Juli nach Kaltenleutgeben ging, um den entscheidenden Stellen näher zu sein. In den ersten Tagen des August wiederholte sich das Börsenmanöver wegen der Neubewaffnung der Artillerie in einer neuen Fassung, die an eine Audienz des Kriegsministers Freiherrn v. Auffenberg beim Kaiser in Ischl geknüpft wurde. Es erfolgte ein promptes Dementi. Die Börse, die sich schon stark engagiert hatte, sah sauer zu dem gescheiterten Geschäft. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade um diese Zeit die ersten Leitmotive zu dem späteren Teuerungsgeschrei gegeben wurden, daß sie aber diesmal, anders wie im Vorjahre, nicht von der Sozialdemokratie ausgingen. Auch sonst gab die Sommerpause der Presse reichlichen Anlaß, Unruhe zu säen und Unfrieden zu stiften. Der Ausgleich in Böhmen, Streitereien zwischen den Deutschen der Alpen- und Sudetenländer, das Streben der Polen und Tschechen nach einem parlamentarischen Kabinett 2c. lieferten den Stoff.

Das erfreulichste Ereignis in der inneren und äußeren Politik der Monarchie ist die anhaltende Gesundheit und Geistesfrische, die ungebrochene Arbeitsfreudigkeit und -fähigkeit des Kaisers Franz Josef. Er verbrachte in Ischl, wie er zu sagen pflegt, seinen Urlaub, doch nimmt auch dort die Erledigung der Staatsgeschäfte den größten Teil der Zeit in Anspruch. Sein Befinden, Aussehen und Haltung waren vorzüglich, er machte gelegentlich einen Spazierritt und ging zuweilen auf die Jagd. Am 16. August empfing der Monarch den Grafen Berchtold zu längerer Audienz. Der Kaiser genehmigte dessen Plan, die Mächte möchten in eine Konvention über alle in der Türkei schwebenden Fragen eintreten, und er verlieh ihm am 17. den Orden vom Goldenen Vlies. Am folgenden Tage war Kaisers Geburtstag, den alle Völker der Monarchie mit Stolz und Freude begehen. In den Garnisonsorten wurden Feldmessen abgehalten, und in den Gotteshäusern aller Konfessionen fanden überall Gottesdienste statt. In Bad Ischl, das reichen Festschmuck trug, wohnte der Kaiser in der Kapelle seiner Villa einer Messe bei und nahm dann die Glückwünsche der Mitglieder der kaiserlichen Familie entgegen. Nachmittags fand Familiendiner statt, zu dem u. a. auch der Bischof von Linz Dr. Hittmair zugezogen war. Prinz Leopold von Bayern brachte im Namen der Anwesenden den Glückwunsch aus, den der Kaiser stehend anhörte und dafür in kurzen Worten herzlich dankte. Jeder Tischteilnehmer erhielt eine silberne Statuette, die den Kaiser als Oberstinhaber seines Jägerregiments darstellt, und eine Photographie, die ihn auf der Jagd mit einem erlegten Hirsch zeigt. Den Feiertag schloß wieder eine Volksbelustigung. Während sich in Ischl, wie überall, das Nationalfest in ungetrübter Freude abspielte, brachte

in Wien der entlassene Irrsinnige Hermann Prinz vor der Stephanskirche dem Generalvikar Weihbischof Dr. Pfluger, der sich zum Hochamt begeben wollte, durch einen Messerstich in die Schulter eine schwere Verletzung bei. Der Kaiser hatte dem Minister des Innern Frhrn. v. Heinold und dem Finanzminister v. Zaleski den Eisernen Kronen-Orden I. Kl. verliehen. Graf Stürgkh hatte die Geschäfte des Ministerpräsidiums wieder übernommen. Am 24. August machte Graf Berchtold



Dr. Rudolf Schuster Edler von Bonott, Handelsminister.

mit Gemahlin dem rumänischen Königspaare in Sinaja einen mehrtägigen Besuch, der zwar als Antrittsvisite galt, aber doch wegen der direkten Einladung durch den König, der politischen Zuspitzung auf dem Balkan und der neulichen Anregung des Grafen allgemeines Aufsehen erregte und unzweifelhaft die enge Freundschaft der beiden Donaustaaten bekundete.

Der deutsche Reichskanzler traf am 7. September in Wien ein, um dem Grafen Berchtold in Buchlau seinen Besuch zu machen. Mit demselben Zuge waren auch Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin in Wien angekommen und zogen Herrn v. Bethmann Hollweg auf dem Bahnhofe in ein längeres Gespräch. Mit dem Reichskanzler traf zugleich auch der Botschafter Graf Szögyeni-Marich in Buchlau ein. Der Besuch war ein Freundschafts- und Jagdbesuch, die geladenen Herren hatten ihre Damen mitgebracht, Pirschgänge und Ausflüge trotz des wenig günstigen Wetters herrschten vor. Indessen hatte der zweitägige Besuch den Staatsmännern Gelegenheit gegeben zu eingehenden Unterredungen über alle schwebenden politischen Fragen, namentlich die des Balkans. Es bestand zwischen ihnen volle Übereinstimmung. Der grüne Tisch des Konferenzzimmers, wo am 16. September 1908 Aehrenthal und Iswolski das Protokoll über die beabsichtigte Annexion aufgenommen hatten, spielte diesmal keine Rolle, so merkwürdig er immerhin war. Es wurde alles zwanglos unter guten Freunden besprochen. Der Reichskanzler kehrte am 8. abends über Troppau, von wo er den Fürsten Lichnowsky in Grätz besuchte, nach Berlin zurück. An demselben Tage hatte Kaiser Franz Josef bei bester Gesundheit Ischl verlassen. Trotz strömenden Regens riefen ihm Badegäste und Einheimische Abschiedsgrüße und jubelnde Rufe: Auf Wiedersehen! zu. In den nächsten Tagen sollte in Wien unter Entfaltung kirchlichen und weltlichen Pompes der 23. eucharistische Kongreß abgehalten werden, dessen Protektorat der Kaiser übernommen hatte, und zu dem der Papst einen besonderen Legaten, den Kardinal v. Rossum, abgesandt hatte. Die Teilnahme war großartig, über 70.000 Anmeldungen aus 14 Nationen waren eingegangen. Der Kardinallegat traf am 10. in Wien ein, wurde vom Nuntius, dem Fürsterzbischof Nagl und dem Bürgermeister Dr. Neumayer empfangen und zur Stephanskirche geleitet. Er begab sich dann zur Überreichung eines päpstlichen Handschreibens in die Hofburg. Am folgenden Tage wurde der Kongreß in der Rotunde feierlich eröffnet. Der unpolitische Charakter der Versammlung wurde mehrfach betont. Zahlreiche Massenveranstaltungen hat Wien schon erlebt, keine aber hat das Bild der Stadt in gleichem Maße verändert, wie Freunde und Gegner der kirchlichen Demonstration zugeben mußten; auch die Veranstalter hatten eine so großartige Kundgebung nicht erwartet, die nicht zum geringsten Teile auch dem Kaiser galt. Die große Messe im Stephansdome zur Einholung des Allerheiligsten wurde im Beisein des Kaisers und aller Erzherzoge vom bulgarischen Vikar und Erzbischof Manini gelesen. Am 14. September fand in der Hofburg Empfang für die namhaften Teilnehmer des Kongresses statt.

Am 10. September war Ministerpräsident Graf Stürgkh durch die Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens ausgezeichnet worden, der Landesverteidigungsminister FML. v. Georgi erhielt den Freiherrntitel, Frhr. v. Heinold wurde für seine Stellvertretung durch ein kaiserliches Handschreiben belobt. Am 20. erfolgte die durch den Tod des Ackerbauministers Braf und den Rücktritt des erkrankten Handelsministers Dr. v. Rößler notwendige Vervollständigung des Ministeriums. Der bisherige Gouverneur der Postsparkasse Dr. Schuster v. Bonott wurde Handelsminister und Senatspräsident des Verwaltungshofes Zenker Ackerbauminister. Die Ernennungen brachten politisch keine Neuerungen, in landwirtschaftlichen Kreisen wurden freilich bei dem neuen Ressortchef alle Fachkenntnisse vermißt. Indessen Graf Stürgkh hatte sein Beamtenministerium erhalten und neu aufgefrischt, von dem parlamentarischen Kabinett der Polen und Tschechen war für die nächste Zeit keine Rede mehr, wenn auch der tschechische und polnische Einfluß im Ministerium, in Böhmen und Galizien weiter bestand. Am Namenstag des Kaisers (4. Oktober) wurde in Wiener-Neustadt ein

von gegenwärtigen und früheren Angehörigen der dortigen Militärakademie gestiftetes Denkmal des Kaisers Franz Josef enthüllt. An der Spitze des Komitees stand General d. J. Frhr. v. Fejervary, das künstlerisch gelungene Standbild war ein Werk des Bildhauers Fritz Weghaupt. Die ersten Tage des Monats hatten die Kriegserklärung auf dem Balkan gebracht. Obgleich sie den amtlichen Kreisen nicht mehr unerwartet kam, rief sie unter den Mitgliedern der versammelten Delegationen doch große Aufregung hervor, denn niemand konnte im Zweifel darüber sein, daß diese Geschichte der Monarchie ein gutes Stück Geld kosten würde. Die Presse suchte anfangs zu beschwichtigen, um den unvermeidlichen Zusammenbruch der Börse hintanzuhalten, an der einzelne Industriewerte zu Kursen hinaufgetrieben worden waren, die auch in den friedlichsten Zeiten in keinem Verhältnis zum wirklichen Ertragswert standen. Aber mit der Redensart, Österreich-Ungarn und Rußland könnten und müßten den Krieg verhindern, waren doch die Balkanstaaten nicht zurückzuhalten, die sich nun einmal in die Kosten der Mobilisierung gestürzt hatten und gar nicht mehr zurück konnten. Sollte man gegen sie Krieg führen? Das wäre doch noch schlimmer gewesen. Die Börsenpresse wollte darauf auch aus der Äußerung des Grafen Berchtold in den Delegationen einen „Schreckschuß" machen, weil er gesagt hatte, Österreich-Ungarn werde seine Balkaninteressen „unter allen Umständen" wahren. Das wenigstens verstand sich doch wahrlich von selbst. Daneben tauchten allerlei Tatarennachrichten auf, eine gewaltige Baissepartei hoffte, ihren Weizen einbringen zu können, und aus Budapest, Warschau, London und Paris ergoß sich eine Flut aufregender Meldungen, die nur diesem Zwecke durch Unruhestiftung dienen sollten. Eine der dümmsten Erfindungen behauptete, der Chef des Generalstabes FML. Schemua habe geäußert, man werde sofort in den Sandschak einmarschieren. Wenn Österreich-Ungarn ein ernstes Wort mit Serbien zu sprechen hat, so liegt doch Belgrad vor der Tür, und man wird in aufgeregten Zeiten nicht einen Teil der Armee in eine Mausefalle schicken. Selbstverständlich hat sich Graf Berchtold nicht näher darüber ausgesprochen, was Österreich-Ungarn als sein Lebensinteresse auf dem Balkan betrachtet, vorläufig genügte der Anschluß an den Vorschlag Poincarés auf Aufrechterhaltung des status quo.

Nach Schluß der Delegationen machte Graf Berchtold den schon lange beabsichtigten Besuch in Italien. Es waren fünfzehn Jahre verflossen, seitdem Graf Goluchowski dort einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Daß Graf Berchtold die im Dreibund sonst übliche Gepflogenheit wieder aufnahm, wurde ihm in Italien hoch angerechnet. Wenn auch offiziös angekündigt wurde, daß der Besuch keinen besonderen politischen Zweck verfolge, so lag doch in den plötzlich geänderten Verhältnissen Stoff genug für den freundschaftlichen Gedankenaustausch. Die dreibundfeindliche Presse hätte gern bei der Gelegenheit herausgebracht, wie es mit der Verlängerung des Bündnisses stehe. Sie hätte nur zu beobachten brauchen. Während des tripolitanischen Krieges hatte Italien von seinen Verbündeten wertvolle Dienste, von Frankreich und England dagegen mancherlei Scherereien erfahren; nur mit Rußland stand es sich noch gut. Das italienische Volk hatte daraus seine Schlüsse gezogen und wußte, wer ihm das Emporsteigen zur Mittelmeermacht nicht gönnte. Insofern war der Besuch des Grafen Berchtold beim Marchese di San Giuliano und seine Vorstellung beim König Viktor Emanuel doch mehr als eine bloße



Franz Zenker, Ackerbauminister.

Höflichkeit. Graf Berchtold reiste am 20. Oktober mit seiner Gemahlin von Wien ab und traf am folgenden Tage mit dem Marchese di San Giuliano in Pisa zusammen. Am 22. fuhren sie im Automobil nach San Rossore, wo Graf Berchtold vom König Viktor Emanuel empfangen wurde und ihm ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef überreichte. Später fand ein Frühstück statt, nach dem das Königspaar den Grafen Berchtold und seine Gemahlin in längere Unterhaltung zogen. Der König verlieh dem Botschafter die Kette zum Annunziatenorden und übergab ihm ein Handschreiben an den Kaiser Franz Josef. Am nächsten Tage begaben sich Graf Berchtold und Marchese di San Giuliano mit ihren Gemahlinnen nach Florenz. Die Pariser Blätter zerbrachen sich vergeblich den Kopf darüber, ob der Dreibund verlängert worden sei.

Die ganze politische Lage im Innern wurde von nun an, im Guten wie im Schlimmen, ausschließlich von den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel beherrscht. Die Entwicklung der Dinge ließ bald erkennen, daß sich der Standpunkt der Mächte auf Erhaltung des status quo nicht aufrecht erhalten ließ. Damit wuchsen natürlich die Schwierigkeiten für die Monarchie, die die Rolle des

„Gendarmen Europas“ von sich weisen mußte, wenn auch die Ankündigungen von serbischer und montenegrinischer Seite nur Neugestaltungen in Aussicht stellten, die eine unverkennbare Spitze gegen Österreich-Ungarn haben mußten. Die Formel, daß die Monarchie auf der Balkanhalbinsel nur wirtschaftliche Interessen habe, genügte nicht mehr. Wie freilich die politischen Interessen wahrzunehmen seien, war nicht so einfach, denn Österreich-Ungarn stand ja nicht allein den Balkanstaaten gegenüber, sondern mußte namentlich auf Rußland, aber auch auf seine Verbündeten Rücksicht nehmen, die nur im äußersten Notfalle in einen möglichen europäischen Krieg verwickelt werden durften. Nachträgliche Betrachtungen darüber, ob Aehrenthal recht getan, als er den Sandschak aus Gefälligkeit für die Pforte aufgegeben hatte, konnten keinen Zweck mehr haben, nachdem die Türkei sich nicht als widerstandsfähig erwies. Der Kaiser hatte sich am 4. November nach Budapest begeben, wo er bis zum 21. blieb. In Wien und Budapest wurde viel beraten und verhandelt, am 5. hatte Erzherzog Franz Ferdinand eine lange Beratung mit dem Grafen Berchtold über die politische Lage, verschob auch seine Reise nach Berlin um einige Tage und begab sich am 11. nach Budapest zum Kaiser Franz Josef. Dort war auch der bulgarische Kammerpräsident Danew angekommen, der vom Kaiser Franz Josef empfangen wurde und mit dem Erzherzog Franz Ferdinand, dem Grafen Berchtold und dem deutschen Botschafter v. Tschirschky und Bögendorf verhandelte. Die bulgarische Entwicklung hatte für Österreich-Ungarn weniger direktes Interesse, außer was die Entschädigung Rumäniens betraf, aber in Belgrad hatte es angezeigt, daß es auf der Autonomie Albaniens bestehe und großserbische Agitationen nicht dulden werde. Serbien verhielt sich ablehnend dagegen. In einem Marschallsrat in Budapest war am 11. die teilweise Mobilisierung der drei an der serbischen Grenze liegenden Armeekorps beschlossen, die Nachricht darüber aus naheliegenden Gründen aber dementiert worden. Aus Anlaß des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei wurden in diesen Tagen sehr herzliche Telegramme zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem König Viktor Emanuel gewechselt.

Die Zeitungen begannen unruhig zu werden und die großen Tagesfragen mit der üblichen Leitartikelgeschwindigkeit zu entscheiden, was natürlich auch die Bevölkerung beunruhigte. Dazu trug auch der wieder auffrischende nationale Hader bei. Die Slawen, insbesondere die im Süden, fühlten sich bei den erfolgreichen Kämpfen der Rassengenossen auf dem Balkan gehoben, auch der Ausgleich in Böhmen war daran gescheitert. Die Blätter brachten viele übertriebene Berichte über serbische Gewalttaten gegen österreichisch-ungarische Konsuln und forderten eine kraftvollere Politik. Rußland hatte inzwischen seine Probemobilisierung vom Spätsommer in seinen an Österreich-Ungarn angrenzenden Gouvernements bestehen lassen und offenbar wegen der militärischen Vorkehrungen Österreich-Ungarns noch erweitert. Es lag nahe, daß es eine Gewaltpolitik gegen Serbien verhindern wolle. Indessen hatte in einer längeren Audienz beim Kaiser Nikolaus am 26. November der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Thurn-Valsassina die Versicherung erhalten, Rußland werde nur Friedenspolitik treiben. Dasselbe versicherte auch Ssasanow, aber er wie der Zar waren doch der russischen Volksstimmung Rücksichten schuldig, die gerade jetzt von den sonst machtlosen Panslawisten stark erregt wurde. In die Aufregung dieser Tage fiel auch ein freudiges Ereignis. Auf Schloß Wartholz bei Reichenau wurde dem zukünftigen Thronerben, dem Erzherzog Karl Franz Josef, am 21. November ein Sohn geboren, der am 25. in der Taufe den Namen Franz Josef erhielt. Vertreter des Kaisers als Pate war der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Das Ereignis fand unter großen Feierlichkeiten statt, den Taufakt vollzog der Kardinal Fürsterzbischof Dr. Nagl von Wien. Vor einiger Zeit war von einem beabsichtigten Besuche des Generalstabschefs FML. Schemua in Bukarest die Rede gewesen. Es fiel auf, daß der Armeeinspektor Frhr. Conrad v. Hötzendorf am 28. diese Reise antrat. Er fand in Bukarest eine großartige, bei der Bevölkerung geradezu stürmische Aufnahme. Er überbrachte dem König Karol ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef. Bei den intimen Beziehungen zwischen beiden Höfen und Staaten war zwar diese Reise nichts Ungewöhnliches, es verstand sich aber doch von selbst, daß sie unter den obwaltenden Umständen von besonderer politischer Bedeutung war. In wenigen Tagen wurde offenkundig, warum gerade Frhr. v. Conrad gereist war. Am 9. Dezember wurde bekannt, daß der Kriegsminister v. Auffenberg durch den FZM. Krobatin und der Generalstabschef FML. Schemua durch Frhrn. Conrad v. Hötzendorf ersetzt worden war.

Dieser Personenwechsel erregte das größte Aufsehen, von sensationell veranlagten Leuten wurde namentlich die Rückkehr des Frhrn. v. Conrad in seine frühere Stellung als Anzeichen einer kriegerischen Wendung aufgefaßt. Das war ebenso irrig, als daß der Kriegsminister den Ungarn geopfert worden sei. Sie hatten ihn ja bei den Delegationen schon ziemlich in Ruhe gelassen. Unter den zahlreichen Lesarten über diese Veränderung dürfte wohl die eine richtig sein, daß die beiden ausgeschiedenen Militärs ihre mündlichen Berichte an den Kaiser und den Thronfolger dem Temperament dieser hohen Herren angepaßt hatten, was schließlich zu Unzuträglichkeiten führen mußte. Die Beunruhigung machte auch bald einer kühleren Auffassung Platz. In ganz Österreich, namentlich in dem für außenpolitische Fragen sonst wenig empfänglichen Wien, hatte sich eine fast kriegsbegeisterte Stimmung herausgebildet, das längst vergessene Volkslied „Prinz Eugen“ wurde wieder lebendig. Daran waren hauptsächlich die einfältigen Demonstrationen serbischer und anderer slawischer Studenten und das Gebaren der Sozialdemokraten schuld. In Wien, Brünn ꝛc. faßten die Stadtvertretungen patriotische Entschließungen, auch der Industrierat sprach sich am 11. Dezember in diesem Sinne aus. Die gehobene Stimmung wurde nur

vielfach durch die sensationellen Übertreibungen und die gehässige Schreibweise eines großen Teiles der Presse mißleitet, die gar nicht begreifen will, daß sie damit die Aufgabe der eigenen Diplomatie erschwert, die doch bei der heutigen politischen Konstellation des Weltteiles nur — aber ohne Krieg — erreichen wird, was der Dreibund als berechtigt anerkennt und mit seiner Macht zu verteidigen bereit ist. Was darüber hinaus die Zeitungsphantasie ersinnt, würde Österreich-Ungarn auch im opfervollsten Kampfe nicht erlangen können. Gegen das Ende des Jahres stellte sich größere Beruhigung ein, Kaiser Franz Josef konnte schon am 16. Dezember einer Deputation gegenüber erklären, daß sich die äußeren Verhältnisse gebessert hätten, und da an demselben Tage auch der russische Ministerpräsident Kokowzew geäußert hatte, er halte es nicht für erforderlich, die Mächtegruppen gegeneinander auszuspielen, lag kein Grund mehr vor, den Ausbruch eines Weltkrieges infolge der Balkankämpfe zu befürchten.

Die doppelte Session der Delegation.

Es hatten zwar schon vor Neujahr und wieder im Frühjahr kurze Delegationsverhandlungen stattgefunden, aber diese hatten sich bloß mit der Bewilligung von Budgetprovisorien beschäftigt. Es mußte darum mit dem Budget für 1912 formell Ordnung gemacht werden. Das sollte in der am 24. Oktober in Wien einberufenen Delegationssession geschehen, zugleich waren für die äußere Politik Erörterungen über die Verschiebungen der Machtverhältnisse im Mittelmeer zu erwarten, und schließlich traten nach der kriegerischen Entwicklung auf der Balkanhalbinsel auch noch neue Heeresforderungen hinzu und standen in den letzten Wochen im Vordergrund der Beratung. Der Empfang der Delegierten in der Hofburg fand in der üblichen Weise statt. Zuerst erschien die ungarische Delegation, deren Präsident Lang die Ansprache an den Monarchen hielt. Dann ging in gleicher Weise der Empfang der österreichischen Delegation mit dem Präsidenten Dobernig vor sich. Der Kaiser antwortete beiden gleichlautend. Beide Präsidenten hatten ihre Zustimmung zu der erfolgreichen Bündnispolitik der Monarchie ausgesprochen und Lang ausdrücklich den Dreibund dabei genannt. Die Thronrede hob den freundlichen Charakter der Beziehungen zu allen Mächten hervor. „Gestützt auf unser enges und durch viele Jahre bewährtes Bündnis mit dem Deutschen Reiche und Italien wird unsere auswärtige Politik nach wie vor von dem Bestreben geleitet, bei Wahrung der Interessen der Monarchie zur Erhaltung des Friedens beizutragen." Die Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei würden mit aufrichtiger Sympathie verfolgt, über die ungeklärte Lage im nahen Orient habe die Regierung einen Gedankenaustausch der Mächte angeregt, der den einmütigen Wunsch ergeben habe, den status quo erhalten zu sehen. Die neue Wehrvorlage habe der Armee und Flotte die notwendigen Verbesserungen gebracht, die Forderungen der Heeresverwaltung würden sich nur auf das unbedingt erforderliche Maß beschränken. Der Ausbau der Kriegsmarine werde dem steigenden Bedürfnis nach Schutz der wirtschaftlichen Interessen entsprechen. Die ungarische Opposition hatte die ungarische Delegation für ungesetzlich erklärt und Demonstrationen gegen sie angekündigt. Es waren auch etwa ein Dutzend oppositioneller Helden erschienen, denen der Zutritt verweigert wurde und die sich mit einem Protestruf von der Galerie begnügten, da sie wohl einsehen mochten, daß die Wiener Stimmung energisch gegen die Übertragung der ungarischen politischen Narreteien protestieren würde.

Das Hauptinteresse richtete sich zunächst auf das Exposé des Grafen Berchtold, das, wie die Thronrede selbst, sehr kurz gehalten war und auch nur auf eine weitere Ausführung derselben hinauslief. Über die Art und Weise, wie die Einigkeit der Mächte zum Ausdruck gebracht werden sollte, erfuhr man nichts, bemerkenswert war höchstens der Schluß, daß die gegenwärtige Lage „keineswegs beruhigender Natur" sei, was wieder mit einer Äußerung des Kaisers vor der österreichischen Delegation übereinstimmte, wo er von „schwierigen Verhältnissen" gesprochen hatte. So viel war ja allen Delegierten klar, daß die Monarchie durch ihre geographische Lage dem „heißen Boden des Balkans nähergerückt sei" und nur dann der Zukunft ruhigen Mutes entgegensehen könne, wenn sie zu Lande und zu Wasser gerüstet sei. Es war auch in der Thronrede an zwei Stellen des Ausbaues der Flotte Erwähnung getan worden. Als beruhigende Umstände führte Graf Berchtold an, daß auch Rußland ernstlich um die Erhaltung des Friedens bemüht sei, sowie daß seine Besprechungen mit den leitenden deutschen Staatsmännern in Berlin und Buchlau, mit den italienischen in Pisa und den rumänischen in Sinaja die erfreulichste Übereinstimmung ergeben habe. Der ganze Sinn der Äußerungen des leitenden Ministers ließ sich wohl dahin zusammenfassen, daß er entschlossen war, sich auf das Äußerste gefaßt zu machen. Der Marinekommandant Graf Montecuccoli betonte am 25. in der österreichischen Delegation, daß die jetzt in Aussicht genommene Erhöhung des Normalbudgets noch nicht den Zweck erreichen werde, die Küste zu verteidigen. Daß alle Staaten ihre Seestreitkräfte vermehrten, sei auch für Österreich-Ungarn eine Mahnung, den betretenen Weg rascher zu gehen. Die allgemeine Erhöhung der Kaliber der Schiffsgeschütze mache die Vergrößerung der Linienschiffe von 20.000 auf 24.000 Tonnen nötig. Die Ausschüsse nahmen nach kurzen Beratungen das Budget des Äußern und der Marine an. Graf Berchtold hatte noch auf verschiedene Anfragen Auskunft erteilt und durfte mit dem ihm von fast allen Rednern ausgesprochenen Vertrauen zufrieden sein. Der Kriegsminister v. Auffenberg legte ein Normalbudget vor, daß sich genau dem finanziellen Programm anschließt, das in den Vereinbarungen der beiden Regierungen für Heer und Flotte auf die Jahre 1911—1915 aufgestellt wurde. Es hatte damals von höheren Forderungen verlautet, die abgelehnt worden seien. Jetzt schien das Exposé des Kriegsministers in einem gewissen Widerspruch mit den besorgten Ausführungen des

Grafen Berchtold zu stehen. Er konnte aber aus der Geschichte der Annexionskrise wissen, daß es seinem Ressort unter Umständen gestattet ist, beim Steigen der Gefahr, von der Graf Berchtold mit verständlicher Andeutung gesprochen hatte, auf eigene Rechnung zu handeln. Er hatte das nicht einmal nötig, die Ereignisse kamen ihm zur Hilfe.

In die Verhandlungen der Wehrausschüsse fiel die Nachricht von der Mobilisierung der Balkanstaaten. Trotz der dadurch hervorgerufenen Beunruhigung benutzten namentlich die deutschen und ungarischen Delegierten die Gelegenheit, um der Leitung der äußeren Politik und der Armee das vollste Vertrauen auszusprechen. Der Kriegsminister betonte ausdrücklich, daß an die Abschaffung der Stahlbronzerohre für die Feldartillerie auf absehbare Zeit nicht gedacht werde. Das Heeresbudget wurde mit lebhaftem Beifall bewilligt. Die neuen Militärforderungen standen in den folgenden Wochen auch bei den Plenarberatungen im Vordergrunde. Die Heeresleitung hätte am liebsten gleich den ganzen Betrag von 250 Millionen zur Beschaffung schwerer Feld- und Festungsgeschütze (Haubitzen und Mörser), Schnellfeuergebirgsgeschütze, eines Flugparkes, eines Automobilparkes und anderer technischer Neuerungen gesehen, sowie 170 Millionen für die Marine (Ersatz der drei Schiffe der Monarchklasse durch Dreadnoughts und Erneuerung der Donauflotille). Man hatte sich jedoch entschlossen, die neuen Marineforderungen ganz zurückzustellen, dafür aber die erst später fälligen 54 Millionen zur Vollendung der im Bau begriffenen Dreadnoughts auf die Budgets für 1913 und 1914 zu verteilen. Auch die Heeresforderungen wurden halbiert und zunächst 125 Millionen auf die drei Jahre 1913, 1914 und 1915 verteilt. In dieser Gestalt wurden die militärischen Forderungen glatt bewilligt, wofür unstreitig die ernste politische Lage von Einfluß war, obgleich die Neuforderungen nicht erst aus dieser entstanden waren. Diese Kreditbewilligung, die unter anderen Umständen sicher der Gegenstand längeren Feilschens gewesen wäre, ist das wichtigste Ergebnis dieser Delegationssession. Diese Forderungen waren erst am 9. Oktober als Nachtragskredite eingebracht, nun aber bewilligt worden, weil die Möglichkeit der Verwendung der Armee nahegerückt war, und man sie doch nicht ohne ausreichende technische Ausrüstung ins Feld senden konnte. In der Begründung dieser Nachtragskredite erwies sich der Kriegsminister G. d. J. v. Auffenberg sehr geschickt und schlagfertig. „Wo alles rüstet, müssen auch wir es tun..., nur sind wir immer die Nachgezogenen.... Bei dem vehementen und in alles tief eingreifenden Kriege, der jetzt am Balkan ausgebrochen ist, sind nicht die Herrscher und auch nicht die Regierungen das treibende Element, sondern die Völker." Aus der Rede des deutschnationalen Delegierten Dr. Sommer für die Nachtragskredite verdient auch folgender denkwürdige Satz Erwähnung: „Nimmt die Sozialdemokratie es wirklich auf ihr Gewissen, daß eine Armee, bei der auch ihre Brüder kämpfen müssen, wegen unzeitgemäß angebrachter Sparsamkeit in Gefahr und in den Tod gehetzt wird?" Der Kaiser ließ in der Schlußsitzung beider Delegationen seinen Dank für die Annahme der Wehrforderungen durch den Grafen Berchtold aussprechen.

Von den übrigen Verhandlungen der Delegationen verdient noch die Erörterung der bosnischen Angelegenheiten Beachtung. Der Reichsfinanzminister Dr. v. Bilinski teilte mit, daß es ihm gelungen sei, durch ein umfassendes Eisenbahnbauprogramm die drei Völkerschaften Bosniens für eine positive parlamentarische Arbeit zu gewinnen. Aus den sehr ausgedehnten Debatten über die äußere Politik wäre die von großen Gesichtspunkten geleitete Rede des Delegierten Dr. v. Bärnreither über die Balkanfrage und die Stellung Österreich-Ungarns zu erwähnen. In der ungarischen Delegation tat am 10. Oktober unter lebhafter Zustimmung Graf Berchtold den denkwürdigen Ausspruch: „Wir haben auf dem Balkan wichtige Existenzinteressen, und wir sind entschlossen, diese unter allen Umständen zu wahren." Bei der selbst bereits in den Delegationen eingerissenen Wichtigtuerei und Vielrednerei konnte freilich auch der panslawistische Tscheche Dr. Kramarsch nicht fehlen. Er bekämpfte natürlich die vom Grafen Berchtold vertretene Politik der Monarchie aufs schärfste. Nach seiner Auffassung hat Österreich-Ungarn nur die Aufgabe, den Balkanstaaten bei der Vertreibung der Türken aus Europa behilflich zu sein. Darum ist er auch unbedingt für den Frieden, denn er dürfte außerdem durch seine guten Beziehungen zu Rußland wissen, daß man sich dort zu einem Kriege noch keineswegs stark genug fühlt. Ein Sieg Österreich-Ungarns, vielleicht mit Unterstützung Deutschlands, würde die Stellung der Tschechen kaum verbessern. Darum keinen Krieg, aber auch keine Wiederholung der törichten tschechischen Kundgebungen für die Serben wie bei der Annexionskrise, denn diese haben den Tschechen die Sympathien sehr maßgebender Kreise gekostet.

Diese Oktoberdelegation hatte eigentlich nur rückständige Aufgaben aufgearbeitet, zu denen infolge der Balkanvorgänge noch die Nachtragskredite getreten waren. Es wurde den Delegierten am Schlusse demnach auch schon mitgeteilt, daß die neue Delegationstagung für die Aufgaben der Zukunft bereits am 5. November in Budapest beginnen werde. Die ungarische Opposition erklärte auch diese Tagung für ungesetzlich und versuchte am 4. abends Straßendemonstrationen. Der Kaiser war kurz vor 5 Uhr in Budapest angekommen und wurde nach dem feierlichen Empfang auf dem Bahnhofe während der Fahrt nach der Ofener Burg von der Menge mit stürmischen Eljenrufen begrüßt. Es ertönten nur vereinzelte Rufe nach dem allgemeinen Wahlrecht. Erst hinterher begingen größere Scharen in der Rakoczystraße und vor einigen Zeitungsredaktionen Ausschreitungen, die scharfes Vorgehen der Polizei veranlaßten. Schon am 5. gab Graf Berchtold zuerst im Ausschuß der österreichischen Delegation sein Exposé über die auswärtige Lage. Mittlerweile hatte der Balkankrieg eine der großen Mehrzahl unerwartete Wendung genommen. Graf Berchtold stellte sich kurz entschlossen auf den Boden der vollendeten Tatsachen, nach denen „der bisherige Verlauf des Krieges

den Balkanstaaten große Erfolge gebracht hat", und zögerte nicht, dazu Stellung zu nehmen. „Wir sind bereit, der durch die Siege der Balkanstaaten geschaffenen Situation in weitgehender Weise Rechnung zu tragen". Das war ein weites Entgegenkommen gegenüber den Balkanstaaten, das kaum Ssasanow hätte überbieten können, und noch durch die Erklärung, daß die österreichisch-ungarische Politik „von keinen Expansionstendenzen beeinflußt ist", eine Verstärkung erhielt. Natürlich wurde diese Haltung an die Voraussetzung geknüpft, „daß die legitimen Interessen der Monarchie durch die Regelung der Dinge keinen Schaden erleiden". Österreich-Ungarn wünscht also freundliche Beziehungen zu Serbien und Bulgarien, aber auch, daß „Rumäniens auf der geographischen Lage beruhende namhafte Interessen entsprechende Berücksichtigung finden werden". Das ist wohl ein klares Programm, dem alle Freunde der habsburgischen Monarchie beipflichten können. Die Ausführungen des Ministers wurden demnach auch wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen und im ganzen zustimmend aufgenommen. Freilich unter „legitimen Interessen" konnte man recht Verschiedenartiges verstehen. Die Blätter, die den Standpunkt Poincarés und Iswolskis vertraten, werden nur wirtschaftliche Interessen gelten lassen, während man in Wien auch politische darunter versteht. Das österreichische Protektorat über die katholischen Albanesen und das Verlangen Österreich-Ungarns und Italiens, den bisherigen Charakter des Adriatischen Meeres zu erhalten, sind aber unstreitig sehr legitime Interessen. Doch politische Rechtsfragen sind am letzten Ende immer nur Machtfragen; das hatten soeben die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel gelehrt, wo die Rechtsfragen ganz anders gelegen hätten, wenn die Türkei die Macht besessen hätte, ihre Rechte gegen die vier Balkankönige zu behaupten.

Die feierliche Eröffnung der Delegationen durch den Monarchen erfolgte unter dem üblichen Zeremoniell am 6. in der Hofburg zu Ofen. Die österreichische Delegation hatte zum Präsidenten den Grafen Meerveldt, die ungarische den Grafen August Zichy gewählt. Die ungarische Opposition hielt sich von den Beratungen fern. Nach den üblichen Ansprachen der Präsidenten erwiderte der Kaiser mit einer kurzen Thronrede, in der er u. a. sagte: „Seit dem Zusammentritt der letzten Delegationen sind ernste kriegerische Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel ausgebrochen, welche erhöhte Wachsamkeit gebieten. Im Hinblick darauf, daß bedeutende Interessen der Monarchie durch den Konflikt berührt werden können, erscheint eine baldige Wiederkehr geordneter politischer und kommerzieller Verhältnisse im nahen Orient dringend wünschenswert. Meine Regierung wird bereit sein, im Einverständnis mit den verbündeten Kabinetten zu einem geeigneten Zeitpunkte an einer auf Wiederherstellung des Friedens abzielenden Aktion der Großmächte teilzunehmen.... Das laufende Erfordernis meiner Kriegsverwaltung bewegt sich in normalen Grenzen, nur zur Lösung der Unteroffiziersfrage, die eine notwendige Ergänzung des durch das neue Wehrsystem bedingten organisatorischen Ausbaues der Armee und der Flotte darstellt, wurde ein Mehrbetrag angesprochen." In den Debatten zeigten sich die slawischen Delegierten sehr begeistert für die Ansprüche der Balkanslawen, der Pole Stapinski brachte auch die preußische Polenpolitik wieder zur Sprache. Schon am 8. nahmen die Ausschüsse beider Delegationen im vollen Vertrauen zur Haltung des Grafen Berchtold das Budget des Auswärtigen an. Im Heeresausschuß der österreichischen Delegation betonte der Kriegsminister, Österreich-Ungarn habe gar keine militärischen Vorkehrungen getroffen, denn die Zurückhaltung der im dritten Jahre dienenden Mannschaften bis zur Einrückung der neu ausgebildeten Rekruten in ihre bosnischen und dalmatinischen Garnisonen entspreche dem Wehrgesetze. Die Ausschüsse für das Heer und für Bosnien nahmen die Regierungsvorlagen am 14. und 15. November an. In den Plenardebatten trat trotz der verschiedenartigen Standpunkte, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, allgemein die vertrauensvolle Stimmung in die Politik des Grafen Berchtold zu Tage. Die Gesamtstimmung drückte Graf Latour mit den Worten aus: „Mit dem Verschwinden der Türkei ist die Balkankrise nicht beendet. Gerade Österreich wird auf lange Zeit hinaus Konflikten und Aspirationen rings um sich herum entgegensehen müssen, weshalb die Ausgestaltung des Heeres und der Flotte bis zum Höchstmaß der intensivsten Leistungsfähigkeit unbedingt notwendig ist. Das ist die beste auswärtige Politik."

Auch Graf Berchtold faßte am 18. in der österreichischen Delegation den Grundton der verschiedenen Auffassungen der Redner dahin zusammen: „Das treue Festhalten an dem bestehenden, fest begründeten Bundesverhältnissen und die konsequente Verfolgung einer maßvollen, keine Expansion erstrebenden, aber unsere Interessen fest im Auge behaltenden Realpolitik." Er teilte dann noch weiter mit, daß zwischen den Regierungen in Wien und Rom Übereinstimmung über die künftige autonome Gestaltung Albaniens besteht. Über den Vorwurf mangelnder Voraussicht wies er darauf hin, daß gerade er beim Beginn der vorigen Session auf den bedrohlichen Ernst der damaligen Lage hingewiesen und damit einen unerwartet starken Eindruck hervorgerufen habe. Am 18. und 19. brachten die polnischen Delegierten Dr. Leo, Bialy und Kozlowski auch die Enteignungsfrage in Preußen wieder zur Sprache, Bialy in Ausdrücken, für die ihm der Präsident eine in den Delegationen nur selten vorkommende Rüge erteilen mußte. Wenn man nicht wüßte, daß dieses dreifache Auftreten nur aus dem Wettrennen der polnischen Parteien um die künftigen Mandate hervorgegangen war, müßte man die Einmischungsversuche in die innere Politik eines verbündeten Staates ernst nehmen. Die Polen in Galizien mögen doch erst die Ruthenen mit dem Rechte, das die Polen in Preußen besitzen, behandeln. Den Ausstreuungen des Delegierten Dr. Kramarsch, daß die Monarchie durch das Bündnis mit Deutschland in Verwicklungen gerate, diente die kräftige Abfertigung durch den Berichterstatter Marquis de Bacquehem, daß Österreich-Ungarn sich der kräftigen Unterstützung Deutschlands in der

Annexionskrise und auch wieder bei den jetzigen Verwicklungen erfreut habe. Die weiteren Debatten brachten keine neuen Gesichtspunkte, zeigten aber durchweg eine erfreuliche patriotische Wärme. In der ungarischen Delegation erklärten sogar Serben und Kroaten, trotz ihrer natürlichen Sympathien für Serbien hielten sie treu zur Monarchie. Die Delegationen beendeten ihre Sitzungen am 22. November unter den üblichen Formalitäten.

Das unheilbar kranke Parlament.

Während die Delegationen, geringfügige Ausnahmen abgerechnet, zur Zeit der für die Monarchie so bedenklichen Balkankrise sich durchaus ernst und würdig benommen haben, hat das Wiener Abgeordnetenhaus geradezu eine jämmerliche Rolle gespielt, so jämmerlich, daß man nicht einmal eine Satyre schreiben kann, sondern die Chronistenpflicht nur mit dem Motto erfüllen darf: „Laß schnell dein Bild vorüberrücken.“ Dauerreden in Dauersitzungen gehalten, die die Abgeordneten zum nächtlichen Dauerdienst zwangen, das erhebende Schauspiel eines sechstägigen — nicht Radrennens, nein — Parlamentsredens, — bei dem die Helden der Obstruktion vor leeren Bänken Lunge und Zunge anstrengen, um Worte und Worte hervorzubringen, die noch tausendmal leerer waren als die Bänke. Ist das überhaupt noch Parlamentarismus? Der Wiener hat längst allen Respekt davor verlernt und spottet über den „Diätenfetzen“, die schwarzgelbe Fahne, die vor dem Parlamentspalast weht, einerlei ob die Herren drinnen redend oder draußen im „vertagten Zustand“ Diäten beziehen. Wie stark muß die Nichtachtung dieser allzeit loyalen Wiener Bürger sein, wenn sie das stets hochgehaltene Zeichen das Staates in diesem Zusammenhange mit einem solchen Spottnamen belegen! — Das österreichische Parlament hat sich selbst ausgeschaltet, für die Öffentlichkeit bietet es weder interessante noch nützliche Seiten, selbst das Skandalinteresse wird nur noch stellenweise befriedigt.

Die Ferien vom Juli bis Ende Oktober waren etwas lang, und es wurden Stimmen laut, das Haus möge ohne Rücksicht auf die Delegationen doch früher einberufen werden. Warum? möchte man fragen. Gearbeitet und ein Budgetprovisorium beschlossen wird ja doch nur in den letzten Wochen, wenn die Diätensperre droht. Dringlicher als alle Dringlichkeitsanträge wäre, daß endlich wieder einmal ein Budget rechtzeitig beschlossen wird. Wozu braucht der Steuerzahler ein Parlament, wenn es dem Beamtentum allein Einnahmen und Ausgaben bemessen läßt! Langjährige Erfahrungen haben erwiesen, daß daran durch früheres Einberufen nichts geändert wird. Höchstens müssen Minister und höhere Beamte durch unnützes Sitzen im Parlamentshause auch noch Zeit vergeuden. Solange der Ausgleich in Böhmen nicht zu stande gekommen ist, muß jede Hoffnung auf Besserung fallen gelassen werden, und auch dann ist es noch nicht sicher, ob das im „Volkshaus“ erst recht ins Wuchern geratene Übel wieder beseitigt werden mag. Die Fähigeren und Einsichtsvolleren besitzen nicht mehr die Kraft, sich durchzusetzen, und so versinkt das an Kopfzahl relativ stärkste Parlament Europas immer mehr in Bedeutungslosigkeit und Unpopularität.

Als der Reichsrat am 22. Oktober wieder zusammentrat, war die Zerfahrenheit der Parteien allgemein. Selbst unter den Deutschnationalen hatte sich eine jungdeutsche Gruppe mit unklaren Zielen abgesondert, in Wien hatten die Deutschnationalen bei der Stichwahl am 2. Oktober die Christlichsozialen im Stiche gelassen und dadurch einen Sozialdemokraten in den Reichsrat befördert. Der Ausgleich in Böhmen war ins Stocken geraten, und wenn auch die gemäßigten tschechischen Parteien sich hüten würden, in die Opposition zu gehen, waren doch die Radikalen sicher dazu bereit. Die Ruthenen würden weiter ihren provinzialen Streit mit den Polen zum Nachteil des Staates in den Reichsrat verlegen, und die untereinander hadernden Parteien des Polenklubs würden eher ein intransigentes nationales Auftreten als ein einträchtiges Vorgehen markieren. So war kaum mehr als die Bewilligung des unvermeidlichen Budgetprovisoriums zu erwarten, das die Volksvertreter schon aus Selbstinteresse nicht vereiteln durften. Der Finanzminister v. Zaleski legte dem Hause das Budget vor, das günstig abschloß. Schon am 23. machten die Tschechen bei einer Interpellation wegen der Schließung der tschechischen Komenskyschule in Wien einen unerhörten Skandal, an dem sich die tschechischen Galeriebesucher beteiligten. Vizepräsident Dr. Conci schloß die Sitzung. Trotz dieser parlamentarischen Lage sprach sich am anderen Tage bei der Eröffnung der Budgetdebatte Ministerpräsident Graf Stürgkh noch hoffnungsvoll über die Arbeitsfähigkeit des Hauses aus und wies besonders auf die Notwendigkeit der Finanzreform hin. Bei den weiteren Debatten zeigte sich deutlich die Einwirkung des Balkankrieges, Tschechen und Südslawen waren für großserbische Pläne eingenommen, Deutsche und Polen waren dagegen. Am 29. gab Graf Stürgkh in der Antwort auf eine Interpellation Aufschlüsse über den Balkankrieg, die sich vollkommen mit den vom Grafen Berchtold in den Delegationen gegebenen Mitteilungen deckten, und stellte jede Mobilmachung in Abrede. Nach heftigen nationalen Auseinandersetzungen über die Zustände in Schlesien und Galizien, bei denen der deutsche Abg. Dr. v. Demel und der Ruthene Dr. Lewicky den Polen gehörig den Text lasen, wurde das Budget am 31. an die Kommission verwiesen, in der bald die Kroaten zum Zwecke der Obstruktion Dauerreden hielten. Wegen der Delegationen war die Zahl der Plenarsitzungen beschränkt worden. Am 11., 12. und 13. November wurde den Tschechen zuliebe über eine Interpellation wegen eines Erlasses des Justizministers Dr. v. Hochenburger verhandelt, der nach tschechischer Meinung gesetzwidrig vorgegangen sei. Vorher hatte Graf Stürgkh eine deutsche Interpellation wegen der gesetzwidrigen tschechischen inneren Amtssprache in Böhmen beantwortet. Vielleicht deswegen hielten sich die gemäßigten Tschechen ziemlich zurück, doch kam es am 11. zu einer Rauferei zwischen Slowenen und Deutschen und am

folgenden Tage, am 12., zu Beschimpfungen des Justizminister durch den Abg. Dr. Stransky.

Wegen der unvernünftigen Obstruktion der Südslawen, die die Zustände in Kroatien zum Vorwand nahmen, um von der Regierung einige Gefälligkeiten zu ertrotzen, hielt man schon Mitte November die Vertagung des Hauses für bevorstehend. Doch es wurde fortgewurstelt, aber am 26. schon ein Budgetprovisorium bis zum 30. Juni 1913 eingebracht. Am folgenden Tage wurde als erste parlamentarische Leistung die Vorlage wegen Einführung der Klassenlotterie mit dem Zwecke der Beseitigung des Zahlenlottos angenommen. Der Minister des Innern wies in Beantwortung einer Interpellation mit Entrüstung zurück, daß böswillig ausgestreute Gerüchte die Leute glauben machen wollten, die Verwaltung eines geordneten Rechtsstaates könne beabsichtigen, im Falle eines Krieges die Sparkassengelder für seine Zwecke zu verwenden. Bei Beginn der ersten Lesung des Budgetprovisoriums setzten die Südslawen wieder mit Obstruktionsreden ein. Das Budgetprovisorium war indessen für die Regierung nicht die Hauptsache, denn sie hätte es wieder durch den § 14 in Kraft setzen können. Wichtiger waren drei neue Gesetze für den Mobilisierungsfall über Pferdegestellung, über Unterstützung von Familien der Einberufenen und über Leistung von Unterkunfts- und Transportmitteln durch Gemeinden und Privatpersonen. Derartige Gesetze bestehen in anderen Staaten bereits. Unter dem Drucke der politischen Lage beschloß auch das Haus am 29. unmittelbar nach der Einbringung ihre Verweisung an den Wehr- und den Justizausschuß ohne erste Lesung. Neben den traurigen Zuständen im Abgeordnetenhause machten die Verhandlungen des Herrenhauses einen geradezu erfrischenden Eindruck. Bei der Beratung des Gesetzes über die Dienstpragmatik wurden am 28. und 29. u. a. vom Fürsten Schwarzenberg und Frhr. v. Sieghart große staatsmännische Reden gehalten. Es wurde auch auf die übermäßige Vermehrung der Staatsbeamten (1·5% der Bevölkerung) und das damit zusammenhängende Anschwellen der Pensionen (von 53 auf 120 Millionen seit dem Jahre 1900) hingewiesen. Das Abgeordnetenhaus beendete am 3. Dezember die erste Lesung des Budgetprovisoriums. Der deutsche Abg. Dr. Groß gedachte dabei der gestrigen Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Deutschen Reichstag unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen der Deutschen. Im Gefühle der Dankbarkeit gegen den treuen Bundesgenossen müssen auch Treue um Treue die Losung aller Völker Österreichs sein. Im Justizausschuß erklärte der polnische Sozialdemokrat Liebermann, in einem Kriege gegen Rußland würden die polnischen Genossen treu zu Österreich stehen, worauf auch der deutsche Sozialdemokrat Dr. Renner Ähnliches versicherte. Unter diesen Umständen und bei den eifrigen Spenden der Bevölkerung für die an der Grenze stehenden Truppen schien die Aussicht für das Kriegsleistungsgesetz günstig zu stehen, aber am 13. setzten die radikalen Tschechen mit der Obstruktion dagegen ein, doch konnte sie noch überwunden werden.

Nun begann die letzte Tragikomödie des Hauses. Die Regierung hatte ein Interesse daran, um des Eindrucks auf das Ausland willen die Mobilisierungsvorlagen auf parlamentarischem Wege erledigt zu sehen. Am Budgetprovisorium lag ihr nichts. Graf Stürgkh lies andeuten, das Parlament werde, wenn es versagen sollte, geschlossen und vor dem Mai nicht wieder berufen werden. Nun begann der große Kampf um die Diäten, denn die Regierung hatte eine Frist gestellt. Im Budgetausschuß obstruierten die Südslawen weiter, die arbeitswilligen Parteien mußten einen Präsenzdienst einrichten, am 17. Dezember begannen die Tschechischradikalen im Hause zu obstruieren, wobei ihnen die Südslawen Hilfe leisteten. Der Tscheche Fresl redete sechzehn Stunden lang. Das Haus lehnte einen Verschleppungsantrag der Sozialdemokraten mit 263 gegen 121 Stimmen ab und ließ die weiteren Obstruktionsreden über sich ergehen, ein am 19. gestellter Schlußantrag wurde abgelehnt und endlich nach Annahme des Kriegsleistungsgesetzes die Sitzung geschlossen; sie hatte 56 Stunden gedauert. Unter abermaliger Obstruktion der Tschechischradikalen wurde am 20. auch die Verlängerung der provisorischen Geschäftsordnung beschlossen. Das Herrenhaus nahm das Kriegsleistungsgesetz einstimmig an. Nach den Weihnachtsferien erledigte das Abgeordnetenhaus am 27. in dritter Lesung die Dienstpragmatik mit den Abänderungen des Herrenhauses und nahm am folgenden Tage nach 16½stündiger Sitzung auch das Budgetprovisorium und einige kleinere Vorlagen, darunter die Abänderung des Vereinsgesetzes, an. Die Dienstpragmatik wird erst in Kraft treten, wenn die notwendigen Mittel dafür bewilligt sein werden. Die Diäten waren aber glücklich gerettet, denn der Reichsrat wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Im Herrenhause gedachte in der Schlußsitzung der Berichterstatter Dr. v. Bärnreither des aus dem Leben geschiedenen deutschen Staatssekretärs v. Kiderlen-Wächter.

Länder und Nationen.

Als Folge der Unfähigkeit des Reichsrates zu positivem Schaffen gestaltet sich die Lage der österreichischen Finanzen immer trüber, und es wird infolge der hohen Kosten der unvermeidlichen Kriegsbereitschaft in diesem Jahre noch schlimmer werden. Dazu kommt noch, daß nicht nur der Staat zum Schuldenmachen gezwungen ist, sondern daß auch die finanzielle Lage der meisten Kronländer geradezu trostlos geworden ist, weil in den letzten zehn Jahren eine unglaubliche Schuldenmacherei platzgegriffen hat. Ohne Staatshilfe ist gar nicht wieder herauszukommen; und der Staat will auch helfen, kann aber keine umfassende Steuerreform durchsetzen, weil die Mehrzahl der Abgeordneten wegen der mit Steuervermehrung verknüpften Unpopularität für ihre Mandate samt Diäten fürchtet. Darin liegt auch die Hauptursache der ständigen Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Denn die „Auserwählten des Volkes" sind ja meistens sonst Leute ohne weiteres Ansehen, die durch eine geschickte Wahlagitation durchgedrückt worden sind, aber keine Verminderung ihres Anhangs vertragen

können, ohne bei der nächsten Wahl durchzufallen. Darum treiben sie mit Vorliebe die bekannten parlamentarischen Allotria, mit denen die Zeit vergeudet wird, um nicht an die schweren, wenig populären Arbeiten herantreten zu müssen; und sie leisten in allen Fällen gerade nur so viel, daß sie nicht heimgeschickt werden müssen und die Diäten verlieren. Dieser unerträgliche Zustand dürfte wohl, nachdem die unbedingt notwendige Heeresvorlage endlich parlamentarisch erledigt worden ist, kaum noch lange dauern. Man wird häufiger zu Auflösungen und Neuwahlen schreiten müssen, und wenn selbst diese keine Besserung ergeben, muß es auch noch andere Mittel geben. In dem Lande, in dem ein Scheinparlamentarismus nur durch die Ausnahmebestimmung des § 14 fortgepäppelt wird, sind verschiedene Wege möglich. Wenn z. B. die Gesetzgebung eine Reihe von Jahren dem Herrenhaus allein übertragen würde, könnte die Bevölkerung dabei lernen, wie ihre Bedürfnisse und die Staatsnotwendigkeiten eigentlich parlamentarisch behandelt werden müssen, und würde dann wahrscheinlich wohl Männer wählen, die auch so zu handeln und nicht bloß ein politisches Geschrei zu erheben wissen. Das sei nur beiläufig gesagt. Jedenfalls kann die bisherige parlamentarische Wurstelei nicht mehr lange fortgesetzt werden, ohne daß die staatlichen und endlich auch die wirtschaftlichen Interessen auf das schwerste geschädigt werden.

Wenn hier bei Betrachtung der einzelnen Kronländer Böhmen an die Spitze gestellt wird, so sprechen dafür ausreichende politische Gründe. Die Stellung der Tschechen zum Staate und zu den Deutschen ist überhaupt von ausschlaggebender Bedeutung, außerdem wurden auch die vom Statthalter Fürsten Thun geleiteten Ausgleichsverhandlungen mit mehr oder weniger Aussicht auf Erfolg fast das ganze Jahr hindurch betrieben. Seit dem Rücktritt des Ministeriums Bienerth hatte sich die Lage für die Deutschböhmen ungünstiger gestaltet und im Vorjahre hatten die Verhandlungen ergebnislos geendet. Von der deutschen Forderung der nationalen Selbstverwaltung wollten jetzt die Tschechen nichts mehr hören. Die Deutschen halten aber daran fest, daß sie den Landtag so lange nicht zur Arbeit kommen lassen wollen, als nicht ihre gerechten Forderungen zugestanden worden sind. Die Finanznot drängte nun zur Fortsetzung der Verhandlungen, denn, ganz abgesehen von der schwebenden Schuldenlast besaß die Landeskasse nur bis Mai die für die notwendigen Ausgaben erforderlichen Barmittel, und die Stadtverwaltung des „goldenen Prag" hatte überhaupt kein Geld mehr. Darum nahmen die Ausgleichskommissionen nach Ostern ihre Verhandlungen wieder auf. Während sich Mitte April günstige Aussichten zu eröffnen schienen, zogen schon Ende des Monats die tschechische Staatsrechtspartei und die nationalsoziale Partei ihre Vertreter aus den Ausgleichskommissionen zurück. Die Stimmung verschlechterte sich unter dem Eindruck des mit geflissentlicher Aufdringlichkeit verbreiteten allslawischen, selbstverständlich deutschfeindlichen Sokolfestes, zu dem auch britische Politiker zugezogen werden sollten. Dr. Kramarsch warb auch bei Engländern und Franzosen um eine „finanzielle und wirtschaftliche Kooperation" mit den Tschechen. In London und Paris war man natürlich zu klug, um auf einen solchen Geldunterstützungsversuch für tschechischnationale Zwecke hineinzufallen. Trotz allem wurde Mitte Juni der Abschluß des Ausgleichs wieder einmal als bevorstehend gemeldet, mit Sicherheit wenigstens ein Teilabschluß in bezug auf die Landesordnung. Das Zusammenwirken der gemäßigten Deutschen und Tschechen bei der Wehrreform im Abgeordnetenhause schien einen versöhnlichen Einfluß auszuüben. Das war den Polen höchst unangenehm, denn sie wissen, daß Deutsche und Tschechen, wenn sie zusammenhalten, ihren Ländern die großen Budgetsummen zuwenden könnten, die bisher ganz unberechtigterweise nach Galizien fließen, um die Polen bei guter parlamentarischer Laune zu erhalten. Der Pole Dunajewski hat schon 1890 den ersten Ausgleich in Böhmen hintertrieben. Am 27. Juni begannen in Prag die Sokolfeste, mit denen auch die Enthüllung eines Palacky-Denkmals verbunden war. An der letzteren nahm sogar der Unterrichtsminister Dr. Hussarek teil, was in deutschen Kreisen verstimmte. Er besuchte später auch die deutschen Passionsspiele in Höritz und hatte dem Schauturnen der Sokols nur als Zuschauer beigewohnt, während der Stellvertreter des russischen Unterrichtsministers als „offizieller" Gast anwesend war. Der Zudrang slawischer Gäste aus der ganzen Welt war ungeheuer, die Staatsbahnverwaltung hatte sogar fremde Wagen leihen müssen. Es wurden selbstverständlich panslawistische Reden über slawische Gebiete, slawische Kultur u. dgl. gehalten und zum Beweise dafür, wie üblich, deutsche Studenten überfallen und geprügelt.

In diesen Tagen wurden die Ausgleichsverhandlungen selbstverständlich nicht gefördert, die Sokolstimmung war ihnen nicht günstig, obgleich sie nach dem Schlusse des Reichsrates vom Fürsten Thun eifrig gefördert wurden. Wohl unter dem Einfluß der Polen, die die Tschechen mit ihrem Plane eines parlamentarischen Kabinetts zu ködern verstanden, mit Hilfe dessen die Deutschen an die Wand gedrückt werden könnten, hörte Mitte Juli die Ausgleichsstimmung auf. Die Tschechen verlangten für die doch selbstverständliche Doppelsprachigkeit der Verwaltung in Prag Kompensationen außerhalb Böhmens, also wohl Vergünstigungen für die Tschechen in Wien. Auf diese jenseit des Verhandlungsgebietes liegende Forderung gingen die Deutschen nicht ein, und darum wurden die Verhandlungen am 26. Juli auf den Herbst verschoben. Im Lande hatte man auf das Gelingen des Ausgleichs gehofft, von beiden Seiten wurde darum die Lage für den Herbst als aussichtsvoll hingestellt. Dem Landesausschuß wurde abermals die kaiserliche Sanktion einer Erhöhung der Landesumlagen um 10% versagt. Der Statthalter mußte sich bei der Regierung bemühen, um für die letzten drei Monate des Jahres die Vorausbezahlung der Überweisungen aus den Staatssteuern zu erzielen, damit wenigstens die laufenden Ausgaben gedeckt werden konnten. Die Schulden des Landes betragen viele hundert Millionen, die Schulden der Stadt Prag sind unter jungtschechischer Ver-

waltung seit 1908 auf 160 Millionen gestiegen. Der Landesvoranschlag für das Jahr 1913 weist wieder ein unbedecktes Defizit von 33 Millionen auf. Trotzdem ist auch im Herbst aus dem Ausgleich nichts geworden, denn man regte sich auf radikaler Seite geflissentlich über einen Erlaß des Justizministers Dr. v. Hochenburger auf, der bloß bezweckte, daß an einsprachigen Bezirksgerichten nicht einmal deutsch und dann wieder tschechisch amtiert würde. Mitte Dezember fanden in mehreren Städten, z. B. in Pilsen und Königgrätz, wieder, wie bei der Annexionskrise, tschechische Kundgebungen gegen die militärischen Vorbereitungen statt. Die gemäßigten tschechischen Blätter mißbilligten aber diesen Unfug.

In Mähren sind die Zustände erträglicher, die deutsche Obstruktion ist vorläufig durch ein Kompromiß beendet worden. Der Landtag arbeitete im Januar und Februar ruhig, obgleich Anfang Februar die Lage wieder zum Bruche reif war. Das Defizit für das laufende Jahr betrug freilich wieder 17 Millionen, und die sorglose Verwaltung der tschechischen Mehrheit der Landesverwaltung besteht weiter. Als Ende des Jahres die sechsjährige Legislaturperiode des ersten Landtags mit tschechischer Majorität abgelaufen war, stellte sich das Resultat überaus kläglich. Ein erfreuliches Gegenstück dazu bietet Schlesien mit musterhafter Verwaltung der deutschen Landtagsmehrheit, die keineswegs die polnischen und tschechischen Einwohner vernachlässigt, obwohl sie von ihnen keinen Dank dafür erntet. Dabei liegen sich die Polen und Tschechen im Lande fortwährend in den Haaren, beschuldigen sich gegenseitig der Bedrückung der anderen slawischen Landesgenossen und halten nur gegen die Deutschen zusammen. Ein recht erheblicher Teil der Polen nennt sich grundsätzlich Schlesier, will von der tschechischen und gar von der galizischen Propaganda nichts wissen und steht der deutschen Sprache und Kultur freundlich gegenüber. Der polnische Nationalrat in Galizien wendet seine Aufmerksamkeit vorwiegend der Galizisierung Ostschlesiens zu und findet bei dem bekannten parlamentarischen Schwergewicht des Polenklubs auch vielfach Unterstützung bei der Regierung, die namentlich durch Übernahme und Subvention polnischer Schulanstalten den polnischen Schulverein entlastet, der sich weit über seine Mittel engagiert hat.

In Niederösterreich dauert das zwiespältige Verhältnis der deutschen Parteien fort, denen die Parteiverbitterung über die nationale Zusammengehörigkeit geht. Als es Anfang Februar im Landtag zu heftigen Zusammenstößen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten kam, erhielten letztere sogar Unterstützung von den aus der christlichsozialen Partei Ausgeschiedenen. Im Mai fanden für den Wiener Gemeinderat Neuwahlen im vierten und zweiten Wahlkörper statt. Derjenige Teil der liberalen Bürgerschaft, der noch seine politische Nahrung aus der freisinnigen Wiener Presse zieht, war entschlossen, mit den Sozialdemokraten den Kampf zum Sturze der Christlichsozialen gemeinsam zu führen. Für die Wahlagitation wurde auch die sogenannte lex Kolisko ausgeschlachtet, die in der letzten Sitzung des Landtags am 4. März in Form eines Antrags erneuert wurde, nach dem die Unterrichtssprache an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen nur die deutsche sein darf. Dadurch wäre dem Landtag die alleinige Entscheidung über diese Frage zugefallen, wogegen Statthalter Dr. v. Bienerth einwandte, nach § 6 des Volksgesetzes stehe dies dem Landesschulrat zu. In Wirklichkeit ist die Sache eigentlich erledigt, seitdem das Reichsgericht die deutsche Sprache als einzige landesübliche Sprache in Niederösterreich erklärt hat. Die lex Kolisko wäre für dieses Kronland gewiß ganz am Platze; es hat aber gerade für die deutsche Sprache eine sehr bedenkliche Seite, wenn dem Landtag diese Machtbefugnis übertragen würde. In Böhmen würde man dann sofort das gleiche Recht beanspruchen, und es mußte unter diesen Umständen befremden, daß deutschböhmische Abgeordnete am



Dr. Richard Weiskirchner, Bürgermeister von Wien.

12. März die Angelegenheit in das Abgeordnetenhaus trugen. Da die Regierung auf ihrem Standpunkt beharren würde, konnte es sich bloß um die Wirkung einer scheinbar deutschnationalen Haltung auf die Wähler handeln. Wenn diese Politik der Erweiterung des Landtagsrechtes einmal Erfolg haben sollte, würden es gerade die Deutschböhmen bald bitter empfinden. Die Wahlagitation in Wien führte zu allerhand Demonstrationen, Krawallen innerhalb und außerhalb des Rathauses, auch Prügeleien 2c. Die Gegner der christlichsozialen Partei taten, als wenn sie gar nichts von den Verdiensten Dr. Luegers um das Aufblühen Wiens wüßten, und kreideten alle Mängel einzelner Personen, die sich nicht so unantastbar gehalten hatten wie jener, der ganzen Partei an. Von den 78 neuzuwählenden Mandaten hätten die Gegner 47 erobern müssen, wenn sie den Christlichsozialen die Zweidrittelmehrheit nehmen wollten, nach dem Ausfall der letzten Reichsratswahlen konnten sie sich auch Hoffnung darauf machen. Die Rechnung trog aber, die Christlichsozialen verloren nur acht Sitze und behielten eine Dreiviertelmehrheit. Im neuen Gemeinderat kam es nicht selten zu Reibereien und auch Lärmszenen. Gegen den Bürgermeister Dr. Neumayer wurde von Sozialdemokraten und einem Teil der Christlichsozialen Angriffe wegen Nepotismus 2c. gerichtet, die ihn am 19. Dezember

zum Rücktritt veranlaßten. An seine Stelle wurde Dr. Weiskirchner gewählt, den schon Lueger selbst zum Nachfolger bestimmt hatte, und der sich bereits als Präsident des Abgeordnetenhauses und als Handelsminister Geltung zu verschaffen gewußt hat.

Der oberösterreichische Landtag mußte nach wochenlanger Obstruktion der freisinnigen Linken am 27. Januar geschlossen werden. In Steiermark schien es einige Zeit, als wollten die Slowenen im Landtag, den sie seit zwei Jahren lahmgelegt hatten, von der Obstruktion ablassen, die Hoffnung hat indessen getrogen und der Landtag wurde am 4. Februar vertagt. Auch im Gemeinderat von Graz kam es zur Obstruktion. Die Sozialdemokraten obstruierten gegen das Gemeindebudget wegen einer Gemeindeumlage, wie sie die Genossen im benachbarten Eggenberg ganz ruhig bewilligt hatten. Am 25. April wurde der Gemeinderat aufgelöst und ein Regierungskommissär eingesetzt. Der Tiroler Landtag mußte am 8. Februar auch vertagt werden, weil die Italiener wegen nationaler und wirtschaftlicher Fragen obstruierten.

In den Kronländern mit südslawischer Bevölkerung hat der Balkankrieg eine sehr starke Bewegung hervorgerufen, die auch auf die innere Politik nicht ohne Einfluß geblieben ist. Unzweifelhaft ist die späte Einberufung des Reichsrates auch aus dem Grunde mit veranlaßt worden, um nicht rednerischen Ausschreitungen südslawischer Abgeordneter eine offizielle Tribüne zu schaffen. Die eigenartige österreichische Gesinnung des Südslawentums ließ sich deutlich daran erkennen, daß für die Grenztruppen wohl kaum eine südslawische Gemeinde eine Spende übrig gehabt hat, während sich Privatpersonen wie Kommunen gar nicht genug daran tun konnten, sehr bedeutende Beträge an die kriegführenden Balkanstaaten zu senden. Slawischen politischen Demonstrationen gegenüber ist man ja in Österreich immer nachsichtig gewesen, aber gewisse direkt gegen die Monarchie gerichtete Ausschreitungen führten am 17. November doch zur Auflösung der Gemeindevertretungen von Spalato und Sebenico, weil sich selbst Bürgermeister und Gemeindevertreter öffentlich an Demonstrationen für die Balkanbrüder beteiligt hatten.

So weit haben es eben die Südslawen noch nicht gebracht wie Galizien, das ungestört und ungestraft eine staatsfeindliche Agitation betreiben durfte. Daß das Streben nach einem selbständigen Polenreich am letzten Ende auch gegen die habsburgische Monarchie gerichtet ist, liegt auf der Hand, man hat es aber bisher aus verschiedenen Gründen geduldet. Daß es wegen der parlamentarischen Lage geschieht, die durch die törichte, von blindem Deutschenhaß diktierte Haltung der Tschechen geschaffen wird, ist schon wiederholt hervorgehoben worden. Es gibt aber auch einen Grund der äußeren Politik, denn die heutigen Polen sind der beste Schutz gegen einen russischen Angriffskrieg. Das in Gebietserwerbungen sonst gar nicht schüchterne Rußland will um keinen Preis die Polen und Magyaren haben, die es gern bei Österreich beläßt, und hat schon im vorigen Jahrhundert alle seine im vermeintlich russischen oder südslawischen Interesse unternommenen Kriege gegen die Türkei fein säuberlich um Österreich herum über Rumänien geführt. Auch das kommt dem sonst so befremdlichen Treiben der Polen in Galizien zu gute. Dem heutigen Rußland könnte gar nichts Unangenehmeres geschehen, als wenn es nach einem siegreichen Kriege gegen Österreich-Ungarn wohl oder übel Galizien nehmen müßte. Es hat an Kongreßpolen und Finnland geradezu genug. Was in hundert Jahren geschehen würde, wenn dort die Russifizierung vollendet ist, steht auf einem anderen Blatte. Daß im übrigen der Kaiserstaat die Macht besitzt, dem galizischen Treiben sofort ein Ende zu machen, wenn er es nicht mehr dulden will, versteht sich von selbst. Man darf solche Gesichtspunkte nicht außer acht lassen, wenn man die polnische Frage richtig beurteilen will. In Berlin wird es gewiß zuweilen mit Unbehagen empfunden, daß die nach Oberschlesien eingeschleppte polnische Agitation in Krakau eine Hauptstütze findet, es hat aber dem Bündnis mit Österreich-Ungarn an Innigkeit noch nichts genommen, daneben ist der ganze polnische Lärm nur eine Kleinigkeit. Die Aufgeblasenheit der polnischen Agitatoren wird freilich nie begreifen, daß sie in jedem Falle nur Mittel für die Zwecke anderer sind.

Ohne Verständnis für die wahre Sachlage setzen die Agitatoren ihr Werk fort, für nicht wenige dient es zur Befriedigung der persönlichen Eitelkeit und selbst des Lebensunterhaltes. Schon zu Beginn des Jahres wurde die Agitation für die Erinnerungsfeier des Aufstandes von 1863 eingeleitet, aus der deutlich hervorging, daß der Gedanke an eine gewaltsame Erhebung nach wie vor die großpolnische Agitation beherrscht, wenn es auch namentlich von den preußischen Polen stets mit Nachdruck abgeleugnet wird. In Galizien spricht man offener, alle Parteien bis zu den Sozialdemokraten sind dabei beteiligt: In Zakopane wurde Ende August u. a. beschlossen: „Die Erringung der Unabhängigkeit Polens ist zur Existenz und Entwicklung des ganzen Volkes und aller seiner Schichten, doch in erster Linie und in größtem Maße des polnischen Arbeitervolkes, unumgänglich notwendig.“ Die Beschlüsse sprachen weiter von der Vorbereitung des „bewaffneten Kampfes“ im Falle einer „Revolutionsbewegung in Polen“. Die Versammlung war geheim, doch ihre Beschlüsse wurden veröffentlicht. Polnische Blätter kündigten den Aufstand gewissermaßen als Jubiläumsakt für den Beginn des Jahres 1913 an. In Rußland äußerte man sich ziemlich kühl darüber, man wird aber kaum fehl gehen, wenn man die russische „Probemobilisierung“, von der bekanntlich Österreich-Ungarn verständigt wurde, damit in Verbindung bringt und sie auch ferner unter diesem Gesichtspunkte beurteilt. Rußland hatte keine Lust sich wieder wie 1831 und 1863 von einem polnischen Putsch überraschen zu lassen, der auch alle unbotmäßigen Elemente im Reiche von neuem entfesselt hätte. Geschickt hat beim Ausbruch des Balkankrieges dann die internationale Revolutionspresse die Sache auf den geringfügigen Gegensatz zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Balkanpolitik abzulenken verstanden und damit namentlich in Österreich eine übermäßige Kriegsfurcht erregt. Den Polen hätte es gepaßt, wenn

die österreichisch-ungarische Armee ihren Aufstandsgelüsten zu Hilfe gekommen wäre, denn sie wissen sehr wohl, daß es mit ihrer Sache trotz aller Großsprecherei ohne eine wirkliche Armee sehr windig aussieht. Dabei wird der Zusammenhalt in ihren eigenen Reihen — ausgenommen bei den drohenden Prahlereien gegen Rußland und Preußen — immer geringer, die Spaltung in Parteien, die Eifersucht der Führer immer größer — ganz so, wie es immer in Polen war. Die Grunewaldsammlung hat auch nicht die gewünschte Höhe erreicht, und zu den neuen „Cholmerfonds" ꝛc. fließen die Gaben sehr spärlich.

Der am 11. Januar vom Landmarschall Grafen Badeni eröffnete galizische Landtag wurde nicht arbeitsfähig, weil die Ruthenen obstruierten, da man ihre Ausgleichsforderungen nicht zugestehen wollte. Am 14. Februar erfolgte nach der Bewilligung eines Budgetprovisoriums die Vertagung. Die Ernennung Dr. v. Bilinskis zum gemeinsamen Finanzminister machte die Wahl eines neuen Obmannes des Polenklubs nötig, die Allpolen unterlagen und Dr. Leo wurde gewählt. Am 29. Mai beging die Lemberger Universität das 250jährige Jubiläum. Die Polen behaupteten den polnischen Charakter der Universität, die Ruthenen demonstrierten dagegen, der Rektor Dr. Finkel gedachte aber der Zeit, wo sie noch deutsch gewesen war. Zahlreiche Universitäten, aber keine slawischen, hatten die üblichen Begrüßungsadressen gesandt. Die Ruthenen agitierten für die Errichtung einer besonderen ruthenischen Universität in Lemberg, worüber die Polen wütend waren. Hatte aber schon der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die Loyalität der Ruthenen anerkannt, so wurden die Polen noch mehr erbittert, als auch Kaiser Franz Josef in dem bereits erwähnten Handschreiben der gleichen Überzeugung Ausdruck verlieh. Die Folge war die polnische Absage an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Frhrn. v. Heinold, den man beseitigen wollte, weil er geduldet hatte, daß das Verwaltungsgericht 53 allpolnische Wahlen in den Lemberger Gemeinderat kassierte, und in Kolomea eine Demonstration für den Erzherzog Karl Franz Josef verbot, da sie gegen den Thronfolger gerichtet war. Der Verlauf zeigte aber, daß der Polenklub keineswegs mehr die frühere Gunst des Monarchen für seine politischen Experimente in Anspruch nehmen durfte. Er beschloß darum einzulenken und die vom Monarchen gewünschte Verständigung mit den Ruthenen ernsthafter zu betreiben. Schon Anfang August begannen in Marienbad vertrauliche Verhandlungen polnischer und ruthenischer Führer. Im Polenklub wurde inzwischen ein Kampf der Allpolen, die sich dem slawischen Rußland nähern und wegen des Enteignungsgesetzes den nationalen Kampf ausschließlich gegen Preußen führen wollten, und dem linksdemokratischen Flügel ausgetragen, der den hergebrachten Haß gegen Rußland nicht fahren lassen wollte. Die Folge davon war eine Resolution des Polenklubs, die sich gegen die revolutionäre Propaganda, aber auch für eine Stellungnahme zur preußischen Polenpolitik aussprach. Darum erfolgten die bekannten, wenig nachdrucksvollen Ausfälle gegen Preußen in den Delegationen und im Abgeordnetenhause, obgleich die Stellung zur Regierung dadurch nicht gebessert wurde.

Infolge des Balkankrieges wuchs die Aufregung im Lande, die demokratische Richtung arrangierte am 26. November in Lemberg eine nationale Demonstration mit russenfeindlicher Spitze, auch die ukrainische Richtung der Ruthenen demonstrierte wiederholt in Lemberg und in Czernowitz gegen die russenfreundlichen Altruthenen. Statthalter Bobrzynski erklärte in einer Versammlung des erweiterten Polenklubs am 8. Dezember in Lemberg alle Kriegsgerüchte für unglaubwürdig, da die Beziehungen zu Rußland normal seien. Die Ausgleichsverhandlungen hatten sich gegen Ende des Jahres dem vollkommenen Abschlusse genähert, die Ruthenen hatten freilich noch einmal im Abgeordnetenhause obstruieren müssen. Es erscheint freilich ausgeschlossen, daß dieser Ausgleich einen dauernden Frieden zwischen Polen und Ruthenen begründen wird, aber er ist ein Beweis für die abnehmende Macht des Polentums in Österreich. Die Polen sollten wahrlich, statt großpolnische Agitationen zu betreiben, sich lieber um die kulturelle Hebung des Volkes kümmern. Wenn die galizischen Polen auf der Kulturhöhe der preußischen ständen, dann würden sie selbst in der Polenfrage ein ganz anderes Gewicht in die Wagschale werfen wie jetzt. In Galizien gibt es aber noch 463 Gemeinden, die überhaupt keine Schule haben, der sechste Teil der schulpflichtigen Kinder nimmt an keinem Unterricht teil. Da sollte der Polenklub seine Wirksamkeit erproben, statt die Deutschen und Ruthenen zu unterdrücken, und selbst die galizischen Saisonarbeiter, die nach Deutschland um Brot gehen, mit Scheelsucht anzusehen. Diese kommen doch nach wenigen Jahren zu einem gewissen Wohlstand, haben aber auch gelernt, daß man sich die in Galizien übliche Behandlung nicht gefallen zu lassen braucht.

Ungarn.

Das Jahr 1912 war für das politische Leben Ungarns so recht charakteristisch. Von dem Irrtum seit dem Jahre 1848, daß die Magyaren politisch besonders befähigt wären, ist die Welt wohl längst zurückgekommen, nachdem sich die demokratische Ansicht der Dreißiger- und Vierzigerjahre des vorigen Jahrhunderts, die eine revolutionäre Tätigkeit für die einzig richtige politische hielt, als haltlos erwiesen hat. Heutzutage hört man kaum noch in sozialdemokratischen Versammlungen von der Revolution rasseln. Später erhielt sich der politische Ruf der Magyaren noch infolge des unglaublich ungeschickten Verhaltens des Wiener Parlaments, neben dem die simple Klugheit des ungarischen Abgeordnetenhauses allerdings als große politische Weisheit erscheinen konnte, da sie Ungarn in die maßgebende Stelle der Monarchie erhob. Dadurch wohl über die eigene Macht getäuscht, versuchte sich das Magyarentum schließlich sogar in einem Konflikt mit der Krone. Das war politisch höchst unklug, denn seit dem Armeebefehl von Chlopy ist es mit der ausschlaggebenden Stellung der Magyaren reißend schnell bergab gegangen. Die herr-

schende Schicht in Ungarn hat, trotz verschiedenartiger Versuche, wider den Stachel zu löcken, einsehen gelernt, daß sie im Kampfe gegen die Krone niemand hinter sich hat, weil auch der einfachste Mann begreift, daß eine großmagyarische Politik keinen Sinn hat. Das Resultat dieser Volksüberzeugung ist die zuletzt gewählte große Arbeitsmehrheit des Abgeordnetenhauses, mit der ein geschickter Staatsmann wohl hätte etwas anfangen können. Graf Khuen-Hedervary hatte freilich den Beweis dafür noch nicht erbracht. Das unglaubliche Ungeschick am Ende seiner früheren Ministerpräsidentschaft, seine Demission wegen eines Konflikts mit dem Abgeordnetenhause gerade in dem Augenblick einreichen zu müssen, als Kaiser Nikolaus zum Besuche in Wien eintreffen sollte, läßt nicht darauf schließen, daß er mit dem parlamentarischen Winde zu fahren versteht. Im Vorjahre hatte freilich seine Arbeitsmehrheit im Handumdrehen alles bewilligt; das war aber weniger sein Verdienst, sondern die einfache Folge des verblüffenden Wahlausfalles, über den sich die aus allen Wolken gefallene Opposition noch nicht zu fassen vermocht hatte. Seitdem hatten aber Justh und Kossuth ihre Haltung wiedergewonnen und ließen mit überlegener parlamentarischer Technik alle Register spielen. So hatte man zu Beginn des Jahres das seltsame Schauspiel, daß unter einem Kabinett mit der größten Parlamentsmehrheit seit einem halben Jahre die Wehrreform beraten wurde und kein Mensch wußte, ob sie überhaupt Gesetz werden, oder ob nicht in den nächsten Wochen das Ministerium Tisza-Andrassy oder gar Lukacs-Justh heißen würde.



(Hofphot. Erélyi, Budapest.)
Baron Samuel Jósika, Präsident des Magnatenhauses.

Als in der zweiten Hälfte des Januar endlich das Budget erledigt war und nun die Wehrvorlage ernsthaft in Angriff genommen werden sollte, war auch die Obstruktion der Kossuth- und Justhpartei wieder da. Graf Khuen, der sich von seinem Augenleiden erholt hatte, fand nicht die nötige Energie dagegen. Er veranlaßte sogar die Heeresverwaltung, auf die Frühjahrsaushebung zu verzichten, weil das Wehrgesetz sicher im Sommer durchgebracht werden würde. Die Justhpartei verlangte die Wahlreform vor dem Wehrgesetz. Graf Khuen berichtete dem Kaiser darüber und begann die Verhandlungen mit der Kossuthpartei. Die sattsam bekannten nationalen Forderungen tauchten auf, wobei der Erfinder der besonderen ungarischen Armee, Graf Apponyi, wieder figurierte. Mit der Vertretung solcher Ansichten fand aber der ungarische Ministerpräsident in Wien weder bei der Krone noch bei dem österreichischen Ministerium Anklang. Er hatte bloß seine Stellung hüben wie drüben erschüttert. Die Krone war entschieden gegen jede Bestimmung, die auch nur die geringste Einschränkung ihres Verfügungsrechtes über die Armee, auch Reserve und Ersatzreserve, bezwecken würde. Die Opposition begann die Obstruktion, stellte sie aber am 24. Februar wieder ein, weil von neuem verhandelt wurde. Es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß die beiden verbreitetsten Wiener Zeitungen auch diesmal die ungarischen Ansprüche unterstützten. Ende des Monats stellten sich weitere Unstimmigkeiten zwischen Wien und Budapest heraus wegen des Entgegenkommens des Grafen Khuen gegen das Verlangen der ungarischen Opposition, daß das Recht des Monarchen auf Einberufung der Reserven in Jahren, wo kein Rekrutenkontingent bewilligt worden sei, nicht gehandhabt werden dürfe. Die Ungarn begehrten also ein Recht, das sie in den Stand setzte, die Armee dienstunfähig zu machen. Um ihrem allgemeinen Ingrimm Luft zu verschaffen, rief die Justhpartei am 2. März einen furchtbaren Tumult gegen die Geschäftsführung des Präsidenten Navay hervor. In Ungarn suchte man mit offenbarer Hinterlist dem Kriegsminister v. Auffenberg die Schuld für die Ablehnung der ungarischen Forderungen zuzuschieben. Als wenn in nicht absichtlich irregeführten Kreisen jemals ein Zweifel darüber bestände, daß sich Kaiser Franz Josef gegen jeden Eingriff in seine Rechte als oberster Kriegsherr ablehnend verhält!

Am 7. März reichte das Ministerium wegen der gänzlich verfahrenen Lage seine Entlassung ein. Die Darstellung der Blätter, daß er dabei die Bedingung der Annahme der oben erwähnten Forderungen gestellt habe, leidet an innerer Unwahrscheinlichkeit, denn davon war längst nicht mehr die Rede. Kaiser, Kriegsminister und österreichische Regierung hatten sich entschieden dagegen erklärt, alles übrige war bloß Mache der bekannten ungarfreundlichen Presse in Wien und Budapest, die von jeher allen magyarischen Bestrebungen auf parlamentarische Machterweiterung gegenüber der Krone das Wort geredet hat. Sie wollte jetzt sogar mit der möglichen Demission des österreichischen Ministeriums die Leute gruseln machen. Auch die Ausstreuung, die Demission erfolge im Einverständnis mit dem Thronfolger, dem die Wehrvorlage nicht genüge und dem darum ein Provisorium lieber sei, war ebenso unwahrscheinlich. Der Kaiser nahm die Demission zunächst an, an dem Verhalten der ungarischen Parteien konnte man aber ersehen, daß es allen wieder einmal um eine der beliebten Erpressungen von Rechten zu tun gewesen war, und daß auch Graf Khuen-Hedervary die Hand dazu geboten hatte. Ob selbst als Schieber oder

bloß als Geschobener, mag dahingestellt bleiben. In solchen Fragen handelt die in Ungarn herrschende Schicht immer einmütig, einerlei in welche Parteien sie sich gerade gruppiert. Auch die Arbeitspartei sah sich um eine schöne Hoffnung betrogen, wollte nicht mehr mittun und das nächste Ministerium nicht unterstützen. Darum zog sich die Ministerkrise in die Länge, und die Blätter taten sich in bunten Kombinationen gütlich. Die Sozialdemokratie und Unabhängigen benutzten die politische Pause am 24. März zu einer ausgiebigen Straßendemonstration in Budapest, wie sie sagten, für das allgemeine Wahlrecht. Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses noch behauptete, sie werde am Grafen Khuen festhalten, so wurde dieser vom Monarchen ersucht, einen Ausweg zu finden und am 30. März das Ministerium neu ernannt. Das Handschreiben des Monarchen betonte aber ausdrücklich, daß er an dem Rechte, Reservisten und Ersatzreservisten einzuberufen oder zurückzubehalten, festhalte. „So wie es mein entschiedener Wille ist, die verfassungsmäßigen Rechte der Nation unversehrt zu erhalten, mit eben solcher Entschiedenheit muß ich meine konstitutionellen Herrscherrechte unverletzt bewahren, und vermag ich meinen Herrscherpflichten nur dann nachzukommen, wenn ich diesen meinen zweifachen Beruf gleichzeitig erfüllen kann." Diese glatte Absage erregte das größte Aufsehen in allen Kreisen, die die Sachlage bisher anders geschildert oder aufgefaßt hatten. Die Arbeitspartei lenkte schleunigst ein, und Graf Khuen erklärte am 1. April im Abgeordnetenhause, die „Rechtsauffassung" über die Einberufung der Reservisten sei fallen gelassen worden. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit stürmischem Beifall und den Rufen: „Es lebe der König!" aufgenommen. Graf Andrassy bemerkte, Graf Khuen habe sich einer Stimmung (des Monarchen) gegenüber befunden, die nicht zu berücksichtigen geradezu ein Verbrechen gewesen wäre. Das stimmte ganz zu der Ausstreuung der Blätter, aus dem kaiserlichen Handschreiben sei herauszulesen, daß der Kaiser zur Abdankung entschlossen gewesen sei, und das wollten die edlen Magyaren doch nicht haben. O die Guten! Um vor dem festen Willen des Monarchen am Ruder zu bleiben, und aus Furcht vor einem neuen Ministerium Fejervary hatten sie einfach wieder einmal ihre Forderungen fallen lassen müssen. Das ist die Wahrheit.

Nach den üblichen theatralischen Reden der Parteigrößen und ungehörigen Zwischenrufen der Unabhängigen wurde am 3. April das kaiserliche Handschreiben zur Kenntnis genommen und das Haus bis zum 12. vertagt. Graf Khuen hatte erklärt, wenn binnen einem Monat nicht die Ordnung im Hause wieder hergestellt worden sei, werde es aufgelöst werden. Nach den bisherigen Vorkommnissen war freilich die Stellung des Ministeriums Khuen weder gegenüber der Krone noch dem Hause fest genug, um die Weisungen des Monarchen zur Ausführung zu bringen. Nachdem am 12. die Obstruktion wieder rücksichtslos einsetzte, reichte schon am 16. das Ministerium seine Demission ein, angeblich wegen des Verhältnisses des Ministerpräsidenten zum Kriegsminister v. Auffenberg. In dem kaiserlichen Entlassungsschreiben wurde dem Grafen Khuen besonders warmer Dank für seine Leistungen in der ersten Zeit seiner Amtsführung ausgesprochen. Sein Nachfolger wurde der bewährte Vertrauensmann des Kaisers, der bisherige Finanzminister Dr. Ladislaus v. Lukacs. Er fand eine schwierige Lage vor, hatte aber hinter sich die soeben erst betätigte Macht der Krone. Im Abgeordnetenhause hätte er die Justhpartei durch ein Entgegenkommen bei der Wahlreform gewinnen können, dann aber den energischen Grafen Tisza mit dessen starkem Anhang gegen sich gehabt. Das Programm der neuen Regierung wurde am 29. April von der Mehrheit mit großem Beifall aufgenommen, die sich daran anschließenden Debatten drehten sich hauptsächlich um Kroatien, aber nicht um die dort geschaffenen Ausnahmezustände, sondern um die Bemerkungen, die Graf Stürgkh dazu gemacht hatte und als Einmischung in ungarische Verhältnisse zurückgewiesen wurden. Die Verhandlungen mit Justh blieben ohne Ergebnis. Am 18. Mai begann infolgedessen die Beratung der Wehrvorlage mit einem Obstruktionstumult. Es machte sich eine schärfere Geschäftsordnung nötig, und deswegen trat der bisherige Präsident Navay zurück. Die Tumulte dauerten fort, die Sozialdemokraten demonstrierten auf der Straße für das allgemeine Wahlrecht. Sie wußten wohl warum, denn die Arbeitspartei hatte einstimmig beschlossen, den Grafen Tisza zum Präsidenten zu wählen, der ein abgesagter Gegner dieses Wahlrechtes ist. Sein Eintreten für die Aufgabe des Ministeriums, unter allen Umständen die Wehrreform durchzusetzen, bedeutete zugleich, daß Dr. v. Lukacs sein beabsichtigtes weiteres Eingehen auf ein wirklich allgemeines Wahlrecht aufgegeben hatte. Am 22. wurde nach einem ungeheuren Krawall und Handgemenge Tisza gewählt, wobei die Opposition sich schließlich der Stimmabgabe enthielt. Er versprach, die normale Tätigkeit des Hauses wiederherzustellen. Die Sozialdemokraten kündigten den allgemeinen Ausstand an, gegen den militärische Vorkehrungen getroffen wurden.

Der Ausstand war nicht allgemein, doch beteiligten sich immerhin 50.000 Arbeiter am 23. Mai an den Straßendemonstrationen. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen mit Polizei und dem Militär, von beiden Seiten wurde geschossen, und man zählte sieben Tote und 200 Verwundete. Die Arbeiterführer, die die Massen gewissenlos in einen aussichtslosen Kampf gehetzt hatten, weil sie vermeinten, der herrschenden Klasse ihre Macht fühlen lassen zu können, mußten schon am Abend zur Einstellung des Streiks und der Demonstration auffordern, die Unruhen erloschen aber erst am nächsten Nachmittag. Die Opposition versuchte, diese Vorgänge in das Parlament zu ziehen, Graf Tisza erklärte aber am 23., das Haus sei kein Wohlfahrtsausschuß, und Ministerpräsident Dr. v. Lukacs am folgenden Tage, Militär und Polizei hätten nirgends provoziert. Das war durchaus richtig, und die Sozialdemokraten mußten einsehen, daß der revolutionäre Versuch dem allgemeinen Wahlrecht mehr geschadet hatte als die Unzuverlässigkeit der oppositionellen Parteien, über die sie

mit Recht erbittert waren, da sie von ihnen nur benutzt worden waren. Gegenüber der festen Hand des Präsidenten Tisza hatten sich während der Pfingstpause die Oppositionsparteien über ein Programm für Wehr- und Wahlreform geeint, für erstere wollten sie durch Bewilligung eines einjährigen Provisoriums ihre Wünsche auf gelegenere Zeit verschieben, inzwischen sollte die Wahlreform vorgenommen werden. Ministerpräsident Dr. v. Lukacs lehnte am 2. Juni jede Änderung der Wehrvorlage ab und stellte dagegen ein Programm der Regierung über das Vorgehen in beiden Fragen auf, was die Opposition rundweg verwarf. Darauf ließ Graf Tisza am 4. Juni ohne Rücksicht auf das Toben der Opposition über die Wehrvorlagen in allen drei Lesungen abstimmen. Bei der großen Überlegenheit der Regierungsmehrheit ging die Abstimmung glatt vor sich, und damit war der seit Jahren währende Kampf der Regierung mit der Opposition über diesen wichtigen Gegenstand entschieden. Graf Tisza hatte dadurch gutgemacht, was er als Ministerpräsident vor sieben Jahren durch sein Doppelspiel mit den Vereinbarungen der sogenannten Neunerkommission in der Armeefrage verdorben hatte. Er und Lukacs wußten freilich auch ganz genau, wie es um die Stimmung des Monarchen stand, der schon dem Grafen Khuen eine Frist von einem Monat gesetzt hatte und bei der günstigen parlamentarischen Lage in Wien sicher nicht gezögert haben würde, ein außerparlamentarisches Ministerium in Ungarn einzusetzen. Das wäre dann aber sicher auch mit einem wirklichen allgemeinen Wahlrecht gekommen, und davor wollte Graf Tisza sich und die in Ungarn herrschende Schicht bewahren.

Das sahen die oppositionellen Abgeordneten, obwohl sie derselben Schicht angehören, noch nicht ein, oder wollten es nicht einsehen, weil sie sich zu sehr blamiert fühlten. In der Nachmittagssitzung tobten sie weiter, und Graf Tisza ließ 36 von ihnen durch Polizei hinausführen, worauf die übrigen unter Protest den Saal verließen. Als am folgenden Tage der Lärm wieder begann, wurden wieder 30 Abgeordnete polizeilich entfernt und mehrere für eine Reihe von Sitzungen ausgeschlossen. Als diese in der Nachmittagssitzung trotzdem erschienen, wurden sie entfernt, worauf die Opposition wieder den Saal verließ. In der nächsten Sitzung am 7. wiederholten sich die Ausweisungen, und danach schoß der auf 30 Sitzungen ausgeschlossene Abg. Kovacs zweimal auf den Präsidenten, ohne ihn zu treffen, und verletzte sich dann selbst schwer durch Schüsse. Graf Tisza blieb sehr ruhig und setzte nach kurzer Unterbrechung die Sitzung fort. In der Nachmittagssitzung wurden die ausgewiesenen Abgeordneten nochmals entfernt. Von nun an wurden sie von der Polizei nicht mehr in das Haus zugelassen, worauf die gesamte Opposition wegblieb. Nachdem das Abgeordnetenhaus die übrigen Vorlagen und außerdem eine verschärfte Geschäftsordnung angenommen hatte, wurde es am 11. vertagt, um die zustimmenden Beschlüsse des Magnatenhauses abzuwarten, und als diese erfolgt waren, wurde die Session am 27. geschlossen. Die Leiter des Präsidiums hatten am 12. in Schönbrunn den üblichen Vorstellungsbesuch gemacht, wobei Kaiser Franz Josef seine Anerkennung ihrer Aufopferung und ihres Mutes bei der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses aussprach. Die Opposition hatte sich ihr Schicksal selbst zugezogen und vor aller Welt lächerlich gemacht. Ihre bis zum letzten Tage wiederholten Versuche, durch den Polizeikordon in das Haus zu dringen, interessierte bald keinen Menschen mehr, und in der ganzen Bevölkerung, die den parlamentarischen Unfug satt hatte, erhob sich kaum eine Stimme für sie. Vereinzelte Krawalle in einigen Städten gingen von den Sozialdemokraten aus und galten dem allgemeinen Wahlrecht. Einigen Anhängern der angestrebten magyarischen Adelsrepublik war das in den Verhältnissen liegende Überwiegen der Krone nicht recht, aber nur 33 stimmten im Magnatenhause gegen die Wehrreform. Daß Graf Tisza den rohen Gewalttätigkeiten des einen Fünftels des Abgeordnetenhauses eine überlegene Gewalt anwandte, war ganz in der Ordnung, und vereinzelte Klagen der internationalen demokratischen Presse über „Herabwürdigung des Parlaments" waren gegenstandlos, denn ein Parlament ist nur unwürdig, wenn es die ihm obliegenden verfassungsmäßigen Pflichten nicht zu erfüllen vermag.

Mit seinem durch die parlamentarische Lage erzwungenen Husarenstreich hat Graf Tisza die seit dreizehn Jahren unterbrochene Politik Deaks und Andrassys wieder hergestellt, die das Heil Ungarns im Zusammengehen mit der Krone sahen. Ungarn war dabei gut gefahren, war zum entscheidenden Faktor in der Monarchie geworden, aber jetzt so weit gesunken gewesen, daß selbst das wegen seiner chronischen Zerfahrenheit einzig dastehende Wiener Abgeordnetenhaus überlegen erschien. Abg. Justh hatte die Naivität, dem Kaiser in einem Schreiben um eine Entscheidung darüber zu ersuchen, ob er die Geheimratswürde behalten dürfe, nachdem er aus dem Abgeordnetenhause in entwürdigender Weise ausgewiesen worden sei. Über eine Antwort verlautete nichts. Nun trat die Wahlreform in den Vordergrund. Über die Pläne der Regierung erfuhr man wenig, Dr. v. Lukacs hatte am 15. August von einer Bevorzugung der „Intelligenz" gesprochen, was Kenner mit magyarischer Sprachkenntnis übersetzten. Die Opposition schnaubte Rache gegen Tisza und Lukacs, war aber verblüfft, als letzterer Anfang September den Stephansorden erhielt. Nun sollte nur noch Tisza fort, ein Friedensangebot des Ministerpräsidenten wurde abgelehnt. Die erste Sitzung im Abgeordnetenhause am 17. September begann darum mit Höllenlärm und verlief ergebnislos, schließlich wurden die spektakulierenden Oppositionsmitglieder rücksichtslos aus dem Saale entfernt. Am nächsten Tage kam es sogar zum Handgemenge. Die Wahl in die Delegation konnte aber vollzogen werden, und das Haus wurde vertagt. Abends demonstrierten Studenten und Arbeiter; die Polizei schritt kräftig ein, da auf sie geschossen wurde, und es gab über 20 Schwerverwundete. Die Demonstration war zwar gegen die Regierung gerichtet, aber nicht für die Opposition, deren Würdelosigkeit niemand begeistern konnte. Die gleiche beschämende Erfahrung

mußte sie auch in Wien erleben, wo sie am 23. auf ihrer Demonstrationsfahrt gegen die ungarische Delegation kaum bei den Sozialdemokraten Beachtung fand. Es darf schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß bei den Skandalszenen im Abgeordnetenhause auch der Ruf: Es lebe die Republik! vernommen wurde. Als nach Schluß der Delegationen in Wien das Abgeordnetenhaus am 30. Oktober wieder versammelt wurde, verhinderte die Polizei den Ausgewiesenen den Zutritt. Es kamen nur geringfügige Demonstrationen vor, die die Oppositionspresse vergeblich aufzubauschen suchte. Auch die Delegationssitzungen in Budapest wurden wirksam gegen das Eindringen der Opposition geschützt, die in Versammlungen großtönende Beschlüsse gegen die äußere und innere Politik faßte. Das erst am 25. November seine eigentliche Tätigkeit aufnehmende Abgeordnetenhaus erledigte in rascher Beratung das Budget und die drei auch im Wiener Reichsrate angenommenen Kriegsleistungsgesetze für den Mobilisierungsfall. Die Opposition nahm nicht teil, da mehrere Versuche der Ausgewiesenen, in das Haus einzudringen, verhindert worden waren. Am Jahresschlusse veröffentlichte die Regierung ihren Wahlgesetzentwurf, der wohl die Zahl der Wähler erheblich vermehrte, aber nichts weniger als das allgemeine Wahlrecht bringt, dagegen eine magyarische Mehrheit für alle Zukunft sichert. Der Balkankrieg und die Kriegsgefahr übten nur einen geringen Einfluß auf die Tätigkeit des Hauses aus.

In Kroatien hatte sich der Banus Dr. v. Tomatschitsch zwei Jahre vergeblich bemüht, verfassungsmäßige Zustände herzustellen. Aber weder sein anfängliches Kompromiß mit der serbisch-kroatischen Koalition noch zweimalige Landtagswahlen hatten ihm einen Erfolg gebracht. Er erhielt am 19. Januar den Sektionschef Cuvay v. Ivansky als Nachfolger, was durchaus keinen Systemwechsel bedeutete. Der Konflikt war 1908 entstanden, weil das ungarische „große" Ministerium die Magyarisierung der kroatischen Eisenbahnbeamten durchsetzte. Seitdem hatte im Landtag die Opposition die Oberhand und kämpfte ganz nach dem Muster der ungarischen Opposition. Sie war nach und nach ganz in den Strudel der südslawischen Selbständigkeitsbewegung geraten. Die Regierung des Grafen Khuen hatte zu viel mit der eigenen Opposition zu tun, als daß sie sich hätte viel mit versöhnenden Schritten in Kroatien beschäftigen können. Dadurch hatte sich die Lage verschlimmert, und die Kroaten glichen jetzt vollkommen den Polen und strebten, natürlich auch unter patriotischer Maske, ein großes kroatisch-serbisches Reich an, einerlei wo Österreich-Ungarn dabei bleibe. Es war hohe Zeit, daß etwas geschah, und unter den kroatischen Wünschen befand sich manches, was ein wohlbegründeter Anspruch des Landes war, ohne das verfassungsmäßige Verhältnis zu Ungarn oder zur Gesamtmonarchie zu berühren. Die Magyaren kennen aber bloß Freiheit für sich, für andere den Zwang. Cuvay begann mit Schließung der Universität, Maßregelung der Zeitungen 2c., wodurch die Verhältnisse noch unhaltbarer wurden. Einen Tag vor dem verfassungsmäßigen Termin der Wahlausschreibung für den Landtag, wurde am 3. April Cuvay zum königlichen Kommissär ernannt, die Verfassung aufgehoben und die Versammlungsfreiheit aufs äußerste beschränkt. Die Maßregel richtete sich gegen die südslawische (angeblich trialistische) Agitation, ihre Zweckmäßigkeit wurde aber außerhalb Ungarns bezweifelt, u. a. auch vom Grafen Stürgkh am 18. im Wiener Abgeordnetenhause. Die Erbitterung nahm zu, ein Gymnasiast Jukics schoß am 7. Juni auf Cuvay, verwundete aber nur den neben ihm fahrenden Sektionschef Hervoics tödlich. Der königliche Kommissär v. Cuvay erstattete Anfang September dem Kaiser in Ischl Bericht, wurde aber der Tradition entgegen nicht zur Tafel gezogen. Der Balkankrieg belebte die südslawische Agitation aufs neue, aber auch die in den Hintergrund gedrängten loyalen Serbo-Kroaten. Sie brachten durch Deputationen aus dem ganzen Lande am 21. November Herrn v. Cuvay eine großartige Vertrauenserklärung, die zugleich dem Kaiser galt. Einige Tage vorher hatte Dr. v. Lukacs in Budapest erklärt, der kroatische Landtag werde sofort einberufen werden, wenn seine Mehrheit nicht mehr die Lostrennung von Ungarn verlange.

Bosnien.

Im Vorjahre war das jüngste parlamentarische Kind der Monarchie, der bosnische Landtag, etwas unsanft nach Hause geschickt worden, weil er wohl schon obstruieren, aber noch nicht parlamentarisch verhandeln gelernt hatte. Die großkroatische Agitation machte sich breit, wollte die deutsche innere Amtssprache abschaffen und veranstaltete am 18. Februar in Serajewo eine Demonstration gegen Ungarn. Schüsse fielen, durch die ein Gymnasiast tödlich verwundet wurde, Polizei und Militär mußten Ordnung machen. Der Landtag, nach des Barons Burian Ansicht auf Grund des religiösen Katasters gewählt, hat sich nicht bewährt. Die orthodoxen Serben stehen den verbündeten katholischen Kroaten und Muselmanen gegenüber, beide Gruppen stark genug, die Absichten der anderen zu vereiteln, aber jede unfähig zum eigenen Schaffen. Der neue Minister Dr. v. Bilinski wollte es mit einer sogenannten Arbeitsmehrheit versuchen, indem er ein an sich viel begehrtes Eisenbahnbauprogramm entwickelte, aber die Beschränktheit der Abgeordneten schrak vor der Höhe des Landesbeitrags zurück, das gegenseitige Mißtrauen tat das Übrige. Ja, wenn die Regierung ihnen die Bahn schenkte! Als höchste Weisheit erschien ihnen, der Regierung gar nichts zu bewilligen, und sie lehnten das Budget ab. Anfang April trat in der Leitung der Landesregierung eine wichtige Veränderung ein: Der militärische Landeschef wurde auch tatsächlich Leiter der Zivilverwaltung. Der Landeschef, Armeeinspektor Potiorek, gilt als ein besonders befähigter Mann nicht bloß auf militärischem Gebiete, von dem man viel erwartet. Von Vorteil ist auch, daß er direkt dem Monarchen und nicht dem gemeinsamen Ministerium unterstellt ist. Der Landtag hatte aus irgend welchen Gründen einen Zivilchef gewünscht. Ende Juni war es Dr. v. Bilinski doch gelungen, seine Arbeitsmehrheit zu

bilden, aber bloß auf ein paar Tage, dann wurden die Verhandlungen abgebrochen und der Landtag, der schon seit zwei Monaten nichts gearbeitet hatte, vertagt. Der Balkankrieg griff tief in das Parteileben des Landes ein. Die Serben nahmen in dem am 2. Oktober wieder versammelten Landtage offen für die Forderungen des Königreiches Serbien und gegen Österreich Partei. Das veranlaßte am 19. November die Muselmanen, die sich bisher mit der österreichischen Herrschaft noch wenig ausgesöhnt hatten, zu einer großartigen Kundgebung für Österreich-Ungarn und den Kaiser Franz Josef.



General Conrad von Hötzendorf,
Chef des Generalstabes der österr.-ungar. Armee.

Der Landtag nahm ein Gesetz an, nach dem binnen 16 Jahren 600 neue Volksschulen und eine Reihe von Mittelschulen gebaut werden sollen. Auch die Eisenbahnvorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen. Da aber die Jungserben, wohl beeinflußt durch den Balkankrieg, zu obstruieren begannen und bei den gemäßigten Serben, die bisher zur Arbeitsmehrheit gehört hatten, Unterstützung fanden, wurde der Landtag am 18. Dezember unerwartet durch kaiserlichen Erlaß vertagt, bevor er das Budget durchberaten hatte. Die Ursache lag wohl vorwiegend in der Zunahme der serbischen Agitation. Die Abgeordneten bedauerten besonders den Verlust der Taggelder von 15 Kronen, die sie seit November vorigen Jahres bezogen hatten, obschon der Landtag meist vertagt war und vor Oktober nichts geleistet hatte.

Die Reichsverteidigung.

„Neues wird eingeführt, erhalten aber bleibt der treue herrliche Geist, der stets unsere Armee in hervorragendem Maße ausgezeichnet hat." Diesen bemerkenswerten Ausspruch tat am 27. Juni bei der Beratung der Wehrreform im Herrenhause der Fürst v. Fürstenberg und kennzeichnete damit treffend die gegenwärtige Lage. Die Monarchie erhält durch die Reform endlich eine Wehrmacht, die sie wieder auf die Höhe des gegenwärtigen allgemeinen Rüstungsstandes erhebt und ihrer Stellung nach außen und als Bundesmacht wieder die volle Wucht verleiht. Zwanzig Jahre betrug der Friedensstand rund 18.000 Gagisten, 270.000 Mann und 54.000 Pferde, die innerpolitischen Verhältnisse ermöglichten nicht, die Rekrutenziffer auch nur um einen Mann zu erhöhen. Weitgehende technische und wissenschaftliche Fortschritte hatten in diesem Zeitraum auch für Neuformationen in den Dienst der Armee gestellt werden müssen, die aber nur durch Abkommandierungen aus den bestehenden Truppenkörpern gedeckt werden konnten. Das Resultat war eine weitgehende Schwächung, vor allem der ersten taktischen Einheit, der Kompagnie. Das Heer begann zu „verdorren". Der Rekrutenstand für Heer und Flotte wird nun von 1914 ab 159.500 Mann betragen, für die Landwehr (samt den eine Sonderstellung einnehmenden Kontingenten für Tirol und Vorarlberg) von 1917 ab 28.000 Mann, und ungefähr ebenso viel für die Honved. Die Gesamtstärke wird dann also rund 450.000 Mann betragen, etwa 1% der Bevölkerung, etwas weniger wie in Deutschland nach der neuen Wehrreform, bedeutend weniger wie in Frankreich. Von den bedeutenden Erhöhungen wird eine Reihe von organisatorischen Veränderungen bedingt, u. a. die Heranziehung eines Berufsunteroffizierskorps, die Verschärfung des Einjährigenprivilegiums und der teilweise Wegfall der Ersatzreserve. Von großer Bedeutung ist auch die neue Militärstrafprozeßordnung, die ein modernes Verfahren mit Öffentlichkeit, Mündlichkeit, freier Beweiswürdigung und selbst Verteidigung durch Ziviladvokaten bringt. Der unparlamentarischen und unpolitischen Haltung der ungarischen Opposition ist es zu danken, daß beim Durchsetzen der Vorlage als Verhandlungssprache die Dienstsprache — also die deutsche — durchging, wogegen diese Opposition ein Jahrzehnt wütend gekämpft hat. Das ist übrigens weniger für die deutsche Sprache als für die Einheitlichkeit der Armee von Belang. Die Heeresverwaltung hat bereits für die Arbeiten, die zur Durchführung der heiß ersehnten Wehrreform nötig sind, den größten Eifer entwickelt, den der Erzherzog-Thronfolger beseelte.

Am 1. Oktober bestand die Friedensstärke der Armee aus 28.570 Offizieren, 385.000 Unteroffizieren und Mannschaften sowie 76.480 Pferden. Der neue Kriegsminister FZM. v. Krobatin ist der genaueste Kenner des Heeresorganismus, der Generalstabschef G. d. J. Conrad v. Hötzendorf ist wieder auf seinem Platze. Von Neuorganisationen verdient Erwähnung die Errichtung von Radfahrerkompagnien bei vier Jägerbataillonen, bei denen zu diesem Zwecke die vierte Kompagnie pro-

visorisch aufgelöst wurde. Jede Radfahrerkompagnie hat drei Züge Fahrer und einen Maschinengewehrzug. Bei der Infanterie- und Jägertruppe wurden 21 Maschinengewehrabteilungen neu aufgestellt. Die Trainbataillone der Gebirgsformationen in Bosnien und Dalmatien beschaffen in Zukunft bei Mobilisierungen alle Truppentrains selbst und erhalten hiezu ein schwaches Bataillonstrainkader. Die Gebirgsartillerieabteilungen in Bosnien wurden unter einem Brigadekommando vereinigt. In Budapest und in Lemberg wurde je ein Kavalleriedivisionskommando errichtet. An Stelle der bisherigen neun schweren Haubitzdivisionen wurden 14 schwere Haubitzdivisionen, zunächst zu zwei Batterien, als erste Etappe der beabsichtigten Umgestaltung der schweren Feldartillerie, gebildet. Für Tirol wurden zwei neue Festungsartilleriebataillone (Nr. 6 und 7) errichtet. Die 15 Pionierbataillone wurden (zunächst) in acht Pionier- und 14 Sappeurbataillone, erstere für den Wasser-, letztere für den Landdienst, umgebildet. Das Eisenbahn- und Telegraphenregiment wurde in ein Eisenbahnregiment und ein Telegraphenregiment (vorläufig en cadre) getrennt, das Flugfeld für Luftschiffer bei Fischamend wurde erweitert, bei Görz ein zweites errichtet. Außerdem wurden verschiedene, nicht unwesentliche Umänderungen im Automobil-, Train- und Sanitätswesen durchgeführt und eine Neugruppierung der Landwehrgebirgstruppen vorgenommen. Der Entwurf eines neuen Felddienstreglements wurde zunächst zur Erprobung eingeführt. Es ist ersichtlich, daß die Mehrzahl dieser an sich kleinen Veränderungen die Vorstufe für größere Organisationen bei Durchführung der Wehrreform bildet.

Die großen Manöver fanden vom 9. bis 14. September in dem ausgesprochenen Flachlande östlich der Theiß in einem infolge der hohen Maisbestände wenig übersichtlichem Terrain statt. Die Oberleitung führte wieder der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Die Leistungen der Führer und Truppen befriedigten durchaus vollkommen, und manche neue Erfahrungen in bezug auf die Ausnützung der modernen Technik für die Zwecke des Heeres wurden gesammelt. Trotz der ungünstigen Witterung vollbrachten die Fliegeroffiziere Leistungen, die des höchsten Lobes wert sind und auch im Armeebefehl des Erzherzog-Thronfolgers besonders warm anerkannt wurden. Ein großes Zeitungsgeschreibsel entstand wegen des angeblich vorzeitigen Abschlusses des Manövers, den man auf innerpolitische Gründe, auf die beabsichtigte Anwesenheit des Erzherzogs beim eucharistischen Kongreß 2c. zurückzuführen suchte. Von offiziöser Seite wurden überzeugende militärische Gründe dafür angeführt, warum für den vierten Manövertag nur der Abtransport der Truppen vorgesehen war. Für einen etwaigen vorzeitigen Abbruch dürften übrigens weniger die angeführten Gründe, als das herannahende Balkangewitter in Frage kommen, für das das Fernhalten der Truppen von ihrem Mobilisierungsort nicht zweckmäßig sein konnte. Von großer Bedeutung war wieder die Tatsache, daß die Honvedoffiziere nicht deutsch konnten, woraus sich Unzulänglichkeiten entwickelten.

Das Jahr 1912 war für die Flotte von denkwürdiger Bedeutung. Es brachte ihr nicht nur die ersten der Neuzeit entsprechenden Schiffe, sondern der Ausgang des italienisch-türkischen Krieges um Lybien ließ auch den einfachsten Mann nicht darüber in Zweifel, daß die Erwerbung eines so ansehnlichen Kolonialgebietes nur möglich gewesen war, weil Italien die See beherrschte. Die Nutzanwendung lag auf der Hand, alle größeren Fragen der Gegenwart und Zukunft werden nur für den günstig entschieden werden, der die Herrschaft zur See allein oder durch Bündnisse behauptet. Für letztere muß man natürlich einen erheblichen Machtbeitrag beistellen, sonst bleibt man bündnisunfähig



(Phot. J. Harkány, Wien.)
Vizeadmiral Anton Haus.

und ist keine Großmacht. Auch Griechenland hätte sich nicht am Balkankriege beteiligen können, wenn die Türkei eine angemessene Flotte besessen hätte. Obgleich in den letzten Jahren für die österreichisch-ungarische Marine viel geschehen ist, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß sie den Anforderungen der politischen Lage noch keineswegs entspricht; genug, daß sie aus dem Stadium langjähriger Vernachlässigung heraus ist. Sie hat, wie die deutsche in Kaiser Wilhelm, im Erzherzog-Thronfolger einen Förderer gebraucht. Und es ist rasch vorwärts gegangen.

Ein wesentlicher Fortschritt des Jahres ist die Errichtung eines Flotteninspektorats, das die Einheitlichkeit der Ausbildung, aber auch der Führung in eine Hand bringt, ein in unserer Zeit plötzlicher Kriegsausbrüche höchst wertvoller Vorteil. Vizeadmiral Haus wurde am 10. Juni zum Flotteninspektor ernannt. Die Schaffung der neuen Stellung war auch darum nötig, weil der Marinekommandant als Chef der Marinesektion dauernd an

Wien gefesselt ist und höchstens kurze Inspektionsreisen vornehmen, ja selbst bei der Mobilisierung nicht sofort die Führung der Flotte übernehmen kann. Ende September trat der erste Dreadnought „Viribus unitis“ nach ausgezeichnet bestandenen Probefahrten in die Front, der zweite, „Tegetthoff“, verließ die Werft am 21. März und befindet sich in der Ausrüstung, der dritte lief am 30. November in Triest vom Stapel und wurde von der Erzherzogin Marie Christine „Prinz Eugen“ getauft, der vierte wird im Juli nächsten Jahres folgen. Gewisse in der Presse behauptete Mängel beim Bau dieser Schiffsklasse sind unwesentlich und pflegen in anderen Marinen bei neuen Schiffstypen in viel höherem Maße vorzukommen. Die Aufbauschung dieses ganz nebensächlichen Umstandes leitete ihren Ursprung wohl nur aus gewissen industriellen Konkurrenzverhältnissen her. Außer den genannten Dreadnoughts sind im Laufe des Jahres noch die kleinen (3540 Tonnen) Rapidkreuzer „Saida“ und „Helgoland“, sowie drei Torpedobootjäger vom Stapel gelaufen. Nach der Erklärung des Marinechefs Grafen Montecuccoli in den Delegationen sind die dringenden Ersatzbauten für die Schiffe der Monarchklasse auf das Jahr 1915 verschoben worden, was für die Flotte bedauerlich, wenn auch wohl in den Umständen begründet ist. Eine dringende Erneuerung bedarf auch die Donauflotille, deren sechs Monitore Anfang Dezember mobilisiert wurden und auch ihre Schuldigkeit taten, aber leider gänzlich veraltet sind. Trotz allem leisten alle Teile der Flotte Tüchtiges, was Erzherzog Franz Ferdinand nach den Manövern wiederholt anerkannte. Als eigenartige Anerkennung darf auch das plötzliche lebhafte Interesse der Engländer für die österreichisch-ungarische Flotte angesehen werden, denn der Stolz der Briten beachtet nur das, wovor er Achtung empfindet.

Handel und Verkehr.

Österreich-Ungarn bildet ein so eigenartiges, in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, daß es von den guten und schlimmen Vorgängen auf dem Weltmarkte nur wenig, und dann meist erst spät, berührt wird und seine Perioden des Aufschwungs oder der Krisen für sich hat. Die einseitige Entwicklung des Exports fast ausschließlich nach den Balkanländern und der Levante wirkte infolge der dortigen politischen Ereignisse viel verderblicher als im übrigen Europa. Von der Wirtschaftskrise vor vier Jahren hatten sich jene europäischen Länder, Deutschland voran, sowie die Vereinigten Staaten erholt, auch Österreich-Ungarn wurde davon beeinflußt, stählte seine Kräfte und schickte sich zu neuer großer Arbeit an. Der italienisch-türkische Krieg und die unsichere Lage in der Türkei hatten wohl Verluste gebracht, aber nur einzelne Gewerbszweige heimgesucht. Noch im Zeichen der aufsteigenden Konjunktur der letzten Jahre, wo Geld- und Warenkredit so leicht gegeben und genommen wurde, brach schon in der Mitte des Jahres der Rückschlag herein, der indessen nicht gefährlich erschien. Erst der Ausbruch des Balkankrieges hat im Wirtschaftsleben schwere Verheerungen angerichtet. Das Moratorium der Balkanstaaten hat in erster Linie die Textilindustrie hart getroffen, aber auch alle anderen Kreise der Industrie, die am Export nach den Balkanländern beteiligt sind, wurden berührt. Der Export riß plötzlich ab, und durch das Moratorium der Balkankönigreiche wurden dort alle Außenstände unsicher und für längere Zeit uneinbringlich. Namentlich in der Textilindustrie mußten Betriebsbeschränkungen durchgeführt werden, und alle Neben- und Hilfsindustrien wurden in Mitleidenschaft gezogen. Die Unsicherheit infolge des Balkankrieges hatte auch eine plötzliche Einschränkung des Inlandkonsums zur Folge, worunter schließlich fast alle Industrien zu leiden hatten. Dazu kam noch der — wie in der ganzen Welt — sehr hochstehende Zinsfuß, und selbst zu den höchsten Zinsen war Geld kaum zu erlangen. In besonders kritischer Lage befanden sich am Jahresende mehrere tschechische Bank- und Fabrikunternehmungen, denn man war in den letzten Jahren wenig sorgfältig bei nationalen Neugründungen vorgegangen, und auch die staatlichen Aufsichtsbehörden hatten bei Sparkassen, Genossenschaften 2c. ihre Pflicht zu milde geübt. Eine große wirtschaftliche Gefahr bildete die plötzliche und an manchen Orten geradezu stürmische Zurückziehung der Sparkasseneinlagen. Das kleine Geldspekulantentum hatte den Leuten namentlich in Galizien die törichtsten Kriegsgerüchte beigebracht, u. a. auch, daß der Staat im Kriege diese Gelder einziehen würde. Die Spekulanten sorgten natürlich dafür, daß die abgehobenen Gelder nicht in den Strumpf gesteckt, sondern ihnen zum Aufheben gegeben wurden. Bei den hohen Zinssätzen war ja damit viel zu verdienen.

In Galizien und in der Bukowina waren unter dem Eindruck der von der Presse noch gesteigerten Kriegsfurcht diese Zustände so arg geworden, daß die Regierung und die österreichisch-ungarische Bank eingreifen mußten, um auch die besser situierten kaufmännischen und industriellen Unternehmungen vor Krisen zu bewahren. Unter diesen Verhältnissen wurde der Lärm, mit dem der Niederbruch einer beschränkten Anzahl von schlecht fundierten Firmen in der Öffentlichkeit behandelt wurde, in selbst maßgebenden französischen und russischen Zeitungen zu einer Krise der gesamten österreichischen Volkswirtschaft aufgebauscht. Das konnte wohl sogar die energische Haltung der äußeren Politik der Monarchie beeinträchtigen, war aber durchaus nicht in den Verhältnissen begründet. Im allgemeinen hatten sich Handel und Industrie während der günstigen Konjunktur der letzten Jahre hinreichend gestärkt, um die jetzige, hauptsächlich durch die äußere politische Lage hervorgerufene verlustreiche Episode aushalten zu können. Denn im Kerne ist die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns gesund. Als gegen Jahresschluß die politischen Wolken eine klarere Gestalt annahmen, wurde auch die Auffassung ruhiger. Die industriellen Vereinigungen wehrten sich energisch gegen die Flaumacherei gewisser Kreise. Dabei stellte es sich auch heraus, daß der größere Teil der Industrie reichliche Bestellungen habe, daß die abflauende Konjunktur sich bessere und daß die Absatzstockung infolge des Krieges durch vermehrte militärische Lieferungen Ersatz gefunden habe. Ein-

zelne Industriezweige sind freilich notleidend geblieben, und die noch unsichere politische Lage hat keine gefestete Besserung aufkommen lassen. Dergleichen muß eben ertragen werden und wird durch die übliche „Raunzerei" nicht besser. So steht es auch mit der Teuerung, die einen noch nicht genügend in ihren Ursachen erklärten internationalen Charakter hat, was freilich die raunzende Presse und die ebenso raunzenden Volksfreunde innerhalb wie außerhalb des Parlaments entweder nicht wissen oder als ihnen nicht zweckdienlich verschweigen. Ein ganzes Jahr hindurch hat man darüber in den Blättern und im Abgeordnetenhause geschrieben und geredet, Partei- und Regierungshetze getrieben, ohne der Bevölkerung die geringste Erleichterung zu bringen. Als ganzes Ergebnis hat man schließlich unter dem Motto „Was kein Verstand der Verständigen sieht" die Lösung der Regierung zugeschoben: in Resolutionen, von denen jeder einzelne weiß, daß sie nicht durchzuführen sind. Besser wie alle Raunzerei wäre die ernste Mahnung zum Zusammenhalten, zum gemeinsamen Ertragen der ohne nachweisliche Schuld eingetretenen Lage gewesen. Auf diesem Wege wäre wohl auch eher manches Mittel zur Linderung und Befriedigung gefunden worden. Aber die Volksfreunde griffen lieber zu der bequemeren Methode, die schon der Theaterdirektor im „Faust" kannte: „Sucht nur die Menschen zu verwirren, sie zu befriedigen, ist schwer."

Verschiedenes.

Im Juli wurde das Resultat der Volkszählung für Österreich von 1910 veröffentlicht. Die Gesamtbevölkerung der österreichischen Reichshälfte ist seit 1900 von 25,632.805 auf 27,963.872 (um 9·09%) gestiegen, im vorhergehenden Jahrzehnt hatte die Zunahme 9·2% betragen. Es gehörten 9,950.266 der deutschen, 6,435.983 der tschechischen, 4,967.984 der polnischen, 3,518.854 der ruthenischen, 1,252.940 der serbokratischen, 783.334 der italienischen, 275.115 der rumänischen und 10.974 der magyarischen Umgangssprache an, die sich so ziemlich mit der Nationalität deckt. Die Deutschen haben sich von 9,170.930 auf 9,950.266 (8·5%), die Tschechen um 8·07%, die Polen um 17·14%, die Ruthenen nur um 4·35%, die Italiener um 5·68%, die Slowenen um 5·04% vermehrt. Der Fortschritt der Deutschen würde erheblich größer sein, wenn nicht in Galizien die Zahl der Deutschsprechenden von 211.752 auf 90.114 zurückgegangen wäre, was sich in der Hauptsache aus dem auf die Juden ausgeübten polnischen Druck erklären läßt. Damit hängt auch die auffällig große Zunahme der Polen und die geringe der Ruthenen zusammen. Stark ist das Anwachsen der alpenländischen Deutschen, in den Sudetenländern zeigt sich ein geringer Rückgang der prozentuellen Zunahme, der in Schlesien durch den Zustrom polnischer und tschechischer Bergarbeiter bedingt ist. Die Minoritäten sind fast überall zurückgegangen, so die Tschechen in Wien von 6·69 auf 5·37%.

Infolge eines Unglücksfalles verschied in München am 3. Januar der ehemalige langjährige Obersthofmeister der Kaiserin Elisabeth, Graf Franz Bellegarde, im 80. Lebensjahre. Er war von 1889 bis 1894 Obersthofmeister der Kronprinzessinwitwe Erzherzogin Stephanie und dann Obersthofmeister der Kaiserin Elisabeth.

Nach längerer Krankheit starb am 30. Januar in Wien der einst vielgenannte Politiker, zuletzt Ackerbauminister im Kabinett Beck, Dr. Alfred Ebenhoch. Er war ein ausgesprochener Konservativer, gründete 1895 die katholische Volkspartei und war zuletzt ein Führer der Christlichsozialen. Wegen seines ehrenhaften Charakters wurde er auch von den politischen Gegnern geschätzt.

Am 8. März wurde in Prag im Alter von kaum 52 Jahren das Herrenhausmitglied Dr. Wenzel Skarda aus dem Leben abberufen. Er gehörte seit 1894 dem böhmischen Landtag an, war Mitglied des Landesausschusses und Vorsitzender des tschechischen Landtagklubs. Um die Ausgleichsverhandlungen hat er sich mit ernstem Wollen bemüht.

In seinem Jagdhaus bei Trieben in Steiermark verschied unerwartet am 14. Mai das Herrenhausmitglied Dr. Karl Frhr. v. Chiari, 63 Jahre alt. Er war Gutsbesitzer und Industrieller und gehörte dem Industrierate, dem Eisenbahnrate und dem Kuratorium des Handelsmuseums an. Von 1897 bis 1911 Mitglied des Abgeordnetenhauses, lehnte er dann jede Wiederwahl ab und wurde ins Herrenhaus berufen. Auch von da aus blieb er die leitende Seele des Deutschen Nationalverbandes und war aus guten Gründen Gegner parlamentarischer Ministerien, im übrigen ein bewährter Vermittler der leidigen Gegensätze und ein eifriger Förderer der praktischen nationalen Arbeit.

Der Ackerbauminister Dr. Albin Braf verschied am 1. Juli gerade während des Sokolfestes in Rostok bei Prag infolge eines längeren Leidens im 62. Lebensjahre. Er war ein namhafter Nationalökonom und schon im Ministerium Bienerth einmal Ackerbauminister gewesen. Seiner Parteistellung nach gehörte er wie sein verstorbener Schwiegervater Rieger den Alttschechen an und war dem Ausgleich mit den Deutschen zugeneigt.

Im Alter von 81 Jahren ist auf seinem Tuskulum bei Görz am 31. August ein hochverdienter Diplomat, der ehemalige Botschafter Österreich-Ungarns in Konstantinopel, Graf Calice, gestorben. Schon der Umstand, daß er diesen Botschafterposten über ein Vierteljahrhundert bekleidete, ist ein Beweis für die Verdienste, die er sich um das Reich erworben hat.

Am 20. August schied der Kardinal Erzbischof von Erlau Dr. Josef Samassa aus dem Leben. Er war einer der bedeutendsten Kirchenfürsten Ungarns, der anerkannte Führer der ungarischen Katholiken, politisch ein Vertreter der Politik Deaks und ein treuer Anhänger des Gemeinsamkeitsverhältnisses mit Österreich. Sein Nachfolger wurde Erzbischof Csernoch von Kalocsa.

Der 1857 geborene frühere Handelsminister Dr. Frhr. v. Rößler starb am 12. Dezember in Wien nach langem Leiden, wegen dessen er schon im September von seinem Amte zurückgetreten war. Er hatte während seiner ganzen Dienstzeit dem Handelsministerium angehört und als Sektionschef bei

dem Abschluß der neuen Handelsverträge und noch mehr bei dem wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn große Erfolge erzielt.

Der frühere ungarische Unterrichtsminister Graf Albin Csaky v. Körösszegh verschied am 15. Dezember in Budapest, 71 Jahre alt. Er war ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, nahm an der Reform der Verwaltung und des Magnatenhauses tätigen Anteil und führte als Kultusminister die Reform der kirchenpolitischen Gesetzgebung und die Einführung der Zivilehe durch. Zuletzt war er Präsident des Magnatenhauses.

Italien.

Wie für kein anderes Land hat das Jahr 1912 für Italien einen in jeder Beziehung glücklichen Verlauf genommen. Der Friede von Lausanne hat das langjährige Sehnen nach einer nutzbaren Kolonie in Afrika gestillt und dem Lande in aller Form rechtens die Herrschaft über Tripolis gebracht. Auch dabei hat Italiens hergebrachtes Glück sich bewährt, denn wieder hat auswärtige Mitwirkung seinen Bestrebungen den Erfolg gesichert, indem der Überfall der Balkanstaaten die Pforte nötigte, das kleinere Übel zu wählen und ihre Hoheitsrechte auf Tripolis aufzugeben. Der nur wenige ins Auge fallende Erfolge bringende und sich unerwünscht in die Länge ziehende Krieg beeinflußte das gesamte innere und äußere politische Leben, denn die Bevölkerung war fast ohne Ausnahme mit ganzer Seele dabei. Der zwar nicht eingestandene, aber doch auf allen lastende Druck, daß Italien nicht so recht für voll angesehen werde, weil sein Emporsteigen auffällig durch die Leistungen anderer gefördert worden war, drängte nach dem Beweise, daß es nicht so sei, daß Italien auch aus eigener Kraft Großes vollbringen könne. Und weil es in Lybien nicht in der gehofften Weise vorwärts ging, wurde man nervös. Eine fast feindselige Stimmung gegen das Ausland, namentlich auch gegen die Verbündeten Deutschland und Österreich-Ungarn, machte sich in der öffentlichen Meinung geltend, denn das einmütige Nationalgefühl war ungemein empfindlich gegen die ausländische Kritik der Leistungen des Heeres. Man übersah dabei in Italien, daß wie in Deutschland so auch in Österreich-Ungarn die großen und verbreitetsten Blätter gar nicht das wirkliche Volksempfinden vertreten, ihm sogar vollständig fremd und bloß Geschäftsblätter sind, die die Vorgänge des In- und Auslands ausschließlich vom Standpunkt der Sensation aus behandeln und zurechtschneiden.

Übrigens haben auch schon früher in Italien häufig genug die Presse und selbst das Parlament gegen den deutschen und den österreichischen Bundesgenossen genörgelt. Man hat in den betroffenen Staaten solchen Stimmen niemals viel Gewicht beigelegt, und der Zwang der wirklichen Interessen hat sich auch immer stärker gezeigt als der in den Zeitungen sich breitmachende Dilettantismus unkontrollierbarer Stimmungen. So war es auch diesmal. Ein diplomatischer Streit mit Frankreich wegen der Durchsuchung einiger französischer Schiffe durch italienische Kriegsdampfer wurde von Paris aus in recht spitzigen Formen und mit der namentlich in früherer Zeit üblichen Geringschätzung Italiens geführt. Die Folge davon war, daß die Begegnung des Königs mit dem Deutschen Kaiser in Venedig schon wieder mit großer Freude begrüßt wurde. Daß Frankreich und England den Erwerb von Tripolis nicht gern sahen, war ohnehin ersichtlich, und als im September das französische Geschwader aus dem Kanal nach dem Mittelmeer verlegt wurde und dazu verlautete, daß dort England und Frankreich eine Vormachtstellung beanspruchten, da sah doch in Italien jedermann ein, wo seine wahren Freunde sitzen, daß es in dieser Lage zu Österreich-Ungarn gehöre und zum Dreibrund halten müsse. Die Verlängerung desselben wurde darum auch mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen, und der innige Zusammenhalt mit Österreich-Ungarn in der Balkankrise war die Folge davon. Mit kräftiger und geschickter Hand verstand Giolitti den nationalen Aufschwung auch zur Durchführung seines Reformprogramms zu benutzen. Die Erweiterung des Wahlrechtes, das Staatsmonopol für die Lebensversicherung, eine Reform der Strafprozeßordnung, Schiffahrtssubventionen 2c. wurden fast ohne Widerspruch durchgeführt, denn ein in der äußeren Politik befriedigtes Volk pflegt einig und rasch zu handeln.

Der tripolitanische Krieg.

Der Beginn des Jahres sah das Land seit Monaten in den Krieg gegen die Türkei um Tripolis verwickelt, der nicht, wie viele geglaubt hatten, ein einfacher militärischer Spaziergang, sondern ein opfervolles und langwieriges Unternehmen geworden war. Man war trotz Flotte, Kanonen, Regimentern und Flugdrachen nach einem halben Jahre nicht erheblich weitergekommen als am Anfang, saß am Küstensaume und verteidigte sich gegen Türken und Araber, die über Tunis und Ägypten reichlich mit Munition versorgt wurden. Militärisch war man nicht weiter gelangt als bis zur Besetzung der lybischen Häfen von Tripolis bis Tabruk, und die über 100.000 Mann starke Okkupationsarmee hielt sich gegen die vereinzelten, aber oft wiederholten Angriffe hinter einem Wall von Feldbefestigungen, die nur eine schmale Küstenzone gegen das Hinterland abschloß und noch im Bereiche der Geschütze der Flotte lag. Dieser Zustand dauerte bis in den August hinein ziemlich unverändert fort. Italien hatte im Bewußtsein seiner europäischen Verantwortlichkeit und getreu seinem Versprechen vermieden, den Krieg nach der Küste des Balkans hinüberzuspielen. Unterdessen wußte die Flotte durch die

Beherrschung des Mittelmeeres und weiter durch die Besetzung von 13 Inseln im Ägäischen Meere jeden türkischen Zuzug von Menschen, Waffen und Munition nach den afrikanischen Küsten vollkommen fernzuhalten. Die Insel Rhodus war schon am 4. April besetzt worden. Eine kühne Fahrt der Torpedoboote am 19. Juli in die Dardanellen war lediglich ein verwegener Streich. Als militärische Erfolge verdient bloß die Besetzung von Masurata am 9. Juli und die Eroberung von Zuara am 5. August Erwähnung. Mehr wurde durch diplomatische Vorstellungen in Paris und London erreicht. Der Kontrebandenschmuggel über die tunesische und ägyptische Grenze ging infolgedessen zurück, und die Lage der muselmanischen Verteidiger wurde schließlich trotz aller Tapferkeit unhaltbar. Enver Bey gab sich zwar große Mühe und ließ auch in der ihm zugänglichen Presse noch mehr davon reden, aber ein Widerstand im großen Stile war doch nicht mehr ins Werk zu setzen. In Italien war man von dem langsamen Fortgang der Operationen wenig erbaut, der Oberkommandierende General Caneva kehrte am 28. August nach Rom zurück, die Generäle Pecori-Giraldo und Gestaldello wurden abberufen, und auch dem tapferen Admiral Aubry, der Anfang März mitten in seiner Tätigkeit einem alten Leiden erlag, wurde unverdientermaßen Unentschlossenheit nachgesagt. Was hätte er bei der diplomatischen Beschränkung des Kriegsschauplatzes zur See mehr leisten sollen?

Die zunehmende Erkenntnis in der Türkei, daß an ein erfolgreiches Zurückwerfen der Italiener doch nicht mehr zu denken sei, und auf der anderen Seite die wachsende Kriegsmüdigkeit der Italiener sowie die Unmöglichkeit, das Land tatsächlich schneller zu erorbern, führte auf beiden Seiten zur Geneigtheit zum Frieden. Die Verhandlungen darüber wurden zu Ouchy am Genfer See zunächst sehr geheim, dann aber öffentlich geführt und gediehen nach dem Ausbruch des Balkankrieges am 18. Oktober zum raschen Abschluß. Die Unterzeichnung erfolgte in Lausanne. Der Frieden brachte eigentlich alles, was Italien in der Souveränitätserklärung vom 5. Nov. 1911 als Zweck seines Tripoliskrieges angekündigt hatte. Die für einen Kriegshafen sehr brauchbare Solumbai hatte sich freilich England zum Mißbehagen Italiens schon von der Pforte für Ägypten abtreten lassen, auch hatten die Franzosen die Verwirrung benutzt, um auf einige ihnen gelegene Oasen im Hinterlande die Hand zu legen. Die Türkei erhielt Zugeständnisse in religiöser und nationaler Beziehung, die nur im italienischen Interesse lagen, außerdem eine Entschädigung von 50 Millionen Lire. Daß infolge des Vorgehens der Balkanstaaten die Feindschaft zwischen Italien und der Türkei gar nicht mehr so groß war, bewies dessen Gefälligkeit, zunächst die besetzten ägäischen Inseln nicht zu räumen, die die Türkei gegen Griechenland nicht hätte verteidigen können. Als ausreichender Vorwand diente, daß die Türkei einen Punkt der Friedensbestimmungen, die Heimführung der türkischen Truppen aus Tripolis, nicht vollzogen habe. Da das während des Krieges überhaupt nicht zu bewerkstelligen ist, so bleiben einstweilen die Inseln in der Hand Italiens. Das geschieht unzweifelhaft auch im Sinne der Mächte, die sich die schließliche Ordnung der Balkangebietsfragen nicht von den vier Balkankönigen vorschreiben lassen wollen. Der Friedensvertrag wurde am 4. Dezember von der italienischen Kammer mit 335 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Opposition bestand lediglich aus Schwärmern für die Balkanstaaten und suchte für diese auch in der Presse Stimmung zu machen. Ende Oktober wurde mit Frankreich ein Übereinkommen über Lybien und Marokko abgeschlossen, das gegenseitige Rechtsgleichheit und Meistbegünstigung ausspricht. Es handelt sich dabei lediglich um die Ausführung des Mittelmeervertrages von 1908 zwischen Frankreich und Italien über die nun tatsächlich erworbenen Gebiete. Die Geflissentlichkeit der französischen Blätter, daraus eine intime Freundschaft zwischen beiden Mächten herleiten zu wollen, ist keineswegs in den Tatsachen begründet. Italien hat bei der weiteren Besetzung Lybiens nach dem Frieden keine besonderen Schwierigkeiten mehr gefunden und wird nun zeigen müssen, was es als Kolonialstaat zu leisten vermag. An Menschenmaterial dafür fehlt es ihm nicht.

Das politische Jahr.

Nach mehr als halbjähriger Pause wurden die Kammern erst am 22. Februar wieder eröffnet. Bei seiner sicheren Parlamentsmehrheit hätte Giolitti, der überhaupt kein großer Freund der Kammerreden ist, wohl noch länger gewartet, aber nicht nur Sozialdemokraten und Republikaner, sondern auch Mitglieder der Mehrheit hatten Reden auf dem Herzen und drängten auf die Eröffnung des Parlaments, obgleich die Regierung gern eine günstige Wendung in Tripolis abgewartet hätte. Sehr zu statten kam ihr die günstige Finanzlage. Der Schatzminister Tedesco hatte am 7. Januar die üblichen Mitteilungen gemacht, aus denen hervorging, daß die Kriegskosten aus den Überschüssen gedeckt werden könnten und im neuen Budget reichliche Aufwendungen für alle Zweige der Verwaltung neu eingestellt werden würden. Unerfreulich war dagegen die diplomatische Schlappe, die sich die Regierung in Paris wegen der Beschlagnahme der französischen Dampfer „Carthage" und „Manouba" geholt hatte. Trotz alles Sträubens hatte sie Frankreich in allen Punkten nachgeben müssen. Die nicht französelnde Presse war darüber empört und wollte von Frankophilie und Gefühlspolitik nichts mehr wissen, um so mehr da Österreich-Ungarn wegen der Beschlagnahme des Lloyddampfers „Bregenz" viel rücksichtsvoller aufgetreten war. Der Regierung hatte auch das wenig geschadet, und selbst der nicht sehr aussichtsvolle Stand der Dinge in Tripolis erschien kaum bedenklich, da die Regierung nur getan hatte, was in den letzten Sitzungen der vorigen Sommertagung als allgemeiner Wunsch ausgesprochen worden war. Mehrfach war auf Tripolitanien direkt hingewiesen worden, und Graf Foscari hatte ausgerufen: „Das neue Italien möge seine ruhmreichen Überlieferungen nicht vergessen und daran denken, daß das Mittelmeer einstmals unser Meer gewesen ist." Unter diesen Umständen war es natürlich, daß die nicht der Re-

gierungsmehrheit angehörenden Deputierten Sonnino, Luzatti, Salandro und Martini erklärten, während der Dauer des Krieges Gottesfrieden halten zu wollen, und selbst Bissolati, der Führer des einen sozialdemokratischen Flügels, stand auf demselben Standpunkte. Für das weitere sorgte das Regisseurtalent Giolittis. Die Eröffnung erfolgte bei überfülltem Hause, und daran schloß sich unter lautem Beifall und Hochrufen eine feierliche Kundgebung für Heer und Flotte. Der Präsident Marcora, das älteste Mitglied Lacava, der Kriegsminister Springardi und der Marineminister Cattolico hielten begeisterte Reden. Als sich Giolitti zum Reden erhob, wurde ihm eine großartige, langdauernde Kundgebung zu teil. In ganz gleicher Weise verlief der Vorgang im Senat, nur hatte er noch einen deutlicheren monarchischen Anstrich.

Giolitti hatte unter stürmischem Beifall einen Gesetzentwurf über die Gültigkeitserklärung der Souveränitätserklärung über Tripolis vom 5. November eingebracht. Damit war der Regierung ein großer parlamentarischer Erfolg sicher, wurde die gehobene nationale Stimmung erhalten und der Regierung ein neuer Rechtstitel in die Hand gegeben, den die militärische und diplomatische Lage noch nicht vollkommen rechtfertigte. Die Annexion wurde in der Kammer fast ohne Opposition mit 440 gegen 36 Stimmen, im Senat einstimmig gutgeheißen. Nun begann die Beratung des Lebensversicherungs-Monopolgesetzes, das in der Sommersession unter mancherlei Schwierigkeiten nur über die erste Lesung gebracht worden war, jetzt aber unter der verschärften nationalen Stimmung gegen das Ausland günstigere Aussichten hatte. Es wurde schon am 2. März in der Kammer mit 266 gegen 79 Stimmen angenommen. Dann begann die Budgetberatung. Die italienische Kammer pflegt ebenso wie viele andere Parlamente die Zeit mit überflüssigen Reden zu vergeuden, dafür aber, wenn die Zeit drängt, fleißig bis übereilt zu arbeiten. Umfangreiche Budgettitel sind schon wiederholt binnen wenigen Stunden erledigt worden. Diesmal wurde unter dem Drucke Giolittis im Galopptempo gearbeitet. Auf den Wortlaut der Geschäftsordnung wurde dabei gar nicht geachtet, auch nicht darauf, ob bereits die Beschlüsse der Budgetkommission vorlagen. So wurde u. a. das Heeresbudget erledigt, ohne den Referenten Pais abzuwarten, der nach Tripolis gereist war, um sich für seinen Bericht erst zu informieren. Inzwischen verfehlte der Kriegsminister Springardi nicht, die nationale Stimmung aufzufrischen, indem er am 13. März die Kammer zu einer Dankkundgebung für die Armee wegen der siegreichen Gefechte bei Homs am 27. Februar und bei Derna am 5. und 6. März entflammte. Als am 14. März, dem Geburtstage seines Vaters, König Viktor Emanuel mit der Königin zur Seelenmesse im Pantheon fuhr, schoß ein verkommenes Individuum, der Anarchist Dalba, mehrere Revolverschüsse auf ihn ab, ohne ihn zu treffen, verwundete aber den Major Lang der Kürassiereskorte schwer. Das Volk wollte den Meuchelmörder totschlagen und bereitete dem Königspaar auf der Rückfahrt zum Quirinal begeisterte Ovationen. Nachmittags wurden die Läden geschlossen, die Bevölkerung vereinigte sich zu einem großartigen Huldigungszug nach dem Quirinal, und das Königspaar mußte unter überschwänglichen Hochrufen dreimal auf dem Balkon erscheinen. Die Kammer vertagte ihre Sitzung und begab sich mit den Ministern in feierlichem Zuge zur Beglückwünschung ins Königsschloß. Die Volkskundgebungen dauerten ununterbrochen fort bis in die späte Nacht.

Der glücklich verlaufene Vorfall erhöhte noch die nationale Erregung, die in der Begegnung des Königs mit dem Kaiser Wilhelm in Venedig eine neue Befriedigung fand. Die Presse wandte sich stolz gegen die ausländischen Blätter, die den Italienern Hoffnungen auf eine Friedensvermittlung des Deutschen Kaisers angedichtet hatten. Marchese di San Giuliano konnte am 28. März bei der Beratung seines Ressorts jede Äußerung über die politische Lage als dermalen unangebracht ablehnen, und die Kammer vertagte sich am 30. bis zum 30. April. Am 31. März eröffnete der König mit der Königin in Rom die ausländischen Abteilungen der Hygieneausstellung, der Herzog von Genua am 23. April die internationale Kunstausstellung in Venedig und vertrat auch dort den König am 25. bei der Einweihung des wiedererbauten Campanile di San Marco. Nach den Osterferien begann nach Erledigung des Budgets die Kammer die Beratung der Wahlreform, die auch Analphabeten das Wahlrecht gibt und die Zahl der Wähler auf acht Millionen erhöht. Giolitti hofft dadurch, die Cliquenwirtschaft bei den Wahlen und in der Kammer zu brechen, und die Abgeordneten, von denen die Hälfte nicht sicher war, ob sie danach wiedergewählt werden würden, fügten sich auch hier dem Drucke der Regierung und nahmen das Gesetz am 25. Mai mit 284 gegen 62 Stimmen an; die zahlreichen Abänderungsanträge und Gegenentwürfe waren abgelehnt worden. Giolitti beantragte nun die Errichtung eines Kolonialministeriums. Darin lag wieder eine nationale Demonstration gegen die Gerüchtefabrikation der ausländischen Presse, die von einer Friedensvermittlung mit Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans in Tripolis u. dgl. fabelte. Ein besonderes Kolonialministerium ließ keinen Zweifel darüber, daß Italien seine ursprünglichen Absichten auf Tripolis nicht aufgeben wolle. Die Kammer bewilligte das Kolonialministerium am 21. Juni mit 209 gegen 22 Stimmen, genehmigte am 24. auch den seit 1909 in der Schwebe gelassenen Vertrag mit Deutschland und der Schweiz über den Rückkauf der Gotthardtbahn mit 161 gegen 43 Stimmen und ging am folgenden Tage in die Ferien. Der Senat nahm nach eingehender Beratung, in die Giolitti mehrfach eingriff, am 29. mit 131 gegen 49 Stimmen die Wahlreform in der Fassung der Kammer an, ebenso am 1. Juli das Kolonialministerium einstimmig, und vertagte sich ebenfalls. Mitte Juli gab es lebhafte Erörterungen in den Zeitungen wegen eines neuen Mittelmeerabkommens zwischen Italien, Frankreich und England. Londoner Blätter hatten von der Beteiligung Italiens an den Verhandlungen gesprochen, was aber von italienischer Seite bestritten wurde. Da der ganzen Sache

nur das Streben Englands zu Grunde lag, freie Hand im Norden gegen Deutschland zu bekommen, so konnte Italien kein Interesse dafür haben.

Trotz der zunehmenden Neigung für den Dreibund begleitete die italienische Presse die Reise des französischen Ministerpräsidenten Poincaré nach Petersburg im August mit auffallender Sympathie. Sie hoffte nämlich davon eine Bekehrung Frankreichs zur russischen Balkanpolitik, die den Italienern günstig war. Rußland allein war geneigt, mit der Pforte ein ernstes Wort wegen des Friedens zu reden, außerdem war seine Stellungnahme zu den Wirren auf der Balkanhalbinsel der italienischen ungefähr gleich. Um so unangenehmer war man vier Wochen darauf berührt von der Vereinigung der französischen Flotte im Mittelmeer, die offenbar im Einverständnis mit England und Rußland erfolgt war und die Anbahnung einer französischen Vorherrschaft im Mittelmeer bedeutete. Die Maßregel sah während des noch fortdauernden Krieges mit der Türkei besonders unfreundlich aus, gegen die Berechtigung Frankreichs ließ sich aber nichts einwenden. Das lange Zaudern mit der Anerkennung des Friedens von Lausanne in Paris war in Italien auch nicht ohne Befremden aufgenommen worden. Um so größeren Eindruck machte der in diese Zeit fallende Besuch des Grafen Berchtold in Italien, um so mehr, da die Ereignisse auf dem Balkan eine ganz unerwartete Wendung nahmen. Darüber hatte man mit Österreich-Ungarn ein festes Übereinkommen, hinter dem auch Deutschland stand. Trotz der im Volke infolge des Krieges um Tripolis noch bestehenden Sympathien für die Balkankönigreiche beschloß die Regierung, ihre Stellung als Großmacht wahrzunehmen, sich nicht vom Konzert der Mächte auszuschließen und vor allem die sichere Stütze des Dreibunds noch stärker zu machen. So kam nach dem Besuche des Ministers des Äußern in Berlin die unveränderte Verlängerung dieses Bündnisses lange vor dem Ablauf zu stande. Inzwischen war mit Frankreich das bereits erwähnte, rein formelle Abkommen über Marokko und Tripolis vereinbart worden.

Am 21. November war zum Kolonialminister der Abgeordnete Pietro Bertolini, der sich um den Friedensschluß von Lausanne sehr verdient gemacht hatte, ernannt worden. Die am 26. wieder eröffnete Kammer nahm zunächst die Mitteilung der Dokumente über den Friedensschluß mit langanhaltendem Beifall und lebhaften Kundgebungen für Heer, Flotte und Diplomatie auf, ebenso der Senat. Die Abgeordneten zeigten nicht die geringste Neigung, die seit Wochen betriebene Agitation der Sozialdemokraten und Irredentisten sowie der im Sinne der die österreichische Konkurrenz fürchtenden Geschäftsleute schreibenden Presse gegen Österreich-Ungarn und die Dreibundpolitik der Regierung mitzumachen. Die angekündigte große parlamentarische Demonstration fiel aus, und die ganze Agitation verrann im Sande. Giolitti ließ gegen die Straßenunruhen von Studenten, Gymnasiasten 2c. in einigen Städten energisch einschreiten, der Republikaner Barzilai, der einst als österreichischer Militärflüchtling nach Italien gekommen ist, sah sich als hervorragender Anstifter der Agitation gezwungen, aus der Partei auszutreten und sein Mandat niederzulegen. Auch die Agitation der in Italien wohnenden Albanesen für ein unabhängiges Albanien war von guter Wirkung gegen die künstlich erzeugte Begeisterung für die Balkanslawen. Trotzdem hielt es der wiedergewählte Barzilai am 18. Dezember für angebracht, wegen der Erneuerung des Dreibunds zu interpellieren. Er deutete an, Deutschland habe nur Österreich-Ungarn als Vormund gedient, aber Italien in Lybien im Stiche gelassen. Dem Marchese di San Giuliano fiel es nicht schwer, in einer kurzen, aber entschiedenen Erklärung der Politik der Regierung zu rechtfertigen. Mit Ausnahme der alleräußersten Linken zollte ihm das Haus lebhaften Beifall. Im übrigen arbeitete die Kammer ebenso ruhig wie in der vorigen Session. Schatzminister Tedesco war in der Lage, am 7. Dezember wieder ein ungemein günstiges Budget vorzulegen. Von den 547 Millionen Kriegskosten konnten 205 aus den Ersparnissen, der Rest soll durch Schatzscheine, die in sechs Jahren einzulösen sind, gedeckt werden. Nach dem Friedensschluß hatte König Viktor Emanuel dem Ministerpräsidenten Giolitti für seine erfolgreiche Politik in einem ungemein anerkennenden Handschreiben gedankt und die Friedensunterhändler Bertolini, Fusinato und Volpi zu bevollmächtigten Ministern ernannt.

Armee und Marine.

In Italien war man stolz auf die Leistungen der Armee in Nordafrika und mit Recht erbittert über die abfälligen Kritiken der ausländischen Zeitungen von meist wenig sachverständiger Seite. Im ganzen waren doch die Erfolge unter Führern wie Mannschaften gänzlich unbekannten Verhältnissen sehr anerkennenswert. Der Krieg hatte alle Reorganisationsarbeiten ins Stocken gebracht, und sie mußten nun unter wesentlich veränderter Sachlage neu begonnen werden. Die Hauptsache war dabei die endgültige Besetzung des erworbenen nordafrikanischen Gebietes. Die Zeitungen wußten darüber allerlei zu berichten, aber wenig Zuverlässiges. Die phantasievollen Berichterstatter waren sich meist nicht einmal über den Unterschied zwischen Division und Armeekorps klar. Was in Zukunft die Gestaltung der Lage in Tripolis dauernd erfordern wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Vorläufig nimmt man die Errichtung je einer Division für Tripolis und für die Cyrenaika in Aussicht. Außerdem wird die Aufstellung eines neuen (13.) Armeekorps unter Teilung des weitläufigen Militärbezirkes von Bologna in Aussicht genommen. Für die funkentelegraphische Verbindung mit Tripolis ist bereits gesorgt worden. Obgleich die Flugzeuge im Kriege nicht allen überschwänglichen Erwartungen entsprochen haben, wendet sich doch der Flugtechnik das lebhafteste Interesse zu. Eine Vereinigung zu Gunsten einer Luftflotte hatte sich gebildet, und König Viktor Emanuel hat sich mit einem Beitrag von 100.000 Lire beteiligt. Obgleich Italien leistungsfähige Militärluftschiffe eigener Konstruktion besitzt, hat man doch mit dem für den Krieg erworbenen

Parsevalballon so gute Erfahrungen gemacht, daß schon im Sommer ein zweiter bestellt worden ist.

Für die Flotte gelten als leitende Gesichtspunkte die neu entstandene Rivalität mit Frankreich um die Stellung im Mittelmeer und die Notwendigkeit, samt den ausgedehnten Küsten des Mutterlandes auch das neu erworbene tripolitanische Gebiet zu schützen. Dadurch greift Italien auch in die englischen Interessensphäre in bezug auf den Suezkanal ein, und es begreift sich aus dieser Sachlage von selbst, daß es von dem Dreierverbande, dem es vorher bedenklich zuneigte, abrückt und sich ernsthaft dem Dreibunde zuwendet. Im Bunde mit Österreich-Ungarn vermag Italien seine Ziele im Mittelmeer wohl zu erreichen. Von den Neubauten wurde im Sommer das Linienschiff „Dante Alighieri" fertig, ihm folgten die Dreadnoughts „Conte di Cavour", „Giulio Cesare" und „Leonardo da Vinci". Sie haben eine Wasserverdrängung von 22.000 Tonnen und eine Schwerarmierung von dreizehn 30·5 Zentim.-Geschützen. Im Sommer 1914 werden „Duilio" und „Doria" folgen, die sich durch eine etwas stärkere Panzerung und stärkere Mittelartillerie (sechzehn 15 Zentimeter-Geschütze) unterscheiden. Für die späteren Linienschiffsneubauten hatte die Admiralität Schiffe zu 35.000 Tonnen geplant, doch scheint man der hohen Kosten wegen auf 28.000 Tonnen bei Ausrüstung mit zehn 38·5 Zentimeter-Geschützen zurückgegangen zu sein. Die Absicht, eine Linienschiffsflotte zu schaffen, der Frankreich mit seinem veralteten, wenn auch neuerdings aufgefrischten Flottenmaterial und seinem langsamen Schiffsbau im Nachteil bleiben muß, liegt auf der Hand, ebenso daß Italien mit der Aufstellung eines neuen Flottenplanes vorgehen wird, nach dem es 1920 mit Österreich-Ungarn zusammen ebenso viel Dreadnoughts besitzen wird, als Frankreich bis dahin bauen will und kann. Große Panzerkreuzer will man nicht bauen, dagegen soll zu den im Bau begriffenen drei geschützten kleinen Kreuzern (Scouts) noch ein vierter auf Kiel gelegt werden, der gegen 7000 Tonnen halten soll. Für die Auffrischung der im Kriege stark mitgenommenen Torpedoboote sind zwölf Millionen ausgeworfen, wofür Zerstörer von 900 Tonnen mit Motorbetrieb und 32 Knoten Geschwindigkeit gebaut werden sollen. Außerdem sind zehn kleinere Zerstörer und 40 Torpedoboote im Bau begriffen. Die zwölf vorhandenen Unterseeboote werden um acht vermehrt werden. Die Erwerbung von Tripolis hat zur Folge gehabt, daß nun Tarent zu einer großen Seefestung und Flottenbasis ausgebaut wird. Die Befestigungen von Venedig sind vollendet, die älteren Fahrzeuge sind dort durch Küstentorpedoboote ersetzt worden. Der Kriegshafen Ancona wird verstärkt und modernisiert, Brindisi soll dagegen nicht als großer Kriegshafen, sondern als Flottenstützpunkt zweiter Klasse ausgebaut werden.

Verschiedenes.

Italien steht wie Deutschland, Österreich-Ungarn und die Schweiz vor der Erneuerung seiner 1917 ablaufenden wichtigsten Handelsverträge und hat unbestreitbar die Absicht, sich bei den Neuabschlüssen vorzusehen, um vor allen Dingen nicht wieder so hereinzufallen wie 1908 bei dem von dem Franzosenfreunde Luzzatti mit Barrère abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich, bei dem die Republik den dreifachen Vorteil gehabt hat. Das politische Selbst- und wirtschaftliche Kraftgefühl hat sich in Italien in auffälligem Grade entwickelt, und es ist ja auch unzweifelhaft eine bemerkenswerte Erscheinung, daß der einjährige Krieg dem wirtschaftlichen Gedeihen kaum einen merklichen Schaden zugefügt hat. Nur zeitweilig überstieg die Zahl der Arbeitslosen die der früheren Jahre. Es ist unter diesen Umständen mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die auswärtigen Unterhändler bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen auf ungewöhnliche Schwierigkeiten stoßen werden. Die Sorge um die zukünftige Handelspolitik steht im Vordergrunde, und die Handelswelt setzte es durch, daß die Kammer die Subventionen für die Handelsschiffahrt nicht bis 1933 bewilligen sollte, damit das Ergebnis der neuen Handelsverträge mit den Konventionen in Einklang gebracht werden könne. Die Regierung, die die zwanzigjährige Dauer der Konventionen durchsetzen wollte, mußte sich schließlich mit zehn Jahren zufrieden geben. Die Frage der subventionierten Postschiffahrt hat seit 1908 wegen des zwei Jahre später ablaufenden Vertrages mit der „Navigazione generale italiana" eine verhängnisvolle Rolle gespielt, zwei Ministerien sind darüber gestürzt, eines vermochte nur ein dürftiges Provisorium durchzusetzen, und selbst dem parlamentsgewaltigen Giolitti gelang es nur unter dem Drucke des Tripoliskrieges mit aller Anstrengung ein Gesetz durchzubringen. Es erwies sich aber schon nach wenigen Monaten als undurchführbar, weil die in Frage kommenden Schiffahrtsgesellschaften auf höheren Beträgen bestanden. Die Kammer mußte im Dezember der Regierung eine erhöhte Summe für die Verhandlungen mit den Gesellschaften zur Verfügung stellen. Das Gesetz verfolgt ausschließlich den Zweck, aus den italienischen Häfen möglichst allen fremden Wettbewerb durch Begünstigung der heimischen Schiffahrt zu verdrängen. Sehr unangenehm für England ist die neue Bestimmung, daß der Bedarf an Kohlen für die Flotte und die Eisenbahnen von Mitte 1913 ab nur auf italienischen Schiffen eingeführt werden darf. Bisher besorgten englische Dampfer das einträgliche Geschäft. Der Grundsatz: „Italien für die Italiener" wird überall zur Geltung gebracht und war auch die Triebfeder beim Monopol für die Lebensversicherung.

Als volkswirtschaftliches Ereignis von weittragender Bedeutung ist zu erwähnen, daß die große Wasserleitung für Apulien vollendet worden ist. Ein ausgedehntes Bewässerungssystem soll der darniederliegenden Landwirtschaft die Möglichkeit zum nutzbaren Betriebe verschaffen, wie es schon in längst vergangenen Zeiten der Fall war, und soll der unendlichen Verarmung der Bevölkerung steuern.

Das Jahresende sah das merkwürdige Schauspiel eines Börsenstreiks. Es ist schon in den früheren Jahren auf das schamlose Treiben der italienischen Börsenspekulation hingewiesen worden, die sich niemals scheute, für ihre Zwecke auch die dem

Lande nachteiligsten Gerüchte auszustreuen. Aber nach dem ersten gescheiterten Gesetze unter dem Ministerium Minghetti im Jahre 1874 hat es die Börse durch ihren Einfluß stets dahin gebracht, jede Reform zu vereiteln. Erst Giolitti unternahm es 1908, durch Erhöhung der Kaution der Börsenmakler von 25.000 auf 100.000 Lire dem Publikum größere Garantien zu verschaffen. Der Gesetzentwurf war damals im Senat stecken geblieben, und Giolitti brachte ihn jetzt wieder ein. Da diesmal am Zustandekommen niemand zweifeln konnte, benutzte die Börse eine abfällige Äußerung Giolittis, um am 18. Dezember den Streik zu erklären. Da aber Giolitti die Kammer bis zum 6. Februar 1913 vertagte, wurde es den Börsenmaklern unmöglich gemacht, den Streik solange durchzuhalten.

Auf ihrem Schlosse Stresa am Lago Maggiore starb am 14. August die Herzogin Elisabeth von Genua im Alter von 82 Jahren. Sie war eine geborene Prinzessin von Sachsen, vermählte sich 1850 mit dem Herzog Ferdinand von Genua, der 1855 starb, und dann morganatisch mit dem Marchese Rapallo. Sie war seit 1882 Witwe; ihre Tochter erster Ehe ist die Königinwitwe Margherita. Die Verstorbene war in der königlichen Familie sehr beliebt und beim Volke populär.

Der vollendete Typus des italienischen Parlamentariers, der ehemalige Minister Pietro Lacava, schied am 26. Dezember im 78. Jahre in Rom aus dem Leben. Als Verfolgter der ehemaligen Regierung von Neapel wurde er schon mit 30 Jahren in die Kammer gewählt, der er 47 Jahre angehörte. Eigentlich niemals bedeutend, nahm er doch als Abgeordneter wie zeitweiliger Minister wegen seiner Ehrenhaftigkeit, Vielseitigkeit und politischen Gewandtheit immer eine sehr angesehene Stellung ein, ohne daß sich irgend eine dauernde Einrichtung im Lande an seinen Namen knüpft.

Vatikanisches.

Bei Beurteilung päpstlicher Erlässe und Kundgebungen der letzten Jahre ist auf vielen Seiten die Meinung zu Tage getreten, Papst Pius X. regiere die Kirche nicht selbständig, sondern befinde sich gewissermaßen in den Händen intransigenter Kardinäle, wie Merry del Val u. a., die wieder die Werkzeuge von Jesuiten und kirchlichen Strebern seien. Dem ist aber nicht so, und der Papst hat sich in einem Schreiben vom 1. November und späteren öffentlichen Aussprachen selbst entschieden dagegen ausgesprochen und seine Selbständigkeit behauptet. Das ist auch vollkommen richtig, und doch hat die obige Ansicht eine gewisse Berechtigung. Pius X. will bei allen seinen Handlungen das Wohl der Kirche und der gesamten Menschheit, aber er kennt aus eigener Erfahrung nur die Verhältnisse in Italien. In allen anderen Dingen ist er auf das Urteil und die Berichterstattung seiner Umgebung angewiesen. Aber diese Herren kennen selbst höchstens die romanischen Länder, bemessen danach auch die Verhältnisse der Katholiken nördlich der Alpen und verstehen am wenigsten die ziemlich schwierige Lage ihrer Glaubensgenossen in Deutschland, das ihnen aus nationalen Gründen unsympathisch ist und als Sitz des Protestantismus geradezu verdächtig erscheint. Daraus erklären sich die stets Aufsehen erregenden Erlässe der letzten Jahre, die ja für Italien und auch die übrigen romanischen Länder passen mögen, den deutschen Katholiken aber in der Regel nur Schwierigkeiten bereiten und sie in Zwiespalt zwischen ihren nationalen Pflichten und ihrer treuen Anhänglichkeit an Papst und Kirche bringen. Die Herren in Rom haben keinen rechten Begriff von der tiefinnerlichen Religiosität der deutschen Katholiken, die sich nicht wie die Romanen an der bloßen Förmlichkeit genügen lassen, oder wie die Polen Religion und Kirche als Vorspann für ihre nationalen Zwecke verwenden. In fast allen Fällen haben die deutschen Kirchenfürsten dann die größten Anstrengungen machen müssen, um Milderungen oder die Erklärung durchzusetzen, daß der betreffende Erlaß für Deutschland nicht gelte. Das kann doch dem Ansehen der Kurie nicht förderlich sein und könnte vermieden werden, wenn die betreffenden Prälaten in Rom ihre nationale Abneigung und ihren geistlichen Hochmut so weit zu überwinden verständen, um rechtzeitig mit dem Vertreter Preußens bei der Kurie Fühlung zu nehmen, der doch für solche Zwecke auch da ist. Selbst der aufrichtigste Freund der katholischen Kirche wird nicht darüber hinwegkommen, daß die Kirchenpolitik nach Leo XIII. eine Reihe von Fehlern beging und in der Hauptsache Mißerfolge erzielt hat.

Anfang November wurde eine neue Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften veröffentlicht, die im allgemeinen auf ein tolerari posse hinauslief, nachdem monatelang aus vatikanischen Blättern für und wider berichtet worden war. Obgleich wiederholt angerufen, handelte die Kurie auch nicht gerade klug, in diesen eigentlich nur zwischen der Berliner und der Kölner Richtung schwebenden Handel einzugreifen. Das hätte sie ganz ruhig den deutschen Bischöfen überlassen können, die Autorität genug besitzen, um solche Streitereien nicht zu arg werden zu lassen und auch den nötigen Einblick in die Verhältnisse haben. So zog sie sich abermals den Vorwurf der Einmischung in deutsche Angelegenheiten zu, was bis in die höchsten Kreise empfunden wurde und auch mehrfach in die Parlamente gezogen wurde. — Am 2. Dezember wurden die Erzbischöfe Dr. Nagl in Wien, Dr. Bauer in Olmütz, Cos y Macho in Valladolid, Almarez in Sevilla und v. Hornig in Veszprim zu Kardinälen ernannt. Im Verlaufe des Jahres hatten sich die Beziehungen der Kurie zu Spanien und Portugal wieder freundlicher gestaltet, aber mit Frankreich und Rußland war noch alles beim alten geblieben. Größeren Einfluß bewahrte die Kurie in Italien, wo das Papsttum gewissermaßen als nationale Überlieferung gilt, wenn auch die Einheit des Staates noch darüber gestellt wird. Allerdings hatte die Kurie Schwierigkeiten infolge der Ernennung der Bischöfe für Genua und die Abruzzen, denen die Regierung das Exequatur nicht erteilen wollte mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen,

für die sie intransigente Bischöfe nicht haben wollte. Die Kurie war zum Nachgeben geneigt. Dagegen blieb aber der Papst dabei, die Teilnahme der Klerikalen an den Wahlen zu verhindern, um die Bildung einer starken katholischen Partei unmöglich zu machen, da deren Beteiligung am Staatsleben der Auffassung vom gefangenen und beraubten Papst widersprechen würde. Darum wurden auch anfangs Dezember fünf katholische Blätter durch einen päpstlichen Erlaß desavouiert, weil sie für eine freiere politische Tätigkeit der Katholiken waren. Dagegen hat der Papst in Einzelfällen die Beteiligung der Katholiken immer gestattet, wenn es galt, eine ultraradikale Wahl zu verhindern.

Frankreich.

Die wetterwendische Republik hat ausnahmsweise einmal das ganze Jahr hindurch bei einem Ministerium ausgehalten. Das könnte eine Besserung bedeuten, wenn es so bliebe, wenn die anderen nicht immer auch heranwollten. Man hatte sich diesmal aber auch keinen theatralischen Südfranzösen ausgesucht, denen regelmäßig der sonst sprühende politische „esprit“ dann ausgeht, wenn es gilt, etwas Positives zu schaffen. Nein, man hat den Lothringer Poincaré gewählt, dem infolge germanischer Blutmischung eine Veranlagung zur organisatorischen Arbeit eigen zu sein scheint samt Tatkraft und Folgerichtigkeit. Er hat auch in der Behandlung seiner Landsleute, also in der inneren Politik, im allgemeinen eine glückliche Hand bewiesen, in der äußeren gelang ihm gerade nicht alles nach Wunsch, aber der Vertrag mit Spanien über Marokko ist doch zu stande gekommen. Poincaré wird wohl wissen warum, denn er ist ein guter Kenner seiner demokratischen Republik und hat selbst eine drastische Skizze darüber unter dem Titel „Der Tag eines Ministers“ geschrieben. Er legt u. a. dar, daß nicht die Regierung die Herrschaft ausübt, sondern wegen ihrer Abhängigkeit vom Parlament nur dessen ausführendes Organ und von den Launen und Willensmeinungen der Abgeordneten abhängig ist. An anderer Stelle schildert er, wie sehr der Minister den persönlichen Wünschen der Abgeordneten nachgeben muß, um sie bei Zufriedenheit zu erhalten. „Es gibt in keinem Kreise Frankreichs einen Beamten, Präfekt, Richter, Ingenieur oder Professor irgend welcher Art, der seine Existenz nicht dem Abgeordneten verdankt. Die Revolution hatte verkündet, daß weder ein Teil des Volkes, noch ein Individuum sich die Ausübung der Souveränität aneignen dürfte. Einige hundert Individuen haben sie sich indessen ohne jede falsche Bescheidenheit angeeignet, und jeder glaubt, wenn er sich in seinem Spiegel sieht, das Bild der Nation darin zu erblicken.“ Poincaré hat recht, er muß es ja auch wissen. So sieht das Bild einer demokratischen Republik aus.



Raymond Poincaré, französischer Ministerpräsident.

Die Franzosen sind stolz darauf, denn sie haben nichts besseres, auch keine Aussicht darauf. Sie ahnen auch nicht, daß man im Ausland die Unzulänglichkeit solcher Vielmännerwirtschaft durchschaut, die Republik danach einschätzt und ihre Bündnisbedürftigkeit nach Kräften ausnützt. Die Begeisterung für den britischen Freund hat sich freilich schon etwas abgekühlt, man fühlt, daß man nur ein Werkzeug britischer Politik gewesen ist und geschoben wurde, wann und wohin es ihr paßte. Das Verhalten Englands bei den Verhandlungen über Marokko kam einer Unterstützung Spaniens gleich und entsprach durchaus der britischen Politik. Der russische Freund hat in Potsdam jeder Verschwörungspolitik gegen Deutschland entsagt, und das entspricht wieder der russischen Politik, an der Iswolski und sein hetzender panslawistischer Anhang nichts ändern werden. Sollte man das in Frankreich nicht ahnen? O jawohl, man weiß es sogar, ohne es offen zuzugestehen, man empfindet es sogar sehr tief, ohne es zu verraten, man fühlt sich plötzlich allein, ohne zuverlässigen Freund in Europa, selbst die eingebildete Überlegenheit im Flugwesen ist nicht mehr wahr, und die Furcht vor den „Prussiens“ beherrscht wieder einmal die Gemüter. Wer sich aber fürchtet, der pfeift, singt oder schreit, um es anderen nicht merken zu lassen. Darum ist das neue Revanchegeschrei wieder ausgebrochen, alle Franzosen und Französlinge machen wieder in sich steigerndem Deutschenhaß, um sich gegenseitig Mut einzuflößen. Das ist des Pudels Kern bei dem neuerlichen Revancherausch, der nur Frankreich schaden kann, denn Deutschland hat sich bisher trotz aller Gehässigkeit auf französischer Seite recht wohl befunden und in seiner fortschreitenden Entwicklung den Erbfeind im Westen in allen Beziehungen überholt. Hoffentlich hat das neue Revanchefieber samt der zugehörigen funkelnagelneuen Militärschwärmerei wenigstens die gute Folge, daß der antimilitaristische Geist im Heere wieder erstickt

wird, denn sonst verfällt die Vielmännerherrschaft binnen wenigen Jahren der Anarchie.

Das politische Jahr.

Gleich der Anfang des Jahres brachte die Bildung eines neuen Ministeriums. Überraschend schnell kam der Sturz des Kabinetts Caillaux, doppelt überraschend, weil nicht wieder als gewerbsmäßige Stürzerin der Ministerien das Abgeordnetenhaus, sondern ausnahmsweise der Senat auftrat. Es war längst bekannt, daß das Ministerium wegen des Marokkovertrages mit Deutschland geopfert werden sollte. Frankreich hatte ja wohl oder übel abschließen müssen, weil sonst der „Fall von Agadir" ernste Maßregeln nach sich gezogen hätte, bei denen von den guten Freunden keine Unterstützung zu hoffen war. Aber es wurmte, daß man überhaupt mit Deutschland hatte abschließen müssen, und weil man keinen äußeren Erfolg in dieser Angelegenheit erzielen konnte, wollte man wenigstens eine innere Befriedigung haben. Das Ministerium, das solche Freveltat — hatte tun müssen, sollte fallen, damit die „Prussiens" sähen, wie die Republik eine Faust in der Tasche machen könne. Die Kammer hatte den Vertrag schon vor Neujahr gutheißen müssen, der Senat konnte auch nicht anders. Also Gefahr war nicht mehr dabei, da konnte die Demonstration losgelassen werden. Caillaux wußte das und benutzte den Umstand, daß sein Minister des Äußern de Selves wegen eines gar nicht bedeutenden Konflikts mit der Senatskommission am 9. Januar seine Demission gegeben hatte, um mit dem ganzen Kabinett zu gehen, weil auch Delcassé nicht Minister des Äußern werden wollte, da das Ministerium doch einmal gestürzt werden sollte. Caillaux sagte selbst, es sei ein Streik um ihn ausgebrochen. Faillières mußte nun seine präsidentliche Beschaulichkeit unterbrechen und ein neues Kabinett gründen. Er tat einen glücklichen Griff mit Poincaré, der schon am 13. eine Reihe tüchtiger Männer für sein „großes" Ministerium zu gewinnen wußte und die Hoffnungen der Herren Combes, Clémenceau u. a. enttäuschte. Daß er jetzt wieder in den Vordergrund trat, wurde offen mit seiner Hoffnung in Verbindung gebracht, im nächsten Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt zu werden. Er mußte nur vermeiden, sich nicht durch die oben Genannten in der parlamentarischen Versenkung verschwinden zu lassen. Tatsächlich hat das Kabinett, das Delcassé aus dem vorigen als Marineminister übernommen, in Millerand den Kriegsminister und in Briand als Neuerung einen Vizepräsidenten bekommen hatte, das Jahr überdauert und selbst durch die gefährlichen Klippen der Wahlreform glücklich gesteuert. Die Kammer beantwortete die Mitteilung des Programms der Regierung zunächst durch ein Vertrauensvotum mit 440 gegen 6 Stimmen.

Das Ministerium setzte sich sofort in Respekt durch sein schroffes Verhalten wegen der Beschlagnahme der Dampfer „Carthage" und „Manouba" durch die Italiener und ließ es sich wenig anfechten, daß die guten Freunde am Tiber dadurch arg verschnupft wurden. Ministerium, Kammer und Presse traten mit der größten Einmütigkeit für „die nationale Würde und Ehre" ein, obwohl eigentlich der französische Geschäftsträger in Rom Legrand die Sache verpfuscht hatte. Am 6. Februar begann der Senat die Beratung des deutsch-französischen Marokkoabkommens. Es wurden große Reden dagegen gehalten und an die Adresse des „Verräters" Caillaux mancher Angriff gerichtet, der eigentlich Deutschland galt. Der bisher vielfach für deutschfreundlich gehaltene Pichon erklärte emphatisch, er würde nie einen solchen Vertrag (der Deutschland etwas Reelles bietet) unterzeichnet haben. Das ist ihm aufs Wort zu glauben, denn der von ihm 1909 abgeschlossene Vertrag hat sich als Scheinvertrag erwiesen und schließlich zum Panthersprung nach Agadir geführt. Poincaré hielt eine große Rede voll Geschick und Rücksichtnahme auf die herrschende Stimmung, wies aber nachdrücklich darauf hin, was die Verbündeten von der Vertragstreue Frankreichs denken müßten, wenn der Vertrag abgelehnt würde. Er wurde schließlich auch mit 222 gegen 48 Stimmen, bei 39 Enthaltungen, angenommen. Der Vorgang ist bezeichnend. Man jubelte auf diesen von Greisen besetzten Bänken den deutschfeindlichen Spitzen in den Reden Pichons und Clémenceaus zu, aber man nahm den Vertrag mit einer noch größeren Mehrheit an wie die Kammer. Auch die dagegen stimmten, taten es bei der Gewißheit der Annahme nur, um vor den Augen der Urteilslosen als die „wahren Patrioten" zu glänzen. Davon, daß Frankreich Deutschland hat nachgeben müssen, werden die Chauvinisten noch lange Jahre zehren.

Die Kammer hatte sich inzwischen vorwiegend mit der sogenannten Wahlreform beschäftigt. Wahlreformen sind unter allen Umständen Versuche, unter tönenden Worten von Freiheit, Gleichheit, Recht und Wohlfahrt den herrschenden Parteien günstigere Wahlaussichten zu sichern. Die Völker haben davon gar nichts, das beste für sie ist eine gerechte Regierung, die die Parteiherrschaft im Zaume zu halten vermag. Die von einer Wahlreform Bedrohten pflegen ebenfalls im Namen von Freiheit, Gleichheit, Recht und Wohlfahrt heftige Opposition dagegen zu machen, wovon die Bevölkerung auch nichts hat. In der Pariser Kammer hatte sich gegen die Wahlreform der Regierung eine starke Opposition von Radikalen und Radikalsozialisten gebildet. Da sich Wahlbestimmungen nicht überall in gleicher Weise wirksam zeigen, so pflegt die Anhänger- und Gegnerschaft sich nicht immer genau mit den bestehenden Parteien zu decken. Denn wer von einer durch die Partei gebilligten Bestimmung Befürchtung für sein Mandat hegt, der hat natürlich alle Ursache, „aus Prinzip" dagegen zu sein. Solche „prinzipielle" Gegnerschaft wechselt auch häufig während der Beratungen, je nachdem eine der fürchterlichen Bestimmungen durchgeht oder fällt. Es pflegen sich da Parteiaustritte einzustellen, die zuweilen zu förmlichen Verschiebungen werden. Wegen dieser Äußerungen des parlamentarischen Erhaltungstriebes sind Wahlrechtsdebatten immer trügerisch, besonders in Paris, wo die große Mehrzahl der Deputierten aus Berufsparlamentariern besteht, für die das Mandat nicht immer eine Herzenssache,

aber häufig eine Magen- und Existenzfrage bildet. Unter diesen Umständen war die seit langem betriebene Wahlreform auch eine Existenzfrage für das Kabinett, an der es bei unkluger Behandlung scheitern konnte. Drei Ministerien waren schon darüber gestürzt, die Flitterwochen des Kabinetts Poincaré waren aber nun vorüber. Der Hauptstreitpunkt bildete die Verhältniswahl, von der die Hälfte der Radikalen aus den oben angedeuteten, aber politisch anders vorgetragenen Gründen eben nichts wissen wollte. Es mußte also eine Formel ausgeklügelt werden, die ihre Mandatssorgen zer-



Denkmal König Eduards VII. von England in Canne.

streute. Bevor die Beratung des Budgets begann, hatte die Regierung schon einige Erfolge ihrer Auffassung hinter sich, freilich nicht ohne bemerkenswerte Drehungen und Wendungen ihres Standpunktes. Dazu kamen Schwierigkeiten der äußeren Politik, Italien flirtete mit Rußland, Spanien mit England zum Nachteil Frankreichs, Jaurès bohrte hartnäckig in den Widersprüchen der Marokkopolitik der verschiedenen Kabinette. Poincaré suchte sie zu decken und versicherte, sie seien doch alle gute Franzosen gewesen. Die Bevölkerung vertrieb sich inzwischen die Zeit mit Chauvinismus.

Zum Troste erschien in Ermangelung mächtigerer Potentaten am 19. März das belgische Königspaar zu zweitägigem Besuche in Paris und nahm auch an einem Frühstück beim Präsidenten Fallières teil. Die Presse regte inzwischen sich und andere Leute über die unbedeutende deutsche Wehrvorlage auf, man überbot sich an Begeisterung über die Überlegenheit des französischen Flugwesens und forderte zu einer Nationalspende dafür auf, die aber in zwei Wochen noch keine Million ergab. Die Franzosen sind sparsam, auch wußten sachkundige Leute, daß hinter der Agitation die zahlreichen Flugzeugfabrikanten standen, die Absatz für ihre Überproduktion suchten. Die Kammer hatte inzwischen die Kosten für die militärischen Expeditionen in Marokko, die Forderung für Militärautomobile und Flugzeuge, sowie für die Vermehrung der Polizei bewilligt. Letzteres war sehr nötig, denn bei den autoritätslosen Zuständen machten die Revolverbanditen ganz Paris und halb Frankreich unsicher. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß die seit Jahren in der Pariser Presse betriebene Glorifizierung des Galgenholzes zur Nachahmung von Verbrechen geradezu angereizt habe. Die Hauptursache lag aber daran, daß die Polizei verachtet und lässig war, weil sie bei den unzähligen Demonstrationen und Unfugen den Unholden, die Protektion in den Ministerien besaßen, nichts Ernstliches tun durfte, regelmäßig die meisten Prügel und Verwundeten bekam und nicht einmal bei den Gerichten Genugtuung fand, die aus politischen Gründen fleißig freisprachen. Jetzt war freilich Holland in Not, denn die Banditen bedienten sich schon des Automobils. Die britische Freundschaft durchbrach die düsteren Wolken wieder mit einem Sonnenblick. Am 12. April wurde in Nizza ein Denkmal der Königin Viktoria und auch des Königs Eduard VII. enthüllt, der Frankreich doch so viele politische Verlegenheiten beschert hat. Aber die Republik hatte zu Ehren der britischen Freundschaft für dreitägige Festlichkeiten gesorgt. Poincaré begab sich mit den Ministern Delcassé und Millerand nach Nizza, wo auch ein englisches Geschwader lag. Flotten-, Matrosen- und Flugparaden unter Teilnahme der Rivieragäste samt dem König von Schweden, die Denkmalsenthüllungen und Festmähler mit Freundschafts- und Bündnisreden, Besuche auf den Flotten folgten aufeinander, nicht immer vom Wetter begünstigt. Eine Hauptstelle aus Poincarés Reden lautete: „Frankreich, voll Aufmerksamkeit für seine innere Politik, denkt nicht daran, seine Nachbarn anzugreifen oder zu provozieren; doch es ist sich klar bewußt, daß, um nicht selbst angegriffen oder provoziert zu werden, es nötig hat, zu Lande und zu Wasser Kräfte bereit zu halten, die fähig sind, seine Ehre geachtet zu halten und seine Interessen zu verteidigen." Es ging also alles friedlich, freundschaftlich und festlich zu.

Wie in der Republik Politik und Justiz behandelt werden, zeigt folgender Vorfall. Der Justizminister Briand hatte die Parlamentsferien benutzt, um seinen Freund, den wegen vielfacher Sittlichkeitsverbrechen zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilten Journalisten Flachon, zu begnadigen, nachdem er noch nicht ein Drittel der Strafe verbüßt hatte. Die monarchischen Camelots du Roi beuteten diesen Skandal durch einen demonstrativen Umzug aus und machten sich den Scherz, telephonisch im Namen des Ministers die Freilassung eines der Ihrigen anzuordnen, was auch prompt befolgt

wurde, weil man darin eine „Kompensation" für jene Begnadigung gesehen hatte. Die Folgen solcher Justizhandhabung zeigten sich eben in den Pariser Zuständen. Am Tage nach jener Begnadigung erschoß der Hauptautomobilräuber Bonnot den zweiten Chef der Geheimpolizei Jouin und entkam. Die erbitterte Polizei verfolgte ihn aber fünf Tage lang von Schlupfwinkel zu Schlupfwinkel und erschoß den sich hartnäckig Widersetzenden. Die Verfolgung seiner Spießgesellen dauerte unter förmlichen Gefechten bis weit in den Mai hinein. Während der Ferien war der greise Kammerpräsident Brisson gestorben, einer von der Garde der Berufsparlamentarier. Als Nachfolger wurde am 23. Mai in der Stichwahl Deschanel mit 292 gegen 208 Stimmen, als Anhänger der Verhältniswahl, gewählt. Delcassé hatte Präsident werden wollen und war darum aus dem Ministerium ausgeschieden. Da ihn aber die eigenen Parteifreunde nicht haben wollten, gab er die Kandidatur auf und war vorläufig nichts als Abgeordneter. Inzwischen sickerten bedenkliche Nachrichten aus Petersburg durch, wo sich der Botschafter Louis durch Formlosigkeit unmöglich machte, doch unterblieb vorläufig die Abberufung.

Vom 1. bis 3. Juni machte die Königin Wilhelmina von Holland mit ihrem Gemahl in Paris einen offiziellen Besuch. Die Presse hob in ihren Begrüßungsartikeln im Vergleiche mit einer „anderen" Nationalität die uneigennützige Politik Frankreichs gegenüber Holland hervor. Als vor einigen Jahren die Befestigung Vlissingens beabsichtigt wurde, schrieb sie freilich anders. Die Königin wurde auf dem Bahnhofe vom Präsidenten Fallières mit großer Feierlichkeit empfangen und auf der Fahrt durch die Stadt von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Sie revanchierte sich dafür abends beim Galadiner im Elysee durch den historisch unrichtigen Ausspruch: Sie sei stolz darauf, daß in ihren Adern französisches Blut fließe und auch der Name ihres Hauses aus Frankreich stamme. Historisch ist, daß sie Blut (von Coligny her) und Titel (mittels Übertragung Friedrich Wilhelms I.) nur auf dem Umweg über Preußen bezogen hat. Königinnen sollten eigentlich dergleichen wissen. An sich ist die Sache bedeutungslos, aber den Franzosen machte sie Freude. Die Königin legte auch am Denkmal Colignys einen Kranz nieder. Festmähler in der niederländischen Gesandtschaft und beim Ministerpräsidenten, Besuch der Oper und im Rathaus sowie eine Parade in Versailles bildeten das Programm der Festlichkeiten, die nur unter schlechtem Wetter litten. Sonst verlief alles in der herzlichsten Weise. In der Kammer trieb die Wahlreform der Entscheidung zu. Poincaré kündete am 4. einen neuen Entwurf an, für den er die Vertrauensfrage stellte und der am 7. der Kommission zuging, die ihn auch annahm, obgleich 21 Mandate wegfielen. Tatsache ist, daß auch dieser Vorschlag mit seiner Berücksichtigung der Minderheiten derartig kompliziert ist, daß er vorderhand von niemand ganz verstanden wurde. Am 18. stellte Poincaré die Vertrauensfrage, und die Kammer lehnte unter stürmischem Beifall mit 346 gegen 197 Stimmen den Gegenentwurf der Radikalen ab. Am folgenden Tage wurde das Vertrauensvotum mit 366 gegen 7 Stimmen erteilt. Da man mit dem Gesetz vor dem Nationalfeiertag fertig werden wollte, wurde die Beratung beschleunigt. Obgleich die Radikalen am 10. Juli noch eine große Lärmszene hervorriefen, war am folgenden Tage die Annahme vollendet, natürlich mit der üblichen Reihe von Unklarheiten und Widersprüchen, deren Beseitigung dann dem Senat zufällt. Am 12. wurden zur Erhöhung des Volkswohles auf Drängen der Sozialisten 37 Millionen für die Erhöhung der Gehälter der Postbeamten bewilligt, weil diese durch ein durchaus widerrechtliches Syndikat Lärm zu machen verstanden hatten. Damit trat die Kammer ihre Ferien an.

Seit der ersten Juliwoche weilten die russischen Generalstabschefs der Armee und Marine, General Shilinski und Admiral Fürst Lieven, in Frankreich, besichtigten in Rheims, Chalons und Paris militärische Anstalten und Übungen und nahmen am 6. auch an einem Frühstück beim Kriegsminister Millerand teil. Dieser Umstand, sowie der in Aussicht stehende Besuch Poincarés in Rußland, wo er nach Versicherung des „Echo de Paris" mit schmeichelhafter Ungeduld erwartet wurde, ließen die Franzosen wieder einmal über den „Synchronismus" der politischen Uhren in Paris und Petersburg schwelgen, neben dem die Kaiserzusammenkunft in Baltischport nur ein unbedeutendes Ereignis sei. So konnte die Feier des Nationalfestes am 14. Juli in ungetrübter Stimmung vor sich gehen. Das Hauptstück bildete wie gewöhnlich die große Parade, die diesmal besonders tendenziös hergerichtet war. Auf der Tribüne saßen der russische Generalstabschef Shilinski, die frühere Königin Ravonavola von Madagaskar und zwei Söhne des marokkanischen Großwesirs El Mokri, der Präsident Fallières kam unter großem Jubel der Bevölkerung mit dem Bey von Tunis Sidi Mahommed angefahren. Die Truppen trugen die neue Uniform, die Infanterie mit braunen Feuerwehrhelmen. Präsident Fallières übergab dem Luftschifferregiment eine neue Fahne, mehrere Flugzeuge und zwei Lenkballons manövrierten über dem Paradefelde als Zeugen für das „Genie der Nation", wie der Präsident bemerkte. Über das ganze Paradefeld wehte ein fast kriegerischer Hauch. Etwas Ähnliches ging auch bald durch das ganze Land, denn Clémenceau hatte schon im Senat den Kampf gegen die Wahlreform angekündigt, den er fortführen werde bis nach der Wahl des neuen Präsidenten, den er selbstverständlich auch besorgen wollte. Er hielt Wort, doch Poincaré erklärte am 21. in Gerardmer, „wir werden nicht die traurige Figur einer Regierung machen, die sich regieren läßt". Er reiste am 5. August von Dünkirchen an Bord der „Condé" nach Petersburg ab, allerlei Zeitungsgerüchte begleiteten ihn. Wie hergebracht, hatte auch Poincaré auf seiner Reise Deutschland vermieden und den Seeweg gewählt. Am 8. begegnete er bei dem dänischen Hafen Gjedser dem deutschen Geschwader und erhielt vom Flaggschiff „Deutschland" den nach der internationalen Höflichkeit üblichen Salut — aus Kruppschen Kanonen. In den Zeitungen konnte man allerlei Unzu-

treffendes über den einfachen Vorfall lesen. Am 9. nachmittags traf der Kreuzer „Condé“ in Kronstadt ein, Poincaré wurde vom Admiral Gregorowitsch empfangen und nahm am Diner auf der „Newa“ teil.

Bei der Ankunft der „Newa“ in Petersburg am folgenden Vormittag wurde Poincaré auf dem Landungsplatze von den Ministern Kokowzew und Ssasanow, dem Chef des Marinestabes Fürst Lieven und anderen Würdenträgern empfangen, die Begrüßung der Minister war sehr herzlich. Die hauptstädtischen Blätter hatten überschwängliche Artikel gebracht, nur die „Rjetsch“ meinte nüchtern, der Besuch stehe nicht im Gegensatz zur Begegnung von Baltischport. Poincaré legte am Grabe des Kaisers Alexander III. einen Kranz nieder, besuchte französische Wohltätigkeitsanstalten und nahm das Frühstück auf der Botschaft ein. Dann konferierte er eine Stunde mit Ssasanow, eine halbe Stunde mit Kokowzew, machte Besuche bei den Botschaftern und empfing die Vertreter der französischen Kolonie. Abends fand Diner im Ministerium des Äußern statt. Am folgenden Vormittag wurde Poincaré in Peterhof vom Kaiser Nikolaus und der Kaiserin Alexandra empfangen. Er erhielt den Alexander Newski-Orden. An dem sich an den Empfang anschließenden Frühstück nahm die Kaiserin nicht mehr teil. Nachmittags hielt Kaiser Nikolaus in Zarskoje Selo eine Truppenrevue ab, der Poincaré mit Begleitung vom Kaiserhügel aus zusah. Anwesend waren auch die neuernannten Kommandanten der preußischen Regimenter des Kaisers Nikolaus. Abends war großer Zapfenstreich, nachdem Poincaré am Diner beim Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch teilnahm. Am 13. empfing Poincaré in Petersburg den Besuch des japanischen Botschafters, und nahm an einem Frühstück der Akademie der Wissenschaften teil. Nachmittags stattete er der Großfürstin Maria Pawlowna in Zarskoje Selo einen Besuch ab, wohnte abends dem Diner in der französischen Botschaft bei und reiste dann nach Moskau ab. Von den Zeitungsgerüchten über Ergebnisse des Besuches hat sich hinterher keines bestätigt; weder die Dardanellenfrage, noch eine russische Anleihe ist erörtert worden, auch nicht die Flottenkonvention, an die sich die Pariser Presse am längsten klammerte. Es soll aber ein Abkommen über die chinesische Anleihe abgeschlossen worden sein. Das ebenso wie nach der Kaiserbegegnung in Baltischport veröffentlichte Kommuniqué war sehr allgemein gehalten, hebt zwar das zwischen Rußland und Frankreich bestehende Bündnis hervor, vermeidet aber jedes Eingehen auf einzelne Fragen und sagt am Schlusse, daß es sich um eine „wertvolle Garantie des Friedens“ gehandelt habe. Dieses magere Ergebnis entsprach kaum den Erwartungen der Franzosen, die englische Presse hatte von vornherein ein solches Resultat vorausgesagt. Poincaré verweilte am 14. und 15. in Moskau, das er eingehend besichtigte. Der Gouverneur und der Stadthauptmann veranstalteten ihm zu Ehren ein Festessen. Er kehrte nach Petersburg zurück und trat am 16. auf der „Condé“ die Rückreise nach Frankreich an.

Dort versuchte man die Täuschung großer diplomatischer Erfolge aufrecht zu erhalten. Beim Empfang in Dünkirchen sprach der Bürgermeister von einer Triumphreise, aber Poincaré verriet in seiner Rede auf dem Rathause absolut nichts Neues, sondern bewegte sich in sehr allgemeinen, wenn auch schwungvollen Phrasen über die Stellung Frankreichs und seiner Verbündeten. Als Magenwärmer für die Chauvinisten unterstrich er, daß er „ohne die französische Erde zu verlassen“, die russischen Freunde besucht habe. Die unzufriedenen Stimmen vermehrten sich, und darum wurde offiziös angekündigt, daß Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch an den französischen Manövern teilnehmen werde. Aus dem ersten Ministerrat nach Poincarés Rückkehr beim Präsidenten Fallières in Rambouillet vernahm man, daß auch ein direkter schriftlicher Verkehr zwischen den Ministern des Äußern in Paris und Petersburg vereinbart worden war (wie er im Dreibund längst üblich ist). Das konnte Frankreich wenig helfen. Gerade nach dem Vertrage mit Deutschland in Marokko dauernd festgehalten, von England im Falle von Agadir im Stiche gelassen, wünschte man, daß die russischen Armeekorps, die seit Potsdam nach dem Innern zurückgezogen worden waren, wieder nahe an die deutsche Grenze verlegt würden. Dafür hatte man aber in Petersburg taube Ohren gehabt, wie auch für ein gemeinsames Vorgehen der beiden „Verbündeten“ in den Balkanfragen. Es blieb Frankreich gar nichts übrig, als im Schlepptau Rußlands zu fahren, wenn es sich nicht noch weiter von dem Bundesgenossen entfernen wollte. So lag die Sache nach außen, aber auch im Innern standen der Regierung ernste Schwierigkeiten bevor, in erster Linie der Kampf um die Wahlreform. Der Ministerpräsident war freilich nicht der Mann, der sich ohne weiteres vom Parteitreiben und Cliquenwesen imponieren ließ. Er löste am 10. September die Lehrersyndikate auf, die sich den antimilitaristischen Gewerkschaften angeschlossen hatten, weil sie „zu Brutstätten politischer Agitation geworden sind“. Die Lehrer fügten sich zunächst, sie seien Opfer eines Mißverständnisses geworden, nur die im Seinedepartement wollten Widerstand leisten. Inzwischen war Clémenceau gekräftigt aus Karlsbad zurückgekehrt, und nun mußte das Duell zwischen ihm und Poincaré, das im Grunde der künftigen Präsidentschaft galt, beginnen, die Wahlreform diente bloß zum Vorwand. Bourgeois sollte nicht Präsident werden, weil er seinerzeit beim Panamaskandal dem Gerichte freien Lauf gelassen hatte. Dazu war nötig, zuerst das Ministerium zu stürzen. Unter dem Einfluß der von ihm betriebenen Agitation entstanden auch die Lehrersyndikate wieder.

Eine freundliche Abwechslung in diese noch unberechenbare Entwicklung brachte die Ankunft des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, der mit Gemahlin und sechs Generälen am 13. September in Paris eintraf. Die fanatische Russenfreundschaft der Achtzigerjahre ist zwar dort nicht mehr anzutreffen, aber doch wurde der Großfürst nicht nur mit allen Ehren, sondern auch mit der größten Herzlichkeit empfangen. Ministerpräsident Poincaré

holte ihn vom Ostbahnhofe ab und geleitete ihn unter Kürassiereskorte nach der russischen Botschaft. Der Empfang beim Präsidenten Fallières geschah mit großen militärischen Ehren. Hinterher spottete man freilich über den Geiz des Präsidenten, der Generäle und das Gefolge in gewöhnlichen Mietkutschen hatte fahren lassen. Die russischen Gäste dürften sich eher darüber belustigt als geärgert haben, denn in russischen höheren Kreisen wird der Personalstatus der französischen Republik nicht gerade hoch genug angeschlagen. Selbst Iswolski läßt oft genug seine Geringschätzung der demokratischen Würdenträger erkennen. Indes, diesmal hatten der Großfürst und seine Generäle eine militärische Aufgabe, nämlich dem Zaren ihre Erfahrungen darüber zu berichten, wie es mit den Leistungen der französischen Armee in Wirklichkeit beschaffen sei. Wie General Kaulbars einem Ausfrager gesagt hat, ist der Bericht überaus günstig ausgefallen, was auch richtig sein dürfte. Während des Ruhetages machte das großfürstliche Paar einen Abstecher nach Nancy, wo man ihm u. a. auch von einem Aussichtspunkte aus das schöne Land im Osten wies, das man gern wieder haben möchte. Der Großfürst soll den Wunsch begreiflich gefunden haben. Am 25. September kehrte er wieder nach Petersburg zurück. Waren die gewollten Erfolge des Ministerpräsidenten in der äußeren Politik nur recht spärlich, so wurde es ihm im Innern erst recht schwer gemacht. Die Beschlüsse des Ministeriums gegen die rückfälligen Lehrer fielen sehr schwächlich aus, denn die Freimaurerlogen erklärten sich gegen das Kabinett. Es ist unbillig, von einem Ministerium große Kraftleistungen zu verlangen, weil es durch die Zufallslaune einer Kammermehrheit immer gestürzt werden kann und damit alle Kraft einbüßt. Wenn es etwas erreichen will, muß es zu lavieren verstehen, um sich zu erhalten. Und der große Kampf mit dem professionellen Ministerstürzer Clémenceau stand noch in Aussicht, die Radikalen hatten sich in zwei feindliche Gruppen getrennt. Auf dem Kongresse in Tours wurde beschlossen, das Ministerium, neben dem Wahlreformkampfe im Senat, im Abgeordnetenhause mit der Lehrersyndikatsfrage zu bekämpfen.

Und abermals kam ein freundlicher Sonnenstrahl aus Osten. Gerade als sich die Kriegsgefahr auf dem Balkan zusammenballte, traf am 2. Oktober Ssasanow in Paris ein, aber über London, wo er schon das Nötige mit Grey vereinbart hatte. Poincaré holte ihn vom Bahnhofe ab und konferierte mit ihm bis gegen Mitternacht. Am folgenden Tage wurde Ssasanow vom Präsidenten Fallières in Rambouillet empfangen und blieb bis zum 7. in Paris, wo er vielfach mit den Botschaftern und mit Poincaré Besprechungen hatte, bevor er nach Berlin abreiste. An der Börse war inzwischen ein großer Krach ausgebrochen, der dem Nationalvermögen größere Verluste brachte als ein Krieg. Das bewog Poincaré, die Vorschläge des Grafen Berchtold aufzunehmen und dadurch längere Zeit scheinbar als der Führer des geeinten Europa aufzutreten, bis er von Grey auf die Seite geschoben wurde. Aber sein Ansehen im Lande war durch den Schein gewaltig gewachsen, und er verstand das in einer programmatischen Rede, wie sie französische Ministerpräsidenten vor dem Wiederbeginn der Kammerdebatte immer zu halten pflegen, am 27. Oktober in Nantes auszunützen. Er behandelte vorwiegend die auswärtige Lage und nahm ganz Frankreich gefangen mit der Versicherung, in den Beziehungen zu England und Rußland habe sich nichts geändert. Das tat nach dem Börsenkrach sehr wohl, Poincaré erschien als Mann der Gegenwart und Zukunft, und man nahm ihm das scharfe Betonen der Haltung der Regierung in den Fragen der Lehrer und der Wahlreform gar nicht mehr so übel. Die Führer des Lehrersyndikats waren übrigens einige Tage vorher in Paris zu je 50 Franken Strafe verurteilt worden. In einer zweiten politischen Rede am 13. November im Komitee Mascurand verstärkte Poincaré noch den Eindruck der ersten, namentlich bei den Radikalen. Der Senat wählte freilich an demselben Tage in die Wahlreforkommission 15 Gegner und nur drei Anhänger der Regierung. Im übrigen blieb die günstige Stimmung für Poincaré bestehen, obgleich aus der von ihm gewollten Konferenz in Paris nichts wurde, und dafür eine einfache Botschafterreunion — aber in London — zu stande kam.

In der Kammer schleppte sich indessen die Budgetdebatte hin, das Interesse der inneren Politik wurde schon vollständig von der am 17. Januar bevorstehenden Präsidentenwahl in Anspruch genommen. Leon Bourgeois war der aussichtsvollste Kandidat, der ebenfalls genannte Deschanel stand etwas weiter rechts und war des Chauvinismus' nicht unverdächtig. Das Ministerium trat lebhaft für Bourgeois ein, der aber am 18. Dezember entschieden ablehnte, weil ihn sein Augenleiden an der Ausübung der repräsentativen Pflichten des Präsidenten hindere. Nun trat Poincaré gegenüber Deschanel in den Vordergrund. Er hatte aber nicht nur seine alten Gegner von der Wahlreform gegen sich, sondern auch alle richtigen Berufsparlamentarier, die keinen tatkräftigen Präsidenten mögen, weil er in ihre parlamentarischen Intrigen eingreifen könnte, und die einen harmlosen Biedermann vorziehen, der wie Fallières sich repräsentativ gut ausnimmt, aber politisch unbedeutend ist. Als solcher wurde der schwer reiche Ackerbauminister Pams genannt, der für radikale Zwecke und Männer eine offene Hand besaß. Nach Weihnachten erklärte sich Poincaré zur Kandidatur bereit, worauf der bisher wenig genannte Ribot die seinige auch anmeldete mit unzweifelhafter Ranküne gegen Poincaré. Diesen so interessanten Kämpfen gegenüber hatte die Kammer — wie heutzutage so viele andere Parlamente auch — wieder einmal ihre Budgetpflicht vergessen und nahm darum am 21. Dezember ein zweimonatiges Budgetprovisorium an.

Marokko.

In den letzten Tagen des November ist endlich in Madrid der Marokkovertrag mit Spanien unterzeichnet worden, durch den Frankreich auch mit seinem südlichen Nachbarn über das Protektions-

gebiet handelseinig geworden ist. Spanien hatte an dem Grundsatz festgehalten, in seiner marokkanischen Zone Frankreich durchaus gleichgestellt zu werden und hatte dabei die Unterstützung Englands gefunden. Frankreich vertrat dagegen den Standpunkt der Unteilbarkeit Marokkos, so daß demnach der unter französischer Vormundschaft stehende Sultan auch im spanischen Anteil das entscheidende Wort zu sprechen gehabt hätte. Es war eigentlich beschämend für Frankreich, daß ein Vertreter Englands unter dem Vorwand der Vermittlung an den Verhandlungen teilnahm. Aber die Franzosen, die



(Phot. C. Seebald, Wien.)
Muley Jussuf, Sultan von Marokko.

Deutschland gegenüber ein krankhaftes Ehrgefühl entwickeln, haben in ihrer Bündnissucht gegen Deutschland dafür gar kein Verständnis mehr. Nur ganz vereinzelt kam in der französischen Presse eine Äußerung des Unwillens über die Einmischung und Haltung Englands vor. Der ganze Zorn richtete sich unverwandt gegen Deutschland, weil man mit ihm den Vertrag vom 4. November 1911 hatte abschließen müssen. Spanien ging ziemlich ungeniert vor und besetzte Ende Februar zum Ärger der Franzosen Arzila. Der kurz darauf ernannte spanische Minister des Äußern Villanueva war ein bekannter Gegner Frankreichs. Dieses arbeitete unterdessen auf das Protektorat über Marokko hin. Der Gesandte Regnault wurde nach Fez geschickt, um Muley Hafid dazu zu nötigen. Er hielt einen großartigen Einzug und spielte den Herrn. Der Protektoratsvertrag wurde am 30. März unterzeichnet, obgleich sich der machtlose Sultan lange widersetzte, aber der im Solde Frankreichs stehende El Mokri half. Spanien sollte nun den Franzosen noch dafür dankbar sein, daß sie den auch den spanischen Ansprüchen widerstrebenden Sultan beseitigt hätten. So naiv waren die Spanier natürlich nicht, denn sie durchschauten wohl, was die Franzosen mit der Wahrung der „Rechte des Sultans" bezweckten, und waren sehr harthörig gegenüber der Andeutung aus Paris, diese Wahrung der spanischen Rechte sei einer Gegenleistung wert. Übrigens hatten sie schon wieder einen neuen Minister des Äußern Garcia Prieto, der minder franzosenfeindlich war. Frankreich war nun tatsächlich im Besitze des Preises, der ihm nach dem diplomatischen Mißerfolg wegen Faschoda die Einkreisungspolitik König Eduards VII. für seine Freundschaft geboten hatte. Regnault hatte klug gehandelt, als er das Champagnerbankett beim Protektoratsvertrag auf den engsten Kreis beschränkt und Salutschießen und Zapfenstreich unausgeführt gelassen hatte, denn die Marokkaner wollten weder von der Fremdherrschaft noch von dem ihr unterworfenen Muley Hafid mehr etwas wissen.

Am 18. April versuchten die Sultanstruppen und ein Teil der Bevölkerung in Fez einen Aufruhr, der noch eine Reihe von Stämmen erfaßte. Auch die Spanier in Arzila wurden angegriffen. Regnault verschob seine beabsichtigte Abreise „wegen schlechten Wetters", und die französischen Truppen, die Verstärkung aus Mekines heranziehen mußten, konnten nur nach mehrtägigen blutigen Kämpfen das geplünderte Fez wieder in Besitz nehmen, den Sultan und die Europäer befreien sowie die Aufrührer vertreiben. Am 29. sandte die Pariser Regierung den General Lyautey als Generalresidenten nach Marokko, einen energischen Mann, der sich schon in Algier bewährt hatte. In Fez wurde die scherifische Armee entlassen, Muley Hafid wollte abdanken, was aber den Franzosen nicht paßte, und sie ließen seine Abreise nach Rabat nicht zu. Dagegen begannen sie unter dem Namen der Reorganisierung der scherifischen Armee sich eine marokkanische Truppe zu schaffen. Die Fremdenlegion mußte die verurteilten Führer der Meuterer erschießen. Im Süden tat sich El Hiba als Gegensultan auf, zu einer vereinten Aktion der zersplitterten Stämme kam es indessen nicht, nur ein Teil bedrängte die Franzosen in Fez. Als General Lyautey eingetroffen war, schaffte er mit Energie Luft. Die Marokkaner verließen die Umgebung von Fez, und Muley Hafid konnte mit Regnault am 6. Juni nach Rabat abreisen, wo er — als Gefangener der Franzosen — mit königlichen Ehren einzog. In Paris interessierten die Vorgänge in Marokko wenig, die Kammer wollte gerade das Ministerium stürzen, im übrigen verließ man sich auf Lyautey, der aber fünf neue Bataillone für Marokko verlangte. Fünf Bataillone, die man doch gegen „Preußen" brauchte? Es mußte aber sein. In Marokko wurde inzwischen der Krieg gegen die aufrührerischen Stämme mit der bekannten Humanität geführt: man brannte ihnen einfach die Ernten nieder. Anfang August dankte Muley Hafid ab, und sein jüngerer Bruder Muley Jussuf wurde am 13.

von den Franzosen zum Sultan ausgerufen; die Bevölkerung kümmerte sich kaum darum. Am 7. September besetzte Oberst Mangin Marakesch und befreite die von El Hiba gefangen gehaltenen Franzosen. Der Gegensultan suchte schleunigst das Weite. Die Regierung war von diesem Erfolg sehr überrascht, das hatte nicht in Lyauteys Plänen gestanden. Die „Wissenden" in Marokkoangelegenheiten waren aber gar nicht im Zweifel darüber, daß er ebenso den Einwirkungen der Marokkospekulanten nachgegeben hatte wie im Vorjahre Oberst Brémond bei der Besetzung von Fez. Da übrigens bisher alles gut abgelaufen, verzieh man Lyautey auch alles, als er Anfang Dezember dem Kammerausschusse in Paris berichtete. Er verstand unzweifelhaft, die Leute an der Seine ebenso gut zu nehmen, wie die Mauren in Fez. Wenn auch von einer Unterwerfung Marokkos noch nicht die Rede sein kann, da noch immer vereinzelte Aufstände vorkommen, so sind doch die von den Franzosen besetzten Striche, selbst um Fez und Mekines, bereits vollkommen beruhigt. Lyautey wurde zum Mitglied der Akademie gewählt. Wie wenig zuverlässig aber die Verhältnisse in Marokko doch noch sind, zeigt das Mißgeschick des Majors Massoutier, der Ende Dezember mit 500 Mann 33 Kilometer südlich von Mogador umzingelt wurde und nur mit Mühe befreit werden konnte.

Armee und Flotte.

Seit vierzig Jahren spitzt sich alles in Frankreich auf die Gegnerschaft zu Deutschland zu, jede politische Tätigkeit wird nicht nach dem Vorteil des eigenen Landes, sondern nach dem Nutzen oder Schaden für Deutschland eingeschätzt, und diese Stimmung steigert sich zeitweise zum chauvinistischen Revanchegeschrei, das gelegentlich von Gegnern Deutschlands ohne Nutzen für Frankreich ausgebeutet wird, aber bisher gänzlich seinen Zweck verfehlt hat, weil es eigentlich keinen Zweck hat. Die Armee wird dadurch um kein Haar besser, im Gegenteil können ihr dadurch ebenso große Selbsttäuschungen eingepflanzt werden, wie sie 1870 bestanden, wo man sich auch für unbesiegbar hielt und deswegen einen leichtsinnigen Krieg begann. Nun muß wohl jedes Heer an seinen Sieg glauben, denn sonst hat es überhaupt keinen Zweck, aber dieser Glaube allein tut es nicht. An der kriegerischen Veranlagung wie an der Tapferkeit der Franzosen zweifelt auch kein Mensch, sie werden immer ein gefährlicher Gegner sein, ob aber diese Tugenden die organische Geschlossenheit erzeugen können, die ein Heer mit einem sachverständigen obersten Kriegsherrn an der Spitze durchdringt, das muß doch erst abgewartet werden. Der nationalistische Abgeordnete und Major a. D. Driant, ein Schwiegersohn Boulangers, hat schon vor Jahren seinen Eindruck von einem deutschen Kaisermanöver dahin wiedergegeben, daß die Persönlichkeit des Kaisers Wilhelm für die deutsche Armee ein ganzes Armeekorps bedeute. Von zivilen Kriegsministern, wie Berteaux, Messimy u. a., sowie vom Präsidenten Fallières oder seinem Nachfolger wird niemand Ähnliches behaupten wollen, so ausgezeichnete Leute sie sonst sein mögen. Aber hier kommt es auf die Armee, auf ihren Geist, ihre unbedingte Anhänglichkeit in Not und Tod an die oberste Spitze des Heeres an. Diese kann in einer republikanischen Armee erst nach Siegen auf dem Schlachtfelde erworben werden. Wer sorgt aber dafür, daß im entscheidenden Moment die unzweifelhaft vorhandenen tüchtigen Männer an den richtigen Stellen stehen werden? Auf dem Papier der Verfassung ist dergleichen scheinbar vortrefflich geordnet, aber in Wirklichkeit ist die Entscheidung darüber wie überhaupt das gesamte Emporsteigen in die oberen Stellen auf maßgebender Seite doch von Männern abhängig, die nicht eigentlich sachverständig sind und, obwohl mit bestem Wollen, doch nicht unbeeinflußt von Parteimeinungen die Entscheidungen treffen. Menschliche Irrtümer sind unter allen Umständen möglich, aber hier ist ein Irrtum sogar Staatseinrichtung. Auf den französischen Soldaten setzt die ganze Welt Vertrauen, weniger auf die angedeuteten Mängel. Darin liegt für den Weltteil eine gute Friedensbürgschaft, denn wäre dem nicht so, dann hätte der französische Revanchetraum bei einer der politischen Spannungen der letzten Jahrzehnte wohl Unterstützung gefunden.

Seit einem Jahre sind wieder einmal viele Franzosen überzeugt, daß sie es auch ohne russische und britische Hilfe schon mit Deutschland aufnehmen könnten. Man hat zusammengezählt, wieviel man hat, und da stimmte es, die sichere Überlegenheit ergab die Aviatik. Die Franzosen haben auch seinerzeit von Chassepot und Mitreuilleuse Wunder erhofft. Unstreitig ist die kriegerische Stimmung im Lande gestiegen, und die antimilitaristische Agitation wie die Milizschwärmerei Jaurès (10. Dezember in der Kammer) haben Fiasko gemacht. Um dem um 26 Millionen Einwohner stärkeren Deutschland gleichzukommen, hat man jeden nur einigermaßen für etwas Tauglichen in das Heer eingestellt, und als Folge davon einen hohen Krankenstand und den verderblichen Einfluß von Verbrechernaturen (Apachen) mit in den Kauf genommen. In Deutschland weiß man sehr wohl, warum man alle ehrlosen Elemente vom Volk in Waffen fernhält. Die Folgen davon sind nicht ausgeblieben. Ein französischer Divisionär berichtete Anfang September, daß die Soldaten den Unteroffizieren überhaupt keine Ehrenbezeigungen mehr erwiesen, und daß es schon ganz allgemein in ganz Frankreich so sei. Am 29. Dezember teilte der frühere Kriegsminister Messimy in der Kammer mit, daß sich 1911 überhaupt 80.000 und im laufenden Jahre fast 90.000 Rekruten aus verschiedenen Gründen, meist aber ohne Grund, nicht gestellt haben. Dazu kommt die Zahl der Deserteure aus der Front, die im Jahre 1911 nicht weniger als 6% (in Deutschland 0·13%) betrug. Man ersieht daraus, daß die Angabe über die Präsenzziffer einer erheblichen Reduktion fähig und die Klagen über geringen Mannschaftsstand zahlreicher Einheiten wohlbegründet sind. Aber trotz alldem ist man sich der opferwilligen Arbeit in den letzten Jahrzehnten für die Stärkung des Heeres und überhaupt für die Hebung der nationalen Wehrkraft bewußt und schließt daraus, sich mit Deutschland

messen zu können. Der Defensivkrieg gegen einen neuen „Einfall der Barbaren" ist aus dem Kriegslexikon gestrichen, für die dreifache Befestigungslinie an der Ostgrenze geschieht nichts mehr, weil man sie bei einem Siege nicht braucht, und die Offiziere lernen eifriger als je deutsch. Um der deutschen Überlegenheit (25 gegen 20 Armeekorps) das Gleichgewicht zu bieten, hat man schon seit Jahren ständige Reserveformationen geschaffen, die sofort mit der Linie ausrücken sollen. Reserveübungen (meist fälschlich Probemobilisierungen genannt) finden in großem Umfang statt, und man glaubt, auch auf diesem Gebiete Deutschland weit voraus zu sein, wohl weil da nicht soviel Gerede davon gemacht wird.

Das Heeresbudget für 1913 beträgt 957,157.900 Franken, rund $6^1/_2$ Millionen mehr als im Vorjahr, davon 19 Millionen mehr für die Luftschiffahrt. Das neue Infanteriekadergesetzt hebt die letzten vierten Bataillone auf und erhöht die Zahl der Regimenter auf 173 (Deutschland 218), alle zu drei Bataillonen mit 460 Friedens- und 1000 Kriegsstand; es bringt also keinen einzigen Infanteristen mehr. Im Oktober wurden zum Dienst mit der Waffe 218.000 Mann ausgehoben, davon für die Infanterie 150.800, für die Kavallerie 20.800, für die Artillerie 32.000. Für die beiden letzten Waffen fehlt es an Pferden, weil die Pferdezüchterei für Halbblut infolge schlechter Preise zurückgegangen ist. Zur Ergänzung der Batterien der an den großen Manövern teilnehmenden vier Armeekorps mußten von vier anderen Armeekorps Pferde herangezogen werden, um kriegsmäßig operieren zu können. Wegen des gleichen Umstandes waren im Vorjahre die Batterien bei vielen Armeekorps nur mit zwei (statt vier) Geschützen ausgerückt und zum großen Manöver zählten die beiden Armeekorps nur 12 statt 30 Batterien. Dabei ist unter dem Ministerium Poincaré noch viel zur Beseitigung früherer Versäumnisse geschehen. Das Kadergesetz für die Infanterie bringt ferner 26 Obersten, 125 Oberstleutnants, 250 Majore und 802 Hauptleute hauptsächlich zu dem Zwecke, um im Mobilisierungsfalle neben jedem Regiment und Jägerbataillon eine gleich starke Reserveformation zu bilden. Das neue Kavalleriekadergesetz bringt auch keine Mannschaftsvermehrung, dagegen die Bildung von zwei neuen ständigen Divisionen. Für die Kavalleriedivisionen ist ein leichteres Geschütz eingeführt worden, da das frühere dem der Feldartillerie gleich war und wegen seiner Schwere der Kavallerie nicht überallhin folgen konnte.

Zu den großen Manövern zwischen dem Viereck Tours-Saumur-Bressaire-Chauvigny vom 11. bis 18. September waren vier Armeekorps, eine Kolonialinfanteriedivision und zwei Kavalleriedivisionen (90.000 Mann) und 50 Flugzeuge zusammengezogen. Die Oberleitung hatte der Generalstabschef (im Kriegsfalle Kommandeur der Armee gegen Deutschland) Joffre, die beiden Parteien führten die Generäle Gallieni und Moiron. Die kriegsmäßige Durchführung war besser wie im Vorjahre, weil die Oberleitung sich jedes Eingriffs enthielt, doch wurden in beiden Abschnitten des Manövers die Operationen nicht bis zur Entscheidung durchgeführt, da sie am 13. und 17. wegen des vorher festgestellten Abtransports der Truppen frühzeitig unterbrochen werden mußten. Die frühere „Paradeschlacht" vor dem Präsidenten fiel weg. Das Zusammenwirken der Kavallerie mit den anderen Waffen war besser wie früher, sie entlastete die Infanterie und eroberte selbst Geschütze. Die blaue Division nahm am 13. sogar den feindlichen Führer General Moiron samt seinem Generalstabe gefangen. Er soll sich der Flieger nicht richtig zu bedienen verstanden haben, während bei dem schneidigen Führer der blauen Kavalleriedivision, General Dubois, das Gegenteil der Fall war. General Joffre ließ sofort abblasen, peinlich bei dem tragikomischen Vorfall war es jedenfalls, daß der eben erst angekommene Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch unmittelbar Zeuge war. Die Truppen bewiesen wieder große Ausdauer, die aus Reservisten gebildete Division bewährte sich vorzüglich. Die Manöver ergaben wiederholt, daß die französische Armee auf einer zeitgemäßen Höhe steht. Daß die Kavallerie nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht besser geworden ist, wird allgemein beklagt. Dazu kommen die häufigen Änderungen in der Organisation der oberen Leitung. Die Zusammensetzung des Generalstabes hat 1911 eine und 1912 zwei organisatorische Veränderungen erfahren. Nicht vergessen darf werden, daß die Manöver einen stark politischen Anstrich hatten. Es waren zahlreiche Mitglieder der Budget- und Heereskommissionen von Senat und Kammer zugezogen, außerdem bereitete man der russischen und englischen Militärabordnung glänzende Feiern, während die übrigen fremdherrlichen Militärs erst bei der zweiten Abteilung des Manövers anwesend waren und in der herkömmlichen Form begrüßt wurden. Bei dem Bankett am 14. September versicherte der Kriegsminister Millerand dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, daß sich Franzosen und Russen schon vor hundert Jahren (bei Borodino, Moskau und an der Beresina?) hätten achten und lieben lernen. Es ist nicht bekannt geworden, was sich der russische Großfürst bei dieser rednerischen Leistung des früheren Sozialdemokraten gedacht hat.

Über den jetzigen Stand der Flotte ist gerade noch nicht viel zu sagen, als daß man beflissen ist, die Schäden unter der grauenhaften Mißwirtschaft früherer Zivilminister zu beseitigen, namentlich der Mißgriffe Pelletans, der sogar den Dienst demokratisieren wollte. Aus diesen Zeiten schreibt sich der Wust an kleinen und trotzdem bereits veralteten Fahrzeugen, die Unlust der Mannschaften, die noch durch das auch aus jenen Zeiten stammende selbstentzündliche Pulver gesteigert wird, und zahlreichere Unglücksfälle wie auf anderen Flotten. Tatsächlich besitzt Frankreich gegenwärtig noch kein fertiges modernes großes Linienschiff, keinen Dreadnought. Die Schiffe der „Danton"klasse und andere haben einen viel geringeren Gefechtswert als die bereits fahrenden österreichisch-ungarischen und italienischen Dreadnoughts und Kreuzer. Die politischen Ereignisse haben auf die Flottenrüstung entscheidend eingewirkt, die Bewilligung des Flottengesetzes nach deutschem Muster, die Bewilligung des

Gesichtspunktes der Seeherrschaft im Mittelmeer, durchgreifende Organisationsänderungen: alles zeigt, daß Frankreich wieder in die Reihe der großen Seemächte einziehen will. Man braucht sich darüber nicht zu beruhigen, starke Mächte sind immer friedlicher, als solche, die hinter einem aufreizenden Wesen eine Schwäche zu verbergen haben. Zunächst ist noch nichts fertig, eine Flotte kann wohl an einem Tage beschlossen, aber erst in Jahren gebaut und neu organisiert werden. Für Schulung, Artillerie und Munition ist noch viel, sehr viel zu tun. Und es ist nur Frankreich zu wünschen, daß eine gewisse Beständigkeit in die Sache kommt, damit nicht wieder ein unfähiger Minister die Flotte binnen kurzer Zeit nach seinen politischen „Prinzipien" in Grund und Boden hinein reformiert.

Verschiedenes.

Der Rückgang der Bevölkerung hält zum Kummer aller Einsichtigen, aber auch der Chauvinisten, an. Was soll aus der Revanche werden, wenn die Bevölkerung sich nur noch durch Einwanderung erhält oder hebt, die Ziffer der wirklich Eingeborenen sich aber tatsächlich vermindert? In den allernächsten Jahren wird man die Rekrutenziffer nicht mehr aufbringen können. Im Jahre 1911 sind 776.983 Personen gestorben und nur 742.114 geboren worden, weniger als in allen Vorjahren. Die Eheschließungen haben um ein Geringes zugenommen, aber auch die Scheidungen um einen höheren Prozentsatz. Die Zahl der Todesfälle ist ebenfalls gestiegen. Leider ist gerade im Norden und Osten mit den besten Volkselementen des Landes der Bevölkerungsrückgang am stärksten. Die Kammer beschäftigte sich im November vorübergehend mit gesetzlichen Maßnahmen zur Abwendung weiteren Rückganges. Auch andere bedenkliche Erscheinungen zeigen sich. Vor gar nicht langer Zeit galten die Franzosen für ein mäßiges Volk. Im Oktober wies der Abgeordnete Josef Reinach nach, daß heute das Gegenteil richtig ist, daß Frankreich 500.000 Schankstätten besitzt, mehr wie jedes andere Volk; dazu kommen noch zahlreiche privilegierte Eigenbrenner, die ihr Erzeugnis verschänken dürfen oder im geheimen verkaufen. Auf 25 Erwachsene kommt eine Schankstelle. Reinach sagte freilich nicht, woher die ungeheure Zunahme der Schänken kommt. Jeder Schänker ist nämlich ein einflußreicher Wahlagitator, und darum wird kein Abgeordneter versäumen, seinen ganzen Einfluß für jeden neuen Wunsch nach einer Schankkonzession einzusetzen. Sehr richtig brachte er dagegen die Zunahme der Trunksucht mit der erschrecklich um sich greifenden Tuberkulose in Verbindung. Diesen Zusammenhang hat man auch in anderen Ländern festgestellt. Im Jahre 1910 sind mehr als 85.000 Franzosen (über 22%) der Tuberkulose erlegen.

Frankreich besitzt ein natürliches und glückliches Arbeitsfeld nationaler Entwicklung, abgetrennt von allen europäischen Händeln, in seinem überseeischen Kolonialgebiet, namentlich in Nordafrika. Hier wäre selbst Deutschland nicht sein Gegner unter der einzigen Bedingung des allein nützlichen wirtschaftlichen Vernunftgesetzes, der Handelsfreiheit. Schon zu Bismarcks Zeiten hat Deutschland Frankreich gegenüber in diesem Sinne gehandelt. Wie aber die immer kraftloser werdende Republik die Sache auffaßt, hat man ja bei den verschiedenen Phasen der Marokkofrage gesehen. Und Frankreich wird nicht einmal den Vorteil davon haben, denn es hat für die koloniale Besiedlung kein Menschenmaterial. Wie schon in Tunis und Algier wird die übergroße Mehrzahl der Einwanderer aus Italienern bestehen, und die politischen Folgen davon dürfte schon das laufende Jahrhundert sehen.

Der sittliche Rückgang der Republik würde nicht so groß sein, wenn nicht der Einfluß des Südens so ziemlich alles beherrschte. Dort ist die Korruption, wie in Sizilien, in ein förmliches System gebracht worden, dort gärt es jeden Augenblick, von dort gehen die wirtschaftlich vernichtenden Seemannsstreike aus, dort meuterten 1907 die gegen die revoltierenden Winzer geschickten Truppen, aber von dort kommen auch die meisten Männer, die in der Kammer und den leitenden Beamtenstellen sitzen, und alle auf „Gedeih und Verderb" untereinander im Zusammenhang stehen. Im Sommer wurden die beiden verschwägerten Bürgermeister Roncani in Nizza und Escartefigue in Toulon wegen Betrug und Urkundenfälschung eingesperrt, weil sie verstanden hatten, städtische Gelder in ihre Taschen zu „kanalisieren". Geschehen wird ihnen nicht viel. Die Südländer Monis und Caillaux haben sich gehütet, in das südliche Wespennest zu stechen, und Poincaré würde sofort die Kammermehrheit gegen sich haben, sobald er es wagt.

Das große Korruptionsstück beim Verkauf der Kirchengüter ist schon in früheren Jahren besprochen werden. Der ehemalige Ministerpräsident Combes gab sich im März im Senatsausschusse vergeblich Mühe zu erklären, warum die von Waldeck-Rousseau einst auf eine Milliarde geschätzten Klostergüter nur 60 Millionen abgeworfen haben. Er schrieb die Hauptschuld dem „Credit Foncier" zu, der den Kongregationen hohe Hypotheken gewährt habe, die ins Ausland gegangen seien. Viele hunderte Millionen kann doch die Bank dafür gar nicht gehabt haben; wo sind denn nun die anderen hingekommen? Jedenfalls verschwieg Herr Combes die Riesensummen, die von den Liquidatoren unterschlagen und durchgebracht worden sind, wie viele Prozesse bewiesen haben, die man aber auch nur solchen machte, die keine Beschützer in der Kammer haben, oder es zu dick getrieben haben, wie der leichtsinnige Duez, der nun zwei Jahre in Cayenne verbüßt. Die vom Papst verbotenen katholischen Kultgenossenschaften, die einen Teil des Kirchengutes hätten retten können, beginnen sich jetzt, zum Teil auf Veranlassung der Bischöfe, als freiwillige Kirchenräte zu bilden, es zeigt sich überhaupt vielfach in gebildeten Kreisen ein Wiederaufleben des Katholizismus.

Wer rein objektiv den inneren und äußeren Verfall der Republik, der trotz aller Schönfärbereien der internationalen Demokratenpresse Tatsache ist, im Auge behält, wird zuweilen die Frage prüfen müssen, wie die Aussichten für die Rückkehr zur Monarchie stehen. Daß das auf die

Prätendentenfrage hinausläuft, leuchtet ohne weiteres ein. Die Republik selbst wird keinen Prätendenten stellen, denn ihr mittelschlächtiges Wesen bringt keinen hervor oder wird ihn wenigstens nicht aufkommen lassen. Bleibt also der Herzog von Orleans oder Prinz Viktor Bonoparte. Das Königtum hat in alten Familien wohl noch einige legitimistische Anhänger, aber keine Tradition im Volke. Die Zeit Ludwigs XIV. liegt zu weit zurück und ist durch die Gestalt Napoleons I. verdrängt worden. Das traurige Ende seines Neffen hat diese Erinnerung zeitweilig zurückgedrängt, aber die unverkennbaren Mißstände der Republik, ihre Unzulänglichkeit nach außen und innen lassen sie wieder aufleben und die Jahrhunderterinnerungen wirken fördernd darauf ein, nicht minder die jetzt unklugerweise von der Republik betriebene Revancheidee. Die beiden Prätendenten scheinen eine gute Witterung für alles zu haben und beginnen sich zu regen. Der Herzog von Orleans hat seinen Wohnsitz in England aufgegeben und ist nach Brüssel gezogen. Seine Aussichten sind gering. Der ebenfalls in Brüssel lebende Prinz Viktor Napoleon hat augenblicklich noch gar keine, solange er bloß eine Tochter besitzt. Sollte ihm ein Sohn geboren werden, dann bekommt seine Sache sofort Schwung, und die Bewegung zu seiner Rückberufung nach Frankreich wird unmittelbar beginnen und der Republik schwere Sorgen machen. Denn die Revanche verlangt einen Napoleon, nachdem die Republik vierzig Jahre lang nichts dafür geleistet hat. Seinerzeit hatte Gambetta die junge Republik reichlich damit garniert, und die jetzt alternde versucht nun, sich damit den Schein der Gesundheit und Kraft anzuschminken.

Großbritannien.

Trotz der unheilbaren Parteizersplitterung hat sich die liberale Regierung nun das sechste Jahr hindurch erhalten. Nicht gerade aus eigener Kraft, denn in der inneren Politik ist sie über mancherlei Schwierigkeiten nur mit Mühe hinweggekommen und nur am Staatsruder geblieben, weil es die Opposition unter den obwaltenden Parteiverhältnissen weder ergreifen will noch kann. Das alte historische Spiel der zwei Parteien, der Tories und Wighs, das die Welt länger als ein Jahrhundert mit unhaltbaren Theorien über den Parlamentarismus versorgt hat, ist aus und läßt sich nicht wiederherstellen. Die zwei Parteien waren eben eine Ausnahme, eine englische Spezialität, die sich nur in einem so konservativ veranlagten Lande wie Großbritannien solange erhalten konnte. Die darauf aufgebauten Theorien waren falsch, denn bloß zwei Parteien gibt es nirgends und lassen sich auch höchstens vorübergehend für einen bestimmten Zweck, aber niemals auf die Dauer wiederherstellen. Will also England nicht einer Theorie und alter Gewohnheit zuliebe dauernd den jetzt schon eingerissenen Koalitionsministerien und wie Frankreich der damit folgerichtig verbundenen parlamentarischen Korruption verfallen, so wird es zu Geschäftsministerien greifen müssen, die nicht an eine feste Mehrheit gebunden sind, als Vertreter der allgemeinen Staatsinteressen handeln und die Mehrheiten nehmen wie sie gerade sind. Ohne Eingreifen des Königstums wird sich das, wenn überhaupt, nicht bewerkstelligen lassen. Ob der praktische Sinn der Engländer den Entschluß dazu bringen, ob König Georg dafür die Initiative besitzt, muß abgewartet werden. Die Aufrechterhaltung der britischen Weltstellung erfordert aber, bevor es zu spät wird, daß mit einem aus verschiedenen Ursachen hervorgegangenen Zustand gebrochen wird, in dem, wie eben jetzt, zwei Minderheitsgruppen, die Iren und die Arbeiterpartei, die die eigenen Interessen über die des Reiches stellen, die eigentlichen Herrscher im Lande sind, indem sie der geschäftsführenden Regierung vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen hat.

Nach außen hin war die britische Politik glücklicher als in den Vorjahren, wo sie mit ihren kriegerischen Allüren in der bosnischen wie in der marokkanischen Frage empfindliche Niederlagen erlitt, weil sich der Dreibund der Dreierentente an Macht und Einigkeit unzweifelhaft überlegen erwies. Der Grund für diese erfolglose Politik lag bei England in der Feindschaft gegen Deutschland. Darin hat sich im abgelaufenen Jahre ein erfreulicher Wandel vollzogen, und die guten Folgen davon sind nicht ausgeblieben. Nachdem Graf Berchtold im Sommer den Gedanken des vereinten Vorgehens der Großmächte aufgeworfen hatte, der von Poincaré selbstgefällig aufgenommen und weitergesponnen worden war, erschien in den letzten Monaten tatsächlich Sir Edward Grey als diplomatischer Führer des gesamten Europa. Das sah anders aus wie bei der bosnischen Krise und wäre gar nicht möglich gewesen, wenn sich England wieder der Idee Berchtolds — die selbstverständlich auch die Deutschlands ist — entgegengestellt hätte. Es sei hier beiläufig bemerkt, daß die „Einigkeit der Großmächte", der „status quo" 2c. dem Witz der Presse verfallen ist. Die Eintagsfliegenpolitik der Zeitungen ist eben grundverschieden von der Politik der Diplomatie, die nicht vorübergehende Leistungen schaffen darf wie einen Leitartikel, der in drei Tagen wieder umgeschrieben werden kann, ohne daß es sogar die Mehrzahl der Leser merkt. Die Diplomatie ist auch nicht dazu da, jeden Tag ein Stück zu leisten, das mit einer fetten Überschrift als Sensation für Zeitungen zu verwenden wäre. Diesem Zeitungsbedürfnis entsprechen ja auch der Mörder Sternickel, die Automobilapachen 2c. besser. Es ist der Diplomatie gelungen, an die Stelle der beiden Mächtegruppen, die schon zweimal nahe vor einem Weltkrieg untereinander standen, in einer den

ganzen Erdteil berührenden Angelegenheit zum gemeinsamen Vorgehen zu vereinen und dadurch mit aller Wahrscheinlichkeit den großen europäischen Krieg aus der Welt zu schaffen. Das ist eine dankenswerte und große Leistung, selbst wenn sie schließlich nicht ganz glücken sollte. Sie ist auch nur bei Diplomaten möglich, die die schwere Verantwortung auf sich lasten haben, daß sie nur im äußersten Notfall Leben und Glieder der Söhne des eigenen Landes und anderer Leute opfern dürfen, nicht aber um einen Zeitungseffekt zu erzielen. Wenn es nach dem Gehetze der Zeitungen gegangen wäre, dann hätten sich Dreibund und Tripelentente längst bei den Haaren.

Wenn auch nicht nützlicher wie diese notwendige Richtigstellung eines geflissentlich gepflegten Irrtums, so doch erfreulicher ist es, den Gründen der Annäherung Englands an Deutschland nachzugehen. Der Brite ist am meisten durchdrungen von Nationalstolz und Nationalgefühl, an Handhabung und praktischer Ausnützung desselben übertrifft er sicher auch Franzosen und Italiener und es ist ihm schwer möglich, eine andere Nation neben sich als gleichberechtigt anzuerkennen. Sie müssen ihm dienen wie die revanchesuchenden Franzosen; er ist entrüstet über Rußland, das in Persien und sonstwo nicht immer zu Willen sein mag, und darum steht die Tripelentente auf keinem tragfähigen Boden; er ist schließlich empört über Deutschland, das sich auch eine anständige Flotte baut, während doch Britannia rules the waves. Er sieht nicht ein, daß er den anderen geradezu beleidigt, wenn er ihm übelnimmt, was er doch selbst tut. Hundertmal hat man in Deutschland gefragt: Ihr baut doch auch eine Flotte, warum nehmt ihr es uns übel? Ja, sagt Lord Churchill, ihr baut eine Luxusflotte. Das ist echt englisch, wenn auch gar nicht diplomatisch. Warum kommt trotzdem England zu Deutschland? Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Von der strammen Tripelententepolitik hat es keinen Vorteil gehabt, im Gegenteil Rußland und Frankreich häufige und unbequeme Zugeständnisse machen müssen. Frankreich hat zwar bisher ruhig Folge geleistet, aber schon Rouvier und später Caillaux hatten während der Marokkoverhandlungen doch mit Deutschland wirtschaftliche Vereinbarungen angebahnt. Die Chauvinisten haben das zwar hintertrieben, aber da die mächtigsten Banken hinter Caillaux standen, kann die an sich so vernünftige Sache wiederkommen. Nach einem Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich stände dann England, das nicht mehr gebraucht würde, wieder allein in Europa. Dem kommt man am besten durch rechtzeitige Annäherung an Deutschland zuvor. Rußland hatte sich Österreich-Ungarn auch bereits genähert, und aus dem gewünschten Anschluß Italiens an die Tripelentente war nichts geworden. Mit dieser war also nicht mehr viel los. Dazu kamen die Verhältnisse in Ostasien. Das Bündnis mit Japan, das allerdings England selbst im Vorjahre seines Inhalts entkleidet hat, indem es an einem Kriege gegen die Vereinigten Staaten nicht teilnehmen will, wurde vom Grafen Okuma schon öffentlich als wertlos erklärt und geht dem Ende zu. Bei Verwicklungen in Ostasien oder Indien ist auf Japans Hilfe kaum, vielleicht eher sogar mit seiner Gegnerschaft zu rechnen. In solchem Falle ist mindestens eine gute Rückendeckung in Europa nötig, besser weil stärker als Frankreich ist dafür Deutschland, das übrigens während des japanischen Krieges auch Rußland ehrlich den Rücken gedeckt hat. Zudem besitzt es eine sehr leistungsfähige Flotte, die im Kampfe um „Europas heiligste Güter" vortreffliche Dienste leisten würde. Diese Gesichtspunkte dürften genügen, um die Abwendung Englands von der Einkreisungspolitik Eduards VII. zu erklären. Die ganze Flottenfeindschaft war übrigens nur Bluff, wie schon in früheren Jahrgängen ausführlich nachgewiesen worden ist.

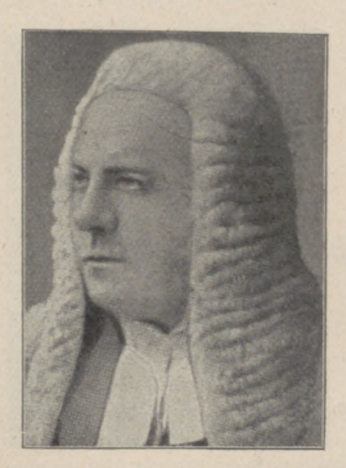


Sir Edward Grey, Minister des Äußeren.

Die politischen Vorgänge.

Zu Beginn des Jahres befand sich das Königspaar noch auf seiner Krönungsfahrt in Indien. Am 16. Januar traf es in Bombay ein, wurde von der Bevölkerung jubelnd begrüßt und schiffte sich nachmittags auf der „Medina" zur Heimfahrt ein. Von Port Sudan aus besichtigten sie die 15 Meilen landeinwärts lagernden sudanesischen Truppen, setzten dann die Rückreise über Malta fort und wurden am 30. in Gibraltar vom Vertreter des Sultans von Marokko, El Gebbas, begrüßt, der auf einem englischen — nicht französischen — Dampfer herübergekommen war, worüber man sich in Paris ärgerte. Die Ankunft in Portsmouth erfolgte am 5. Februar. Die englischen Prinzen begaben sich zur Begrüßung an Bord der „Medina". Mittags traf das Königspaar in London ein und fuhr trotz der Winterkälte im offenen Wagen unter den Hochrufen der Menge nach dem Buckinghampalast, wo die Minister, der Erzbischof und das diplomatische Korps zum Empfang erschienen waren. In England war man sehr froh, daß alles so gut abgelaufen war; denn daß man ernstlich besorgt gewesen war, beweist die in England unverfängliche Tatsache, daß zahlreiche Wetten auf das Leben des Königs abgeschlossen worden waren. Das Ministerium Asquith war inzwischen weiter durch glückliche innere und äußere Ereignisse begünstigt worden, seine innerpolitischen Umwandlungen, die vor ihm kaum ein Minister mit der stärksten Mehrheit gewagt hätte, blieben wegen der Spannung

in der äußeren politischen Lage fast unbemerkt, und die Opposition bot wegen der Spaltung in der Schutzzollfrage durchaus nicht das Bild eines angriffsfähigen Gegners. Auch eine Rede des wildliberalen Lord Rosebery am 13. Januar über die zu unbestimmbaren Verpflichtungen Englands führende Ententepolitik erregte nur mäßiges Aufsehen. Bedrohlicher war der am 12. beschlossene allgemeine Streik der Kohlengrubenarbeiter für den 1. März. Bedenklich erschien auch die Haltung der Protestanten der irischen Grafschaft Ulster, die zur Abwehr der bevorstehenden Homerulebill für den 8. Februar in Belfast eine Versammlung ausgeschrieben hatten, weil sie „bleiben wollen, was sie sind",



Lord Haldane, der englische Lord-Großkanzler.

freie Bürger des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland. Sie ließen auch gar keinen Zweifel darüber, daß ihr Vorgehen im Sinne Lord Randolph Churchills gemeint war, der 1886 gegen die Homerule Gladstones den Ausruf tat: „Ulster wird zu den Waffen greifen, und Ulster wird recht daran tun." Sein Sohn Winston Churchill saß jetzt im liberalen Ministerium, das wieder mit Homerule kam oder vielmehr kommen mußte, weil sonst keine liberale Mehrheit mehr vorhanden gewesen wäre. Die Bewegung in Ulster entpuppte sich als Strohfeuer. Churchill konnte, allerdings unter dem Schutze von fünf Bataillonen, in einer Gegenversammlung in Belfast seine Rede für Homerule ungestört halten.

Die regelmäßige Parlamentstagung wurde Mittwoch den 14. Februar eröffnet, nicht am üblichen Dienstag, weil dieser der 13. — ein Unglückstag — war. König und Königin begaben sich mit dem hergebrachten mittelalterlichen Prunk zum Parlamentsgebäude, wo König Georg vom Thronsessel im Oberhaussaale aus die Thronrede verlas. Das Arbeitsprogramm derselben war keine zwanzig Zeilen lang, enthielt aber die verfänglichen Punkte: Homerule, Abschaffung der Staatskirche in Wales und Ausdehnung des Wahlrechtes, wohl auch auf Frauen. Der größte Teil war der äußeren Politik gewidmet. „Unsere Beziehungen mit den fremden Mächten sind andauernd freundlich." Der italienisch-türkische Krieg wurde bedauernd erwähnt, Ausführlicheres nur über die Lage in Persien und China mitgeteilt und „mit schwerer Sorge" den Streikaussichten entgegengesehen. Nach der Tragweite der Vorlagen war auf keine friedliche Session zu hoffen. Um Zeit zu gewinnen, beabsichtigte die Regierung, die Budgetdebatte mit allen parlamentarischen Mitteln abzukürzen. Auf eine offenbar erwartete Anfrage des Oppositionsführers Bonar Law über die Reise Lord Haldanes nach Berlin, verlas der Premierminister Asquith eine längere Erklärung, in der u. a. sagte: „Es ist eine unbezweifelte, höchst beklagenswerte Erscheinung, daß die traditionellen Gefühle der Freundschaft und des guten Willens zwischen Deutschland und unserem Lande während der letzten Monate getrübt waren." In dieser Stimmung hätten in Deutschland im Sommer und Herbst viele Leute an einen englischen Angriff geglaubt. Diese ganze Geschichte sei eine Erfindung. Die beiden Regierungen hätten auf eine bessere Verständigung hingearbeitet, und der in Berlin willkommene Besuch Lord Haldanes habe diesen Zweck verfolgt.... „Ich darf sagen, daß im Laufe des Besuches Haldanes beiderseits der aufrichtige und entschlossene Wunsch zu Tage trat, eine bessere gegenseitige Stellung zu begründen, ohne — und das lassen Sie mich vollkommen klarmachen — ohne die besonderen Beziehungen, in denen Deutschland oder England zu anderen Mächten stehen, in irgend einer Weise zu opfern oder zu verschlechtern." (Beifall der Opposition.) Daß die feindseligen Pläne Englands nur eine „Erfindung" gewesen wären, fand natürlich nicht überall Glauben. Am 16. bestätigte Sir Grey in einer Rede in Manchester die Ausführungen des Ministerpräsidenten. Auch Lord Crewe sprach sich im Oberhause in gleichem Sinne aus. Es hatte Aufsehen erregt, daß Grey vor kurzem den Hosenbandorden erhalten hatte, worin man eine Anerkennung seiner antideutschen Politik erblicken konnte. Es war darum von nicht geringer Bedeutung, daß er in Manchester noch mit größerer Wärme über Deutschland gesprochen hatte, wie die beiden anderen Genannten im Parlament.

Die Kohlengrubenarbeiter hatten es eilig mit ihrem Streik und kündigten meist schon für den 1. März. Sie bestanden auf einem Mindestlohn, der aber überall, wo er bestand, eine geringere Förderung zur Folge gehabt hat. Die Grubenbesitzer wollten darum nur einen Mindestlohn für den einzelnen Arbeiter, aber keinen allgemeinen zugestehen. Die Grubenarbeiter besaßen nur geringe Geldmittel für den Streik und rechneten auf Sympathiestreiks und andere Unterstützungen des Auslands, die Regierung durfte es ebenso nicht mit der Arbeiterpartei verderben wie mit den Iren, hielt aber gegen Ausschreitungen in Südwales Truppen bereit. Sie drängte selbst auf den Minimallohn hin, aber nur 60% der Grubenbesitzer war dazu geneigt, und der Streik begann schon Ende Februar. Die Arbeiter lehnten auch den von der Regierung vorgeschlagenen Mindestlohn ab, die Zahl der Streikenden betrug schon am 1. März eine Million und stieg noch. Transportarbeiter schlossen sich an, Fabriken mußten geschlossen werden, und die Bahnen verminderten den Betrieb. Die Erbitterung der Arbeiter war am größten in Südwales, wo die Grubenbesitzer allerdings nichts für soziale

Fürsorge getan und dadurch die Arbeiter geradezu in die Arme der Sozialdemokratie getrieben hatten. Die verschiedenen Regierungen hatten sich nie darum gekümmert. Die Ausgleichsverhandlungen der Regierung blieben bei den Arbeitern fruchtlos. Die Wahlweiber benutzten den Wirrwarr, um durch Einschlagen von Schaufenstern die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die anfangs den Arbeitern günstige öffentliche Meinung schlug aber schon nach den ersten Tagen um, auch im Parlament. Die Arbeiter zeigten durch ihr schroffes Verhalten, daß sie sich als die eigentlichen Herren der Regierung fühlten. Die Zahl der infolge des Streiks beschäftigungslos gewordenen anderen Arbeiter belief sich schon in der ersten Woche auf eine Viertelmillion. Lloyd George hatte im Vorjahre in seinen Agitationsreden im Lande erklärt, daß Herzöge und Großgrundbesitzer, überhaupt die „faulen Reichen", geeignete Objekte zur Beraubung seien, die Arbeiter setzten das nur in ihre Denkart um, und Sozialdemokraten und Anarchisten halfen ihnen bei solcher „Aufklärung". Die Arbeiterführer waren zu keiner Verständigung geneigt, bevor sie nicht wüßten, was die von der Regierung angekündigte Mindestlohnbill bringen werde; König Georg gab bei der bedenklichen inneren Lage die beabsichtigten Reisen an die europäischen Höfe auf; Asquith erklärte, die Homerulebill vor Ostern nicht einbringen zu können, was die Iren erbitterte, aber sie durften das Ministerium, dessen liberale Partei schon zwölf Stimmen schwächer war als die Unionisten, aus begreiflichen Gründen nicht stürzen.

Bis das Parlament in die Osterferien ging, führte die schwache Arbeiterpartei tatsächlich die Herrschaft über das Ministerium, also über England. Nicht gearbeitet wurde von mehr als anderthalb Millionen. Am 18. März wurde die Mindestlohnbill im Unterhause eingebracht, für die Asquith die Zustimmung der Streikführer sogar eingeholt hatte. Die Debatte darüber war lebhaft, doch ließ Balfour, der am 21. zum erstenmal in der Kammer wieder anwesend war, in seiner Rede merken, daß die Unionisten die Bill nicht zu Fall bringen würden. Das wäre nämlich möglich gewesen, wenn die Arbeiterpartei in die Opposition gegangen wäre. Damit wäre aber auch das Ministerium gestürzt, und dazu wollten die Unionisten nicht mit dieser Partei zusammenarbeiten. So wurde die Bill am 22. in zweiter Lesung beraten ohne Gewißheit über den Ausgang. Sonntags fanden im Lande zahlreiche Arbeiterversammlungen statt, die sich meist energisch für die Aufrechterhaltung aller Arbeiterforderungen aussprachen, und Asquith, schon vorher über die Stimmung unterrichtet, begann nochmals Verhandlungen, die aber auch zu nichts führten, und so wurde am 27. die Bill mit fast allen Stimmen gegen die der Arbeiterpartei angenommen. Da bereits drei Millionen brotlos waren und das Elend wuchs, konnte man die Taktik der Arbeiterführer nur dahin auslegen, daß sie die Leute zur Verzweiflung und Revolte bringen wollten. Die Verluste an Arbeitslöhnen betrugen bereits über 200 Millionen Mark, Unterstützungen wurden nicht mehr bezahlt, Not und Hunger mußten ein Ende bringen. Die Führer arrangierten aber erst noch eine langwierige Abstimmungskomödie, hetzten jedoch ununterbrochen weiter, so daß Truppen nach den bedrohten Orten abgehen mußten. Richtiger wäre es gewesen, von vornherein die Arbeitswilligen kräftig in Schutz zu nehmen, dann wäre es gar nicht so weit gekommen, selbst in Südwales hätten die Terroristen das Heft nicht in die Hand bekommen. Aus Furcht vor der Arbeiterpartei hat die Regierung nicht gewagt, die Unverletzbarkeit der Arbeitsverträge in eine gesetzliche Form zu bringen, ja, die Hälfte des Ministeriums war von vornherein entschlossen, den unentbehrlichen Wahlgenossen alles zuzugestehen. Nur Asquith konnte schließlich durchsetzen, daß Maßregeln zum Schutze der Allgemeinheit getroffen wurden und daß das Wohl des Staates vor dem Vorteil der Partei galt. Am 4. April wurde das Abstimmungsergebnis bekannt, die Mehrheit war gegen die Wiederaufnahme der Arbeit, doch beschloß der Bergarbeiterverband am 6. mit 440 gegen 125 Stimmen die Beendigung des Streiks.

Auch die am meisten verhetzten Arbeiter lenkten nun ein, in Lancashire aber erst nach dem Erscheinen von Militär. Die Mehrzahl hatte das Ende der Hunger- und Kummerzeit mit Freude begrüßt, und groß war die Unzufriedenheit mit den Führern, die mit allem nichts erreicht hatten, als ein Gesetz, das auf dem Papiere stehen bleiben wird, da es keine Zwangsmittel enthält. Von den Verhandlungen im Unterhause ist zu erwähnen, daß am 28. März der Gesetzentwurf über das Frauenstimmrecht, das einer Million steuerzahlender Frauen das Wahlrecht gewähren sollte, mit 222 gegen 208 Stimmen abgelehnt wurde. Die Gegner begrüßten die Ablehnung mit Jubel. Das Gesetz war keine Parteisache, u. a. hatten Asquith, Harcourt, Chamberlain, Churchill dagegen, Grey, Lloyd George, Balfour, Bonar Law dafür gestimmt. Das Haus ging am 3. April bis 10. in die Osterferien. Am 11. brachte Asquith im dichtbesetzten Hause die vielberufene Homerulebill ein, die er als ersten Schritt zur Beschäftigung mit rein örtlichen Angelegenheiten bezeichnete. Zu Ostern hatte in Belfast eine großartige Demonstration dagegen, an der eine Viertelmillion Menschen beteiligt war, in würdiger und feierlicher Weise stattgefunden. Der Führer der Unionisten Bonar Law war zugegen, und der Führer der irischen Unionisten Edward Carson erklärte: „Nie und unter keinen Umständen wollen wir uns der Homerule in Irland unterworfen", was von der Versammlung mit Enthusiasmus wiederholt wurde. Gladstone war seinerzeit mit Homerule gescheitert, weil er damit für die Iren ein Sondergesetz schaffen wollte. Asquith faßt die Sache geschickter an, indem er sagt, er mache bloß mit Irland den Anfang zu einer gewissen provinziellen Selbstverwaltung, für Schottland und Wales werde Ähnliches folgen, und alles solle zur Entlastung des Parlaments dienen. Das klang ja ganz schön, ähnliche durchaus nützliche Gedanken waren auch schon früher aufgetaucht, aber es lag jetzt auf der Hand, daß Asquith nur die den Iren gegebenen Wahlversprechungen einlösen mußte

und weit über die Grundlinien einer vernünftigen Selbstverwaltung hinausging. Die Iren wieder streben, gleich den Polen, ein nationales Reich an und betrachten Homerule nur als erste Vorstufe zur Loslösung von Großbritannien. Dagegen wehren sich die Unionisten, ein besonderes irisches Parlament mit Senat und Unterhaus, denen die irischen Minister verantwortlich sind, geht ihnen viel zu weit. Da das Oberhaus das Gesetz schließlich abgelehnt hat und es darum erst nach zwei Jahren und nach wiederholter Annahme im Unterhause in Kraft treten könnte, so verlohnt es hier nicht, auf die ausführlichen Debatten einzugehen.

Am 9. Mai wurde Homerule mit 372 gegen 271 Stimmen in zweiter und am 3. Juli mit 315 gegen 224 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Am 23. April hatte der Minister des Innern Mac Kenna den Gesetzentwurf über Entstaatlichung der Hochkirche in Wales eingebracht, mit der Begründung, daß in Wales nur der vierte Teil der Bevölkerung der Hochkirche angehört. Das bisherige Einkommen der Hochkirche in Wales wird um 80.000 Pfund vermindert, die für anderweitige Zwecke verwendet werden sollen. Die Jurisdiktion der Kirche wird aufgehoben und durch eine Synodalverfassung ersetzt. Ein solches Gesetz war von der Bevölkerung gewünscht worden. Da sich aber von 34 walisischen Abgeordneten 31 für das Gesetz erklärten, so lag nahe, daß nicht ausschließlich das Gerechtigkeitsgefühl zu dem Gesetz geführt hatte, sondern daß es zugleich den Ausgleich für die Unterstützung von Homerule für Irland sein sollte und somit Parteizwecken diente. Eine gleichartige Vorlage hatte vor siebzehn Jahren zum Sturze des liberalen Ministeriums Gladstone beigetragen, die Anhänger der Hochkirche in der liberalen Partei begeisterten sich auch diesmal nicht dafür, sie mußten aber im Interesse der Partei für die „Beraubung" ihrer Kirche stimmen, doch sank dabei am 19. Mai die Mehrheit der Regierung auf 81 Stimmen herab. Das enfant terrible des Ministeriums, der Schatzkanzler Lloyd George, beeinträchtigte auch hier die kluge Versöhnlichkeit des Premierministers, indem er in Carnarvon eine aufreizende Rede gegen den „Druck" der Hofkirche hielt, die in Wales eine „beständige Bedrohung der Volksseele" sei. In diesen Tagen schlossen sich die bisherigen Konservativen und Unionisten, die schon ein Vierteljahrhundert miteinander gegen die Liberalen zusammengehalten hatten und darum kaum noch unterschieden wurden, auch äußerlich zu einer Partei zusammen, ohne aber dadurch an innerer Stärke zu gewinnen. Ministerpräsident Asquith und Marineminister Churchill benutzten die parlamentarischen Pfingstferien zu einer Besichtigung der englischen Mittelmeerbefestigungen. Sie trafen am 1. Juni auf Malta mit Lord Kitchener zusammen. Die Zeitungen redeten viel über die dort abgehaltenen Konferenzen, und Asquith ließ offiziell erklären, daß die Sicherheit Maltas eingehend besprochen worden sei. Am 3. besuchten beide Minister auch den französischen Kriegshafen Biserta in Tunesien. Es war bekannt, daß Lord Kitchener mit der Zurückziehung der britischen Flotte aus dem Mittelmeer nicht einverstanden war und auch eine Verstärkung der Truppen in Ägypten für nötig hielt. Da die Hälfte der Nahrungsmittelversorgung Englands das Mittelmeer passiert, so handelt es sich dabei um die Sicherung einer wichtigen Brotstraße.

Trotz des gescheiterten Grubenarbeiterstreiks war die Kampflust in der Arbeiterwelt keineswegs erloschen, auch die Verurteilung des Arbeiterführers Tom Mann zu sechs Monaten Gefängnis wegen Aufreizung des Militärs zum Ungehorsam war ohne merklichen Eindruck geblieben. Am 23. Mai begannen etwa 100.000 Hafen- und Transportarbeiter in London zu streiken, in den nächsten Tagen nahm die Beteiligung noch zu, Hunderte von Schiffen, davon über 200 mit Nahrungsmitteln, lagen ungelöscht im Hafen. Als aber am 4. Juni das Unterhaus wieder zusammentrat, war der Streik bereits dem Erlöschen nahe, weil die Arbeiter kein Geld hatten, zahlreiche Arbeitswillige eintraten und die drohenden Anmaßungen der Führer keinem Menschen imponierten. Sie kündeten zwar noch einen allgemeinen Streik für den 13. an, aber daraus wurde erst recht nichts, weil die Arbeiter mit dem ungeschickten Vorgehen der Führer schon im höchsten Grade unzufrieden waren. Viele Streikende hatten ihre Stellungen eingebüßt. Im Unterhause hatte der ganze Streik so wenig Eindruck hervorgerufen, daß in der ersten Sitzung nach Pfingsten am 4. Juni der sonst so ernste Minister des Äußern Grey seinen ersten parlamentarischen Witz machte. Größeres Aufsehen erregte ein Ministerwechsel. Angeblich aus Gesundheitsrücksichten trat der Lordkanzler Lord Loreburn zurück und wurde durch den bisherigen Kriegsminister Lord Haldane ersetzt, dessen Nachfolger der ehemalige Milizoberst aus dem Burenkriege John Seely wurde, von dem anzunehmen war, daß er eine flott marschierende Bürgerschützenkompagnie und eine wirkliche Truppe zu unterscheiden wissen werde. Die Radikalen im liberalen Lager waren mit der Ernennung dieser „Imperialisten" gar nicht zufrieden, am wenigsten mit der des „exkonservativen Rekruten" Seely. Am 17. wurde das Wahlreformgesetz eingebracht, das u. a. das Mehrstimmenrecht beseitigt.

Am 19. Juni wurde Schatzkanzler Lloyd George von Wahlrechtlerinnen (suffragettes) überfallen und weidlich — nun sagen wir — gestoßen. Am 26. beleidigte ein solches Wahlweib in Llandoff in Wales sogar das Königspaar und wurde unter Johlen und Pfeifen der Menge verhaftet. Am 25. mußte der Sozialist Lansbury, der wegen der Einsperrung von krawallierenden Wahlweibern Asquith beschimpfte, aus dem Unterhause verwiesen werden. Asquith selbst wurde am folgenden Tage in einer vornehmen Gesellschaft auch von einem Wahlweib tätlich angegriffen. Am 24. war der neue deutsche Botschafter Frhr. v. Marschall offiziell empfangen worden. Die Ernennung des bedeutenden Staatsmannes wurde in England als eine Auszeichnung empfunden und förderte die zunehmende günstige Stimmung für Deutschland. Die Wahlrechtsreformvorlage war am 13. Juli auch mit 290 gegen 218 Stimmen angenommen worden. Asquith kündigte an, das Parlament werde Anfang

August — früher wie sonst — vertagt werden. Die Teilnahme war schon während der Beratung der Wahlreform, die doch das allgemeine Stimmrecht brachte, sehr gering gewesen, zudem war die Arbeiterpartei wieder schwierig geworden wegen der Haltung der Regierung während der großen und kleinen Streiks. Ein Lichtpunkt in der parlamentarischen Erschlaffung war die Rede Greys am 12. Juli, in der er nach der Kaiserbegegnung in Baltischport in warmen Worten seine Freude über die Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland aussprach; das sei um so erfreulicher, als auch zwischen Deutschland und England keine störende Frage die beiderseitigen Interessen berührte. Die Stimme Sir Edward Greys ist sehr modulationsfähig, diesmal klang sie wie die Flöte, genau vor einem Jahre nach Agadir hatte sie wie die Fanfare der Trompete geschmettert. Man nahm in Deutschland die Wandlung mit Befriedigung wahr, um so mehr als das Trompetengeschmetter seinerzeit wenig Beachtung gefunden hatte, weil man weiß, daß England aus eigenstem Interesse dem Deutschen Reiche nichts tun wird, selbst wenn es könnte. Obgleich es hüben wie drüben Leute gab, die Wunderdinge von der Tätigkeit des neuen deutschen Botschafters erwarteten und sogar unklugerweise durch ihn eine neue Ära und völlige Umwandlung der Weltlage ankündigten, so war doch überhaupt nur auf die Beseitigung der gegenseitigen Gereiztheit, aber nie auf die Änderung der einseitig selbstsüchtigen Grundlagen der britischen Politik zu hoffen, die gegenwärtig das Festhalten an der Entente für Rußland und Frankreich für nützlich hält.

Die Bestätigung dieser Ansicht bildete das Ergänzungsflottenprogramm, das Churchill am 22. mit einer längeren Rede und dem Hinweis auf Deutschland einbrachte. In den nächsten fünf Jahren sollen statt 17 jetzt 21 Dreadnoughts gebaut werden und ein weiteres Geschwader soll auf den vollen Mannschaftsstand gebracht werden, wozu zusammen 5000 Mann mehr eingestellt werden müssen. Die Vorlage war übrigens schon im März angekündigt worden und soll in späteren Jahren entsprechend der Flottenpolitik Österreich-Ungarns und Italiens noch erweitert werden. Abgesehen von dem nicht begründeten Hinweis auf die deutsche Flotte waren übrigens die Reden Churchills und Asquiths ohne die früher üblichen Spitzen gegen Deutschland. Um die Stimmung für die Vorlage zu erhöhen, war vorher ein Flottenmanöver arrangiert worden, bei dem dem Feinde die Landung von 28.000 Mann gelungen sein sollte, worüber die Zeitungen berichten mußten. Die Annahme erfolgte dann auch mit 288 gegen 32 Stimmen. In Dublin war am 19. auf Asquith ein Attentat von Wahlweibern verübt worden, die sich dort auch bereits mit Anfertigen von Bomben beschäftigten. Vor der Vertagung des Parlaments war der Master of Elibank, der sogenannte „Einpeitscher" der liberalen Partei, zurückgetreten, weil ihm als Altliberalen die demokratische Haltung Lloyd Georges nicht zusagte. Anfang August war der kanadische Premierminister Borden in London und versicherte in überschwänglichen Reden, was die Dominions nicht alles für die englische Flotte leisten wollten: Weiterbezahlung des bisherigen Beitrags, eine Anleihe mit einem Pfund pro Kopf der Bevölkerung 2c. Die Imperialisten waren entzückt und vergaßen, daß Borden gar nicht in der Lage ist, solche Versprechungen zu halten. Er ist ja nur in einer Augenblicksstimmung gewählt worden und hat in der Kammer eine ihm geistig überlegene starke Minorität wie im Senat die große Mehrheit gegen sich, die noch vielleicht eher dem Mutterlande, aber gerade ihm nicht, die Flotte bewilligen würde. Viel interessanter war in der zweiten Hälfte des Septembers die Anwesenheit des russischen Ministers des Äußern Ssasanow in England, der auch vom 24. bis 29. Gast des Königs in Balmoral war. Angeblich auf russischen Wunsch sollte über die Besprechungen nichts verlauten, doch wünschten alle Blätter Vorteile für England in Persien; besonders warm war der Empfangston nicht, und die radikale Presse machte gar kein Hehl aus ihrer Erbitterung über die englisch-russische Politik in Persien. Ssasanow wurde in Balmoral vom Königspaar mit großer Auszeichnung empfangen und hatte auch mehrfache Besprechungen mit Grey, worüber die Blätter allerlei vermuteten. Das „Bureau Reuter" meldete am 1. Oktober offiziös, daß über Indien und Tibet volle Übereinstimmung herrsche, an die Teilung Persiens nicht gedacht, dafür aber alles geschehen werde, um den Frieden auf dem Balkan und die Türkei zu erhalten.

Die Regierung hatte sich der Täuschung hingegeben, daß die Protestanten in Ulster nach einigem Theaterlärm ihren Widerstand gegen Homerule aufgeben würden. Dem war aber nicht so, er wuchs vielmehr, und am 21. September war feierlich ein „Kovenant" unterzeichnet worden, mit der Verpflichtung, in keiner Beziehung das irische Parlament anzuerkennen. Die Opposition ging aus tiefem religiösen Empfinden hervor und war ernst zu nehmen, am 28. erfolgte in Belfast unter ungeheurer Beteiligung die feierliche Unterzeichnung des Vertrages gegen Homerule. Unter den Unterzeichnern befanden sich Lord Londonderry, Lord Beresford u. a. Bevor das Parlament am 7. Oktober wieder zusammentrat, wurde Lloyd George mit Zustimmung des Kabinetts in das Land gesandt, um durch einen Redefeldzug gegen Großgrundbesitz, Kapital u. dgl. die lockere Parteikoalition des Ministeriums wieder ein wenig anzufeuern. Die Arbeiterpartei war höchst unzufrieden mit den Liberalen und dem Ministerium, sie stellten schon eigene Kandidaten auf; die Radikalen führten einen erbitterten Kampf gegen Greys Politik, nur die Irländer waren zufrieden. Das einzige Band, was die ministerielle Mehrheit noch zusammenhielt, war die Furcht, aus ihrer Machtstellung scheiden zu müssen, innerlich hatten sie nichts mehr miteinander gemein. Und doch galt es noch schwere Arbeit: der Schluß der Homerulevorlagen, das Kirchengesetz für Wales, die Wahlreform und noch ein Gewerkschaftsgesetz (Trade-Unions-Bill) sollten endgültig gegen eine starke Opposition durchgesetzt werden. Am 10. brachte Asquith den Schlußantrag für die Debatte über Homerule ein, der 36 Tage gewährte und am 15. in einer bis 3 Uhr früh dau-

ernden Sitzung mit 203 gegen 100 Stimmen durchdrang. Dafür passierte es der Regierung am 11. November, sich bei einem finanziellen Nebenantrag dazu unerwartet mit 206 gegen 228 Stimmen in der Minorität zu befinden. Die Opposition jubelte über die gelungene Überrumplung. Asquith vertagte sofort das Haus, die Regierung beschloß aber, nicht zurückzutreten, sondern durch eine allgemeine Debatte über die Ungültigkeit des Amendements ein Vertrauensvotum zu erzielen. Darüber kam es am 13. zu erregten Szenen, so daß die Sitzung unterbrochen und schließlich vertagt werden mußte. In dem furchtbaren Lärm nach Schluß der Sitzung flog Asquith ein Buch an den Kopf, nachdem schon vorher die Minister mit Papierballen von ihren Sitzen vertrieben worden waren. Der Sprecher vertagte das Haus am 14. bis zum 18. und die Regierung erhielt ihr Vertrauensvotum am folgenden Tage mit 318 gegen 206 Stimmen, aber sie hatte für ihre wichtigen Schlußberatungen eine Woche Zeit verloren. Dazu kam dann noch, daß allerlei Nebendinge, wie z. B. die geheimnisvoll über Britannien schwebenden „Zeppeline", ins Haus gezogen wurden, und schließlich die sehr ernsthaften Balkanvorgänge. Grey hielt darüber am 11. Dezember eine größere Rede, in der er nicht versäumte herauszustreichen, daß London zum Sitze der Vorverhandlungen für den Frieden ausersehen sei, im übrigen aber so gut wie nichts sagte, da immer ein Nachsatz den Vordersatz einschränkte oder aufhob. Als sich das Unterhaus am 30. Dezember vertagte, hatte es seine Hauptaufgaben noch nicht gelöst, was aber bei dem Vorwiegen der außerpolitischen Fragen ziemlich unbeachtet blieb.

Vom größeren Britannien.

In der Entwicklung Größer-Britanniens stand in diesem Jahre die Frage des Ausbaues der Flottenkolonien voran. Die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges hatten gelehrt, daß die alte Kauffahrertaktik der englischen Flotte, mit der man hilflosen Klein- und Raubstaaten imponieren und gelegentlich wehrlose Städte bombardieren konnte, nicht mehr genügt. Will England seine Seeherrschaft aufrecht erhalten, so muß seine Flotte nicht bloß stark, sondern auch fähig sein, den Gegner in offener Seeschlacht niederzukämpfen. Das konnte sie nicht, und darum wurde sie in den heimischen Häfen gesammelt, um es durch Exerzieren, Manövrieren und Schießübungen zu lernen. Dem großen Haufen wurde gesagt, das geschähe wegen der Gefahr eines Überfalles durch Deutschland. Etwas Richtiges war daran: die kleine deutsche Flotte war der großen britischen in allen Gefechtskünsten weit überlegen und hatte den Japanern als Muster gedient. Das offen einzugestehen, ließ der britische Stolz nicht zu, und darum wurde zum Nachteil des eigenen Landes und zur gegenseitigen politischen Verhetzung die Fabel vom angriffslustigen Deutschland aufrechterhalten. Die Sammlung der englischen Geschwader in der Heimat hatte aber in der ganzen Welt dem Glauben an die britische Seeherrschaft bedenklichen Abbruch getan, weil das Herumfahren großer britischer Geschwader aufgehört hatte. Diesem Übelstand sollen nun die Kolonialflotten abhelfen. Rühmte John Bull sich noch vor kurzer Zeit, der großmütigste Beschützer seiner Kolonien zu sein, indem er vermöge seiner überlegenen Beherrschung der Meere unentgeltlich ihr Schirm und Schutz sei, so wälzt er jetzt ihnen den Teil der Rüstungslast zu, der ausbricht, um die englische Flagge wieder würdig in den Weltmeeren zu repräsentieren. Darum widerstrebt er auch hartnäckig der Bildung selbständiger Kolonialflotten, sondern besteht darauf, daß sie unter dem „Union Jack" fahren. Er gibt sich dabei die ordentlichste Mühe, aus der politischen Not eine patriotische Tugend zu machen, und erklärte, nur freiwillige Leistungen zur Verstärkung der Seewehr annehmen zu wollen. Tatsächlich sind aber die Agitationen dafür in allen Kolonien von London angeregt worden. Die größeren Kolonien, wie Kanada, Australien und auch Südafrika, die etwas Selbständiges leisten könnten, stellen sich ziemlich harthörig und schwärmen für eine eigene Flagge, wovon man aber in London nichts wissen will. Nur das verlassen im Großen Ozean liegende Neuseeland hat bereits einen Dreadnought geleistet, dasselbe haben die auf der Halbinsel Malakka liegenden Malaienstaaten im verflossenen Jahre getan. Beispiele ziehen, sagt das Sprichwort. Leider hat sich Ende November die Londoner Sensation, indische Maharadschas hätten ein ganzes Dreadnoughtgeschwader zum Geschenk angeboten, als verfehlter Wink mit dem Zaunpfahl herausgestellt.

Eine besondere Schwierigkeit, die sich dem Plan gemeinsamer Streitkräfte entgegenstellt, ist der Umstand, daß die Kolonien für eine nennenswerte Leistung zu diesem Zweck die Forderung erheben würden, dann auch durch besondere Vertreter bei der Entscheidung über Krieg und Frieden beteiligt zu sein. Obgleich der australische Vertreter Reid sich auch dagegen ausgesprochen hat, scheint es doch nach Auslassungen Bordens richtig zu sein, daß er in dieser Beziehung gewisse Zusicherungen von Asquith erhalten hat. Es würde dabei in erster Linie das Komitee für Reichsverteidigung in Frage kommen. Dieses hielt am 4. Juli eine lange Sitzung ab, aus der verlautete, daß die Zurückziehung der britischen Geschwader aus dem Mittelmeer nicht angängig sei. Churchill hatte eine Neuverteilung der Flotte dahin angeordnet, das Geschwader von Malta nach Gibraltar zu verlegen und das da stationierte der großen Heimatflotte zuzugesellen, was durchaus dem oben angedeuteten Zweck der Flottenzusammenziehung um England entsprach, wie auch die abermalige Begründung, daß es wegen der verstärkten deutschen Flotte geschehe. Die britische Flotte war doch der deutschen schon überlegen genug. Oder wollte Churchill durch einen Einschüchterungsversuch Deutschland von neuen Schiffsbauten abhalten? In England erhob sich lebhafter Widerspruch gegen diese „Preisgebung des Mittelmeeres", denn im allgemeinen herrscht dort noch die veraltete Anschauung, das „Prestige" Englands müsse durch ein Spazierenfahren der Flagge aufrechterhalten werden. Mit Rücksicht auf den italienisch-türkischen Krieg und die Gefahr, die Mohammedaner könnte an der Allmacht Englands zweifelhaft werden, setzte es Lord Kitchener

durch, daß wieder vier große Kreuzer in Malta stationiert wurden und auch Alexandrien oder Port Said zum Kriegshafen ausersehen ist. Auch die Konzentrierung der französischen Flotte in Toulon ist damit in Verbindung gebracht worden in dem Sinne, daß Frankreich den Schutz des Suezkanals für England übernehmen solle. Das würde aber eine ewige Dauer der Tripelentente voraussetzen, während die Zusammenziehung der französischen Flotte wahrscheinlich nach denselben Gesichtspunkten erfolgt ist wie die der britischen.

Zu den Weltherrschaftsplänen gehörte in England auch der Traum eines englisch-amerikanischen Bündnisses, eine politische Vereinigung der anglikanischen Rasse. Gerade in den liberalen englischen Kreisen hielt man viel davon, und nicht wenige hofften, Homerule werde die in den Vereinigten Staaten sehr einflußreichen Massen der Irländer für diese utopische Idee gewinnen. Hatte doch schon Grey den sehr aussichtsvoll erscheinenden Schiedsgerichtsvertrag mit Taft abgeschlossen! Aber die praktischen Yankees erwiesen sich für politische Phantasien sehr unempfänglich, und der nordamerikanische Senat richtete in der ersten Woche des März nach zweitägiger Redeschlacht den Vertrag so zu, daß er praktisch unbrauchbar wurde. Die lebhafte Opposition Roosevelts, der Irländer und der Deutschamerikaner hatten das Zukunftsbündnis vereitelt. Die Engländer hätten auch keine Freude an dem ungeänderten Vertrage erlebt, denn wie man in der Union Verträge auslegt, sollten sie bald erfahren. Der seinerzeit über den Bau des Panamakanals vereinbarte Hay-Pauncefote-Vertrag bestimmt in § 8 ausdrücklich, daß der Kanal für Engländer und Nordamerikaner unter den gleichen Bedingungen offen sein solle. Nun hatten aber Senat und Repräsentantenhaus für den Kanal einen Tarif vereinbart, der die Küstenschiffahrt der Vereinigten Staaten von Gebühren freimacht, die aber z. B. kanadische Schiffe bezahlen müßten. Da freundschaftliche Hinweise nichts fruchteten, sah sich Grey am 14. November zu einem förmlichen Proteste veranlaßt, der anfangs Dezember veröffentlicht wurde und auch die Berufung an das Schiedsgericht im Haag in Aussicht stellt. So rächt sich die englische Politik an sich selbst, da sie seit Jahren den Blick starr gegen Deutschland gerichtet hielt und dafür die Union wegen Herstellung eines möglichst intimen Verhältnisses umschmeichelte. Panamakanal und Monroedoktrin werden die Engländer noch wider Willen zu einer europäischen Politik nötigen.

Die Wehrmacht.

Als vor einem halben Jahrhundert die Panzerschiffe aufkamen und über ihren Wert hin und her gestritten wurde, tat der Erforscher des Aralsees, der russische Admiral Butakoff, den noch heute gültigen Ausspruch: „Die besten Panzerschiffe sind die, auf denen die meisten eisernen Herzen schlagen.“ Das hat wenige Jahre darauf die Seeschlacht bei Lissa bewiesen, wo österreichische Holzschiffe italienische Panzer rammten, und vor nicht langer Zeit haben es die eigenen Landsleute des tapferen Admirals in der Seeschlacht bei Tsuschima erfahren. Wenn man heute die Rule-Britannia-Schwärmer reden hört, so findet man, daß sie geradezu vernarrt sind in das Verhältnis von 2:1 oder von 16:10, daß sie fortwährend zählen, wieviel Dreadnoughts England baut und wieviel es noch bauen könnte. Das ist doch aber gar nicht die Hauptsache, denn daß England eine viel stärkere Flotte hat wie alle anderen Staaten, ist von jeher unbestritten. Wenn nun auch alle diese Dreadnoughts Wunder der Schiffsbaukunst wären — was verschiedene nicht sind —, so fahren, schießen und fechten sie doch nicht von selbst; darum kommt es gar nicht allein auf die Qualität der Schiffe an, sondern vielmehr auf den Geist, der auf ihnen herrscht. Größe und Zahl der Schiffe sind entschieden, ebenso wie die Zahl der Truppen auf dem Lande, einer der entscheidenden Faktoren, aber so ein moderner Dreadnought ist, trotz seiner riesigen Verhältnisse, eigentlich auch ein sehr subtiles Kunstwerk, das zur vollen Ausnützung seiner Gefechtskraft von den Hunderten, die an den verschiedenen Maschinen tätig sind, mit einer Einheitlichkeit, einer Disziplin bedient werden muß, wie man sie beispielsweise beim preußischen Parademarsch findet. Ist das nicht der Fall, so kann es leicht vorkommen, daß ein solcher Riese einem besser fahrenden schwächeren Gegner gegenüber in Nachteil gerät. Daß die Überlegenheit der Fahrdisziplin durch Tapferkeit noch gesteigert werden kann, liegt auf der Hand. Nach solchen Gesichtspunkten, und nicht nach der Zahl allein, muß eine Flotte bewertet werden. Selbstverständlich kann man aber nicht bei aller Tapferkeit und Nautik Nußschalen gegen Riesenpanzer schicken wollen, wie es vor kaum einem Jahrzehnt noch Prahlhänse von der deutschen Flotte verlangten. Das oben Gesagte kann nur für annähernd gleichwertige Fahrzeuge gelten, eine gewisse Zahl und Größe muß vorhanden sein, sonst wird der Kampf zur Selbstvernichtung. Das alles soll nicht gesagt sein, um irgendwie die englische Flotte herabzusetzen. Sie stellt eine gewaltige Macht vor und hat ihre großen Überlieferungen, denen sie im Ernstfalle unzweifelhaft gerecht werden wird. Die obigen Bemerkungen richten sich nur gegen die auffällige englische Eitelkeit auf die vielen Dreadnoughts.

Die Hauptsache ist, wie die Dreadnoughts fahren, manövrieren und schießen können. Das hängt vom Geist und der Befähigung der Offiziere und Mannschaften sowie von der Zweckmäßigkeit und Häufigkeit der Übungen ab. Welche Fortschritte die britische Flotte seit ihrer Zusammenziehung nach dieser Richtung gemacht hat, läßt sich aus der Ferne nicht beurteilen. Geklagt wird, daß im Dienst veraltete Bestimmungen über Übungen und Strafen noch aus der Zeit der Segelschiffahrt bestehen, daß die Schießübungen nicht die gewünschten Resultate ergeben, daß zahlreiche Disziplinarvergehen vorkommen usw. Der empfindlichste Mangel der Flotte ist freilich, daß es für die neuen großen Schiffsbauten an Offizieren und noch mehr an Mannschaften fehlt, die sich auch bei der geringen Löhnung nicht werden beschaffen lassen. Für den Moment haben sich daraus noch keine übergroßen

Schwierigkeiten ergeben, weil die in Eile konstruierten Überdreadnoughts sehr minderwertige Kriegswerkzeuge zu sein scheinen, zunächst erst umgeändert werden müssen und vielleicht überhaupt nicht bemannt werden. Leute, die es wissen könnten, behaupten, darin und nicht in den deutschen Flottenbauten liege der Grund für die außerordentliche Beschleunigung der Schiffsbautätigkeit in diesem Jahre. Fachleute berichten ferner Nachteiliges über den neuen Simpson-Panzer, der auch in Übereilung zur Anwendung gekommen ist. Überdreadnoughts sind aber keine Unterseeboote, von denen einige Dutzend nun als altes Eisen nicht viel gekostet haben. Der Übelstand liegt an jenem System, das nicht fachmännisch gebildeten Leuten die oberste Entscheidung zuweist und das Parlament zum obersten Kriegsherrn macht. Von jeher hat man nicht geduldet, daß militärische Fachleute die Ministerien von Heer und Flotte in die Hand bekamen, man hat sogar immer daran festgehalten, Männer von Befähigung und Einfluß nicht einmal in den obersten Ämtern zu dulden. In der Zeit der Kauffahrertaktik mochte das ja noch ertragen werden, aber in der Zeit der Dreadnoughts können sich daraus schwere Unglücksschläge für das Reich entwickeln. Hatte Churchill erst im Dezember vorigen Jahres Kehraus in der obersten Admiralität gemacht, so drängte er ein Jahr darauf den ersten Seelord, Admiral Bridgeman, wieder zum Rücktritt. Der Nachfolger, Prinz Louis v. Battenberg, ist zwar ein hervorragender Seemann, aber deutscher Abstammung verdächtig, darum schwerlich auf die Dauer Churchill sympathisch. Vorläufig fällt aber ihm und dem König Georg, der auch ein tüchtiger Seemann ist und selbst eine Fahrt im Unterseeboot nicht scheut, die schwere Aufgabe zu, aus dem, was ihnen Parlament und Partei liefert, etwas Brauchbares zu schaffen, was in ernsten Zeiten die Probe zum Schutze des Reiches bestehen soll.

Was die Armee betrifft, so ist ihr in dem neuen Kriegsminister Oberst Seely ein großer Lobredner entstanden. Er hat wiederholt öffentlich versichert, daß sie an Zahl und Ausbildung auf der Höhe steht und „in kürzester Frist" 150.000 Mann nach dem Ausland absenden kann. Das mag richtig sein und auch den Engländern imponieren. Für das Ausland wird indessen der Hinweis darauf interessieren, daß schon das Königreich Bayern in der Lage wäre, mindestens ebensoviel zu stellen, ohne auch nur einen einzigen Landwehrmann heranziehen zu müssen. Übrigens ist die englische Armee mit Gewehren und Geschützen bewaffnet, die denen der kontinentalen Heere nicht gewachsen sind. Der Pferdebestand ist unvollständig, der Luftschiffahrtsdienst steht hinter dem anderer Länder weit zurück. Der Versuch einer Neubewaffnung mit Gewehren, die auch den automatischen Schnellschuß gestatten, ist unter großen Kosten gänzlich gescheitert. Die den Werbeheeren eigenen Meutereien und umfangreichen Desertionen haben nicht abgenommen. Die Manöver fanden vom 10. bis 21. September statt und trugen einen politischen Anstrich, denn es handelte sich um die Zurückwerfung eines bei Harwich gelandeten Feindes. Diese wollte nicht gelingen, und die Manöver wurden abgebrochen, weil, wie in den Vorjahren, alles durcheinandergekommen war. Auf den Manöverkarten war die seit zehn Jahren entstandene Gartenstadt Letchworth mit bereits 7000 Einwohnern noch gar nicht angegeben. Über den Stand der für die Landverteidigung von Haldane geschaffenen Territorialarmee lauten die Berichte von Jahr zu Jahr ungünstiger. Sachverständige urteilen, die Territorials hätten gerade so viel gelernt, um einem geübten Heere gegenüber als Kanonenfutter zu dienen.

Verschiedenes.

War schon das Jahr 1907 für England günstig gewesen, so hatten sich die folgenden Jahre noch einträglicher gestaltet, und 1912 ließ alle früheren weit hinter sich. Die Gesamteinfuhr erreichte die Riesensumme von 745 Millionen Pfund Sterling und nach Abzug der wieder ausgeführten Waren immer noch 633 Millionen, denen eine Gesamtausfuhr von 487 Millionen gegenübersteht. Die liberalen Blätter benutzten diese überaus erfreulichen Ergebnisse zu Triumphgesängen für den Freihandel, wobei sie verschwiegen, daß die Weltkonjunktur den Schutzzolländern in gleichem Maße günstig war. Jedenfalls war für die Tarifreform Chamberlains keine günstige Zeit. Aber Jahre werden kommen, wo die Sache wieder dringlicher wird. Die Nahrungsmitteleinfuhr, die sich in den letzten sieben Jahren verdreifacht hat, wird immer schwieriger und nötigt dazu, den eigenen Boden dafür wieder heranzuziehen, und das scharfe Anziehen des überseeischen Fleischpreises macht die Viehproduktion wieder lohnend. Auch in England ist der Fleischverbrauch gestiegen, dagegen gehen die Verschiffungen von Fleisch aus Australien und Argentinien zurück. Es wird darum neuerdings in England eine allmähliche Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung bemerklich.

Während die Bevölkerung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland 45 Millionen ausmacht, kommt sie mit Hinzuziehung aller Weißen in den übrigen Teilen des britischen Gesamtreiches auf kaum 60 Millionen, also weniger als die Einwohnerzahl Deutschlands. Das ist nicht viel für die Beherrschung und Durchdringung eines Fünftels der bewohnbaren Teile der Erde, das in englischem Besitze ist. Die englischen überseeischen Gebiete bedürfen sämtlich eines Bevölkerungszuwachses, namentlich Kanada und Australien bemühen sich auch ernstlich darum, haben die Zahl der britischen Einwanderer in ihre Gebiete im Jahre 1911 bereits auf 280.000 gesteigert und das Jahr 1912 wird diese Zahl noch weit übertreffen. Es werden von den Auswanderungsagenten selbstverständlich nur die kräftigsten und tüchtigsten Elemente herangezogen und der ohnehin vom städtischen Leben und durch überwiegende industrielle Beschäftigung geschwächten Bevölkerung entnommen. So gewinnt es den Anschein, daß England durch die Auswanderung und das auch dort auftretende starke Sinken der Geburtenziffern bald einem Stillstand seiner Bevölkerung gegenüberstehen wird. Daß die Entziehung nur besserer Kräfte und das Zurückbleiben alles untauglichen Materials auch ein helles Streiflicht auf die Tatsache wirft, daß die Anwerbungen

für Heer und Flotte immer schwieriger und ungenügender werden, sei nur nebenbei bemerkt. Auch die weibliche Bevölkerung überwiegt die männliche bereits um 1½ Millionen. Die Nachwirkung von alldem auf Produktivität, Steuerkraft und überhaupt auf die nationale Leistungsfähigkeit dürfte sich in nicht ferner Zeit immer deutlicher herausstellen. England hat sich durch einseitige Bevorzugung der Industrie und gänzliche Vernachlässigung der Landwirtschaft des gesunden Bevölkerungszuschusses beraubt, den Deutschland in seinen Landbewohnern noch immer bewahrt hat.

Die englischen Gewerkvereine sind von nationalökonomischen Theoretikern lange Zeit als der einzig wahre Schutz gegen die Sozialdemokratie und als sicheres Mittel zum sozialen Frieden gepriesen worden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre wird das höchstens noch von denjenigen Kathedergelehrten behauptet werden können, die niemals einen ihrer unfehlbaren Aussprüche zurücknehmen. Heute sind die Gewerkvereine in England genau so wie in Deutschland nur noch die Werkzeuge des Klassenkampfes und in wenigen Jahren ganz und gar vom sozialdemokratischen Geist durchdrungen. Die großen Arbeitsniederlegungen haben den überzeugenden Beweis dafür geliefert, auch der englische Arbeiter versteht nicht mehr zu rechnen, sondorn folgt willig der Anreizung zum Klassenkampf ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Nachteile für ihn selbst und für das ganze Land.

Eine frühere parlamentarische Größe, Henry Labouchère, starb am 16. Januar in London, 80 Jahre alt. Er stand auf der äußersten Linken und verspottete als geistreicher Journalist von der Krone angefangen alle Faktoren des öffentlichen Lebens. Aber gerade darum vermochte er nicht einmal unter Gladstone einen heißersehnten Ministersessel zu erlangen.

Der Schwager des Königs, Herzog Alexander v. Fife, verschied am 29. Januar im Alter von 62 Jahren in Assuan an einem Brustleiden, das er sich bei der Strandung des Dampfers „Delfi" bei Kap Spartel am 12. Dezember zugezogen hatte. Er war Grandseigneur in des Wortes bester Bedeutung und beteiligte sich kaum am politischen Leben. Seinen beiden hinterlassenen, noch unverehelichten Töchtern ist die Erblichkeit des Herzogstitels für ihre Nachkommenschaft verliehen worden.

Der berühmte Arzt Lord Josef Lister starb am 11. Februar in London im 85. Jahre. Seinen Weltruf begründete er durch die Entdeckung der antiseptischen Wundbehandlung, die seit mehr als einem Menschenalter Unzählige — namentlich in Feldzügen — vor Schmerzen und Verstümmelungen und selbst vor dem Tode bewahrt hat. Er war dafür durch die Verleihung der Lordschaft ausgezeichnet worden, und auch Kaiser Wilhelm ließ an seinem Sarge einen Kranz niederlegen.

Rußland.

Das russische Reich hat ein Jahr gedeihlicher Entwicklung hinter sich, was nicht zum geringen Teil der Wahl der geschickten Staatsleiter Kokowzew und Ssasanow durch den Zaren zu danken ist. Sie sind trotz innerer und äußerer Widerstände in ihren verantwortungsreichen Stellungen gehalten und gefördert worden, was nur der Entwicklung im Innern und dem Ansehen nach außen zu gute kommen kann. Trotz scheinbarer Ruhe herrscht aber noch viele, zum Teil nur auf Unverständnis beruhende Unzufriedenheit, die von zahlreichen Zöglingen einer wundersamen Halbbildung immer unterhalten und eifrig geschürt wird, auch wohl wieder einmal ein bißchen Revolution spielen möchte, sobald die Regierung, womöglich nach einer militärischen Schlappe, an Kraft und Ansehen hinreichend eingebüßt hat. Daran ist vor der Hand nicht zu denken. Kokowzew ist ein Mann, der zu sparen und zur rechten Zeit auszugeben weiß, auch sonst einen gesunden Sinn für das Praktische besitzt und selbst eingewurzelten und in einflußreichen Kreisen Unterstützung findenden Übelständen furchtlos entgegentritt. Das ist nicht leicht in einem Staate, wo der orientalische Bakschisch noch nicht aus den Beamtengewohnheiten ausgelöscht worden ist, und in einem Volke, das die freie Unterordnung unter den Staat aus Überzeugung nicht kennt, sondern zwischen sklavischer Unterwürfigkeit und rabiater Widersetzlichkeit — meist in ein und derselben Person vereint — hin und her schwankt. Dagegen ist bloß durch leidenschaftsloses Beharren etwas zu erreichen, das den Schwankenden weder reizt, noch zu Exzessen Raum läßt. Die inneren Verhältnisse haben keinen Anlaß zur besonderen Vermehrung der Unzufriedenheit gegeben, und die äußeren auch nicht, obwohl da die Erbschaft des mit dem Staatsinteresse unvereinbarem Panslawismus bis in die höchsten Kreise hinauf zu überwinden war.

Ssasanow ist der Mann, der ebenso wie sein ermorderter Schwager Stolypin diese zum Irrtum gewordene veraltete Anschauung überwunden und erkannt hat, daß die Zukunft Rußlands nicht mehr in dem ausgangslosen östlichen Zipfel des Mittelländischen Meeres, sondern in der Teilnahme an der Weltpolitik liegt, die wohl hauptsächlich von Europa gemacht wird, aber ihre Ziele außerhalb dieses Weltteiles sieht. Das Drängen nach der Herrschaft über die Dardanellen und die zu diesem Zwecke früher gehegte Idee der Schutzherrschaft über die orthodoxen Südslawen sind den neuen Zielen nur hinderlich und verdienen in keinem Falle mehr neue Opfer des russischen Reiches. Seinem Streben nach dem offenen Weltmeer ist zwar

durch den Verlust von Port Arthur ein Riegel vorgeschoben worden, aber es bieten sich dafür noch andere Wege. So z. B. nach dem persischen Meerbusen, wohin das zu Lande machtlose England bereits wider Willen Vorschub leistet. Man kann nicht sagen, daß das Verständnis für die den Russen notwendige Weltpolitik im Lande bereits viel Verständnis findet. Im Gegenteil hält das vom dumpfen Popentum beeinflußte Volk bis in die nächste Umgebung des Kaisers hinauf an der überlebten orthodox-panslawistischen Idee fest, die das Auge unverwandt auf die Hagia Sophia in Stambul gerichtet hält. Es ist kein geringes Verdienst des Kaisers Nikolaus, daß er die Neuorientierung der russischen Politik begreift und sie gegen die Widerstände aus dem Innern schützt. Vorläufig hält er an der Tripelentente fest, da sie der inneren Sammlung und Kräftigung Rußlands nichts schadet. Daß er sich aber durch sie nicht zu fremden Zwecken ausnützen läßt, hat sein Verhalten in Potsdam bewiesen. Ist erst die Kraft und Macht Rußlands wieder hergestellt, so wird sie sicher nicht gegen den Westen in Anwendung gebracht werden.

Das politische Jahr.

Wie wenig die russische Politik geneigt ist, den Drang nach Osten aufzugeben, zeigte gleich zu Neujahr die Anerkennung des Cheptsun Damga Hutuktu der äußeren Mongolei, der sich von China losgesagt hat. Das bedeutete zugleich ein Protektorat über dieses Gebiet, worüber die Chinesen zwar sehr böse waren, aber in ihrer Machtlosigkeit nichts dagegen tun konnten. Rußland gewann dadurch eine breitere Verbindung mit seinem weit nach Osten vorgeschobenen Amurgebiet. Wie sehr das sich sammelnde russische Reich umworben wird, ließ sich im abgelaufenen Jahre an einer überaus großen Zahl auswärtiger Besucher sehr mannigfaltiger Art erkennen. Dritthalb Jahre hatte es gedauert, bis die Engländer sich entschlossen, den Besuch russischer Parlamentarier in London zu erwidern. Aber jetzt kamen Vertreter beider Parlamentshäuser, vier Bischöfe, zwei Generäle, Journalisten, Gelehrte und Geschäftsleute. Sie blieben vom 26. bis 31. Januar in Petersburg und gingen dann nach Moskau, Kiew und Smolensk. Die russische Gastfreundschaft bewährte sich glänzend, und geredet wurden von beiden Seiten ganze Bände. Der englische Generalmajor Bethune meinte sogar, er würde glücklich sein, mit den Russen gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen zu dürfen. Er meinte natürlich Deutschland, aber selbst die Russen fanden das taktlos. Nur die waschechten Deutschenfresser waren damit einverstanden, liberale und konservative Stimmen in der Presse und in der Duma ließen keinen Zweifel darüber, daß trotz der neuen Freundschaft die Politik des „perfiden Albion" noch unvergessen und Rußland nicht als Vorspann für fremde Politik zu gebrauchen sei. Auch fielen in den Festreden Anspielungen auf die britische Politik in Persien. Aus der kirchlichen Annäherung wurde nichts, weil die russischen Bischöfe bis auf zwei wegblieben. Obgleich die Besuchstage ohne Störung verliefen, ließ sich doch erkennen, daß wohl russische und britische Staatsmänner sich zum gemeinsamen Tun zusammenfinden mögen, die beiden Völker aber innerlich zu verschieden sind, um einander begreifen zu können. Anders ging es schon bei dem kurz darauf erfolgenden dreitägigen Besuch der Pariser Stadtväter her, die sich davon überzeugen konnten, daß die neue englische Freundschaft die alte Bundesgenossenschaft nicht hat in Vergessenheit geraten lassen. Man konnte reichlich Versicherungen unverbrüchlicher Treue und Liebe austauschen, und Taktlosigkeiten wurden vermieden. Jeder politische Anstrich des Besuches wurde aber vermieden, und nur der Marineminister Gregowitsch, der so oft in Paris Gastfreundschaft genossen, veranstaltete für die Herren ein Frühstück.

Am 10. Februar war ein alter Balkangast, König Nikolaus von Montenegro, mit seinem Sohne Peter in Zarskoje Selo eingetroffen und vom Kaiser Nikolaus persönlich empfangen worden. Er nahm Wohnung im Winterpalais in Petersburg, wo am 11. ein Diner stattfand, an dem das Kaiserpaar und die Großfürsten, Herzog und Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, der deutsche Botschafter und die Minister teilnahmen. Es wurden auch Trinksprüche gewechselt, die selbstverständlich ohne politische Tragweite waren. König Nikolaus reiste am 17. wieder ab. Sein Besuch sollte offiziell ein Dankesbesuch für die Ernennung zum russischen Feldmarschall sein, aber der montenegrinische Minister Gregowitsch hatte aus der Schule geplaudert und verraten, daß das Königreich Montenegro zu klein sei und notwendig durch ein Stück Albanien vergrößert werden müsse. Der Einspruch Rußlands habe das zwar im Vorjahre verhindert, aber da es in Albanien bald wieder losgehen werde, läge die Sache jetzt doch anders, und Montenegro müsse im eigenen Interesse zugreifen. König und Minister beeilten sich zwar, diese Aufsehen erregenden Äußerungen abzuschwächen, aber man hatte doch die montenegrinische Nachtigall laufen gehört. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Kaiser Nikolaus seinen neuen Feldmarschall mit der Weisung entlassen hat, er habe sich den Anordnungen Rußlands zu fügen. Dem Zaren konnten die Begehrlichkeiten seines Kostgängers auf der Balkanhalbinsel wahrhaftig nicht gelegen kommen in einem Zeitpunkt, wo er durch den Besuch des Großfürsten Andreas Wladimirowitsch alte Beziehungen mit Wien wieder angeknüpft hatte, um nicht einseitig durch Volksstimmungen wieder in die Balkanhändel hineingerissen zu werden. Er hatte gerade noch anderen Ärger auch mit den serbischen „Brüdern". Die Skupschtina hatte die Mitgift für die Großfürstin Helene nur mit drei Stimmen Mehrheit bewilligt. Daraufhin hatte der Kaiser dem Skupschtinapräsidenten geschrieben, er sei reich genug, um nicht für seine Verwandten die Hilfe eines armen Volkes annehmen zu müssen. Daß man in Petersburg in keinem Falle daran dachte, die altslawische Politik fortzusetzen, zeigte am 1. März die Abberufung des Botschafters Tscharykow in Konstantinopel, der mit Eifer die Schaffung eines gegen Österreich-Ungarn gerichteten Balkanbundes betrieben hatte. Die Kombinationen der Presse wollten die Abbe-

rufung des angeblich türkenfreundlichen Botschafters mit einer Änderung der Stellung Rußlands zur Pforte, mit einem Bündnis zwischen Rußland und Italien gegen die Türkei 2c. in Verbindung bringen. Die ganz Unterrichteten ließen schon russische Truppen in Kaukasien marschieren. Die einfache Ursache war aber, daß Tscharykow der neuen Petersburger Richtung zum trotz auf eigene Faust Politik getrieben hatte.

Das innere politische Leben war inzwischen ruhig weitergegangen, Reichsrat und Duma gingen je nach ihrer Art den Geschäften nach, und es ließ sich schon unschwer die innerpolitisch bedeutsame Tatsache erwarten, daß die dritte Duma nicht dem Schicksal ihrer beiden Vorgänger, der Auflösung, verfallen werde. Im Verlaufe der Jahre hatten Regierung und Volksvertretung miteinander arbeiten gelernt, wenn es auch noch nicht gerade viel war. Das ist im Interesse der neuen Einrichtung gut, denn sie wird von der Bevölkerung wohl als Werk des „Väterchen“ Zar ruhig hingenommen, aber eine Beseitigung würde außerhalb der parlamentarischen Schicht kaum Aufregung hervorrufen. Den Nutzen sieht das Volk noch nicht ein, und es ist ein Verdienst Stolypins, daß nach den zwei verunglückten ersten Versuchen noch eine dritte Duma geschaffen wurde, um nach und nach alle Kreise, oben wie unten, an die neue Staatseinrichtung zu gewöhnen. Die verfassungstreuen „Oktobristen“ haben redlich in diesem Sinne gearbeitet, und jetzt müßte eine Duma schon große Dummheiten machen, bevor der Gedanke an die Rückkehr zum Absolutismus wieder durchschlagen könnte. Kaiser Nikolaus und seine jetzigen Berater, obwohl gegen alle demokratischen Übergriffe zur Abwehr bereit, sind jeder Reaktion abgeneigt. An praktischen Resultaten ist die dritte Duma nicht gerade reich, aber sie hatte auch keine großen Reformarbeiten mehr zu erledigen. Neben der regelmäßigen Beratung des Budgets, die immer viel Zeit beansprucht, hat sie in fünf Jahren doch recht viel Gutes geschaffen, wie die Agrarreform, die beiden Gesetze über Schulbildung, Gesetze über Glaubensduldung, Arbeiterschutz, Landesverteidigung und Reform der örtlichen Gerichtsbarkeit. Freilich hat der Reichsrat, in dem die klerikale Gruppe und die Kolonne der kaltgestellten Würdenträger die Hauptrolle spielen, manche der zwischen Regierung und Duma vereinbarten Gesetzentwürfe, namentlich die der Staatskirche unliebsamen, vereitelt, aber das muß eben ertragen werden, weil es zum parlamentarischen Leben gehört und mit der Zeit besser werden wird in dem Maße, in dem die Duma ihre wirkliche Aufgabe begreift und damit das gegen sie noch bestehende Mißtrauen schwindet. Wenn von demokratischer Seite behauptet wird, eigentlich habe sich durch die Verfassung im Lande nichts geändert und die Beamtenwillkür bestehe nach wie vor, so ist doch dazu zu bemerken, daß die gleiche Klage von derselben Richtung auch in altparlamentarischen Staaten ständig erhoben wird. Außerdem ist Rußland noch kein Rechtsstaat, sondern wird erst nach und nach in einen solchen hineinwachsen müssen.

Die Budgetberatung, die am 12. März begann, bildete auch in diesem Jahre die Hauptarbeit der Duma und nahm über drei Monate in Anspruch. Kokowzew konnte ein sehr günstiges Bild der Finanzlage entwerfen. Zum erstenmal übersteigt das Budget 3 Milliarden Rubel und zeigt keinen Fehlbetrag, obgleich die ordentlichen Ausgaben um 80—100 Millionen gewachsen sind. Kokowzew erkannte lebhaft an, daß die glänzende Finanzlage der fünfjährigen Tätigkeit der Duma zu verdanken ist. In dieser Zeit sind die ordentlichen Ausgaben um 500 Millionen gewachsen, und es ist keine Anleihe notwendig gewesen, es sind sogar alte Schulden getilgt worden. Am 16. April sprach sich Kokowzew auch im Moskauer Börsenverein mit der größten Anerkennung über die Duma aus. Die Herren von der Börse fanden aber, daß die Duma die Landwirtschaft bevorzuge und die Industrie vernachlässige. Kokowzew gab ihnen zu bedenken, ob sie wohl von der vierten Duma besser behandelt werden würden als von der dritten. Als überzeugter Schutzzöllner sei er für den Schutz der Industrie, die auch in Rußland nicht schutzlos dastehe und bei größerer eigener Rührigkeit und Unternehmungslust die ausländische Konkurrenz mit Erfolg bekämpfen könne. Die Katastrophe in den Lena-Goldminen, von der an anderer Stelle die Rede sein wird, erregte so wenig die Teilnahme der Duma, daß das Haus nur sehr schwach besetzt war, als die Linke die Sache zur Sprache brachte. Mehr Interesse fand am 26. April die Rede des Ministers Ssasanow beim Etat des Ministeriums den Äußern. Haus und Tribünen waren überfüllt. Ssasanow sagte für die Leser unserer Betrachtungen wenig Neues. Seine Rede war eine feierliche Kundgebung der Friedensliebe Rußlands und stimmte in der Darstellung in allen Hauptpunkten mit dem überein, was Herr v. Bethmann Hollweg und Graf Berchtold letzthin öffentlich ausgesprochen hatten. Bei seiner kurzen Erwähnung der Tripelentente betonte er, der Zweck des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich sei die Sicherung des europäischen Friedens. Eingehend und freundlich sprach er über Deutschland und wünschte lebhaft die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. Er betonte das gute Verhältnis zu Österreich-Ungarn infolge der Übereinstimmung in der Stellung zu den Balkanfragen. Der italienisch-türkische Krieg werde keinen allgemeinen Konflikt hervorrufen, und politische Besonnenheit werde Serbien und Bulgarien von Abenteuern abhalten. Die Äußerungen über Persien, die Mongolei und die Vereinigten Staaten waren nicht von allgemeinem Belang. Er schloß unter lebhaftem Beifall: „Dem Frieden unter den Völkern droht in der nächsten Zeit keine Gefahr, und Rußland kann sich ungestört schöpferischen Aufgaben im Innern hingeben.“

Bemerkenswert ist, in welchem Umfang bereits Anschauungen und Manieren aus den westlichen Parlamenten in der Duma Eingang gefunden haben. So die Feindschaft gegen allen Großgrundbesitz, die das Heil des Staates in der ausschließlichen Aufteilung des Bodens an Bauern sieht. Nun liegt die Sache in Rußland so, daß gegenwärtig 13 Millionen Disjätinen Land für den Übergang in Kleinbesitz vorhanden sind, von denen aber noch nicht

der vierzigste Teil von Bauern erworben worden ist. Es ist also noch gar kein Anlaß zur weiteren Beschränkung der Güter und Fideikommisse vorhanden. Daß die Minister an allem schuld sind, ist bereits allgemeine Meinung der Demokraten. So bezeichnet der Kadettenführer Professor Miljukow bei Besprechung der Schülerselbstmorde am 29. April den Unterrichtsminister Kasso direkt als den Mörder dieser Schüler und wurde unter ungeheurem Lärm von zehn Sitzungen ausgeschlossen. Miljukow könnte doch wissen, daß die gänzlich unpädagogische Handlungsweise seiner Kollegen mehr zur Verwüstung der Schülergemüter beigetragen hat als der Minister, der wenigstens in das skandalöse Treiben auf den Hochschulen Ordnung gebracht hat. Auch im Ministerstürzen wurden Versuche gemacht. Dem früheren Marineminister hatte man schon sein Amt verleidet, jetzt sollte der Kriegsminister Ssuchomlinow darankommen. Die Suworinsche Presse tischte Ende April eine Hochverratsaffäre auf, nach der der Chef der Gegenspionage Major Messejedow, der dem Kriegsminister untersteht, unter dessen Begünstigung in sein Amt gekommen sei, im Dienste einer Exportfirma stehe und sein Amt zur Spionage für Österreich-Ungarn benutze. Die Sache erschien nicht sehr glaubwürdig, und es stellte sich heraus, daß Messejedow allerdings von früher her noch nebenbei im Dienste jener Firma tätig war; dafür wurde er entlassen, aber wegen seiner sonstigen Verdienste mit dem Range als Oberst. Er rächte sich tätlich an Suworin und hatte auch ein Duell mit Gutschkow, was neuen Lärm in den Blättern hervorrief. Aus den Geheimverhandlungen der Dumakommission für Landesverteidigung, die den Fall erörterte, verlautete, daß hinter der Intrige gegen Ssuchomlinow dessen Gehilfe General Poliwanow, der in der Duma großen Anhang besaß, mit Gutschkow befreundet war und selbst Kriegsminister werden wollte, stecke. Ssuchomlinow begab sich darauf nach Jalta zum Bericht an den Kaiser und kam mit der Entlassung Poliwanows zurück. Dergleichen Intrigen sind ja in Rußland nichts Seltenes, neu und ganz französisch-parlamentarisch war nur, daß auch Mitglieder der Duma und der Presse dabei beteiligt waren. Der von der Presse gegen den Marineminister eingeleitete Kampf trug sich nicht auf die Duma über, weil Kokowzew seine Person dagegen einsetzte. Die Duma bewilligte darum das Marinebudget und auch die erste Kostenrate für den Flottenbauplan, trotz Gutschkows und Miljukows Widerstand.

Die Kaiserfamilie hatte sich Ende März nach Sewastopol begeben, zunächst auf der „Standart" Wohnung genommen, und war dann nach Livadia übersiedelt. Dort traf am 17. April der Großherzog von Hessen mit seiner Familie zu mehrwöchigem Besuche ein. Über das Befinden der Kaiserin wurden allerhand übertriebene Gerüchte verbreitet. Tatsache ist, daß der Aufenthalt im Süden ihrem Herzleiden Linderung bringt. Anfang Mai erschien der Ministerpräsident Kokowzew zum Bericht, am 8. wurde eine bulgarische Deputation unter Führung des Sobranjepräsidenten Danew empfangen und zur Tafel gezogen, an der auch die anwesenden Minister Ssasanow und Ssuchlominow teilnahmen. Einer der am meisten angegriffenen Männer war der Minister für Aufklärung Kasso. Daß ihn die Demokraten haßten, ist nicht verwunderlich, denn das ist so ziemlich in allen Ländern zu jeder Zeit üblich. Die Revolutionäre hatten ihn schon längst zum Tode verurteilt, denn er hatte ihrem Treiben in den Hochschulen mit harter Strenge ein Ende bereitet. Er war ja selbst Professor in Moskau gewesen, kannte die Sache, und hat auch die vorwiegend kadettisch gesinnten, aber dem Treiben der Studenten einflußlos gegenüberstehenden und meist ziemlich unwissenschaftlichen Professoren scharf angefaßt. Er kennt das deutsche Universitätsleben aus eigener Erfahrung. Am 5. Mai machte der Selbstmordversuch einer Studentin aus guter Familie großes Aufsehen, die den Mut nicht gefunden hatte, den ihr von der geheimen Gesellschaft zuerteilten Auftrag, den Unterrichtsminister zu ermorden, auszuführen. Mitte Mai erlitt die russisch-französische Freundschaft einen starken Stoß, weil Iswolski im Auftrag Ssasanows die Abberufung des französischen Botschafters Louis betrieb. Es ist eine alte Geschichte, daß die russischen, meist aristokratischen Diplomaten sich mit ihren Kollegen aus der demokratischen, durchaus nicht höflichen, sondern vielfach sehr hemdärmeligen Republik nicht verstehen, weil sie sich einfach nicht verstehen können. Poincaré nahm sich seines Botschafters an und erreichte, daß die Austragung vorläufig bis zu seinem Besuche in Petersburg verschoben wurde. Am 10. Juni traf die kaiserliche Familie nach einem Zwischenraum von neun Jahren in Moskau ein, wurde auf dem Bahnhofe von den Großfürsten und Großfürstinnen sowie den Spitzen der Behörden feierlich empfangen und auf der Fahrt nach dem Kreml von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Am 12. fand die feierliche Enthüllung des Denkmals Kaiser Alexanders III. statt, die wegen des Todes des Königs von Dänemark verschoben worden war.

Die kaiserliche Familie traf am 15. Juni wieder in Zarskoje Selo ein. Am 21. empfing Kaiser Nikolaus beim Schlusse der gesetzgeberischen Amtszeit der Duma 260 Abgeordnete aller Parteien, die Sozialdemokraten ausgenommen. Er redete verschiedene Mitglieder an und betonte in seiner Ansprache, die Verhandlungen hätten nicht immer den von ihm gewünschten Verlauf genommen, auch nicht zu allen Zeiten die erforderliche Ruhe gezeigt. Aber er erkannte die Leistungen der Duma an, namentlich die Bewilligung für Heer und Flotte, und schloß mit dem Wunsche: Auf Wiedersehen! Der Reichsrat vertagte sich am 7. Juli bis zum 14. November. Er hatte auch die Uferregulierung des an Deutschland und Österreich angrenzenden Teiles der Weichsel angenommen. Am 12. fand in Reval in Gegenwart des Kaisers, des Thronfolgers und der Töchter des Kaisers die feierliche Grundsteinlegung des Kriegshafens statt. Die öffentliche Meinung stand längere Zeit unter dem Eindruck der Kaiserbegegnung in Baltischport. Niemand war in Zweifel über die sehr freundschaftlichen Beziehungen des Kaisers Nikolaus zum Kaiser Wilhelm, die miteinander im regelmäßigen Briefwechsel stehen.

Die Hetzereien, die gewisse russische Blätter gegen Deutschland betreiben, vermögen an der Friedenspolitik beider Herrscher nicht zu rütteln. Es gibt auch in Rußland Leute genug, die der Waffenbrüderschaft beider Reiche vor einem Jahrhundert eingedenk sind und überdies wissen, daß trotz zeitweiliger Trübung sich seitdem die Freundschaft beider Herrscherhäuser immer wieder bewährt hat und daß eigentliche Interessengegensätze zwischen den beiden Reichen gar nicht bestehen. Alles übrige ist Preßmache auf beiden Seiten. Die Tage von Baltischport boten neben der Bekräftigung dieser unverbrüchlichen Tatsachen auch einen verwandtschaftlichen Reiz durch die Anwesenheit der Kaiserin mit ihren Kindern. Die Zarin, die seit Jahren allen offiziellen Empfängen fernbleibt, hatte es sich durchaus nicht nehmen lassen, ihren kaiserlichen Vetter und Bruder ihres Schwagers zu begrüßen. Sie hat auch der wegen Unwohlsein ferngebliebenen Kaiserin Augusta Viktoria ihr herzliches Bedauern darüber brieflich ausgesprochen. Der spätere Besuch Poincarés trug eine ganz andere Färbung, eine Intimität bestand bloß mit der russischen Presse, die die Gelegenheit ausnützte, die Vernunftehe mit Frankreich den zahlreichen Freunden derselben an der Newa von neuem ans Herz zu legen. Poincaré war auch bloß offizieller Besucher in Peterhof und keineswegs Gast im kaiserlichen Palais.

Nachdem Prinz Waldemar von Preußen, der Neffe des Zarenpaares, auf seiner Rückkehr aus Ostasien am 19. Juli seine Verwandten auf der „Standart" begrüßt hatte, empfing der Zar am 23. in den finnischen Schären das schwedische Königspaar, das auf dem Panzer „Oskar II." an der Spitze eines schwedischen Geschwaders auf Standartrede eintraf. Kaiser Nikolaus war von seinen vier Töchtern begleitet. Auch dieser Besuch trug einen mehr verwandtschaftlichen Charakter, obgleich zwischen Rußland und Schweden als Grenzstaaten verschiedene politische Fragen bestehen. Diese, vielleicht auch die Lage in Finnland, dürften den Gegenstand der Besprechungen der Staatsmänner, die beide Monarchen begleiteten, gebildet haben. Gewissen Stimmen in Schweden gegenüber, die Russenfurcht predigten und zum Anschluß an den Dreibund mahnten, dürfte König Gustav für zweckmäßig erachtet haben, ebensowohl die Neutralität Schwedens wie das Vertrauen zu Rußland zu betonen. Dem entsprach auch dem Sinne nach das offiziöse Kommuniqué über die Begegnung. Schweden hat doch von Rußland, das mit Finnland zu tun hat und keine Deutschland aufreizende Politik treiben wird, auf ferne Zeiten hinaus nichts zu befürchten. Bei Norwegen mit seinen eisfreien Höhen im Norden, wäre eher eine gewisse Furcht gerechtfertigt. Das schwedische Königspaar kehrte am 24. nach Stockholm zurück. Von größerer Bedeutung war der Besuch des japanischen Fürsten Katsura, der am 28. in Petersburg ankam. Es wurde zwar in Petersburg wie in Tokio behauptet, Katsura habe keinen offiziellen Auftrag, aber niemand bezweifelte, daß es sich um eine Verständigung über das Schicksal der Mongolei und Mandschurei handelte. Seinerzeit war schon Marquis Ito zu ähnlichen Zwecken in Petersburg gewesen, ohne Entgegenkommen zu finden. Katsura hatte mehr Glück, und man beeilte sich, seinen Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Zwar machte die plötzliche schwere Erkrankung des Kaisers von Japan der Europareise Katsuras ein jähes Ende, aber er war trotzdem bis zum letzten Moment geblieben und hat schwerlich Petersburg ohne ein sicheres Abkommen verlassen. Um ein förmliches Bündnis dürfte es sich kaum gehandelt haben, wohl aber um eine Verständigung für den Fall gewisser Ereignisse in China. In England war man wegen der Neuorientierung der Politik des ostasiatischen Verbündeten ziemlich besorgt, um so mehr, da der heimberufene Katsura die beabsichtigte Reise nach London aufgab. In Paris träumten gewisse Leute wieder einmal von einer Verstärkung der Tripelentente durch Japan.

Rußland sollte die vierte Duma wählen. Die dritte hatte dem Oberprokurator Ssabler und dem Heiligen Synod manchen Ärger bereitet. Die geistliche Partei hatte inzwischen den Kadetten das Wahlmachen abgeguckt und beschloß, das Geschäft selbst in die Hand zu nehmen. Anfang September wurde die Jahrhundertfeier des Befreiungskrieges begangen. Am 8. traf der Kaiser mit seiner Gemahlin in Borodino ein, nahm mit den Großfürsten und den höchsten Staatswürdenträgern am Gottesdienst und an dem feierlichen Zuge nach dem Modell des Denkmals auf dem Schlachtfelde teil. Die Feier wurde überall im Reiche durch Flaggenschmuck, Paraden, Illumination usw. begangen. Am folgenden Tage begann die Feier in Moskau mit einer glänzenden Prozession mit der gleichen Teilnahme der Mitglieder des Kaiserhauses und der Behörden sowie einer großen Menge aus allen Kreisen der Bevölkerung. Am 10. war große Parade über 80.000 Mann auf dem Chodynkafelde, später ein Festessen der Dorfältesten und Vertreter der Völkerschaften, die 1812 am Kriege teilgenommen haben; bei dem Essen war der Kaiser anwesend. Nachmittags gab die Stadt im Rathause ein großes Bankett, zu dem das Kaiserpaar mit den Kindern, die Großfürsten, Minister und Würdenträger, wie auch zwei französische Deputationen, die bereits an der Feier bei Borodino teilgenommen hatten, eingeladen waren. Eine Art von Turnfest, an dem sich über 26.000 Schüler und Schülerinnen beteiligten, mit gymnastischen Übungen und einem Vorbeimarsch vor dem Kaiser fand am 11. statt, und am folgenden Tage war die Hauptfeier mit Gottesdienst in der Kathedrale und feierlichem Zuge nach dem Roten Platz, wo ein Dankgottesdienst abgehalten wurde. Eine vieltausendköpfige Menge begrüßte wiederholt das Kaiserpaar mit stürmischen Hurrarufen. Nach einem Galadiner reiste die kaiserliche Familie nach Smolensk ab, wo Kaiser Nikolaus am 13. die Stadt und das Schlachtfeld besichtigte und zahlreiche Deputationen empfing. Bemerkenswert ist, daß am 12. die Auflösung der Duma erfolgt war, weshalb bloß der Präsident Rodsjanko zu den Festlichkeiten eingeladen war, aber nicht teilnahm. Die kaiserliche Familie begab sich zunächst nach Bjelowesch und am 29. nach Spala. Großes Interesse in Anbetracht der zunehmenden Balkanwirren erregte die Ernennung des Königs Karl von Rumänien zum

russischen Feldmarschall zu seinem fünfzigjährigen Militärjubiläum.

Schon in Moskau hatte Kaiser Nikolaus bei seinen Ansprachen an verschiedene Deputationen einen sehr ernsten Ton angeschlagen, und verschiedene kriegerische Kundgebungen aus panslawistischen Kreisen verrieten, daß auf dem Balkan etwas los sei. Man deutete auch die Probemobilisierung im Warschauer Militärbezirk in kriegerischem Sinne. Während Ssasanow noch im Ausland weilte, war der Krieg auf der Balkanhalbinsel ausgebrochen, aber die Einigkeit der Mächte stand fest, die Illusionen der Panslawisten erfuhren eine Enttäuschung, und die Tripelententе in ihrem Sinne be-



Michael Wladimir Graf Rodsjanko, Präsident der vierten Duma.

stand nicht mehr. In konservativen Kreisen wendete man sich scharf gegen die Agitation, Rußland in den Krieg hineinzuziehen. Ssasanow begab sich am 17. Oktober zum Bericht nach Spala, und die Panslawisten verbreiteten Gerüchte über seine Entlassung. Auch Kokowzew begab sich am 3. November zur Berichterstattung nach Spala. Die Siege der Bulgaren und Serben lenkten Wasser auf die Mühle der Panslawisten, die auch die Nationalisten in ihre Kreise zogen und die Unzufriedenheit mit der Politik Ssasanows schürten. Offiziös wurde aber bekanntgegeben, daß Rußland sich nicht einmischen werde und an der Politik der Friedensvermittlung festhalte. In der zweiten Hälfte des Oktober kamen beängstigende Nachrichten aus Spala über den Gesundheitszustand des Thronfolgers. Je weniger die Blätter Positives zu erkunden vermochten, um so bunter wurden ihre Berichte. Es gab auch Zeiten, in denen es bedenklich aussah. Wenn man erwägt, daß es sich um den einzigen Sohn handelte, und der Bruder des Zaren, Großfürst Michael, durch seine unlängst in Paris vollzogene Vermählung mit Frau v. Wulffert auf alle Erbansprüche verzichtet hatte, so läßt sich die sorgenvolle Stimmung wohl begreifen. Am Jahresschlusse war indessen alle Beängstigung geschwunden, und der Thronerbe bedurfte nur noch der Schonung. Daß der Zustand nicht unbedenklich gewesen sein dürfte, ging wohl auch daraus hervor, daß der Schwager des Kaisers Nikolaus, Prinz Heinrich von Preußen, am 3. November mit seiner Gemahlin in Spala eingetroffen war. In dieser Zeit wurde auch das Ergebnis der Dumawahlen bekannt. Die verfassungstreuen Oktobristen hatten starke Verluste erlitten, etwas weniger die Nationalisten; Polen und Mohammedaner büßten je vier Sitze ein. Die Rechte hatte 94, die Kadetten neun Mandate gewonnen. Die Wahlagitation der Geistlichen hatte ihre Wirkung getan. Gutschkow war in Moskau durchgefallen.

Das Haus besaß keine sichere Mehrheit, Rechte und Linke waren so ziemlich gleich stark, die Oktobristen waren in der Lage, die Entscheidung zu bringen. Als in der Eröffnungssitzung am 28. November der Oktobrist Rodsjanko wieder zum Präsidenten gewählt worden war, verließen 180 Mitglieder der Rechten den Saal. Kaiser Nikolaus empfing am 30. Rodsjanko in längerer Audienz. Am 3. Dezember wurde zum Vizepräsidenten statt des früheren Fürst Wolkonski vor der Rechten, der Progressist Fürst Urussow gewählt. Wolkonski nahm die wiederholte Wahl zum zweiten Vizepräsidenten nicht an. Den bäuerlichen Abgeordneten waren diese Parteiintrigen zuwider, und sie setzten die Verschiebung der Wahl durch. Am 14. wurde dann Fürst Wolkonski mit 289 gegen 75 Stimmen gewählt. Der einzige große Tag war der 18., wo Kokowzew vor überfülltem Hause eine Regierungserklärung abgab, die einen durchaus friedlichen Charakter trug und selbst bei der Opposition starken Beifall fand. Er legte zunächst die gesetzgeberischen Aufgaben der vierten Duma vor und betonte besonders die nationale Verteidigung. Bei Behandlung der Balkanfragen stellte er den Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen in Abrede. Das Erreichbare liege nur in den Grenzen des Realen und nicht der Gefühle. Rußland könne als orthodoxe Großmacht gerechten, den Opfern des Krieges entsprechenden Existenzbedingungen der Balkanstaaten gegenüber nicht gleichgültig bleiben, man werde aber „ein Einvernehmen über die Lösungen finden, das die Interessen der Großmächte mit den gerechten Ansprüchen der Balkanstaaten versöhne". Der Grundton der Rede mußte auf die panslawistischen Hetzer wie ein kalter Wasserstrahl wirken. Die Regierung war schon vorher gerichtlich gegen die „Nowoje Wremja" wegen Verbreitung des falschen Gerüchtes über ein russisches Ultimatum an Österreich-Ungarn vorgegangen, und der Kriegsminister hatte mit strengen Strafandrohungen den Offizieren alles Reden über angebliche Kriegsvorbereitungen wegen des Balkankrieges untersagt. Zu den Streitfragen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, die die internationale Börsenpresse zu einem Konflikt aufzubauschen beflissen war, hatte sich Kokowzew nicht direkt geäußert, sondern bloß gesagt: „Die Grundprinzipien, von denen sich die Regierung leiten lassen muß, wenn die Stunde der endgültigen Entscheidung geschlagen hat, sind ebenso durch unsere Vergangenheit wie durch die Notwendigkeit bestimmt, sie mit den Bedingungen unserer gegenwärtigen Politik in Einklang zu bringen." Daß die „gegenwärtige Politik" Rußlands nicht dahin geht, durch Menschen- und Geldopfer die Großmachtsträume undankbarer Balkanvölker durchzusetzen, liegt auf

der Hand. Die Bedeutung der Rede für die Erhaltung des Friedens wurde nirgends verkannt, die Hetzpresse setzte trotzdem ihr trauriges Handwerk fort. Am 20. wiederholte Kokowzew seine Ausführungen im Reichsrate. Die Duma, die am 25. Dezember im Winterpalais vom Kaiser empfangen worden war, befriedigte seit dem 20. ihr Redebedürfnis über die Erklärungen Kokowzews, wobei sich herausstellte, wie wenig man ihn verstanden hatte. Sie wurde am 27. bis 2. Februar vertagt. Sie hatte sich nicht einmal über eine Antwortadresse an den Kaiser einigen können, dagegen aber wieder eine von der Linken ausgegangene phrasenreiche „Übergangsformel" zu der Erklärung des Ministerpräsidenten angenommen.

Von weiteren politischen Ereignissen ist zu erwähnen, daß Anfang November von dem hiezu beauftragten Botschafter in Peking Korostowetz ein Vertrag über die Mongolei abgeschlossen worden ist, der über die ursprünglichen Absichten Rußlands hinausgeht, weil er auf Drängen des Hutuchta von Urga die gesamte Mongolei, nicht bloß die äußere (Chalcha), umfaßt. Der Vertrag besagt zwar, daß Rußland gegen die chinesische Souveränität über die Mongolei keinen Einspruch erheben werde, wenn sich China mit dieser einigt, gewährt aber Rußland in jedem Falle Handelsfreiheit, freie Einwanderung usw., worauf die Chinesen nicht eingehen werden. Ende Dezember trat der Minister des Innern Makarow zurück und wurde durch den Gouverneur von Tschernigow Maklakow ersetzt. Dieser ist erst 41 Jahre alt, hat sich aber als besonders begabter Verwaltungsbeamter und fleißiger Arbeiter erwiesen. Außerdem ist er ein guter Redner.

Nationalitäten.

Trotz alles Widerstandes Finnlands scheint hier die russische Politik ihr Programm durchzuführen, wenn auch etwas schonender als zu Zeiten des Generalgouverneurs Bobrinsky und des Ministerpräsidenten Stolypin. Aller passiver Widerstand wird ebenso wenig fruchten wie die Proteste und Vorstellungen an den Kaiser genützt haben. Daß schließlich die Finnen, um ihrem Grimm Ausdruck zu geben, Sozialdemokraten in den Landtag wählen, ist politisch das Unklügste, was sie tun können. Hätten sie nicht vor Jahren die schwedische Führung gestürzt, so hätte deren politische Klugheit noch manches retten können. Die Sozialdemokraten werden es nicht fertig bringen. Die ohnehin eingeschränkte Tätigkeit des Landtags bleibt fruchtlos, da auch der Senat bereits eine russische Mehrheit besitzt. Im Sommer weigerte sich der Magistrat von Wiborg, dem Gesetze über die Gleichberechtigung der Russen Folge zu leisten. Es wurde gegen die drei Mitglieder: Bürgermeister Fagerström, Palmroth und Lagercrantz Klage erhoben. Zuerst wurde der zuerst widerstrebende Lagercrantz verhaftet, Anfang Oktober saß aber bereits der gesamte Wiborger Magistrat im Wiborger Gefängnis. Sie wurden zu sechs Monaten Haft verurteilt, und am 19. November wegen eines gleichen Vergehens nochmals verhaftet. Dasselbe geschah am 14. Dezember auch den Mitgliedern des Wiborger Hofgerichtes.

Mit den Polen werden keine besonderen Umstände gemacht. Die Vorlage wegen des neuen Gouvernements Cholm, das aus dem zukünftigen „polnischen Reiche" ein tüchtiges Stück herausschneidet, ist von der Duma und dem Reichsrat angenommen worden. Die Polen hatten in Warschau, Kiew usw. vergeblich dagegen Demonstrationen veranstaltet. Als Gegendemonstration wurden von den Russen Unterschriften zu einem Memorandum für die französische Presse gesammelt, in dem ausführlich geschildert wird, wie die Polen seit der Autonomie Galiziens dort die Ruthenen behandeln. Vernünftige russische Kreise mißbilligten übrigens diese zwecklose Demonstration. Auch polnische Geistliche hatten die Strenge der russischen Regierung zu erfahren. Anfang Februar wurden der Suffraganbischof Ruszkiewicz und der Domherr Czeplinski von Warschau zu Festungshaft verurteilt, weil sie mariawitische Ehen, die Rußland anerkennt, für nichtig erklärt hatten. Daraufhin waren die Beziehungen zum Vatikan äußerst gespannt. Der russische Vertreter wurde auch abberufen, aber im Oktober durch Nelidow ersetzt. Daß die russische Probemobilisierung des Warschauer Militärbezirkes im Herbst nicht ohne Zusammenhang mit der von Galizien aus betriebenen Jubiläumsrevolution war, ist schon an anderer Stelle erwähnt worden.

Die Behandlung der Deutschen fällt sehr verschieden aus, je nachdem die nationalistische Strömung von der Regierung gefördert wird, wie unter Stolypin, oder nicht. Die dritte Duma hat die von Stolypin stammende, gegen die deutschen Kolonisten im Südwestgebiete gerichtete Vorlage Ende Februar an die Kommission zurückgewiesen zu dem Zwecke, um sie dort ruhen zu lassen. Die Nationalisten setzen natürlich ihre Agitation gegen die Deutschen fort, namentlich in den Ostseeprovinzen, und haben auch erreicht, daß in Riga für die vierte Duma statt des bisherigen deutschen Abgeordneten ein Russe gewählt wurde. An der Spitze der gegen Deutschland und die Deutschen in Rußland hetzenden Presse steht die „Nowoje Wremja". Sie und der „Swet" verschwiegen sogar ihren Lesern den Besuch, den Anfang Juni die Studienkommission des Berliner Vereines für staatswissenschaftliche Fortbildung der Duma abgestattet hatte, obgleich sie der Präsident auf das herzlichste willkommen geheißen hatte. Die Behörden waren dagegen der Exkursion überall auf das bereitwilligste entgegengekommen. Das deutsche Gymnasium (auch mit Realklassen) in Lodz hat Anfang Juni die sogenannten Kronrechte erhalten. Damit steht die Anstalt mit den gleichartigen Staatsschulen auf einer Stufe, ihre Schüler haben das Recht des Freiwilligendienstes und zum Besuche der höheren Lehranstalten.

In der Stellung der Juden hat sich nichts geändert. Der dirigierende Senat hat zu Anfang des Jahres entschieden, daß jüdische Kaufleute der ersten Gilde nicht das Recht haben, in den innerhalb des Ansiedlungsrayons liegenden Kreisen Grundstücke zur Anlegung von Fabriken zu erwerben; ferner dürfen Juden auf Bauerländereien

keine Wohnungen mieten. Aus den nicht zum Ansiedlungsrayon gehörigen Gebieten haben infolgedessen die Ausweisungen einen größeren Umfang angenommen. Außerdem hat der Senat entschieden, daß Juden, denen der Aufenthalt außerhalb des Ansiedlungsrayons nur bedingungsweise gestattet ist, kein Wahlrecht für die Duma besitzen. Ausländische Juden unterliegen den gleichen Beschränkungen wie die russischen. Der Versuch des amerikanischen Botschafters, bei den Vorverhandlungen für den russisch-amerikanischen Handelsvertrag eine Begünstigung der amerikanischen Juden zu erreichen, ist von Ssasanow für aussichtslos erklärt worden.

Verschiedenes.

An der Armee wird mit Umsicht und Fleiß gearbeitet, doch fehlt es ihr noch an manchem, so daß sie noch nicht als vollwichtiges Ganze in die politische Rechnung eingesetzt werden könnte. Da auch die Flotte noch in den Kinderschuhen steckt, so erklärt sich daraus vollkommen die vorsichtig zurückhaltende Politik Ssasanows, woraus aber durchaus nicht folgt, daß im anderen Falle Rußland eine andere Haltung gegenüber den Balkanstaaten eingenommen hätte. Mit der slawisch-orthodoxen Politik Nikolaus I., zu der sich auch noch Alexander II. wider seine Überzeugung durch die Volksstimmung hatte hinreißen lassen, ist es definitiv aus, es hätte auch Rußland nichts Unangenehmeres geschehen können, als wenn sich ein übermütiges Bulgarien in den Besitz von Konstantinopel gesetzt hätte. Dort ist ihm die Türkei lieber, und die freie Durchfahrt durch die Dardanellen wehrt sie nicht, sondern England. Auch daran hat Rußland zunächst kein Interesse. Es beseitigt aber einstweilen die im Kriege mit Japan hervorgetretenen organisatorischen und sonstigen Mängel in der Armee, die noch nicht einmal, wie gewisse Vorgänge im Militärbezirke von Taschkent im Sommer bewiesen haben, frei von revolutionären Einflüssen ist. Für die Flotte ist bereits ein vollständiges Programm aufgestellt worden, das im Baltischen Meere allein 27 Dreadnoughts, 18 Kreuzer und 24 Unterseeboote vorsieht. Der Admiralstabschef Fürst Lieven erklärte im Juni in der Duma, das sei das Ziel der Regierung, die sich nur vorläufig mit dem sogenannten kleinen Flottenprogramm begnüge. Für dieses sind im Budget für 1913 insgesamt 58 Millionen Rubel ausgeworfen worden. Es verlangt bloß vier große Panzerkreuzer und eine nicht unbedeutende Anzahl kleiner Schiffe, die meistens auf erweiterten russischen Werften gebaut werden sollen. Der einzige Auftrag ins Ausland dafür ging an Schichau in Elbing auf zwei kleine Kreuzer. Nach ihren Plänen gebaut und mit ihren Maschinen ausgestattet, ist auch der Kreuzer „Novik", der das schnellste Kriegsschiff der Welt ist. Kaiser Nikolaus machte am 24. Juli selbst eine Fahrt auf demselben und zeigte für das Fahrzeug das größte Interesse. Auf der Flotte sind auch die revolutionären Umtriebe noch nicht erloschen. Mitte August mußte in Kronstadt und Anfang September in Sewastopol zeitweilig der Kriegszustand über die Marine verhängt werden.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung wird dem Reiche den Ausbau seiner Wehrmacht nicht schwer fallen lassen. Die Folgen des unglücklichen Krieges und der Revolution sind bereits überwunden, die Staatseinnahmen sind schneller gewachsen wie die Ausgaben, in den Staatskassen liegt ein ungeheurer Barvorrat. Das Branntweinmonopol liefert nur ein Viertel der Gesamteinnahmen, geht aber im Erträgnis von Jahr zu Jahr zurück; die Einfuhr, der innere Verbrauch, die Volkersparnisse nehmen überraschend zu, die Vermehrung der Getreideausfuhr erklärt sich aus der Hebung der Landwirtschaft durch die starke Einfuhr und die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen. Daß es alljährlich noch immer einige Hungergebiete gibt, ist in einem so großen Reiche mit den verschiedensten klimatischen und Boden- sowie noch unentwickelten Verkehrsverhältnissen nicht verwunderlich. Der gesamte finanzielle Aufschwung macht die freundliche Unterstützung der französischen Kapitalkraft entbehrlich. Für die Schulbildung sorgt das neue Volksschulgesetz, das die allgemeine Schulpflicht mit einer alle zehn Jahre um je 10 bis zu 100 Millionen steigenden Ausgabe festsetzt.

Die Vorgänge auf den Goldfeldern des Lenagebietes beweisen indessen, daß es noch manches Stück Altrußland zu überwinden gilt. Diese Goldfelder sind im Betriebe einer englischen Gesellschaft, an der auch der ehemalige, schon seinerzeit als englischer Agent berufene Handelsminister Timirjasew beteiligt ist. Durch Herabsetzung der vertragsmäßigen Löhne und andere Bedrückungen wurden die 6000 Arbeiter in den Streik getrieben. Auf das Äußerste gereizt — wie behauptet wird, absichtlich — revoltierte ein Teil, und das herbeigerufene Militär feuerte, wobei es über 160 Tote gab. An die Regierung wurde ein lügenhafter Bericht geschickt. Der zur Untersuchung abgesandte Senator Manuchin stellte u. a. auch Steuerhinterziehungen von 6 Millionen und andere Betrügereien der Gesellschaft fest.

Am 7. Februar starb in Jalta in der Krim der Generalfeldmarschall Graf Dimitri Alexowitsch Miljutin in hohem Alter. Mehr als ein Menschenalter hat er seit Alexander II. bahnbrechend und grundlegend auf den wichtigsten Gebieten des Staatslebens gewirkt. Auch Bismarck sah in ihm den eigentlichen leitenden Minister Rußlands. Nach dem Türkenkriege von 1877/78 führte er durchgreifende militärische Reformen durch, und was die heutige Armee an Vorzügen besitzt, ist auf ihn zurückzuführen. 1881 war er aus dem Ministerium ausgeschieden.

In Monte Carlo schied am 21. Mai der langjährige Botschafter in Berlin, Graf Nikolaus Dimitrijewitsch v. Osten-Sacken im Alter von 81 Jahren aus dem Leben. Er hat es 17 Jahre hindurch verstanden, auch unter zeitweiligen Schwierigkeiten, die guten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg zu erhalten. Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus hatten wiederholt diese Tätigkeit des vornehmen und kenntnisreichen Diplomaten anerkannt.

Skandinavien.

Schweden. König Gustav eröffnete am 18. Januar den Reichstag mit einer Thronrede, die u. a. das Frauenstimmrecht und eine teilweise Probemobilisierung, aber auch die Verschiebung des Baues des bereits bewilligten Panzerschiffes ankündigte. Weder in der ersten noch in der zweiten Kammer besaß die liberale Regierung eine Mehrheit, hatte aber bei den Wahlen angedeutet, daß sie die Unterstützung der Sozialdemokraten annehmen werde. Man darf sagen, daß das Ministerium Staaff sich eigentlich nicht daran gehalten, sondern nicht nur ein gutes Verhältnis zum König hergestellt, sondern auch durch sein Verhalten in den Landesverteidigungsfragen das Vertrauen der Rechten erworben hat. Die Sozialdemokraten hatten freilich die Abschaffung des Königstums und der ersten Kammer beantragt, was aber am 1. Mai gegen ihre Stimmen — es waren nur 17 Sozialdemokraten anwesend — abgelehnt wurde. Die erste Kammer verwarf auch das Frauenstimmrecht mit großer Mehrheit, und die zweite Kammer lehnte ohne jede Abstimmung den sozialdemokratischen Antrag auf Neutralitätserklärung ab. Die Heeresvorlagen wurden mit Hilfe der Rechten durchgesetzt. Sonst beschloß der Reichstag noch die Errichtung einer Sozialdirektion und Staatsunterstützungen für Dampferlinien nach Nordamerika, Mexiko und Australien, worauf er am 27. Mai geschlossen wurde. Am 6. Juli wurden in Stockholm in Anwesenheit des Königspaares die olympischen Spiele vom Kronprinzen eröffnet. Die Probemobilisierung der 6. Division samt dem Landsturm wurde im September mit Schneidigkeit durchgeführt und zeigte, daß einem Einfall von Osten her wohl entschiedener Widerstand geleistet werden würde. Infolge der Aufschiebung des Baues eines Panzerschiffes war von der Rechten eine Landessammlung zum Bau eines solchen eingeleitet worden, die binnen wenigen Wochen die hiefür nötigen 12 Millionen Kronen aufbrachte. Die Regierung hat aber die Entscheidung über den Bau bisher hingezogen. König Gustav war beim Begräbnis des Königs von Dänemark in Kopenhagen mit dem König Haakon von Norwegen zusammengetroffen, woran von skandinavischen Schwärmern schon große Hoffnungen geknüpft wurden; von schwedischer Seite wurde aber abgewinkt. Als König Christian von Dänemark mit Gemahlin am 18. November zum Antrittsbesuche in Stockholm eintrafen, wurden sie vom Königspaar bei der Ankunft empfangen und unter großen Ehrenbezeigungen nach dem Schlosse geleitet. Die bei der Galatafel gewechselten Trinksprüche gedachten sehr herzlich der verwandtschaftlichen wie der alten freundschaftlichen politischen Beziehungen.



Christian X.,
König von Dänemark.

Norwegen. Die Bauernrepublik mit einem König an der Spitze macht merkwürdige Sprünge. Der Konservative Michelsen und der Liberale Lövland hatten 1905 den König von Schweden vor die Tür gesetzt, dann hatte letzterer die Regierung an sich gerissen, war aber wegen seiner Alkoholfeindschaft und der Schwärmerei für Einführung der besonderen norwegischen Sprache hauptsächlich am Widerstand der Gebildeten gescheitert. Dann kam 1909 wieder eine konservativ-liberale Regierung, die aber im Februar des abgelaufenen Jahres wegen des Sprachenstreites auch zerfiel. Der Ministerpräsident Konow hatte sich für das Landesmaal erklärt, worauf fünf Minister zurücktraten. Nach einigem Zögern ging auch Konow ab und wurde durch das konservativer gefärbte Kabinett Bratlie ersetzt. Der Storthing unterstützte im Juni energisch das Eingreifen des Ministeriums zur Verhinderung des Maschinistenstreiks auf der Handelsflotte und bewilligte auch reichliche Mittel für Küstenbefestigungen und den Bau von zwei Panzerschiffen, sowie von Torpedo- und Unterseebooten. Am 13. September traf die 1. Kreuzerdivision der englischen Heimatflotte zu dreitägigem Besuche in Christiania ein und wurde durch große offizielle Festlichkeiten geehrt, während die Bevölkerung sich kühl zurückhielt, da die englische Presse eine Demonstration gegen die deutschen Flottenbesuche angekündigt hatte. Die Wahlen im Oktober brachten einen ausgesprochenen Sieg der bürgerlichen Radikalen, die nun eine Dreifünftelmehrheit im Storthing besitzen, während je ein Fünftel auf die Konservativ-Liberalen und auf die Sozialdemokraten entfallen. Das Ministerium Bratlie dürfte sich nur bei geschickter Behandlung der Abänderung des vom radikalen Ministerium Knudsen geschaffenen Gesetzes über die Ausnützung der Wasserkräfte halten. Eigentlich republikanisch ist die Mehrheit des Storthing gerade nicht, aber der König dürfte trotzdem wenig Freude daran erleben.

Dänemark. König Friedrich VIII. ist am 14. Mai auf der Reise in Hamburg ziemlich unerwartet verschieden. Sein Tod wurde auch in Deutschland mit herzlicher Teilnahme aufgenommen, denn während seiner sechsjährigen Regierung hatte sich das Verhältnis beider Länder entschieden gebessert. Zu Neujahr hatte er den Generaldirektor der Steuern, Rubin, der das Verhalten der dänischen Patrioten in der schleswigschen Frage öffentlich verurteilt hatte, den Danebrogorden verliehen, weil er dessen Auffassung teile, was große Erregung verursachte, am 23. nahm er an einem Festmahl beim deutschen Gesandten Dr. v. Waldthausen teil. In sehr geschickter Weise rechtfertigte der Minister des Äußern am 14. Februar im Folkething das Verhalten der Regierung und erhielt ein Vertrauensvotum. König Friedrich erkrankte am 7. Februar ernstlich und befand sich zur gänzlichen

Erholung auf einer Reise nach dem Süden, als er in Hamburg auf einem einsamen Spaziergang, anfangs unerkannt, einem Schlaganfall erlag. Die Leiche wurde am 16. Mai unter großen Ehren von Hamburg über Travemünde nach Kopenhagen gebracht, wo die feierliche Beisetzung unter tiefer Teilnahme der Bevölkerung am 24. von Kopenhagen aus in Roskilde erfolgte. Unter den fürstlichen Trauergästen befanden sich die Könige von Schweden und von Norwegen, der deutsche Kronprinz Wilhelm mit Gemahlin, Erzherzog Peter Ferdinand, der Herzog von Genua und zahlreiche deutsche Fürsten und Prinzen. König Friedrich VIII. war ein konstitutionell gesinnter Monarch und hat dieser Gesinnung jederzeit Ausdruck gegeben; außerdem war er ein besonderer Freund des Kaisers Wilhelm. Sein Sohn Christian X. dürfte sich in keiner Beziehung anders verhalten und ist bekanntlich ein Schwager des deutschen Kronprinzen. Als Ereignisse von politischer Bedeutung erschienen im September der Besuch eines russischen und eines englischen Geschwaders, doch beugte die Zurückhaltung der Regierung jeder unnötigen politischen Ausbeutung vor. Von überwältigender Wirkung war dagegen der Übermeerflug des Grafen Zeppelin, der am 19. September auf der „Hansa" in Kopenhagen landete. Die Begeisterung der Bevölkerung war großartig, die Gegner der Befestigung von Kopenhagen suchten aber das Ereignis für ihre Zwecke auszulegen. Am 7. Oktober eröffnete König Christian den Reichstag mit einer Thronrede, die eine Wahlreform und ein neues Steuergesetz ankündigte. Der Erhöhung der Steuern wird in nicht geringem Maße durch das immer geldbedürftige Island bedingt, das übrigens die nach der Trennung der skandinavischen Union betriebenen Separationsgelüste aufgegeben und den neuen Minister Hannes Hafstein, der am 8. Oktober in Kopenhagen angekommen war, beauftragt hat, neue Verhandlungen einzuleiten. Von nicht geringem Interesse ist, daß mit Rücksicht auf den Panamakanal die Anlegung eines großen Freihafens auf der westindischen Insel St. Thomas durch eine Genossenschaft auf Anregung der Regierung in Angriff genommen werden soll. Der Reichstag hat am 22. Mai die Bewilligung erteilt, aber die Aufforderung zur Zeichnung der erforderlichen 20 Millionen Kronen hat kläglich Fiasko gemacht. Das Unternehmen dürfte daher bloß mit englischer Hilfe zu stande kommen.

Europäische Mittelstaaten.

Niederlande. Man denkt im Lande bereits an die Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit im Jahre 1913, selbst das parlamentarische und parteiliche Leben wird davon beeinflußt. Die Sozialdemokraten wollen freilich an der „von oben her" auferlegten Feier nicht mittun. Die Liberalen hoffen aber, das Jubeljahr durch einen Wahlsieg ihres dreigeeinten Blocks feiern zu können. Einige Aussicht dafür eröffnet ihnen das wegen Ohrenleidens im September erfolgte Ausscheiden aus dem politischen Leben des Führers der Rechten, Dr. Abraham Kuyper, dessen Begabung auch die Gegner widerwillig anerkannten. Landesverteidigungsfragen spielten wiederholt eine Rolle. Das im Februar in Kraft getretene Militärgesetz erhöht das Heereskontingent von 17.500 auf 23.000 Mann. Was bedeutet dies für eine Landesverteidigung? Die Schweizer würden anders handeln. Aber die Holländer haben den Geist der Oranierzeit verlernt und verlassen sich auf den gegenseitigen Neid der mächtigen Nachbarn. Die auf Betreiben der Engländer und Franzosen verschobene Vorlage wegen der Befestigung von Vlissingen tauchte bei der Eröffnung der Kammer in der Thronrede am 17. September wieder auf, weshalb die französischen Blätter abermals lärmten. Die parlamentarische Arbeit beider Kammern war übrigens nahezu bedeutungslos. Die Sozialdemokraten machten am 30. April in der zweiten Kammer einen unbeschreiblichen Lärm und demonstrierten auch am Tage der Wiedereröffnung der Generalstaaten für das allgemeine Wahlrecht, die Polizei verhinderte aber ihr Vordringen zum Parlamentsgebäude. Die Meldung des Amtsblattes im Oktober über eine abermalige Fehlgeburt bei der Königin Wilhelmina läßt die Aussicht auf einen männlichen Thronerben als hoffnungslos erscheinen.

Belgien. Das Land stand das ganze Jahr hindurch unter dem Eindruck der Vorbereitungen und des Ausfalls der Wahlen im Juni. Die Einleitung dazu bildete der große Bergarbeiterausstand, der aus wenig stichhaltigen Gründen unmittelbar nach Neujahr im Kohlenbezirk des Hennegau ausbrach und sich über zwei Monate hinzog, weil sich die Führer Hoffnungen auf einen allgemeinen europäischen Bergarbeiterstreik machten. Die Stimmung übertrug sich auch in die Kammer, die schon seit langem den vom Liberalismus aller Länder (als die Liberalen in Belgien herrschten) erfundenen Ruf eines Musterparlaments eingebüßt hat. Am 18. Januar kam es zu wüstem Lärm und am 2. Mai zu einer regelrechten Prügelei. Am 14. Mai wurde die Kammer, nachdem sie die Zahl der Parlamentssitze um zwanzig erhöht hatte, auf Verlangen der Linken aufgelöst. Sonst wäre bloß die Hälfte neugewählt worden. Aber die Linke hatte sich mit den Sozialdemokraten verbrüdert und rechnete mit Bestimmtheit auf einen großen Wahlsieg. Die neuen Ministerposten waren schon verteilt. Der gegenteilige Wahlausfall am 2. Juni rief große Verblüffung hervor, und die am meisten enttäuschten Sozialdemokraten schritten zum offenen Aufruhr. Die Regierung hatte aber rechtzeitig militärische Vorkehrungen getroffen, und es kam bloß in Lüttich zu Menschenverlusten und Verwundungen. Der Wahlausfall, der der Regierungspartei eine Mehrheit von 18 (statt 6) gebracht hatte, beruhte auf dem Umstand, daß die Gemäßigten, die sonst die

Mitläufer der Linken gewesen waren, wegen des Treibens der Sozialdemokraten für die Regierung gestimmt hatten. Wie überall, sollte nun das Wahlrecht schuld sein. Am 9. Juli traten die Kammern

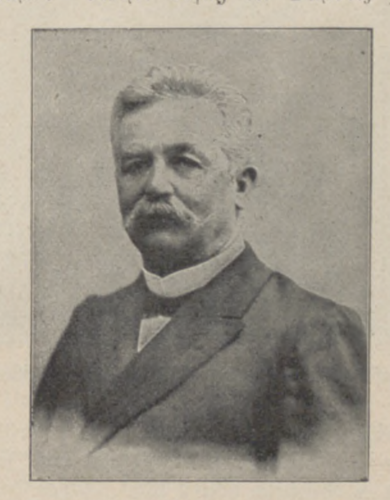


Marie Adelheid, Großherzogin von Luxemburg.

zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, es kam aber sofort wieder zu Skandalen. Nach Beendigung der Wahlprüfungen wurde die Kammer am 8. August geschlossen. Der Block der Linken hat die Wahlniederlage nicht überdauert, und bald zeigten sich Anfänge zur Bildung einer gemäßigten Mittelpartei. Förderlich hiezu erweist sich die unverkennbare Stärkung des monarchischen Gedankens durch die außerordentlichen Sympathien, die sich das Königspaar zu erwerben verstanden hat. Das zeigte sich namentlich bei dem Besuche am 14. und 15. August in Antwerpen während des feierlichen Einzugs und der glänzenden Festlichkeiten in der überschwänglichen Begeisterung der Bevölkerung. Im Hafen waren zur Begrüßung je ein deutsches, englisches, französisches und holländisches Geschwader erschienen, denen der König einen Besuch abstattete. In seiner Ansprache in der Handelskammer wies er auf die Schwierigkeiten infolge der separatistischen Bewegung unter den Wallonen und der Kongokolonie hin. Eine dritte Frage ist die der Landesverteidigung, der schon eine ganze Reihe von Kriegsministern zum Opfer gefallen ist, ohne viel zu erreichen. Am 3. Dezember brachte Ministerpräsident de Broqueville eine neue Militärvorlage mit allgemeiner Wehrpflicht und Erhöhung des Jahreskontingents auf 33.000 Mann ein, die auch Annahme fand. Große Teilnahme zeigte sich bei dem am 25. November erfolgten Ablebens der Gräfin Marie von Flandern, der Mutter des Königs. Sie war eine Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen und hatte sich allgemeine Beliebtheit errungen. Am 8. Oktober ist auch, 81 Jahre alt, der ehemalige langjährige Ministerpräsident August Beernaert gestorben, der sich des Rufes eines bedeutenden Staatsmannes und Juristen erfreute.

Luxemburg. Am 25. Februar wurde Herzog Wilhelm Alexander von seinem Leiden erlöst, das ihn seit Jahren an der Ausübung der Regierungsgeschäfte verhindert hatte. Die Leiche wurde von Schloß Berg nach Luxemburg überführt und am 4. März unter großer Teilnahme der Bevölkerung provisorisch in der protestantischen Kirche beigesetzt. Fast alle europäischen Höfe hatten Vertreter entsandt, zahlreiche deutsche Fürsten und Prinzen waren anwesend, den Kaiser Wilhelm vertrat Prinz August Wilhelm, den Kaiser Franz Josef der Erzherzog Karl Salvator. Die definitive Beisetzung erfolgte am 25. Juli in Weilburg in der Provinz Nassau. Die Großherzoginwitwe Marie Anna hatte seit vier Jahren die Regentschaft geführt und führte sie weiter bis zum 14. Juni, wo ihre älteste Tochter Marie Adelheid großjährig wurde und am 16. die Regierung antrat. Von weiteren Ereignissen ist der Schulstreit zu erwähnen, der entstand, weil die katholische Geistlichkeit die Bestimmung des neuen Schulgesetzes über die Erteilung des Religionsunterrichtes nicht anerkennen will. Die Kammer billigte aber am 23. Dezember mit 31 gegen 13 Stimmen die feste Haltung des Ministeriums Eyschen in dieser Angelegenheit.

Schweiz. Das Land hat zwei bedeutungsvolle Ereignisse in diesem Jahre hinter sich: Das große Interesse, das Kaiser Wilhelm dem Schweizer Heerwesen, dem Stolz der Republik, zugewendet hat, und die Einführung des neuen Zivilgesetzbuches. Bisher besaß die Schweiz gesetzliche



Dr. Eduard Müller, Bundespräsident für das Jahr 1913.

Einheit bloß für das Obligationen- und Wechselrecht. Für das Strafrecht und die Prozeßordnung in Zivil- und Strafsachen gelten noch immer die kantonalen Bestimmungen. Einen wichtigen Fortschritt bedeutet ferner die Annahme des Bundesgesetzes über Kranken- und Unfallversicherung, die

im Jahre 1900 abgelehnt worden war, nun aber am 4. Februar durch Volksabstimmung mit 284.000 gegen 236.000 Stimmen angenommen wurde. Am 10. Juli starb im 82. Lebensjahre Bundesrat Dr. Adolf Deucher, der dreimal Bundespräsident gewesen war. Am 13. verschied Bundesrat Marc Ruchet, nachdem er wenige Tage vorher krankheitshalber seine Entlassung gegeben hatte. Am 17. wählte die Bundesversammlung für letzteren den Regierungsrat Camillo de Coppot aus Lausanne und für ersteren den Rechtsanwalt Edmund Schultheß aus Brugg im Aargau. Die Sozialdemokraten in Zürich probierten am 13. einen eintägigen Generalstreik, der auch leidlich gelang. Die Regierung hatte aber sofort Militär mit scharfen Patronen aufgeboten, verbot Streikpostenstehen und Versammlungen unter freiem Himmel und ließ die Anstifter verhaften, worauf die sozialdemokratischen Blätter über „Militärdiktatur" schrien. Die am meisten betroffenen Industrien antworteten mit Aussperrungen. Im Verlaufe des Herbstes hat sich gegen die Schreckensherrschaft der Sozialdemokratie ein „Freier Arbeiterbund für Zürich und Umgebung" zum Schutze des Rechtes auf Arbeit gebildet. In der am 2. Dezember eröffneten Bundesversammlung protestierten die Sozialdemokraten gegen die Kosten während des Besuches des Kaisers Wilhelm, wurden aber mit 116 gegen 9 Stimmen geschlagen. Am 12. wurde der bisherige Vizepräsident Müller zum Bundespräsidenten und Hoffmann zum Vizepräsidenten gewählt. Angenommen wurde auch die Errichtung eines Sozialversicherungsamtes für die Kranken- und Unfallversicherung und für die Vorbereitung einer Altersversicherung. Die Sozialdemokraten stimmten auch gegen das Bundesbudget.

Die Pyrenäische Halbinsel.

Spanien. Wenn man von der zwar aus den heutigen politischen Zuständen erklärlichen, aber doch



Graf Romanones, spanischer Premierminister.

mehr zufälligen Ermordung des Ministerpräsidenten Canalejas absieht, hat Spanien ein Jahr gedeihlichen Fortschritts hinter sich. Außer dem bald unterdrückten Eisenbahnerstreik im Oktober ist die Ruhe nicht gestört worden; für Spanien eine glückliche Seltenheit. Am 23. September starb die jüngste Schwester des Königs, die an den Prinzen Ferdinand von Bayern vermählte Infantin Maria Theresia. Von den drei Kindern des Königs Alfons XII. lebt nun nur noch der König. Auch sein Leben war bedroht. Als König Alfons XIII. am 12. November zu einer Blumenausstellung fahren wollte, lauerte ihm der Anarchist Pardina auf, der aber, da der König sich verspätet hatte, darum seinen Verbrecherwahn an dem Ministerpräsidenten Canalejas kühlte, den er niederschoß. Der Ermordete war der Führer der monarchischen Liberalen und hatte eben nach einjährigen Verhandlungen den Vertrag mit Frankreich über Marokko zu stande gebracht. Frankreich wollte sich für seine Abtretungen im Kongogebiet an Deutschland nun an Spanien schadlos halten, dieses hat aber mit Unterstützung Englands seine durch das Abkommen von 1904 begründeten Ansprüche nahezu durchgesetzt. Die Unterzeichnung des Vertrages erfolgte am 27. November in Madrid. Graf Romanones, der Nachfolger Canalejas, hat bisher eine glückliche Hand gezeigt und bis zum Jahresschluß die Bewilligung des Budgets, des Marokkovertrages und einer Anleihe von 300 Millionen erhalten, die für die Bezahlung rückständiger Schulden sowie für die Verteidigung und Erschließung des marokkanischen Gebietes verwendet werden soll.

Portugal. Die Republik hat noch keineswegs festen Boden im Lande gefaßt, sondern hat sich im vergangenen Jahre nicht nur gegen verschiedene monarchische Angriffe verteidigen, sondern auch den in Republiken unvermeidlichen Kampf um die Herrschaft im Innern bestehen müssen. Es ist für die Mitwelt ziemlich gleichgültig zu wissen, ob Costa, Duarte Leite oder Vasconcellos zeitweilig Ministerpräsident ist, ebenso ob man sich in der Kammer bloß zankt und beschimpft oder auch prügelt, und ob die täglichen Tumulte, Streiks, Arbeiterrevolten in Lissabon, Oporto oder sonstwo stattfinden. Das ist um so gleichgültiger, als die Nachrichtenzensur und die Verbreitung offizieller Lügennachrichten ebenso oder vielleicht noch ärger betrieben werden, wie unter der Monarchie. Im August war das Land sogar zwölf Tage lang ohne

Minister, die Straßenbahner streikten in Lissabon und es herrschte völlige Anarchie. Das Jahr schloß mit einer abermaligen Ministerkrise, überfüllten Gefängnissen, in denen alle den Gewalthabern mißliebigen Persönlichkeiten saßen, und einem ausgesprochenen Defizit, nachdem man bisher die Bevölkerung mit großtönenden Worten des Gegenteils versichert hatte. Von einer Wiederherstellung der Monarchie kann trotz der heillosen Zustände noch kaum die Rede sein. Zwar fand in den ersten Tagen des Februar in Dover wieder eine Zusammenkunft des vertriebenen Königs Manuel mit seinem Vetter, dem Prätendenten Don Miguel von Braganza statt, doch scheint das Elend der portugiesischen Bevölkerung noch nicht groß genug zu sein, daß sie den einmütigen Schrei nach einem König erhebt, der der Konventswirtschaft in Lissabon das Ende bereiten soll. Ein vorzeitiges Eingreifen wäre politisch unklug und würde der Bevölkerung nicht einmal nützen.

Balkanhalbinsel.

Der abgesetzte Sultan Abdul Hamid hatte große Schwächen, aber noch größer sind die des parlamentarischen Regierungssystems, das eben für die Türkei nicht paßt. Die Revolution war von dem nicht schlechtesten Teile des Offizierskorps ausgegangen, und man hätte darum erwarten sollen, daß mit der Reform der vernachlässigten Armee ernstlich begonnen würde, man hat auch verbessert, aber dabei das Offizierskorps in die politischen Kämpfe hineingezogen. Hätte man dagegen die Sache beim richtigen Ende angefaßt, so würde weder Italien seine Eroberung von Tripolis, noch der sonst niemals zusammengekommene Balkanbund seinen Raubkrieg gegen die Türkei gewagt haben. Vor 25 Jahren hat Abdul Hamid dem König Oskar von Schweden gesagt: „In unserem Islam liegt unsere Einigkeit und unsere Stärke. Nehmen Ew. Majestät dem Soldaten den Glauben, daß sein Tod auf dem Schlachtfelde ihm das Paradies mit den schönsten Houris öffnet, so wird sein Mut und seine Freudigkeit, mit der er jetzt kämpft und Großes vollbringt, wankend werden. Der Islam ist die feste Stütze des Kalifen, und ein Sultan ist in erster Linie Kalif und dann erst Herrscher.“ Er führte weiter aus, daß er deutsche Offiziere für die Reform der Armee berufen habe. „Es ist der Anfang, und nur langsam kann es sich weiterentwickeln, soll es zum Segen für mein Volk werden, das bisher streng abgeschlossen und allein lebte. Ich bin nicht für eine Kultur, die nur Sozialdemokraten ins Land bringt, mit jenen Ideen der Aufklärung, die nur den einfachen Mann irreleiten... Niederreißen ist leichter als Aufbauen, nur auf festem Fundament kann man Großes aufbauen. Ich arbeite an dem Fundament, damit meine Nachkommen ihr Reformreich darauf aufbauen können. Sonst würde das ganze Gebäude zusammenstürzen und unter den Trümmern die Reformen begraben, die nicht die Zeit der Reife abwarten konnten.“ Man wird dagegen nur einwenden können, daß Abdul Hamid mit seinen Reformen wohl etwas rascher hätte fortschreiten können, aber im großen und ganzen hat das Jahr 1912 bewiesen, daß er recht hatte. In vier Jahren haben die aus Paris eingeschleppten jungtürkischen Ideen das Reich zu Grunde gerichtet, die hergebrachte Serailwirtschaft hätte es nicht so schnell fertig gebracht.

Bei Beginn des Jahres war die politische Weisheit des Jungtürkentums zu Ende. Statt das Geld zu schaffen, das man für die Reformen dringend brauchte, hielt man unnütze Reden und stritt um Verfassungsphrasen. Verfassung und Wahlrecht ist ja überall der Stein der Weisen aller politischen „Reformer“ gewesen, ohne daß sie ihn je gefunden hätten. Am 18. Januar wurde das erste türkische Parlament aufgelöst, nachdem es drei Jahre außer Reden herzlich wenig geleistet hatte. Mitte Februar sollte auch der Belagerungszustand in Konstantinopel aufgehoben werden, im Ministerium herrschten aber Uneinigkeit und Zerfahrenheit, die jede Tätigkeit lähmten. In Saloniki beriet vergeblich eine Reformkommission für Mazedonien, den Albaniern bot man Reformen an, die sie gar nicht mochten, der Minister des Äußern, Assim Pascha, sah die Beziehungen zu den Balkanstaaten am 23. März noch im rosigsten Lichte; die den Jungtürken feindlichen — früher selbst jungtürkischen — Liberalen schwärmten für England, von dem sie irgend etwas erwarteten oder hofften. Durch ungeheuren Wahldruck erlangten die Jungtürken eine überaus große Mehrheit. Sie herrschten nun im Parlament, aber gerade darum desto weniger im Lande. Am 18. April eröffnete der Sultan das Parlament mit einer Thronrede, obwohl die Wahlen kaum zur Hälfte vollzogen waren. Die Thronrede führte eine sehr stolze Sprache gegen Italien. Das englische Balkankomitee war schon seit Neujahr wieder an der Arbeit und veröffentlichte ein aufreizendes Manifest über Reformen in Mazedonien, die Lage in Albanien verschlimmerte sich und Anfang Mai begannen Unruhen. Durch Irade des Sultans wurde ein Vilajetgesetz erlassen, das eine Art von Selbstverwaltung anbahnen sollte. In der Kammer bestand schon Mitte Juni kein Zusammenhang mehr zwischen der Regierung und ihrer großen Mehrheit, in Albanien begannen Offiziere und Soldaten zu den Aufständischen überzugehen, auch in der Flotte gärte es. Die Unzufriedenheit richtete



Sultan Mohammed V.

sich ausschließlich gegen die Jungtürken und zeigte sich nicht bloß in Albanien. Die Regierung stellte wohl so ziemlich alles in Abrede, ließ aber mit den Meuterern unterhandeln und in der Kammer Bestimmungen gegen politische Bestrebungen in der Armee förmlich durchpeitschen. Sie sandte auch den als Unterdrücker des ersten Albanieraufstandes bekannten Dschawid Pascha als Kommandanten nach Monastir. Am 10. Juli trat der Kriegsminister



Großwesir Achmed Mukthar Pascha.

Mahmud Schewket zurück, worin man eine Genugtuung für die aufgeregte Stimmung im Offizierskorps erblicken wollte. Mit ihm, der die letzten Jahre die einzige wirkliche Autorität im Staate vertreten hatte, war aber dem jungtürkischen Regiment der eigentliche Halt genommen worden.

Schon am 17. Juli trat das Ministerium Said Pascha zurück, nachdem es eben erst nach einer rosig gefärbten Darstellung der inneren und äußeren Lage von der Kammer ein Vertrauensvotum mit 194 gegen 4 Stimmen erhalten hatte. Es fand keinen Kriegsminister, auch Mahmud Mukthar hatte Bedingungen in bezug auf die Vorgänge in Albanien gestellt, die Said Pascha nicht annehmen wollte. Am 21. wurde den Zeitungs- und Parteipolitikern gänzlich unerwartet der greise Achmed Mukthar Pascha Ghazi zum Großwesir ernannt, der Sultan entließ die Jungtürken aus seiner Umgebung und kündete auch eine Wendung in der albanischen Politik an. Der Sohn des Großwesirs und Kriegsminister Mukhtar Pascha wurde zu Verhandlungen nach Albanien entsendet, am vierten Jahrestag der Verfassung (23. Juli) in Konstantinopel der Belagerungszustand aufgehoben. Bei der allgemeinen Befriedigung der Bevölkerung hütete sich die jungtürkische Kammermehrheit, Opposition zu machen. Der Sultan erließ eine Proklamation an die Armee, die an den Treuschwur mahnte. Die programmatische Erklärung der Regierung erhielt in der Kammer am 30. ein Vertrauensvotum mit 113 gegen 45 Stimmen. Trotzdem hatte die Regierung die Absicht, sich der unter so bedenklichen Umständen gewählten Kammer zu entledigen, womit auch die unzufriedenen Albanier einverstanden waren. Infolgedessen sprach die Kammer am 5. August der Regierung ihr Mißtrauen aus und vertagte sich selbst, um der im Senat bereits beschlossenen Auflösung zu entgehen, die aber trotzdem erklärt wurde. Um etwaigen Unruhen vorzubeugen, wurde über Konstantinopel der Belagerungszustand auf vierzig Tage verhängt. In Albanien trat leidliche Ruhe ein, Albanesen und türkische Soldaten waren eines Sinnes. Aber schon zeigte sich die Begehrlichkeit Montenegros. König Nikita benützte einen der nicht seltenen Grenzzwischenfälle zu einer drohenden Haltung und wurde nur durch das entschiedene Eingreifen Rußlands von Feindseligkeiten abgehalten. Mitte August regte Graf Berchtold einen Meinungsaustausch der Mächte über die Lage an, um die Türkei zu einer Art Dezentralisation und die Balkanstaaten zur Mäßigung ihrer Forderungen zu Gunsten ihrer Stammesgenossen in Mazedonien zu veranlassen. Inzwischen hatten sich aber die Balkanstaaten zur Beraubung der Türkei verbündet, eine günstigere Gelegenheit, eine größere Zerrüttung war in Zukunft kaum zu erwarten. Die Seele des ganzen war König Ferdinand von Bulgarien. Die Anregung Iswolskis zu einem Balkanbund (die Türkei eingeschlossen) gegen Österreich-Ungarn war zwar seinerzeit gescheitert, hatte aber zu gewissen Annäherungen geführt. König Ferdinand hatte den schleppenden Verlauf des italienisch-türkischen Krieges und die fortschreitende Verworrenheit in Stambul aufmerksam verfolgt, ein plötzlicher Überfall mußte die ganze dortige Wirtschaft niederrennen. Schon am 15. März kam der Vertrag mit Serbien zu stande, der mit Griechenland am 23. Mai, auch mit Montenegro wurde eine Vereinbarung getroffen. Die Verträge wurden sehr geheim gehalten, und König Ferdinand machte Friedensbesuche in Wien und Berlin. Es muß hier eingeschaltet werden, daß die vier Balkankönige der sich immer steigernden politisch-nationalen Stimmung ihrer Bevölkerung gegenüber sich zu einer kriegerischen Tat entschließen mußten, wollten sie nicht ihre Dynastien gefährden. Die Großmächte erkannten erst im August, daß ein Balkanbund mit sehr begehrlichen Zielen existiere, und suchten, den glimmenden Brand zu löschen. Die größten Feinde der Montenegriner, Serben, Griechen und Bulgaren sind nun gar nicht die Türken, sondern die Albanier, deren Friedensschluß mit der Pforte jetzt die Zirkel des Balkanbundes erheblich störte. König Nikita machte darum kurzen Prozeß und eroberte die türkische Stadt Berana im Sandschak. Am 27. August wurde im Ministerrat in Sofia der Angriff auf die Türkei beschlossen, und es kam nur noch darauf an, den Überfall möglichst geheim zu halten und ihn dann unvermittelt erfolgen zu lassen. Von dieser Zeit an war wenigstens bei Montenegro und Bulgarien die Absicht unverkennbar, eine Kriegsursache gegen die Türkei



Nikolaus,
König von Montenegro.

herbeizuführen. Statt die Gefahr zu merken, hatten die zur Herrschaft gelangten Liberalen in Stambul nichts Eiligeres zu tun, als durch Beseitigung der jungtürkischen Beamten ihre Leute in Stellung zu bringen. Der Großwesir verließ sich im übrigen auf den Schutz der Mächte, obwohl ihm ihre Reformvorschläge nicht gerade anmuteten.

Die Albanesen erkannten die Sachlage richtiger und bemächtigten sich aller im Lande vorhandenen Waffen, denn sie wußten, was ihnen von ihren Todfeinden bevorstand. Die Nachrichten über Rüstungen in den Balkanstaaten mehrten sich, und die Pforte teilte in der zweiten Hälfte des September einen Reformentwurf für Rumelien und Albanien mit, der den Vorschlägen des Grafen Berchtold und der Mächte ziemlich entsprach, nicht aber dem Plane des zum Losschlagen bereiten Balkanbundes. Die Mächte, insbesondere Österreich-Ungarn und Rußland, mahnten nachdrücklich zum Frieden, die bulgarische Regierung hatte aber die Dreistigkeit, am 27. September bei den Mächten gegen türkische Rüstungen zu protestieren, und Pasitsch versicherte in Belgrad, es bestehe keine Kriegsgefahr. Die Kriegsbefürchtungen stiegen, Lügenberichte über den Ausbruch des Krieges zu Börsenzwecken folgten, und am 1. Oktober gaben die Balkanmächte wie die Türkei die Mobilisierung bekannt. Die Mächte hatten sich auf den Standpunkt des status quo geeinigt (wobei die Einigung die Hauptsache war), an dessen Erschütterung auch bei einem Balkankriege damals kein Mensch ernstlich glaubte, und setzten ihre Vermittlungsversuche fort; sie drängten namentlich die Pforte zur schleunigen Durchführung der Reformen, die ja auch die Balkanstaaten als Ursache ihrer Rüstungen zu bezeichnen für gut hielten. Die Pforte versprach die Durchführung der schon 1880 in Aussicht gestellten Reformen, und die Balkanmächte produzierten dafür ihr Programm. Alles geschah bloß, um Zeit für die Vollendung der Rüstungen und des Aufmarsches der Armeen zu gewinnen. Griechenland hielt aber den Zeitpunkt für gekommen, die Annexion von Kreta auszusprechen. Auch Montenegro konnte die Zeit nicht mehr erwarten und erklärte schon am 8. Oktober den Krieg. Alle Welt vermutete, daß wenigstens das nichtoffizielle, wenn nicht gar das offizielle Rußland dahinter stecke, erst später hat sich herausgestellt, daß der Grund in König Nikitas Börsenspekulationen lag. Die drei anderen Verbündeten folgten erst am 17. mit der Kriegserklärung nach, nachdem die türkische Regierung wegen einer serbisch-bulgarischen Drohnote die Gesandten dieser Staaten aufgefordert hatte, die Türkei sofort zu verlassen. Ein türkischer Versuch, Griechenland dem Balkanbunde abspenstig zu machen, war erfolglos geblieben. Nun folgte eine Zeit der abenteuerlichsten Kriegsnachrichten. Aus durchsichtigen Gründen ließen die Kriegführenden keine Berichterstatter zu, und diese waren auf Gerüchte angewiesen. Auch die offiziellen Berichte ließen an Wahrheitsliebe sehr zu wünschen übrig. Für alles wurde das Wort Disraelis wieder wahr und lebendig: „Bei Nachrichten aus dem Orient glaube nicht einmal deiner Schwiegermutter."

Die Pforte hatte sich vollkommen überrumpeln lassen. Bald zeigte sich, daß außer den bisher unter deutschen Offizieren gestandenen Musterformationen auch gar nichts in Ordnung war und über gar nichts ein Plan bestand. Was man hatte, wurde zusammengerafft und gegen den Feind geworfen, Nizams und alte Redifs, die nicht einmal das Gewehr kannten, standen nebeneinander. Es fehlte an Offizieren, und die da waren, konnten infolge des neuen Parteizwistes sich als Jungtürken, Liberale und Alttürken gegenseitig nicht ausstehen. Es kann darum nicht



Nazim Pascha,
Kriegsminister, Oberkommandant der türkischen Streitkräfte.

wundern, daß die Leistungen der türkischen Armee auch noch hinter den bescheidensten Erwartungen weit zurückblieben. Die militärische Veranlagung allein macht es eben nicht aus. Das zeigte sich auch bei den Montenegrinern, deren sogenannte Armee von moderner Gefechtsweise keine Ahnung hat. Eine gute Schulung zeigten dagegen die Serben, noch mehr die Griechen, die unter dem Kronprinzen Konstantin binnen kurzem gut ausgebildet worden waren, am höchsten stand die bulgarische Armee, die König Ferdinand mit vollem Bewußtsein in zwei Jahrzehnten herangebildet hat. Ihr fiel auch die schwerste Aufgabe des Krieges zu, der Kampf mit der türkischen Hauptarmee auf dem Vormarsche gegen Konstantinopel. Dieser war gesperrt durch die Festung Adrianopel, die übrigens durchaus keine moderne Festung ist, aber einge-

schlossen und östlich umgangen werden mußte. Infolgedessen stieß man am 22. Oktober auf die einigermaßen vorbereitete, aber keineswegs befestigte Stellung der Türken unter Abdullah Pascha bei



Prinzessin Elisabeth von Rumänien.

Kirk Kilisse. Der Kampf dauerte drei Tage, die Türken gingen — flohen zum Teil — in eine Stellung zwischen Bunar Hissar und Lüle Burgas zurück, wo sie der Oberbefehlshaber Nasim Pascha sammelte und in Gefechtsordnung brachte mit Hilfe neuer Zuzüge über Konstantinopel. Die Bulgaren erschienen am 28. vor dieser Stellung und zwangen in verlustreichen Kämpfen am 29.—31. die Türken, die auf dem rechten Flügel unter Mukhtar Pascha zeitweilig große Vorteile erstritten hatten, zum Rückzuge auf Tschorlu. Der Großwesir Mahmud Mukhtar Pascha Ghazi trat darauf zurück und wurde durch Kiamil Pascha ersetzt, was bedeutete, daß man die letzte Hoffnung auf England setzte. Er wendete sich wiederholt um Friedensvermittlung an die Mächte. Mit Unterstützung Rußlands hatte Poincaré eine Art Vermittlerrolle angenommen, die an die Stelle des nicht mehr aufrechtzuerhaltenden status quo die vollständige Enthaltung setzen wollte, was Österreich-Ungarn selbstverständlich ablehnte und ausdrücklich verlangte, daß Serbien nicht durch Albanien an das Adriatische Meer vordringen dürfe, womit auch Italien einverstanden war. Englisch-französische Bestrebungen, einer europäischen Konferenz alle Regelungen und Streitfragen zuzuschieben, fanden beim Dreibund kein Gehör. Am 14. November teilten die Großmächte in Sofia den Wunsch der Pforte auf Vermittlung mit, und Kiamil-Pascha wendete sich an den König Ferdinand wegen eines Waffenstillstandes. In Konstantinopel und unter den türkischen Truppen, die sich von Tschorlu auf die Tschadaldschalinie zurückgezogen hatten, herrschte die Cholera. Wegen der in Stambul sehr schwankend und reizbar gewordenen Stimmung der Bevölkerung ließen die Mächte am 18. Matrosen zum Schutze der Gesandtschaften landen, an der Tschadaltdschalinie hatte das Artilleriegefecht bereits begonnen, die Pforte lehnte zwar die Friedensbedingungen der Balkanstaaten ab, führte aber die Verhandlungen weiter.

Die Tätigkeit der anderen Mitglieder des Balkanbundes war inzwischen von geringerer militärischer, aber größerer geographischer Tragweite gewesen. Montenegro hatte begreiflicherweise wenig geleistet. Es hatte mühelos mit den Serben einen Teil des Sandschaks besetzt und sich zugleich gegen Skutari gewendet mit der ruhmredigen Ankündigung, es zu stürmen und zu behalten. Aber obgleich — ganz wie einst bei Saarbrücken — Prinz Peter den ersten Kanonenschuß abfeuerte und der Welt die Einnahme jeder Kaula (befestigtes Blockhaus) als Eroberung einer Festung verkündet wurde, war man zu Ende des Jahres kaum weiter als beim Kriegsausbruch, obgleich die rückständige Gefechtsweise Menschenopfer genug gekostet hatte. Serbien hatte nur zwei schwache türkische Armeekorps gegen sich, die sich höchstens auf verfallenen Befestigungen stützen konnten. Nach mehrtägigen Kämpfen bei Kumanowo waren mit bulgarischer Hilfe am 24. Oktober die Türken aus dem Felde geschlagen, und die Serben konnten nun beinahe ungehindert fast ganz Mazedonien mit seinen Hauptplätzen besetzen, auch gegen den ausgesprochenen Willen Österreich-Ungarns weit in Albanien und bis Durazzo vordringen und an der wehrlosen Bevölkerung den alten Stammeshaß fühlen. Die Griechen rückten fast ohne Widerstand im Epirus ein, ohne aber Janina erobern zu können. Glücklicher waren sie in der Richtung auf Saloniki, wo sie schon am 9. November nach wenig belangreichen Gefechten einziehen konnten. Zugleich waren aber auch bulgarische Truppen erschienen, und es kam zu Reibereien, denn König Ferdinand hatte nach seinen Siegen über die türkische Hauptarmee sein Auge auch auf Saloniki geworfen. Er erschien dann auch, gewissermaßen um sein Mitbesitzerrecht zu wahren, am 19. Dezember zum Besuch bei dem in Saloniki weilenden König Georg; trotz der gewechselten höflichen Toaste verlief die Begegnung ziemlich kühl. Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei waren fortgesetzt worden, die Mächte, Rußland voran, drängten zum Frieden, Montenegro wollte aber vorher Skutari, Griechenland Janina erobert haben, in Albanien erließ eine Notabelnversammlung die Unabhängigkeitserklärung. Ende



Ferdinand,
König der Bulgaren.

November hatte England zum Meinungsaustausch über die Balkanfragen eine Botschafterkonferenz in London durchgesetzt, am 4. Dezember wurde der Waffenstillstand unterzeichnet, nur Griechenland schloß sich aus. Nun kamen die Kriegführenden bald überein, daß die Friedensverhandlungen auch in London stattfinden sollten. Am 17. wurde sowohl die Botschafterkonferenz als auch die Friedenskonferenz eröffnet. Daß die Botschafterkonferenz dem Standpunkte Österreich-Ungarns über Albanien und die serbische Hafenfrage zustimmte, ließ auf eine rasche Einigung der Mächte über die Regelung aller Balkanfragen schließen, trotz der noch weit auseinandergehenden Ansichten und Absichten der Kriegführenden.



(Hofphot. Karatojanoff, Sofia.)
Kronprinz Boris von Bulgarien.

Rumänien. Das Königreich hat auch im abgelaufenen Jahre die enge Stellung zum Dreibund festgehalten und sich von der Erwerbsgenossenschaft des Balkanbundes ferngehalten. Schon Ende Juni hatte der Ministerpräsident Majorescu Besprechungen mit dem Grafen Berchtold in Wien, die unstreitig mit den sich auf dem Balkan vorbereitenden Ereignissen zusammenhingen, und im September wurde ein festes Abkommen mit Bulgarien über die Neutralität Rumäniens abgeschlossen. Nach den großen bulgarischen Erfolgen erschien am 9. Dezember der bulgarische Sobranjepräsident Danew zu neuen Verhandlungen in Bukarest. Für die Wertschätzung der Politik des Königs Karl und seiner Minister bei den Höfen sind schon mehrere Beispiele angeführt worden. Die Ernennung des Königs zum russischen Feldmarschall bei seinem fünfzigjährigen Militärjubiläum ist auch bereits erwähnt worden, aber es muß noch hervorgehoben werden, daß Kaiser Nikolaus am 7. Dezember, also nach den Entscheidungen des Balkankrieges, den Großfürsten Nikolaus Michailowitsch ausdrücklich zur Überreichung des Marschallstabes entsendete. Dieser überbrachte ein überaus liebenswürdiges Handschreiben des Kaisers, und seine zweitägige Anwesenheit in Bukarest bildete eine ganze Reihe glänzender Feierlichkeiten und Festlichkeiten. Die inneren politischen Verhältnisse des Landes erscheinen weniger günstig. Zwei Ministerwechsel in einem Jahre sind eigentlich zu viel. Wegen der im Vorjahre erwähnten Mißstände bei der Bukarester Tramwaygesellschaft trat am 10. April der Ministerpräsident Carp mit zwei Kollegen zurück und erhielt im Minister des Äußern Majorescu einen Nachfolger. Eine Änderung der politischen Richtung war damit nicht beabsichtigt, ebenso nicht mit der Neubildung des Kabinetts Majorescu Ende Oktober, die bloß den Zweck hatte, hauptsächlich durch Aufnahme Take Jonescus der Regierung in Betracht der Umwandlungen auf der Balkanhalbinsel eine breitere Grundlage zu geben. König Karl konnte am 9. Dezember bei Eröffnung der neugewählten Kammer in der Thronrede versichern, daß Rumänien sich „des besonderen Vertrauens der Großmächte zu erfreuen" habe, und die Kammer nahm die Antwortadresse darauf einstimmig an.

Bulgarien. Die Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen Boris und das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum des Königs Ferdinand haben den Bulgaren reichlich Gelegenheit geboten, ihre unsicheren monarchischen Gefühle zu stärken und zu überlegen, was sie der zielbewußten Regierung des Königs verdanken. Der große Sieg über die Türkei kann dieser Gedankenrichtung nur förderlich sein. Die Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen fand am 2. Februar mit großen Feierlichkeiten statt. Kaiser Wilhelm hatte den Prin-



General Sawow, Generalissimus der bulgarischen Armee.

zen Friedrich Leopold, Kaiser Nikolaus den Großfürsten Andreas Wladimirowitsch entsandt. Die Bevölkerung nahm in Sofia wie an den in anderen Städten veranstalteten Feiern lebhaften Anteil. Einen wesentlich intimeren Charakter trug das Regierungsjubiläum am 15. August, das in Tirnowa mit Festgottesdienst und Parade gefeiert wurde. Der König erließ eine Kundgebung an die Bevölkerung. Zwei Monate darauf erfolgte die mit Begeisterung aufgenommene Kriegserklärung. Die Thronrede, mit der König Ferdinand am 15. Dezember die außerordentliche Sitzung der Sobranje eröffnete, führte eine den Verhältnissen entsprechende würdige Sprache. Die für den Krieg geforderten 50 Millionen wurden bewilligt, die Stimmung in der Kammer war für einen Einzug in Konstantinopel.



Nicola Pasitsch, serbischer Ministerpräsident.

Serbien zeigte bis zum Ausbruch des Krieges abermals das Bild eines unfertigen, noch wenig geordneten Staates mit einem in politischen Dingen unbewanderten und unentschlossenen Monarchen, der am wenigsten verstand, der dem Lande nur nachteiligen, ohne Rußlands garantierte Hilfe sogar höchst gefährlichen Hetze gegen Österreich-Ungarn entgegenzuwirken. Im Januar trat Kronprinz Alexander als Generalinspektor der Armee zurück, weil der Kriegsminister nicht im stande war, den Geheimbünden im Offizierskorps entgegenzuwirken. Anfang Februar trat das Kabinett Milowanowitsch zurück, das ihm folgende umgewandelte Ministerium löste am 14. die Kammer auf, die Neuwahlen im April brachten eine noch zerfahrenere Kammer. Der verdienstvolle Dr. Milowanowitsch starb am 1. Juli, sein Nachfolger Trifkowitsch trat schon Anfang September zurück, und dann kam der besonders dreibundfeindliche Pasitsch wieder, der es Ende des Jahres auch so weit gebracht hatte, daß ein kriegerisches Einschreiten Österreich-Ungarns nicht mehr unwahrscheinlich erschien.



Peter I., König von Serbien.



Georg, König der Hellenen.

Griechenland hat in dem Kreter Weniselos einen geschickten Staatsmann erhalten, der auch im Jahre 1912 das Staatsschiff zu steuern verstand. Er leitete die Kammer vollkommen nach seinem Willen, selbst in der heiklen kretischen Frage. Die Neuwahlen im März befreiten ihn auch von seinem letzten namhaften Gegner Rallis. Er brachte auch ein gutes Verhältnis zum Königshause fertig, sowie am 8. April die Ernennung des Kronprinzen Konstantin zum Generalinspektor des Heeres. Der Kronprinz war schon früher bis zu den antidynastischen Kammerintrigen der Zeit vor Weniselos Oberbefehlshaber gewesen. Dieser scheute sich auch gar nicht vor der unpopulären Maßregel, den kretischen Abgeordneten den noch nicht zeitgemäßen Zutritt zur Kammer durch Militär zu wehren. Er war sehr für den Balkanbund tätig, und König Georg mußte in den letzten Septembertagen seinen Aufenthalt in Kopenhagen vorzeitig abbrechen, um noch vor dem Ausbruch des Krieges sein Land zu erreichen. Jetzt vereinigte Weniselos Kreta mit Griechenland. Wegen seiner Erfolge im Kriege wurde Kronprinz Konstantin am Ende des Jahres auf einstimmigen Beschluß des Ministerrates zum General ernannt, was allgemeine Zustimmung fand. Dieser Titel stand bisher bloß dem König zu.

Amerika.

In den Vereinigten Staaten gingen im vergangenen Jahre die politischen Wogen sehr hoch, höher als sonst in den Jahren der Präsidentenwahl. Es handelte sich um den letzten Kampf gegen die Herrschaft der Trusts, deren Macht längst nicht mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse allein beherrschte. Der Wahlkampf ist drüben noch mehr wie anderswo eine Geldfrage, und in der Regel siegt der vollste Beutel. Wenn es anders kommt, wenn der reichste Geldsack trotz Unterstützung

der Regierungsgewalt der herrschenden Partei nicht mehr den Wahlerfolg durchsetzt, dann muß eine tiefgehende Verstimmung im Volke vorhanden sein, die solche Schwierigkeit zu überwinden vermag. Diese Verstimmung war vorhanden. Es ist hier vor vier Jahren vorausgesagt worden, daß die Wortbrüchigkeit Tafts, der nach seiner Wahl die vorher gemachten Zusagen in bezug auf die Trusts zurücknahm, für die republikanische Partei bedenkliche Folgen haben müsse. Diese sind eingetreten, die Demokraten sind ans Ruder gekommen, und auch der Versuch der sogenannten „Insurgenten", an deren Spitze sich schließlich der als Parteikandidat abgelehnte Roosevelt stellte, durch eine trustgegnerische republikanische Richtung die Partei selbst zu retten, ist mißlungen. Mit einer ganz unerwarteten Mehrheit sind die Demokraten seit längerer Zeit wieder an die Staatsleitung gekommen, und man hat daher mit einem Wechsel des Regierungssystems zu rechnen, der wohl zu Gunsten des Landes ausfallen dürfte, da nach den Anschauungen der Gegenwart eine gemäßigte Zollpolitik von Vorteil für die Volkswirtschaft eines Landes ist, während Hochschutzzölle zur Trustbildung im ungesunden Sinne verleiten und selbst eine Gefahr für den Staat werden können.

Das ist alles ganz richtig, aber man muß sich hüten, die nordamerikanischen Verhältnisse mit europäischem Maße zu messen oder gar nach europäischen Lehrmeinungen zu beurteilen. Allerdings ist der Kandidat der demokratischen Partei, Woodrow Wilson, früher Professor der Geschichte, später Gouverneur von New Jersey, mit großer Mehrheit gewählt worden. Er ist Demokrat, und die Demokraten sind Gegner der Schutzzölle; daraus schließen viele Leute, daß nun ein vollkommener Umschwung in der Wirtschaftspolitik der Union zu erwarten sei. Wilson, der sich vor seinen Vorgängern durch größere Ruhe und wirksamere Verwendung des Wortes auszeichnet, hat sich bereits über den Umfang einer Tarifreform geäußert, und es besteht auch kein Zweifel darüber, daß er in diesem Sinne vorgehen wird. Aber für freihändlerische Hoffnungen, wie sie früher häufig an einen Wahlsieg der Demokraten geknüpft zu werden pflegten, besteht keine Aussicht, denn Wilson hat auch erklärt, daß die finanziellen Verhältnisse der Union die Grenze für die Verkürzung der Tarifsätze vorschreiben, und mehr wie 300 Millionen Dollars dürfe die Mindereinnahme nicht betragen. Das ist nicht viel, und dürfte bei den bekannten nordamerikanischen Zollschererereien den Ausländern kaum die erhofften Vorteile bringen. Auf diesem Wege wird auch Wilson nicht die Trusts beseitigen. Ob er es durch eine geeignetere Gesetzgebung als die jetzige versuchen und auch durchsetzen wird, ist im Erfolge noch abzuwarten.

Politische Jahresereignisse.

Das ganze Jahr wurde so vollständig von der Präsidentenwahl beherrscht, daß weitere politische Ereignisse daneben gänzlich verschwinden. Wegen der bereits demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhause war neben dem republikanischen Senat schon im Vorjahre die gesetzgeberische Tätigkeit gleich Null gewesen, und jetzt konnte es nicht anders sein. Gleich nach Neujahr verschärfte sich die Gegnerschaft zwischen Roosevelt und Taft weiter, das Streitobjekt bildeten die mit England und Frankreich vereinbarten Schiedsgerichtsverträge, die auch der Senat nicht mochte. Am 25. Februar erklärte Roosevelt, er werde eine ihm angebotene Präsidentschaftskandidatur annehmen. Am 7. März nahm der Senat mit 76 gegen 3 Stimmen die Schiedsgerichtsverträge an, nachdem die Fragen, die die



Dr. Woodrow Wilson, Präsident.

Monroedoktrin und die Einwanderung berühren, sowie die Einsetzung einer internationalen Kommission für die Festsetzung der Schiedsgerichtsgegenstände ausgeschlossen worden waren. Damit hatten die Verträge jeden Wert verloren, und Taft hatte eine empfindliche Niederlage erlitten. Der Kampf zwischen Roosevelt und Taft wurde inzwischen immer hitziger, und die Union erlebte zum erstenmal das Schauspiel, daß der jetzige und ein früherer Präsident einander gegenseitig mit Schmutz bewarfen. Bei den Vorwahlen für den republikanischen Konvent gab es für jeden der beiden Kämpen unerwartete Erfolge und empfindliche Niederlagen, die Roheit der Kampfweise nahm täglich zu, und Roosevelt war dabei seinem Gegner immer um einige Nasenlängen voraus. Nachdem Taft auch in seiner Heimat Ohio durchgefallen war, schien es, als ob Roosevelt sicher im Vorteil sei. Daß der alle Kreise vollständig in Anspruch nehmende Streit in der republikanischen Partei nur den Demokraten, in deren Lager noch vollkommener Wirrwarr herrschte, zu gute kommen mußte, wurde im Kampfeseifer vollständig unbeachtet gelassen.

Bevor das Duell Taft-Roosevelt in Chikago ausgekämpft wurde, erlebte die Union eine alle Kreise anziehende Ablenkung freundlicher Natur durch den Besuch eines deutschen Geschwaders vom

3. bis 13. Juni. Seit der Ausstellung von Jamestown vor fünf Jahren mit dem internationalen Flottenbesuch hatte die meilenlange Reede von Hampton Roads in Virginien noch nicht wieder ein ähnliches festliches Marineereignis gesehen. Die gesamte Atlantische Kriegsflotte war vereinigt, und unzählige Fahrzeuge sowie eine sich bis ans Wasser drängende Menge am Ufer waren zum festlichen Empfang des deutschen Geschwaders versammelt. Seit den letzten fünf Jahren hatte sich ein bedeutender Fortschritt im Schiffsbau geltend gemacht und zeigte sich ebenso in dem Panzerkreuzer „Moltke" wie in der Front der amerikanischen Geschwader. Der Flottenbesuch galt als Erwiderung des vorjährigen Besuches eines amerikanischen Geschwaders in Kiel, und die nordamerikanische Regierung hatte nichts unterlassen, um die damals genossene Gastfreundschaft in der glänzendsten Weise zu würdigen und zu erwidern. Außerdem hatten die Deutschamerikaner, deren Nationalbewußtsein sich seit dem Besuche des Prinzen Heinrich so gewaltig gestärkt hat, eine ganze Reihe von Veranstaltungen getroffen, um die durch ihr Auftreten die Herzen gewinnenden Vertreter der Wehrmacht der Heimat zu feiern und sich ihrer zu erfreuen. Es würde weit über den Rahmen dieser Darstellung hinausgehen, sollten diese gar nicht unbedeutenden Vorgänge eingehend beschrieben werden. Hier kann nur die Erwähnung des Wichtigsten Raum finden. Das unter dem Vizeadmiral v. Rebeur-Paschwitz stehende deutsche Geschwader bestand außer dem bereits erwähnten „Moltke" aus den Turbinenkreuzern „Bremen" und „Stettin", lauter Schiffen vom neuesten Typ, die bei Sachkennern die größte Anerkennung fanden. Präsident Taft war mit Gemahlin und dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff persönlich beim Empfang anwesend, machte auf der „Moltke" einen Besuch und gab auf der Präsidentenjacht „Mayflower" den Kommandeuren auf beiden Flotten ein Frühstück. Abends war ein Bankett auf dem Flaggschiff „Florida", wobei Admiral Ward in deutscher Sprache auf den Kaiser Wilhelm, Admiral v. Rebeur-Paschwitz in englischer Sprache auf den Präsidenten Taft toastete. Präsident Taft wechselte mit dem Deutschen Kaiser Begrüßungsdepeschen. Von weiteren Veranstaltungen seien als die wichtigsten nur angeführt: ein Diner beim Präsidenten Taft und ein Frühstück beim Grafen Bernstorff in Washington, der Besuch der Kriegsschule in Annapolis und der Grabstätte Washingtons in Mount Vernon. Den Beschluß bildete ein dreitägiger Aufenthalt in dem festlich geschmückten New York, wo die Stadtvertretung, deutsche Vereinigungen und hervorragende Notable wetteiferten, den deutschen Gästen aller Grade durch festliche Veranstaltungen der mannigfachsten Art Ehre und Gastfreundschaft zu erweisen. Die deutschen Schiffe wurden auch durch zahlreichen Besuch ausgezeichnet, der freigegeben wurde, soweit es der Dienst gestattete. Zur Revanche gab das Geschwader am 11. auf allen drei Schiffen ein Fest. Die amerikanischen Blätter waren über alles des Lobes voll, und der Eindruck wird nachhaltig bleiben, mag auch die Stimmung in der Union darum etwas deutschfreundlicher gewesen sein, weil man gerade Ursache genug hatte, mit England unzufrieden zu sein. Bemerkenswert ist, daß viele Nordamerikaner in der Anwesenheit je eines Prinzen von Reuß und von Hessen eine besondere Auszeichnung zu erblicken vermeinten. Sie wissen eben nicht, daß in Deutschland auch Prinzen im Heere und auf der Flotte einfach als Offiziere Dienst tun.

Wenige Tage darauf fiel die Entscheidung über die Präsidentenwahl. Die Erbitterung zwischen den Anhängern Tafts und Roosevelts war aufs höchste gestiegen, aber nach fünftägigen Reden und Intrigen wurde auf dem Nationalkonvent zu Chikago am 23. Juni Taft zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten ernannt, obgleich Roosevelt seine Sache mit Energie selbst geführt hatte. Die Mehrheit Tafts war nicht groß, aber 344 Anhänger Roosevelts hatten sich schon der Abstimmung enthalten, weil er selbst die Rechtmäßigkeit des Konvents bestritt und die Bildung einer neuen Partei angekündigt hatte. Vorläufig hatte der Einfluß der Trusts gesiegt. Am 28. begann der Nationalkonvent der Demokraten in Baltimore; als Kandidat galt der schon wiederholt durchgefallene Bryan, was nicht sehr aussichtsvoll aussah. Er wurde aber beseitigt, und nach einer ganzen Reihe unentschiedener Abstimmungen wurde am 2. Juli schließlich Wilson einstimmig ernannt. Roosevelt sah sich durch den Konventsbeschluß in Chikago keineswegs als geschlagen an, sondern pochte auf seine große Volksbeliebtheit und stellte seine Kandidatur als fortschrittlicher Republikaner mit einem ziemlich demagogischen Programm auf. Die Union erlebte damit zum erstenmal den Wahlkampf dreier Parteien, wenn sich Roosevelt auch weiter als Republikaner bezeichnete. Bisher war es üblich gewesen, daß sich nur zwei Parteien um die Beute rauften. Roosevelt wurde am 7. August von einem Konvent in Chikago förmlich als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Ohne besondere Erregung spielte sich inzwischen die Frage der Panamakanalgebühren ab. Schon im März war dem Repräsentantenhause eine Bill darüber zugegangen mit Bestimmungen, die unzweifelhaft eine Bevorzugung der einheimischen Schiffahrt bezweckten. Das widersprach aber dem mit England abgeschlossenen Hay-Pauncefote-Vertrag, und England erhob darum im Juli gegen die Weiterberatung der Bill im Senat Einspruch, um den sich aber die Senatoren wenig kümmerten, auch die Gegner der Bill nicht, denn ihnen lag weniger an England als daran, nicht etwa wieder eine Grundlage für einen neuen Trust zu schaffen. Wegen Unstimmigkeiten zwischen beiden Häusern wurde die Angelegenheit verschoben, England legte aber einen förmlichen Protest ein. Die Wahlagitation für die drei Präsidentschaftskandidaten kam plötzlich zum Stillstand, weil am 14. Oktober in Milwaukee ein sozialistischer ehemaliger Gastwirt Schrank, der ursprünglich aus Bayern stammen soll, einen Schuß auf Roosevelt abfeuerte und ihn nicht ungefährlich an der Brust verwundete. Roosevelt sprach danach noch eine Stunde lang, mußte sich aber später größere Schonung auferlegen. Wilson und Taft erklärten darauf, daß sie gegen den jetzt Wehrlosen den Kampf

einstellen würden, was sehr ritterlich klang und sie von dem Widerwillen erregenden Agitationstreiben erlöste.

Die Wahlen am 5. November ergaben eine große Mehrheit für Wilson, Taft hatte am schlechtesten abgeschnitten und war von Roosevelt weit überholt worden. Es hatten nicht bloß die alten Demokratenstaaten des Südens für Wilson gestimmt, sondern auch zahlreiche Kreise im Norden und Westen hatten sich an Roosevelt und Taft für ihre schwächlichen Angriffsversuche auf die Trusts gerächt. Von dem Demokraten Wilson erwartet man einen ernsten Kampf. Woodrow Wilson stammt aus Staunton in Virginien, ist Jurist, war zuerst Anwalt, dann Professor für Geschichte und Nationalökonomie an mehreren Hochschulen und schließlich für Jurisprudenz und Politik an der Princeton-Universität, deren Präsident (Rektor) er nach zwei Jahren wurde. Der bisher republikanische Staat New Jersey wählte ihn 1910 zum Gouverneur, und Wilson räumte energisch mit der bisherigen Korruptionswirtschaft auf. Das hat ihm den Weg zum Präsidentensessel der Union gebahnt. Mit ihm zugleich hat die demokratische Partei einen Sieg auf der ganzen Linie errungen, der ihre bisherige Mehrheit im Repräsentantenhause verstärkt und ihr auch im Senat, dem Hort und Beschützer des Hochschutzzolles und der selbstsüchtigen Sonderinteressen, eine geringe Majorität verschaffte. Dem neugewählten Kongreß ließ Präsident Taft am 4. Dezember die übliche Botschaft zugehen, die sich aber fast ausschließlich mit der auswärtigen Politik befaßte, einen forschen Ton gegen die Mächte anschlug, die nach seiner Meinung die Union wirtschaftlich benachteiligen, im übrigen jedoch die schwierigen inneren Fragen, wie den Kampf gegen die Trusts, daneben aber auch den englischen Protest wegen der Kanalgebühren kaum berührte und sie somit seinem Nachfolger überlassen will. Mit dem Amtsantritt des Präsidenten Wilson am nächsten 4. März dürfte eine neue Ära der wirtschaftlichen Politik in den Vereinigten Staaten beginnen. Die Zukunft wird lehren, ob die demokratische Partei es versteht, ihre neu erworbene Macht in besonnener Weise auszunützen und insbesondere durch Zurückhaltung des radikalen Flügels um Bryan ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen. Sonst wird ihre Herrschaft keine zweite Wahlperiode erleben. Wilson selbst ist besonnen und meinte am 6. November über die Aufgabe des nordamerikanischen Volkes: „Was es will, wird es nicht durch die Tätigkeit eines einzelnen Mannes, nicht in einer einzelnen Gruppe von Männern erreichen, sondern durch langsame, ermüdende Anstrengung, an der unsere Generation einen bedeutenden Anteil haben wird."

Vom Stand des Panamerikanismus.

Die großamerikanische Politik der Vereinigten Staaten nimmt mit dem Näherrücken der Eröffnung des Panamakanals immer deutlicher jene Gestalt an, wie sie hier schon wiederholt gekennzeichnet wurde. An die Erwerbung ausgedehnter Gebiete denkt man nicht, denn zur Angliederung würde sich nur Kanada eignen. Die mittelamerikanischen Republiken will man durch finanzielle Unterjochung in eine abhängige Lage bringen, soweit sie es nicht schon sind, damit sie niemals durch Bündnisse — schon gar nicht mit dem Ausland — die Handels- und Kanalinteressen der Union auch nur gefährden können. Je politisch zerrütteter sie sind, desto besser. Die großen südamerikanischen Republiken sind mit der panamerikanischen Idee und der Monroelehre zu ködern, finanziell zu durchdringen und dadurch abhängig zu machen, sie aber in keinem Falle untereinander einig werden zu lassen. Diese Ziele sind fast ohne eigenes Zutun der Union in Mittelamerika im abgelaufenen Jahre nicht wenig gefördert worden. Zunächst in Mexiko, das in die schlimmsten Zeiten seiner republikanischen Vergangenheit zurückverfallen ist und aufgehört hat, einen Stützpunkt für irgend ein feindseliges Bündnis gegen die Vereinigten Staaten abzugeben, wie es bei den kleineren Republiken längst und auch schon auf Grund ihrer Machtverhältnisse der Fall ist. Staatssekretär Knox machte im März eine Reise zum Panamakanal, woran sich ein Besuch der kleinen Republiken anschloß, die man in der Union als den „Vorhof des Kanals" ansieht. Er erklärte der Wahrheit gemäß, daß die Vereinigten Staaten weder die Souveränität noch territoriale Erwerbungen im Bereiche der romanischen Republiken anstreben. Die nordamerikanischen Zeitungen äußern sich freilich begehrlicher, aber das ist politischer Unsinn. Die vieldeutige und vielgedeutete Monroelehre reicht vollkommen aus, um die Zwergstaaten mit der Devise „Amerika den Amerikanern" unter ausschließlich amerikanisches Protektorat und finanzielle Abhängigkeit zu bringen und dabei noch den Schein politischer Großmut zu wahren. Jetzt sollten Nicaragua, Honduras und Guatemala „saniert" werden, auch Venezuela, dessen Finanzlage gegenwärtig keiner Hilfe bedarf, erhielt einen freundschaftlichen Besuch. Weiter nach Süden beobachtete man die Reise des Staatssekretärs mit wachsendem Mißtrauen, zunächst in Kolumbien, wo die Erinnerung an den Raub der neuen Republik Panama und sogar die Ablehnung jeder Entschädigung und eines Schiedsgerichtes noch in zu frischer Erinnerung ist. Der kolumbische Gesandte Ospina erklärte darum auch Mitte Februar dem Staatsdepartement des Äußern in einem Privatschreiben den beabsichtigten Besuch des Staatssekretärs Knox für gänzlich unangebracht. Kolumbien dementierte zwar offiziell den Gesandten, aber der Besuch unterblieb. Noch größer war das Mißtrauen in Chile, Argentinien und Brasilien, die gerade wegen des Verhaltens der Union gegen Kolumbien durchaus kein Zutrauen zu der Dollarpolitik mehr haben, die ja auch unzweifelhaft den Aufstand in Mexiko angestiftet und geschürt hatte. Staatssekretär Knox hatte übrigens seine „Friedensmission" in einem gepanzerten Zug mit Maschinengewehren und über hundert Soldaten zum Schutze seiner Person ausgeführt.

Verschiedenes.

Die Wehrverhältnisse sind im höchsten Grade verbesserungsbedürftig. Wie sehr das an Zahl unbedeutende Heer zu jeder kriegerischen Ope-

ration unfähig ist, hat sich im Vorjahre gezeigt, als man plötzlich gegen Mexiko mobilisieren wollte. Hinterher hieß es freilich, man habe bloß die Grenze besetzen wollen, was übrigens auch richtig sein mag. Jedenfalls sollten aber infolgedessen im laufenden Jahre Manöver abgehalten werden. Damit indessen die angeworbenen Jünglinge nicht etwa streikten, wurde befohlen, daß „die langweiligen und anstrengenden forcierten Märsche fortfallen" würden. An Marschtagen sollten 10 und an den Manövertagen 16½ Kilometer nicht überschritten werden. Die Japaner werden diese Zustände unzweifelhaft mit aufmerksamem Auge verfolgen. Die geringe Besatzung auf Hawaii und die für den Schutz des Panamakanals in Aussicht genommenen 10.000 Mann werden ihnen im gegebenen Falle auch schwerlich imponieren. Die Flotte hat sehr schöne und vorzüglich ausgerüstete Schiffe. Man hält viel darauf, durch Riesenbauten Eindruck zu machen; die am 18. Mai ins Wasser gegangene „Texas" ist mit 28.400 Tonnen das größte Kriegsschiff der Welt, wenn nicht die am 31. Oktober vom Stapel gelaufene „New York" noch größer ist. Die Paraden der Atlantischen Flotte (127 Schiffe, darunter 26 Fahrzeuge erster Klasse) und des pazifischen Geschwaders (14 Kreuzer) haben im Oktober einen glänzenden Verlauf genommen. Über Manöverleistungen verlautet auch diesmal nichts. Der Marinesekretär Meyer befürwortete am 6. Dezember die Schaffung eines Ausschusses für nationale Verteidigung und sagte an der Spitze der Begründung: „Um Erfolg zu haben, muß Leistungsfähigkeit vorhanden sein." Hoffentlich wird diese Mahnung beherzigt.

Der Erbauer des Panamakanals, Oberst Goethals, ist vom Präsidenten Taft für den 1. April 1913 zum Zivilgouverneur der Kanalzone ernannt worden. Nach seinen Angaben soll der Kanal Ende September 1913 fertig sein, aber bis zur offiziellen Eröffnung am 1. Januar 1915 nur für Handelsschiffe passierbar sein. Übrigens stehen die Abmessungen der Schleusen weit hinter denen des Kaiser Wilhelm-Kanals zurück, was für die Durchfahrt der Dreadnoughts von großem Nachteil sein wird.

Für die wirtschaftliche Lage trifft das Wort von den „unbegrenzten Möglichkeiten" schon längst nicht mehr zu. Während menschliche Arbeit den Reichtum des Landes aufgebaut hat, ist mit den natürlichen Schätzen bis in die jüngste Zeit ein derartiger Raubbau betrieben worden, daß sich die Folgen davon bereits vielfach in empfindlicher Weise geltend machen. Das betrifft in erster Linie die Landwirtschaft. Noch vor einigen Jahren schwamm das Land in schier fabelhaftem Überfluß an Rindvieh und Schweinen, in Chikago konnte man ihn kaum bewältigen. Damit ist es jetzt endgültig vorbei, die Vereinigten Staaten leiden bereits, trotz großer noch brachliegender Gebiete, an Viehmangel und Fleischteuerung. Bezeichnend ist die Tatsache, daß in der Union, die immer noch in Europa als das größte Einwanderungsgebiet gilt, eine erhebliche landwirtschaftliche Auswanderung begonnen hat. In der letzten Zeit ist alljährlich eine Farmerbevölkerung von 100.000 Köpfen nach Kanada ausgewandert, wo sich ihr bessere Erwerbsmöglichkeiten bieten. Im öffentlichen Leben machen sich auch bereits Bewegungen zur Bekämpfung dieser Mißstände und überhaupt für die Erhaltung der natürlichen Schätze des Landes geltend. Auch Roosevelt hat schon vor Jahren darauf hingewiesen. Der Erfolg ist natürlich erst abzuwarten.

Über die Schreckensherrschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat ein Riesenprozeß in Indianopolis schauerliche Aufschlüsse gegeben. Aus Rache wegen eines gescheiterten Streiks gegen die Amerikanische Brückenbaugesellschaft waren in sechs Jahren systematisch Dynamitattentate gegen Baulichkeiten dieser Gesellschaft und anderer Gegner verübt worden, wobei allein 112 Menschenleben vernichtet worden sind.

Auf die schon längst berüchtigte Korruption der New Yorker Polizei warf ein anderer Prozeß ein scheußliches Licht. Spielhöllen und Bordelle waren von jeher die Zitronen, die diese Polizei auspreßte, indem sie solche Lokale widerrechtlich duldete und sich dafür große Bestechungsgelder zahlen ließ. Der Entdeckung beugten sie gewöhnlich nur durch Einschüchterung vor. Um einen Verrat unmöglich zu machen, hatte der Polizeileutnant Becker den Spieler Rosenthal niedergeschossen. Der Prozeß enthüllte ein Bestechungs- und Einschüchterungssystem, das dem der berüchtigten italienischen Kamorra gleichkommt.

Aus den romanischen Republiken.

Mexiko. Das unglückliche Land hat in noch kaum anderthalb Jahren alle Errungenschaften eines Menschenalters selbst gründlich wieder zerstört. Die Präsidentschaft Maderos hat sich kaum ein halbes Jahr erhalten und Mexiko ist wieder auf den Stand der mittel- und südamerikanischen Republiken zurückgesunken, die mindestens alle Jahre eine sogenannte Revolution haben müssen. Die Vereinigten Staaten haben ihr gezücktes Schwert eilig wieder eingesteckt und sich auf papierene Warnungen beschränkt, denn ein zerrütteter Nachbar ist ihnen ganz recht, und revolutionäre Ansteckungsgefahr besteht nicht. Die „Schlachten" dauerten in Mexiko das ganze Jahr hindurch fort, Madero war völlig machtlos, Orozco führte den Guerillakrieg im Norden, Zapata in der Nähe der Hauptstadt, ein Neffe des früheren Präsidenten, Felix Diaz, setzte sich am 15. Oktober in den Besitz der Hafenstadt Veracruz, geriet aber später in Gefangenschaft. Es lohnt nicht, über einzelne Gefechte zu berichten, denn es handelt sich nicht um eine Volksbewegung, sondern um Raufereien der einzelnen Indianerstämme, wobei die Weißen nur eine nebensächliche Rolle spielen. Dieser Zustand kann noch lange dauern, weil es eigentlich ein mexikanisches Volk gar nicht gibt, sondern bloß mehr oder minder starke Indianerstämme.

Nicaragua. Staatssekretär Knox war kaum fort, da ging Ende Juli schon die Revolution los. Der Kriegsminister Mena hatte sich gegen den Präsidenten Estrada empört. Die Vereinigten Staaten landeten in Corinto Matrosen und sandten auch Truppen dahin, die die Ordnung herstellten.

Anfang November wurde Diaz zum Präsidenten gewählt.

San Domingo und Haiti, die beiden Negerrepubliken, hatten auch die übliche jährliche Revolution, und die Vereinigten Staaten mußten einschreiten. In San Domingo wurde am 26. November der Erzbischof Nouel zum Präsidenten gewählt. In Haiti kam der Präsident Lecomte bei einem Brande seines Palastes um. Die Ursache war die Explosion eines benachbarten Pulvermagazins. Als Nachfolger wurde am 9. August der General Tancrede Auguste gewählt.

Brasilien ist mit über 21 Millionen der volkreichste Staat unter den Kreolenrepubliken, und sein Gebiet überragt das von Kanada, besteht aber zum größten Teil aus Urwald, von dessen indianischen Bewohnern ein Teil noch unerforscht ist. Nur die kleinere Hälfte der Bewohner besteht aus Weißen und solchen, die sich dafür halten, ein Drittel machen Neger, Mulatten und Mischlinge mit Indianern aus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse entwickeln sich günstig, die Regierung ist für die Förderung des Getreide- und Reisanbaues sowie der Viehzucht bemüht, und man erwartet für die nächste Zeit schon eine größere Ausfuhr an Erzeugnissen dieser landwirtschaftlichen Gewerbe. Die deutschen und italienischen Kolonien befinden sich in blühendem Zustand und leiden nicht mehr unter der Mißgunst der regierenden Kreise. Der Präsident Marschall Hermes da Fonseca setzt den Kampf gegen die Beutepolitiker in den Einzelstaaten fort und machte im Februar den anarchischen Zuständen in Bahia durch Bundestruppen ein Ende. Die Finanzlage gestaltet sich günstig, die Einnahmen haben sich seit zehn Jahren fast verdoppelt, doch sind auch die Ausgaben erheblich gestiegen. Mitte Februar wurde der Deutschbrasilianer Lauro Müller zum Minister des Äußern ernannt. Er war im Vorjahr auch vom Kaiser Wilhelm empfangen worden und hatte in Berlin wie in Paris offiziell den großen Paraden beigewohnt. Durch seine Einwirkung kam im Sommer der erste deutsche Bahnbau in der Provinz Santa Catharina, wo viele Deutsche leben, gegen den Widerstand der englischen Eisenbahngesellschaft zu stande. Zur Förderung der italienischen Einwanderung wurde mit italienischen Dampfergesellschaften ein Unterstützungsvertrag zunächst auf fünf Jahre abgeschlossen. Für die Flotte sollen englische Offiziere als Instrukteure angeworben werden. Mit Argentinien wie auch mit Chile sind Verbindungen angeknüpft worden, die ihre Spitze gegen gewisse nordamerikanische Bestrebungen kehren. Die Beziehungen zu Argentinien gestalteten sich besonders intim. Der frühere Präsident Dr. Campos Salles übernahm die Gesandtenstelle — ein bisher nie vorgekommener Fall — in Buenos Aires. Er hatte während seiner Präsidentschaft zuerst freundschaftliche Verhältnisse zu Argentinien hergestellt. Umgekehrt sandte Argentinien den früheren Präsidenten General Roca als Gesandten nach Rio de Janeiro. Beide Republiken schenkten Paläste für diese Gesandtschaften. Auch die südamerikanische Postunion zwischen Brasilien, Argentinien, Chile, Peru, Uruguay, Paraguay, Bolivien und Ecuador dürfte über den Rahmen einer verkehrstechnischen Abmachung hinausgehen.

Argentinien. Der Pampasstaat zählt bereits über $7^1/_2$ Millionen Einwohner und die Hauptstadt Buenos Aires ist in weniger als zehn Jahren von 1 Million auf 1,400.000 Bewohner gestiegen. Chile ist an Reichtum und Bevölkerung längst überholt. Neuerdings sind in Argentinien auch Kohlen gefunden worden, die bisher in Südamerika nirgends in nennenswerter Menge entdeckt wurden. Für die günstige wirtschaftliche Lage spricht ein großer Eisenbahnerstreik, der im Januar mehrere Wochen anhielt und zu Anfang die Regierung zur Vermittlung, dann aber zum energischen Einschreiten veranlaßte. In seiner Botschaft bei Eröffnung des Kongresses am 8. Juni konnte Präsident Saenz Pena die Mäßigung der Arbeiter anerkennen. Er konstatierte ferner einen ansehnlichen Überschuß im Budget, eine Steigerung, der Ein- und Ausfuhr, der bebauten Bodenfläche und der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes. Seit den letzten zehn Jahren hat die Armee, hauptsächlich durch die Tätigkeit deutscher Instruktionsoffiziere und in Deutschland gebildeter einheimischer Offiziere, entschiedene Fortschritte gemacht. Der englisch-französische Preßklüngel, der auch für Argentinien die Berichterstattung aus Europa besorgt, hat zwar im November auch das Märchen über die angeblich im Balkankriege erwiesene Minderwertigkeit der Kruppschen Geschütze gegenüber den französischen Erzeugnissen verbreitet, aber keinen dauernden Eindruck hervorgebracht. Die vier in Deutschland gebauten Torpedobootzerstörer sind eben zu vorzüglich ausgefallen, während man die vier englischen überhaupt nicht abgenommen und an den vier französischen umfangreiche Verbesserungen verlangt hat. Man hat das Ansehen der Deutschen nicht zu untergraben vermocht. Der deutsche Gesandte Freiherr v. d. Busche-Haddenhausen ist eine populäre Persönlichkeit, eine deutsche Schulleiterin hat — als erste Ausländerin — einen Orden erhalten, und an allen Festen der deutschen Kolonie nehmen stets Gäste aus den ersten Familien des Landes teil.

Paraguay. Seit November des vorigen Jahres bis in den Mai hinein gab es wieder eine Revolution. Präsident Rojas wurde wieder von seinen eigenen Anhängern gestürzt und durch Dr. Pena ersetzt, der aber nach der Einnahme von Assumion am 22. Februar durch die Aufständischen abdankte, deren Führer Gonzalez Novero Präsident wurde. Der geflüchtete Oberst Jara erklärte sich zum Gegenpräsidenten, wurde aber am 12. Mai geschlagen und tödlich verwundet. Das Land erholte sich rasch von den Schädigungen durch den Aufstand. Am 15. August wurde Schaerer auf vier Jahre zum Präsidenten gewählt. Seine Regierung hat bisher einen guten Anlauf genommen. In Paraguay leben zahlreiche Deutsche, die ansehnliche Unternehmungen ins Leben gerufen haben.

Chile. Die Chilenen halten sich nach ihren Siegen vor einigen dreißig Jahren über Peru und Bolivia für die Preußen Südamerikas. Leider haben sie sich in der Folge durch die Übertreibung des parlamentarischen Systems namentlich in finanzieller Beziehung heillos zerrüttet und stehen mit ihren

$3^1/_2$ Millionen nicht bloß an Einwohnerzahl dem rasch fortschreitenden Argentinien nach. Im abgelaufenen Jahre konnte aber der Finanzminister anfangs Mai versichern, das Defizit werde durch die Zollüberschüsse gedeckt werden. Die Eisenbahnverbindung mit Bolivien ist fertig geworden, auch im Inland wurden die Bahnbauten fortgesetzt und die Hafenanlagen von Valparaiso sind erweitert worden. Die Pläne für eine neue kürzere Bahnverbindung mit Buenos Aires über die Anden sind fertiggestellt. Die deutsche Schule in Santiago, die ohne Staatsunterstützung besteht, erfreut sich der allgemeinsten Anerkennung.

Peru hat sich im Mai mit Bolivia über den alten Grenzstreit geeinigt, die Beziehungen zu Chile und Ecuador sind aber andauernd schlecht. Am 20. August wurde Billinghurst zum Präsidenten gewählt und trat die Regierung Ende September an. Die Finanzlage hat sich gebessert.

Bolivia bewahrt die innere Ruhe und legt mit Rücksicht auf unruhige und begehrliche Nachbarn großen Wert auf die Armee, die unter deutschen Offizieren und Unteroffizieren große Fortschritte gemacht hat.

Ecuador. Infolge des plötzlichen Todes des Präsidenten Estrada brach Anfang Januar eine Revolution aus, die aber in wenigen Wochen unterdrückt wurde. Dann herrschte wieder Ruhe.

Asien.

Persien. Wenn ein Staat sich von anderen ohne Gegenseitigkeit sein Gebiet garantieren läßt, so kann man auf den Beginn seiner Aufteilung rechnen. So ist es mit Marokko, China, der Türkei u. a. geschehen, und mit Persien wird es nicht anders werden, sobald die Gelegenheit günstig ist. Vorläufig halten sich dort England und Rußland noch die Wage, die aber schließlich zu des letzteren Gunsten sinken muß, da England keine Macht zu Lande dahin zu bringen vermag, ohne Indien zu entblößen. Die inneren Zustände des Landes sind unbeschreiblich, und es begreift sich leicht, daß der Regent Nasr el Mulk seit Ende Juni nach der Schweiz abgereist ist. Was soll er auch daheim?

Indien. Der Eindruck des Besuches des Königspaares, der Krönung und des Durbars in Delhi ist nicht unbedeutend gewesen, denn der Inder ist für Macht- und Prachtentfaltung sehr empfänglich. Die Aufhebung der Teilung Bengalens hatte auf die Hindus die beste Wirkung ausgeübt, doch war nach einem halben Jahre schon alles wieder vergessen. Das Verlangen nach Selbständigkeit und einer eigenen Regierung ist größer denn je, und das Bedenklichste ist, daß sich die Mohammedaner in dieser Beziehung mit den Hindus anfreunden. Bisher waren jene gerade die Stütze der britischen Regierung gewesen und lieferten ihr die meisten Soldaten. Die Stimmung der 60 Millionen Mohammedaner erhitzte sich bedeutend nach dem Ausbruch des Balkankrieges, von dem man in Indien wohl wußte, daß er ein „Bündnis christlicher Könige" zur Beraubung des Kalifen war. Man veranstaltete Sympathiekundgebungen, sammelte Gelder für die Türken und erwartete, daß das mächtige England sein Schwert für ihre Glaubensgenossen ziehen werde. Da das aus uns begreiflichen Gründen nicht geschah, begann man die englischen Waren zu boykottieren. Es gab ein neues Glied in der Kette der Unzufriedenheiten. Das Resultat von allen und ein Zeichen der Stimmung war ein Bombenattentat gegen den Vizekönig Lord Hardinge am 23. Dezember bei seinem feierlichen Einzug in Delhi. Er wurde ziemlich schwer verwundet, aber der Täter verschwand spurlos. Es handelte sich sicherlich nicht um die Tat eines Wahnsinnigen oder eines fanatischen Mohammedaners, sondern alles sprach dafür, daß man ein neues Lebenszeichen der namentlich in Bengalen sitzenden Verschwörung vor sich hatte. An einen Aufstand in Indien ist trotzdem nicht eher zu denken, als bis die Armee revoltiert. Aber man soll nur nicht an ein friedliches Indien glauben.

Tibet. Vor drei Jahren hatte der Dalai-Lama wegen Mißhelligkeiten mit den Chinesen das Land verlassen und sich nach Indien geflüchtet, wo er seitdem weitherzige Gastfreundschaft genoß. In Lhassa waren inzwischen Streitigkeiten zwischen den höheren chinesischen Beamten ausgebrochen, ihre Soldaten meuterten, weil sie keinen Sold bekamen, und plünderten, bis sie von den kriegerischen Mönchen nach mehrtägigen Straßenkämpfen vertrieben wurden. Nun kehrte der Dalai-Lama im Triumph zurück. Es scheint, daß man in England allerlei politische Hoffnungen daran knüpft.

China. Die große und so plötzlich aufgetauchte Gefahr der chinesischen Staatsumwälzung, aus der sich leicht schwere Zusammenstöße der nächstbeteiligten Mächte hätten entwickeln können, ist überraschend schnell vorübergegangen, zu Ende ist sie aber noch nicht. Die Absetzung der Mandschudynastie und die Einsetzung der Republik ging in den ersten Februarhälfte in einer europäischen Auffassungen schwer begreiflichen Geschwindigkeit vor sich, obgleich Paris schon ähnliche Vorgänge gesehen hat. Im himmlischen Reiche ging es dann ziemlich bunt durcheinander. Aufruhr, Absetzung, Streit, Versöhnung, neuer Streit und Wiederversöhnung, Verfassung und Wahlen nach- und durcheinander, und dazwischen als allein ruhenden festen Pol die unverrückbare Tatsache, daß das chinesische Volk auch nicht die geringste Ahnung davon hat, was eine Republik eigentlich ist. Was daraus werden soll, weiß Gott. Aus ähnlicher Unklarheit der Achtundvierzigerrevolution hat sich wohl schließlich das Deutsche Reich entwickelt, aber da war doch eine eine einheitliche Nation vorhanden, was in China durchaus nicht der Fall ist, und schließlich nahm eine mächtige Dynastie die Sache in die Hand. Ob es Juanschikai, der am 16. Februar zum Präsidenten der Republik gewählt würde, mit seinen Mitarbeitern gelangen wird, die neue Verfassung

auf sichere Grundlagen zu stellen und eine ruhige Entwicklung des ausgedehnten Reiches anzubahnen, muß die Erfahrung lehren. Es erscheint sogar sehr zweifelhaft, ob die neue Staatsform die Spaltung des weiten, bisher nur durch die Mandschudynastie zusammengehaltenen Gebietes in eine nördliche und eine südliche Hälfte wird verhüten können. Wenn in China wirkliche demokratische Anschauungen nach europäischer Art platzgreifen sollten, dann wäre die Trennung unausbleiblich, da dem europäischer angehauchten Süden sicher die „Freiheit“ über die Einheit gehen würde. Es ist übrigens auch schon vielfach der Wunsch nach Wiederherstellung der altgewöhnten Mandarinenregierung laut geworden. Eine langwierige Aufzählung der dem europäischen Verständnis in den Beweggründen fernliegenden Ereignisse samt den dazugehörigen Namen, deren Träger vielleicht schon im nächsten Jahre verschollen oder auch wohl um einen Kopf kürzer gemacht worden sind, scheint hier nicht am Platze. Für jeden, der wirklich für sein Land etwas leistet, wird später Raum werden. Juanschikai, der als Retter in der Not von der Dynastie herbeigerufen worden war, hat sie zur Abdankung bewogen, entging am 14. Januar glücklich einem Bombenattentat und erschien zuletzt als erwählter Präsident der Republik, weil er der einzige war, dem man und der sich etwas zutraute. Warum Dr. Sunjatsen, der ihm anfangs mißtraute und im Süden bereits zum Präsidenten gewählt worden war, zu seinen Gunsten zurücktrat, ist nicht vollkommen verständlich. Geschah es aus Selbstbescheidung und der Einsicht, daß er als rein theoretischer Republikaner für die praktische Leitung einer Republik nicht die nötige Eignung besitze, so wäre das in hohem Grade lobenswert. Man wird aber die weitere Entwicklung dieser eigenartigen Persönlichkeit abwarten müssen. Die Verfassung ist mit so vielen demokratisch-europäischen Einrichtungen und für Chinesen unverständlichen Phrasen gespickt, daß von ihr gar nichts zu erwarten ist, und eine Kammer mit 600 schwatzenden Abgeordneten kann nicht leistungsfähig werden. Das größte Unglück für die frischbackene Republik ist aber, daß sie auch die betrübende Erfahrung von der Wahrheit des alten Gassenhauers: „Kein Geld! Das ist das größte Leid in dieser aufgeklärten Zeit“ machen muß. Die Revolution hat nicht mehr Geld gebracht, als die Monarchie hatte, aber die Republik braucht mehr, Neuerungen und Reformen sind umsonst nicht zu haben. Es hat sich, nicht ohne Eifersüchteleien, eine Sechsmächtegruppe (Rußland, England, Deutschland, Frankreich, Vereinigte Staaten, Japan) gebildet, die alle anderen Anleihen hintertreibt und China reichliche Summen leihen will, aber unter Kontrollbedingungen, denen sich die Chinesen nicht unterwerfen wollen. Es wird ihnen aber schließlich nichts anderes übrigbleiben.

Japan. Die großen Opfer für den sonst so glücklichen Krieg gegen Rußland lasten noch schwer auf dem Lande, und die Finanzlage erfordert die peinlichste Sparsamkeit. Der Verbündete in London hat merkwürdigerweise absolut kein Geld für eine japanische Anleihe, und natürlich darum das sonst immer zum Leihen bereite Paris auch nicht. Man hat deshalb die von der Militärpartei dringend geforderten Ausgaben für die Flotte sowie für den Bahnbau auf das äußerst Notwendige beschränken müssen. Die bittere Feindschaft gegen die Vereinigten Staaten schreibt sich auch weniger von der Einwandererfrage als von der Vermittlung Roosevelts beim Friedensschluß her, der jede Hoffnung auf eine russische Geldentschädigung vereitelte. Die statt deren erhaltene Hälfte der Insel Sachalin mag eine schöne Zukunft haben, kostet aber vorläufig



Kaiser Yoshihitu.

nur Geld. Die Ende März geschlossene Reichstagssession hatte außer dem Budget wenig geleistet, die liberale Wahlreform ist vom Herrenhause abgelehnt worden, und die Reformen blieben aus, weil die von der Regierung eingesetzte vorberatende Kommission nicht fertig geworden war. Die Unzufriedenheit darüber war allgemein. Ende April und Anfang Mai bereiste Prinz Waldemar von Preußen, der älteste Sohn des in Japan wohlbekannten Prinzen Heinrich, das Land, wurde überall mit der größten Zuvorkommenheit behandelt und am 9. Mai vom Kaiser Mutsuhito empfangen. Dieser erkrankte Mitte Juli am Typhus und starb am 29. Er war im Jahre 1852 geboren und regierte seit 1867. Er hat sich als erleuchteter Herrscher erwiesen, der durch Reformen seinem bisher wenig beachteten Lande den Aufschwung zur Großmacht vorbereitete und glücklich durchführte. Gegenüber allen über ihn verbreiteten Märchen sei hier ausdrücklich betont, daß er innerlich immer ein echter Japaner geblieben ist und nur die Zustimmung zu den von den Abkömmlingen des Hochadels der Choschu und Satsura ent-

worfenen Reformen gegeben hat. Dadurch hat sich aus dem Kriegsadelstaate allmählich ein Beamtenstaat mit Ministerien und Volksvertretung gebildet, das Heer wurde von deutschen Offizieren (Meckel und v. Blankenburg) nach deutschem Muster umgestaltet. Der Tod des Kaisers machte einen tiefen Eindruck, denn der in Japan bestehende Kaiserkultus beruht auf religiösen Anschauungen und unterscheidet sich wesentlich vom europäischen Monarchismus.

Des Kaisers Sohn und Nachfolger Joshihitu ist 32 Jahre alt, europäisch erzogen und besonders militärisch ausgebildet. Er besitzt drei Söhne und leistete am 30. Juli den Eid auf die Verfassung. Nach altjapanischem Gebrauche wurde die Beisetzung des Kaisers Mutsuhito bis zum 13. September verschoben und fand mit großem Gepränge nach dem Schinto-Ritus statt. In der Begleitung der kaiserlichen Familie befand sich stets Prinz Heinrich von Preußen, dessen Entsendung als einzige europäische fürstliche Person in Japan hoch aufgenommen wurde. Er verabschiedete sich am 17. vom japanischen Kaiserpaar. Großes Aufsehen erregte in weiten Kreisen, daß sich der Eroberer von Port Arthur, General Nogi, am Tage der Beisetzung des Kaisers mit seiner Gattin nach altjapanischem Gebrauche selbst entleibte. Sie sind übrigens nicht die einzigen gewesen, und diese Taten sind auch ein Ausfluß des tief eingewurzelten Kaiserkultus. Die Umwälzung in China hat auf Japan wenig Einfluß ausgeübt. Zeitungsnachrichten in Europa, die einmal von der Begünstigung der Mandschudynastie durch Japan, dann wieder von einem Bündnis mit der chinesischen Republik zu reden wußten, beruhten auf Leitartikelpolitik. Japan suchte klugerweise nur die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen und hatte von einem Bündnis mit dem ohnmächtigen China keinen Vorteil. Dem entsprach auch das vom Fürsten Katsura in Petersburg getroffene Abkommen mit Rußland. Dieses erforderte aber eine stärkere Besetzung von Korea und der Mandschurei, wenn nicht Japan durch das Vorgehen Rußlands benachteiligt werden sollte. Wegen der hiezu nötigen zwei neuen Divisionen kam es zum Konflikt der Militärpartei mit dem liberalen Ministerium Saionji, das am 4. Dezember zurücktrat. Nach längerem Verhandeln kam am 12. ein neutrales Kabinett unter Katsura zu stande, der früher der Militärpartei angehört hat, aber seit Jahren liberale Anschauungen vertritt und ein besonderer Vertrauensmann des Kaisers ist. Bei größter Sparsamkeit ist es nämlich möglich, die Mittel für die beiden Divisionen aufzubringen, und diesen Versuch soll das neue Kabinett machen. Die liberale Mehrheit des Landtags macht dagegen Opposition, hat den Vorschlag der Regierung, die Parlamentspause bis zum Februar zu verlängern, am 30. Dezember abgelehnt und sich bis zum 20. Januar vertagt. Mit der erregten Agitation der Liberalen in ihren Zeitungen und Versammlungen hängt es zusammen, daß am 24. Dezember von einem halb wahnsinnigen Jüngling auf den um sein Vaterland so hoch verdienten Feldmarschall Fürst Yamagata, der ein Führer der Militärpartei ist, ein Mordversuch unternommen wurde. Der Fürst blieb unverletzt, der Bursche beging Selbstmord.

Afrika.

Ägypten. Die von Lord Kitchener mit fester Faust geleitete Politik hat die beabsichtigte Wirkung erzielt, die unter Gorst einigermaßen anarchisch gewordenen Zustände sind beseitigt. Alle Versuche zu Tumulten oder Kundgebungen wurden unterdrückt, drei Männer, die einen etwas theatralischen Plan zu einem Attentat auf den Khedive gefaßt hatten, hart bestraft, die Ausschreitungen der Presse durch Verbot der Zeitungen geahndet, ein Verbreiter aufrührerischer Plakate zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Die nationalistische Partei ist vollkommen zerstört. So sieht die englische Freiheit in Ägypten aus, und der förmlichen Annexion steht kein Hindernis mehr entgegen, seitdem auch die Türkei gänzlich besiegt worden ist. Es ist auch schon mit Kiamil Pascha in Konstantinopel darüber verhandelt worden. Am 3. Januar wurde die vor zwanzig Jahren erfolgte Thronbesteigung des Khedive Abbas Hilmi offiziell begangen, er weilte dann im Sommer mehrere Monate in Konstantinopel und London, natürlich ohne jeden Erfolg. Im November hieß es, er sei mit der Errichtung einer englischen Torpedostation in Alexandrien vollkommen einverstanden. Ja, was hätte er auch dagegen machen wollen? Zwei Monate vorher ging das Gerücht, er wolle zu Gunsten seines Sohnes abdanken. Er wird das nicht bald mehr nötig haben, um so mehr wenn er sich weiter für die Übernahme eines arabischen Kalifats in englischem Interesse harthörig zeigt. Am 23. Dezember durfte er wenigstens, natürlich im Beisein Kitcheners, den neuen Nildamm bei Assuan einweihen und sich durch ein Handschreiben des Königs Georg dafür beglückwünschen lassen.

Abessinien. Der alte König Menelik lebt immer noch, wenn auch regierungsunfähig. Die Bevölkerung scheint sich an ein geordnetes Staatsleben gewöhnen zu wollen. Die von englischer Seite ausgestreuten beunruhigenden Gerüchte — um europäische Konkurrenten abzuschrecken — haben sich nicht bestätigt. Meneliks Enkel und Nachfolger Lidji Jeassu hat einen großen Teil des Jahres zur Bereisung des Landes verwendet, teils unerkannt auf Jagden, teils offiziell unter großer Begeisterung der Bevölkerung. Er setzte einige gewalttätige Statthalter ab und ließ die Stämme an der Grenze des Sudan entwaffnen, um Konflikte mit den Engländern zu vermeiden. Dem greisen Kaiser Franz Josef hatte er zum Geschenk einen Löwen, einen goldenen Ehrenschild und zwei abes-

finische Lanzen übersandt. Als Gegengeschenk erhielt er ein Gebirgsgeschütz mit Tragtiergeschirr und Munition sowie den Leopoldsorden.

Südafrika. Als das Ministerium Botha gebildet worden war, erhob sich großer Jubel über diesen Triumph der südafrikanischen Partei. Aber die Boernmitglieder des Kabinetts waren nicht eines Sinnes, namentlich Hertzog und Fischer waren ausgesprochene Feinde alles Engländertums. Als ersterer schließlich im Oktober in Nylstroem von „fremden Abenteurern, die vorwiegend englisch reden," gesprochen hatte, war seines Bleibens nicht mehr im Kabinett, da er sich zum offenen Widerruf nicht verstand. Darum trat am 14. Dezember das Ministerium zurück und wurde unter Botha neu gebildet. So wie Hertzog denken übrigens nicht bloß fast alle Boern, sondern auch die Mehrzahl der meist englischen Unionisten, weil sie die zukünftige Selbständigkeit des Landes im Auge haben. Schon nach dem Schlusse der Parlamentssitzung Ende Juli war eine Verschiebung der Ämter im Kabinett vorgenommen worden. Das Parlament hatte in fünfmonatlicher Arbeit Ansehnliches geleistet, namentlich die Neuorganisation der Landesverteidigung, Maßregeln zur Hebung der Landwirtschaft und die Ordnung des Verwaltungsdienstes beschlossen. Das Wehrgesetz beruht auf der allgemeinen Wehrpflicht und legt den größten Wert auf die militärische Ausbildung der Jugend durch eine Kadettenorganisation. Das ständige Heer ist gering, umfaßt bloß fünf Feldbatterien und 2500 berittene Schützen. Dazu kommen eine Reserve, eine Bürgerwehr zur Verteidigung der Plätze und Küsten, schließlich ein Landsturm der Leute vom 45. bis zum 60. Jahre. Die englische Regierung hat infolgedessen mit der Zurückziehung der britischen Garnisonen begonnen. Die Erhöhung des bisherigen Flottenbeitrages von 85.000 Pfund ist abgelehnt worden.

Australien.

Die Arbeiterregierung führt ein strenges Regiment, natürlich zu Gunsten ihrer Partei. Die Opposition der Liberalen dagegen bleibt bei ihrer Minderzahl fruchtlos, obgleich sie es bei der Budgetberatung im November durch Opposition gegen jeden einzelnen Posten auf eine 54stündige Dauersitzung brachten, bei der sich schließlich der Sitzungssaal in einen Speiseraum verwandelte. Nach sechsmonatlicher Tagung endete das Bundesparlament vor Weihnachten seine Beratungen. Die beschlossenen Gesetze laufen sämtlich auf einseitige Begünstigung der Arbeiter hinaus. Eine Reihe günstiger Erntejahre hat dieser Politik, die auf großartige Verschwendung hinausläuft, Vorschub geleistet, trotzdem wird sie auf die Dauer nicht fortgesetzt werden können, da Australien bereits das höchstbesteuerte Land der Erde ist, und der Bau für alle Zukunft unrentabler Bahnen schwere Lasten gebracht hat. Ob unter diesen Umständen der begonnene Bahnbau von Südaustralien nach Port Darwin im Norden überhaupt durchgeführt werden kann, erscheint sehr fraglich, ebenso der ganz im nordamerikanischen Stil geplante großartige Bau einer Bundeshauptstadt im Bezirke Yaß, zu der man endlich den Grundstein gelegt hat, während man noch immer nicht weiß, wie sie eigentlich heißen soll. Von den neuen Gesetzen bestimmt eines, daß unter sonst gleichen Verhältnissen immer der Arbeitsverbändler den Vorzug haben soll, ein anderes verhängt schwere Geldstrafen über Wahlagitationen, höhere Wahlbeiträge, Zeitungswahlartikel, Wahlenthaltung usw., die selbstverständlich nur die wohlhabenden Kreise treffen können, so unparteiisch sie auch gehalten scheinen. Die „Baby-Bonus-Bill" gewährt für jedes neugeborene Kind eine Prämie von 100 Mark, leistet aber nicht die geringste Gewähr dafür, daß das Geld auch für Mutter oder Kind verwendet wird; der Vater kann es einfach vertrinken. Beabsichtigt war dabei ein Geschenk an die weiblichen Wähler. Ende des Jahres waren die Geburtsanmeldungen täglich schon auf 350 gestiegen, so daß man schwerlich mit den dafür ausgeworfenen 400.000 Pfund auskommen wird. Das einschneidendste Gesetz ist aber die Volksabstimmung über die Übertragung der gesamten industriellen Gesetzgebung an den Bund. In den Einzelstaaten, namentlich in Südaustralien, war die Staatsgewalt den Arbeitern nicht immer zu Willen gewesen. Das soll nun durch den Bund anders werden. Vor Jahren war eine gleiche Volksabstimmung ablehnend ausgefallen, darum hat man jetzt sechs Fragen aufgestellt, von denen die Bejahung einer einzigen schon der Bundesregierung bei geschickter Auslegung Handhaben bieten wird, dem Willen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Trotz dieser Verhältnisse hat sich infolge der günstigen Ernten Industrie, Aus- und Einfuhr gehoben, nur die englische Einfuhr geht trotz Vergünstigung zurück. Gegen die Arbeiterherrschaft haben sich bereits in allen Bundesstaaten landwirtschaftliche Verbände gebildet, da die Liberalen nicht mehr widerstandsfähig sind. Die allgemeine Wehrpflicht scheint zu scheitern. Obgleich das Gesetz erst seit 1. Juli endgültig in Kraft getreten ist, sieht sich die Regierung schon genötigt, gegen 20.000 junge Leute einzuschreiten, die sich einfach der Wehrpflicht entziehen, meist Söhne von Arbeitern, den Anhängern der Regierung! — Auch die Bemannung der am 1. April 1913 in England für Australien fertig werdenden Kriegsschiffe erweist sich als unmöglich zu beschaffen. Man hat sich darum an England um Stellung der Besatzung wenden müssen. Man wird dann also sogar einen Dreadnought haben, aber keine Bemannung.

K. u. k. Hofbuchdruckerei Karl Prochaska in Teschen.

Die Zeit (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Viel Freunde wird sich voraussichtlich das Jahrbuch der Naturkunde erwerben, denn für dieses interessieren sich heute alle ohne Ausnahme; und obgleich es an populären Gesamtdarstellungen nicht fehlt, hat man doch bis jetzt noch kein periodisches populäres Werk gehabt, das über die Fortschritte jedes Jahres berichtet. Es werden abgehandelt: die Astronomie, die Geologie und Geophysik, die Physik, die Meteorologie, die Chemie, die Biologie, die Botanik, die Zoologie, die Urgeschichte der Menschheit, die Ethnographie, die Physiologie und Psychologie alles sehr hübsch, stellenweise spannend. Die Fülle des dargebotenen Stoffes ist staunenswert und auch der Unterrichtetste wird das Buch nicht aus der Hand legen, ohne Neues daraus gelernt zu haben."

Anzeiger für die neueste pädagogische Literatur. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Für einen so billigen Preis wird man selten ein so gediegenes Werk wie das vorliegende erlangen."

Aus der Heimat. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Ich bin auch von anderer Seite schon öfters nach einem Werke gefragt worden, in dem die Fortschritte der Naturwissenschaften für Laien bearbeitet sind. Nun kann ich ein solches empfehlen: das im Verlag von K. Prochaska, Teschen, erschienene und von H. Berdrow bearbeitete Illustr. Jahrbuch der Naturkunde." Stuttgart, Dr. K. G. Lutz.

Roseggers Heimgarten. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Die Bearbeitung und Redaktion ist ganz musterhaft gelöst. Bei der flüssigen, fesselnden und anregenden Schreibweise dieser Jahrbücher der Geschichte werden dieselben hoffentlich baldigst sich einbürgern .... Die Anschaffung dieses Jahrbuchs der Weltgeschichte kann jedermann nur bestens empfohlen werden. Man wird durch dasselbe bei äußerst angenehmer, nirgends langweiliger Darstellung von den Vorgängen auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere des politischen, rasch und richtig unterrichtet."

Deutschtum im Auslande. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen. „Es ist eine dem Bildungswesen zu gute kommende Idee, die Errungenschaften auf dem Gebiete der Erdkunde in Jahrbüchern volkstümlichen Charakters zu billigem Preise darzubieten .... Alles ist durch treffliche Abbildungen dem Auge nahe gebracht. Das neue Jahrbuch verdient ganz unseren Beifall."

Volks-Zeitung. (Berlin). „Ein ausgezeichnetes Volksbuch ist im Verlage von Karl Prochaska, Teschen und Wien, erschienen. Es ist das ‚Illustrierte Jahrbuch der Naturkunde'. Hermann Berdrow, der sich eines in wissenschaftlichen Kreisen sehr geschätzten Namens erfreut, hat mit erstaunlicher Sorgfalt alle naturwissenschaftlichen Ereignisse, Forschungsergebnisse und Entdeckungen der letzten Jahre registriert. Keine Abteilung der Wissenschaft ist in diesem interessanten Werke unberücksichtigt geblieben. Zahlreiche Illustrationen schmücken das lesenswerte, hochinteressante Buch. Zuletzt sei noch hervorgehoben, daß der außerordentlich billige Preis jedem Naturliebhaber die Anschaffung des Werkes ermöglicht."

Breslauer Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Von Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern nimmt zweifellos das Jahrbuch der Weltgeschichte den hervorragendsten Rang ein. Der etwa 160 Seiten Lexikonformat starke Band, der mit zahlreichen Illustrationen aufs würdigste ausgestattet ist, vereinigt in sich wieder alle Vorzüge, die von uns bereits bei Besprechung des vorigen Jahrgangs hervorgehoben werden konnten, vorzügliche Beherrschung des Stoffes, lichtvolle Darstellung, volkstümliche Schreibweise und gesundes politisches Urteil."

Linzer Tagespost. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Verfasser führt uns in die Regionen des ewigen Eises, nach Asien, in die Neue Welt, nach Afrika, Australien und nach der Südsee und versteht es, in leichtfaßlicher und dabei anregender Form die physikalischen und politischen Verhältnisse dieser Gebiete zu schildern. Zahlreiche, dem Texte eingefügte Illustrationen tragen zum Verständnisse des Inhalts bei. Das Buch, das eine Fülle des Interessanten bietet, kann jedermann wärmstens empfohlen werden."

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Zweck des Buches ist, die weitesten Kreise mit den neuesten Forschungsreisen zu geographischen und ethnographischen Zwecken bekanntzumachen; dementsprechend ist auch der Preis ein sehr geringer. Es ist tatsächlich erstaunlich, welche Fülle von gediegener Belehrung in Bild und Wort dem Leser für Mark 1.50 geboten wird.

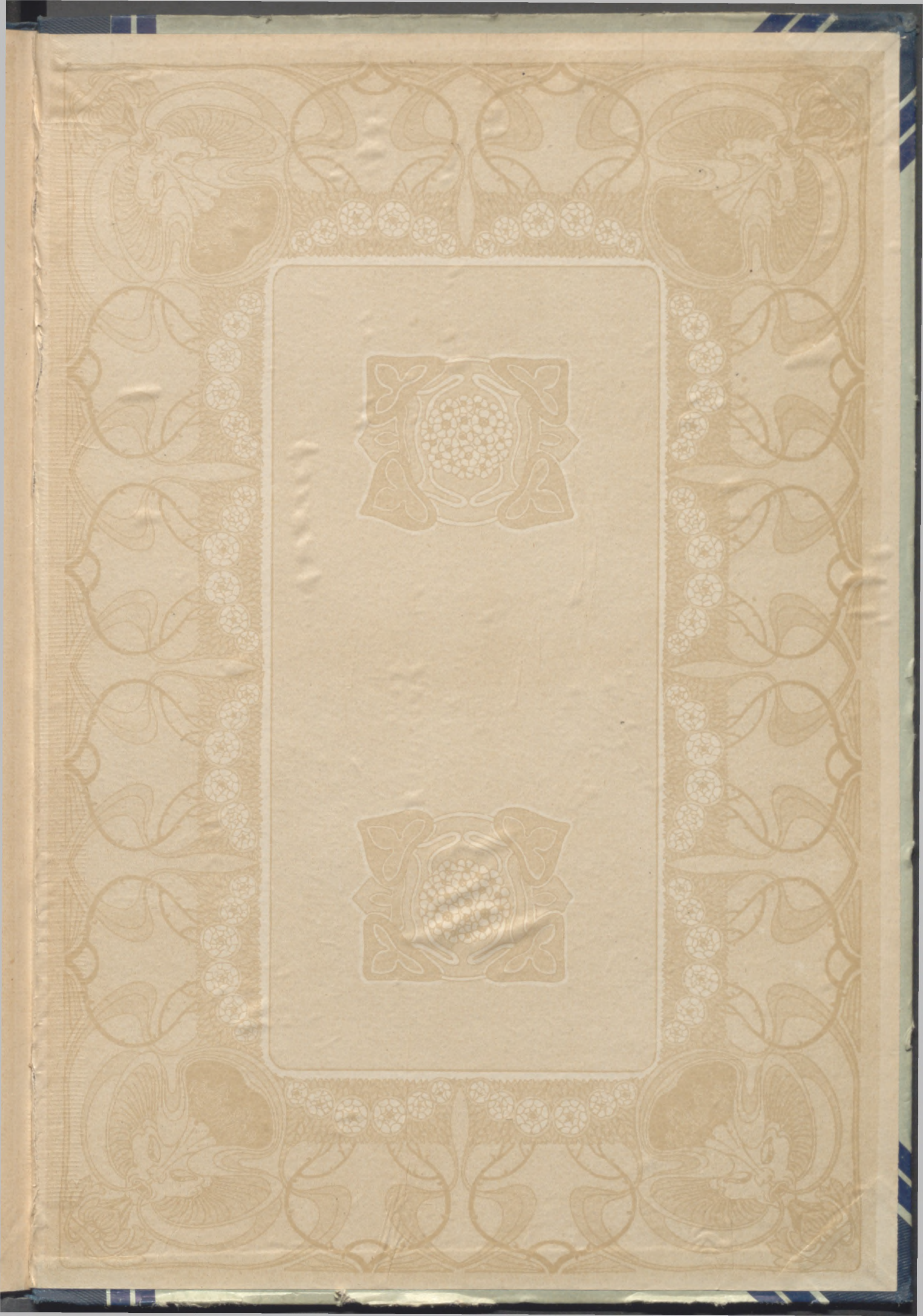
Münsterischer Anzeiger. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Die Skepsis, mit der wir an dieses Buch herantraten — wie an alle naturwissenschaftlichen Werke, die für billiges Geld angeboten werden und bei denen die dadurch hervorgerufene Betonung des populär-wissenschaftlichen Charakters nicht selten über den Mangel an Inhalt des Werkes hinwegtäuschen soll — machte bald einer anderen Auffassung Platz; wir begrüßen das Erscheinen dieses Werkes auf das lebhafteste. Das Werk ist stilistisch ausgezeichnet und mit zahlreichen und guten Illustrationen geschmückt. Der Preis ist außerordentlich niedrig bemessen."

Zeitschrift für das Realschulwesen (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Wenn der Laie auch aus den Tageszeitungen gelegentlich Mitteilungen über neue Entdeckungen, neue Hypothesen und andere wissenschaftliche und technische Errungenschaften der Neuzeit erhält, so erlangt er damit kein vollständiges Verständnis der betreffenden Zweige des Wissens, da solche Mitteilungen meist nur unvollständig und zusammenhanglos geboten werden, ohne daß auf die oft nicht ausreichende Vorbildung der Leser Rücksicht genommen wird, ja nicht selten werden sie bereits veröffentlicht, ehe eine Arbeit zu einem gewissen Abschlusse gebracht worden ist. Das läßt sich aber erst nach einem bestimmten Zeitabschnitte erreichen und ist daher die Aufgabe von Zeitschriften, welche die Forschungen von einem oder mehreren Jahren zusammenfassen. Es erscheint somit ein solches Jahrbuch, wie es hier vorliegt, ganz geeignet, aufklärend über neuere wissenschaftliche Fragen zu wirken. Das Jahrbuch beginnt mit der Vorführung einiger Entdeckungen am gestirnten Himmel. Es wird dann die Erdrinde in der Vergangenheit und Gegenwart kurz betrachtet, wobei die Veränderungen an der Erdoberfläche, die Verteilung von Wasser und Land sowie namentlich die Erscheinungen der Eiszeiten nach dem Ingenieur Reibisch durch ein regelmäßiges, sehr langsames Schwanken des Erdballs um eine den Äquator schneidende Achse erklärt werden. Durch eine solche sollen einzelne Gegenden der heißen Zone in höhere Breiten und umgekehrt versetzt werden. Die Untersuchungen über Erdbeben führen uns die gewaltigen Wirkungen dieser Erscheinung im letzten Jahre vor. Die Physik belehrt über einzelne Bewegungen der kleinsten Körperteilchen und besonders über die Ätherfrage sowie über die Kräfte des Luftmeeres, wobei auch die Sturmwarnungen und das Wetterschießen berührt werden. Die Chemie führt uns die neuen Elemente, hohe und tiefe Temperaturen vor. Aus der Biologie wird einzelnes zum Beweis der Abstammungslehre vorgeführt. Die Entdeckungen auf dem Gebiete der Welt der lebenden Wesen bringen manches Neue, ebenso die Vorgeschichte des Menschen und die Völkerkunde. Das ‚Jahrbuch' kann als sehr anregend und belehrend bezeichnet werden. Es ist in einem würdigen Ton gehalten und kann auch der reifen Jugend in die Hand gegeben werden."

Allgemeiner Anzeiger für Deutschlands Rittergutsbesitzer. „Wieder einmal ein durchaus gelungenes Volksbuch bester Art, dieser im Prochaska-Verlage in Wien, Leipzig und Teschen erschienene Jahrgang eines ‚Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen', das Mark 1.50 (Kronen 1.80) kostet, für diesen Preis aber geradezu unglaublich viel und überraschend Gutes bietet. Der Text des Werkes ist eine Musterleistung der volkstümlichen Behandlung technischer Themata, so interessant und verständlich, so anziehend sind sie für die Laienwelt, das große Publikum, Jugend und Volk schriftstellerisch abgefaßt. Es ist ein Vergnügen, dieses Werk zu lesen, man verfolgt seinen Inhalt mit einer wahren Spannung."







Die Welträtsel im Lichte der neueren physikalisch-chemischen u. astronom. Forschung.

Betrachtungen eines modernen Naturforschers von

Prof. P. Joh. Müller.

Broschiert Mk. 3.— = K 3.60, gebunden in Leinwand Mk. 4.— = K 4.80.

Professor Joh. P. Müller, der sich in seinem Buch: „Die Welträtsel" mit modernem exakt-wissenschaftlichem Rüstzeug gegen du Bois Reymond, Häckel, Ostwald und andere wendet, operiert mit einer „Raumenergie", worunter er das Wirken des (endlichen!) Ätherraums in der Erscheinungswelt versteht. Müller hält Kraft und Stoff nicht für identisch. Der Stoff sei an und für sich kraftlos, tot. Erst der Druck im Äther (verursacht durch die Rotation des Fixsternellipsoids um die Polachse der Milchstraße) bringe den Stoff zur Bewegung und zum Leben. Die mechanischen Bewegungen entstehen also nicht „aus sich selbst", sondern werden durch etwas „anderes" verursacht. Diese (allomatische) Bewegungsursache ist eben die Raumenergie oder besser der Raumdruck. Hieraus ergibt sich — auch schon im Gebiet der Mechanik — die Notwendigkeit eines dualistischen Prinzips. Obwohl nun die Raumenergie zunächst nur für die physikalisch-chemischen Bewegungen gilt und ohne weiteres nicht für die biotischen und psychischen Vorgänge, so scheint der intramolekulare Äther doch auch bei dem letzteren eine gewisse Rolle zu spielen. Die Schrift enthält eine Fülle hochinteressanter Details über Raum, Äther, Materie (besonders in chemischer Hinsicht), über biologische, astronomische, kosmische Probleme und ist besonders deshalb zu empfehlen, weil sie sich gegen eine Menge herkömmlicher Annahmen wendet.

„Hamburger Fremdenblatt", 1912.

Der bekannte Verfasser widerlegt in ungemein umfassender und vielseitiger Weise die Lösungen der Welträtsel auf Grund des Materialismus und Monismus Haeckels, sowie der Energetik Ostwalds. Jeder gebildete Laie, der sich gründlich über diese und viele damit zusammenhängende Fragen informieren will, kann hier den Stand der neuesten Forschung auf verhältnismäßig kleinem Raume finden. Der Verfasser reißt aber nicht nur nieder, er baut auch auf. Auf Grund der Atomistik und der Raumenergetik versucht er eine interessante, wenn auch zunächst nur teilweise Lösung.

„Schles. Volkszeitung", 1912.

In diesem Werke wird der Nachweis zu führen gesucht, daß die moderne Naturwissenschaft mit ihren Resultaten widerlegt hat, was Ausgangspunkt und Ziel des Materialismus ist. Prof. Müller zeigt, daß die sieben Welträtsel Du Bois-Reymonds von Prof. Häckel nicht gelöst worden sind. Zu den sieben Welträtseln fügt Verfasser ein neues hinzu, nämlich das scheinbar gänzliche Fehlen eines höher organisierten außerirdischen Lebens im Weltall. Das Buch versucht den Nachweis des gänzlichen Zusammenbruchs des Materialismus. Von ganz besonderem Interesse ist es für alle Freunde der Naturwissenschaften, gleichviel zu welcher Richtung sie sich bekennen.

„Blätter für Bücherfreunde", 1912.

In überaus spannender Weise behandelt der Verfasser den Kampf um die Weltanschauung, die Raumenergie als Ursache der mechanischen Bewegungen, die Schwächen der kinetischen Gastheorie, die Existenz des Äthers und seine Beziehungen zur Raumenergie, Raumenergetik und Weltanschauung; ein neues Welträtsel und seine Beziehungen zur Weltanschauung. Professor Müller bekämpft mit großem Erfolge in seinem Werke den Materialismus. Zu den sieben Welträtseln fügt er ein neues hinzu, nämlich das scheinbar gänzliche Fehlen eines höher organisierten außerirdischen Lebens im Weltall. Für alle Freunde der Naturwissenschaften wird das Werk von großem Interesse sein.

„Linzer Tagespost", 1912.

Preisermäßigung.

Zur Erleichterung des Nachbezuges früherer Jahrgänge werden von den Illustr. Jahrbüchern der Erfindungen und der Weltgeschichte die Jahrgänge 1–8 (1901–1908), der Weltreisen 1–7 (1902–1908), [d]er Naturkunde 1–6 (1903–1908), der Gesundheit, 1. Jahrgang

bis Ende 1913 bezw. solange der für diesen Zweck bestimmte Vorrat reicht,
kart. statt zu Mk. 1.50 (K 1.80) zu **Mk. 1.— (K 1.20),**
geb. statt zu Mk. 2.— (K 2.40) zu **Mk. 1.50 (K 1.80)** abgegeben.

Alle Interessenten wollen diese günstige Gelegenheit zur Ergänzung durch einzelne Bände oder ganze Serien nicht ungenützt vorübergehen lassen.

Auch die Buchhandlungen liefern zu gleichen Preisen.